

Jacek Andrzej Mlynarczyk /
Jochen Böhler (Hg.)

Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945



fibre

**DER JUDENMORD IN DEN EINGEGLIEDERTEN
POLNISCHEN GEBIETEN 1939–1945**

EINZELVERÖFFENTLICHUNGEN DES
DEUTSCHEN HISTORISCHEN INSTITUTS WARSCHAU

21

Herausgegeben von
EDUARD MÜHLE

Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945

Herausgegeben von
Jacek Andrzej Mlynarczyk und Jochen Böhler

fübre

Titelabbildung:

Raciaż, ca. September/Oktober 1939: „Judenaktion“ in Raciaż

Quelle: Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej, Warschau

*Album der Hauptkommission zur Untersuchung
der NS-Verbrechen in Polen Nr. 85, Foto-Inventar-Nr. 1694 (117)*

© fibre Verlag, Osnabrück 2010

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-938400-51-7

www.fibre-verlag.de

Redaktion des Bandes: Kerstin Eschrich

Umschlaggestaltung: Ingo Schneider, www.isio-design.de

Herstellung: Druckerei Hubert & Co, Göttingen

Printed in Germany 2010

INHALT

Vorwort	9
-------------------	---

DIE ROLLE DER EINGEGLIEDERTEN GEBIETE BEI DER ENTSCHLUSSBILDUNG ZUR JUDENVERNICHUNG

Peter Longerich

Der Beginn des Holocaust in den eingegliederten polnischen Gebieten. Überlegungen zu Tendenzen der neueren Forschung	15
--	----

Jacek Andrzej Mlynarczyk

Mordinitiativen von unten. Die Rolle Arthur Greisers und Odilo Globocniks im Entscheidungsprozess zum Judenmord	27
---	----

Ryszard Kaczmarek

Antijüdische Politik in den eingegliederten Gebieten. Polen im Vergleich zu West- und Südeuropa	57
--	----

VON DER ENTRECHTUNG ZUR VERNICHTUNG

Jochen Böhler

Die Judenverfolgung im deutsch besetzten Polen zur Zeit der Militärverwaltung (1. September bis 25. Oktober 1939)	79
---	----

Jan Grabowski

Die antijüdische Politik im Regierungsbezirk Zichenau	99
--	----

Michael Alberti

„Niederträchtige Perfidie, gemeine, unermessliche Gier und kalte, berechnende Grausamkeit...“. Die „Endlösung der Judenfrage“ im Reichsgau Wartheland	117
---	-----

Klaus-Michael Mallmann

- „...durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen“. Die Stapo-Stelle Litzmannstadt und die Shoah im Warthegau 143

Dan Michman

- Judenräte, Ghettos, „Endlösung“. Drei Komponenten einer antijüdischen Politik oder separate Faktoren? 167

ARBEITS-, VERNICHTUNGS- UND KONZENTRATIONSLAGER

Anna Ziółkowska

- Zwangsarbeitslager für Juden im Reichsgau Wartheland 179

Peter Klein

- Todeslager Kulmhof. Finanztechnische Hinweise auf die federführende Verantwortung für ein Vernichtungslager im Reichsgau Wartheland 203

Wacław Dlugoborski

- Die Juden aus den eingegliederten Gebieten im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau 219

Karin Orth

- Werdegang eines Massenmörders – die Biographie des Rudolf Höß 251

Danuta Drywa

- Die Ermordung der Juden im Konzentrationslager Stutthof und in seinen Unterlagern 277

REAKTIONEN

Julian Baranowski

- Chaim Mordechaj Rumkowski – Kollaborateur oder Retter? 301

Aleksandra Namysło

- Der Einfluss der Zentrale der Jüdischen Ältestenräte in Ostoberschlesien auf das Verhalten der Juden 311

<i>Sara Bender</i>	
Der Mythos vom Aufstand im Ghetto Bialystok	329
<i>Dorota Siepracka</i>	
Die Einstellung der christlichen Polen gegenüber der jüdischen Bevölkerung im Wartheland	345
<i>Dariusz Libionka</i>	
Der polnische Untergrundstaat und die Vernichtung der Juden in den eingegliederten Gebieten	369
<i>Gerhard L. Weinberg</i>	
Die Reaktion der Alliierten auf die „Endlösung“ im Osten	389
 ANHANG	
Karte: Deutsche Besatzungsgrenzen in Polen 1939–1945	401
Abkürzungsverzeichnis	403
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	407
Personenregister	411
Ortsnamenregister	419

VORWORT

Während des Zweiten Weltkriegs war Polen Schauplatz der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden. Mit dem deutschen Überfall und dem Einmarsch sowjetischer Truppen im September 1939 wurde der nach dem Ersten Weltkrieg wiedererstandene Staat zum vierten Mal in seiner Geschichte von der Landkarte getilgt. Nach dem Zusammenbruch der Zweiten Republik stand Polen unter nationalsozialistischer und sowjetischer Besatzung.¹ Etwa die Hälfte der Gebiete, die im deutschen Machtbereich lagen, wurden in das Dritte Reich eingegliedert. Der Rest sollte als „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ (GG) zum Abschubraum für „rassisch minderwertige“ und „eindeutschungsunfähige Elemente“ werden. In den so genannten eingegliederten Ostgebieten lebten 1939 etwa 670.000 Juden.² Sie wurden in den folgenden fünf Jahren verfolgt, entreichtet, in Ghettos gesperrt, beraubt und anschließend systematisch ermordet.

Die eingegliederten Gebiete standen – im Gegensatz zum GG – in der Vergangenheit nicht im Zentrum des Interesses der Holocaustforschung. Mit Ausnahme des Ghettos Litzmannstadt, zu dem eine mittlerweile unübersichtliche Fülle an Literatur existiert³, sind einschlägige Arbeiten zur Judenvernichtung in den neuen Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie zu den Regierungsbezirken Kattowitz, Oppeln, Bialystok und Zichenau – sie wurden in bereits bestehende Reichsgaue (Schlesien und Ostpreußen) integriert – rar gesät.⁴ Der vorliegende Band, der auf eine

¹ Vgl. Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, hg. v. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Osnabrück 2009.

² EUGENE M. KULISHER, The Displacement of Population in Europe, Montreal 1943, S. 99.

³ Neueste Veröffentlichungen zum Thema vgl. ANDREA LÖW, Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten, Göttingen 2006; PETER KLEIN, Die „Gettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940–1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009.

⁴ MICHAŁ GRYNBERG, Żydzi w rejencji ciechanowskiej 1939–1942. Warszawa 1984; SARA BENDER, The Jews of Bialystok During World War II and the Holocaust, Brandeis 2008; MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006; SYBILLE STEINBACHER, „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000;

gemeinsame internationale Konferenz des Deutschen Historischen Instituts Warschau und des polnischen Instituts des Nationalen Gedenkens zurückgeht⁵, befasst sich daher mit der Verfolgung und Vernichtung der Juden in den eingegliederten Gebieten, wobei die Entschlussbildung zum Massenmord, die verschiedenen Stadien der Entrechtung, Ausbeutung und Vernichtung, das nationalsozialistische Lagersystem und die Reaktionen innerhalb und außerhalb Polens auf den Holocaust den strukturellen Rahmen bilden.

Im ersten Teil des Bandes, der sich mit der Rolle der eingegliederten Gebiete bei der Entschlussbildung zur Judenvernichtung befasst, verweist *Peter Longerich* auf das Zusammenspiel von Peripherie und Zentrale bei der Planung und Durchführung des Holocaust und plädiert für eine Abkehr von den überwiegend monokausalen Erklärungsansätzen in der Forschung. *Jacek Andrzej Mlynarczyk* vergleicht die Eigeninitiativen zur „Endlösung der Judenfrage“ im Reichsgau Wartheland durch Arthur Greiser und im Distrikt Lublin durch Odilo Globocnik. Die Spielräume, die sich beiden Machthabern in ihren Regionen dabei boten, waren groß, und sie bewiesen ein hohes Maß an Improvisationstalent bei der Umsetzung der Vorgaben der Zentrale in die Praxis. *Ryszard Kaczmarek* vergleicht die Verfolgung der Juden in den eingegliederten Ostgebieten mit der „Judenpolitik“ in den annexierten Gebieten West- und Südeuropas. Er kann dabei nachweisen, dass die unterschiedliche Behandlung der jüdischen Bevölkerung in den annexierten Gebieten Europas hauptsächlich durch drei Aspekte bedingt wurde: Die Größe der jüdischen Population vor Ort, das Verhältnis der Deportationen zur jeweiligen Bevölkerungspolitik und die Persönlichkeit des jeweiligen Gauleiters.

Im zweiten Teil – Von der Entrechtung zur Vernichtung – beschreibt *Jochen Böhler* das Anfangsstadium der Judenverfolgung im besetzten Polen und verweist dabei auf die zentrale Rolle, die der deutschen Wehrmacht gerade zu Beginn des Holocaust zukam. Die Regionalstudien von *Jan Grabowski* und *Michael Alberti* schildern den Verlauf der Judenverfolgung und -vernichtung im Reichsgau Wartheland und im Bezirk Zichenau. Mit *Klaus-Michael Mallmanns* Fallstudie zu den antijüdischen Maßnahmen der Sicherheitspolizei Litzmannstadt tritt eine zentrale Tätergruppe des Holocaust ins Blickfeld, deren Strukturen und handlungsleitende Motive herausgearbeitet werden. *Dan Michman* kommt zu dem Schluss, dass Judenräte, Ghettos und „Endlösung“ nicht drei Komponenten einer von vornherein

DIETER SCHENK, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000; ANNA ZIÓŁKOWSKA, Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej 1941–1943, Poznań 2005.

⁵ „Die Judenvernichtung in den in das Dritte Reich eingegliederten polnischen Gebieten während des Zweiten Weltkriegs“ (Kattowitz, 15.–17.9.2005).

intendierten antijüdischen Politik, sondern separate Faktoren waren, die zu unterschiedlichen Zeiten, teilweise in verschiedenen Milieus und historischen Zusammenhängen entstanden.

Der dritte Teil befasst sich mit Arbeits-, Vernichtungs- und Konzentrationslagern in den eingegliederten Gebieten. *Anna Ziolkowska* zeigt auf, dass in den Zwangsarbeitslagern für Juden im Reichsgau Wartheland durch die bewusste Umsetzung des Prinzips „Vernichtung durch Arbeit“ die Ermordung ihrer Insassen bereits angelegt war. *Peter Klein* gelingt in seiner minutiösen Kritik einer bereits zu Beginn der 1960er Jahre veröffentlichten Quelle erstmals der Nachweis, dass die finanzielle Absicherung der „Endlösung der Judenfrage“ im Warthegau von der Ghettoverwaltung Litzmannstadt im Auftrag der Reichsstatthalterei Posen durchgeführt wurde. *Wacław Dlugoborski* führt Überlegungen aus zur Anzahl der Juden aus den eingegliederten Gebieten, die im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ums Leben kamen, und stellt sie in den breiteren Kontext der Politik der „Endlösung der Judenfrage“. *Karin Orth* verfolgt den Werdegang Rudolf Höß vom Rotkreuzhelfer im Ersten Weltkrieg zum Lagerkommandanten und Massenmörder in Auschwitz und verweist dabei auf die einzelnen Eskalationsstufen der Gewalt in seiner Biographie. *Danuta Drywa* beschreibt die Ermordung der Juden im Konzentrationslager Stutthof, über das bis dahin außerhalb Polens nur wenig bekannt war.

Mit den Reaktionen auf die Judenvernichtung in den eingegliederten Gebieten beschäftigt sich der vierte Teil des Bandes. *Julian Baranowski* (†) stellt sich der schwierigen Frage, ob der Vorsitzende des Judenrates im Ghetto Litzmannstadt, Chaim Mordechaj Rumkowski, Kollaborateur oder Retter der ihm anvertrauten jüdischen Gemeinde war. Er kommt zu dem bestürzenden, aber eindeutigen Schluss, dass Rumkowskis Übereifer und Willfährigkeit bei der Erfüllung der ihm von den nationalsozialistischen Besatzern auferlegten Aufgaben ihn zum Mitverantwortlichen an der Vernichtung der Ghettobevölkerung machten – und das ungeachtet der zahlreichen Verdienste um die Organisation des Lebens im Ghetto, die ihm zugutezuhalten sind. Auch *Aleksandra Namysło* betont die ebenso maßgebliche wie ambivalente Rolle der Zentrale der Jüdischen Ältestenräte im östlichen Oberschlesien unter Mojżesz Merin und beschreibt deren Überlebensstrategien für die unter ihrer Obhut stehende jüdische Bevölkerung. *Sara Bender* weist nach, dass der Aufstand im Ghetto Bialystok gegen Ende dessen Bestehens kaum Unterstützung bei der Mehrheit der jüdischen Bewohner fand und auch deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Der Wunsch, der furchtbaren Katastrophe des Holocaust etwas entgegenzusetzen, brachte die israelische Gesellschaft dennoch dazu, hier einen Heldenmythos zu schaffen. *Dorota Siepracka* untersucht die unterschiedlichen Einstellungen der christlichen polnischen Bevölkerung gegen-

über der jüdischen Tragödie, die sich vor ihren Augen abspielte. Der polnische Untergrundstaat, so die These von *Dariusz Libionka*, war über die deutsche antijüdische Politik in den eingegliederten Gebieten bestens informiert und verurteilte deren unmenschliche Brutalität, sah aber auch Probleme für eine zukünftige polnisch-jüdische Koexistenz nach dem erhofften Ende des Krieges voraus. *Gerhard L. Weinberg* schildert die schwierige Lage, in der sich die Alliierten befanden, die zwar ebenfalls bereits früh von der Durchführung der „Endlösung“ im Osten erfuhren, ihre ganze Energie aber in die militärische Vernichtung des Deutschen Reiches zu stecken gezwungen waren, der gegenüber die Rettung der europäischen Juden zurücktreten musste.

Der vorliegende Band schließt mit den vorgestellten Beiträgen eine Forschungslücke und liefert – zusammen mit dem ebenfalls aus einer Konferenz des Deutschen Historischen Instituts Warschau und des polnischen Instituts des Nationalen Gedenkens hervorgegangenen Tagungsband zur Vernichtung der Juden im GG⁶ – einen repräsentativen Querschnitt der internationalen Forschung zum Holocaust in Polen.

Da außerhalb Polens nicht nur in den Medien, sondern bisweilen auch in wissenschaftlichen Publikationen fälschlicherweise von „polnischen Konzentrations-“ oder „Vernichtungslagern“ die Rede ist, wo eigentlich nationalsozialistische Lager auf polnischem Boden gemeint sind, werden die Stätten der Verfolgung und Vernichtung durchgängig mit ihren deutschen Bezeichnungen wiedergegeben. Die in den eingegliederten Gebieten zwischen 1939 bis 1945 gebräuchlichen deutschen Ortsnamen werden ebenfalls im Text verwandt, nicht um den damaligen deutschen Herrschaftsanspruch zu betonen, sondern um dem Leser einen Eindruck von der Besatzer wie Besetzte damals gleichermaßen betreffenden Besatzungsrealität zu geben. Ihre polnische Entsprechung ist dem Ortsnamenregister im Anhang des Bandes zu entnehmen, der auch ein Personenregister und ein Abkürzungsverzeichnis enthält. Die Redaktion sämtlicher Beiträge lag in den Händen von *Kerstin Eschrich* (Berlin), die Übersetzung der Originaltexte aus dem Polnischen⁷ wurde von *Peter Oliver Loew* (Darmstadt), die aus dem Englischen⁸ von *Klaus-Dieter Schmidt* (Berlin) vorgenommen. Bei der Registererstellung halfen *Sarah Rupprecht* und *Jakub Sawicki*.

Warschau, April 2010

Die Herausgeber

⁶ „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. BOGDAN MUSIAL, Osnabrück 2004.

⁷ Beiträge von Baranowski, Dlugoborski, Drywa, Grabowski, Kaczmarek, Libionka, Namyslo, Siepracka, Ziolkowska.

⁸ Beiträge von Bender, Michman, Weinberg.

DIE ROLLE DER EINGEGLIEDERTEN GEBIETE BEI DER ENTSCHLUSSBILDUNG ZUR JUDENVERNICHTUNG

PETER LONGERICH

DER BEGINN DES HOLOCAUST IN DEN EINGEGLIEDERTEN POLNISCHEN GEBIETEN

ÜBERLEGUNGEN ZU TENDENZEN DER NEUEREN FORSCHUNG*

Die Holocaustforschung der letzten Jahre zeichnet sich aus durch eine verwirrende Fülle unterschiedlicher Perspektiven und Themen. Um unser Thema – die Ermordung der Juden in den vom Reich unmittelbar okkupierten Gebieten Polens – in einen historiographischen Kontext zu stellen, scheint es sinnvoll zu sein, auf zwei in der letzten Zeit stark beachtete Tendenzen der Holocaustforschung etwas näher einzugehen und sie zu problematisieren: Zum einen der Trend zur Regionalisierung der Forschung – Stichwort Zentrum und Peripherie – und zum anderen der Trend zur Erschließung neuer thematischer Zugänge zur Erklärung des Holocaust.

Zentrum und Peripherie

Der Beginn des Holocaust in den verschiedenen Gebieten Polens muss als Teil einer umfassenderen Entwicklung gesehen werden. Wir sollten uns vor Augen halten, dass zwischen Frühjahr 1941 und Sommer 1942 die NS-Führung schrittweise dazu überging, zunächst existierende allgemeine und langfristige Vorstellungen über die physische Vernichtung der Juden in ein konkretes, systematisches Massenmordprogramm umzusetzen. Die erste Phase in diesem stufenförmigen Prozess begann bekanntlich in der Sowjetunion. Die Analyse der Ausweitung der Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung in den sowjetischen Gebieten im Sommer und Herbst 1941 ist für unseren Zusammenhang höchst aufschlussreich, ja unerlässlich.¹

* Überarbeitete Fassung des Auftaktvortrages zu der internationalen Konferenz „Die Judenvernichtung in den in das Dritte Reich eingegliederten polnischen Gebieten während des Zweiten Weltkriegs“ (Kattowitz, 15.-17.9.2005).

¹ Zur Entwicklung des Holocaust in den besetzten Gebieten der Sowjetunion siehe: Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, hg. v. PETER KLEIN, Berlin 1997; CHRISTIAN

Wie wir wissen, wurden die Morde in den sowjetischen Gebieten in mehreren Wellen ausgedehnt. Zu diesem Zweck erhielten die Mordkommandos zunächst allgemein gehaltene Befehle, Ermächtigungen, die der Initiative und Intuition der Einheitsführer sehr viel Spielraum ließen. Fasssten sie diese Anweisungen falsch auf, verfügte die SS-Führung über entsprechende Möglichkeiten, nachzusteuern, etwa durch Inspektionsreisen oder personalpolitische Maßnahmen. Aufgrund dieser besonderen Befehlstechnik geschah die Ausdehnung der Morde in den verschiedenen sowjetischen Gebieten nicht gleichzeitig und uniform, sondern es vergingen Wochen oder gar Monate, bis alle Mordkommandos die jeweils nächste Schwelle überschritten hatten. Trotz dieser Unterschiede ist ein durchgehendes Verhaltensmuster deutlich zu erkennen.²

Dieses Modell einer engen, aber durchaus vielgestaltigen Interaktion zwischen Zentrum und Peripherie lässt sich für eine Analyse des Beginns des Holocaust im gesamten deutsch besetzten Europa nutzbar machen. Zwischen Herbst 1941 und Frühjahr 1942 begannen die deutschen Behörden in verschiedenen Besatzungsgebieten damit, Massenmorde an Juden vorzubereiten oder bereits durchzuführen. Umfang, Methoden und zeitlicher Rahmen dieser Mordaktionen bzw. Mordpläne waren durchaus unterschiedlich. Erst im Sommer 1942 setzte die SS-Führung die gesamte, nun ganz Europa umfassende Mordmaschinerie einheitlich in Gang.

Die Ausdehnung der Morde über die Sowjetunion hinaus betraf zunächst vor allem vier polnische Regionen, die Distrikte Galizien und Lublin sowie die eingegliederten Gebiete Warthegau und Oberschlesien. Ich will und kann hier nicht auf die Einzelheiten der Entscheidungsbildung und Fragen der Historiographie in den einzelnen Regionen eingehen, sondern ich möchte lediglich hervorheben, dass die entsprechenden Forschungsarbeiten

GERLACH, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941–1944, Hamburg 1999; ANDREJ ANGRICK, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003; NORBERT KUNZ, Die Krim unter deutscher Herrschaft 1941–1944. Germanisierungsutopie und Besatzungsrealität, Darmstadt 2005; CHRISTOPHER R. BROWNING, Die Entfesselung der Endlösung. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag v. JÜRGEN MATTHÄUS, Berlin 2006; ANDREJ ANGRICK/ PETER KLEIN, Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944, Darmstadt 2006; WOLFGANG CURILLA, Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland, Paderborn 2006.

² KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Die Türöffner der „Endlösung“. Zur Genesis des Genozids, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, hg. v. GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 2000, S. 437–463; JÜRGEN MATTHÄUS, Controlled Escalation. Himmler’s Men in the Summer of 1941 and the Holocaust in the Occupied Soviet Territories, in: HGS 2(2007), S. 351–365; PETER LONGERICH, Heinrich Himmler. Biographie, München 2008, S. 543–558.

sehr stark die Initiative aus den einzelnen Regionen bzw. – soweit es sich um das Generalgouvernement (GG) insgesamt handelt – die Initiative der dortigen so genannten Regierung betonen.³ Danach lassen sich insbesondere zwei Zeiträume bestimmen, in denen in diesen Regionen auf dem Gebiet der Judenverfolgung geradezu fieberhafte Aktivitäten einsetzten.

Einmal der Zeitraum September bis November 1941: Wie bekannt, dehnte die Sicherheitspolizei in Galizien ihre Mordaktionen auf die gesamte jüdische Bevölkerung aus – der Zusammenhang mit der Entwicklung in der Sowjetunion ist offensichtlich – während der SS- und Polizeiführer in Lublin, Odilo Globocnik, vermutlich die Initiative ergriff, um ein stationäres Vernichtungslager zu bauen, Reichsstatthalter Arthur Greiser im Warthegau sich die Genehmigung erteilen ließ, zum Ausgleich für die Aufnahme von Juden und Zigeunern aus dem Reich 100.000 nicht arbeitsfähige einheimische Juden zu ermorden, und der Chef des Zwangsarbeiterprogramms in Oberschlesien, SS-Oberführer Albrecht Schmelt, damit begann, die nicht mehr arbeitsfähigen Juden aus seinen Lagern zur Liquidation nach Auschwitz zu schicken.⁴ Parallel zu den Ereignissen im GG und im Warthegau setzte im Oktober 1941 ein weiterer regionaler Massenmord ein: die systematische Ermordung der jüdischen Männer in Serbien unter dem Vorwand der Geiselerschießung durch Verbände der Wehrmacht.⁵

Eine zweite Phase verdichteter Aktivitäten liegt zwischen März und Mai 1942. Ich meine damit den Beginn der Deportationen aus den Distrikten

³ DIETER POHL, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt/M. u. a. 1993; DERS.: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944, München 1996; THOMAS SANDKÜHLER, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996; BOGDAN MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999; JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945, Darmstadt 2007; MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006; SYBILLE STEINBACHER, „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000; DIETER SCHENK, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000. Zu den Vorfällen des Holocaust im besetzten Polen bis Sommer 1941 siehe: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004; JOCHEN BÖHLER, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt/M. 2006.

⁴ BOGDAN MUSIAL, Ursprünge der „Aktion Reinhardt“. Planung des Massenmordes an den Juden im Generalgouvernement, in: „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. DERS., Osnabrück 2004, S. 49–85; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 3), S. 400–407; STEINBACHER, „Musterstadt“ (Anm. 3), S. 276 f.

⁵ WALTER MANOSCHEK, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1995.

Lublin und Galizien in das inzwischen fertig gestellte Vernichtungslager Belzec, während im Mai 1942 das Prinzip der Selektion nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen (unter diese Kategorie fielen in der Regel auch Mütter mit Kindern) auf die gesamte jüdische Bevölkerung in Ostoberschlesien angewandt wurde, die man entweder in die Schmelz-Lager oder nach Auschwitz-Birkenau deportierte. Die Ermordung der aus dem Reich nach Lodz deportierten Juden im Mai markiert wiederum die Radikalisierung der Entwicklung im Warthegau.⁶ Als weiteres Beispiel für Initiativen aus der Peripherie ließe sich Frankreich anführen, wo die Militärverwaltung im Herbst 1941 dazu überging, als Vergeltung für die Anschläge des Widerstandes künftig keine Geiseln mehr zu erschießen, sondern Juden und Kommunisten nach Osten zu deportieren. Wiederum beginnend im März, dann verstärkt seit Juni 1942, wurden diese Deportationen dann durchgeführt.⁷ Auch die verschiedenen Initiativen deutscher Gauleiter im Herbst 1941, die aus verschiedenen Gründen massiv darauf drängten, ihre Städte judenfrei zu machen,⁸ passen in dieses Schema, ebenso wie die Wiederaufnahme der Deportationen aus dem Reich im März 1942.⁹

Liest man nun die entsprechenden regionalen Arbeiten kritisch, so wird man feststellen, dass der eigentliche Entscheidungsgang zur Endlösung in keinem Fall präzise anhand von Dokumenten rekonstruiert werden kann.

⁶ POHL, „Judenpolitik“ (Anm. 3), S. 113–123; DERS., Judenverfolgung (Anm. 3), S. 179–198, STEINBACHER, „Musterstadt“ (Anm. 3), S. 275–278; CHRISTOPHER BROWNING, Der Entscheidungsprozess im Machtzentrum. Weichenstellungen für die „Endlösung“, in: DERS., Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter, Frankfurt/M. 2001, S. 82.

⁷ AHLRICH MEYER, Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000; SERGE KLARSFELD, Vichy – Auschwitz. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Darmstadt 2007.

⁸ KARL HÖFFKES, Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk, Tübingen 1997; CZESŁAW ŁUCZAK, Arthur Greiser. Hitlerowski władc w Wolnym Mieście Gdańskim i w Kraju Warty, Poznań 1997; STEPHANIE ZIBELL, Jakob Sprenger. NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hessen, Darmstadt u. a. 1999; SCHENK, Hitlers Mann (Anm. 3); TÖVİYYA FRIEDMAN, Die acht Nazi-Gauleiter Hitlers in Österreich 1938–1945, Haifa 2002; STEFFEN RASSLOFF, Fritz Sauckel. Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Sklavenhalter“, Erfurt 2007; RALF MEINDL, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007; THOMAS PODRANSKI, Gauleiter als regionale Politikakteure in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches. Das Beispiel der „Deutschen Volksliste“, in: Zeitschrift für Genozidforschung 2 (2008), S. 95–132; LOTHAR WETTSTEIN, Josef Bürckel. Gauleiter, Reichsstatthalter, Krisenmanager Adolf Hitlers, Norderstedt 2009; ARMIN FUHRER/ HEINZ SCHÖN, Erich Koch. Hitlers brauner Zar. Gauleiter von Ostpreußen und Reichskommissar der Ukraine, München 2010; CATHERINE EPSTEIN, Model Nazi. Arthur Greiser and the occupation of Western Poland, Oxford 2010.

⁹ BROWNING, Entscheidungsprozess (Anm. 6), S. 81.

Die These von der Initiative aus den Regionen ist also ein gutes Stück weit eine – auf sehr starke Indizien gestützte – Interpretation, die sich aus der Perspektive des regionalen Forschers ergibt. Sie passt in einen Forschungskontext, der schon seit etwa zwei bis drei Jahrzehnten die Involvierung der Funktionseliten in die antisemitische NS-Politik betont.¹⁰

Die Ingangsetzung des Holocaust in den verschiedenen Gebieten unter deutscher Herrschaft erscheint somit als ein komplizierter, keineswegs uniformer Prozess. Ausgangspunkt sind offensichtlich die Entwicklungen in der Zentrale im September/Oktober 1941, die aber wiederum im Kontext mit der Entwicklung in den besetzten sowjetischen Gebieten stehen.

Wesentlich ist, dass zur gleichen Zeit in verschiedenen Gebieten unter deutscher Kontrolle deutsche Dienststellen eine Reihe von Initiativen auslösten, die den Absichten der Zentrale entgegenkamen. Wenn auch Ausmaß, zeitlicher Ablauf und Methode der in den verschiedenen Gebieten eingeleiteten Massenmorde unterschiedlich waren, so ist doch offensichtlich, dass die regionalen Dienststellen gleichzeitig planvoll durchgeführte Vernichtungsprogramme in Gang setzten, um sich zunächst eines Teils der jüdischen Bevölkerung in ihrem Gebiet zu entledigen. Diese regionalen Mordprogramme können ganz offensichtlich nicht isoliert voneinander gesehen werden, als jeweils eigenständige Kampagnen, die primär durch die regionalen Autoritäten aufgrund eigener Initiativen begonnen wurden. Sie waren vielmehr Bestandteil einer übergeordneten und zentral gesteuerten Politik, die den ausführenden Organen in der Tat sehr große Handlungsspielräume ließ. Diese Einsicht ergibt sich meines Erachtens zwangsläufig, wenn man die in der neueren Literatur vorherrschende Mikro- und Mesoebene zu einem Gesamtbild zusammenfügt. Aus dieser Perspektive erscheinen die Eigeninitiativen untergeordneter Organe als Elemente eines letztlich doch zentral gesteuerten Systems.

¹⁰ Siehe etwa RUTH BETTINA BIRN, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986; HANS-JOACHIM HEUER, Geheime Staatspolizei. Über das Töten und die Tendenzen zur Entzivilisierung, Berlin 1995; JENS BANACH, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945, Paderborn 1998; ANDREAS HOFMANN, „Beseitigung des jüdischen Einflusses...“. Antisemitische Forschung, Eliten und Karrieren im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1999; MICHAEL WILDT, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002; ISABEL HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003; Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/TOBIAS JERSAK, Frankfurt/M. u. a. 2004; Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur, hg. v. RÜDIGER HACHTMANN/ WINFRIED SÜSS, Göttingen 2006; MARKUS ROTH, Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen: Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009.

Aus dem vorhandenen Material haben wir verschiedene Hinweise darauf, welche Methoden der Zentrale zur Verfügung standen, um die Vernichtungspolitik in den Regionen durchzusetzen: die Herbeiführung von „unmöglichen“ Situationen, die den regional Verantwortlichen radikalere „Lösungen“ abverlangten, ergänzt durch Hinweise, Appelle und direkte Interventionen, etwa anlässlich von Inspektionen vor Ort. Mit der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 und der darauf einsetzenden Planung für ein gesamteuropäisches Deportationsprogramm wurde dann der systematische Massenmord an den Juden in den übrigen europäischen Ländern eingeleitet.

Zur Frage der Motive der Täter: „Utilitäre“ Begründungen und nationalsozialistische Ideologie

Neben der Frage, von wo die Initiative für die Ausdehnung der Massenmorde ab Herbst 1941 ausging, soll uns hier zweitens das Problem beschäftigen, welche Motive hinter dieser Ausdehnung der Massenmorde standen. Die mit der Materie befassten Historiker haben eine ganze Fülle von Motiven ausgemacht, die die Bereitschaft der deutschen Dienststellen in den besetzten bzw. annexierten Gebieten erklären können, von sich aus die Massenmorde weiter eskalieren zu lassen: Die rassenideologisch aufgeladenen sozio-ökonomischen Planungen, die Politik der „Menschenumsetzung“ und „Germanisierung“, die Ernährungs- und Wohnungssituation, die Bekämpfung von Seuchen und Schwarzhandel, die Politik der Repressalien, das Motiv der „Vernichtung durch Arbeit“ oder der allgemeine Kriegsverlauf.¹¹ Deutlich geworden ist die Eigendynamik der Verhältnisse vor Ort,

¹¹ Siehe etwa GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995; UWE MAY, „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn u. a. 2002; CHRISTIAN GERLACH, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998; GERHARD BOTZ, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik, Wien, Salzburg 1975; WINFRIED SÜSS, Der „Volkskörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003; Repression und Kriegsverbrechen. Die Bekämpfung von Widerstands- und Partisanenbewegungen gegen die deutsche Besatzung in West- und Südeuropa, hg. v. GUUS MEERSHOEK/ AHLRICH MEYER, Berlin 1997; WOLF GRUNER, Jewish Forced Labor under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims 1938–1943/44, New York u. a. 2006; MICHAEL ALLEN THAD, The Business of Genocide. The SS, Slave Labour, and the Concentration Camps, Chapel Hill, NC, 2002; TOBIAS JERSAK, Die Interaktion von Kriegsverlauf und Judenvernichtung. Ein Blick auf Hitlers Strategie im Spätsommer 1941, in: Historische Zeitschrift 268/2 (1999), S. 311–374.

wo lokale und regionale Dienststellen, nachdem zunächst die versprochene Deportation, dann die Ghettoisierung scheiterte, nach radikaleren „Lösungen“ suchten. Weitere Motive lassen sich den Quellen entnehmen: Bekämpfung von „Plünderern“ oder schlicht und einfach die Aneignung jüdischen Besitzes – als Beispiel sei hier die um die Jahreswende 1941/42 durchgeführte „Pelzaktion“ (die Konfiszierung von Pelzwaren bei den im GG lebenden Juden für das deutsche Ostheer) genannt,¹² bei der in der Tat zahlreiche Juden erschossen wurden. Weiter ließe sich etwa die Absicht anführen, die Deportation der Juden aus Deutschland als Antwort auf die alliierten Luftangriffe zu beschleunigen,¹³ und anderes mehr.

Je mehr die Forschung sich regionalen und thematischen Aspekten des Holocaust zuwendet, desto mehr wächst die Tendenz, solche Motive der deutschen Seite herauszustellen, die sich auf eindeutige Nützlichkeits erwägungen zurückführen lassen. Natürlich wäre es möglich, diese utilitären Argumente zu einem Modell zusammenzufügen, in dem die Entscheidung zur Deportation und zur Ermordung der europäischen Juden als das Ergebnis einer Kumulation von unterschiedlichen Sachzwängen erschiene, in der sich die deutsche Seite in der zweiten Jahreshälfte 1941 befand.

Nun besteht aber die Gefahr, dass auf der Suche nach immer neuen Begründungen für den Massenmord – die sich natürlich in den Akten von zahlreichen Fach-Bürokratien finden lassen – der Komplex, der im allgemeinen als Rassenideologie des Nationalsozialismus bezeichnet wird, zu kurz kommt. Denn die Juden wurden ja nicht primär ermordet, weil man ihre Wohnungen und ihr Geld haben oder sie von der Ernährung ausschließen wollte.¹⁴ Wesentlich ist, dass die „Sachpolitik“ in hohem Maße ideologisch aufgeladen war, und dass die NS-Weltanschauung – wie jede Ideologie – der Machteroberung und dem Machterhalt in ganz praktischer Weise dienen musste.

¹² MŁYNARCZYK, Judenmord (Anm. 3), S. 139 f.

¹³ WOLF GRUNER, Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland 1938–1945. Neue Perspektiven und Dokumente, in: Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945, hg. v. BIRTHE KUNDRUS/ BEATE MEYER, Göttingen 2005, S. 48–51.

¹⁴ Zur Diskussion um die diesbezüglichen umstrittenen Thesen von GOTZ ALY, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005 siehe: JOHANNES PFOHL, Die Raubmord-Politik der Nationalsozialisten in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, Norderstedt 2007. Zum Raub jüdischen Vermögens im Dritten Reich siehe: MARTIN DEAN, Robbing the Jews. The confiscation of Jewish property in the Holocaust, 1933–1945, Cambridge 2008.

Zur Situation der Holocaust-Forschung nach der Aufgabe der großen Dichotomien

Die Struktur der Debatte in der Täterforschung ist in den letzten Jahren maßgeblich gekennzeichnet gewesen durch die Dominanz großer Dichotomien: Zur Genüge haben wir uns in der Vergangenheit beschäftigt mit dem Gegensatzpaar Intention versus Funktion bzw. mit der Frage, ob in der Entscheidungsbildung, die zum Holocaust führte, stärkeres Gewicht auf die Rolle des Diktators oder auf polykratische Strukturen gelegt werden sollte, und neuerdings befassen wir uns, wie ausgeführt, mit Debatten um Peripherie versus Zentrum bzw. um Ideologie versus Pragmatismus/Rationalität, und man könnte im Hinblick auf die Genesis der Endlösung ein weiteres Gegensatzpaar bilden aus einem dezisionistischen und einem evolutionären Modell.

Es ist keine Frage, dass solche teilweise sehr stark akzentuierten Gegenüberstellungen außerordentlich fruchtbar für die Forschungsdiskussion waren. Es scheint mir aber, dass wir nun in der Holocaustforschung an einen Punkt gekommen sind, wo solche dichotomischen Gegenüberstellungen aufgegeben werden müssen, da die so miteinander konfrontierten eindimensionalen Erklärungen offensichtlich der Komplexität unseres Forschungsgegenstandes – und unser Forschungsgegenstand ist der systematische Massenmord an den europäischen Juden – nicht gerecht werden können.

Je mehr sich die Forschung entfaltet und intensiviert, umso deutlicher wird, dass sich Gegensatzpaare wie Intention und Funktion oder Rationalität und Ideologie nicht ausschließen, sondern dass sie unterschiedliche Aspekte der historischen Wirklichkeit beleuchten und sich durchaus ergänzen, ja sich gegenseitig bedingen. Sie stehen also in einem dialektischen Verhältnis zueinander, das sich nur aufheben lässt, wenn man den Widerspruch als Ansatzpunkt betrachtet, übergeordnete Strukturen herauszuarbeiten. Begreift man ein Gegensatzpaar als dialektisch, so erscheint es als geradezu sinnlos, immer wieder zu versuchen, ein Element des Gegensatzes gegen das andere auszuspielen.

Auf unsere beiden Themen angewendet bedeutet dies, dass die Initiative der Täter in den einzelnen Regionen unabdingbarer Bestandteil einer zentral gesteuerten Politik war, die Führungsrolle des Zentrums aber erst durch den Wettbewerb der verschiedenen Funktionsträger gesichert wurde, während die „pragmatischen“ Begründungen der „Judenpolitik“ – Arisierung, Wohnraumbeschlagnahme, Ausbeutung von Arbeitskraft usw. – mit ideologischen Rechtfertigungsstrategien zur Deckung gebracht wurden, und die Ideologie wiederum aus den „Erfolgen“ dieser pragmatischen Vorgehensweise eine zusätzliche Absicherung erfuhr.

Ich habe vor einigen Jahren für diese übergeordnete Struktur den Begriff der „Judenpolitik“ vorgeschlagen,¹⁵ wobei der zugrunde gelegte Politikbegriff bewusst allgemein angelegt ist. Die wichtigsten Elemente dieses Begriffes sind:

- Die antisemitische Politik war für den Nationalsozialismus von zentraler Bedeutung, da sich nach dessen Überzeugung nur durch die Ausschließung, Ausgrenzung und Beseitigung der Juden die angestrebte Utopie einer rassisch homogenen Volksgemeinschaft herstellen ließ.
- Die „Judenpolitik“ bildete ein eigenes Politikfeld, das in Interaktion mit anderen Politikfeldern (Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik usw.) stand und diese zunehmend beeinflusste und überlagerte.
- Das Regime radikalierte die „Judenpolitik“ während des Krieges fortwährend, da sie aus der Sicht des Regimes als Schlüssel für die siegreiche Beendigung des Krieges galt.

Versteht man die Judenverfolgung als Politik, so sind die typischen Merkmale festzustellen, die wir auch aus anderen Politikfeldern kennen: Ideologische Begründung und weitgefasste, radikale Intentionen stehen neben taktischen Wendungen und Kompromissen.

Es musste unter den Akteuren ein minimaler Konsens hergestellt und permanent kommuniziert werden, um das Politikfeld am Leben zu erhalten, und es gibt das typische Gegeneinander von oben und unten, die Rivalität von einzelnen Funktionsträgern, wie sie für große Organisationen typisch sind.

Ob die Forschung sich mit diesem oder mit einem anderen übergeordneten Konzept anfreunden wird, bleibt abzuwarten. In jedem Fall scheinen mir, wenn die These von der Überlebtheit der großen Dichotomien richtig ist, folgende Kernprobleme für die mittelfristige Entwicklung der Forschung zu bestehen:

1.) Wenn wir das Modell aufgeben, wonach ein einzelner Entschluss den systematischen Mord an den europäischen Juden in Gang gesetzt hätte, wenn wir weiter die Vorstellung eines außer Kontrolle geratenen und von niemandem mehr gesteuerten kumulativen Radikalisierungsprozesses hinter uns lassen, dann wird zweierlei deutlich:

Erstens eröffnen sich neue Perspektiven auf die Jahre 1939 bis 1941, die nun als eine Phase erscheinen, in der das NS-Regime gegenüber den Juden bereits genozidale Projekte erwog, die als besonders sinister erscheinen, wenn man in Betracht zieht, dass das Regime gleichzeitig bereits rassistisch

¹⁵ PETER LONGERICH, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München, Zürich 1998.

motivierte Massenmordprogramme – gegen die polnische Bevölkerung und so genannte Erbkranken – durchführte.

Zweitens aber tritt dann deutlicher ins Bewusstsein, dass auch im Zeitraum ab Frühjahr 1942 das Leben von mehreren Millionen jüdischen Menschen von politischen Entscheidungen, von der weiteren Entwicklung der „Judenpolitik“ abhing: Große jüdische Gemeinschaften konnten überwiegend gerettet werden (wie in Frankreich, Italien, Dänemark, Alt-Rumänien oder Bulgarien) oder sie gingen unter, wie in Ungarn oder Griechenland; um das Schicksal der jüdischen Zwangsarbeiter, um ein weiteres Thema zu benennen, wurden gleichzeitig erbitterte Konflikte ausgetragen.

2.) Wenn wir nun den Vorschlägen des Autorenpaares Aly/ Gerlach¹⁶ und anderen folgen und neue thematische Zugänge für die Analyse der Judenverfolgung in Betracht ziehen, dann erscheint es notwendig, die „Judenpolitik“ systematisch mit den anderen zentralen Themenfeldern der deutschen Herrschaft auf dem europäischen Kontinent zu vernetzen, also vor allem mit der Bündnispolitik, der Politik europaweiter innerer Repression, mit den Themen Arbeit, Ernährung, Kriegsverlauf und -finanzierung. Es müsste aber deutlich werden, wie diese Themenfelder in einem rassistischen und antisemitischen Sinne umdefiniert wurden, es müsste gezeigt werden, wie das NS-System also den Versuch unternahm, noch während des Krieges die Grundlagen für ein rassistisches Imperium zu errichten, in dem die Ermordung der Juden zum kleinsten gemeinsamen Nenner der von Deutschland geführten Allianz wurde.

3.) Wenn wir die Judenverfolgung im Zeitraum 1942 bis 1945 mit der gleichen Intensität behandeln wie das Jahr 1941, und die unterschiedlichen Themen und die unterschiedlichen Regionen in ein Gesamtbild integrieren, dann sehen wir, dass die Durchführung der „Judenpolitik“ nicht nur auf Prioritätensetzungen der deutschen Führung zurückzuführen war, sondern in einem zunehmenden Maße abhängig war von dem Verhalten der deutschen Bündnispartner, der einheimischen Verwaltungen in den besetzten Gebieten und nicht zuletzt auch von der Einstellung der einheimischen Bevölkerung. Und es kommt ein weiterer, wichtiger Faktor hinzu: Die jüdische Seite, die im Jahre 1941 der Vorbereitung der Endlösung völlig unvorbereitet und ohnmächtig gegenüber stand, kommt ebenfalls in der zweiten Kriegshälfte zunehmend als ein Faktor ins Spiel, der die Vorgehensweise der Täter beeinflusst. Ich denke an die Stichworte Warnung,

¹⁶ CHRISTIAN GERLACH/ GÖTZ ALY, Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945, Stuttgart 2002.

Flucht, Verstecken und an Versuche, durch Bestechung und Verhandlung das Räderwerk der Vernichtung zumindest zu verlangsamen.

4.) Erst wenn wir alle diese Faktoren in unsere Analyse mit einbeziehen, können wir den Hintergrund rekonstruieren, der für die Entscheidungsbildung der deutschen Führung in der nun europaweiten „Judenpolitik“ – von Norwegen bis Griechenland, vom Baltikum bis nach Südfrankreich – relevant ist.

Die Rekonstruktion und Darstellung der europaweiten Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden ab Frühjahr 1942 ist eine weitaus größere und komplexere Aufgabe als die bisher stark im Vordergrund stehende Debatte zur „Genesis der Endlösung“, und sie wird sich nur durch enge Kooperation verschiedener nationaler und thematisch ausgerichteter Forschergruppen bewerkstelligen lassen. In einer neuen Phase der Forschung, in der die großen Dichotomien verblassen, erscheint es mir aber besonders wichtig zu betonen, dass:

- die weitere „Judenpolitik“ aus einer Kette fortgesetzter Entscheidungen bestand und nicht als „Durchführung“ einmal gefällter Beschlüsse zu sehen ist,
- die Judenverfolgung stets mit anderen Aspekten der deutschen Herrschaft verbunden war und somit in der Analyse mit diesen anderen Themenfelder vernetzt werden muss,
- die Rolle der verschiedenen Akteure und Gegenspieler in Deutschland sowie in den verbündeten und besetzten Gebieten angemessen berücksichtigt werden muss,
- dieses komplexe Bild in eine europaweite Perspektive integriert werden muss.

JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK

MORDINITIATIVEN VON UNTEN

DIE ROLLE ARTHUR GREISERS UND ODILO GLOBOCNIKS IM ENTSCHEIDUNGSPROZESS ZUM JUDENMORD

Die Frage, welcher Prozess zum Entschluss der „Endlösung des Judenproblems“ durch Vernichtung führte, stellt eines der am heftigsten diskutierten und umstrittensten Themen innerhalb der gegenwärtigen Holocaustforschung dar. In letzter Zeit neigen immer mehr Forscher zur Konzeption des Strukturalismus, die besagt, dass es keinen von Anfang des Krieges an bestehenden Plan zur Judenvernichtung gegeben habe und sich der Plan zum Massenmord erst allmählich nach dem Scheitern der Vertreibungs- und Reservatspläne (das Nisko-Lublin-Reservat, der Madagaskar-Plan und die Abschiebung nach Osten) herausbildete. Dabei ist der Vernichtungswille Hitlers gegenüber der jüdischen Bevölkerung und der daraus resultierende nationalsozialistische eliminatorische Antisemitismus zwar eine notwendige, keineswegs aber hinreichende Voraussetzung für die Shoah. Eine Fülle von Regionalstudien¹ bestätigen, dass die Konzeption der Endlösung des so genannten Judenproblems durch Massenmord im Spätsommer und im Herbst 1941 oft in geographisch entlegenen Gebieten im Zusammenspiel von Peripherie und Zentrum der politischen Macht unabhängig voneinander entwickelt und eingeleitet worden ist. Als exemplarisch für

¹ DIETER POHL, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt/M. u. a. 1993; DERS.: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944, München 1996; THOMAS SANDKÜHLER, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996; BOGDAN MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999; CHRISTIAN GERLACH, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944, Hamburg 2000; MARTIN CÜPPERS, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945, Darmstadt 2005; MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006; JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945, Darmstadt 2007.

solche Entwicklungen können die Eigeninitiativen von Reichsstatthalter Wartheland Arthur Greiser oder von SS- und Polizeiführer (SSPF) Odilo Globocnik im Distrikt Lublin des Generalgouvernements (GG) gelten. Obwohl sie unterschiedliche Positionen innerhalb der nationalsozialistischen Hierarchie bekleideten, nahmen beide die bevölkerungspolitischen Entscheidungen in den ihnen unterstellten Gebieten in die eigene Hand. Sie entwickelten mit großem Eifer, Einfallsreichtum, Eigeninitiative und Fanatismus weitreichende Pläne, überwanden alle Hürden, die sie auf ihrem Weg antrafen, und trugen entscheidend dazu bei, die als überflüssig gelten-de jüdische Bevölkerung zu entfernen, indem sie sie kurzerhand ermordeten.

Arthur Greiser wurde 1897 in Schroda in der Provinz Posen in der Familie eines Regierungsbeamten geboren. Als 17-Jähriger meldete er sich 1914 zum Marinedienst, wo er u. a. im Marinekorps „Flandern“ diente und zum Piloten ausgebildet wurde. Innerhalb kürzester Zeit befand er sich als Offizier bei der Fliegertruppe in Zeebrugge und Oostende, wo er auch während eines Aufklärungsfluges verwundet wurde. Für seinen Militärdienst erhielt er mehrere Auszeichnungen, darunter auch das Eiserne Kreuz I. Klasse. Traumatisiert vom Ausgang des Ersten Weltkriegs und vor allem vom Verlust seiner Heimat an das wiedererstandene Polen, entbrannte er voller Hass auf dessen Bewohner. Er schloss sich den Freikorps an und gründete 1924 eine Stahlhelm-Abteilung in Danzig. In den Jahren 1921 bis 1927 gehörte er der Freimaurerloge „Feste Burg im Osten“ an, wo er 1923 auch den dritten Einweihungsgrad erreichte. Politisch nach wie vor unerfüllt, trat er 1922 in Danzig noch der Deutschsozialen Partei und der Kombattantenorganisation „Kamerad“ bei. In den Jahren 1922 und 1923 reiste er oft nach München, wo er während der Diskussionen im Kreis der NSDAP als überzeugter Nationalist und feuriger Redner Hermann Göring auf sich aufmerksam machte. 1929 trat Greiser – damals arbeitslos – in die SA ein. Ein Jahr später schloss er sich auch der NSDAP an. 1930 wurde er zum Stellvertreter des Gauleiters in Danzig, Albert Forster, mit dem ihn auch sofort eine tiefgehende Rivalität verband, die bis in die Kriegsjahre andauern sollte. Die Zugehörigkeit zur NSDAP verhalf ihm nicht nur zu einem kometenhaften Aufstieg innerhalb der NS-Bewegung, sondern auch auf politischer Ebene. Er leitete die Parteifraktion im Danziger Volkstag und wurde 1933 zum Vizepräsidenten und Senator des Inneren ernannt, um im November 1934 als Nachfolger von Hermann Rauschning zum Präsidenten des Senats zu avancieren. Hier angekommen, erlitt seine Karriere einen unerwarteten Knick, als er für finanzielle Unregelmäßigkeiten im Clubkasino in Zoppot verantwortlich gemacht wurde, was sich im Zusammenhang mit den Gerüchten über die Umstände der Auflösung seiner Ehe zu einem richtiggehenden Skandal auszuweiten drohte. In dieser

schwierigen Lage kam ihm der Überfall auf Polen im September 1939 zu Hilfe. Greiser wurde zum Chef der Zivilverwaltung in Posen und am 26. Oktober 1939 auch zum Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP im neu entstandenen Warthegau ernannt. Auch innerhalb der SS, der er 1931 beigetreten war, stieg er schnell auf: Im Oktober 1939 wurde Greiser zum SS-Gruppenführer und 1942 zum SS-Obergruppenführer befördert. Am 10. August 1940 wurde er anstelle seines alten Kameraden aus Danziger Zeiten, des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) Wilhelm Koppe², zum Beauftragten Heinrich Himmlers in dessen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) im Warthegau.³ Dadurch gelang es Greiser nicht nur, sich die gesamte Zivilverwaltung und die Parteistrukturen der NSDAP unterzuordnen, sondern auch den gesamten SS- und Polizeiapparat.⁴ Dieser Umstand, gepaart mit den persönlichen Direktiven Hitlers über die „Eindeutschung“ des Warthegaus binnen kürzester Zeit, bildete eine feste Grundlage für Greiser, um seine eigenen bevölkerungspolitischen Konzeptionen ungehindert entwerfen und energisch in die Tat umsetzen zu können.

Über eine ganz andere, bei weitem schwierigere Ausgangslage verfügte Odilo Globocnik als der SSPF im Distrikt Lublin. Er wurde 1904 in Triest in einer österreichisch-kroatischen Familie geboren. Nach dem Besuch einer Militär-Unterrealschule und der Höheren Staatsgewerbeschule in Klagenfurt studierte er 1919 bis 1923 dort auch Bauingenieurswesen, musste jedoch wegen seiner politischen Aktivitäten das Studium unterbrechen. Bereits als 14-Jähriger schloss er sich der Heimwehr an, um das Klagenfurter Becken zu verteidigen. 1920 trat er in die SA ein. Ab 1923 arbeitete er bei den städtischen Elektrizitätswerken Klagenfurt und engagierte sich dort in den NS-Betriebszellen. Seine radikale Weltanschauung blieb nicht unbemerkt, so dass er ab 1930 im Gau Kärnten für Propaganda zuständig war. Am 1. März 1931 trat er offiziell in die NSDAP und 1934 in die SS ein. Sein Eifer und sein unermüdliches Engagement für die NS-Bewegung – 1933 bis 1935 verbrachte er mehrere Monate wegen seiner

² Koppe leitete bereits 1934 kommissarisch den SS-Oberabschnitt XXVI in Danzig, wo er sich anscheinend sehr gut mit Greiser verstand, vgl. Greisers Abschiedrede an Koppe, abgedr. in: Litzmannstädter Zeitung, 14.11.1943; Ostdeutscher Beobachter, 14.11.1943; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 68.

³ Vgl. ebd., S. 78 f., besonders Anm. 169; GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkerver-
schiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1998, S. 66, Anm. 24.

⁴ Vgl. die offizielle Unterstellung des HSSPF unter den Reichsstatthalter in: Paragraph 2, Abs. 1 der Zweiten Verordnung Hitlers über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete, 2.11.1939, in: Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów, hg. v. KAROL MARIAN POSPIESZALSKI, S. 89 f.

politischen Tätigkeit im Gefängnis⁵ – machten Arthur Seyß-Inquart, Reinhard Heydrich und Himmler auf ihn aufmerksam. 1936 wurde Globocnik zum Gauleiter in Kärnten ernannt und beteiligte sich durch die Mitorganisation der NS-Siegeskundgebungen aktiv an der Herbeiführung des „Anschlusses“ von Österreich. Als Belohnung dafür avancierte er 1938 zum SS-Standartenführer und zum Staatssekretär und Gauleiter in Wien. Seine schroffe Arroganz und unübersichtliche finanzielle Machenschaften brachten Globocnik jedoch schon bald zu Fall. Anfang 1939 wurde er wegen Unregelmäßigkeiten bei der Verrechnung von Geldern aus der „Arisierung“ des Amtes enthoben.⁶ Vor weiterreichenden Konsequenzen rettete ihn Himmler, der ihn am 1. November 1939 zum SSPF im neu entstandenen Distrikt Lublin ernannte, wo er Wiedergutmachung für seine Verfehlungen leisten sollte.⁷

Arthur Greiser verkörperte als Reichsstatthalter im Wartheland die höchste zivile Macht in seiner Region, die nur unmittelbar Hitler verantwortlich war und der auch die gesamte Exekutive unterstand. Odilo Globocnik hingegen war nur ein bescheidener SS- und Polizeiführer in einem der anfänglich vier – nach dem Angriff auf die Sowjetunion fünf – Distrikte des GG und unterstand in dieser Funktion nicht nur dem Distriktgouverneur Ernst Zörner, sondern auch dem Generalgouverneur Hans Frank.⁸

⁵ Laut Stapo Klagenfurt v. 27.07.1940, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik, erhielt Globocnik folgende Haftstrafen wegen illegaler Betätigung für die NSDAP: am 17.9.1933 42 Tage, am 13.11.1933 28 Tage, am 12.12.1934 183 Tage, am 23.8.1935 182 Tage (davon für 70 Tage Strafaufschub). Weitere 18 Monate war er in den Jahren 1936–37 wegen Hochverrats zur Festnahme ausgeschrieben.

⁶ PETER BLACK, Odilo Globocnik. Himmlers Vorposten im Osten, in: Die Braune Elite 2, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, Darmstadt 1999, S. 107 ff.; SIEGFRIED J. PUCHER, „... in der Bewegung führend tätig“. Odilo Globocnik: Kämpfer für den „Anschluß“, Vollstrecker des Holocaust, Klagenfurt, Celovec 1997, S. 61–68.

⁷ Noch Anfang 1941 verbürgte sich Himmler für Globocnik bei einem Revisor, der seine finanziellen Machenschaften in Wien überprüfte: „Soweit ich die Dinge übersehen kann, wird er einen Teil aufklären und belegen können. Bei einem anderen Teil wird er ganz offen sagen müssen, hier habe ich finanziell töricht und in der Revolutionszeit leichtfertig gehandelt. Unanständig hat Globocnik meiner Überzeugung nach bestimmt in keinem Fall gehandelt“, Himmler an den Beauftragten des Reichsschatzmeisters, Franz Xaver Schwarz, 20.2.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

⁸ „Er [Globocnik] steckt in diesem Zusammenhang [die Säuberung des GG von Juden und Polen] voller weitgehender und guter Pläne, an deren Durchführung ihn lediglich die in dieser Beziehung beschränkte Einflussgewalt seiner jetzigen Dienststellung hindert, denn er braucht für alle Aktionen die Unterstützung der zivilen Dienststellen und Behörden des GG., [...] d. h. also, ohne den Generalgouverneur und dessen Gouverneure (Distriktschefs) ist die Durchführung seiner Pläne und Gedanken nicht möglich“, SS-Hauptsturmführer Helmut Müller an das RuSHA am 15.10.1941, BAB, BDC, SSO Globocnik Odilo.

Innerhalb der SS- und Polizeihierarchie war er dem HSSPF-Ost in Krakau, Friedrich Wilhelm Krüger, unterstellt und musste somit hinsichtlich aller seiner Pläne und bevölkerungspolitischen Konzeptionen diese Instanzen konsultieren. Seine Erfahrungen aus der NSDAP-Mitgliedschaft in Österreich konnte er produktiv auch im Distrikt Lublin umsetzen, denn ihm wurde von Himmler der Aufbau der Partei vor Ort anvertraut.

In der Zeit, als Greiser und Globocnik mit ihren neuen Aufgaben betraut wurden, kristallisierte sich die neue NS-Judenpolitik erst heraus. Der Beginn der Kriegshandlungen im Osten konfrontierte die nationalsozialistische Führung mit einer vollkommen neuen Dimension des so genannten Judenproblems: Allein in Polen zählte die jüdische Bevölkerung beinahe drei Millionen Menschen, von denen sich die überwiegende Mehrheit, fast 2,1 Millionen, im Herbst 1939 unter deutscher Besatzung wiederfand. Dieser Umstand nötigte die NS-Entscheidungsträger, auf die bis dahin favorisierte Lösung, Juden zur Auswanderung zu zwingen,⁹ zu verzichten und schnellstmöglich nach einer Alternative zu suchen. Das Unterfangen war um so schwieriger, weil es parallel zu Hitlers großangelegten Plänen für eine Neugestaltung des gesamten unterworfenen polnischen Gebietes ablaufen musste, die Massenumsiedlungen für Millionen von Polen und die Neuansiedlung der aus ganz Europa stammenden „Volksdeutschen“ vorsahen. Da wegen der großen Zahl der polnischen Juden die Emigration kaum als geeignetes Mittel erschien, um sie ‚loszuwerden‘, schlug Himmler bereits im September 1939 vor, alle Juden aus den eingegliederten Gebieten sowie aus dem Altreich in die neu eroberten süd-östlichen Gebiete Polens zu deportieren und sie anschließend über die Demarkationslinie in die Sowjetunion abzuschieben.¹⁰

Trotz der zu erwartenden logistischen Schwierigkeiten, da die Juden vor allem in großstädtischen Ghettos konzentriert werden sollten, und den daraus resultierenden Protesten seitens der Wehrmacht beauftragte der Chef der Gestapo, Heinrich Müller, bereits am 6. Oktober 1939 – also noch vor

⁹ Über Maßnahmen des SD bezüglich der jüdischen Zwangsauswanderung vgl. GÖTZ ALY, „Judenumsiedlung“. Überlegungen zur politischen Vorgeschichte des Holocaust, in: Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, hg. v. ULRICH HERBERT, Frankfurt/M. 1998, S. 71 ff.; LENI YAHIL, Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1998, S. 142–147, S. 155–162, S. 175–184.

¹⁰ Heydrichs Besprechung mit den Abteilungsleitern, 21.9.1939, BAB, R 58/825; Heydrich führte dort explizit aus: „Die Juden-Deportation in den fremdsprachigen Gau [mit der Hauptstadt in Krakau, also das künftige GG], Abschiebung über die Demarkationslinie ist vom Führer genehmigt.“; vgl. CHRISTOPHER R. BROWNING, Von der „ethnischen Säuberung“ zum Völkermord und zur „Endlösung“. Die Entwicklung der nationalsozialistischen Judenpolitik 1939–1941, in: DERS., Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter, Frankfurt/M. 2001, S. 14 f.; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 126 ff.

der Ernennung Globocniks zum SSPF in Lublin – seinen „Judenexperten“ Adolf Eichmann gemeinsam mit Gauleiter Josef Wagner, eine Abschiebung von etwa 70.000 bis 80.000 ostoberschlesischen Juden zu erproben.¹¹ Eichmann sollte die Transporte mit Juden aus Oberschlesien, aufgestockt um weitere Familien aus Wien und Mährisch-Ostrau, in das Durchgangslager in Nisko am Fluss San leiten. Von dort aus sollte die jüdische Bevölkerung nach und nach in das Gebiet um Lublin verlagert werden, wo zwischen den Flüssen Weichsel und Bug ein „Judenreservat“ errichtet werden sollte.¹²

Diese Entwicklung kam Odilo Globocnik sehr gelegen. Tief in der Schuld von Himmler stehend, sah er die einzige Rehabilitierungschance für sich in einem übersteigerten Aktivismus auf dem Feld der Bevölkerungspolitik, nachdem der Reichsführer SS (RFSS) von Hitler mit der „Festigung des deutschen Volkstums“ beauftragt worden war. Der neue SSPF, konfrontiert mit der Idee eines Reservats für die jüdische Bevölkerung in der Umgebung von Lublin, erarbeitete in Kürze einen Plan für den Masseneinsatz der jüdischen Zwangsarbeiter – das so genannte Panzergraben-Projekt. Entlang der neu entstandenen deutsch-sowjetischen Grenze sollte ein 40 bis 50 Meter breiter und bis zu 1,5 Meter unter das Grundwasser reichender Graben angelegt werden, der eine unüberwindbare Barriere für die sowjetischen Panzerverbände im Fall eines Angriffs darstellen sollte.¹³ Schon bei dieser ersten Initiative zeigte sich Globocnik als vollkommen kompromissloser Fanatiker, der sich ungeachtet des Dienstweges mit jedem anlegte, der sich ihm entgegenzustellen versuchte.¹⁴ Obwohl ihm bei einem

¹¹ Eichmann notierte: „Diese Tätigkeit soll in erster Linie dazu dienen, Erfahrungen zu sammeln, um [...] die Evakuierung größerer Massen durchführen zu können.“, zit. nach: BROWNING, Säuberung (Anm. 10), S. 16; vgl. JONNY MOSER, Nisko: The First Experiment in Deportation, in: The Nazi Holocaust. Historical Articles on the Destruction of European Jews, Teil 3, Bd. 2, hg. v. MICHAEL R. MARRUS, Westport-London 1989, S. 732 f.; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 128.

¹² Ursprünglich, noch vor dem Unterzeichnen des Grenzvertrags mit der Sowjetunion am 28.9.1939, in dem die russische Seite auf die Gebiete zwischen Weichsel und Bug als Ausgleich für Litauen verzichtete, war das Judenreservat in der Gegend östlich von Krakau geplant, vgl. CHRISTOPHER R. BROWNING, Die nationalsozialistische Umsiedlungspolitik und die Suche nach einer „Lösung der Judenfrage“ 1939–1941, in: DERS., Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998, S. 193, Anm. 16.

¹³ ROLF-DIETER MÜLLER, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt/M. 1991, S. 20–23.

¹⁴ Die persönliche Einstellung Globocniks zu den „rassisch minderwertigen“ Aussiedlern aus dem Westen drückt am besten seine Aussage während der Distriktsitzung am 14. Februar 1940 aus: „Die Juden und Polen sollten sich selbst ernähren und von ihren Landsleuten unterstützen lassen, da diese Juden genug hätten. Falls dies nicht gelänge, sollte man sie verhungern lassen“, zit. nach POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 52.

Treffen mit der Abteilung Arbeit in der Regierung des GG in Krakau am 6. August 1940 weitgehende Hilfe zugesprochen wurde (so durfte er zusätzliche Juden aus den Distrikten Warschau und Radom hinzuziehen), scheute er nicht davor zurück, wilde Entführungsaktionen anzuordnen und jüdische Zwangsarbeiter aus den Lagern der Zivilverwaltung eigenmächtig zu übernehmen. Dadurch kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit dem Distriktgouverneur Zörner, der solche Praktiken auf dem ihm administrativ unterstellten Gebiet nicht dulden wollte.¹⁵ Der Vertreter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, der die Zustände bei der Auflösung der Lager durch Globocnik zu untersuchen hatte, zeigte sich empört über die Eigenmächtigkeiten seiner Leute:

„Bei der stattgefundenen Besprechung wurde für den augenblicklichen Stand des Arbeitseinsatzes der Juden und das dabei vorhandene Mißverhältnis zum SS- und Polizeiführer [Globocnik] der kennzeichnende Ausdruck ‚Zirkus‘ geprägt; eine Kennzeichnung, der nichts hinzuzufügen ist.“¹⁶

Im gesamten Distrikt Lublin entstanden zahlreiche Arbeitslager der SS, in denen Tausende von jüdischen Zwangsarbeitern auch aus den Distrikten Warschau und Radom eingesetzt wurden.¹⁷ Trotz seiner Anstrengungen endeten Globocniks Bemühungen in einem Desaster. Bis Anfang 1941 gelang es dem SSPF in Lublin nur, 13 Kilometer des „Judenwalls“ anzulegen, was militärisch völlig wertlos war.¹⁸

In der gleichen Zeit entwickelte der Reichsstatthalter im Warthegau eine unermüdliche Initiative in Richtung „Eindeutschung“ seines Gaus durch Vertreibung von Juden und Polen ins GG. Obwohl Greiser in ideologischer Hinsicht zu den radikalsten Nationalsozialisten gehörte und oft Hassiraden gegen Juden und Polen von sich gab, war er durchaus im Stande, seine ideologischen Vorbehalte dem politischen Kalkül unterzuordnen, wenn die Situation dies seinem Ermessen nach abverlangte. Bereits als Senatspräsident in Danzig stellte er sich während der Einführung der Nürnberger Gesetze gegen seinen Erzfeind Albert Forster mit dem Argument:

¹⁵ PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 77 ff.

¹⁶ BAB, R 52II/251, Abt. Inn. Verw., 21.10.1940, Bl. 46.

¹⁷ Janina Kielboń spricht von mindestens 9.271 Juden aus dem Distrikt Radom und 5.253 Juden aus dem Distrikt Warschau, die nach Lublin deportiert wurden; JANINA KIELBOŃ, Judendeportationen in den Distrikt Lublin (1939–1943), in: „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. Bogdan Musial, Osnabrück 2004, S. 122 ff.; meine eigenen Berechnungen aus dem Distrikt Radom liegen etwas höher und belaufen sich auf 10.042 Juden, vgl. MLYNARCZYK, Judenmord (Anm. 1), S. 145.

¹⁸ MÜLLER, Ostkrieg (Anm. 13), S. 22.

„[Ihr] Inkrafttreten [...] werde für die Freie Stadt den Verlust tragender Wirtschaftskräfte zur Folge haben und dadurch die Polonisierung fördern; da die Danziger ökonomisch nicht stark genug seien, um die jüdischen Geschäfte zu übernehmen, müsse Polen es sich angelegen sein lassen, das entstehende Vakuum durch seine eigenen Staatsangehörigen aufzufüllen.“¹⁹

Nach dem Zeugnis Carl Burckhardts hatte der Pragmatismus Greisers jedoch klare Grenzen: „Sobald aber der Wink von höchster Stelle kam, duckte er sich.“²⁰ Auch nach seiner Ankunft im „Reichsgau Posen“ – sein Gebiet wurde erst im Januar 1940 zum „Reichsgau Wartheland“ umbenannt – verkündete er in Lodz:

„Für uns ist, das kann ich Euch versichern, die Judenfrage kein Problem mehr, auch da nicht, wo sie uns in so massiver Form entgegentritt, wie hier. Sie ist für uns nur dazu da, um gelöst zu werden, und sie wird gelöst werden.“²¹

In Greisers Vorstellungen konnte das „Judenproblem“ im Warthegau am ehesten durch eine räumliche Verdrängung der als lästig empfundenen Bevölkerungsgruppe über die Grenzen der ihm unterstellten Provinz hinaus gelöst werden. Aufgrund dessen war er bestrebt, eine Umformung der Bevölkerungsstruktur in dem ihm unterstellten Gebiet vorzunehmen und so viele Juden und „nicht eindeutschungsfähige“ Polen wie möglich ins GG abzuschieben. Dies sollte im Rahmen der „Eindeutschung“ des Warthegaus geschehen und binnen weniger Jahre abgeschlossen werden. Diese Pläne des Reichsstatthalters kollidierten aber mit ähnlichen Initiativen des frisch beauftragten RKF, Heinrich Himmler, für den gerade Greisers Gau den Hauptschauplatz seiner großangelegten Vertreibungs- und Ansiedlungspläne darstellte.²² Anders als sein Amtskollege im GG, Hans Frank, verstand es Greiser aber nach anfänglichen Problemen mit Himmler, „der – nach seinen eigenen Worten – vor allem in der Evakuierungsfrage sehr selbstherrlich“ agierte²³, schnell, einen Kompromiss zu schließen und sich selber zu dessen „erstem Mann“ in An- und Aussiedlungsangelegenheiten zu machen. Im August 1940 übernahm er offiziell die bis zu diesem Zeitpunkt

¹⁹ CARL J. BURCKHARDT, Meine Danziger Mission 1937–1939, München 1960, S. 104.

²⁰ Ebd. S. 78.

²¹ „Dank an den Führer für die Befreiung – Die Ansprache des Gauleiters“, in: Deutsche Loder Zeitung v. 10.11.1939, zit. nach: ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 58.

²² Ohne Beteiligung Greisers wurden bis zum März 1940 ca. 122.500 Juden aus dem Warthegau vertrieben bzw. flohen selber ins GG, vgl. CZESLAW ŁUCZAK, Pod niemieckim jarzem. Kraj Warty 1939–1945, Poznań 1996, S. 83.

²³ JOSEPH GOEBBELS, Tagebücher 1924–1945, hg. v. RALF GEORG REUTH, 5 Bde., München, Zürich 1992; hier: Bd. 4, S. 19; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 57, Anm. 94.

vom HSSPF Wilhelm Koppe bekleidete Stelle des Bevollmächtigten des RKF. Damit hielt er alle Fäden bei der Entwicklung der Bevölkerungspolitik im Warthegau in der Hand. Er engagierte sich auch bei den theoretischen Planungen, die eine Neuordnung der Bevölkerungsstruktur im Warthegau zum Ziel hatten. Als Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Ostbesiedlung in der Reichsstiftung für deutsche Ostforschung beaufsichtigte Greiser unmittelbar die neuesten Entwürfe. Anfang 1941 gründete er die Landeskundliche Forschungsstelle des Reichsgaues Wartheland, die in enger Zusammenarbeit mit der Reichsuniversität in Posen begann, neue Konzepte für verschiedene zivile Behörden und Einrichtungen vorzubereiten.²⁴ Das gemeinsame Vorgehen von Greiser, Himmler und Heydrich führte zu mehreren Vertreibungsaktionen aus dem Warthegau ins GG, die überwiegend die polnische aber auch die jüdische Bevölkerung umfassten.

Greiser partizipierte an den Aussiedlungen aus seiner Provinz auf zweifache Art und Weise. Einerseits versuchte er, durch gezielte Vertreibungen von Juden und Polen und Ansiedlungen von „Volksdeutschen“ nachhaltig die Bevölkerungsstruktur in diesem Gebiet zu Gunsten des Deutschtums zu verändern. Am 1. März 1940 ordnete er beispielsweise an, die Wolhynien- und Galiziendeutschen im Osten des Warthegaus anzusiedeln, um dort einen „undurchdringlichen Wall mit deutschen Menschen gegen das Polentum zu schaffen“. Um die Vorgabe zu erfüllen, wurden binnen weniger Wochen etwa 40.000 Juden und Polen im Rahmen des Zwischenplans in das GG umgesiedelt. Andererseits beschlagnahmte er mehrere Hunderttausend Reichsmark für die eigene Dienststasse aus dem Besitz der Deportierten, die im Nachhinein für den Aufbau seines Gaus verwendet wurden.²⁵ Der Reichsstatthalter griff unmittelbar in den Vertreibungsprozess ein, indem er die Widerstände von Generalgouverneur Frank zu brechen versuchte. Sogar nachdem Göring offiziell am 23. März weitere Deportationen ins GG untersagte, übte er nach wie vor Druck auf Frank aus, weitere Judentransporte aus dem Warthegau zu billigen. Während der Besprechung in Berlin am 1. April vertrat Greiser die Auffassung,

²⁴ MICHAEL G. ESCH, „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Osteuropa 1939–1945, Marburg 1998, S. 33; HELMUTH SCHUSTER, Theorien, Utopien und rassistische Abgründe sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung zwischen wilhelminischem Mitteleuropa-Modell und SS-Generalplan-Ost, in: Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland, hg. v. CARSTEN KLINGEMANN, Opladen 1987, S. 332; MECHTILD RÖSSLER, „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Berlin, Hamburg 1990, S. 109.

²⁵ ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 110. Bis Anfang Januar 1940 waren es schon 170.000 RM, die Greiser zur Aufbauarbeit im Warthegau verwendete.

„diese Anordnung [von Göring] könne sich nicht auf Lodsch beziehen (sondern beziehe sich auf den Stettiner Fall), denn schon in der Chefbesprechung am 12. Februar 1940 in Karinhall sei der Fall Lodsch besonders behandelt worden und auch Generalgouverneur Frank habe die Übernahme der Juden aus Lodsch ausdrücklich zugesagt.“²⁶

In seinem Auftrag bereitete SS-Sturmbannführer Rolf-Heinz Höppner einen Plan vor, der darauf abzielte, 158.000 Juden aus dem Warthegau in einer einmaligen Aktion aus dem Ghetto Litzmannstadt als so genannter Judentreck zu Fuß ins GG zu treiben. Diese Bemühungen wurden durch ein Machtwort Hitlers unterbunden, der dem Generalgouverneur am 8. Juli zusicherte, dass jegliche weitere Deportationen ins GG verboten würden, denn in Kürze sollten alle Juden aus dem deutschen Einflussbereich nach Madagaskar deportiert werden.²⁷

Die sich häufenden Schwierigkeiten führten dazu, dass in Lodz ein großes Übergangsghetto für die zur Deportation bestimmten Juden gebildet werden musste, das bald über 160.000 Menschen beherbergte. Auf einem Treffen mit Frank am 31. Juli 1940 in Krakau musste sich Greiser damit abfinden, dass die Juden in Litzmannstadt bleiben würden und das neu errichtete Übergangsghetto zu einer Dauereinrichtung im Warthegau werden würde. Denn Frank weigerte sich energisch, neue Vertriebene aufzunehmen, mit der Begründung, dass das Generalgouvernement nur helfen könne, wenn alle ernährungspolitischen und wirtschaftlichen Fragen endgültig gelöst seien.²⁸ Auch von dieser Entwicklung hoffte Greiser profitieren und aus der dort zusammengepferchten Bevölkerung einen erheblichen Gewinn herauspressen zu können. Wie er selber feststellte:

„Dort verbleiben die Juden solange, bis das von ihnen Zusammengeraffte im Austauschverfahren gegen Lebensmittel zurückgegeben ist, und dann werden sie [...] über die Grenze abgeschoben. Das leere Ghetto soll dann durch Feuer dem Erdboden gleichgemacht werden.“²⁹

Trotz der dort erzielten wirtschaftlichen Gewinne wurde das Ghetto in Litzmannstadt zu einem immer größer werdenden Problem des Reichsstatt-

²⁶ Niederschrift über die Besprechung v. 1.4.1940, in: Dokumenty i materiały do dziejów okupacji niemieckiej w Polsce, Bd. III, Getto łódzkie, hg. v. ARTUR EISENBACH, Warszawa u. a. 1946, S. 167.

²⁷ JERZY MARCZEWSKI, Hitlerowska koncepcja polityki kolonizacyjno-wysiedleńczej i jej realizacja w „Okręgu Warty“, Poznań 1979, S. 205 f.

²⁸ Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hg. v. WERNER PRÄG/ WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975, S. 264.

²⁹ Aktenvermerk zu Greisers Unterredung mit Stabsleiter Saupert u. Reichsleiter Schieder v. 11.1.1940, zit. nach: ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 150.

halters. Seine Bewohner waren in schlechtem physischen und psychischen Zustand und nur wenige von ihnen eigneten sich für eine geregelte Zwangsbeschäftigung. Zudem waren ihre finanziellen Reserven längst durch die nationalsozialistische Ausbeutung in Form von individuellen Raubzügen, Kontributionen und Arisierungen erschöpft und der Winter stand vor der Tür.

Die Hoffnungen auf eine Lösung des Problems stiegen in der Reichsstatthalterei schon bald wieder in Verbindung mit den Vorarbeiten zum so genannten Dritten Nahplan. Bereits im Dezember 1940, als den Experten aus dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) klar wurde, dass die englische Seedominanz jegliche Planungen von Judentransporten in Richtung Madagaskar als illusorisch erscheinen ließ, erteilte Hitler Heydrich den Befehl, einen großangelegten Entwurf vorzubereiten, der den raschen Abtransport aller Juden aus den deutschbesetzten und unter politischem Einfluss des Dritten Reichs stehenden Ländern berücksichtigen sollte. Da gleichzeitig die Ansiedlungsvorhaben für die „Volksdeutschen“ in den gesamten eingegliederten Gebieten ins Stocken gerieten, machten sich die Planer daran, die Juden- mit den Polentransporten zu verbinden.

Im Endergebnis forderten sie die Übersiedlung von fast 831.000 Menschen, und das allein im Jahr 1941. Darunter sollten sich auch 60.000 Wiener Juden befinden, deren rasche Deportation Hitler dem Gauleiter Baldur von Schirach noch im Herbst 1940 versprochen hatte.³⁰ Der „Dritte Nahplan“ erwies sich jedoch ebenso schnell wie die früheren Vorhaben als undurchführbar. Es reichten die Kapazitäten der Reichsbahn nicht aus, die dafür nötigen Waggons bereitzustellen. Hinzu kam, dass die laufenden Vorbereitungen zum „Unternehmen Barbarossa“ alle freien Kapazitäten des GG in Anspruch nahmen. Am 16. März 1941 verlangte das Oberkommando der Wehrmacht vom RSHA die Aktion abzubrechen, „da der Bedarf der Wehrmacht an Transportmitteln und Unterkünften infolge der veränderten Kriegslage dies als notwendig erscheinen ließ“.³¹

Nach dem Scheitern des Projektes „Judenwall“ an der Ostgrenze zur Sowjetunion begeisterte sich Globocnik für Himmlers Idee, Wehrbauernhöfe zu errichten³², was er sogleich in seinem Distrikt ausprobieren wollte.

³⁰ ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 340 f.; ALY, „Endlösung“ (Anm. 3), S. 212–215, mit einer detaillierten Auflistung aller zu Deportation bestimmten Bevölkerungsgruppen (S. 215).

³¹ Zit. nach: ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 343.

³² Diesbezügliche Richtlinien formulierte Himmler bereits im Oktober 1939, vgl. Himmler über die Struktur der Dörfer und Gau im östlichen Siedlungsgebiet v. 11.10.1939 und Himmlers Gedanken über Siedlung v. 24.10.1939 in Posen vor der SS-Führern, abgdr. in: MÜLLER, Oskrieg (Anm. 13), S. 118–121.

Diesbezügliche Pläne stellte er ihm im August 1940 vor. Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums begrüßte zwar das bevölkerungspolitische Engagement des SSPF in Lublin, fand aber für dessen Vorhaben wenig Begeisterung. Inzwischen interessierte sich Himmler viel mehr für die Errichtung der so genannten SS- und Polizeistützpunkte, also beauftragte er am 2. November 1940 Globocnik mit ihrer Einrichtung im Distrikt Lublin.³³ Sie sollten die Aufrechterhaltung der Besetzungsordnung und die Festigung der politischen Macht in den besetzten Gebieten gewährleisten und später als eine Art Basis für eine flächendeckende Besiedlung durch Reichs- und „Volksdeutsche“ fungieren. Nach längerer Vorbereitungsphase gelang es dem SSPF Anfang März 1941, sechs Liegenschaftsgüter in solche Stützpunkte umzuwandeln. Sie befanden sich in Rachow, Wola Zolkiewka, Siemien, Wytyczno, Turow und Sarny. Die Konzeption schien aufzugehen, wie Globocnik selber konstatierte:

„Sie stellen den verlängerten Arm der deutschen Führung dar und sind Stützpunkt dieser Polizei. [...] Zur Zeit sind die Stützpunkte zur Bekämpfung von Schleichhandel, Schmuggel und Diebstahl bedeutsam und können jederzeit mit den erforderlichen Polizeikräften besetzt werden.“³⁴

Der Erfolg beflogte den SSPF-Lublin dermaßen, dass er in Verbindung mit diesem Projekt weitere umfangreiche soziotechnische Umwandlungen in dem ihm unterstellten Gebiet ins Auge fasste. Um diesmal seine Projekte auf einer wissenschaftlichen Grundlage aufzubauen, griff Globocnik auf die Idee des Lubliner Stadthauptmanns Fritz Sauermann zurück, der ihm im Februar 1941 die Schaffung eines Forschungsinstituts für Ostfragen vorgeschlagen hatte. Er errichtete ein „SS-Mannschaftshaus“ unter Leitung des SS-Obersturmführers Gustav Hanelt mit der Aufgabe, „die Gesamtplanung der SS- und Polizeistützpunkte, der Judenbereinigung, den wissenschaftlichen Einsatz [...] theoretisch zu erarbeiten“.³⁵

³³ PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 90; sowie: BOGDAN MUSIAL, Ursprünge der „Aktion Reinhardt“. Planung des Massenmordes an den Juden im Generalgouvernement, in: „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. DERS, Osnabrück 2004, S. 62.

³⁴ Bericht betr.: Aufbau der SS- und Polizeistützpunkte, ohne Datum, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

³⁵ MICHAEL G. ESCH, Die „Forschungsstelle für Ostunterkünfte“ in Lublin, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 11 (1996), H. 2, S. 62 f., S. 68, Dok. 1.

Entgegen den Darstellungen des deutschen Historikers Bogdan Musial³⁶ waren die Anfänge dieses Forschungszentrums eher bescheiden:

„Das SS-Mannschaftshaus umfasste am 18.III.1942 6 junge Wissenschaftler, 1 Schreibkraft, 1 Verwaltungsführer mit einer männlichen und einer weiblichen Hilfskraft, 1 Unterführer als Unterkunftswart, dazu 2 fremdvölkische Aufseher als Hilfskräfte für die Verwaltung und des Unterkunftswartes. In der Bausparte arbeiteten mit: 8 Polizeiwachtmeister d.[er]R.[eserve] und 3 polnische Bau-techniker.“³⁷

In den ersten Monaten ihres Bestehens konzentrierte sich die kleine SS-Wissenschaftlertruppe auf die Einrichtung der SS- und Polizeistützpunkte und die Lösung der „Judenfrage“ im GG. Offenbar waren sämtliche bevölkerungspolitischen Planungen für Globocniks Spezialisten untrennbar mit jüdischen Angelegenheiten verbunden.

Zeitgleich mit der Einrichtung des SS-Mannschaftshauses begann Globocnik, noch ambitioniertere Vorhaben zur „Germanisierung“ des Distrikts Lublin zu erproben. Er experimentierte an der „Verdeutschung“ von fünf Dörfern in der Umgebung von Zamosc, die deutsche Wurzeln haben sollten, schmiedete Pläne für die Errichtung eines SS-Stadtteils in Lublin für 60.000 Menschen und verkündete auf einer NSDAP-Kundgebung in Zamosc, dass in der Zukunft der Raum Lublin zu einem rein deutschen Siedlungsgebiet umgewandelt werde.³⁸ Globocnik war auch der erste im GG, der die Aktion „Fahndung nach deutschem Blut“ einleitete, eine Suchaktion nach den Nachfahren der deutschen Siedler aus den vergangenen Jahrhunderten, die mit der Zeit „polonisiert“ worden waren, um sie wieder zu „regermanisieren“. Der deutsche Historiker Bruno Wasser schreibt dazu:

„Dieser pseudowissenschaftliche Rückgriff auf deutschstämmige Urahnen machte per Dekret, Zwang oder durch die bloße Aussicht auf Gratistrationen oder Privilegien polnisch sprechende und fühlende Bewohner zu Gliedern der protektionierten Herrenrasse.“³⁹

³⁶ Musial schenkt der Vernehmung des Adjutanten von Globocnik aus den sechziger Jahren Glauben, in der dieser maßlos übertrieb: „Es wurden Kräfte von überall hergeholt: Professoren, Architekten, Techniker und Wissenschaftler. Globocnik hatte nach meinem Eindruck das Bestreben, den Distrikt Lublin zur Blüte zu führen.“ MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 62 f.

³⁷ Arbeitsbericht des SS-Mannschaftshauses vom März 1942, abgedr. in: ESCH, Forschungsstelle (Anm. 35), S. 69.

³⁸ MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 63; PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 90 f.

³⁹ BRUNO WASSER, Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Basel u. a. 1993, S. 61.

In einem so eifrig „germanisierten“ Gebiet gab es immer weniger Platz, nicht nur für die von den Nationalsozialisten verhassten Juden, sondern auch für die „nichteindeutschungsfähigen“ Polen.

Inzwischen änderte sich aber die militärpolitische Lage im deutsch besetzten Polen gravierend und damit auch die bevölkerungspolitischen Aussichten. Die konzeptionelle Lücke in den groß angelegten Planungen zur „Endlösung der Judenfrage“, die nach dem Scheitern des „Madagaskar-Plans“ entstanden war, wurde schnell durch einen neuen Entwurf im Vorfeld des „Unternehmens Barbarossa“ geschlossen. Zum ersten Mal wurde bereits in der Vorbereitungsphase die bevorstehende kriegerische Auseinandersetzung in eindeutig weltanschaulichen Kategorien gefasst. Der Krieg sollte ein Kampf ums Überleben zwischen dem Dritten Reich und der „minderwertigen jüdisch-bolschewistischen“ Sowjetunion werden. Alleine die Perspektive, riesige Gebiete in dem unterworfenen Land erbeuten zu können, beflogelte die Gedanken der hochrangigen „Soziotechniker“. Nicht nur Hitler und Himmler, sondern auch die gesamte NS-Elite waren fest davon überzeugt, dass die Sowjetunion, der „Koloss auf tönernen Füßen“, leicht zu zerschlagen sei, und begannen, großangelegte Deportationspläne zu entwickeln. Schon bald spekulierten Behörden im gesamten Reich über die Möglichkeit einer „territorialen Lösung der Judenfrage“ durch die Abschiebung der „arbeitsunfähigen Elemente“ in den nicht näher definier-ten Osten. Kurz nach Beginn der Kriegshandlungen zerstörte jedoch Hitler persönlich alle Deportationshoffnungen, als er, um den logistischen Schwierigkeiten während der laufenden Gefechte mit den Sowjets aus dem Weg zu gehen, ausdrücklich darauf bestand, die Judentransporte in den Osten erst nach der Beendigung des Krieges vornehmen zu lassen.

Diese Entscheidung bewegte Greiser dazu, nach anderen Lösungen für sein lokales „Judenproblem“ zu suchen. Er begann, sich verstärkt für jüdische Zwangsarbeit zu interessieren. Bereits am 6. August erließ die Abteilung Arbeit in der Reichsstatthalterei eine Regelung über die Entlohnung der in den Privatfirmen beschäftigten Juden, nach welcher der Löwenanteil der zustehenden Vergütung auf das „Aufbaukonto der NSDAP“ in Posen zu entrichten war, während für die Ghettoverwaltung nur zehn Pfennige aus jeder abgearbeiteten Stunde übrig blieben.⁴⁰ Die Regelung hielt sich nicht lange, denn die Menschen im Ghetto Litzmann-

⁴⁰ Während Greisers Gerichtsverfahren in Polen behauptete Hans Biebow, der unmittelbar für die Überführung der überschüssigen Geldbeträge aus dem Ghetto in Litzmannstadt an Greiser verantwortlich war, dass er während seiner gesamten Amtszeit zwischen fünf bis sechs Millionen Reichsmark auf das Sonderkonto des Statthalters einzahlt habe, in: Proces Artura Greisera przed Najwyższym Trybunałem Narodowym, Warszawa 1946, S. 303; JACEK PIETRZAK, Hans Biebow. Portret oprawcy, in: Fenomen getta łódzkiego 1940–1944, hg. v. PAWL SAMUŚ/ WIESŁAW PUŚ, Łódź 2006, S. 189.

stadt mussten irgendwie den Winter überstehen und alle ihre Finanzquellen waren längst erschöpft. Auf Drängen der örtlichen Zivilbehörden sah sich Greiser gezwungen, auf die Auszahlung einer festen Pauschale für die Ghettoverwaltung zu verzichten und ihr 35 Prozent des Gesamtgehalts der arbeitenden Juden zu überlassen. Nachdem das neue Prinzip „Judenverpflegung durch Arbeit“ formuliert worden war, kümmerte er sich persönlich beim Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen um die Einsetzung der Juden aus dem Warthegau bei der Errichtung der Reichsautobahn zwischen Posen und Frankfurt/Oder, also auf dem Gebiet des Altreichs.⁴¹

Die Initiative erlaubte der Reichsstatthalterei in Posen die Bereitschaft der Reichsbehörden auszutesten, jüdische Zwangsarbeiter abzunehmen. Im Falle des Gelingens – so war die Hoffnung – könnten Tausende Juden aus dem Warthegau auf diesem Weg ins Reich verschickt und damit die Zusammensetzung der Bevölkerung zugunsten der „arischen“ Mehrheit beeinflusst werden. Bald nachdem die ersten Juden tatsächlich in Richtung der Autobahnbaustellen verschickt worden waren, bot der Leiter der Abteilung Arbeit, Ernst Kendzia, dem Reichsarbeitsminister Franz Seldte weitere 73.123 Juden (42.187 Männer und 30.936 Frauen) für einen Arbeitseinsatz im Reich an.⁴² Auch Reichsmarschall Göring zeigte sich an jüdischer Zwangsarbeit interessiert und unterstützte Greiser, indem er alle Bedenken gegen Judenverschickungen ins Altreich aus dem Weg räumte.

Am 18. Februar gab er in seiner Funktion als Beauftragter für den Vierjahresplan eine Weisung heraus, in der er alle „Präsidenten der Landesarbeitsämter einschl.[ießlich] Zweigstellen und den Herren Reichsstatthalter in Posen“ darüber informierte, es gebe Überlegungen, dass der Einsatz von „fremdstämmigen oder fremdrassigen Arbeitskräften (z. B. Polen oder Juden) unter rasse- oder volkstumspolitischen Gesichtspunkten Schwierigkeiten bereitet“. Und er fuhr fort: „Diese Erwägungen sind nicht richtig. Sie müssen [...] während des Krieges gegenüber den rüstungswirtschaftlichen Notwendigkeiten zurücktreten.“⁴³ Der Plan Greisers schien aufzugehen. Im März meldeten sich mehrere Arbeitsämter aus dem Reich bei der Abteilung Arbeit der Reichsstatthalterei Posen und gaben exakte Zahlen der erforderlichen jüdischen Zwangsarbeiter an. Die Euphorie in Posen war aber nur von kurzer Dauer. In letzter Sekunde vor der Auffertigung der ersten jüdischen Zwangsarbeiter griff Hitler persönlich ein und machte allen Interessierten einen Strich durch die Rechnung, wie der

⁴¹ ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 242–249.

⁴² ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 283 f.; DIETER MAIER, Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945, Berlin 1994, S. 91.

⁴³ MAIER, Arbeitseinsatz, S. 87 (Faksimile der Weisung).

Reichsarbeitsminister den unterstellten Behörden am 7. April mitteilen musste: „Der Führer hat nunmehr entschieden, dass Juden aus dem Generalgouvernement und dem Warthegau nicht im Reichsgebiet einzusetzen sind.“⁴⁴

Die Lage im Warthegau spitzte sich damit noch weiter zu. Der Reichsrechnungshof schätzte im Januar alleine die Kosten für die Verpflegung der Bewohner des Ghettos Litzmannstadt auf 2,5 Millionen Reichsmark im Monat, die nicht mit dem jüdischen Zwangsarbeitseinsatz beglichen werden könnten.⁴⁵ Die Deportationen in Richtung des GG wurden durch die Wehrmacht und vor allem den erbitterten Widerstand des Generalgouverneurs Frank blockiert, und die erhoffte Verschickung der jüdischen Zwangsarbeiter ins Altreich war unerwartet von Hitler gestoppt worden. Dazu kamen die Beschwerden der lokalen Behörden innerhalb des Warthegaus, die in der Hoffnung auf eine rasche Lösung des „Judenproblems“ auf einmal damit begannen, ihre oft selbst verursachten Probleme mit der jüdischen Bevölkerung lautstark zu publik zu machen.

Wie aus dem berüchtigten Aktenvermerk des Leiters des SD-Abschnitts Posen, Höppner, von Mitte Juli 1941 hervorgeht, scheute man bereits damals im Umkreis der Reichsstatthalterei nicht davor zurück, eindeutige Mordpläne vorzubereiten, nur um die erwünschte Minderung der jüdischen Bevölkerung zu erreichen:

„Es besteht in diesem Winter die Gefahr, dass die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.“⁴⁶

Auch andere Behörden sahen in den jüdischen Vierteln ein immer größer werdendes Problem und verlangten nach einer generellen Lösung:

⁴⁴ Ebd., S. 89–93.

⁴⁵ ALY, „Endlösung“ (Anm. 3), S. 265. Die israelische Historikerin Michal Unger konnte allerdings nachweisen, dass schon im Mai 1941 die Einkommen aus den jüdischen Arbeitslagern die Ausgaben für die Verpflegung des Viertels ausgleichen. Der Reichsrechnungshof irrte sich also in seinen Schätzungen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass seine falschen Berechnungen sich sehr negativ auf den Entscheidungsprozess bezüglich des Umgangs mit den Juden auswirkten, indem sie die Mutmaßungen über die dauerhafte Notwendigkeit, die Ghettobewohner zu bezuschussen, verfestigten, vgl. MICHAL UNGER, Jewish Forced Labor in the Lodz Ghetto and Its Influence on German Policy, in: Fenomen getta (Anm. 40), S. 175.

⁴⁶ Höppners Aktenvermerk v. 16.7.1941 mit dem Anschreiben an Eichmann, in: Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945, hg. v. PETER LONGERICH, München, Zürich 1990, S. 74.

„Die Fleckfieberepidemie im Judenlager Kutno hält unvermindert an. Es wird in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, dass die Ghettos und Judenlager stets Seuchenherde schlimmster Art darstellen [...]. Vom gesundheitlichen Standpunkt muss die baldige Verlegung sämtlicher Juden an einen von der übrigen Bevölkerung völlig abgesonderten Ort gefordert werden“,

schrieb der Regierungspräsident von Hohensalza, Hans Burckhardt, in seinem Lagebericht fast zu gleicher Zeit.⁴⁷

Wie der deutsche Historiker Michael Alberti richtig bemerkt, wurde in fast allen Diskussionen, die auf verschiedenen Machtebenen im Warthegau zwischen Mai und August 1941 stattfanden, eine Unterscheidung zwischen „arbeitsfähigen“ und „arbeitsunfähigen“ Juden getroffen, und während den Erstgenannten eine gewisse Daseinsberechtigung zugesprochen wurde, strebte man eine rasche „Entfernung“ der Anderen an.⁴⁸

Die Forderungen der niederen Dienststellen und vor allem das Memorandum Höppners verfehlten nicht ihr Ziel. Im Juli 1941 wurde das Sonderkommando Lange wieder aufgestellt, das bereits 1940 Insassen der Heil- und Pflegeanstalten im Lager Soldau in Ostpreußen und auch im Warthegau im Rahmen der Euthanasieaktion T4 mit Hilfe eines Gaswagens ermordet hatte.⁴⁹ Wie man der Verleihungsurkunde des Kriegsverdienstkreuzes 2. Klasse an den persönlichen Fahrer von Herbert Lange, Walter Burmeister, entnehmen kann, war er von Juli 1941 bis zum 5. April 1943 im Einsatz:

„[Seine] Tätigkeit beim Sonderkommando [Lange], die in der unmittelbaren Bekämpfung und Vernichtung von Staatsfeinden bestand, erfolgte unter ständigem Lebenseinsatz und erforderte in ganz besonderem Maße eine mannhafte und starke seelische Haltung. Die Tätigkeit [...] war mit von entscheidender Bedeutung für die Lösung eines der wichtigsten völkischen Probleme.“⁵⁰

⁴⁷ Lagebericht Regierungspräsident Hohensalza v. 8.7.1941, zit. nach: ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 254.

⁴⁸ Ebd., S. 357.

⁴⁹ Das Sonderkommando Lange ermordete bereits Anfang 1940 Euthanasiepatienten im Fort VII in Posen und in der „Landesheilanstalt“ Kosten in einem Gaswagen mit der Aufschrift „Kaisers-Kaffee-Geschäft“, bei dem jedoch nicht dessen eigene Abgase, sondern Gasflaschen mit Kohlenmonoxid verwendet wurden, vgl. VOLKER RIESS, Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/1940, Frankfurt/M. 1995, S. 317–320, 330 ff.; Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, hg. v. EUGEN KOGON u. a., Frankfurt/M. 1983, S. 63 ff.

⁵⁰ Befürwortung der Verleihung von KVII. Klasse von IdS Posen v. 16.7.1943, zit. nach: PETER KLEIN, Die Rolle der Vernichtungslager Kulmhof (Chelmno), Belzec (Belżec) und Auschwitz-Birkenau in den frühen Deportationsvorbereitungen, in: Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945, hg. v. DIETMAR DAHLMANN/ GERHARD HIRSCHFELD, Essen 1999, S. 475.

Burmeister musste zusammen mit Lange schon damals nach einem geeigneten Ort für die Errichtung einer künftigen, experimentellen Vernichtungsstätte Ausschau halten.⁵¹ Die ersten Vorbereitungen könnten noch Versuchscharakter gehabt haben. Auch HSSPF Koppe bestätigte dies in seiner Vernehmung nach dem Krieg:

„Dr. Brandt [Himmlers persönlicher Referent] teilte mir mit, dass Dr. Brack [Leiter der Euthanasieaktion T4] bereits in Berlin mit Gasen experimentierte, die Experimente vor dem Abschluß stunden, und die Erprobung der Brackschen Gase unter seiner, Dr. Brack, Leitung im Wartheland beabsichtigt sei. Die Durchführung der Vergasungen war offensichtlich auf das Sonderkommando Lange zugeschnitten.“⁵²

Die hier angesprochene „Erprobung der Brackschen Gase“ bedeutete nichts anderes als Experimente mit der Entwicklung eines neuen Gaswagentyps, bei dem auf die Verwendung von Gasflaschen verzichtet würde.

Die Forderung Himmlers vom September 1941, 60.000 Juden ins Ghetto Litzmannstadt zu übernehmen, brachte schließlich das Fass zum Überlaufen. Die sich verschleppenden Kriegshandlungen im Osten machten auch den Plan zunichte, die Juden nach dem gewonnenen Krieg auf das Gebiet der unterworfenen Sowjetunion abzuschieben. Daraufhin griff Heydrich auf einen Reserveplan zurück, der die Evakuierung der jüdischen Bevölkerung aus größeren Städten des Altreichs ins GG vorsah. Jedoch schon nach den ersten Gesprächen Himmlers mit dem HSSPF-Ost, Friedrich Wilhelm Krüger, die im Frühherbst in dieser Angelegenheit geführt wurden, musste der RFSS erkennen, dass Hans Frank erbitterten Widerstand gegen jegliche Judentransporte leisten würde, und seine Absicht somit verwerfen. Daraufhin blieb Himmler nur, sich vorerst an den HSSPF Koppe im Warthegau zu wenden und, nachdem er von ihm über die Lage im Ghetto Litzmannstadt ausgiebig informiert worden war, an Reichsstatthalter Greiser, um Unterstützung für die bevorstehenden Deportationen zu erbitten:

„Ich bitte Sie, diese Maßnahme, die sicherlich für Ihren Gau Schwierigkeiten und Lasten mit sich bringt, nicht nur zu verstehen, sondern im Interesse des Gesamtreiches mit allen Kräften zu unterstützen.“⁵³

Obwohl Himmler anfänglich mit Greiser über die Einweisung von 60.000 Juden ins Ghetto Litzmannstadt sprach, gelang es dem Reichsstatthalter im Laufe der Verhandlungen diesen auf 20.000 Juden und 5.000 „Zigeuner“

⁵¹ Ebd.

⁵² Vernehmung Koppe, zit. nach: Nationalsozialistische Massentötungen (Anm. 49), S. 112.

⁵³ Zit. nach: KLEIN, Rolle (Anm. 50), S. 473.

herunterzuhandeln. Aber sogar diese geringere Zahl von Menschen war für Greiser unannehmbar, denn er wurde von der Ghettoverwaltung Litzmannstadt darauf hingewiesen, dass die Einquartierung einer so großen Menschenmenge angesichts der schlechten Bausubstanz der Häuser im dortigen Judenviertel und der bereits dort existierenden Überbevölkerung eigentlich nur auf Kosten der Ghettowerkstätten durchzuführen sei:

„Ein zweiter Weg bleibt, und zwar der, die nach Überwindung größter Schwierigkeiten eingerichteten Werkstätten und Fabriken, die [...] fast ausschließlich der Wehrmacht dienen, zu Massenquartieren umzuwandeln. Hierdurch würden bestenfalls 21.500 qm Raumfläche gewonnen.“⁵⁴

Daraufhin griff Greiser auf die aus seiner Perspektive einfachste Lösung zurück – die bereits im Sommer vom SD-Abschnittsleiter in Posen, Höppner, vorgeschlagen worden war – und bat Himmler um die Erlaubnis, 100.000 „Arbeitsunfähige“ auf seinem Gebiet kurzerhand umbringen zu dürfen. Die Zahl entspricht ziemlich genau der Anzahl der „überflüssigen“ Juden, die nicht ins Reich zur Zwangsarbeit deportiert wurden (ca. 73.000), zuzüglich des erwarteten Zugangs von 20.000 Juden und 5.000 Roma, die aus dem Altreich in das Ghetto Litzmannstadt deportiert werden sollten. Sie wurde ergänzt durch 2.900 Juden aus Leslau, die im September 1941 durch die Ghettoverwaltung nach Litzmannstadt überführt worden waren.⁵⁵

Dass der Mordgedanke von Greiser persönlich stammte und nicht von oben befehligt, sondern lediglich befürwortet wurde, drückt unmissverständlich sein späteres Schreiben aus, in dem er Himmler erneut die Ausweitung des an den Juden erprobten Tötungsverfahrens auf an Tuberkulose erkrankte Polen vorschlug:

„Die von Ihnen [Himmler] im Einvernehmen mit dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes SS-Obergruppenführer Heydrich genehmigte Aktion der Sonderbehandlung von rund 100.000 Juden in meinem Gauegebiet wird in den nächsten 2–3 Monaten abgeschlossen werden können. Ich bitte Sie um die Genehmigung, mit dem vorhandenen und eingearbeiteten Sonderkommando im

⁵⁴ Der Oberbürgermeister von Litzmannstadt an den Regierungspräsidenten v. 24.9.1941, in: Dokumenty i materiały, Bd. III (Anm. 26), S. 199 f.

⁵⁵ Ebd., S. 197, wo angegeben wird, dass die Leslauer Juden zusammen mit den 20.000 Juden und 5.000 „Zigeunern“ aus dem Altreich gebracht werden. Die Juden aus dem Altreich konnten nicht sofort ermordet werden, denn es gab noch keine bindende Entscheidung über ihr Schicksal. Sie überlebten in Litzmannstadt bis Mitte 1942, als sie in die zweite Mordperiode von Kulmhof hineingezogen wurden. An ihrer Stelle wurde eine entsprechende Anzahl von Ghettoeinwohnern aus den kleineren Judenvierteln der Umgebung vergast, vgl. CHRISTIAN GERLACH, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 96.

Anschluss an die Judenaktion den Gau von einer Gefahr befreien zu dürfen, die mit jeder Woche katastrophalere Formen annimmt.“⁵⁶

Die von Himmler angekündigten Deportationen setzten am 15. Oktober ein und dauerten bis zum 4. November 1941 an. In dieser Zeit wurden 19.953 Menschen in das Ghetto Litzmannstadt einquartiert.⁵⁷ Direkt im Anschluss daran wurden zwischen dem 5. und 9. November noch etwa 5.000 Sinti und Roma aus dem Burgenland und der Steiermark nach Litzmannstadt verfrachtet.⁵⁸ Fast parallel dazu liefen die Vorbereitungen für den Massenmord an Tausenden „arbeitsunfähigen“ Juden aus dem gesamten Gaugebiet. Einer der Angehörigen des Sonderkommandos Lange berichtete nach dem Krieg:

„Im Herbst 1941 wurde ich eines Tages in das Büro von Hauptsturmführer Lange befohlen. Dieser erklärte mir, ich werde zu einem Sonderkommando eingeteilt, dessen Auftrag eine geheime Reichssache sei und worüber ich zu niemandem reden durfte. [...] Während der Zeit dieser Vorbereitungen [in Kulmhof] erfuhr ich draußen durch Lange, dass die Aufgabe dieses Kommandos in der Tötung der dort einzuliefernden Menschen bestehen sollte.“⁵⁹

Bereits wenige Tage nach der Vereinbarung zwischen Greiser und Himmler begann das Sonderkommando Lange mit dem Judenmord im Kreis Konin, wo Anfang Oktober 3.500 Menschen umgebracht wurden. Neben den Erschießungen kam dort auch ein „Sonderwagen“ zur Tötung mit Abgasen zum Einsatz. Die Methode erwies sich als so effizient, dass schon am 8. Dezember 1941 die erste stationäre Vernichtungsanlage im Dorf Kulmhof mit zwei Renaults mit Ottomotoren in Betrieb genommen wurde. In der ersten Phase der Morde zwischen Dezember 1941 und März 1942 wurden dort 145.500 Menschen ermordet.

Die Rolle Greisers im Hinblick auf den Judenmord im Warthegau beschränkte sich aber nicht darauf, den entscheidenden Entschluss zur Tötung gefällt zu haben. Wie die neuesten Forschungen von Peter Klein zeigen, beaufsichtigte der Reichsstatthalter den gesamten Mordprozess und griff gelegentlich aktiv in ihn ein. Auf Anweisung des Haushaltsreferats der Gauleitung wurde bei der Sparkasse in Litzmannstadt von der Ghettoversorgung ein Sonderkonto eingerichtet, aus welchem alle Ausgaben, die

⁵⁶ Greiser an Himmler: „Nach den Juden Tbc-Kranke töten“, v. 1.5.1942, abgedr. in: Ermordung (Anm. 46), S. 194.

⁵⁷ Erfahrungsbericht der Schutzpolizei Litzmannstadt, Abschnittskommando 1a v. 13.11.1941, abgedr. in: Dokumenty i materiały, Bd. III (Anm. 26), S. 203.

⁵⁸ ALBERTI, Verfolgung (Anm. 1), S. 398.

⁵⁹ Vernehmung Walter Burmeister, zit. nach: Nationalsozialistische Massentötungen (Anm. 49), S. 113 f.

durch den Betrieb des Vernichtungslagers in Kulmhof entstanden, beglichen wurden. Das Sonderkonto wurde gänzlich aus geraubtem jüdischem Besitz finanziert, der während der Mordprozedur „erwirtschaftet“ und entweder unmittelbar in der Vergasungsanlage in Kulmhof oder im Verwertungslager in Pabianice gesammelt wurde. Davon ließ Greiser nicht nur die regulären Gehälter und Gefahrenzulagen des in Kulmhof tätigen Sonderkommandos Lange begleichen, sondern auch die der Mitarbeiter der Ghettoverwaltung, die für den täglichen Umgang mit Juden eine Pauschale von sechs Reichsmark erhielten. Auch jegliche Materialkosten, die während der routinemäßigen Mordprozedur entstanden, wurden daraus beglichen.

Im Februar 1943 beauftragte Greiser persönlich die Ghettoverwaltung, einen Betrag von vier Millionen Reichsmark auf sein eigenes Sonderkonto „Verein der Freunde des Warthegaus“ einzuzahlen, aus dem er seine eigenen „Germanisierungsaktivitäten“ in der Region zu finanzieren pflegte. Klein zufolge lassen die Einrichtung des Kontos, die Saldoeveränderungen und die Buchungsvorgänge darauf schließen, dass die gesamte finanzielle Absicherung der „Endlösung der Judenfrage“ im Warthegau die Aufgabe der Ghettoverwaltung im alleinigen Auftrag der Reichsstatthalterei war.⁶⁰ Die zweite Phase der Mordaktionen wurde im April 1944 ebenso auf Initiative von Gauleiter Greiser eingeleitet und dauerte bis Januar 1945 an. Insgesamt wurden in Kulmhof 152.000 Menschen umgebracht, davon etwa 78.000 aus dem Ghetto Litzmannstadt. Darunter befanden sich 11.000 Juden aus dem Reich, aus Österreich, aus Luxemburg und aus dem Protektorat.

Der Überfall auf die Sowjetunion trug auch im Distrikt Lublin zur Radikalisierung der Bevölkerungspolitik vor allem gegenüber der jüdischen, zum Teil aber auch der polnischen Bevölkerung entscheidend bei. Die Perspektive der Eroberung von riesigen Territorien im Osten eröffnete für Globocnik und seine Planer aus dem SS-Mannschaftshaus völlig neue Möglichkeiten. Auf einmal wurden die meisten seiner experimentellen Vorhaben von Himmler begrüßt und ohne Weiteres auf das ganze GG oder sogar den ganzen Osten ausgeweitet.⁶¹ Bereits am 17. Juli 1941 wurde

⁶⁰ Vgl. den Beitrag von Peter Klein in diesem Band.

⁶¹ MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 64. Musial irrt, wenn er aufgrund des Berichts von Helmut Müller für das RuSHA, 15.10.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik, feststellt, dass diese Erweiterung der Perspektive durch die Einrichtung der „Planungs- und Forschungsstelle im GG“ geschah, die er vom „SS-Mannschaftshaus“ unterscheidet. In Wirklichkeit handelte es sich um ein und dieselbe Institution. Dies geht unmissverständlich aus dem Arbeitsbericht des SS-Mannschaftshauses vom März 1942 (!) hervor, wo vorgeschlagen wird, den Namen „SS-Mannschaftshaus“ für die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen außerhalb des Bereiches der SS nicht zu benutzen. Gleichzeitig wird dort vorgeschlagen, die Einrichtung umzubenennen, und es werden 17 Namensvor-

Globocnik zum „Beauftragten für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostrauraum“ ernannt.⁶² Fast zeitgleich, am 20. Juli, entschied der RFSS, die „Germanisierung“ des GG vom Distrikt Lublin aus zu beginnen.⁶³ Zwei Wochen später erteilte Himmler bei seinem Besuch in Lublin und Zamosc den Befehl zur Ausweitung der „Fahndung nach deutschem Blut“ auf das ganze GG.⁶⁴ Die begonnenen Planungen mussten umso schneller erfüllt werden, da der Distrikt Lublin von einer Welle „volksdeutscher“ Flüchtlinge überschwemmt wurde, die durch Kriegshandlungen mit der Sowjetunion ausgelöst worden war.⁶⁵

Um seine Vorhaben umsetzen zu können, begann der SSPF-Lublin damit, an eine „allmähliche Säuberung des gesamten Generalgouvernements von Juden und auch Polen zwecks Sicherung der Ostgebiete“ zu denken. Dabei ließ er sich von den „Eindeutschungsplänen“ aus dem „Mustergau Wartheland“ ungeniert beeinflussen:

„Das Ziel des Bri[gade]fführers ist nun, aus einem Teilstück heraus die Deutschbesiedlung des gesamten Distrikts Lublin durchzuführen und darüber hinausgehend [...] im Anschluss an die nordisch bzw. deutschbesiedelten baltischen Länder über den Distrikt Lublin einen Anschluss an das deutschbesiedelte Siebenbürgen herzustellen. Er will so im westlichen Zwischengebiet das verbleibende Polentum siedlungsmäßig ‚einkesseln‘ und allmählich wirtschaftlich und biologisch erdrücken. Der west-östlich gerichteten Expansion aus dem Warthegau soll der ost-westlich gerichtete Druck aus dem Raum von Lublin und nördlich und südlich davon folgen“,

berichtete ein Gesandter des Rasse- und Siedlungshauptamtes (RuSHA) im Distrikt Lublin.⁶⁶

Alle diese Vorhaben zielten auf eine großangelegte Umwandlung der ethnischen Zusammensetzung der beanspruchten Gebiete ab und postulierten die physische Entfernung von „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppen,

schläge unterbreitet, darunter auch „Planungs- und Forschungsstelle Lublin“, in: ESCH, Forschungsstelle (Anm. 35), S. 71.

⁶² Himmler an Globocnik, 17.7.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik; vgl. PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 91.

⁶³ ESCH, Verhältnisse (Anm. 24), S. 351.

⁶⁴ WASSER, Raumplanung (Anm. 39), S. 61.

⁶⁵ Dies stellte Globocnik explizit in seiner an Himmler gerichteten Vollzugsmeldung vom 1.10.1941 fest, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik: „Aber auch die zu Tausenden flüchtigen und heimatlos gewordenen Volksdeutschen der neu eroberten russischen Gebiete sind eine Sorge, von der wir glauben, dass wir sie auf schnellstem Wege hier lösen können, wenn wir diese Volksdeutschen hier ansiedeln und ihnen damit eine Heimat geben, um sie vor ihrem Zugrundegehen zu bewahren.“

⁶⁶ Müller an Hofmann, 15.10.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

vor allem von Juden. Wie sich das Globocnik praktisch vorstellte, beschrieb der Kommandant des KL Auschwitz, Rudolf Höß, nach dem Krieg:

„Schwierigkeiten gab es dabei für ihn [Globocnik] nicht. Vorwürfe tat er mit einer Handbewegung ab. Die Juden in diesen Gebieten wollte er, soweit er sie nicht für die Arbeiten an ‚seinen‘ Stützpunkten brauchte, an Ort und Stelle vernichten.“⁶⁷

Am 1. Oktober benachrichtigte Globocnik Himmler über den Abschluss seiner Vorbereitungen und bat um eine baldige Rücksprache für sich und HSSPF Krüger: „Da die Vorbereitungen zu einer Zusammensiedlung beendet sind, könnte mit der Durchführung sofort begonnen werden, um noch vor dem Winter die Zusammensiedlung abzuschließen.“ Und dann fuhr er fort:

„In diesem Zusammenhang darf ich aber auch darauf hinweisen, dass eine Zusammensiedlung und eine durchgreifende Entsiedlung der Fremdvölkischen hier im Distrikt Lublin zu einer wesentlichen politischen Beruhigung führen kann, da sowohl der politische Aktivismus der Polen und Ukrainer als auch der Einfluss der Juden, vermehrt durch den Zuzug der zu Tausenden ausgebrochenen Kriegsgefangenen, eine Form angenommen hat, dass auch hier, rein sicherheitspolitisch gesehen, rasch zugegriffen werden muss.“⁶⁸

Alles deutet darauf hin, dass Globocnik, der gerade seine Planungen beendet hatte, die Herbeiführung einer Grundsatzentscheidung über das Schicksal vor allem der jüdischen Bevölkerung in seinem Distrikt erwirken wollte, deren Anwesenheit seine Besiedlungspläne blockierte. Er selbst hatte einen viel zu niedrigen Rang in der NS-Hierarchie, um dermaßen weitreichende Entscheidungen im Alleingang zu treffen.⁶⁹

Am 13. Oktober kam es zu einer zweistündigen Unterredung Himmlers mit Globocnik und Krüger. Der Inhalt des Gesprächs ist zwar nicht überliefert, aber es gibt Indizien, die darauf hinweisen, dass dort die Genehmigung erteilt wurde, mit dem Mord an den Juden im Distrikt Lublin zu beginnen.⁷⁰ Denn nur vier Tage später auf dem Treffen der Regierung des GG in Lublin heißt es, die „arbeitsunfähigen“ Juden sollten aus der Stadt entfernt und über den Bug gebracht werden. Dass dies nur eine Metapher für Mord sein konnte, muss allen Anwesenden klar gewesen sein, denn der

⁶⁷ Rudolf Höß über Globocniks Pläne in der Haftzeit in Krakau, Januar 1947, zit. nach: PUCHER, Bewegung (Anm. 6), S. 91.

⁶⁸ Globocnik an Himmler, 1.10.1941, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

⁶⁹ Ausführliche Analyse des Dokuments bei MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 69. Musial ist überzeugt, dass Himmler die Angelegenheit Hitler vortrug, der persönlich über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung im Distrikt Lublin entschied, ebd. S. 70 ff.

⁷⁰ MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 72.

ebenfalls dort anwesende Hans Frank hatte nur wenige Tage zuvor vom frisch ernannten Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, erfahren, dass er „im Augenblick [...] für die Durchführung derartiger Umsiedlungspläne noch keine Möglichkeit“ sehe.⁷¹ Während des Treffens mit Himmler muss auch die Entscheidung über die Errichtung des Vernichtungslagers Belzec getroffen worden sein, denn die ersten T4-Spezialisten trafen mit Christian Wirth Ende Oktober in Lublin ein. Ein polnischer Bauhelfer berichtete folgendermaßen über den Beginn der Bauarbeiten:

„Im Oktober des Jahres 1941 kamen nach Belzec 3 SS-Leute und verlangten von der Gemeindeverwaltung Belzec 20 Männer für die Arbeit. [...] Die Arbeiten haben wir am 1. November des Jahres 1941 begonnen, und zwar mit dem Bau von Baracken.“⁷²

Der Historiker Bogdan Musial vermutet, gestützt auf die Nachkriegsaussage des Kommandeurs der Gendarmerie (KdG) im Distrikt Lublin, Ferdinand Hahnzog, dass Globocnik die Einrichtung eines Vernichtungslagers mit stationären Gaskammern nicht nur förderte, sondern selber erdachte und einleitete. Hahnzog zufolge führte er erste diesbezügliche Experimente bereits „im Frühjahr 1941, wenn nicht schon im Herbst 1940“ durch. Der KdG berichtete über

„eine tief im Grenzwald gegen Galizien bei Belzec verborgene primitive Anlage [...], die aus einem abgedichteten Schuppen bestand, in den die Sicherheitspolizei und der SD aus Zamosc die Abgase von Kraftfahrzeugen hineinleitete, mit denen die ‚morituri‘ herangeführt worden waren!“.⁷³

Laut Musial sei „es schwer vorstellbar, dass Globocnik, als er am 1. Oktober 1941 um Erlaubnis zur „Entsiedlung“ bat, keinen ausgearbeiteten Plan gehabt hatte, wie er dies durchzuführen gedenke“.⁷⁴ Dem Gedankengang widerspricht jedoch die Tatsache, dass nach dem Eintreffen der T4-Spezialisten ausgerechnet Wirth derjenige war, der entschied, in Belzec eine ortsfeste Gaskammer mit dem Autoverbrennungsmotor zur Gaserzeugung zu installieren. Aus Gründen der Geheimhaltung wählte er auch Kohlenmonoxid anstatt Zyklon B, denn der Giftstoff wurde von Privatfirmen

⁷¹ Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, hg. v. PETER WITTE u. a. Hamburg 1999, S. 233 f., Anm. 35.; vgl. Aktennotiz über die Besprechung Franks mit Rosenberg am 14.10. 1941, in: Diensttagebuch (Anm. 28), S. 413.

⁷² Aussage Stanisław Kozak, ohne Datum, zit. nach: Nationalsozialistische Massentötungen (Anm. 49), S. 152.

⁷³ Vern. Hahnzog, Juli 1962, zit. nach: MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 76.

⁷⁴ Ebd. S. 77.

produziert, und große Lieferungen dieses Gases in den Osten wären kaum unbemerkt geblieben. Wirth war auch derjenige, der in der bereits fertig gestellten Anlage zu Versuchszwecken erste Judentötungen vornahm. Der israelische Historiker Yitzhak Arad schreibt dazu:

„The first transports of Jews were used for experimental killings, to check the efficiency and capacity of the gas chambers and the technique of the extermination process. There were two or three such experimental transports of four to six freight cars with 100 to 250 Jews in each of them. These experimental killings lasted a few days and the last group to be murdered were the Jewish prisoners who had been engaged in building the camp.“⁷⁵

Dabei verwendete Wirth Kohlenmonoxid aus Flaschen, also das Tötungsverfahren, auf welches in Kulmhof gerade verzichtet wurde, bis er schließlich auf Motorabgase eines Panzers umstieg.⁷⁶

Auch die Behauptung von Musial, im Herbst 1941 hätten Hitler und Himmler über das Schicksal aller Juden aus dem GG entschieden, steht auf sehr wackeligen Füßen. Zum einen waren die Kapazitäten des Vernichtungslagers in Belzec bei weitem nicht ausreichend, um den Massenmord an mehr als anderthalb Millionen Menschen in der vermuteten kurzen Zeit der noch andauernden Kämpfe an der Ostfront einzukalkulieren. Alles deutet darauf hin, dass diese Mordeinrichtung einen Versuchscharakter trug und anfänglich „nur“ für die Juden aus dem Distrikt Lublin gedacht war.⁷⁷

Erst allmählich wurde der Mordauftrag von Globocnik erweitert, bis er alle Juden aus dem GG und dem Bezirk Bialystok umfasste und beschlossen wurde, weitere Mordeinrichtungen in Sobibor und Treblinka zu bauen.⁷⁸ Dies wird auch durch die Behandlung der Thematik auf den jeweiligen Regierungssitzungen bestätigt, die bald nach den Entscheidungen in Berlin in allen Distrikten des GG stattfanden. Während man in Lublin am 17. Oktober bereits von der „Übersiedlung“ der „arbeitsunfähigen“ Juden „über den Bug“ sprach – obwohl man davon unterrichtet worden war, dass Rosenberg sich entschieden weigerte, Juden aus dem GG aufzunehmen⁷⁹ –

⁷⁵ YITZHAK ARAD, Belzec, Sobibor, Treblinka. The Operation Reinhard Death Camps, Bloomington, Indianapolis 1999, S. 26.

⁷⁶ Nationalsozialistische Massentötungen (Anm. 49), S. 154; ARAD, Belzec (Anm. 75), S. 24 f.; RAUL HILBERG, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt/M. 1990, Bd. 2, S. 941. Hilberg vermutet, dass es sich bei dem Flaschengas entweder um Kohlenmonoxid oder um Blausäure gehandelt haben könnte; vgl. POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 105 f.

⁷⁷ ARAD, Belzec (Anm. 75), S. 23; GERLACH, Krieg (Anm. 55), S. 181; PETER LONGERICH, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München, Zürich 1998, S. 455.

⁷⁸ Vgl. POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 101 f.; GERLACH, Krieg (Anm. 55), S. 178.

⁷⁹ Vgl. Dienstkalender (Anm. 71), S. 233 f. (Anm. 35).

und in Lemberg, wo der lokale Massenmord bereits im Gang war und ein Verbot erlassen wurde, neue Ghettos zu errichten, „da die Hoffnung besteht, dass die Juden in naher Zukunft aus dem Generalgouvernement abgeschoben werden könnten“⁸⁰, schwieg man darüber in den anderen drei Distrikten.⁸¹ Nach dem Treffen mit Himmler und Krüger in Berlin, als die Infrastruktur für die Vernichtung von den T4-Spezialisten noch erprobt wurde, arbeitete Globocnik zusammen mit den ihm unterstellten „Wissenschaftlern“ aus dem SS-Mannschaftshaus seine eliminatorischen Pläne „zur vorläufigen Regelung der Judenfrage im GG“ weiter aus:

„Als Folge daraus wurden durch Verordnung weitere Ghettos gebildet, die Freizügigkeit der Juden wurde aufgehoben bez[iehungs]w.[eise] eingeengt, die Arbeitsheranziehung der Juden verstärkt. Diese Arbeit fand den Abschluss mit der Evakuierung der Juden seit dem 15. III. [März 1942] nach Osten“,

ist in einem diesbezüglichen Arbeitsbericht zu lesen.⁸² Und tatsächlich wurde ab diesem Tag in Lublin das größte Ghetto im Distrikt geräumt. In zwei nacheinander folgenden Aktionen wurden etwa 30.000 Juden nach Belzec deportiert und dort ermordet. Schnell breiteten sich die Aktionen auch auf andere Kreise des Distriktes aus, so dass bis Ende Mai beinahe 150.000 Juden ermordet wurden.⁸³ Inzwischen war auch die zweite Vernichtungsanlage in Sobibor fertig gestellt worden, wohin ab Anfang Mai die meisten Judentransporte aus der Lubliner Provinz weitergeleitet wurden, während Belzec für die Vergasung der Menschen aus dem Distrikt Galizien genutzt wurde.⁸⁴

Sogar während dieser Etappe waren der Umfang der Mordaktionen und die Kompetenzen der involvierten Dienststellen keineswegs endgültig geklärt. Globocnik weitete anscheinend die Vernichtungsaktion eigenmächtig aus, denn – wie Eichmann in seinen Nachkriegsaussagen bestätigte – er ließ sich sogar eine nachträgliche Genehmigung für die gerade stattgefundenen Morde ausstellen:

⁸⁰ Protokoll der Regierungssitzung in Lemberg, 21.10.1941, in: Diensttagebuch (Anm. 28), S. 436 (Zusammenfassung).

⁸¹ Vgl. die Regierungssitzungsprotokolle v. 15. u. 16.10.1941 (Warschau), 18.10.1941 (Radom), 20.10.1941 (Krakau), in: ebd., S. 414–425, 430–436 (alle in gekürzter Form).

⁸² Arbeitsbericht des SS-Mannschaftshauses vom März 1942, in: ESCH, Forschungsstelle (Anm. 35), S. 69 (Dok. 2).

⁸³ POHL, *Judenpolitik* (Anm. 1), S. 125.

⁸⁴ Die dünn belegte Behauptung Musials, dass Sobibor parallel zu Belzec konzipiert und aufgebaut worden sei, kann auch deswegen nicht überzeugen, da er nicht erklären kann, wieso die fertige Vernichtungsanlage in Sobibor im Vergleich zu Belzec mit einer beinahe zweimonatigen Verspätung mit dem Judenmord begonnen haben soll. MUSIAL, Ursprünge (Anm. 33), S. 81.

„I still remember that, after the Wannsee Conference, Heydrich authorized Brigadeführer Globocnik, who had that killing installation in Lublin, to kill Jews, and even made the authorization retroactive. [...] At that time Heydrich ordered me [Eichmann] to draft the following letter: ‚I authorize you to subject another 150.000 Jews to the final solution‘. Those Jews were already dead. Actually, I think there were 250.000. He, Globocnik, arranged to have the order given to him a second time.“⁸⁵

Ähnlich wie im Warthegau standen auch die übereilten antijüdischen Maßnahmen von Globocnik im Zeichen der stattfindenden Judenabschiebungen aus dem Altreich auf das ihm unterstellte Gebiet. Vor allem betraf dies die Ghettoauflösungen in den Lubliner Landkreisen: „Aufgrund meines Vorschlags besteht grundsätzliche Klarheit, dass möglichst im gleichen Ausmaß, wie die Juden vom Westen her eingesiedelt werden, hiesige Juden auszusiedeln sind“, schrieb der Leiter der Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, Richard Türk, im Frühjahr 1942 in seinem Lagebericht.⁸⁶

Die ersten Vernichtungsaktionen im Distrikt Lublin betrafen keineswegs alle Juden aus diesem Gebiet. Vorerst wurden vor allem die „arbeitsunfähigen“ Juden ermordet, erst nach einigen Wochen wurde der Mordauftrag für Globocnik erheblich ausgeweitet.⁸⁷ Der Adjutant von Wirth, Josef Oberhauser, sagte in seiner Vernehmung nach dem Krieg aus:

„Damals hieß es, dass nur arbeitsunfähige Juden aus verschiedenen Ghettos liquidiert werden sollten. Von einer großangelegten Vernichtungsaktion war noch nicht die Rede. Von dem Plan, die Juden systematisch auszurotten, habe ich erstmals erfahren, als Brack im April oder Mai 1942 zu Globocnik nach Lublin kam und ihn davon unterrichtete, dass ihm die ehemaligen Angehörigen der Aktion T4 zur Durchführung der Judenvernichtung zur Verfügung gestellt werden. [...] Brack erklärte, dass die Erschießung der Juden durch die Einsatzkommandos für die Truppe zu viel sei. [...] Deshalb habe man sich entschlossen, die Juden durch die Vergasung auszurotten. [...] Neben Auschwitz sollten weitere Lager bis zum 1.8.1942 für eine Massenvernichtung ausgebaut werden.“⁸⁸

⁸⁵ Eichmann Interrogated. Transcripts from the Archives of the Israeli Police, hg. v. JOCHEN VON LANG, New York 1999, S. 93; vgl. POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 125.

⁸⁶ Lagebericht Türks, 7.4.1942, Abschnitt: Judenumsiedlungen des SS- und Polizeiführers, abgdr. in: Eksterminacja Żydów na ziemiach polskich w okresie okupacji hitlerowskiej. Zbiór dokumentów, hg. v. TATIANA BERENSTEIN/ ARTUR EISENBACH/ ADAM RUTKOWSKI, Warszawa 1957, S. 282; vgl. POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 119.

⁸⁷ Vgl. LONGERICH, Politik (Anm. 77), S. 504 f.

⁸⁸ Vern. Oberhauser, 10.11.1964, zit. nach: POHL, Judenpolitik (Anm. 1), S. 125 f.

Seinem unglaublichen Aktivismus bei der Lösung des „Judenproblems“ im GG verdankte Globocnik seine Sonderstellung bei der einsetzenden Aktion der flächendeckenden Judenvernichtung auf diesem Gebiet. Am 3. Juni, also nach dem Treffen mit Viktor Brack, übersandte er Himmler seine Entwürfe für die künftige Bevölkerungspolitik im Distrikt Lublin und im gesamten GG, unter denen sich auch zwei Mappen zum „Judenproblem“ befanden. In einem Begleitungsbrief berief er sich auf einen Grundsatzbefehl, der ihm dabei helfen würde, entstandene „Mängel und Fragen“ zu beheben bzw. zu beantworten. Erst nach einem Monat, am 9. Juli – die Reaktion auf das Heydrich-Attentat in Prag am 27. Mai 1942 nahm zuvor Himmlers ganze Aufmerksamkeit in Anspruch –, konnte ein Treffen zwischen ihm und HSSPF Krüger zu diesem Thema stattfinden.⁸⁹ Bald darauf unterbreitete Himmler die ganze Angelegenheit Hitler und besuchte das KL Auschwitz, wo er an einer Probevergasung holländischer Juden teilnahm.⁹⁰ Direkt aus Kattowitz flog Himmler nach Lublin, wo er sich mit Globocnik und Krüger traf, um endgültige Entscheidungen über die „Judenfrage“ im GG zu treffen und gleichzeitig die Ansiedlungspläne der „Volksdeutschen“ im Distrikt Lublin zu akzeptieren.⁹¹ Während dieses Aufenthalts wurde Globocnik offiziell mit der Ermordung der jüdischen Bevölkerung im GG betraut.

„Der Reichsführer SS war nun hier und hat uns so viel neue Arbeit gegeben, dass nun alle unsere geheimsten Wünsche damit in Erfüllung gehen. Ich bin ihm sehr dankbar dafür, denn das eine kann er gewiss sein, dass diese Dinge, die er wünscht, in kürzester Zeit erfüllt werden“,⁹²,

schrieb Globocnik wenige Tage später. Was er zu tun hatte, formulierte Himmler schriftlich in dem berüchtigten Endlösungsbefehl für das GG vom 19. Juli 1942:

„Ich ordne an, dass die Umsiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements bis 31. Dezember 1942 durchgeführt und beendet ist. [...] Diese Maßnahmen sind zu der im Sinne der Neuordnung Europas notwendigen ethnischen Scheidung von Rassen und Völkern sowie im Interesse der Sicherheit und Sauberkeit des deutschen Reiches und seiner Interessengebiete erforderlich.“⁹³

⁸⁹ Vgl. Dienstkalender (Anm. 71), 9.7.1942, S. 482 f., besonders Anm. 35.

⁹⁰ Vgl. ebd., 17.7.1941, S. 491 f., besonders Anm. 70; vgl. POHL, *Judenpolitik* (Anm. 1), S. 127.

⁹¹ Vgl. Dienstkalender, 18., 19., 20.7.1941, S. 493–497.

⁹² Globocnik an Wolff, 22.7.1942, BAB, BDC, SSO Odilo Globocnik.

⁹³ Himmler an Krüger, 19.7.1942, abgedr. in: *Eksterminacja* (Anm. 86), S. 295 f.

Damit war der Lubliner SS- und Polizeiführer für die Ermordung der Juden aus dem GG in den ihm unmittelbar unterstellten Vernichtungslagern in Belzec, Sobibor und bald auch Treblinka und für die Verwertung ihres Besitzes verantwortlich.

Fazit

Sowohl im Warthegau als auch im Distrikt Lublin im GG erweisen sich die endgültigen Entscheidungen über die Ermordung der gesamten „unnützen“ jüdischen Bevölkerung als Ergebnis langer und komplizierter Entscheidungsprozesse, in die sowohl die höchsten Entscheidungsträger des Reiches – wie Himmler oder sogar Hitler – als auch die lokalen Führer involviert waren, die für die Gestaltung der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik verantwortlich zeichneten – wie Reichsstatthalter Wartheland Arthur Greiser oder SSPF-Lublin Odilo Globocnik. In beiden Fällen resultierten die verhängnisvollen Entscheidungen nicht aus einem konkreten und bereits früher vorbereiteten Gesamtplan, der die Ausrichtung der NS-Bevölkerungspolitik für die ganzen unterworfenen Gebiete Polens bestimmen sollte. Sie gingen stattdessen aus einer ganzen Reihe von mehr oder weniger improvisierten Schritten hervor, die die offizielle Judenpolitik nach und nach verschärften und die von den Entscheidungsträgern vor Ort aufgrund deren eigener Initiativen im Schatten der militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion getroffen wurden.

Sowohl der Reichsstatthalter Wartheland als auch der SSPF-Lublin arbeiteten aufs Engste mit Himmler in seiner Funktion als RKF zusammen, in der begründeten Hoffnung, durch ihren Übereifer frühere Verfehlungen wettmachen und sogar auf der NS-Karriereleiter höher klettern zu können. Trotz des weltanschaulichen Fanatismus' und der Rücksichtslosigkeit, die für beide kennzeichnend war, planten weder Greiser noch Globocnik bereits von Anfang an die vollständige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in den ihnen unterstellten Gebieten. Beide dachten zuerst eher an eine Lösung der „Judenfrage“ durch großangelegte Deportationen als an Massenmord. Jedoch verstärkte der Umfang der unter ihrer Leitung entstehenden soziotechnischen Konzepte, die auf die schnelle und gänzliche „Germanisierung“ beider Gebiete abzielten, den Druck, sich rasch aller „unerwünschten“ ethnischen Gruppen zu entledigen, vor allem der Juden, die nicht in das vorausgesetzte rassische Bevölkerungsprofil passten. Mit der Zeit verstärkten nicht nur die ihnen unmittelbar unterstellten Behörden und Institutionen den Druck, sondern auch lokale Besatzungseinrichtungen drangen ihrerseits auf die schnellstmögliche Umsetzung dieser Projekte, oft dadurch, dass sie vollendete Tatsachen schufen und Juden einfach von den

Lebensmittelzuteilungen ausschlossen oder ihre Vorgesetzten mit Petitionen und Denkschriften überhäuften. Die Schwierigkeiten an der Ostfront, die eine Abschiebung der Juden in diese Richtung unmöglich machten, gepaart mit dem Druck seitens der obersten Reichsbehörden und der eigenen lokalen Besatzungseinrichtungen führten dazu, dass Greiser und Globocnik sich unabhängig voneinander und fast zeitgleich dazu entschlossen, das „Judenproblem“ mit Hilfe von Massenmord zu lösen. Auf diese Weise wurden beide zu den Vorreitern der Judenvernichtung im besetzten Polen und trugen maßgeblich zur Ermordung der europäischen Juden bei.

RYSZARD KACZMAREK

ANTIJÜDISCHE POLITIK IN DEN EINGEGLIEDERTEN GEBIETEN

POLEN IM VERGLEICH ZU WEST- UND SÜDEUROPA

Der rechtliche Status der während des Kriegs
in das Deutsche Reich eingegliederten Gebiete

Allen Gebieten, die in das Deutsche Reich eingegliedert wurden, war in rechtlich-administrativer Hinsicht gemeinsam, dass entschieden worden war, sie dem Dritten Reich einzuverleiben. Sie wurden von Berlin also *de jure* bis 1945 als Teil des deutschen Staates angesehen (die Eingliederung wurde *de facto* auch von den Satellitenstaaten der Achse und einem Teil der neutralen Staaten gutgeheißen). Dieser rechtliche Zustand wurde von jenen Staaten nicht bestätigt, die sich im Kriegszustand mit Deutschland befanden, auch wenn sich die Lage im Fall der annexierten Gebiete der Tschechoslowakei und Österreichs anders verhielt als bei den Gebieten, die nach dem September 1939 eingegliedert wurden.

Während die formaljuristischen Unterschiede zwischen den eingegliederten Gebieten und anderen vom Deutschen Reich besetzten Gebieten demnach offenkundig sind, müssen die politischen Divergenzen in den jeweiligen eingegliederten Gebieten noch weiter präzisiert werden. Die Differenzen, die sich daraus ergaben, in welcher Form die Annexion durchgeführt wurde, entsprachen nicht der Bedeutung, die einzelne eingegliederte Gebiete im so genannten Großdeutschen Reich spielten (während des Kriegs war dies die Bezeichnung für Deutschland mit allen annexierten Gebieten). Ganz offensichtlich ist die unterschiedliche Behandlung der im Osten und Süden einverleibten Gebiete auf der einen und der im Westen eingegliederten Gebiete auf der anderen Seite. Erstere waren, wie bereits Czesław Madajczyk angemerkt hat,¹ Schauplatz einer brutalen Umsetzung

¹ Czesław Madajczyk, Badania porównawcze nad okupacjami hitlerowskimi, in: Dzieje Najnowsze 6 (1974), H. 4, S. 56 f.

der Rassenpolitik, einer vollständigen Destruktion der bisherigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen, um dort Lebensraum für die Deutschen zu gewinnen (Ausnahmen waren hierbei Oberschlesien und Pommerellen). Die Westgebiete wurden dagegen anders behandelt. Dies war gewissermaßen eine Folge des Wunsches, die Großmachtpolitik des wilhelminischen Deutschlands fortzusetzen, teilweise ist dieses Vorgehen aber auch auf die bereits vor dem Krieg vom Rassehauptamt ausgearbeitete These zurückzuführen, dass die im westlichen Grenzgebiet zu Deutschland lebende Bevölkerung Teil der arischen Rasse sei, weshalb sie nicht aus rassischen Gründen ausgerottet werden müsse. Der Definition und Durchführung der so genannten Nationalitätenpolitik kam angesichts dessen eine Schlüsselrolle zu, und zwar sowohl aus Sicht Berlins wie auch der lokalen Entscheidungszentren. Zu diesem Bereich zählte auch die Vernichtung der Juden.

Die Nationalitätenpolitik sollte zu einer schnellstmöglichen Integration der eingegliederten Gebiete in das so genannte Altreich führen. Sie determinierte alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in den eingegliederten Gebieten: Die Bestimmung der politischen Prioritäten, die Art und Weise, wie die Volkswirtschaften dieser Gebiete in die kriegswirtschaftlichen Strukturen des Reiches eingefügt wurden, und den Umbau des gesellschaftlichen Lebens. Wenn man davon ausgeht, dass ein Teil der in diesen Gebieten lebenden Bevölkerung dort bleiben sollte, war ohne eine rasche „Eindeutschung“ der besetzten Gebiete schwer an Erfolg in anderen Bereichen zu denken. Adolf Hitler sprach während des Berliner Treffens mit den Chefs der Zivilverwaltungen im Westen 1940 lapidar von dem Bestreben, diese Gebiete in kürzestmöglicher Zeit für das „Deutschum“ wiederzugewinnen, und zwar sowohl im Osten wie auch im Westen. In Bezug auf die eingegliederten Gebiete sprach er von „Wiedereindeutschung“.² Diese Aufgabe sollte von den so genannten Grenzgäuleitern verwirklicht werden. Dazu benötigten diese relativ große Handlungsfreiheit. Joseph Goebbels notierte im Juli 1940 in seinem Tagebuch Hitlers Gedanken, in denen dieser als grundlegende Richtlinie für die Politik Robert Wagners im Elsass und Josef Bürckels in Lothringen feststellte: „Germanisiert werden diese Länder bei energischem Zupacken sehr schnell. Wir treiben keine Etatpolitik wie in der kaiserlichen Zeit.“³ Das Vorgehen konzentrierte sich in den eingegliederten Gebieten praktisch auf:

² PAUL DOSTERT, Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940–1945, Luxembourg 1985, S. 67 f.

³ JOSEPH GOEBBELS, Tagebücher 1924–1945, Bd. 4, 1940–1942, hg. v. RALF GEORG REUTH, München, Zürich 1992, S. 1452.

- 1) die Deportation jenes Teils der Bevölkerung, der aus rassischen Gründen als ungeeignet dafür angesehen wurde, in die deutsche Volksgemeinschaft aufgenommen zu werden;
- 2) die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an die in den eingegliederten Gebieten verbliebene Bevölkerung;
- 3) Propagandamaßnahmen, die darauf abzielten, in diesen Gebieten äußere Anzeichen einer nichtdeutschen Tradition zu zerstören und zu beseitigen, was einhergehen sollte mit einer Nazifizierung, deren Ziel es war, die politische und gesellschaftliche Situation in den eingegliederten Gebieten dem übrigen Reichsgebiet anzugeleichen.

Im Schatten dieser übergeordneten Aufgabe wurde die „Judenfrage“ gelöst, die in den eingegliederten Gebieten somit nicht nur von den allgemeinen ideologischen Grundannahmen und den aus Berlin vorgegebenen Lösungswegen bestimmt wurde, sondern auch – mit einer relativ großen Freiheit der lokalen Verwaltung bei ihren Entscheidungsprozessen – von den lokalen Bedingungen. Die Überprüfung dieser These ist nur möglich, wenn man die Umsetzung dieses Prozesses in den eingegliederten Gebieten sowie im übrigen Teil des Deutschen Reiches und in den von ihm besetzten Territorien vergleichend untersucht.

Die Umsetzung der Rassenpolitik in den in das Deutsche Reich eingegliederten Gebieten im Osten

Die polnischen Gebiete im Osten wurden nach dem Septemberfeldzug eingegliedert, nachdem Hitler das Konzept der Einrichtung eines polnischen Satellitenstaates endgültig verworfen hatte. Durch eine Verfügung vom 8. Oktober 1939 kam es zur Annexion, in deren Verlauf fast die Hälfte des polnischen Staatsgebietes eingegliedert wurde:⁴ Der Gau Wartheland (Posen), der Gau Danzig-Westpreußen; der Regierungsbezirk Zichenau und Suwalki wurden in die Provinz Ostpreußen eingegliedert, der Regierungsbezirk Kattowitz sowie die Gebiete des vergrößerten Regierungsbezirks Oppeln in die Provinz Schlesien.⁵ 1941 wurde außerdem der

⁴ Vgl. MARTIN BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 31–37; CZESŁAW MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 1, Warszawa 1970, S. 64–82.

⁵ Vgl. EDWARD JĘDRZEJEWSKI, O niemieckiej administracji na terenach włączonych do rejencji opolskiej w latach 1939–1945, in: Studia Śląskie, Seria Nowa 16 (1969), S. 46–48; RYSZARD KACZMAREK, Górnny Śląsk w strukturze terenów wcielonych do Trzeciej Rzeszy, in: Studia i Materiały z Dziejów Śląska, hg. v. ANTONI BARCIAK, Bd. 22, Katowice 1997, S. 134–140.

Bezirk Bialystok Teil der angegliederten Gebiete im Osten, der vom Gau-leiter Ostpreußens als Chef der Zivilverwaltung (CdZ) verwaltet wurde.

Die Umsetzung der Rassenpolitik in den eingegliederten polnischen Gebieten verlief im Schatten der Siedlungspläne des Reichsführers SS (RFSS) Heinrich Himmler, der ab 1939 Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) war. Der ursprüngliche Siedlungsplan von 1939 sah vor, bis 1940 eine Million Menschen ins Generalgouvernement zu vertreiben (es sollte sich um alle Juden und Polen aus dem Gebiet des ehemaligen Kongresspolen handeln). 1939 konnten aber „nur“ 135.000 Menschen fortgebracht werden; in den ersten zweieinhalb Monaten des Jahres 1940 folgten weitere 135.000 Personen. An ihrer Stelle wurden „Volksdeutsche“ aus dem Osten angesiedelt, bis Sommer 1940 70.000 Baltendeutsche, dann 135.000 Deutsche aus Wolhynien, Galizien und von der Finnischen Bucht und im August 1940 die so genannten Cholmer Deutschen sowie 50.000 Deutsche aus Litauen. Im Herbst 1940 kamen noch 135.000 Deutsche aus Bessarabien und der nördlichen Bukowina hinzu sowie kleinere Gruppen (insgesamt rund 80.000 Menschen) aus der südlichen Bukowina, der Dobrudscha und aus Rumänien.⁶

Für das Schicksal der Juden in den östlichen eingegliederten Gebieten war der Ansiedlungsprozess von entscheidender Bedeutung, da er die Geschwindigkeit und den Charakter der verschiedenen Phasen ihrer Vernichtung in den polnischen eingegliederten Gebieten determinierte. Die ersten diesbezüglichen Schritte waren von vorübergehender Natur und bezweckten die Konzentration der Juden. Sie waren vom Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, am 21. September 1939 in einem Brief an die Chefs aller polizeilichen Einsatzgruppen dargelegt worden. Auf der Grundlage dieser Richtlinien wurden zwischen September und November 1939 die Juden in den eingegliederten Gebieten konzentriert und jüdische „Ältestenräte“ eingerichtet.⁷ Die Zahl der Juden in den eingegliederten polnischen Gebieten wurde anfangs nur auf eine halbe Million Menschen geschätzt, doch als am 9. November der Bezirk Lodz dem Wartheland zugeschlagen wurde, verdoppelte sich diese Zahl nach deutschen Schätzungen und erreichte fast eine Million.

⁶ WOLFGANG JACOBMAYER, Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Polen im Zweiten Weltkrieg, in: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. XVIII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 28. Mai bis 2. Juni 1985 in Nowogard (Naugard), hg. v. DERS., Braunschweig 1986, S. 101; CZESLAW ŁUCZAK, Polityka ekonomiczna Trzeciej Rzeszy w latach drugiej wojny światowej, Poznań 1982, S. 88 f.

⁷ BA-MA, RH 20-14/181, Bl. 15, Der CdS an die Chefs aller Einsatzgruppen der Sipo betr. Judenfrage im besetzten Gebiet, 21.9.1939.

Die Konzentration der Juden war jedoch nur ein provisorischer Schritt; ihm sollte nach den oben erwähnten Aussiedlungs- und Ansiedlungsplänen eine rasche Deportation folgen. Die erste, gänzlich misslungene Initiative war die „Nisko-Aktion“, die in Berlin übereilt von den im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) für die „Judenfrage“ in den eingegliederten Gebieten zuständigen Personen vorbereitet worden war, nämlich von Adolf Eichmann⁸ und dem Gestapo-Chef in Prag, Walter Stahlecker. Sie hatten die Aufgabe, für Heydrich einen Plan zur Beseitigung der Juden aus Wien und Mährisch-Ostrau vorzubereiten. Im RSHA wurde diese Anweisung in einen vom Gestapo-Chef Heinrich Müller unterschriebenen Befehl umgewandelt; unter den Städten, die Teil dieser Aktion sein sollten, befanden sich auch Städte aus der ehemaligen polnischen Woiwodschaft Oberschlesien. Mit dem Ende des Septemberfeldzugs veränderte sich dies dahingehend, dass der Vorschlag Himmlers umgesetzt wurde, ein so genanntes Reichsghetto einzurichten, das im SS-Jargon auch „Müllereimer“ genannt wurde. Es sollte der Isolierung nicht nur der Juden, sondern überhaupt von unerwünschten Elementen dienen.⁹

Am 6. Oktober 1939 wurde in Kattowitz, wahrscheinlich nach einer Besprechung im vorläufigen Organisationsstab der NSDAP unter Leitung von Fritz Bracht (er wurde Bevollmächtigter des RKF für Oberschlesien), festgelegt, dass diese Aktion 70.000 bis 80.000 Juden umfassen sollte (nicht nur aus Oberschlesien, sondern auch aus dem Dombrowa-Revier und wahrscheinlich aus den an das Reich anzugliedernden Gebieten der ehemaligen Woiwodschaft Krakau).¹⁰ Nachdem gemeinsam mit einem sowjetischen Kommissar potentielle Deportationsorte erkundet worden waren, wurden Gebiete am Unterlauf des Sans gewählt (in der Nähe der Ortschaft Nisko). Doch es kam nur zu einigen Transporten aus Mährisch-Ostrau, Wien und Oberschlesien.¹¹ Ende Oktober wurden sowohl weitere Deportationen aus Österreich wie auch weitere Transporte aus Kattowitz abgesagt.¹² Grund hierfür war die Entscheidung über die Aufschubierung der Aktion bis zur Umsiedlung von „Volksdeutschen“ aus dem Osten in die

⁸ Nach dem Anchluss Österreichs und der Besetzung Tschechiens 1939 leitete Eichmann die Vorbereitungen zur Aussiedlung der Juden aus Wien und Prag, ab Oktober 1939 stand er an der Spitze der Reichszentrale für jüdische Auswanderung.

⁹ MICHAEL BURLEIGH, Trzecia Rzesza. Nowa historia, Warszawa 2002, S. 597 f.; LUDMILA NESLÁDKOVÁ, Das Lager Nisko 1939–1940. Eine seltsame Episode in der Geschichte des totalitären Regimes (Manuskript im Besitz des Verfassers), S. 2.

¹⁰ GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1999, S. 61.

¹¹ BURLEIGH, Trzecia Rzesza (Anm. 9), S. 597 f.

¹² ALY, „Endlösung“ (Anm. 10), S. 63 f.

annektierten Gebiete. Ein weiterer Faktor war die katastrophale Lage der nach Nisko gebrachten Juden. Denn nur wenige von ihnen konnten mit dem Bau des geplanten Lagers beginnen; die Ankömmlinge wurden größtenteils ausgeraubt und ohne Zustimmung der sowjetischen Stellen auf die andere Seite der Grenze gejagt. Der Rest verteilte sich im Distrikt Lublin. Als das Lager im April 1940 endgültig geschlossen wurde, befanden sich hier gerade noch rund 500 Juden, die wieder ins Protektorat und nach Österreich geschickt wurden.¹³

Himmler und Heydrich nahmen zur Jahreswende 1939/1940 jedoch nicht von weiteren Plänen zur Aussiedlung der Juden aus den eingegliederten Gebieten Abstand. Im Februar 1940 beabsichtigte man, sofort fast eine Million Menschen (darunter 600.000 Juden) zu deportieren. Generalgouverneur Hans Frank widersetzte sich der Absicht, eine nicht näher genannte Zahl von aus den eingegliederten Gebieten deportierten Polen und Juden im GG aufzunehmen, da dies gewaltige wirtschaftliche Probleme hervorgerufen hätte, weshalb Himmler und die Gauleiter der eingegliederten Gebiete ihre Pläne modifizierten. Im März 1940 legte man die Idee eines „Judenreservats“ im Distrikt Lublin endgültig zu den Akten und begann damit, Sammelghettos zu bilden, die damals noch vorübergehend sein sollten. Ghettos entstanden in Litzmannstadt (hier hielten sich im Mai 1940 über 160.000 Menschen auf, was den Ort nach Warschau zum zweitgrößten Ansammlungsgebiet von Juden in Europa machte¹⁴) sowie in den Revieren Dombrowa und Jaworzno-Chrzanów.¹⁵

Das Fiasko bei der Umsetzung der ursprünglichen Absicht, alle Juden aus dem Reich noch im Lauf des Jahres 1940 schnellstmöglichst zu deportieren, und die Zustimmung zur Einrichtung provisorischer Ghettos fiel mit dem Wiederaufleben des Planes aus der Vorkriegszeit zusammen, die Juden nach Madagaskar zu schicken. Dies wurde im Frühjahr 1940 durchaus realistisch. Der siegreiche Feldzug im Westen hatte die Zahl der Juden in den besetzten Gebieten vor allem um Juden aus Frankreich ansteigen lassen. Am 24. Juni 1940 informierte Heydrich Reichsausßenminister Joachim von Ribbentrop, dass vier Millionen Juden zur Deportation vorgesehen seien und – wie man in Berlin damals kurzzeitig dachte – die Bildung der

¹³ „Nisko-und-Lublin-Plan“, in: Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, hg. v. EBERHARD JÄCKEL / PETER LONGERICH / JULIUS H. SCHOEPS, Bd. 2, Berlin 1993, S. 1011–1013.

¹⁴ DOROTA SIEPRACKA, Stosunki polsko-żydowskie w Łodzi podczas okupacji niemieckiej, in: Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką 1939–1945. Studia i materiały, hg. v. ANDRZEJ ŹBIKOWSKI, Warszawa 2006, S. 698.

¹⁵ ALEKSANDRA NAMYSŁO, Postawy mieszkańców rejencji katowickiej wobec ludności żydowskiej, in: ebd., S. 771 f.

Kollaborationsregierung in Vichy reale Möglichkeiten zur Ausführung dieses Planes schaffe. Himmler schrieb im Frühjahr 1940 in seinen Notizen „über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“: „Den Begriff Juden hoffe ich, durch die Möglichkeit einer großen Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie, völlig auslöschen zu sehen.“¹⁶ Davon, dass der Plan „Madagaskar“ Mitte 1940 ernsthaft erwogen wurde, zeugen auch die Tagebücher Goebbels’, in denen er erwähnt, dass Hitler in dieser Zeit den Gedanken einer Umsiedlung der Juden nach Madagaskar analysiert habe. In Berlin war man sich aber der gigantischen Schwierigkeiten nicht bewusst, die die auf dem Papier ausgearbeiteten Pläne einer Deportation der Juden in logistischer Hinsicht mit sich bringen würden.

Der Propagandaminister wurde erst durch einen Besuch in Oberschlesien im September 1940 und ein Treffen mit dem RKF-Bevollmächtigten Fritz Bracht aufgerüttelt, als er auf dem Weg von Kattowitz nach Krakau die Gelegenheit hatte, jüdische Siedlungen im Osten des Regierungsbezirks Kattowitz zu sehen, was ihm die tatsächlichen Ausmaße des Problems vor Augen führte. Da zwischen den Gauleitern in den eingegliederten Gebieten und dem Generalgouverneur immer noch Diskussionen über das künftige Schicksal der Juden anhielten, erklärte der Propagandaminister in einem Privatgespräch mit Hitler im November 1940 resigniert, dass das Problem eigentlich nicht lösbar sei. Seinen eigenen Aufzeichnungen zufolge sagte er:

„Alle [Gauleiter in den Ostgebieten] möchten ihren Unrat ins Generalgouvernement abladen. Juden, Kranke, Faulenzer etc. Und Frank sträubt sich dagegen. Nicht ganz zu Unrecht. Er möchte aus Polen ein Musterland machen. Das geht zu weit. Das kann er nicht und soll er nicht. Polen soll für uns, so bestimmt der Führer, ein großes Arbeiterreservoir sein. Woher wir die fehlenden Menschen für die niederen Arbeiten nehmen können. Denn die müssen wir ja auch irgendwoher holen. Frank hat das nicht gerne, aber er muss. Und die Juden schieben wir später auch einmal aus diesem Gebiet ab.“¹⁷

Götz Aly zufolge verursachten die Notwendigkeit, unbedingt weiteren Platz für Ansiedler aus dem Osten zu finden, und die vom RKF immer noch mit Macht betriebenen Pläne einer „Germanisierung“ durch die Ansiedlung deutscher Bauern aus dem inneren Reich, aber auch die Übernahme von Übungsplätzen durch die Wehrmacht, einen stetigen Druck von Himmlers Apparat, so schnell wie möglich die Polen und Juden aus den eingeglieder-

¹⁶ HEINRICH HIMMLER, Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, 15.5.1940, in: Deutsche Geschichte 1933–1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, hg. v. WOLFGANG MICHALKA, Frankfurt/M. 2002, S. 238.

¹⁷ GOEBBELS, Tagebücher (Anm. 3), S. 1495.

ten Gebieten auszusiedeln (das ganze Jahr 1940 über wurde hierbei die geschätzte Zahl von etwa einer Million Personen genannt, die deportiert werden sollten).¹⁸ Am 17. Dezember 1940 wurde auf einer bei Eichmann stattfindenden Besprechung unter Beteiligung von Vertretern aller betroffenen Parteigäste angesichts dessen ein so genannter Dritter Nahplan zur schnellen Ansiedlung von „Volksdeutschen“ aus Bessarabien, der Bukowina, der Dobrudscha und Litauen vorgestellt.¹⁹ Die Arbeiten an seiner Umsetzung wurden jedoch wegen der Vorbereitungen für den Angriff auf die UdSSR eingestellt, in deren Zusammenhang es als wichtiger galt, die Transport- und Quartierbedürfnisse der Wehrmacht im GG zu befriedigen. Da die Möglichkeiten zur Verwendung von Bahntransporten blockiert wurden, endeten die Deportationen aus den in das Reich eingegliederten Gebieten ins GG am 15. März vollständig.²⁰

Die Unterstützung der Pläne für eine Aussiedlung der Juden aus den eingegliederten Gebieten in den Jahren 1940 und 1941 rief stetige Auseinandersetzungen zwischen den Gauleitern in den eingegliederten polnischen Gebieten und Frank hervor. Am 12. April 1940 zeichnete sich in Berlin bei einem Gespräch, an dem unter der Leitung von Hermann Göring der RHSS Heinrich Himmler, der Generalgouverneur Hans Frank sowie die Gauleiter Albert Forster, Arthur Greiser, Erich Koch und Josef Wagner teilnahmen, bereits ein deutlicher Konflikt ab. Frank war weniger mit den Plänen an sich als mit der Methode nicht einverstanden, die darauf beruhte, Transporte auf den Weg zu schicken, ohne ihn zuvor über die Deportationen zu informieren; bestes Beispiel dafür war das Fiasko der „Nisko-Aktion“.

Die mehr oder weniger chaotische Organisation der Judendeportationen war allerdings nicht in allen eingegliederten Gebieten ein Problem. Es gab Gebiete, in denen das so genannte Judenproblem zum Haupthinderungsgrund für die Ansiedlung von „Volksdeutschen“ wurde, aber auch solche, in denen es keine größere Rolle spielte. Forster behauptete bei dem erwähnten Gespräch im April in Berlin, in seiner Provinz seien nur noch 1.800 Juden vorhanden, weshalb das Problem in Pommern im Grunde gelöst sei. Ganz anders stellte sich die Lage im Wartheland, in Oberschlesien und im Regierungsbezirk Zichenau dar. Greiser hob hervor, dass sich die Zahl der Juden in dem ihm unterstehenden Gebiet nach der Angliederung des Bezirks Lodz an seine Provinz fast verdoppelt habe. Trotz der Evakuierung von 87.000 Juden und Polen aus seinem Gau lebten dort immer noch 400.000 Juden. Der von Frank veranlasste Stopp der 1939

¹⁸ ALY, „Endlösung“ (Anm. 10), S. 127–135.

¹⁹ Ebd., S. 209.

²⁰ Ebd., S. 236–241.

unverzüglich begonnenen Deportationen im Bezirk Lodz hätte zur Entstehung des riesigen Ghettos geführt. Greiser richtete sich auf eigene Initiative noch 1942 an Himmler, um dessen Einverständnis zur Deportation der Juden aus seinem Machtbereich einzuholen.²¹ Auch Wagner bat um Zustimmung zur Ausweisung „seiner“ 100.000 bis 120.000 Juden. Selbst Koch klagte, aus dem Regierungsbezirk Zichenau sei nicht ein einziger Jude deportiert worden (aus dem Gebiet Suwalki waren allerdings bereits 1939 alle Juden ausgewiesen worden²²). Der größte Anhänger weiterer Deportationen war Himmler, der auf die Notwendigkeit hinwies, schnell Raum für die Ansiedlung von – wie er schätzte – rund 270.000 „Volksdeutschen“ zu finden.²³ Die endgültige Einstellung der Deportationen gegen Ende 1940 führte dazu, dass Möglichkeiten zur Ansiedlung von „Volksdeutschen“ blockiert wurden, was unter diesen Unruhe und Frustration hervorrief. Einige, die in Lagern auf ihre Ansiedlung warteten, lehnten sogar die Übernahme der deutschen Staatsbürgerschaft ab.²⁴

Die Vorbereitung auf den Angriff auf die Sowjetunion, das „Unternehmen Barbarossa“, im März 1941 verhinderte einerseits die Einrichtung des nach wie vor geplanten „Judenreservats“ im Südosten des GG und beschleunigte andererseits den Prozess der Ghettoisierung. Für die deutschen Ansiedler wurden polnische Höfe freigeräumt, ihre bisherigen Besitzer in die östlichen Teile des Regierungsbezirks Kattowitz in die von Juden geräumten Ghettos umgesiedelt.

Der Umfang dieser Methode war jedoch beschränkt. Sie erforderte die vorausgehende endgültige Leerung der Ghettos, um die groß angelegte Ansiedlungsaktion zu ermöglichen, doch konnte sie nicht in allen eingegliederten Gebieten umgesetzt werden.²⁵ Außerdem vergrößerte sich in den eingegliederten Ostgebieten mit dem Ausbruch des Kriegs gegen die UdSSR die Zahl der Juden, da sie nach Einrichtung der Zivilverwaltung im Bezirk Bialystok in örtlichen Ghettos zusammengefasst wurden. In dem größten dieser Ghettos, in Bialystok, befanden sich nach der schrecklichen „Befriedungsaktion“ vom Juni 1941 rund 50.000 Juden.²⁶ Die Auflösung

²¹ IAN KERSHAW, Arthur Greiser – Ein Motor der „Endlösung“, in: Die braune Elite, hg. v. ROLAND SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, Bd. 2, 21 weitere biografische Skizzen, Darmstadt 1993, S. 124–126.

²² ANNA PYŻEWSKA, Pomoc dla ludności żydowskiej w okręgu Białystok w latach okupacji niemieckiej, in: Polacy (Anm. 14), S. 942.

²³ RAUL HILBERG, Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 1, Frankfurt/M. 1990, S. 216 f.

²⁴ ALY, „Endlösung“ (Anm. 10), S. 322.

²⁵ Ebd., S. 236–241.

²⁶ „Białystok“, in: Enzyklopädie des Holocaust (Anm. 13), Bd. 1, S. 212.

dieser Ghettos 1942 und 1943 kostete Schätzungen zufolge rund 155.000 Menschen das Leben.²⁷

Bevor die „Aktion Reinhard“ ins Leben gerufen wurde, hatte es eine letzte Initiative gegeben, deren Ziel es war, die Pattsituation zu lösen, in der sich die Gauleiter im Osten befanden (auf der einen Seite mussten sie die Ansiedlungsaktion beenden, auf der anderen Seite fehlten Möglichkeiten zur Deportation der jüdischen und polnischen Bevölkerung). Dabei ging es darum, die Ghettos langsam zu entvölkern, indem der Hungertod der jüdischen Bewohner herbeigeführt werden sollte; die Arbeitsfähigen sollten für eine gewisse Zeit von jenen getrennt werden, die zur Vernichtung vorgesehen waren. Die Arbeitsfähigen aus den Ghettos in den eingegliederten Gebieten sollten für das Reich arbeiten, um den immer bedrohlicheren Arbeitskräftemangel zu beheben.²⁸ Das bekannteste derartige Unterfangen war die Organisation Schmelt, die ganz Schlesien sowie den Reichsgau Sudetenland umfasste. In Oberschlesien gab es 93 isolierte Arbeitslager, in die Juden aus dem GG kamen, aber auch Juden, die in das KL Auschwitz transportiert worden waren.²⁹ Ihre Einrichtung löste das Problem, rasch Gebiete für die Ansiedlungsaktion freizubekommen, in keiner Weise.

Die Juden in den eingegliederten Gebieten im Osten, die nicht ins GG geflohen oder den Deportationen in den ersten Kriegsmonaten entgangen waren, teilten schließlich das Schicksal der europäischen Juden in den besetzten Gebieten. Nachdem die Entscheidung zur Auflösung der Ghettos und zur Ermordung der sich hier befindenden Juden gefallen war, wurden sie noch nicht einmal durch die Beschäftigung und die Arbeit für die Bedürfnisse der reichsdeutschen Wirtschaft geschützt. Im Wartheland wird die Zahl der Ermordeten auf rund 300.000 geschätzt, im Regierungsbezirk Kattowitz auf rund 120.000 und in Pommerellen auf rund 32.000.³⁰

Eingegliederte Gebiete im Westen

Zur Eingliederung der Gebiete im Westen in das Reich kam es nach dem Krieg von 1940. Erstes Opfer waren drei belgische Grenzkreise, in denen

²⁷ PYŻEWSKA, Pomoc (Anm. 22), S. 947 f.

²⁸ ALY, „Endlösung“ (Anm. 10), S. 267.

²⁹ ALFRED KONIECZNY, Rola organizacji Schmelt w eksploatacji siły roboczej na Śląsku, in: Zagłada Żydów zagłębiowskich, hg. v. ALEKSANDRA NAMYSŁO, Będzin 2004, S. 35–37.

³⁰ FRANCISZEK PIPER, Ilu ludzi zginęło w KL Auschwitz. Liczba ofiar w świetle źródeł i badań 1945–1990, Oświęcim 1992, Tabelle 11.

entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrags von 1919 nach dem Ende des Ersten Weltkriegs keine Abstimmung unter internationaler Kontrolle durchgeführt worden war. Nach der Kapitulation Belgiens im Mai 1940 wurden die Kreise Eupen, Malmedy und Moresnet durch eine Verfügung Hitlers vom 18. Mai 1940 in das Reich eingegliedert, und zwar in die Rheinprovinz, wo sie Teil des Regierungsbezirks Aachen und des Gaus Köln-Aachen wurden.³¹ In den restlichen Gebieten im Westen wurde eine andere Lösung gewählt. Am 2. August 1940 wurde aufgrund einer unveröffentlichten Verfügung des Reichskanzlers im gesamten Gebiet des Großfürstentums Luxemburg eine „Zivilverwaltung“ eingerichtet. Durch eine zweite Verfügung vom 18. Oktober 1940 wurden die Befugnisse des Gauleiters erweitert und die endgültige Eingliederung des Gebiets beschlossen, das – gemeinsam mit dem Gau Koblenz-Trier – den neu geschaffenen Gau Moselland bildete.³² Gleichzeitig kam es auf der Grundlage einer unveröffentlichten Verfügung Hitlers vom 2. August 1940 zur Eingliederung von Elsass und Lothringen (genauer gesagt jenes Teils der beiden Gebiete, der zwischen 1871 und 1918 Teil des Reichslands Elsass-Lothringen gewesen war). Das Elsass wurde dem Gau Baden angeschlossen,³³ Lothringen dem Gau Saarpfalz, mit dem es seit 1942 den neuen Gau Westmark bildete.³⁴

In den eingegliederten Gebieten im Westen hing die Frage der Judenvernichtung nicht wie im Osten unmittelbar mit der Aussiedlung der ansässigen Bevölkerung zusammen. In Elsass und Lothringen überwogen an der Wende zum 20. Jahrhundert in konfessioneller Hinsicht die Katholiken (rund 77 Prozent), während die Juden in diesem Gebiet nur knapp zwei Prozent ausmachten, eine Zahl, die in der Zwischenkriegszeit zudem auf 1,5 Prozent fiel.³⁵ Nach dem Einmarsch der Deutschen umfasste die erste Phase der Aussiedlungen in Lothringen, die auf direkten Befehl Hitlers durchgeführt wurden, bis Anfang August 1940 24.000 Personen. Der CdZ Josef Bürckel informierte nach seinem Amtsantritt in Metz am 21. September 1940 den deutschen Botschafter in Paris, Otto Abetz, darüber, dass die

³¹ MARTIN R. SCHÄRER, Deutsche Annexionspolitik im Westen. Die Wiedereingliederung Eupen-Malmedys im Zweiten Weltkrieg, Bern, Frankfurt/M., Las Vegas 1978, S. 57–65, 168; WILFRIED WAGNER, Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkrieges, Boppard/R. 1974, S. 127–133.

³² DOSTERT, Luxemburg (Anm. 2), S. 65–70; PIERRE MAJERUS, Le Luxembourg pendant la seconde guerre mondiale, Luxembourg 1980, S. 26–44.

³³ LOTHAR KETTENACKER, Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß, Stuttgart 1973, S. 56 f.

³⁴ DIETER WOLFANGER, Die nationalsozialistische Politik in Lothringen 1940–1945, Saarbrücken 1977, S. 36–42.

³⁵ M. KOCH, Les mouvements de la population, in: L’Alsace depuis son retour à la France, Bd. 1, Strasbourg 1932, S. 344 f.

Aussiedlungen bis zu 100.000 Menschen betreffen würden. Trotz des Widerstands des deutschen Gesandten, der mit der Vichy-Regierung sympathisierte und sich bemühte, die „Montoire“-Politik zu unterstützen, übrigens mit ausdrücklichem Einverständnis Hitlers, wurden die Aussiedlungen Realität, wenn die Zahl der Deportierten auch „nur“ 60.000 betrug. Ausgesiedelt werden sollten im September 1940: Juden und Franzosen sowie politisch unerwünschte Elemente und Kriminelle. Unter den Deportierten aus Lothringen befanden sich somit alle Juden, die aufgrund der bei den Verhandlungen in Wiesbaden festgelegten Bestimmungen in die nicht besetzte Zone „gebracht“ werden sollten, was noch im Herbst 1940 erfolgte. Auf Antrag Bürckels wurde diese Methode später verwendet, um im Oktober 1940 auch den Rest der Juden aus dem Saarland zu deportieren.³⁶

Das Leben der Juden im Elsass konzentrierte sich vorwiegend auf die großen Städte, vor allem auf Straßburg, wo 1936 10.000 Juden lebten; im gesamten Departement Unterrhein (*Bas-Rhin*) lebten 16.000 Juden.³⁷ Die jüdischen Gemeinden in den elsässischen Städten, vor allem jene von Straßburg, besaßen ein sehr reges Gemeindeleben, sie hatten ein eigenes Schulwesen, Zeitungen und Kulturzentren und waren mit spezialisierten Organisationen auch karitativ tätig. Häufig kam es hier zu Assimilierungsprozessen; die Bindungen an die religiöse Gemeinschaft nahmen immer weiter ab.³⁸ 1939 wurde die Zahl der elsässischen Juden auf rund 25.000 geschätzt, von denen nach der Evakuierung rund 17.000 im Elsass blieben. Die Zahl der Deportationen aus dem Elsass war vergleichbar mit jener aus Lothringen. Die „Säuberungsaktion“ hatte hier im Dezember 1940 ihren Anfang, als die im Mai 1940 Umgesiedelten und Geflüchteten begannen, zurückzukehren. Am 22. Dezember 1940 wurde in Marseille der Großrabbiner von Straßburg, René Hirschler, festgenommen. Robert Wagner tat es Bürkel nach und bewirkte Ende 1940 die Aussiedlung von rund 105.000 Elsässern, darunter auch Juden, aus dieser Region. Insgesamt erreichte die Zahl der bis 1944 Umgesiedelten rund 120.000 (zehn Prozent der Gesamtbevölkerung).³⁹ Das Vermögen der elsässischen Juden ging auf der Grundlage der Arisierungsgesetze vom 16. Dezember 1941 durch Vermittlung

³⁶ WOLFANGER, Politik (Anm. 34), S. 147 f.

³⁷ LÉON STRAUSS, Exil, exclusion, extermination. Les juifs alsaciens en zone sud, in: Saisons d'Alsace 1993, Nr. 121, S. 184.

³⁸ FREDDY RAPHAËL, Les „Landsjéde“. Les Juifs de la campagne alsacienne, in: Histoire de l'Alsace rurale, hg. v. JEAN-MICHEL BOEHLER/ DOMINIQUE LERCH/ JEAN VOGT, Strasbourg 1983, S. 440–442.

³⁹ KETTENACKER, Volkstumspolitik (Anm. 33), S. 249–267; BERNARD VOGLER, Histoire politique de l'Alsace. De la Révolution à nos jours, un panorama des passions alsaciennes, Strasbourg 1995, S. 262.

eines Sonderbevollmächtigten in das Eigentum des Staates über. Damit gelangten zehn Prozent aller Industriebetriebe in deutsche Hände (auch das Vermögen der Ausgesiedelten).⁴⁰

Die meisten Juden aus Lothringen und dem Elsass teilten also das Schicksal der „unerwünschten“ Franzosen. Bereits während der Evakuierungen der Jahre 1939 und 1940 waren 14.000 Juden aus den beiden Regionen fortgegangen und hatten in Poitiers, Limoges und Périgueux Zuflucht gefunden. Weitere 5.000 flohen direkt nach der Besetzung Lothringens und des Elsass' durch die Deutschen im Mai 1940. Die Übrigen wurden bei den von Wagner und Bürckel organisierten, oben erwähnten Massendeportationen umgesiedelt.⁴¹

Als die Deutschen am 10. Mai 1940 im Großherzogtum Luxemburg einmarschierten, flohen circa 2.000 Juden nach Frankreich und Belgien, während nur rund 1.800 luxemburgische Juden und etwa 1.700 jüdische Flüchtlinge aus Osteuropa blieben. Anfangs ergriffen die deutschen Militärbehörden ihnen gegenüber keine Maßnahmen; dagegen waren die Organisationen der örtlichen Nazis aktiv, wurden aber von den Deutschen zurückgehalten, und die Militärbehörden stellten den jüdischen Familien Pässe aus, die es ihnen ermöglichten, das Fürstentum zu verlassen. Zu einer plötzlichen Veränderung dieser zunächst liberalen Haltung kam es, als eine Zivilverwaltung unter Gustav Simon eingerichtet wurde. Er versuchte, Bürckel nachzuahmen oder ihm gar Konkurrenz zu machen, und er strebte danach, so schnell wie möglich sein vorrangiges Ziel zu erreichen – Luxemburg sollte „judenfrei“ werden. Auf seinen Antrag hin erging trotz der Zweifel des deutschen Außenministeriums im Sommer 1940 eine Verordnung, durch die in Luxemburg die Nürnberger Gesetze und die Arisierungsparagraphen eingeführt wurden. Am 24. August wurde den Juden das Recht genommen, bestimmte öffentliche Berufe auszuüben. Diese Schritte wurden von antisemitischen Artikeln in der Presse und dem Boykott jüdischer Geschäfte begleitet, den die „Volksdeutsche Bewegung“ organisierte.

Am 12. September erhielt Rabbiner Robert Srebrnik von der deutschen Sicherheitspolizei den Befehl, dass alle Juden das Fürstentum innerhalb von 14 Tagen verlassen sollten. Nach einer positiven Antwort Srebrniks war man jedoch mit einer Verlängerung des Ultimatums einverstanden. Bis Oktober 1941 reisten insgesamt 619 luxemburgische Juden nach Frankreich (gegen den Widerstand des Vichy-Regimes) und nach Übersee aus. Diese Lösung hielt man in Berlin für mustergültig und Eichmann lud Srebrnik

⁴⁰ BERNARD VOGLER/ MICHEL HAU, *Histoire économique de l'Alsace. Croissance, crises, innovations: vingt siecles de developpement regional*, Strasbourg 1997, S. 293.

⁴¹ „Elsass-Lothringen“, in: *Enzyklopädie (Anm. 13)*, Bd. 1, S. 405 f.

nach Berlin ein, um einen umfangreicheren Plan für Ausreisen nach Südamerika auszuarbeiten (er sollte u. a. 4.000 Berliner Juden betreffen). Aufgrund dieser Gespräche erwirkte Srebrnik die Zustimmung zur Ausreise weiterer 250 Personen nach Südamerika (unter ihnen befand er sich auch selbst).⁴²

Mit dem Ausbruch des Kriegs gegen die UdSSR wurden auf Befehl von Gestapo-Chef Müller jedoch alle weiteren Ausreisen eingestellt. Gleichzeitig wurde eine Reihe diskriminierender Verordnungen erlassen. Dabei handelte es sich vor allem um die „Verordnung betr. Ordnung des jüdischen Lebens in Luxemburg“ vom 29. Juli 1941, die für alle noch in Luxemburg lebenden Juden eine Ausgangssperre zwischen 19 und 7 Uhr einföhrte, ihre Einkaufsmöglichkeiten auf die Zeit zwischen 9 und 11 Uhr beschränkte, ihnen untersagte, öffentliche Gebäude zu betreten und sie verpflichtete, am linken Arm eine gelbe Binde zu tragen (ab dem 19. September wie im gesamten Reich den „Judenstern“). Später wurden Wertgegenstände beschlagnahmt.

Höhepunkt dieser Maßnahmen war der Versuch einer Ghettoisierung im ehemaligen Kloster Fünfbrunnen bei Ulfingen, zu der es schließlich aufgrund der nicht vorbereiteten Räumlichkeiten nicht kam. Die im Großfürstentum verbliebenen Juden warteten in besonders gekennzeichneten Häusern auf den Befehl zur Deportation in die KL Auschwitz und Theresienstadt (ähnlich verhielt es sich im Reich). Ein Teil gelangte u. a. gemeinsam mit einem Transport deutscher Juden ins Ghetto Litzmannstadt (Schätzungen zufolge kamen von jenen Juden, die sich nach Kriegsausbruch in Luxemburg aufgehalten hatten, 650 Personen ums Leben). Von den noch in Luxemburg lebenden Juden konnten sich nur einzelne Personen verstecken; eine kleine Gruppe blieb bis Kriegsende auch mit offizieller Zustimmung der Gestapo an Ort und Stelle.⁴³

Eingegliederte Gebiete im Süden

Die Eingliederung von Gebieten im Süden Europas in das Reich hatte eine kompliziertere Genese und war ursprünglich nicht geplant gewesen. Die Annexion von Gebieten Jugoslawiens kam durch den Krieg von 1941 gegen das Land zustande. Ribbentrop machte nach seinen Gesprächen mit den

⁴² DOSTERT, Luxemburg (Anm. 2), S. 161–165.

⁴³ Ebd., S. 164 f.; HANS WERNER NEULEN, Deutsche Besatzungspolitik in Westeuropa – zwischen Unterdrückung und Kollaboration, in: Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, hg. v. KARL DIETRICH BRACHER/ MANFRED FUNKE/ HANS-ADOLF JACOBSEN, Bonn 1992, S. 420.

Italienern in Wien über die Aufteilung der besetzten Gebiete auf dem Balkan seine Ansprüche auf die von einer deutschen Minderheit bewohnten Gebiete Sloweniens geltend.⁴⁴ Aufgrund einer Verfügung des Reichskanzlers vom 14. April 1941 entstanden zwei Zivilverwaltungen, die von den Grenzgauleitern geleitet wurden: Untersteiermark und Oberkrain, die den bereits bestehenden Gauen Steiermark und Kärnten eingegliedert wurden.⁴⁵ In diesen Territorien, die im Frühjahr 1941, also relativ spät, Teil des Deutschen Reichs wurden, waren rund zwölf Prozent der Einwohner deutschsprachig (die jüdische Bevölkerung in Jugoslawien zählte rund 0,5 Prozent). Es waren hier gewaltige Aussiedlungen der slawischen Bevölkerung geplant, die bis zu 80 Prozent der Bevölkerung umfassen sollten. Letztendlich wurde dies nur eingeschränkt verwirklicht. Im Sommer 1941 hatte man sich noch auf die Deportation von 260.000 Menschen vorbereitet; schließlich wurden „nur“ 80.000 Menschen deportiert, die nach Serbien, Kroatien, Ungarn und zur Zwangsarbeit ins Reich gebracht wurden.⁴⁶ Dies waren rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerungszahl in diesem Gebiet. Pläne zur Massenansiedlung von Deutschen wurden nicht verwirklicht (der Schwerpunkt der Umsiedlungen betraf die Untersteiermark; in Oberkrain betrafen die Deportationen nur Menschen, die als „Feinde des Reiches“ galten). Bei dieser Aktion wurden 1941 auf einen Schlag auch etwa 3.000 hier lebende Juden deportiert.⁴⁷

Die Rassenpolitik in den annexierten Gebieten im Süden unterschied sich grundlegend von den übrigen eingegliederten Gebieten. Zwar war Gauleiter Siegfried Uiberreither seit seiner Amtsübernahme entschlossen, das Land konsequent „einzu-deutschen“ (als Antwort auf eine Anweisung Hitlers, die dieser ihm persönlich mitgeteilt haben soll: „Machen Sie mir dieses Land wieder deutsch!“), doch im Grunde handelte es sich bei den Methoden dieser „Germanisierung“ ausschließlich um Aussiedlungen und wirtschaftliche Ausbeutung. Die einzige reguläre Aktion, die mit der Lage im Osten vergleichbar ist, waren Pflichtsprachkurse in großem Maßstab, die nötig waren, weil – abgesehen von der deutschen Minderheit – nur

⁴⁴ MICHAEL BLOCH, Ribbentrop, Warszawa 1995, S. 269 f.; CZESLAW MADAJCZYK, Deutsche Besatzungspolitik in Polen, in der UdSSR und in den Ländern Südosteuropas, in: Deutschland (Anm. 43), S. 437–439.

⁴⁵ STEFAN KARNER, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz, Wien 1986, S. 131 f.

⁴⁶ TONE FERENC, Die Massenvertreibung der Bevölkerung Jugoslawiens während des Zweiten Weltkrieges und der mißglückte Plan einer Ansiedlung von Slowenen in Polen, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 8 (1973), S. 60–69.

⁴⁷ STEFAN KARNER, Kärnten und Steiermark im Dritten Reich 1938–1945, in: NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, hg. v. EMMERICH TÁLOS/ ERNST HANISCH/ WOLFGANG NEUGEBAUER, Wien 1988, S. 471.

geringe Kenntnisse der deutschen Sprache vorhanden waren. Natürlich machte man sich sofort daran, die Orts- und Straßennamen zu verändern, und man baute eine deutsche Verwaltung auf, die sich aber gänzlich auf Beamte und Parteimitglieder stützte, die aus der Steiermark und aus Kärnten stammten.⁴⁸ Die Möglichkeiten einer aktiven Nationalitätenpolitik so wie im Westen Europas, aber teilweise auch in den eingegliederten polnischen Territorien, waren im Süden des Kontinents also stark eingeschränkt. Das „Judenproblem“ blieb hingegen von marginaler Bedeutung und hing nicht direkt mit der „Germanisierung“ dieses Gebiets zusammen.

Die Vernichtung der Juden in den eingegliederten Gebieten – ein Vergleich

Wenn wir zu der eingangs gestellten Frage zurückkehren, ob die regionalen Verhältnisse in den einzelnen Gauen des Reiches in den eingegliederten Gebieten Auswirkungen auf die Lage der jüdischen Bevölkerung hatten, so lassen sich einige Hypothesen aufstellen.

In diesen Gebieten, die formell als Gebiet eines einheitlichen „Großdeutschen Reiches“ angesehen wurden, waren die von den ideologischen Grundlagen der NS-Rassenpolitik bestimmten Lebensbedingungen der Juden grundsätzlich ähnlich. Unterschiede konnte es nur beim Vergleich mit den Juden aus dem „Altreich“ geben, und diese waren eine Folge der Tatsache, dass sie keinen deutschen Pass besaßen. Für die deutsche Verwaltung erleichterte dies in den eingegliederten Gebieten die Deportationen, da die NS-Behörden auf keinerlei rechtliche Beschränkungen Rücksicht nehmen mussten. In formaljuristischer Hinsicht gab es nur eine Ausnahme, das Großfürstentum Luxemburg, wo man anfänglich versuchte, den Eindruck zu erwecken, als seien die Neutralität dieses Gebiets, sein staatliches Fortbestehen und die Beibehaltung der bürgerlichen Rechte unangreifbar. Dies war ein entscheidender Faktor für die große Freizügigkeit, die sich darin äußerte, dass viele dortige Juden 1940 noch ausreisen konnten.

Die Gebiete im Süden und Westen Europas waren im Vergleich zu den Gebieten im Osten unverhältnismäßig kleiner. Die Gesamtzahl der Bevölkerung war geringer, ebenso die Zahl der in diesen Gebieten lebenden Juden (die Abfolge der Annexionen durch das Dritte Reich zeigt Tabelle 1).

⁴⁸ BAB, R 18/5429, Bl. 164–169, Vermerk Dr. Stuckart v. 8–9.4.1941.

Tabelle 1: Fläche und Bevölkerungszahl der in das Dritte Reich eingegliederten Gebiete, 1939–1941

Datum der Eingliederung und Bezeichnung des Gebiets	Fläche in km ²	Bevölkerung in Tsd.	Zahl d. jüdischen Bevölkerung nach deutschen Anga- ben bei Kriegsaus- bruch
1.9.1939 Freie Stadt Danzig	1.893	392	Ca. 1.600
8.10.1939 Polnische eingegliederte Gebiete	91.974	10.139	Ca. 1 Mio.
18.5.1940 Eupen, Malmedy Moresnet	1.219	82	Keine Angaben (in ganz Belgien ca. 35.000)
August 1940 Elsass	8.294	1.219	Insgesamt in El- sass und Lothrin- gen ca. 20.000
August 1940 Lothringen	6.228	696	Insgesamt in El- sass und Lothrin- gen ca. 20.000
August 1940 Luxemburg	2.586	290	Ca. 3.500
Mai 1941 Untersteiermark und Oberkrain	9.620	775	Ca. 3.000

Quelle: Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Bd. 2: Weltmachtanspruch und nationaler Zusammenbruch 1939–1945, hg. v. WOLFGANG MICHALKA, München 1985, S. 399 f.; Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 2, hg. v. EBERHARD JÄCKEL/ PETER LONGERICH/ JULIUS H. SCHOEPS/ Berlin 1993, S. 163 f., 168–174, 309 f., 717–723, 911–913, 1081–1085, 1338 f., 1559–1562.

Dies hatte direkten Einfluss auf das Vorgehen der Deutschen. Ein gewaltiges Problem war aus diesem Grund die Deportation der Juden aus den im Osten eingegliederten Gebieten (im Frühjahr wurde diese Zahl auf rund sechs bis sieben Prozent der Gesamtbevölkerungszahl geschätzt), während die Ausmaße dieses Problems im Westen zahlenmäßig viel geringer waren, obwohl im Elsass und in Lothringen nach deutschen Schätzungen immerhin ein bis eineinhalb Prozent der Bevölkerung betroffen war. In den bel-

gischen Kreisen Eupen, Malmedy und Moresnet spielte die Judenfrage praktisch keine Rolle. Auch im Fall der slowenischen Steiermark und der Oberkrain war sie nur von geringer Bedeutung (nicht ganz 0,3 Prozent). Die Zahl der Juden in den einzelnen eingegliederten Gebieten hing also nicht nur mit der Statistik zusammen. Sie war dafür entscheidend, welch große Bedeutung in den verschiedenen Gebieten die örtlichen deutschen Behörden diesem Problem beimaßen; während es im Osten übertrieben wurde, spielte es in den übrigen eingegliederten Gebieten keine größere Rolle.

Anscheinend waren aber nicht nur die zahlenmäßigen Unterschiede für die Verschiedenheit der lokalen deutschen Politik gegenüber den Juden in den eingegliederten Gebieten entscheidend, sondern auch die weiter geckten Ziele der Nationalitätenpolitik. Die gleichzeitig geplante massenhafte deutsche Ansiedlung im Osten und im Süden stellte das „Judenproblem“ auf eine andere Ebene als im Westen. Es war nötig, für die groß angelegten Umsiedlungen eine entsprechende Zahl von Bauernhöfen und Arbeitsstätten zur Verfügung zu haben. Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung war hier – wie die Deutschen insbesondere zwischen 1939 und 1941 dachten – eine hervorragende Lösung. Neben der Aussiedlung der slawischen Bevölkerung schufen diese zusätzlichen sieben bis zehn Prozent jüdische Bevölkerung im Osten die Möglichkeit, das Problem zu lösen, was eine weitere Radikalisierung der diesbezüglichen deutschen Politik bewirkte. Deshalb suchte man unaufhörlich und hartnäckig nach einer Lösung für diese Frage. Im Süden konnte die geringe Zahl der Juden bei der Lösung dieser Frage nicht im geringsten behilflich sein, weshalb für die dortigen Gauleiter Uiberreither und Friedrich Rainer die Aussiedlung der slawischen Bevölkerung am wichtigsten war, während sie die jüdische Frage marginalisierten. Im Westen fehlt bei ganz anderen Zielen der Nationalitätenpolitik überhaupt ein derartiger Kontext der Ereignisse; die Aussiedlungen der Juden fanden bis 1941 eigentlich nicht als Teil einer übergreifenden antijüdischen Politik statt, sondern waren vielmehr die Folge der Wiedergewinnung verlorener Gebiete (Elsass, Lothringen, Luxemburg).

Interessant ist es auch, den Einfluss der einzelnen Gauleiter auf die Radikalisierung der antijüdischen Politik während des Kriegs zu vergleichen. Diesbezüglich am aktivsten waren Greiser im Wartheland und Bürckel in Lothringen. Der lothringische CdZ hatte bereits während seiner Wiener Zeit vehement antijüdische Politik betrieben und übertrug dies nun auf den Westen. Vor diesem Hintergrund sind auch seine überaus zahlreichen Initiativen zu bewerten, mit denen Greiser im Osten Himmler sowohl in Fragen der Nationalitäten- wie auch der Rassenpolitik überschüttete. Es ist bezeichnend, dass dies in beiden Fällen wohl eine Folge persönlicher

Einschätzungen der Ausmaße des Problems war, mit dem Bürckel erstmals in Österreich und Greiser natürlich in Großpolen zu tun hatte. In den Aktivitäten Josef Wagners, Robert Wagners, Simons, Forsters, Uieberreithers sowie Rainers ist keine Eigenständigkeit zu erkennen; sie sind vielmehr gekennzeichnet durch passive Unterordnung unter den Einfluss Himmlers und seines Terrorapparats. Ihre Aktivitäten betrafen keine prinzipiellen Fragen, sondern waren höchstens Versuche, das Vorgehen des RKF geringfügig zu korrigieren.

Es hat somit den Anschein, als könne man die Unterschiede bei der Umsetzung der antijüdischen Politik in den einzelnen eingegliederten Gebieten drei Faktoren zuschreiben:

- der Zahl der jüdischen Bevölkerung in den einzelnen Gebieten, die auch das Gewicht bestimmte, welches die lokalen deutschen Machtorgane und der deutsche Terrorapparat diesem Problem zumaßen;
- der Rolle, welche die Judendeportationen für die als prinzipielle Aufgabe geltende Nationalitätenpolitik in diesen Gebieten spielten (also für die so genannte Eindeutschung, die „Entwelschung“ oder die Aufnahme der „windischen“, jedoch germanischstämmigen Bevölkerung der Steiermark und Kärntens in die „Volksgemeinschaft“);
- dem Einfluss der lokalen Gauleiter auf die Radikalisierung des Prozesses zur Vernichtung der Juden, und zwar insbesondere aufgrund ihrer persönlichen Eigenschaften.

Diese Unterschiede waren allerdings so groß, dass man von lokalen Varianten dieser Politik sprechen könnte. Für die individuellen Schicksale der Juden in diesen Gebieten waren die Unterschiede jedoch, auch wenn alle theoretisch auf dem Gebiet des „Großdeutschen Reiches“ lebten und einer einheitlichen Rassegesetzgebung unterlagen, gelegentlich entscheidend, entweder für das Überleben oder die Vernichtung durch den NS-Terrorapparat.

VON DER ENTRECHTUNG ZUR VERNICHTUNG

JOCHEM BÖHLER

DIE JUDENVERFOLGUNG IM DEUTSCH BESETZTEN POLEN ZUR ZEIT DER MILITÄRVERWALTUNG (1. SEPTEMBER BIS 25. OKTOBER 1939)

Vorbemerkung

Der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939 leitete eine fünf Jahre währende Phase deutscher Gewaltherrschaft ein, die in der Ermordung von Millionen europäischer Juden in Vernichtungslagern auf polnischem Boden gipfelte. In der Rückschau mag man versucht sein, diese Entwicklung als einen geordneten, sich kontinuierlich steigernden Prozess anzusehen. Die Realität sah jedoch anders aus: Zu Beginn der deutschen Besatzung in Polen existierten keine bis ins Detail ausgearbeiteten Pläne, wie man mit der einheimischen jüdischen Bevölkerung mittel- und langfristig verfahren sollte. Während der Eroberung Polens durch die deutsche Wehrmacht war in den besetzten Gebieten vielmehr eine antisemitische Gewaltwelle zu beobachten, die häufig spontan zum Ausbruch kam. Hier wurden allgemein gehaltene, gegen die polnischen Juden gerichtete Maßgaben der polizeilichen und militärischen Dienststellen gewissermaßen in vorauselendem Gehorsam in die Tat umgesetzt. Erst nach Abklingen der Kampfhandlungen wurden konkrete Überlegungen zum Umgang mit den polnischen Juden angestellt. Differenziert wird dieses Bild dadurch, dass die Führungsspitzen von Partei und Wehrmacht sich in den ersten Monaten des Krieges bisweilen noch uneinig über die Ausrichtung der Besatzungspolitik in Polen waren und militärische Stellen nach Abbruch der Militärverwaltung am 25. Oktober 1939 bis in das Frühjahr 1940 hinein Kritik an den gegen die polnische und jüdische Bevölkerung gerichteten Maßnahmen der Polizei und der SS übten.¹

¹ Wie noch zu zeigen sein wird, lag dies jedoch nicht in einer prinzipiellen Ablehnung der allgemeinen Zielrichtung dieser Maßnahmen durch die Wehrmacht begründet, sondern sowohl in deren Rivalitätsverhältnis zu den neben ihr operierenden bewaffneten Formationen als auch in der fälschlichen Annahme, diese handelten aus eigenem Antrieb und nicht auf höheren Befehl.

Insgesamt lässt sich die Verfolgung der polnischen Juden zur Zeit der Militärverwaltung in zwei Phasen unterteilen, die Ende September 1939 fließend ineinander übergingen: Die Phase unkontrollierter Ausschreitungen von Wehrmacht-, Polizei- und SS-Einheiten am Rande der Kampfhandlungen und die Einleitung der systematischen Verfolgung der polnischen Juden bis zum Abbruch der Militärverwaltung. Als Inhaberin der „vollziehenden Gewalt“ trug die deutsche Wehrmacht dabei letztendlich die Verantwortung für sämtliche Übergriffe und Verfolgungsmaßnahmen in den besetzten Gebieten.

Vorbereitung

Der deutsche Überfall auf Polen war von der deutschen Wehrmacht vorrangig als militärisches Unternehmen angesehen worden. Seit März 1939 arbeitete das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unter dem Decknamen „Fall Weiß“ die Pläne aus, die die Eroberung des Landes in kürzester Zeit ermöglichen sollten. Hierzu wurden die Verbände der Luft- und Panzerwaffe sowie die Heeresteile Infanterie und Marine im Laufe des Sommers 1939 entlang der deutsch-polnischen Grenze in Aufstellung gebracht. Da sowohl England als auch Frankreich gegenüber Polen Garantieerklärungen abgegeben hatten, kam es vor allem auf eine schnelle Eroberung des Landes an: Man wollte vollendete Tatsachen schaffen, die die Westmächte von einem militärischen Eingreifen abhalten sollten. Das geheime Zusatzprotokoll im Molotow-Ribbentrop-Pakt vom 23. August 1939 bedeutete in dieser Hinsicht eine zusätzliche Absicherung. Am Vorabend dieser Verabredung zur vierten Teilung Polens machte Hitler der in seiner Villa auf dem Obersalzberg versammelten Wehrmachtsführung indes klar, dass er selbst eine zweite Front im Westen in Kauf zu nehmen gewillt sei, vorausgesetzt, die Kampfhandlungen im Osten kämen zu einem schnellen Abschluss:

„Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte [Polens], nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. Auch wenn im Westen Krieg ausbricht, bleibt Vernichtung Polens im Vordergrund. Mit Rücksicht auf Jahreszeit schnelle Entscheidung [...]. Schnelligkeit ist die Hauptsache. Verfolgung bis zur völligen Vernichtung.“²

Dennoch wurde der deutsche Überfall auf Polen nicht nur als Krieg im herkömmlichen Sinne – bei dem freilich, wie unter anderem die unterschiedslosen Bombardements der Luftwaffe zeigen sollten, auf die Zivilbe-

² ADAP, Serie D (1937–1945), Bd. 7, Baden-Baden 1956, S. 171 f., Dok. 193.

völkerung keinerlei Rücksicht genommen wurde – geplant, denn hinter der kämpfenden Truppe sollten die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) ein in seinen Dimensionen bisher nicht dagewesenes „volkstumspolitisches Programm“ in die Tat umsetzen. Ihr offizieller Auftrag lag in der „Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente in Feindesland rückwärts der fechtenden Truppe“.³ Diese Formulierung ließ den Einsatzgruppen in Polen 1939 viel Spielraum: Als „deutschfeindlich“ und mögliche Träger einer Widerstandsbewegung gegen die Deutschen galten in der Folge ebenso Angehörige der polnischen Eliten oder der Veteranenverbände polnischer Aufständischer aus den frühen zwanziger Jahren wie auch allgemein die polnischen Juden, die sich alsbald in Konzentrationslagern oder am Rande von Erschießungsgruben wiederfanden.⁴ Über die Verwendung der polizeilichen Einsatzgruppen war die Wehrmachtshauptleitung vorab informiert. Der Chef des Generalstabs Franz Halder wusste bereits im Frühjahr 1939, dass „die Besetzung des Landes in weitem Maße von den paramilitärischen Formationen der Partei vorgenommen werden“ würde,⁵ der Oberst im Generalstab und spätere Generalquartiermeister Eduard Wagner regelte zwei Tage vor Kriegsbeginn mit dem Chef der Sicherheitspolizei (CdS) Reinhard Heydrich noch offene Fragen des Einsatzes „der Gestapo-Gruppen im Operationsgebiet“ und vermerkte zufrieden: „Wir kamen schnell überein.“⁶ Während der Wehrmacht somit ein klarer Eroberungsauftrag ohne besondere Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung erteilt worden war, oblag den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei in Abstimmung mit der Wehrmacht die „Ruhigstellung“ von als gefährlich eingestuften Teilen der polnischen Bevölkerung, zu denen auch die polnischen Juden gerechnet wurden.

Ein schriftlicher Befehl zur Verfolgung oder gar Ermordung von Juden war vor dem Angriff auf Polen dagegen weder der Wehrmacht noch den Einsatzgruppen erteilt worden. Vielmehr beschränkte man sich auf allgemein gehaltene Richtlinien, deren Auslegung und Umsetzung dann den deutschen Soldaten und Polizisten vor Ort überlassen wurden. Kurz nach Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, in der er „die Vernichtung

³ Richtlinien für den auswärtigen Einsatz der Sipo und des SD (undatiert/August 1939), BAB, R 58/241.

⁴ Vgl. dazu KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ JOCHEN BÖHLER/ JÜRGEN MATTHÄUS, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008.

⁵ CHRISTIAN HARTMANN/ SERGEJ SLUTSCH, Franz Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939. Eine Ansprache des Generalstabschefs des Heeres, in: VfZ 45 (1997), Nr. 3, S. 493.

⁶ Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie Eduard Wagner, hg. v. ELISABETH WAGNER, München, Wien 1963, S. 103.

der jüdischen Rasse in Europa“ als Ergebnis eines kommenden Weltkriegs angekündigt hatte,⁷ vermerkte man in einer vom OKW herausgegebenen Broschüre:

„Das Weltjudentum bekämpfen wir, wie man einen giftigen Parasiten bekämpfen muss; wir treffen in ihm nicht nur den Feind unseres Volkes, sondern auch eine Plage aller Völker. Der Kampf gegen das Judentum ist ein sittlicher Kampf um die Reinheit und Gesundheit des gottgewollten Volkstums und für eine neue gerechtere Ordnung der Welt.“⁸

Nach Einschätzung des Militärhistorikers Wolfram Wette wurden diese Richtlinien in sämtlichen Wehrmachtseinheiten zum Gegenstand der politischen Unterweisung gemacht.⁹ Am 1. Juli warnte das Oberkommando des Heeres:

„Die zahlreichen Juden sehen in den Deutschen ihre persönlichen Feinde, sind jedoch gegen Geld zu allem fähig. [...] Mit Vernichtung und Vergiftung der Lebensmittelvorräte ist zu rechnen.“¹⁰

Polen und Juden im zu erobernden Gebiet sei nicht zu trauen, sie seien als feindlich anzusehen und entsprechend zu behandeln.¹¹ In einem „Taschenbuch: Polnisches Heer“, das im Juli 1939 in den Reihen der 10. Infanterie-division kurierte, wurden die polnischen Juden als „bolschewistenfreudlich und Deutschenhasser“, die Radiosender Warschau und Lodz als „stark verjudet“ bezeichnet.¹² Über die Indoktrinierung der für den sicherheitspolizeilichen Einsatz vorgesehenen Mannschaften ist bisher wenig bekannt. In der SD-Schule Bernau bei Berlin wurden sie im Sommer 1939 jedenfalls

⁷ In seiner Reichstagsrede vom 30.1.1939, zit. nach: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, hg. v. WALTHER HOFER Frankfurt/M. 1983, S. 277.

⁸ Dr. C. A. HOBERG, Die Juden in der deutschen Geschichte, in: Schulungshefte für den Unterricht über nationalsozialistische Weltanschauung und nationalsozialistische Zielsetzung, hg. v. OKW, 1 (1939), Nr. 5, zit. nach: WOLFRAM WETTE, Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Darmstadt 2002, S. 90–93.

⁹ WETTE, Wehrmacht (Anm. 8), S. 91.

¹⁰ OKH, Generalstab des Heeres, 12. Abteilung (III), Nr. 1343/39 geheim, Merkblatt über Eigenarten der polnischen Kriegsführung vom 1.7.1939, NARA, RG 242, T-312, R. 115, Fr. 7644803; vgl. ALEXANDER B. ROSSINO, Hitler Strikes Poland. Blitzkrieg, Ideology, and Atrocity, Kansas City 2003, S. 25 f.

¹¹ AOK 8, Besondere Anordnungen für die rückwärtigen Dienste Nr. 1 vom 24.8.1939, Anlage 1, Merkblatt zur Bekanntgabe an die gegen Polen eingesetzten Truppen, NARA, RG 242, T-312, R. 39, Fr. 7548860.

¹² 10. ID, Ia, Nr. 947 Generalkommando, Taschenbuch: Polnisches Heer, Regensburg, 24.6.1939, NARA, RG 242, T-79, R. 131, Fr. 595.

auch über „das Judentum als allgemeiner politischer Gegner, seine Bedeutung in Polen“ unterrichtet.¹³

Eroberung

Der allgemein antisemitisch ausgerichteten Haltung der militärischen und polizeilichen Führung vor dem Angriff entsprach offenbar auch in weiten Teilen die mentale Einstellung der in Polen im September 1939 einmarschierenden Mannschaftsdienstgrade. Die in den polnischen Dörfern und Städten anzutreffenden orthodoxen Juden waren aufgrund ihres traditionellen Äußeren – die typischen Gewänder und Bartrachten des so genannten Ostjudentums – leichter zu identifizieren als ihre assimilierten Glaubensbrüder im Deutschen Reich. Der Anblick traditioneller Juden rief bei den deutschen Invasoren das gesamte Spektrum jahrhundertealter und während der antisemitischen Hetze der dreißiger Jahre geschürter Vorurteile hervor. Juden firmierten in den Tagebuchaufzeichnungen und Feldpostbriefen deutscher Soldaten als „verdrecktes, auserwähltes Volk“,¹⁴ „widerliche Judengestalten“,¹⁵ „Salonarier“,¹⁶ „Saujuden, mit Kaftan und Paikles, so wie man es nicht mal im Stürmer zu sehen bekommt“,¹⁷ „komische Figuren, verdreckt und mit den unmöglichsten Bekleidungsstücken angetan“,¹⁸ „Affen“,¹⁹ „Kaftanjuden“,²⁰ „widerlichste Typen von Ostjuden“²¹ oder „polnische Juden, schmierig und dreckig“.²²

Für die Verbreitung irrationaler Vorstellungen von den polnischen Juden bei deutschen Soldaten steht ebenfalls die oftmals geäußerte Überzeu-

¹³ Lehrplanentwurf für Studenten-Lehrgang Bernau vom Juni 1939, BAB, RH 58/827.

¹⁴ Die 9. Kompanie, IR 22 während des Feldzuges in Polen, BA-MA, RH 37/7379, Bl. 22.

¹⁵ KTB der 31. ID, Feldzug in Polen, 6.9.1939, BA-MA, RH 26-31/1.

¹⁶ GJR 136, 2. GD, Polnischer Feldzug (nach Tagebuch), 6.9.1939, BA-MA, RH 37/6891, Bl. 11.

¹⁷ Jäger Robert L. (Dienststelle 19216), Bericht „10 Tage aus dem Tagebuch eines Gebirgsjägers“, BA-MA, RH 53-18/151.

¹⁸ GJR 136, 2. GD, Polnischer Feldzug (nach Tagebuch), 9.9.1939, BA-MA, RH 37/6891, Bl. 15.

¹⁹ Regiments-Nachrichtenzug IR 94 im Polenfeldzug (KTB), 10.9.1939, BA-MA, MSG2/2924, Bl. 18.

²⁰ Sanitätskompanie 2/30, Tätigkeitsbericht, 6.9.1939, BA-MA, RH 26-30/78.

²¹ 31. ID, Feldzug in Polen (KTB), 8.9.1939, BA-MA, RH 26-31/1.

²² Panzerregiment 35 (KTB), 3.9.1939, BA-MA, RH 39/372.

gung, die Juden beherrschten weitgehend „seit Jahrhunderten“²³ den polnischen Handel, ein Vorurteil, das in diametralem Gegensatz zu der gleichzeitig vielerorts bei den jüdischen Gemeinden beobachteten Armut stand. Des Weiteren rief das ungewohnte Erscheinungsbild orthodoxer Juden häufig unbestimmte Angstzustände hervor, die den bereits vorhandenen Antisemitismus bei den Soldaten noch verstärkten: „In ihren Bärten und Kaftanen, mit ihren teuflischen Fratzen machten sie auf uns einen scheußlichen Eindruck.“²⁴ Aus den Reihen der in Polen einrückenden Einsatzgruppen sind dagegen kaum persönliche Aufzeichnungen überliefert. Das heute im Zentralen Militärarchiv Warschau-Rembertów befindliche Kriegsalbum „Mit dem SD im polnischen Feldzug“ gewährt jedoch ebenfalls tiefe Einblicke in die Abgründe der Psyche deutscher Weltanschauungskrieger im Jahr 1939: Juden firmieren dort als „jüdische Rasiermesserhelden“ oder „jüdische Heckenschützen“ – ein klarer Beleg für die Verbreitung der Annahme, die polnischen Juden seien heimtückisch und stellten daher eine besondere Gefahr für die deutschen Besatzer dar –, der Bildteil im Anhang verzeichnet Unterschriften wie „Juden, nichts als Juden“, „Ahasver! Wie vor tausend Jahren“, „Juden hinter Draht“, „Die Jugend des ‚auserwählten Volkes‘ – und ein Alter“, „Jetzt zittern sie um ihr Leben“ und „In seinen Augen: Hass“.²⁵

Wie schnell eine allgemein antisemitische Grundhaltung im September 1939 in Gewalt umschlagen konnte, belegen die Berichte polnischer und jüdischer Überlebender, die hier ebenso wenig wie die antisemitischen Passagen in den Aufzeichnungen der ehemaligen Täter in ihrer Gesamtheit und im Detail wiedergegeben werden können.²⁶ In Hunderten polnischen Ortschaften und Städten wurden Juden gewaltsam die Bärte geschoren oder mit Feuer abgesengt, sie wurden verhöhnt, gedemütigt, brutal zusammengeschlagen, zu unsinnigen gymnastischen Übungen und entkräftenden Arbeiten gezwungen oder an Ort und Stelle ermordet. Noch während des Krieges wurde für diese „spontanen“ Gewaltausbrüche der Begriff „Blitz-

²³ OB der 14. Armee, Anlage zum Tagesbefehl v. 19.9.1939, BA-MA, RH 26-7/63.

²⁴ Gefreiter G. (7/Gebirgs-Artillerieregiment 111), Bericht „Erinnerung an den Polenfeldzug“, BA-MA, RH 53-18/17.

²⁵ Album „Mit dem SD im polnischen Feldzug“, Einträge vom 5.9. und 8.9.1939, Anhang, CAW, II/6/4. Die zu den Bildunterschriften gehörigen Fotografien wurden leider nachträglich aus dem Album herausgelöst. Für den Hinweis auf diese Quelle Dank an Herrn Andrzej Wesołowski.

²⁶ Eine Zusammenstellung und Auswertung entsprechender Berichte von jüdischen Augenzeugen findet sich in TATIANA BERENSTEIN/ A.[DAM] RUTKOWSKI, Prześladowanie ludności żydowskiej w okresie hitlerowskiej administracji wojskowej na okupowanych ziemiach polskich (1.9.–25.10.1939 r.), Teil 1 in: BŻIH 38 (1961), S. 3–38, Teil 2 in: BŻIH 39 (1961), S. 63–87.

pogrom“ geprägt.²⁷ Innerhalb der deutschen Truppe herrschte die Auffassung, dass Verbrechen gegen Juden von den Kriegsgerichten nicht geahndet werden würden. In einschlägigen Befehlen der Wehrmachtsführung im September wurde daher geradezu gebetsmühlenartig darauf hingewiesen, dass auch Plünderungen in jüdischen Häusern Straftaten darstellten.²⁸ „Diese Soldaten, die immer wieder Wohnungen von Juden überfielen“, so hat es Marcel Reich-Ranicki treffend beschrieben,

„wollten sich bereichern. Doch sollte man ein ganz anderes Motiv nicht unterschätzen: Sie taten etwas, was ihnen augenscheinlich Freude bereitete. Zu dieser Vergnügungssucht kam oft jene Neigung zum Sadismus hinzu, die sie in der Heimat verborgen mussten und die sie im feindlichen Polen, davon waren unzählige Deutsche in Uniform überzeugt, nicht zu unterdrücken brauchten: Hier hatten sie auf nichts und niemand Rücksicht zu nehmen, hier unterlagen sie keiner Aufsicht und keiner Kontrolle. Anders als am Rhein oder Main konnten sie endlich tun, wovon sie schon immer geträumt hatten: die Sau rauslassen.“²⁹

So hatte beispielsweise das Infanterieregiment 101 am 11. September 1939 in der Kleinstadt Ilża, deren „überwiegend jüdische Bevölkerung“ der Regimentsarzt als „ekelhaft kriechend“ charakterisierte, jüdische Geschäfte ausgeräumt.³⁰ Tags darauf marschierte das Regiment in Lipsko an der Weichsel ein. Dort erschoss die Einheit zunächst einen Juden, bei dem ein Rasiermesser gefunden wurde,³¹ über Nacht wurden etwa vierzig Juden als Geiseln in einen Kellerraum des örtlichen Klosters gesperrt. Am nächsten Tag setzten die Soldaten den Raum mit den darin befindlichen Juden in Brand und warfen Handgranaten hinein.³² „Ein raues Zupacken“, kommentierte der Regimentsarzt lapidar in seinem Tagebuch, „aber es musste Ruhe

²⁷ The Black Book of Polish Jewry. An Account of the Martyrdom of Polish Jewry under the Nazi Occupation. With an Introduction by the Editor, Arno Lustiger, Bodenheim 1995 [Nachdruck der amerikanischen Erstausgabe von 1943], hier: S. 3–15.

²⁸ XVII. A.K., Korpsbefehl vom 7.9.1939, BA-MA, RH24-17/221; XVII. A.K., Korpsstagesbefehl vom 12.9.1939, BA-MA, RH24-17/7; AOK 10, Tagesbefehl vom 27.9.1939, BA-MA, RH37/1330, Bl. 150; XVII. A.K., Korpsbefehl vom 29.10.1939, BA-MA, RH24-17/232, Bl. 6; XVIII. A.K., Besondere Anordnungen für die Versorgung Nr. 10 vom 8.10.1939, BA-MA, RH24-18/4.

²⁹ MARCEL REICH-RANICKI, Mein Leben, Stuttgart 1999, S. 183 f. Für den Hinweis auf dieses Zitat Dank an Klaus-Michael Mallmann.

³⁰ Regimentsarzt des IR 101 (KTB im Polenfeldzug, Abschrift), 11.9.1939, BA-MA, MSg 1/541.

³¹ Zeugenausage von Anna Chmielnicka vom 23.2.1949, AIPN, 157/7, Bl. 80.

³² Zeugenausage von Józef Szczepański vom 24.2.1949, AIPN, 157/7, Bl. 83.

werden, so oder so“.³³ Nur einer der Eingespererten, ein Schneider namens Honig, überlebte schwerverletzt das Massaker. Er starb wenige Tage später im Krankenhaus von Ostrowiec Świętokrzyski.³⁴

Nicht nur jüdische Zivilisten wurden zur Zielscheibe antisemitischer Ausschreitungen. Zahlreiche ehemalige jüdische Kriegsgefangene berichteten von Vorfällen, bei denen direkt nach der Gefangennahme aus der Gruppe der polnischen Soldaten diejenigen, die jüdischen Bekenntnisses waren, ausgesondert und auf der Stelle erschossen wurden.³⁵ Die Quellen geben keinen Hinweis darauf, wie viele der etwa 50.000 jüdischen Kriegsgefangenen³⁶ solchen Übergriffen zum Opfer fielen. Unzweifelhaft ist, dass jüdische Gefangene bereits in den Durchgangslagern von ihren Mithäftlingen getrennt wurden.³⁷ Die Methoden, mit denen die Glaubenszugehörigkeit ermittelt wurde, reichten dabei von der einfachen Befragung über die Verwendung von Namenslisten bis hin zu einer demütigenden Prozedur, bei der überprüft wurde, ob eine Beschneidung vorlag.³⁸ Wilm Hosenfeld, der Retter des jüdischen Klaviervirtuosen Władysław Szpilman³⁹, leitete im Spätsommer 1939 ein Kriegsgefangenenlager in Pabianice bei Lodz. Am 16. September schrieb er an seine Frau:

„Jeden Tag kommen Tausende an. [...] Es lässt sich natürlich gar nicht vermeiden, dass auch Härten entstehen, weil die Massen zu groß sind. [...] Die Deutschen werden sofort ausgeschieden, die Juden und Polen ebenso für sich gestellt. Die Deutschen entlässt man sofort in ihre Heimat. Die Juden haben nichts zu lachen. Mich empört die rohe Behandlung.“⁴⁰

³³ Regimentsarzt des IR 101 (KTB im Polenfeldzug, Abschrift), 12.9.1939, BA-MA, MSg 1/541.

³⁴ Zeugenaussage von Klemens-Marian Milkowski vom 24.2.1949, AIPN, 157/7, Bl. 84.

³⁵ SHMUEL KRAKOWSKI, The Fate of Jewish Prisoners of War in the September 1939 Campaign, in: YVS 12 (1977), S. 300.

³⁶ Zahlenangabe nach DANUTA KISIELEWICZ/ KRZYSIOF SZNOTALA, Żołnierze Wojska Polskiego wywodzący się z mniejszości narodowych w niewoli niemieckiej 1939–1945, in: Jeńcy Wojenni w Latach II Wojny światowej, Opole 2000, S. 103.

³⁷ KRAKOWSKI, Fate (Anm. 35), S. 303 f.; SZYMON DATNER, Crimes against POWs. Responsibility of the Wehrmacht, Warszawa 1964, S. 99 f.; KISIELEWICZ/ SZNOTALA, Żołnierze (Anm. 36), S. 104.

³⁸ KRAKOWSKI, Fate (Anm. 35), S. 304.

³⁹ WŁADYSŁAW SZPILMAN, Pianista. Warszawskie wspomnienia 1939–1945, Kraków 2000.

⁴⁰ Wilm Hosenfeld. „Ich versuche jeden zu retten.“ Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, hg. v. THOMAS VOGEL, München 2004, S. 250.

Im Bereich des Militärbefehlshabers Posen wurden die Gefangenen für den Arbeitseinsatz in vier verschiedene Kategorien unterteilt, wobei man in der letzten „Intelligenz-[,] Juden- und Renitentenkompanien“ zusammenfasste.⁴¹ Innerhalb der Kriegsgefangenenlager auf Reichsgebiet richtete die Wehrmacht spezielle „Ghettos“ für jüdische Kriegsgefangene ein.⁴²

Der Isolierung der jüdischen Kriegsgefangenen folgte in der Regel eine diskriminierende Behandlung. Den sofort nach ihrer Gefangennahme an der Bzura am 19. September von ihren Kameraden getrennten 1.500 jüdischen Soldaten wurde von einem deutschen Offizier unterstellt, sie hätten Berlin erobern wollen. Im Gefangenentaler von Żyrardów wurden sie zehn Tage lang von der Lagerleitung nicht mit Nahrungsmitteln versorgt und wären ohne die Hilfe der Bevölkerung verhungert.⁴³ Etliche weitere Berichte zeugen davon, dass jüdische Gefangene in Lagern und auf Transporten misshandelt und zu demütigenden oder unmenschlich anstrengenden Arbeiten gezwungen wurden.⁴⁴

Shmuel Krakowski geht davon aus, dass „sich das Los der jüdischen Kriegsgefangenen im Hinblick auf Verpflegung, Terrorisierung und erschöpfende Arbeit nicht von dem der Insassen von Konzentrationslagern unterschied“. Ihre Sterblichkeitsrate lag erheblich höher als die der übrigen polnischen Gefangenen: Etwa 25.000 waren im Frühjahr 1940 an Entkräftigung gestorben oder ermordet worden.⁴⁵ Die jüdischen Kriegsgefangenen, die im deutsch besetzten, ehemals polnischen Gebiet beheimatet waren, wurden ab Jahresende 1939 in die Arbeitslager und Ghettos des Generalgouvernements (GG) oder direkt in Konzentrationslager abgeschoben, wo sie, wenn sie die Transporte überlebten, das Los ihrer Glaubensgenossen teilten.⁴⁶ Nur wenige Hundert der im September 1939 in deutsche Gefangenschaft geratenen Mannschaftssoldaten jüdischen Bekenntnisses überlebten den Zweiten Weltkrieg.⁴⁷

⁴¹ Militärbefehlshaber von Posen, Richtlinien für die Kriegsgefangenenlager, 7.10.1939, APP, 298/47, Bl. 45.

⁴² DANUTA KISIELEWICZ, Żydzi polscy w obozach jenieckich Rzeszy Niemieckiej w czasie II wojny światowej, in: BŻIH 191 (1999), Nr. 3, S. 8 f.

⁴³ KRAKOWSKI, Fate (Anm. 35), S. 303.

⁴⁴ Ebd., S. 300–313.

⁴⁵ SHMUEL KRAKOWSKI, The Fate of the Jewish Prisoners of War of the Soviet and Polish Armies, in: The Shoah and the War, hg. v. ASHER COHEN/ YEHONAKIM COCHAVI/ YOAV GELBER, New York 1992, S. 218.

⁴⁶ KISIELEWICZ/ SZNOTALA, Żołnierze (Anm. 36), S. 105.

⁴⁷ Die etwa 1.000 jüdischen Offiziere wurden dagegen besser behandelt, fast alle überlebten die Gefangenschaft, KRAKOWSKI, Fate (Anm. 45), S. 218 f.

Die polnischen Juden wurden nicht nur Opfer speziell antisemitischer Ausschreitungen, sondern außerdem der allgemein gegen die polnische Bevölkerung gerichteten Gewalt im Rahmen der angeblichen „Partisanenbekämpfung“ der Wehrmacht. Aufgrund alter Vorurteile und der unmittelbar vor dem Angriff verlesenen Direktiven waren in den Augen deutscher Soldaten Polen und Juden von vornherein verdächtig, sich am bewaffneten Kampf gegen die Besatzungsmacht zu beteiligen. Obwohl es bekanntermaßen im September 1939 keine polnische Partisanenbewegung gab, wurden in Hunderten Ortschaften während des Einmarsches Polen und Juden als angebliche „Freischärler“ erschossen. Von den über 200 Zivilisten, die allein in Tschenstochau aus diesem Grund am 4. September 1939 von Soldaten der Infanterieregimenter 42 und 97 getötet wurden, waren mehr als zehn Prozent Juden.⁴⁸

Die hinter der Frontlinie agierenden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei gingen in den ersten Tagen des Überfalles ebenso wie die Wehrmacht unterschiedslos gegen polnische und jüdische Zivilisten vor, allerdings nicht spontan oder als Reaktion auf eine vermeintliche Gefahr, sondern in systematischer Verfolgung ihres Auftrages. Doch erst die nachträglich ins Leben gerufene Einsatzgruppe zur besonderen Verwendung – nach ihrem Kommandeur SS-Obergruppenführer Udo von Woysch auch „Einsatzgruppe von Woysch“ genannt – und das Einsatzkommando 3 der Einsatzgruppe I unter Sturmbannführer Dr. Alfred Hasselberg verbreiteten in Ostsachsen und im Lubliner Raum durch gezielten Terror gegen die polnischen Juden „Furcht und Schrecken“.⁴⁹ Im Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich vom 9. September wurde zwar behauptet, man sei zwei Tage zuvor in Bendzin „gegen Juden eingeschritten, die lebenswichtige Güter zurückhielten, Preise steigerten und Silbergeld hamsterten“.⁵⁰ In Wirklichkeit veranstaltete die Einsatzgruppe zur besonderen Verwendung in der Kleinstadt ein mehrtagiges Pogrom, in dessen

⁴⁸ JAN PIETRZYKOWSKI, Hitlerowcy w Częstochowie w latach 1939–1945, Poznań 1959, S. 13. Zur Ermordung Tausender polnischer Zivilisten im Rahmen der „Freischärlerbekämpfung“ im Spätsommer 1939 vgl. JOCHEN BÖHLER, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt/M. 2006, S. 54–168.

⁴⁹ Vgl. hierzu und zum Folgenden MALLMANN/ BÖHLER/ MATTHÄUS (Anm. 4), S. 85 f. Der Ic-Offizier der 14. Armee soll geäußert haben, von Woysch habe von Hitler über den RFSS den Auftrag zur Terrorisierung der Bevölkerung in seinem Einsatzbereich erhalten: HELMUT KRAUSNICK/ HANS-HEINRICH WILHELM, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, S. 51, Anm. 112. Zur Einsatzgruppe von Woysch generell siehe ALEXANDER B. ROSSINO, Nazi Anti-Jewish Policy During the Polish Campaign. The Case of the Einsatzgruppe von Woysch, in: GSR 24 (2001), S. 35–54.

⁵⁰ CdS, Tagesbericht Unternehmen Tannenberg 9.9.1939 morgens, BAB, R 58/7001.

Verlauf die Synagoge abgebrannt und eine größere Anzahl Juden erschossen wurde.⁵¹ Auch in Kattowitz wurde nach Meldung der Einsatzgruppe von Woysch die Synagoge am 8. September „von unbekannten Tätern in Brand gesteckt“⁵² und brannte „bis auf die Grundmauern“ nieder.⁵³ Zwerzel Suessman, ein Mitarbeiter der jüdischen Gemeinde in Kattowitz, beobachtete dagegen verschiedene Gestapobeamte, die „mehrere Fässer Benzin und Teer in die Synagoge“ rollen ließen. Kurz darauf „stand die Synagoge lichterloh in Flammen“.⁵⁴

Offiziell bestand der Auftrag der Einsatzgruppe zwar nach wie vor in der „Niederkämpfung und Entwaffnung polnischer Banden, Exekutionen, Verhaftungen in unmittelbarer Zusammenarbeit mit dem Chef der Zivilverwaltung (CdZ) in Krakau und den Kommandanten des rückwärtigen Armeegebiets“.⁵⁵ In Wirklichkeit verübten von Woyschs Männer auf dem Marsch von Ostoberschlesien nach Osten gezielt Massaker an polnischen Juden. In einem nahe der Ortschaft Wieliczka bei Krakau gelegenen Waldgebiet ermordeten sie über 30 Juden.⁵⁶ In Dynów fielen sie am jüdischen Neujahrsfest

„in die Wohnungen ein und zerrten die Juden heraus und stellten sie mit erhöhten Händen vor der Grundschule auf, wo sie sie den ganzen Tag festhielten. [...] Am Abend [des 14. September] luden sie sie auf ein Fahrzeug und fuhren sie aus der Ortschaft. Sie stellten sie in Zehnerreihen auf, strahlten sie mit Autoscheinwerfern an und erschossen sie mit Maschinengewehren. So ermordeten sie in dieser Nacht 170 Juden. [...] Am nächsten Tag, dem zweiten Tag des Festes Rosch-ha-Schana, drang ein Gestapokommando in die Synagoge

⁵¹ JOSEF GOLDKORN, Der Tag des Synagogenbrandes, in: Totengebet. 60 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs und der Schoah in Polen, hg. v. ERHARD ROY WIEHN, Konstanz 1999, S. 69–73; ANDRZEJ SZEFER, Zbrodnie hitlerowskie na Górnym Śląsku we wrześniu 1939 r., in: BGKBZHwP 32 (1987), S. 167; BERENSTEIN/ RUTKOWSKI, Prześladowanie, Teil 1 (Anm. 26), S. 29 f.; SZYMON DATNER, 55 dni Wehrmachtu w Polsce. Zbrodnie dokonane na polskiej ludności cywilnej w okresie 1.9.–25.10.1939 r., Warszawa 1967, S. 70; ROSSINO, Hitler (Anm. 10), S. 90 f.; CdS, Tagesbericht Unternehmen Tannenberg 10.9.1939 abends, BAB, R 58/7001.

⁵² CdS, Tagesbericht Unternehmen Tannenberg, 9.9.1939 morgens, ebd.

⁵³ CdS, Tagesbericht Unternehmen Tannenberg, 10.9.1939 morgens, ebd. BERENSTEIN/ RUTKOWSKI, Prześladowanie, Teil 1 (Anm. 26), S. 29.

⁵⁴ Zeugenaussage von Zwerzel Suessmann (undatiert), AŽIH, 301/133. Weiter berichtete Suessmann: „Ein oder zwei Tage später stand in der Zeitung, dass am Freitag Abend 60 Juden aus der Synagoge auf vorüberziehende Truppen geschossen haben, auf Grund dessen die Synagoge in Brand geschossen wurde und diese Juden den Tod gefunden haben.“

⁵⁵ AOK 14, Besondere Anordnung Nr. 14, 12.9.1939, BA-MA, RH 20-14/129.

⁵⁶ ROSSINO, Policy (Anm. 49), S. 40; DATNER, 55 dni (Anm. 51), S. 263.

ein, stapelte Pentateuchrollen und Gebetsbücher auf einen Haufen, übergoss ihn mit Benzin und zündete ihn an. So brannte die Synagoge nieder.“⁵⁷

Nach ihrem Eintreffen in Przemyśl und Umgebung am 16. September initiierte die Einsatzgruppe von Woysch das größte Massaker des Polenkrieges, dem nach Augenzeugenaussagen bis zum 19. September zwischen 500 und 600 Juden zum Opfer fielen.⁵⁸ Der Ortskommandant von Przemyśl, General Alfred Streccius, berichtete dem XVIII. Armeekorps am 25. September „von Erschießungen ohne gerichtliches Verfahren und illegalen Übergriffen durch Angehörige einer SS-Polizeiformation“, bei der es sich ohne jeden Zweifel um die Einsatzgruppe von Woysch handelte.⁵⁹ Das ihr unterstellte I. Bataillon des Polizeiregiments 3 ließ am 21. September bei Stary Sambor „18 der Freischärlerei verdächtige Juden ebenfalls ohne gerichtliches Verfahren“ erschießen.⁶⁰

Ganz in der Nähe der Einsatzgruppe von Woysch war im Raum Lublin ab Ende September 1939 auch das Einsatzkommando Hasselberg eingesetzt, dessen Rollkommandos nach Aussage des Kommandeurs die östlich des Sans ansässigen Juden berauben und den ganzen Bezirk dem Chaos preisgeben sollten.⁶¹ Tatsächlich führten das Einsatzkommando Hasselberg wie die Einsatzgruppe von Woysch hier auch Erschießungen von polnischen Juden durch. Den Männern, die die Exekutionen durchführten, erschien dies durchaus gerechtfertigt:

„In der Gegend von Lublin, wo sich so viel Judengesox [sic] herumtrieb, war eine starke Hand notwendig, die mit ihnen fertig wurde, und Dr. Hasselberg ist auch mit ihnen fertig geworden.“⁶²

⁵⁷ Zeugenaussage von Sacher Grünbaum (undatiert), AŽIH, 301/4534. Vgl. dazu ROSSINO, Policy (Anm. 49), S. 40; DATNER, 55 dni (Anm. 51), S. 74, S. 392; BERENSTEIN/ RUTKOWSKI, Prześladowanie, Teil 1 (Anm. 26), S. 22, S. 32.

⁵⁸ ROSSINO, Policy (Anm. 49), S. 42; BERENSTEIN/ RUTKOWSKI, Prześladowanie, Teil 1 (Anm. 26), S. 23; DATNER, 55 dni (Anm. 51), S. 400 f., dort auch die Namen von 53 Opfern.

⁵⁹ Kommandierender General des XVIII. A.K., Schreiben „Erschießungen ohne gerichtliches Verfahren durch SS-Angehörige“ an die OB der 14. Armee, 30.9.1939, BA-MA, RH 19-I/112, Bl. 134.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Vernehmung Dr. Alfred Hasselberg vom 2.12.1939, BAB, BDC, SSO Dr. Alfred Hasselberg.

⁶² Vernehmung SS-Obersturmführer Fischotter v. 13.12.1939, ebd.

Konsolidierung

Wenn auch die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und die Truppen der Wehrmacht mit weitgehend unterschiedlichen Direktiven und Aufgabenbereichen in Polen einmarschierten, hinsichtlich der Verfolgung der polnischen Juden herrschte unter ihnen weitgehende Übereinstimmung. Nicht nur wurden die „Blitzpogrome“ an jüdischen Bewohnern polnischer Ortschaften und Städte während der ersten Tage des Einmarsches sowohl von deutschen Polizisten als auch deutschen Soldaten durchgeführt, so dass Überlebende später in ihrer Darstellung der Septemberereignisse kaum einen Unterschied zwischen den beiden Täterformationen machten.

Über die Notwendigkeit der „Säuberung“ des deutschen Machtbereiches von „unsicheren Elementen“ war man sich ebenso einig wie darüber, dass zu diesen auch die polnischen Juden zu rechnen waren. Für die Einleitung systematischer antijüdischer Maßnahmen in den besetzten Ortschaften waren zunächst die CdZ und die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei zuständig, was von der Wehrmacht begrüßt wurde, wie die Anweisung des Oberbefehlshabers (OB) der 14. Armee, Generaloberst Wilhelm List, an den Kommandanten von Krakau belegt. Er habe „von Maßnahmen gegen Juden [...] bis zur Übernahme durch den CdZ abzusehen“⁶³, ordnete List an. Allerorten wurden im September 1939 in jüdischem Besitz befindliche Geschäfte gekennzeichnet und entweder geschlossen oder nichtjüdischen so genannten Treuhändern unterstellt,⁶⁴ die Einsatzgruppen II, III und V rekrutierten angesehene jüdische Bürger als „Kommissare“ oder „Bevollmächtigte“, die für die Umsetzung ihrer Anordnungen innerhalb der jüdischen Gemeinden verantwortlich waren.⁶⁵ Auf diese Weise wurde unter anderem die Registrierung der jüdischen Einwohner durchgeführt, die als vorbereitende Maßnahme zu deren Vertreibung diente.⁶⁶

Dadurch, dass Polen von Westen her von der Wehrmacht, von Osten dagegen von der Roten Armee eingenommen wurde, ergab sich in den Augen der deutschen Planer eine günstige Gelegenheit, sich eines Teiles der polnischen Juden zu entledigen: Diese brauchten nur in den nahe der

⁶³ AOK 14, KTB der Abteilung Oberquartiermeister Nr. 1, 7.9.1939, BA-MA, RH 20-14/128.

⁶⁴ CdS, Tagesberichte Unternehmen Tannenberg 8.9. abends, 9.9. abends, 14.9. morgens, 20.9. abends, 30.9. mittags, BAB, R 58/7001.

⁶⁵ CdS, Tagesberichte Unternehmen Tannenberg 6.9.1939 morgens, 7.9. abends, 14.9. abends, BAB, R 58/7001. Dieses Modell stand Pate bei der Einrichtung der „Judenräte“.

⁶⁶ CdS, Tagesberichte Unternehmen Tannenberg 7.9.1939 abends, 10.9. abends, 13.9. abends, 14.9. morgens, 14.9. abends, 16.9. morgens, 18.9. morgens, 19.9. morgens, 20.9. morgens, 20.9. abends, 27.9. mittags, 29.9. mittags, BAB, R 58/7001.

zwischen beiden Streitkräften festgelegten Demarkationslinie gelegenen Gebieten über die vorläufigen Grenzflüsse Narew, Bug und San getrieben und bis zur Abriegelung der deutsch-sowjetischen Grenzlinie an der Rückkehr gehindert werden. Bereits zu Anfang der zweiten Kriegswoche legte Heydrich einen „Lösungsvorschlag“ vor. Er regte an, „festgenommene Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit [...] in Gebiete des nicht zu besetzenden Polens abzuschieben“,⁶⁷ und tatsächlich sollte gerade der gegen die polnischen Juden im grenznahen Bereich gerichtete Terror spezieller Einsatzgruppen und -kommandos offenbar eine zusätzliche „Motivation“ für die örtliche jüdische Bevölkerung sein, von sich aus die Flucht in das sowjetisch besetzte Polen zu ergreifen. Noch bevor die Einsatzgruppe von Woorsch und das Einsatzkommando Hasselberg dort zu Massenerschiebungen von Juden übergingen, hatte die Wehrmacht bereits die aktive Vertreibung von Juden aus dem deutschen Machtbereich angeordnet.

Am 8. September 1939 schlug der Kommandeur des Grenzabschnittskommandos (GAK) 3, General Georg Brandt, vor, die ostoberschlesischen Juden zu „evakuieren“, um eine spätere „unerwünschte Vermischung“ zu verhindern und die Rückkehr „deutschen Blutes“ in diese Region noch während des Kriegs zu ermöglichen.⁶⁸ Am 12. September erteilte Generaloberst Wagner der Heeresgruppe (HGR) Süd tatsächlich die Weisung, die ostoberschlesischen Juden „über den San abzuschieben“,⁶⁹ doch da für eine derartig umfassende Maßnahme zu diesem Zeitpunkt kein ausreichender Transportraum zur Verfügung stand, wurde sie zunächst ausgesetzt.⁷⁰ In der zweiten Septemberhälfte ging die Wehrmacht dazu über, die Demarkationslinie systematisch abzuriegeln. Da eine große Zahl der ortsansässigen Juden nach Osten geflüchtet war, konnten sie durch die Sperrung der Grenzflüsse leicht an der Rückkehr gehindert werden. Eine entsprechende Anordnung erließ Wagner am 18. September an alle Oberkommandos der im Verband der HGR Süd eingesetzten Armeen⁷¹, die sie wiederum an die

⁶⁷ CdS, Fernschreiben an alle Stapoleitstellen, 8.9.1939, zit. nach: Rossino: Hitler (Anm. 10), S. 94.

⁶⁸ Vorschlag für Führung der Sperrlinie, Anl. 1 zu KTB, GAK 3, 8.9.1939, in: NARA, RG 242, T-314, R. 840, Fr. 113. ROSSINO, Hitler (Anm. 10), S. 119.

⁶⁹ Fernschreiben Generalquartiermeister an HGR Süd vom 12.9.1939, abgedr. in: KAZIMIERZ RADZIWOŃCZYK, Die deutsche Wehrmacht und die Nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Polen im September 1939, in: Historia Militaris Polonica 1 (1974), S. 250.

⁷⁰ Oberquartiermeister 1 bei der HGR Süd (KTB), 13.9.1939, BA-MA, RH19-I/179, Bl. 11.

⁷¹ „Polnischen und jüdischen Flüchtlingen aus Westpolen, die über den San, die Weichsel und den Narew nach Osten geflüchtet sind, ist der Rückweg nach Westpolen zu verwehren“, Generalquartiermeister, Fernschreiben an HGR Süd vom 18.9.1939, BA-MA, RH19-I/190, Bl. 22.

Generalkommandos der A.K. weiterleiteten.⁷² Welche Schwierigkeiten diese völkerrechtswidrige Maßnahme in der Umsetzung mit sich brachte und welche Härten sie für die Betroffenen beinhaltete, belegt die eine Woche später erfolgte Verschärfung, sie solle „auch außerhalb der Brücken mit allen Mitteln – notfalls mit der Waffe“ durchgeführt werden.⁷³ Ein Wehrmachtssoldat beschrieb die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung als Idyll: „Viel Kaftan-Juden sahen wir über den San ziehen in russisch wendendes Gebiet. Wir sind hier außer als Brückenbewachung und Verkehrs-posten auch als Rückmarschsicherung.“⁷⁴ Die Realität sah für die Betroffenen anders aus, wie das Kriegstagebuch des GAK Süd bezeugt, in dem am 28. September vermerkt wurde: „Bei dem z. Zt. herrschenden Hochwasser sind dabei viele Flüchtlinge ertrunken, z. T. wurden sie dabei von den Russen erschossen.“⁷⁵ Doch nicht nur sowjetische Soldaten nahmen die Vertriebenen unter Beschuss. Überlebende bezeugen, dass beispielsweise in Ostenburg, wo es nur den Frauen und Kindern gestattet wurde, den Narew über die Brücke zu überqueren, jüdische Männer, die durch den Fluss schwimmen mussten, teils ertranken, teils von deutschen Soldaten von der Brücke aus erschossen wurden.⁷⁶

Angesichts der Schwierigkeiten, die die hermetische Abriegelung der Grenzflüsse der Truppe noch zusätzlich zu ihren sonstigen Besatzungsaufgaben bereitete, waren die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei den örtlichen Befehlshabern – wie auch Generaloberst List – willkommene Partner. Die örtlichen Dienststellen wurden dementsprechend angewiesen, mit diesen Kontakt aufzunehmen und sie zum Streifendienst einzusetzen.⁷⁷ Gleichzeitig setzte man Ende September die ursprüngliche Idee der aktiven Vertreibung von Juden aus dem Grenzstreifen weiter fort:

„Die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei haben von der Armee Weisung erhalten, die unmittelbar an der Demarkationslinie gelegenen Städte und Ortschaften aus Abwehrgründen von allen unzuverlässigen Elementen zu säubern.

⁷² AOK 14, Schreiben an unterstellte Generalkommandos vom 23.9.1939, BA-MA, RH24-8/98.

⁷³ AOK 10, Besondere Anordnung Nr. 25 vom 26.9.1939, zit. nach: KRAUSNICK/WILHELM, Truppe (Anm. 49), S. 70.

⁷⁴ Soldat R. T., Brief vom 23.9.1939, Bibliothek für Zeitgeschichte, Sammlung Sterz 28774.

⁷⁵ KRAUSNICK/WILHELM, Truppe (Anm. 49), S. 71, Anmerkung I/236.

⁷⁶ FRANK GOLCZEWSKI, Polen, in: Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hg. v. WOLFGANG BENZ, München 1991, S. 423.

⁷⁷ Generalkommando XVII, Besondere Anordnungen für die Versorgung des XVII. A.K., Befehl Nr. 21 vom 28.9.1939, BA-MA, RH24-17/6.

In erster Linie kam es hierbei darauf an, die jüdische Bevölkerung dieser Grenzorte – soweit möglich – über den San nach Osten abzuschieben.⁷⁸

Die Wehrmacht beteiligte sich aktiv an der Menschenjagd. Ein Angehöriger des Einsatzkommandos Hasselberg gab im Dezember 1939 zu Protokoll:

„Dann bekam ich erneut ein Kommando, die Sansicherung von Jarosław bis Sandomierz. Diese Strecke habe ich dann judenfrei gemacht und etwa 18.000 Juden über den San abgeschoben. Das Gebiet war vor allem mit der Wehrmacht gesäubert worden.“⁷⁹

Die Vertreibungen im September 1939 bildeten den Auftakt zur vollständigen Ausschaltung der polnischen Juden aus dem öffentlichen Leben. Den Leitern der Einsatzgruppen hatte Heydrich am 21. September auf einer Amtschefbesprechung in Berlin mitgeteilt, die Abschiebung von Juden über die Demarkationslinie sei vom Führer genehmigt worden.⁸⁰ Noch am selben Tag legte er in seinem bekannten Schnellbrief die Richtlinien für die zukünftige Behandlung der Juden im besetzten Polen fest. Dabei unterschied er zwischen „dem Endziel, (welches längere Fristen beansprucht)“ und „den Abschnitten der Erfüllung dieses Endziels (welche kurzfristig durchgeführt werden)“. Als diese definierte Heydrich die Konzentrierung der Juden in den größeren Städten sowie die nunmehr flächendeckende Einsetzung jüdischer „Ältestenräte“.⁸¹

Zeitgleich teilte der Oberbefehlshaber (OB) des Heeres, Generaloberst Walter von Brauchitsch, den OB der HGR und der Armeen mit, die Ausführung ihrer „volkstumspolitische[n] Aufgaben“ solle den Kommandeuren der Einsatzgruppen überlassen bleiben und läge außerhalb der Verantwortlichkeit der OB.⁸² Kurz zuvor hatte er in einem Merkblatt an die in Polen eingesetzten Soldaten verfügt: „Das Verhalten gegenüber den Juden bedarf für den Soldaten des Nationalsozialistischen Reiches keine[r] be-

⁷⁸ Generalkommando XXII, Besondere Anordnungen zum Korpsbefehl für den 28.9. 1939, BA-MA, RH24-18/4.

⁷⁹ Vernehmung Kriminalkommissar K., 9.12.1939, BAB, BDC, SSO Dr. Alfred Hasselberg.

⁸⁰ Protokoll der Amtschefbesprechung vom 21.9.1939, NARA, RG 242 T-175, R. 239, Fr. 2728238.

⁸¹ CdS, Schnellbrief an die Chefs aller Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei vom 21. 9.1939, betr.: Judenfrage im besetzten Gebiet, NARA, RG 242, T-501, R. 230, Fr. 17-21.

⁸² OB des Heeres, Schreiben an die OB der HGR und Armeen „Tätigkeit und Aufgaben der Polizei-Einsatzgruppen im Operationsgebiet“, 21.9.1939, BA-MA, RH20-14/178.

sondere[n] Erwähnung.“⁸³ Beide Anordnungen zielten darauf ab, möglichen Widerständen militärischer Stellen gegen die bereits anlaufende nationalsozialistische „Volkstumspolitik“ und deren antisemitischer Ausrichtung entgegenzuwirken, für die nach dem vorzeitigen Abbruch der Militärverwaltung am 25. Oktober 1939 sowohl in den in das Deutsche Reich eingegliederten Gebieten als auch im GG die Zivilverwaltung die Verantwortung übernahm.

Ausblick

Dennoch führten im Winter 1939/40 einige Wehrmachtskommandeure gegen das brutale Vorgehen paramilitärischer Einheiten in Polen Beschwerde.⁸⁴ Daraus aber auf eine generelle Ablehnung der „Volkstumspolitik“ durch die Wehrmachtshörführung zu schließen, führt in die Irre. Generaloberst Johannes Blaskowitz, der Gerd von Rundstedt am 23. Oktober als OB Ost abgelöst hatte, vermerkte in einem ebensolchen Protestschreiben im Februar 1940:

„Es ist abwegig, einige 10.000 Juden und Polen, so wie es augenblicklich geschieht, abzuschlachten; denn damit werden angesichts der Masse der Bevölkerung weder die polnische Staatsidee totgeschlagen noch die Juden beseitigt.“

Für den hochrangigsten Vertreter der Wehrmacht im besetzten Polen stellten – und damit begab er sich argumentativ auf das Niveau Heydrichs und Himmlers – „der Pole und der Jude, dazu noch besonders unterstützt von der katholischen Kirche“ die „Erzfeinde im Ostraum“ dar.⁸⁵ Dies deckte sich weitgehend mit seiner einen Tag später formulierten Einschätzung, die

„für die Sicherung des deutschen Lebensraumes notwendige und vom Führer angeordnete Lösung volkspolitischer Aufgaben musste schon zwangsläufig zu sonst ungewöhnlichen, harten Maßnahmen gegenüber der polnischen Bevölkerung des besetzten Gebietes führen. Die durch den bevorstehenden Entschei-

⁸³ Der OB des Heeres, „Merkblatt für das Verhalten der deutschen Soldaten im besetzten Gebiet in Polen“, 19.9.1939, BA-MA, RS4/1118.

⁸⁴ Vgl. KRAUSNICK/ WILHELM, Truppe (Anm. 49), S. 80–106. Einige der Protestschreiben abgedr. in: Helmuth Groscruth. Tagebücher eines Abwehroffiziers, hg. v. HELMUT KRAUSNICK/ HAROLD C. DEUTSCH, Stuttgart 1970, S. 357–359, S. 406–407, S. 426–427, S. 438–440, sowie in: NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 2000, S. 157–162.

⁸⁵ OB Ost, Generaloberst Blaskowitz, Vortragsnotizen vom 6.2.1940 anlässlich des geplanten Besuches des OB des Heeres von Brauchitsch in Spała am 15.2.1940 betr. Militärpolitische Lage im besetzten Polen, in: BA-MA, RH53-23/23, auszugsweise abgedr. in: NS-Verbrechen (Anm. 84), S. 159–162.

dungskampf des deutschen Volkes erforderliche beschleunigte Durchführung dieser Aufgaben brachte naturgemäß eine weitere Verschärfung dieser Maßnahmen mit sich.“

Sorgen bereitete von Brauchitsch in diesem Zusammenhang in erster Linie die Aufrechterhaltung der Disziplin.⁸⁶

Die Vorbehalte der Wehrmachtsführung gegenüber den marodierenden SS- und Polizeiverbänden waren nicht in einer generellen Ablehnung der nationalsozialistischen Volkstumspolitik in Polen begründet. Der CdS Heydrich brachte die Hauptursache des Dissenses zwischen Wehrmacht und SS auf den Punkt, als er rückblickend im Sommer 1940 notierte,

„dass die Weisungen, nach denen der polizeiliche Einsatz [in Polen 1939] handelte, außerordentlich radikal waren (z. B. Liquidierungsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise, der in die Tausende ging), dass den gesamten führenden Heeresbefehlsstellen [...] dieser Befehl nicht mitgeteilt werden konnte, so dass nach außen hin das Handeln der Polizei und SS als willkürliche, brutale Eigenmächtigkeit in Erscheinung trat“.⁸⁷

Am 13. März 1940 wurde Himmler durch Generaloberst von Brauchitsch dann Gelegenheit gegeben, vor versammelter Generalität klarzustellen, dass die Liquidierungen von Hitler abgesegnet worden waren: „In diesem Gremium der höchsten Offiziere des Heeres kann ich es wohl offen aussprechen: Ich tue nichts, was der Führer nicht weiß.“⁸⁸

Nachdem somit offenkundig geworden war, dass es sich bei den vermeintlich willkürlichen Erschießungen in Wirklichkeit um ein umfangreiches, von Hitler genehmigtes Vernichtungsprogramm handelte, verstummten die kritischen Stimmen. Kurz nach Himmlers Ansprache soll der OB des Heeres geäußert haben, bei dem Krieg, in dem man sich momentan befindet, handele es sich „nicht um einen Kampf der Regierungen, sondern um die Austragung [sic] von Weltanschauungen“.⁸⁹ Spätestens nach den

⁸⁶ OB des Heeres, Befehl „Heer und SS“ an die OB der HGR und Armeen vom 7.2.1940, zit. nach: MANFRED MESSERSCHMIDT, Völkerrecht und „Kriegsnotwendigkeit“ in der deutschen militärischen Tradition seit den Einigungskriegen, in: GSR 6 (1983), S. 251 f.

⁸⁷ Vgl. HELMUT KRAUSNICK, Hitler und die Morde in Polen. Ein Beitrag zum Konflikt zwischen Heer und SS um die Verwaltung der besetzten Gebiete, in: VfZ 11 (1963), S. 207. Zum Liquidierungsbefehl vgl. DOROTHEE WEITBRECHT, Der Exekutionsauftrag der Einsatzgruppen in Polen, Filderstadt 2001.

⁸⁸ KLAUS-JÜRGEN MÜLLER, Zu Vorgeschichte und Inhalt der Rede Himmels vor der höheren Generalität am 13.3.1940 in Koblenz, in: VfZ 18 (1970), S. 95–120. Die Rede Himmels ist im Wortlaut nicht überliefert. Das Zitat stammt aus den Erinnerungen des General a. D. Ulex, zit. nach: KRAUSNICK, Hitler (Anm. 87), 1963, S. 205.

⁸⁹ KRAUSNICK/ WILHELM, Truppe (Anm. 49), 1981, S. 104, Anm. 425.

militärischen Erfolgen des Sommers 1940 waren die Besatzungstruppen in Polen auf Linie gebracht. Generaloberst Georg von Küchler, der im September 1939 noch seine Abscheu gegenüber den von SS-Einheiten und Einsatzgruppen in Polen angewandten Methoden deutlich zum Ausdruck gebracht hatte, verfügte im Juli 1940:

„Ich bitte ferner dahin zu wirken, dass sich jeder Soldat, besonders der Offizier, der Kritik an dem im Generalgouvernement durchgeführten Volkstumskampf, z. B. Behandlung der polnischen Minderheiten, der Juden und kirchlichen Dingen [sic], enthält. Der an der Ostgrenze seit Jahrhunderten tobende Volkstumskampf bedarf zur endgültigen völkischen Lösung einmaliger, scharf durchgreifender Maßnahmen. Bestimmte Verbände der Partei und des Staates sind mit der Durchführung dieses Volkstumskampfes im Osten beauftragt worden. Der Soldat hat sich daher aus diesen Aufgaben anderer Verbände herauszuhalten. Er darf sich auch nicht durch Kritik in diese Aufgaben einmischen.“⁹⁰

Der Begriff „Behandlung“ kann hier angesichts des bereits seit Monaten andauernden Vernichtungsprogramms mit „Ermordung“ gleichgesetzt werden und gemahnt in fataler Weise an den später in solchen Zusammenhängen gebräuchlichen Begriff der „Sonderbehandlung“.

Fazit

In der nur wenige Wochen andauernden Phase der deutschen Militärverwaltung in Polen zwischen dem 1. September und dem 25. Oktober 1939 wurden die Weichen für die weitere Verfolgung der polnischen Juden gestellt. Bis zur Jahreswende 1939/40 waren bereits etwa 7.000 von ihnen dem deutschen Terror zum Opfer gefallen.⁹¹ Die Wehrmacht, Inhaberin der vollziehenden Gewalt, duldet nicht nur die „spontanen“ antisemitischen

⁹⁰ Der OB der 18. Armee, Befehl vom 22.7.1940, abschriftl. in einem Schreiben des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes 550 vom 20.8.1940, abgedr. in: Das Dritte Reich und seine Diener. Auswärtiges Amt, Justiz und Wehrmacht, hg. v. LÉON POLIAKOV/ JOSEPH WULF, Berlin 1956, S. 385 f.

⁹¹ DIETER POHL, Der Völkermord an den Juden, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949. Eine Einführung, hg. v. WŁODZIMIERZ BORODZIEJ/ KLAUS ZIEMER, Osnabrück 2000, S. 115. Dass die antisemitischen Ausschreitungen am 11. November 1939 in Ostrow mit der vollständigen Liquidierung der dortigen jüdischen Gemeinde durch das Polizeibataillon 91 ihren Vorläufigen Höhepunkt erreichten – hier wurden 156 jüdische Männer und 208 jüdische Frauen und Kinder erschossen – ist erstmals nachzulesen bei KLAUS-MICHAEL MALLMANN, „.... Mißgeburten, die nicht auf diese Welt gehören.“ Die deutsche Ordnungspolizei in Polen 1939–1941, in: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004, S. 78 f.

Ausschreitungen und Morde sowie die systematische Verfolgung und Vertreibung der polnischen Juden, sie beteiligte sich auch aktiv an ihnen. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass nach der Ablösung der Militär-durch die Zivilverwaltung im GG sowie der Eingliederung von Teilen des ehemaligen polnischen Staatsgebiets in das Deutsche Reich nach dem 25. Oktober 1939 die von Heydrich ins Auge gefassten kurzfristigen Maßnahmen der Ghettoisierung der polnischen Juden und die Einrichtung von „Ältestenräten“ reibungslos vonstatten gingen.

Wenn diese Entwicklung auch nicht von vornherein bis ins kleinste Detail geplant war, sondern gerade in den ersten Wochen des Zweiten Weltkriegs noch viel „Improvisationstalent“ seitens der ausführenden Organe erforderte, so führte sie doch schließlich zum längerfristigen „Endziel“, das Heydrich selber im September 1939 noch nicht in seinem vollen Ausmaß vor Augen gestanden haben wird: Der nahezu vollständigen Ermordung der ghettoisierten und später auch der mittels Deportationszügen aus den übrigen deutsch besetzten Ländern Europas in das deutsch besetzte Polen verfrachteten Juden.

JAN GRABOWSKI

DIE ANTIJÜDISCHE POLITIK IM REGIERUNGSBEZIRK ZICHENAU

Der Regierungsbezirk Zichenau¹ entstand durch ein Dekret Hitlers vom 8. Oktober 1939 aus einer Reihe von Kreisen der polnischen Woiwodschaft Warschau (die Kreise Zichenau, Mielau, Praschnitz, Ploehnen, Mackau und Sichelburg gehörten dazu sowie Teile der Kreise Ostrolenka (später Scharfenwiese), Ostenburg, Sochaczew und Warschau).² Er umfasste ein Gebiet von rund 13.500 Quadratkilometern, in dem vor dem September 1939 rund eine Million Menschen gelebt hatten. Hauptstadt des an die deutsche Provinz Ostpreußen angegliederten Regierungsbezirks war Zichenau. In dem behandelten Gebiet bestand der Großteil der Bevölkerung aus Polen (80 Prozent); Juden und Deutsche machten jeweils zehn Prozent aus. Die jüdische Bevölkerung konzentrierte sich so wie auch in den anderen Gegenden Polens in den Kleinstädten, vor allem in jenen mit weniger als 20.000 Einwohnern. Die Juden stellten hier mehr als 80 Prozent der Einwohner. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung schwankte zwischen 20 Prozent in Schröttersburg, 31 Prozent in Mielau und 55 Prozent in Mackau.³

¹ Von den Untersuchungen, die sich zumindest teilweise mit der Vernichtung der Juden im Regierungsbezirk Zichenau beschäftigen, sind zu nennen: MICHAŁ GRYNBERG, Żydzi w rejencji ciechanowskiej 1939–1942, Warszawa 1984; BOŻENA GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989; WITOLD PRONOBIS, Polityka narodo-wojskowa okupanta niemieckiego w rejencji ciechanowskiej 1939–1945, Diss., Ms., Universität Thorn 1976. Für die Wissenschaft ungemein wichtig als Quelle ist der umfangreiche Archivbestand der Gestapo Zichenau, der heute im AIPN aufbewahrt wird. Er zählt über 13.000 Personalakten und ist eine unerhört wichtige Quelle für das Gebiet des Regierungsbezirks.

² Dekret Adolf Hitlers über die Eingliederung der polnischen West- und Nordgebiete ins Reich sowie über die Einrichtung neuer deutscher Bezirke. Vgl. Okupacja i ruch oporu w Dzienniku Hansa Franka, Bd. 1, Warszawa 1972, S. 114 f.

³ Skorowidz miejscowości RP, Bd. 11, Warszawa 1925, zit. nach: GRYNBERG, Żydzi (Anm. 1), S. 18.

Tabelle 1: Jüdische Bevölkerung in ausgewählten Ortschaften des Regierungsbezirks Zichenau (Stand von 1931)

Ortschaft	Bevölkerung (insgesamt)	Jüdische Bevölkerung	Anteil der jüdi- schen Bevölkerung
Zichenau	13.930	4.572	32,8 %
Chorzele	3.032	949	31,3 %
Mackau	6.645	3.683	55,4 %
Nasielsk	6.001	2.923	48,8 %
Schröttersburg	32.998	6.571	19,9 %
Ploehnen	10.409	4.913	47,2 %
Mielau	19.609	6.193	31,6 %

Quelle: Statystyka Polski, seria C, H. 54, Warszawa 1937; GRYNBERG, Żydzi (Anm. 1), S. 18.

In den ländlichen Gebieten des Regierungsbezirks war der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung viel geringer und betrug zwischen 0,4 Prozent im Kreis Schröttersburg und 1,7 Prozent im Kreis Scharfenwiese.

Der Anfang der Besetzungszeit

Das Gebiet des künftigen Regierungsbezirks wurde von der Wehrmacht bereits in der ersten Kriegswoche eingenommen. Mit dem Einrücken der Wehrmachtseinheiten gingen zahlreiche Repressionen einher, die auch die jüdische Bevölkerung betrafen. Vor dem Einmarsch der Deutschen floh die polnische und die jüdische Bevölkerung in großer Zahl. In einigen Ortschaften, z. B. in Mielau, machten sich fast 90 Prozent der jüdischen Einwohner auf den Weg, da sie sich nicht ohne Grund vor Repressionen der Besatzer fürchteten.

Zwischen September und Dezember 1939 floh die jüdische Bevölkerung in großer Zahl in den Osten, in die sowjetisch besetzten polnischen Gebiete oder auch ins nahe gelegene Warschau. Parallel zu dieser Fluchtbewegung gab es Pogrome, die von den nachrückenden deutschen Armeeeinheiten sowie von den lokalen Militärbehörden ausgelöst wurden. Zu besonders brutalen Terrorakten kam es in Sichelburg, Drobin, Raciaz sowie in Neuhof. Die Synagogen in Praschnitz, Sichelburg und Zichenau wurden niedergebrannt. Gleich nach der Einnahme von Wyszków befahlen die Deutschen

den Juden, unverzüglich die Stadt zu verlassen.⁴ In Mielau brannten die Deutschen die Synagoge nieder, beschuldigten dann aber die örtlichen Juden, dies getan zu haben, und forderten Lösegeld von der gesamten jüdischen Gemeinde der Stadt.⁵ Die Auferlegung von Kontributionen wurde zu einem festen Element der deutschen Unterdrückungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Im Oktober und November wurden die Juden von Sichelburg und Serock zu Kontributionen gezwungen, und im Dezember 1939 verlangten die Deutschen eine Million Zloty von den Schröttersburger Juden.⁶

Einer der ersten Schritte der deutschen Verwaltung war die Einführung einer besonderen Kennzeichnung für die Juden, die verpflichtet wurden, links auf ihrer Brust und rechts auf dem Rücken gelbe Flicken mit dem Davidstern zu tragen. Den Juden von Sichelburg wurde diese Pflicht schon sehr früh auferlegt, im Oktober 1939,⁷ während die Warschauer Juden ab dem 1. Dezember 1939 Armbinden tragen mussten. In Zichenau

„wurde angeordnet, dass alle Juden im Alter ab zwölf Jahren gelbe Flicken tragen müssen, einen auf der Brust, einen anderen auf dem Rücken. Sie trugen in ihrer Mitte, die hebräische Schrift imitierend, die schwarze Aufschrift *Jude*. Es wurde ein strenges Verbot zur Benutzung der Gehwege durch die Juden erlassen; sie durften sich nur auf der Fahrbahn bewegen, doch da hier immerzu Fahrzeuge rasten, konnten die Juden nur im Rinnstein gehen.“⁸

Die frühe Einführung der Kennzeichnung ging einher mit verschärften rechtlichen Maßnahmen. Bei den Juden von Zichenau, die dabei ertappt wurden, gegen das ungemein dichte Netz der deutschen Anweisungen und Verbote zu verstößen, machten die deutschen Behörden immer häufiger von Standgerichten Gebrauch. Während der Jahreswende 1939/1940 wurden jüdische „Flüchtlinge“, die bei der Grenzüberschreitung zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement (GG) erwischt wurden, unter Umgehung der örtlichen Amtsgerichte der Rechtsprechung von Sondergerichten überstellt. Den Polizei-Standgerichten gehörten in der Regel drei SD- oder Gendarmerieoffiziere an. An der Spitze des Standgerichts von Modlin stand Hartmut Pulmer, der Chef der Schröttersburger Gestapo, dem kein guter Ruf vorausging. Im Januar 1940 verhafteten Beamte des Grenzkommissariats Modlin eine Gruppe von 20 Juden, die versuchten, in ihre Heimat

⁴ Grynberg, Żydzi (Anm.1), S. 30.

⁵ AŽIH, 301/6938, Anonymer Bericht aus Mielau.

⁶ AŽIH, Ring I, 1038 u. 1039, zit. nach: GRYNBERG, Żydzi (Anm. 1), S. 39.

⁷ AŽIH, Ring I, 902.

⁸ YVA 033/2355, Ryszard Bartołd: Tej karty dziejów Ciechanowa również nie godzi się zapomnieć (Presseausschnitte).

Neuhof zurückzukehren, von wo sie einige Monate zuvor deportiert wurden waren. Alle kamen vor ein Standgericht und alle wurden zum Tod durch Erhängen verurteilt. Das Urteil wurde umgehend im Arbeitserziehungslager Soldau vollstreckt, einem der schlimmsten Arbeitslager, das in der Literatur gelegentlich auch „Konzentrationslager Soldau“ genannt wird.⁹

In den Begründungen dieser sowie ähnlicher Urteile wurde kategorisch betont, dass die Strafen als abschreckendes Beispiel für die „Rassengenosßen“ der Verurteilten dienen sollten. Außerdem legte man darauf Wert, dass die Exekutionen öffentlich stattfanden, soweit möglich in Anwesenheit der Familien.¹⁰ Ein Mitglied der Stadtverwaltung von Zichenau sagte mehrere Jahre nach dem Krieg aus, dass er selbst Zeuge zweier Massenhinrichtungen von Juden geworden sei. Die Erhängungen fanden im Stadtzentrum statt, wurden von den Behörden als „öffentliches Schauspiel“ bezeichnet und liefen im Beisein aller Juden von Zichenau ab.¹¹ Zu erwähnen ist, dass in derselben Zeit Juden, die im GG lebten und bei dem Versuch ergriffen wurden, die Grenze zum sowjetischen Besatzungsgebiet zu überqueren, vom Sondergericht Warschau zu Geldstrafen und mehrmonatigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.¹²

Das Ausmaß der antijüdischen Repressionen im Regierungsbezirk war größer als die Repressionen in den zum GG gehörenden Gebieten. In der zweiten Phase, zwischen Januar 1940 und März 1941, machten sich die Besetzungsbehörden auf der einen Seite daran, Juden in das GG zu deportieren; auf der anderen Seite wurden in ausgewählten Ortschaften des Regierungsbezirks Ghettos eingerichtet. Ghettos entstanden unter anderem in Zichenau, Strzegowo, Mielau, Neuhof und Schröttersburg, etwas kleinere „Judenviertel“ in Czerwińsk, Zakroczymsk und Chorzele.

⁹ AIPN, 148 (Gestapo. Polizeistelle Zichenau)/3254 (Strafsache Izaak Mak), 2983 (Strafsache Herszek Lipsztein), 3035 (Strafsache Mendel Litwinowicz). Die Urteile wurden vom SS-Gruppenführer Rediess aus Königsberg bestätigt.

¹⁰ Ebd., 148/2939. Längere Erörterungen über die Rolle öffentlicher Exekutionen sowie anderer „Abschreckungsmaßnahmen“ für die Juden im Regierungsbezirk finden sich in den Untersuchungssakten gegen Franz Ernst Walter Paulikat, genannt „der Henker von Mielau“; siehe YVA, TR 10/714, S. 6–8, Begründung des Urteils vom 23.6.1971.

¹¹ YVA, 033/751, Aussage von Paul Rohr, Pinneberg, 27.11.1952.

¹² Ähnliche Strafen gab es für Juden, die ohne Erlaubnis das Ghetto verließen. Die Lage änderte sich im November 1941 radikal, als in solchen Fällen auch im Distrikt Warschau die Todesstrafe verhängt wurde.

Die Deportationen

Die Versklavung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Regierungsbezirk Zichenau kann man prinzipiell in vier Phasen unterteilen.¹³ Die erste Phase zwischen September und Dezember 1939 war durch brutale Repressionen der Besatzer gekennzeichnet, deren Ziel es war, eine größtmögliche Zahl von Juden aus dem Regierungsbezirk zu verdrängen. Die Unterdrückungspolitik wurde sowohl von Wehrmacht und Polizei wie auch von den Zivilbehörden verfolgt. In der zweiten Phase der antijüdischen Maßnahmen (Januar 1940 bis November 1941) begann die Umsiedlung der Juden in das GG; außerdem wurden Ghettos eingerichtet. Seit der Jahreswende 1941/1942 kam es zu verstärkten Repressalien gegenüber der jüdischen Bevölkerung, deren Ziel es war, jeden Widerstandswillen zu brechen und den Boden für die bevorstehenden Deportationen in die Vernichtungslager vorzubereiten. Die vierte Phase war durch die Jagd auf Juden gekennzeichnet, die sich im Regierungsbezirk versteckten. Diese Zeit, die in den Gestapoakten auch als „Judenjagd“ bezeichnet wird, begann im Spätherbst 1942 und hielt bis Kriegsende an.

Im Spätherbst 1939 begannen die deutschen Behörden mit der Deportation bzw. Umsiedlung von Juden aus dem Regierungsbezirk in das GG. Die Deportationen wurden von den höchsten Stellen des Reichs angeordnet, die das Ende der Operation für Anfang Frühjahr 1940 vorsahen.¹⁴ Diese Aktion wurde inkonsequent und halbherzig durchgeführt. Dazu trugen mehrere Ursachen bei: die Proteste von Hans Frank, alternative Pläne für eine Evakuierung der Juden in außereuropäische Gebiete sowie die fehlende Koordination zwischen den einzelnen Reichsministerien.¹⁵ Im Januar 1940 entschlossen sich die deutschen Behörden, die Deportation einstweilen einzustellen, da sie die jüdischen Arbeitskräfte nutzen wollten, um wirtschaftliche Aufgaben verwirklichen zu können. In einigen Ortschaften, so in Sichelburg, waren bereits im November 1939 90 Prozent der ansässigen Juden ausgesiedelt worden. Für die restlichen zehn Prozent wurde im Frühjahr 1940 ein Ghetto eingerichtet, in das bald die Juden aus den umliegenden Dörfern umgesiedelt wurden. Durch derartige Maßnahmen ver-

¹³ Eine etwas andere Periodisierung wählte Michał Grynberg; ihm folgte GÓRCZYŃSKA-PRZYBYLOWICZ, *Życie* (Anm. 1), S. 25.

¹⁴ CZESŁAW MADAJCZYK, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, Bd. 1, Warszawa 1970, S. 335.

¹⁵ Ausführlicher über die Pläne für eine Deportation der Juden siehe CHRISTOPHER R. BROWNING, *Die Entfesselung der „Endlösung“*. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, Berlin 2006; RAUL HILBERG, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Berlin 1982. Siehe auch YVA, JM12123, Plan des Sipo- und SD-Chefs zur Deportierung von 600.000 Juden aus den Ostgebieten ins GG, 21.12.1939, Bl. 17–21.

größerte sich die Entfremdung der jüdischen Bevölkerung weiter, die in unbekannten Verhältnissen unter unbekannten Menschen leben musste. Diese Isolierung sollte für die wenigen Juden, denen im Herbst 1942 die Flucht aus den aufgelösten Ghettos gelang, folgenschwere Konsequenzen haben.

Entgegen den Hoffnungen der Juden waren selbst die peinlichst genaue Einhaltung der Besatzungsvorschriften sowie die freigebige Bestechung der Polizei nicht in der Lage, Sicherheit zu gewährleisten. Mit die ersten, die sich davon überzeugen konnten, waren die Einwohner von Schröttersburg, die im Februar 1941 wenige Monate nach Einrichtung des Ghettos ausgesiedelt wurden. Die Aussiedlung fand vor Morgengrauen statt. Die Operation wurde außergewöhnlich brutal durchgeführt, sogar schwangere Frauen wurden in die Wagen und Lkw geworfen. Einer der leitenden SS-Offiziere soll in diesem Zusammenhang gesagt haben, das ist „keine Übersiedlung, das ist eine Ausrottung“.¹⁶ Damals wurden 7.000 Schröttersburger Juden ausgesiedelt, die zunächst ins Arbeitslager Soldau und von dort in verschiedene Dörfer in der Gegend von Kielce gebracht wurden. Während der Aussiedlung kam es zu einem Massenmord. Wie Zeugen berichten, wurden 25 Schröttersburger Juden, die in Soldau in Haft saßen, öffentlich hingerichtet und anschließend auf Kosten der jüdischen Gemeinde begraben.¹⁷ Etwas später, im März 1941, entschlossen sich die Deutschen, die Deportationen in das GG vollständig einzustellen. Die laufenden Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion waren der Grund für die Verschiebung weiterer Transporte.

Die Deportationen der Jahre 1939 bis 1941 umfassten über 40.000 Juden, die in die Ghettos des GG gepfercht wurden. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass ein Teil der Deportierten vor der „Endlösung“ in das Gebiet des Regierungsbezirks Zichenau zurückkehrte. Entgegen den ursprünglichen Plänen und Annahmen waren weder Gauleiter Erich Koch noch der „benachbarte“ Gauleiter des Warthelandes, Arthur Greiser, in der Lage, bis 1941 die von ihnen verwalteten Gebiete für „judenrein“ zu erklären.

Die Ghettos

Die Juden, denen es gelungen war, die erste Phase der Deportationen zu überstehen, wurden in eine Reihe von Ghettos umgesiedelt, die seit den

¹⁶ AŽIH, 301/1502, Bericht von Bolesław Zdoliński (Weinberg), verfasst im Januar 1946. Dieser Satz soll bei der Aussiedlung aus Schröttersburg im Februar 1941 gefallen sein.

¹⁷ AŽIH, Ring I, 883.

ersten Monaten des Jahres 1940 entstanden. Die größten befanden sich in Mielau, Zichenau, Neuhof, Neustadt, Ploehnen und Mackau. Das letzte Ghetto in Strzegowo entstand im Spätherbst 1941. Die Ghettos des Regierungsbezirks waren offen oder aber vom Rest der Stadt durch Holzzäune abgetrennt, was – zumindest bis Anfang 1942 – einen eingeschränkten Kontakt mit der arischen Bevölkerung ermöglichte. In einer Reihe kleinerer Orte (Czerwińsk, Glinojeck, Bodzanów) entstanden eigene Judenviertel oder für die Juden bestimmte Gegenden.

Trotz vieler Ähnlichkeiten unterschied sich die Politik der deutschen Verwaltung gegenüber den im Regierungsbezirk lebenden Juden von jener in den anderen an das Reich angeschlossenen Gebieten. Da der Regierungsbezirk Zichenau ehemals zum russischen Teilungsgebiet gehört hatte, war der Anteil der jüdischen Bevölkerung hier sehr viel höher als im Wartheiland oder in Oberschlesien. Außerdem hatte die Nähe Warschaus, das gerade 25 Kilometer von der Südgrenze des Regierungsbezirks lag, keine geringe Bedeutung, da die Möglichkeit zu Kontakten der örtlichen Juden mit dem Warschauer Ghetto auf der einen Seite ihre Mobilität vergrößerte, auf der anderen Seite aber auch die Gelegenheit zu zusätzlichen Repressionen von Seiten der Besatzer schuf.

Wie bereits erwähnt, verließen viele Juden den Regierungsbezirk noch im Herbst 1939, andere flohen in den sowjetisch besetzten Teil Polens und eine große Zahl wurde ins GG deportiert. Zahlreiche Juden aus Zichenau suchten in Warschau Unterschlupf, doch die katastrophale Hungerepidemie im Warschauer Ghetto zwang viele von ihnen, in den Regierungsbezirk zurückzukehren. In den Augen der Rückkehrer aus Warschau erschien die Lage im Ghetto Mielau – wie einer der jüdischen Rückkehrer sagte – „wie Wohlstand, wie wahres Paradies“.¹⁸

Es ist jedoch zu bedenken, was aus dem zitierten Bericht von Motek Purman hervorgeht, dass „Paradies“ jeder Ort war, wo nicht der sofortige Hungertod drohte. Einen ähnlichen Eindruck hatte Dr. Artur Ber, ein Flüchtling aus dem Warschauer Ghetto, der die im Ghetto Ploehnen vorgenommenen Verhältnisse folgendermaßen beschrieb: „Der Kontrast zu den Verhältnissen in Warschau, unter denen wir im Ghetto lebten, war so groß, dass ich nicht in der Lage war, alle Leckereien zu probieren, die aufgetragen wurden.“¹⁹ Irena Ber, die im Spätherbst 1941 ins Ghetto von Ploehnen gelangte, notierte: „Es ist eine Tatsache, dass es demjenigen, der in Ploehnen das elendste Leben führte, besser erging als gut situierten Menschen in

¹⁸ YVA, 033/260, Bericht von Motek Purman (niedergeschrieben auf Zypern im Juli 1947), Bl. 12.

¹⁹ YVA, Bestand 03/1607, Bericht von Artur Ber, S. 6.

Warschau.“²⁰ Beide zitierten Berichte stammen von Ärzten, also Menschen aus relativ guten Verhältnissen; dennoch nahmen sich die Lebensbedingungen in den Ghettos des Regierungsbezirks aus Warschauer Perspektive gar nicht schlecht aus.

Mielau

Das Ghetto Mielau, in dem rund 8.000 Menschen lebten, wurde im Dezember 1940 angelegt. Während die Lebensbedingungen in den Ghettos des Regierungsbezirks Zichenau in den ersten Monaten des Jahres 1941 besser erscheinen mochten als die materiellen Verhältnisse der im Warschauer Ghetto lebenden Juden, begann sich die Lage ab Herbst radikal zu verschlechtern. Die Korrespondenz zwischen der Gestapo Zichenau und Mielau zeigt, dass die Deutschen im Herbst 1941 beschlossen, eine Reihe von Aktionen einzuleiten, deren Ziel es war, den Terror in den Ghettos des Regierungsbezirks zu vergrößern. Nach der Verhaftung eines Teils des Judenrats von Mielau sowie des Chefs des jüdischen Ordnungsdienstes, Menach Davidsohn, notierte der zuständige Gestapobeamte:

„Alle diese Dinge zeigen, dass trotz der scharfen Absperrung im Ghetto die Juden dennoch immer wieder versuchen, durch Geldangebote deutsche Menschen zu strafbaren Handlungen zu verleiten. Ich bitte daher zu erwägen, ob auf Grund der übersandten Aktenvorgänge, aus denen dieses dauernde Ränkespiel der Juden klar ersichtlich ist, die Möglichkeit besteht, mit staatspolizeilichen Mitteln hier einzutreten und durch Durchführung einer Strafaktion abschreckend zu wirken. Hierdurch würde m. E. erreicht werden, dass die Juden wieder in die Schranken zurückgewiesen werden, in die wir sie 1939 hineingebraucht hatten, und dass ihnen die Lust vergeht, durch Bestechung Deutsche und Polen dazu zu bringen, ihnen unter Umgehung der bestehenden Gesetze und Verordnungen Vorteile zu verschaffen.“²¹

Diese Genehmigung wurde erteilt, was zu der „Aktion“ führte, bei der über zwanzig Juden aus Mielau ermordet wurden.

Die im Winter 1941/42 begonnene Welle von Repressionen hielt bis zur Auflösung der Ghettos an. Im Ringelblum-Archiv ist ein Brief erhalten, den Noach Romaner am 8. Juni 1942 abschickte:

„Lieber, einziger Bruder! Von fünf Brüdern sind nur noch wir beide übrig. Unsere lieben und geliebten Mojszel und Lejbl sind am Donnerstagnachmittag

²⁰ Ebd., S. 12.

²¹ AIPN, 148/265/I (Fall Menach Davidsohn sowie Sonderaktion in Mielau); ebd., Verhör von M. Davidsohn, 10.12.1941 (nach dem Verhör wurde er ins KL Auschwitz geschickt, wo er am 24.6.1942 starb).

für immer von uns gegangen, zusammen mit einer ganzen Gruppe, darunter auch Kranke, die noch im Krankenhaus lagen. Alle wurden zusammen auf dem alten Judenfriedhof beigesetzt.“

Mit diesen vorsichtigen Worten berichtete der Autor des Briefes von einer in Mielau von der Schröttersburger Gestapo durchgeführten Massenhinrichtung. Etwas anders hat dies der Shoah-Überlebende Motek Purman beschrieben:

„Als die Gestapo aus Schröttersburg nach der Erschießung Perelmutter²² ins Ghetto Mielau eindrang, fanden sie dort ein Geschäft, das mit blauem Seidenstoff, Konfektion und Galanteriewaren bis oben hin angefüllt war, außerhalb des Ghettos in deutschen Firmen gab es noch nicht einmal einen kleinen Teil der Vorräte im Ghetto, und was geschah, sie verhaften drei Vertreter des Ältestenrats [Judenrat, J. G.], Romaner, Bursztyn sowie acht Polizisten, darunter den zweiten Bruder Romaners, der erst wenige Tage zuvor geheiratet hatte, sie verhaften auch die Lipszycowa und die Szreńska wegen der Lieferung von Weißmehl. Einige Tage nach diesem Vorfall erhängen sie die Männer, und als sie der fortgejagten Bevölkerung befehlen, dieses interessante Schauspiel zu beobachten und zu einem anderen Platz zu gehen, um zuzusehen, wie die beiden Frauen erschossen werden, verstand die aufgeregte Menge nicht, worum es geht, sie geht auseinander, da fällt der Befehl, in die Menge zu schießen.“²³

Die sich verstärkenden Vergeltungsaktionen der Gestapo ergriffen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, alle Ghettos des Regierungsbezirks. Öffentliche Hinrichtungen fanden auch in Ploehnen, Zichenau und Strzegowo statt.²⁴

Strzegowo

Ähnlich entwickelten sich die Dinge in Strzegowo, dem letzten errichteten Ghetto des Regierungsbezirks. Die Wahl war insofern ungewöhnlich, als das Städtchen abseits lag, Ghettos aber in der Regel in der Nähe von Eisenbahnlinien angelegt wurden. Offiziell entstand das Ghetto am 1. November 1941; die Entscheidung der Beamten und der deutschen Polizei wurde durch ein hohes Bestechungsgeld erleichtert, das von Vertretern der lokalen

²² Lejzor Perelmuter, ein Kaufmann und Müller, der Vorsitzende des Judenrats von Mielau, wurde im Winter 1942 festgenommen und hingerichtet.

²³ YVA, 033/260, Bericht von Motek Purman.

²⁴ YVA, 033/751, Bericht eines Augenzeugen, des Mitarbeiters der Stadtverwaltung Zichenau Paul Rohr. In Zichenau befahl man den Juden, bei Massenexekutionen anwesend zu sein und auf Befehl der Polizei die Hocker unter den Füßen der Verurteilten fortzuziehen. Eines der Ziele dieser Hinrichtungen war es Rohr zufolge, den örtlichen Polen zu zeigen, dass die Juden sich gegenseitig vernichten.

jüdischen Gemeinde übergeben wurde. Am 6. Januar 1942 wurden Aussiedler aus Biezon, Drobin, Raciaz und Sichelburg in das Ghetto von Strzegowo einquartiert. Die in einigen Straßen zusammengepferchte Bevölkerung des Ghettos stieg von 600 auf über 2.000 Menschen. Auf Anordnung der deutschen Behörden entstanden ein Judenrat sowie ein Ordnungsdienst.²⁵ Die Existenzbedingungen im Ghetto verschlechterten sich rasch. Durch das Eintreffen der Umsiedler herrschte im Ghetto eine unbeschreibliche Enge. In jeder Wohnstube lebten zwischen zehn und 17 Personen.²⁶ Die Hungersnot konnte nur in geringem Maße durch Schmuggel von der arischen Seite gelindert werden.²⁷

Trotz der unmenschlichen Verhältnisse galt Strzegowo (so wie zuvor Mielau) eine Zeit lang als der sicherste Zufluchtsort für Juden aus anderen Gegenden. Anfang Frühjahr 1942 trafen Flüchtlinge aus den bereits aufgelösten Ghettos des Warthelandes im Ghetto Strzegowo ein.²⁸ Im Laufe des Sommers 1942 gab es immer häufiger Fluchtversuche aus dem Ghetto; zur Vergeltung führten die Deutschen eine Reihe von Exekutionen durch. Zu nennen ist vor allem die Erhängung von zwanzig zufällig aufgegriffenen Menschen. Diese Exekution fand vor den Augen aller Bewohner des Ghettos Strzegowo am 2. September 1942 statt. Zwei Monate später, am 2. November 1942, begann die Auflösung des Ghettos. Der erste Transport mit Juden aus Strzegowo fuhr über Mielau nach Treblinka. Der letzte Transport brach am 24. November 1942 auf – diesmal ins KL Auschwitz.

Ploehnen

Das Ghetto in Ploehnen entstand im September 1940, doch wurden die jüdischen Einwohner erst im Mai 1941 vom „arischen“ Teil der Stadt isoliert. Bereits vor der Einrichtung des Ghettos fielen viele Juden der Stadt Selektionen zum Opfer, die von der Gendarmerie durchgeführt wurden. Ziel war es, Juden aufzugreifen, die sich illegal (ohne entsprechende Dokumente) in der Stadt aufhielten; die Strafe hierfür war oft der Tod.²⁹ Vorsteher des Ploehnener Judenrats war der Schneider Jakub Ramek, der sich

²⁵ Unter den Mitgliedern des Judenrats befanden sich Vertreter der jüdischen Gemeinde, die besonders großes Vertrauen genossen (Ben-Zion Bogen, Baruch Rebek, Judel Stawicki, Moshe Michel Sapirsztajn und Judel Szapiro) sowie Delegierte der Umsiedler aus den anderen Ortschaften.

²⁶ GÓRCZYŃSKA-PRZYBYLOWICZ, *Życie* (Anm. 1), S. 23–26.

²⁷ AŽIH, 301/310, Berichte von Feliks Kisielewski und Lucja Stuczyńska.

²⁸ YVA, 03/1572, Aussage von Dawid Kielmanowski (Bericht aus Ploehnen).

²⁹ Ebd., Bl. 29.

bei den lokalen Juden eines guten Ansehens erfreute. Sekretär des Judenrats war ein gewisser Sieradzki, weitere Mitglieder waren Bogaty, dessen Aufgabe es war, Geld für die Bezahlung der ständig wachsenden deutschen Forderungen aufzutreiben, und Gritz, der für die alltäglichen Kontakte zu den Deutschen zuständig war.³⁰ Nach der Einrichtung des Ghettos war der Judenrat in der Lage, eine feste Beschäftigung für eine größere Zahl jüdischer Arbeiter herauszuhandeln, und zwar bei Arbeiten am Flugplatz Masażewo, beim Torfstechen oder auch im Dienstleistungsbereich. Obwohl die Stadtverwaltung die Hälfte der jüdischen Einnahmen beschlagnahmte und obwohl eine Abgabe an den Ältestenrat zu zahlen war, sah die wirtschaftliche Lage des Ghettos nicht schlecht aus. Die feste Arbeit und die sich dadurch ergebenden häufigen Kontakte mit den umwohnenden Bauern erlaubten es den meisten Juden, Lebensmittel zu erhalten.

Im Ghetto gab es auch ein Krankenhaus, das nicht nur Patienten aus der Stadt behandelte, sondern auch für die Ghettos in Neuhof und Mackau zuständig war. Im Mai wurde das Ghetto offiziell geschlossen und die jüdische Polizei war verpflichtet, die Passierscheine zu kontrollieren. Im Laufe der Zeit verschärften sich die Sanktionen für das Verlassen des „jüdischen Wohnbezirks“. Im Juni 1941 kam es zur öffentlichen Hinrichtung eines Juden, der mit „arischen Papieren“ erwischt worden war. Die Hinrichtung sollte, ähnlich wie auch in den anderen Ghettos, öffentlich stattfinden, um die Bevölkerung zu verängstigen:

„In Ploehnen lebte die Familie Grossmann. Sie bestand aus drei Brüdern, Azriel, Fiszels und Josef. Alle drei sahen wie Nicht-Juden aus, weshalb sie oft zum Schmuggeln fuhren. Zwei Brüder wurden sofort erschossen und Fiszels wurde gesucht. Nach zwei Wochen wurde er in Nasielsk mit arischen Papieren aufgegriffen und nach Ploehnen gebracht. Was dieser Mensch durchmachte, übersteigt die menschliche Vorstellungskraft. Zunächst wurde er schrecklich geschlagen. Dann banden ihn zwei Gendarmen an einen Strick und führten ihn durch das Ghetto. Wie gewohnt wurde die ganze jüdische Bevölkerung aus den Häusern geholt, um anzusehen, was die Verbrecher erwartete. Er wurde auf der Straße gelynkt. Wer Fiszels gesehen hat und sich noch an ihn erinnert, weiß, dass er ein athletisch gebauter Mann war. Er hielt diese Torturen auch lange aus, bis sein Kopf so groß wie ein Fass war, so sehr war er vom Schlagen geschwollen. Fiszels bat schließlich die Deutschen, ihn zu erschießen, doch ihre Bestialität erlaubte das nicht. Erst nach längerer Zeit, als eigentlich nichts mehr zu zeigen war, erhielt er den ersehnten Schuss.“³¹

Im Juli 1941 wurden fast 1.200 Juden aus Ploehnen in das Arbeitslager in Pomiechówek gebracht; zwischen November und Dezember 1942 erfolgte

³⁰ YVA, 03/1607, Bericht von Artur Ber.

³¹ YVA, 03/1572, Berichte von Dawid Kielmanowski.

die endgültige Auflösung des Ghettos. Am 15. Dezember 1942 machte sich der letzte Transport aus Ploehnen auf den Weg ins KL Auschwitz.

Vernichtung – die Auflösung der Ghettos

Das Ende der übrigen Ghettos im Regierungsbezirk begann im November 1942. Neben allgegenwärtigen Gerüchten kündigte sich die Tragödie dadurch an, dass die Postzustellung ins Ghetto unterbrochen wurde („Postsperrre“) und in der Umgebung verstärkte Polizeikräfte erschienen, die in der Regel von besonderen „Evakuierungskommandos“ begleitet wurden. Noch früher, im Sommer, waren Nachrichten über die große „Aktion“ in Warschau in die Ghettos des Regierungsbezirks gelangt.

Den Gerüchten folgten Augenzeugen der Vernichtung der größten Ansammlung von Juden in Europa. Im August 1942 gelangte Stanisław Kanarek nach Ploehnen, ein Mitglied des „Sonderkommandos“ aus Treblinka, dem es gelungen war, aus dem Vernichtungslager zu fliehen. Selbst der Bericht eines Augenzeugen der Vernichtung konnte jedoch nicht alle Ploehnener Juden überzeugen, die die Informationen über Vergasung und Massenmorde ungläubig aufnahmen.³² Die letzte Etappe der Auslöschung der Juden in Ploehnen hat Dawid Kielmanowski folgendermaßen beschrieben:

„Gerüchte über die Auflösung hatte es bereits früher gegeben. [...] Der Judenrat in Ploehnen beschloss, sich aktiv an der Aktion zu beteiligen, um den Menschen möglichst viel Leid zu ersparen. Ramek [gemeint ist der Vorsitzende des Ploehnener Judenrats, J. G.] holte alle älteren Juden zusammen, legte ihnen die Situation dar und gab zu verstehen, dass die Alten mit dem ersten Transport fahren sollten; niemand konnte sich vorstellen, dass es die totale Vernichtung sein würde, man dachte, dass man den Krieg irgendwie schon überleben würde. Der Lebenswill war so groß, dass er die Wirklichkeit verstellte. Für die Beschreibung der Abschiedsszenen fehlen mir die Worte. Mein Vater kannte sein Schicksal. Auch meine Mutter. Sie konnten sich nicht beherrschen. Doch keine Bitten halfen, sie mussten sich anziehen und gehen. Vater sagte mir: ‚Ich gehe in den sicheren Tod, aber du, Sohn, überlebst und wirst Rache nehmen.‘ Am 1. November 1942 wurde der erste Transport eingeladen und nach Auschwitz gebracht. Die Polen standen in großer Zahl am Bahnhof, betrachteten das menschliche Unglück und lachten.“³³

³² YVA, 03/1607, Bericht von Artur Ber.

³³ YVA, 03/1572, Berichte von Dawid Kielmanowski.

Am selben Tag wurde mit der Aussiedlung der Juden aus Mielau begonnen,

„da der ganze Bezirk Zichenau, d. h. der Gau Königsberg, entjudet werden soll; in der Zwischenzeit brachten die Deutschen mit Fuhrwerken 6.000 Juden aus Mackau herbei, die dann in Transporten zu je 2.000 Menschen in Richtung Auschwitz geschickt wurden. Am 9. Dezember 1942, als nur noch 400 Menschen im Ghetto geblieben waren, sprang ich über den Zaun“,

erinnerte sich Motek Purman nach dem Krieg.³⁴ Vor dem Jahresende 1942 waren alle Ghettos leer und der Regierungsbezirk wurde für „judenrein“ erklärt.

Einige wenige schriftliche Berichte von den letzten Momenten der Juden im Regierungsbezirk überdauerten im Ringelblum-Archiv. Unter den im Warschauer Ghetto erhalten gebliebenen Dokumenten finden sich Briefe und Karten, die aus den vergitterten „Deportations“-Waggons geworfen wurden. Im Warschauer Ghetto, das durch die „Sommeraktion“ von 1942 stark reduziert worden war, hielten sich im Herbst 1942 immer noch rund 70.000 Juden auf. An sie richteten die in die Vernichtungslager Deportierten ihre Karten:

„Schau, wir dachten, dass wir noch bis Freitag bleiben würden, aber leider ist heute schon der letzte Abend. Wir fahren morgen in vollem Bewusstsein und ruhig ins Unbekannte. Wenn es uns gegeben sein wird zu leben, so ist es gut, wenn nicht – so kann man auch nichts machen. Das Liebste und Wertvollste haben wir bereits verloren, was sollen wir also klagen“,

schrieben am 14. Dezember 1942 Schwestern aus Ploehnen an eine Verwandte in Warschau. Ein anderer anonymer Ploehnener Bürger schrieb zwei Tage später:

„Es ist Morgen. Wir sind mit der ganzen Familie in einem Waggon. Wir fahren mit dem letzten Transport. Ploehnen ist gesäubert.“³⁵

Anhand weiterer Karten kann man sogar die Trasse verfolgen, die der Todeszug nahm. Der nach Auschwitz deportierte Dawid warf auf dem Bahnhof in Legionowo in der Nähe von Warschau folgende Karte aus dem Zug:

„Heute ist unsere ganze Familie aus Ploehnen aufgebrochen und alle Juden sind fortgefahren. Sei bei Sinnen, denn wir fahren auf eine Hochzeit.“³⁶

³⁴ YVA, M-1/E 403, Bericht von Motek Purman.

³⁵ Archiwum Ringelbluma. Listy o Zagładzie, hg.v. RUTA SAKOWSKA, Warszawa 1997, S. 320–327.

³⁶ Mit diesem Begriff wurde die Vernichtung bezeichnet.

Einige Stunden später hielt der Zug an der Station Warschau-Praga, von wo Laja an A. Przygoda schrieb, der in der Mila-Straße in Warschau lebte: „Ich schreibe einige Worte für euch. Wir fahren ins Ungewisse. Bleib gesund.“ Ein weiterer im Archiv erhaltener Brief wurde am 17. Dezember in Tschenstochau aufgegeben. Eine gewisse Gitla schrieb:

„Seid guten Mutes. Eine neue Adresse gebe ich euch nicht, da ich noch keine habe. Lebt wohl, ich küsse euch.“

Ihr tat es Guta Fuks nach, die eine Karte auf den Bahnsteig warf und nur schrieb:

„Wir sind mit der ganzen Familie auf Durchreise in Tschenstochau, wir wissen nicht, wohin wir fahren. Lebt wohl, ich küsse euch.“

Die letzte erhaltene Karte, die von dem qualvollen Weg der Juden aus Ploehnen zeugt, wurde von einem anonymen Marek geschrieben, der sie mit folgenden Worten beendete: „ich fühle mich sehr einsam.“ Die letzte Etappe der Reise beschrieb der aus Zichenau stammende Motek Popiół, der den Weg einen Monat zuvor mit den übrigen Juden aus Zichenau zurückgelegt hatte:

„Am 5.11.1942 wurden wir mit einer Gruppe anderer Juden in einer Gesamtzahl von 1.500 Menschen aus dem Ghetto in Zichenau mit einem Eisenbahntransport ins Lager Auschwitz-Birkenau gebracht. Direkt nachdem wir aus den Waggonen ausgeladen worden waren, wurde die Selektion der Gefangenen durchgeführt und die Gesündesten wurden zur Arbeit im Lager ausgesucht. Von der Gesamtzahl kamen nur 500 Juden ins Lager. Die übrigen 1.000 wurden direkt zu den Gaskammern geführt und vergiftet.“³⁷

Menschenjagd

Im Spätherbst 1942 begann das letzte Kapitel der Geschichte der Juden im nördlichen Masowien, nämlich die Verfolgung jener versprengten Juden, die sich in Bunkern im Wald und in Erdhöhlen verbargen. Die Akten der Gestapo von Zichenau belegen, dass die „Judenjagd“ eine der wichtigsten Aufgaben der örtlichen Behörden war. Diese Jagd dauerte bis zum Ende der Besatzungszeit an, bis Januar 1945, und nur wenige Juden erlebten die Befreiung. Die größte Gefahr ging aus Sicht der Versteckten von Denunziationen aus.

³⁷ AŽIH, 301/646, Vernehmungsprotokoll von Motek Popiół, 10.5.1945.

Wie der Soziologe Jan T. Gross zu Recht angemerkt hat, wurden die Überlebenschancen der sich versteckenden Juden dadurch verringert, dass es in der polnischen Bevölkerung keine allgemeine Zustimmung zu ihrer Rettung gab.³⁸ Wer ihnen aber doch half, musste sich darüber im Klaren sein, dass sein Verhalten in den Augen vieler Nachbarn kritisch beurteilt werden würde. Die Folgen einer positiven Haltung gegenüber der Rettung von Juden waren Denunziationen an die Behörden, die zweifellos die wichtigste Informationsquelle der Gestapo von Zichenau in „Judenfragen“ darstellten.³⁹

Baruch Rebek, der bereits erwähnte Vorsitzende des Judenrats von Strzegowo, floh im Frühjahr 1942 aus dem Ghetto. Im Juli 1942 wurde er in Ploehnen festgenommen und ins Gefängnis gesteckt, wo er auf seinen Transport ins KL Auschwitz wartete. Am 14. Juli gelang es ihm, aus dem Gefängnis zu fliehen, was dazu führte, dass die Schrottersburger Gestapo an der Kompetenz der lokalen Gendarmerie zweifelte. Die Familie Rebek (die sich weiterhin im Ghetto Strzegowo aufhielt) wurde als Geisel genommen, da man den Flüchtlings zwingen wollte, sich zu ergeben – erfolglos. Im Dezember 1942, einen knappen Monat nach der Vernichtung des Ghettos in Strzegowo, erhielt der lokale Gendarmeriechef Patzek eine „vertrauliche Anzeige“, dass sich in einer bestimmten Scheune in Giżyn (Kreis Mielau) Juden aufhielten. Tatsächlich, bei einer Razzia wurden zwei Juden entdeckt, die „bei einem Fluchtversuch erschossen“ wurden. Einer der Ermordeten wurde als Baruch Rebek identifiziert, der andere war sein 13-jähriger Sohn Majer.⁴⁰

Józef Mławski hatte mit seiner Frau Ruchla und vier Kindern bis zum Kriegsausbruch im Dorf Mierzeniec in der Gemeinde Kozłowo unweit von Ostenburg gelebt. Bald nach dem Septemberfeldzug zog die Familie Mławski ins Ghetto in Mackau.⁴¹ Als die Deutschen die Auflösung des dortigen Ghettos anordneten, gelangte Józef Mławski mit seiner Familie auf die arische Seite und begab sich in seine Heimatgegend. Während des

³⁸ JAN T. GROSS, Fear. Anti-Semitism in Poland after Auschwitz. An Essay in Historical Interpretation, New York 2006, S. IX–XI. Es ist, wie Gross feststellt, bezeichnend, dass es viele Menschen, die unter Gefährdung des eigenen Lebens Juden versteckten, nach 1945 vorzogen, anonym zu bleiben, da sie die Reaktionen ihrer Umgebung fürchteten.

³⁹ JAN GRABOWSKI, Holocaust in Northern Mazovia (Poland) in the Light of the Archives of Ciechanów Gestapo, in: HGS 18 (2004), Nr. 3, S. 460–477.

⁴⁰ AIPN, 148/5399, 10314. Auf Grundlage dieser Materialien wurde der Fall Rebek rekonstruiert.

⁴¹ Der Fall der Familie Mławski konnte auf Grundlage der Aussagen von Ruchla Mławskia (56 Jahre), Mańka Mławskia (19 Jahre), Henia Mławskia (22 Jahre) sowie Abraham Mławski (25 Jahre) rekonstruiert werden, die zwischen dem 7. und 9. Oktober 1943 verhört wurden. AIPN, 148/9807, 3740.

strengen Winters 1942/1943 zogen die Mławskis durch das dicht bewaldete Gebiet zwischen Mackau und Ostenburg; manchmal verbargen sie sich in Hütten und Bauerngehöften. Henia Mławska, die „kein jüdisches Aussehen hat“, ging von Zeit zu Zeit zu den Bauern und bettelte um Essen. Einmal gelang es ihr sogar von einer Freundin aus der Vorkriegszeit, Stanisława Olewnik, einen Ausweis zu erhalten, der ihr die Chance bot, in die Stadt zu fliehen. Prinzipiell aber versuchten die Mławskis, den Bauern aus dem Weg zu gehen, da sie die folgenschweren Konsequenzen solcher Begegnungen fürchteten.

Ende Mai 1943 verschwand der 62-jährige Józef Mławski spurlos. Seine Frau und seine Kinder wurden Anfang Oktober 1943 im Wald aufgegriffen. Während des Verhörs sagte Ruchla Mławska aus, sie wisse nicht, ob ihr Mann verhaftet worden oder ob ihm etwas anderes zugestoßen sei. Vom Schicksal des Józef Mławski erfuhr die Gestapo noch am selben Tag, am 7. Oktober, aus dem Mund von Kazimierz Długoleński, eines Bauern aus dem Dorf Grochy in der Gemeinde Kozłowo. Długoleński erschien auf dem Polizeiposten in Gzy und erklärte, „am 20. Mai 1943 den Juden Mławski mit einem Knüppelschlag auf den Kopf“ umgebracht zu haben.⁴² Dem Mörder zufolge sei Mławski in seinem Haus erschienen und habe versucht, „Essen und Kleidung zu ergaunern“. Długoleński führte Mławski aus dem Dorf, erschlug ihn mit einem Schlag auf den Kopf und verscharre ihn in einem flachen Grab. Am Ende sagte der Mörder aus, dass er sich bei den Behörden nicht zuvor seiner Tat habe rühmen wollen, da er die Rache der immer noch in Freiheit befindlichen Familienmitglieder seines Opfers fürchtete. Als er von der Festnahme der sich versteckenden Juden hörte, ging Długoleński zur Polizei.

Wir kennen die genauen Umstände nicht, unter denen Ruchla und ihre Kinder aufgegriffen wurden, doch den beiden Söhnen gelang anfangs die Flucht. Durch eine rasch von polnischen Bauern durchgeföhrte Treibjagd sei es – wie der mit dem Fall befasste Gestapo-Beamte notierte – gelungen, den 25-jährigen Abraham Mławski noch zu ergreifen.⁴³ Während sich einige polnische Bauern an der Jagd auf Abraham Mławski beteiligten, verhört die Schrottersburger Gestapo Stanisława Olewnik, die Freundin der jungen Mławska. Sie wurde beschuldigt, einem „Rassenfeind“ Hilfe

⁴² AIPN, 148/9807: „Als er mit dem Juden weit genug vom Dorf entfernt war, schlug er ihn mit dem Knüppel nieder. Der Jude war sofort tot. Der Pole verscharre ihn in der Nähe des Tatorts.“ Das Dorf Grochy liegt knapp zwei Kilometer von Mierzeniec, von wo die Familie Mławski stammte. Józef Mławski und sein Mörder waren Nachbarn gewesen.

⁴³ Ebd., 148/3741, Schlussbericht, 9.10.1943.

geleistet zu haben und nach Auschwitz geschickt, wo sie im April 1944 umkam.⁴⁴

Die hier dargestellten Beispiele erschöpfen das Thema sicherlich nicht; die erhaltenen Archive der Schröttersburger Gestapo gestatten aber einige vorläufige Schlussfolgerungen. Die Jahre der Isolierung der Juden in den Ghettos, der zersetzende Einfluss der NS-Propaganda, der sie ihrer menschlichen Züge beraubte, sowie die Überlagerung mit älteren Vorurteilen führten dazu, dass die Überlebenschancen der sich im Regierungsbezirk verbergenden Juden gering waren.

Nach der Vernichtung

Nach vorsichtigen Schätzungen überlebten rund sechs bis acht Prozent der Juden aus dem nördlichen Masowien die Judenvernichtung; es handelte sich meist um diejenigen, die früh genug in die von der Roten Armee besetzten Gebiete geflohen waren. Die Rückkehr der Geretteten war nicht einfach. Sie kehrten in Häuser zurück, die überwiegend von fremden Menschen belegt worden waren. Für die große Mehrheit der zurückkehrenden Juden war das nördliche Masowien (wie übrigens auch die anderen Regionen Polens) ein Friedhof, auf dem alle ihre Angehörigen ruhten. Oftmals begrüßten die Polen die Geretteten ohne Sympathie, gelegentlich auch mit Angst und Feindschaft. Der aus Mielau stammende Jicchak Szapik, der im Sommer 1945 nach Hause zurückkehrte, hielt sich dort nicht länger auf, denn: „Ich erhielt eine Warnung, so schnell wie möglich zu verschwinden, wenn ich nicht umgebracht werden wolle.“⁴⁵ Ebenso schnell verließ der bereits zitierte Motek Purman Mielau. Ihm folgten viele weitere Überlebende. Ihr Fortzug beendete die viele Jahrhunderte währende Präsenz von Juden im nördlichen Masowien.

⁴⁴ AIPN, 148/9807, Verhör Stanisława Olewnik, 8.10.1943.

⁴⁵ YVA, 03/1377, Bericht von Jicchak Szapik.

MICHAEL ALBERTI

„NIEDERTRÄCHTIGE PERFIDIE, GEMEINE,
UNERMESSTLICHE GIER UND KALTE,
BERECHNENDE GRAUSAMKEIT ...“

DIE „ENDLÖSUNG DER JUDENFRAGE“
IM REICHSGAU WARTHELAND*

„[...] Geholt hatte man uns vom Greis bis zum Säugling zwischen den Städtchen Kolo [Wartbrücken] und Dąbie [Dombie], man schleppte uns in den Wald, dort hat man uns vergast [...], erschossen und verbrannt. [...] Noch einmal bitten wir um Verkündigung dieses Mordes in der ganzen Welt an jede Redaktion. Dies schrieben die letzten Juden, die hier umkamen [...].“¹

Mit diesen Worten beschrieb ein Mitglied des 47-köpfigen jüdischen Aufräumkommandos im Vernichtungslager Kulmhof den letzten Akt der Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland. Er gehörte Mitte Januar 1945 zu den vermutlich letzten jüdischen Mordopfern der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft auf diesem Territorium.

Als die deutschen Truppen im September 1939 in Polen einmarschierten, konnten sich die meisten Juden eine solche Entwicklung nicht vorstellen. Die bis 1940 in Konin wohnende Felunia Fishkin berichtete nach dem Krieg über die Erwartungen, die viele Juden angesichts der Erfahrungen im Ersten Weltkrieg beim Einmarsch der deutschen Truppen hegten:

* Der Aufsatz beruht auf MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006. Es wurde hier jedoch zum einen Literatur berücksichtigt, die seit Fertigstellung des Buchmanuskripts erschienen ist, zum anderen wurden Details ausführlicher beleuchtet, wie etwa die Klärung, wieviele Juden im Dezember 1939 aus dem Warthegau in das GG deportiert wurden. Ebenso fanden bisher nicht verwendete Quellen und Zitate Eingang in diesen Aufsatz.

¹ Chelmno/Kulmhof. Ein vergessener Ort des Holocaust?, hg. v. MANFRED STRUCK, Bonn, Berlin 2001, S. 147 f. (Faksimile mit deutscher Übersetzung). Vgl. auch das Testament der letzten Häftlinge im Lager Kulmhof, abgedr. in: ebd., S. 129–143.

„Mutter erinnerte sich an die Deutschen im Ersten Weltkrieg – kultivierte Menschen. Sie hielt es nicht für möglich, dass die Deutschen den Juden etwas Schlimmes antun würden. Sie konnte es sich einfach nicht vorstellen.“²

Tatsächlich aber waren die folgenden fünfeinhalb Jahre deutscher Besatzung von bis dato nicht bekannten Exzessen und Brutalität gegenüber der jüdischen Bevölkerung, einer völligen Entrechtung, neuartigen Terrorinstrumenten – wie etwa der Ghettoisierung – und einem unerhörten Ausrottungsfeldzug gegen eine Bevölkerungsgruppe gekennzeichnet. Lebten bei Kriegsbeginn etwa 435.000 Juden auf dem Territorium des späteren Warthegaus,³ so waren es fünfeinhalb Jahre später, im Januar 1945, als die deutsche Besatzung durch die erfolgreiche Offensive der Roten Armee beendet wurde, nur noch knapp über 900, die auf dem Terrain des ehemaligen Ghettos Litzmannstadt das Kriegsende überlebten. Darüber hinaus überlebten zwei Juden das Vernichtungslager in Kulmhof.⁴

Herbst 1939

Dass der Kriegsbeginn 1939 eine gänzlich andere Besatzungspolitik mit sich bringen würde als die Jahre 1915 bis 1918, das mussten wohl alle jüdischen Gemeinden in Polen bereits in den ersten beiden Monaten der Besetzungsverwaltung erfahren, in denen noch die Wehrmacht die Verantwortung für das Geschehen trug. Tagelange Terrorkampagnen gegen Juden und Einschüchterungsaktionen, wie etwa der bekannte Fall der Kleinstadt Leslau in Kujawien (im Norden des späteren Warthegaus gelegen), wo am 22. September 1939 die SS-Totenkopfstandarte Brandenburg unter ihrem Kommandeur Paul Nostitz mit der Drangsalierung der jüdischen Bevölke-

² Aussage Felunia Fishkin, ehemals Konin, 1987, abgedr. in: THEO RICHMOND, Konin. Auf der Suche nach der Stadt meiner Eltern, München 1997, S. 389.

³ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 33 f. Ich benutze im Folgenden der Einfachheit halber den Begriff „Warthegau“, der auch im damaligen Sprachgebrauch vielfach an Stelle des offiziellen Namens „Reichsgau Wartheland“ verwendet wurde.

⁴ Kripostelle Litzmannstadt, Ghettokommissariat, Vierteljahresbericht v. 18.12.1944, in: APL, 203/63, Bl. 1; LUCJAN DOBROSZYCKI, Introduction, in: The Chronicle of the Łódź Ghetto, 1941–1944, hg. v. DERS., New Haven, London 1984, S. IX–LXVII, hier LXV, Anm. 168; JAKUB POZNAŃSKI, Pamiętnik z getta łódzkiego, Łódź 1960, S. 266–272, Einträge für den 14.–20.1.1945. Die zwei jüdischen Häftlinge Mordek Żurawski und Szymon Srebnik konnten Mitte Januar 1945 aus Kulmhof entkommen, als die Deutschen sie kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee ermorden wollten. Vgl. die beiden Zeugen-aussagen in: AIPN, 224/66, Bl. 25.

rung begann, bei der es auch zahlreiche Tote gab, waren gängige Praxis.⁵ Neben Angehörigen von Himmlers SS- und Polizeiformationen⁶ waren in hohem Maße auch Einheiten der Wehrmacht an der Ermordung von Zivilisten beteiligt.⁷ Neben dem weit verbreiteten Antisemitismus in der deutschen Wehrmacht und der Vorstellung, einer minderwertigen Gesellschaft gegenüberzustehen,⁸ standen diese Tötungswellen auch im Zusammenhang mit einer verzerrten Wahrnehmung der deutschen Soldaten, der zufolge Heckenschützen und Franktireure die Wehrmacht aus dem Hintergrund angreifen würden. Vor allem die Ostjuden stellten angeblich eine Bedrohung für die deutschen Truppen dar.⁹ Wenn auch Juden *per se* anfangs nicht im Fokus der deutschen Besatzer standen (Vorrang hatte die möglichst schnelle Ausschaltung der polnischen Führungsschicht), so lässt sich doch leicht nachvollziehen, dass diese angesichts solch weit verbreiteter antisemitischer Vorurteile bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Ziel der deutschen Okkupationsmacht, sei es durch Angehörige der Wehrmacht, der Einsatzgruppen, der Zivilverwaltung, des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps oder anderer NS-Formationen, waren:

⁵ MARTIN CÜPPERS, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945, Darmstadt 2005, S. 34 u. 36; KONRAD KWIECIEŃ, Erziehung zum Mord. Zwei Beispiele zur Kontinuität der deutschen „Endlösung der Judenfrage“, in: Geschichte und Emancipation. Festschrift für Reinhard Rürup, hg. v. MICHAEL GRÜTTNER/ RÜDIGER HACHTMANN/ HEINZ-GERHARD HAUPT, Frankfurt/M., New York 1999, S. 441 ff. Vgl. auch die Schilderung eines Exzesses gegen Juden in der Kleinstadt Turek am 30.10.1939, in: Bericht Kommandeur Wehrkreis XXI/Posen, 23.11.1939, abgedr. in: Położenie ludności polskiej w tzw. Kraju Warty w okresie hitlerowskiej okupacji. Wybór źródeł, hg. v. CZESŁAW ŁUCZAK, Poznań 1990, S. 8 f., hier S. 9.

⁶ Zur Ordnungspolizei vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN, „.... Mißgeburten, die nicht auf diese Welt gehören“. Die deutsche Ordnungspolizei in Polen 1939–1941, in: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hg. v. DERS./ BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004, S. 71–89. Zur Waffen-SS vgl. MARTIN CÜPPERS, „.... auf eine so saubere und anständige SS-mäßige Art“. Die Waffen-SS in Polen 1939–1941, in: ebd., S. 90–110.

⁷ JOCHEN BÖHLER, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt/M. 2006; DERS., „Tragische Verstrickung“ oder Auftakt zum Vernichtungskrieg? Die Wehrmacht in Polen 1939, in: MALLMANN/ MUSIAL (Anm. 6), S. 40–47; RYSZARD MIK, Zbrodnie Wehrmachtu w Łódzkiem, in: BOKBZHwŁ 1 (1989), S. 7–11; RYSZARD ROSIN, Zbrodnie Wehrmachtu w Sieradzkiem (1 września–25 października 1939 r.), in: BOKBZHwŁ 3 (1994), S. 7–16.

⁸ BÖHLER, Auftakt (Anm. 7), S. 42–53.

⁹ MICHAEL WILDT, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 437 f. Hier wirkte auch die jahrelange Indoctrination der Soldaten durch die Wehrmachtsführung mit nationalsozialistischer Propaganda nach, die schließlich noch durch entsprechende, zum Teil völkerrechtswidrige Weisungen verstärkt wurde, BÖHLER, Auftakt (Anm. 7), S. 33–41.

„Und dann haben wir [in Kalisch] tüchtig unter den Juden aufgeräumt; gekeilt haben wir, dass mir beide Hände noch heute wehtun. [...] Rabbinerbärte haben wir zu Dutzenden abgeschnitten, und wenn sie uns heute sehen, flitzen sie wie die Wilden, denn wir holen sie zu jeder Arbeit heran.“¹⁰

So gab es von Beginn an auch gezielte Exzesstaten gegen Angehörige der jüdischen Minderheit, die nicht auf Befehlen beruhten. Sie waren eine Folge der allgemeinen Verrohung, die sich mit dem weit verbreiteten Antisemitismus zu einer gefährlichen Mischung verband.

Eine weitere Steigerung des deutschen Terrors manifestierte sich in der Verhaftung, Abschiebung und auch Ermordung von Zehntausenden Angehörigen der gesellschaftlichen Elite Polens in den ersten Monaten der Besatzung, ein Ziel, das Hitler bereits vor Kriegsbeginn klar und deutlich formuliert hatte, da dieses für ihn eine der Voraussetzungen zur Sicherung des neuen deutschen Lebensraumes darstellte.¹¹ Bis zum Ende der Militärverwaltung wurden auf dem Territorium des späteren Warthegaus etwa 10.000 Menschen von den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und Einheiten der Waffen-SS ermordet. Morde an Juden geschahen zwar meist im Rahmen von pogromartigen Ausschreitungen oder so genannten Vergeltungsaktionen, doch da ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung von den deutschen Besatzern ebenfalls zur Intelligenz gezählt wurde, wurden auch einige Hundert Juden Opfer dieses ersten gezielten Massenmords im Zweiten Weltkrieg.¹²

¹⁰ Auszug aus einem Brief von Richard Z., als Truppführer des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps zu Polizeihilfsdiensten in Polen eingesetzt, an seinen Bruder, 5.11.1939, abgedr. in: Deutscher Osten 1939–1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ VOLKER RIESS/ WOLFRAM PYTA, Darmstadt 2003, S. 13.

¹¹ Vor allem in zwei Reden vor den höchsten Vertretern der Wehrmacht am 23.5. und am 22.8.1939 machte Hitler seine Absichten deutlich, vgl. IMG, Bd. 37, S. 546-556, Dok. 079-L; ADAP, Serie D (1937–1945), Bd. 7, Baden-Baden 1956, S. 171 f., Dok. 193. Aber auch während des Polenfeldzuges und für das Jahr 1940 lassen sich Äußerungen Hitlers zu seinen Zielen finden. Vgl. die entsprechenden Dokumente in: Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce, Teil 2: Generalna Gubernia. Wybór dokumentów i próba syntez, hg. v. KAROL MARIAN POSPIEŻALSKI, Poznań 1958, S. 27–35. Zum Teil noch deutlicher äußerten sich später auch Himmler und Heydrich, vgl. HELMUT KRAUSNICK, Hitler und die Morde in Polen. Ein Beitrag zum Konflikt zwischen Heer und SS um die Verwaltung der besetzten Gebiete, in: VfZ 11 (1963), Nr. 2, S. 196–209.

¹² Czesław Łuczak, Pod niemieckim jarzmem. Kraj Warty 1939–1945, Poznań 1996, S. 16–19 u. 43. Für das Lodzer Gebiet vgl. die Beiträge in: Eksterminacja inteligencji Łodzi i okręgu łódzkiego 1939–1940, hg. v. ANTONI GALIŃSKI/ MAREK BUDZIAREK, Łódź 1992. Ein guter Überblick zu den ersten Verbrechen auf dem Territorium des Warthegaus im September/Oktober 1939 bei: HEINRICH SCHWENDEMANN/ WOLFGANG DITSCHE, Hitlers Schloß. Die „Führerresidenz“ in Posen, Berlin 2003; S. 75–84. Zu den Einsatzgruppen vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ JOCHEN BÖHLER/ JÜRGEN MATTHÄUS, Einsatzgruppen in

Zivil- und Besatzungsverwaltung

Diese von Beginn an beispiellos harte und mörderische Herrschaftsausübung in den annexierten polnischen Gebieten mit dem Ziel der totalen „Germanisierung“ sollte durch die Einsetzung bewährter Nationalsozialisten an der Spitze der Zivilverwaltungen, die Hitler persönlich vornahm, fortgesetzt und gewährleistet werden.¹³ Gleichermaßen galt auf Seiten der SS- und Polizeiverwaltung durch Himmler. Der Warthegau war dabei schon alleine von seiner Größe her „ein Kernraum im Hinblick auf die eingegliederten Gebiete“, die nach nationalsozialistischen Idealvorstellungen umgestaltet werden sollten.¹⁴ So war es kein Wunder, dass in dem neuen Reichsgau von den ersten Kriegstagen an alle Sparten der Zivil- und Polizeiverwaltung, die Parteiorganisationen sowie die Wehrmacht an der Verfolgung und später auch – mit Ausnahme der Wehrmacht – an der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung beteiligt waren. An der Spitze der Zivilverwaltung stand seit 10. September 1939 Reichsstatthalter und Gauleiter Arthur Greiser, ein Polen- und Judenhasser *par excellence*, der den Ehrgeiz hatte, „den Warthegau zu einem Mustergau des Reiches zu machen“.¹⁵

Greiser, 1897 in der damaligen Provinz Posen geboren und geprägt vom „Volkstumskampf“, ging sofort daran, sein neues Herrschaftsgebiet mit größter Rücksichtslosigkeit zu „germanisieren“, um die Vorgaben Hitlers so schnell wie möglich zu erfüllen. Nicht zuletzt, weil Greiser und Himmler ähnlich radikale Ansichten vertraten, kooperierten SS und Polizei (mit dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) Posen Wilhelm Koppe an der Spitze) sowie die Zivilverwaltung – anders als zum Beispiel im Reichsgau Danzig-Westpreußen und im Generalgouvernement (GG) – im Warthegau

Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008. Zur Waffen-SS vgl. CÜPPERS (Anm. 6).

¹³ MARTIN BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 26.

¹⁴ ARTHUR GREISER, Der Aufbau im Osten, Jena 1942 (Vortrag von Gauleiter Greiser vor dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel am 10.6.1942), S. 4. Zur Volkstumspolitik im Warthegau vgl. LUCZAK, Kraj Warty (Anm. 12) u. SCHWENDEMANN/DIETSCH, Hitlers Schloß (Anm. 12), S. 85–106.

¹⁵ ARTHUR GREISER, Schmelziegel Warthegau. Wege der Neubesiedlung im Osten, in: Das Reich, Nr. 22, 20.10.1940. Zu Greiser vgl. IAN KERSHAW, Arthur Greiser. Ein Motor der „Endlösung“, in: Die braune Elite, Bd. 2: 21 weitere biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, Darmstadt 1993, S. 116–126, bes. S. 123 f. u. CZESLAW ŁUCZAK, Arthur Greiser. Hitlerowski władca w Wolnym Mieście Gdańskim i w Kraju Warty, Poznań 1997, bes. S. 82–90.

eng miteinander.¹⁶ Im Zweifelsfall gab allerdings Greiser die Richtung vor. Auf Seiten der Wehrmacht war zunächst die kämpfende Truppe an Ausschreitungen, Demütigungen und Morden beteiligt. Später war sie in Gestalt der Rüstungsinspektion Posen und des Rüstungskommandos Litzmannstadt ein maßgeblicher Profiteur der Ausbeutung der Juden im Ghetto Litzmannstadt.¹⁷

Entrechtung, Isolierung und Zwangsarbeit

Neben Mord, Terror und Einschüchterung waren Beraubung, Entrechtung, Isolierung und Heranziehung der jüdischen Bevölkerung zu Zwangsarbeiten weitere Charakteristika der zielgerichteten antijüdischen Politik im Warthegau. Jüdische Zwangsarbeiter waren schon unter der Militärverwaltung ein weit verbreiteter Anblick in den polnischen Ortschaften und in der Landwirtschaft. Die in der Anfangszeit oft willkürlichen Ergreifungen von Juden zu Arbeiten aller Art wurden bis Mitte 1941 nach und nach in ein geregeltes System der Zwangsarbeit in den Ghettos und Zwangsarbeitslagern für Juden überführt.¹⁸ Die Entrechtung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung – auch auf dem Verordnungs- und Gesetzeswege – war dagegen schon im Frühjahr 1940 weitgehend abgeschlossen. Was in Deutschland, Österreich und in der Tschechoslowakischen Republik sechs Jahre gedauert hatte, wurde in Polen unter den Bedingungen des Krieges innerhalb von wenigen Monaten und wesentlich radikaler vollzogen.¹⁹ Auch die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen war bis dahin bereits weit fortgeschritten, sei es durch Verbote der beruflichen Tätigkeit oder durch Beraubung. Vielerorts zunächst planlos,²⁰ wurde der Raub jüdi-

¹⁶ RUTH BETTINA BIRN, *Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten*, Düsseldorf 1986, S. 196. Das galt insbesondere bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung: ALBERTI, *Verfolgung* (Anm. *), S. 452–458.

¹⁷ Vgl. z. B. Rüstungsinspektion XXI, *Geschichte des Kriegseinsatzes der Rüstungsinspektion XXI*, 1.10.–31.12.1941, BA-MA, RW 20-21/11, unpag., S. 33 ff.; *Kriegstagebuch Rüstungskommando Litzmannstadt*, 1.10.–31.12.1943, BA-MA, RW 21-39/5, Bl. 61.

¹⁸ Zur Zwangsarbeit unter der Militärverwaltung vgl. TATIANA BERENSTEIN/ ADAM RUTKOWSKI, *Prześladowanie ludności żydowskiej w okresie hitlerowskiej administracji wojskowej na okupowanych ziemiach polskich (1.9.–25.10.1939 r.)*, Teil 1 in: BŻIH 38 (1961), S. 3–38, Teil 2 in: BŻIH 39 (1961), S. 79–86. Für die Zeit bis 1941 vgl. ALBERTI, *Verfolgung* (Anm. *), S. 124–126. „Man habe für die Hackfrüchteerde Juden heranziehen müssen, die nunmehr auch evakuiert werden.“ UWZ Posen, 11.1.1940, Bericht über die Besprechung am 11. Januar 1940 10 Uhr, AIPN, 68/146, Bl. 3.

¹⁹ ALBERTI, *Verfolgung* (Anm. *), S. 98–126.

²⁰ Vgl. z. B. den Bericht von Chiel Maczak aus Bełchatów, abgedr. in: *Życie i zagłada Żydów polskich 1939–1945. Relacje świadków*, hg. v. MICHAŁ GRYNBERG/ MARIA KOTOWSKA, Warszawa 2003, S. 463 f.

schen (und polnischen) Eigentums nach dem Ende der Militärverwaltung durch die Hermann Göring unterstehende Haupttreuhandstelle Ost und die Stellen des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums (RKF) in Form von koordiniert und gezielt durchgeführten Beschlagnahmungen weitergetrieben.²¹ Für viele Angehörige der Besatzungsverwaltung, wie den Litzmannstädter Polizeipräsidenten Karl-Wilhelm Albert, war das ein selbstverständlicher Vorgang:

„In verständnisvoller Arbeit mit der Stadtverwaltung und der Haupttreuhandstelle Ost wurden hier [in Litzmannstadt] im Laufe der letzten Monate Millionen von Waren, die nicht griffbereit lagen, sondern versteckt aufbewahrt wurden, zugunsten des Reiches sichergestellt. Nicht unerwähnt möge die Tatsache bleiben, dass es den [Kriminal-]Beamten [...] gelungen ist, verborgene Wertobjekte in Form von Edelsteinen, Uhren und Goldsachen im Werte von mehreren Millionen Reichsmark sicherzustellen.“²²

Die Beschlagnahmungen und die Verkaufserlöse aus jüdischem und polnischem Eigentum dienten jedoch nicht nur der persönlichen Bereicherung und zur Bestandsmehrung für das Deutsche Reich, sondern waren auch ein wichtiges Instrumentarium, um die umgesiedelten „Volksdeutschen“ zu „entschädigen“ und deren Ansiedlung für das Deutsche Reich „kostenneutral“ zu gestalten.²³ Daneben kamen die Gelder Greisers offizieller Gaukasse, seinen „schwarzen“ Kassen und den Amtskassen zugute.²⁴ Zahl-

²¹ Rechenschaftsbericht der Haupttreuhandstelle Ost über ihre Tätigkeit in den Jahren 1939–1942, o. D. [1942], abgedr. in: Grabieże polskiego mienia na ziemiach zachodnich Rzeczypospolitej „wcielonych“ do Rzeszy 1939–1945. Wydawnictwo źródłowe, hg. v. CZESŁAW ŁUCZAK, Poznań 1969, S. 42–331, bes. S. 42–51.

²² KARL-WILHELM ALBERT, Unser Kampf gegen das Chaos, in: Die deutsche Polizei 9 (1941), S. 41.

²³ RKF, Stabshauptamt, Tätigkeitsbericht von Ende 1942, o. D.: „Im Wesentlichen wurde die Wiederansiedlung der Umsiedler durch entschädigungslose Verwertung früher fremdvölkischen Vermögens – also ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln – finanziert“, BAB, R 49/26, Bl. 39; vgl. PAUL BATZER, Wirtschaftsaufbau im Warthegau, in: Die Deutsche Volkswirtschaft 10 (1941), S. 1118.

²⁴ Aktenvermerk v. 12.1.1940 über Greisers Besuch am 11.1.1940 im Amt des Reichsschatzmeisters der NSDAP in München. Einen Teil der Gelder stellte Greiser der SA und der SS zur Verfügung, BAB, Parteikorrespondenz Arthur Greiser (ehem. Berlin Document Center), abgedr. in: Archives of the Holocaust. An International Collection of Selected Documents, Bd. 11/1: Berlin Document Center, Part 1, hg. v. HENRY FRIEDLANDER/ SYBIL MILTON, New York, London 1992, S. 272–275; Tätigkeitsbericht der Reichsfinanzverwaltung – Dienstzweig Steuer – im Reichsgau Wartheland, Manuskript, o. D. [vermutl. Januar 1942], BAB, 21.01 (jetzt: R 2)/B 6169, Bl. 343. Greiser verfügte z. B. über ein spezielles Konto bei einer Posener Bank, das unter dem Namen „Verein der Freunde des Warthegaus“ lief. Auf dieses Konto wurden immer wieder Erlöse aus dem Judenmord überwiesen, ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 453. Daneben gab es noch weitere Sonder-

reiche „volksdeutsche“ Kreditinstitute und später die Ableger bekannter reichsdeutscher Kreditinstitute, wie etwa die Deutsche Bank, die Commerzbank oder die Dresdner Bank, arbeiteten dabei eng mit den deutschen Zivilbehörden im Warthegau zusammen.²⁵ Während sich das Deutsche Reich somit auf der einen Seite um einen dreistelligen Millionenbetrag bereicherte, hatte auf der anderen Seite die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen für die Juden fatale Folgen. Schon zur Jahreswende 1939/40 waren viele jüdische Gemeinden nicht mehr in der Lage, selbst für ihre Ernährung aufzukommen, und gerieten in eine fatale Abhängigkeit von den lokalen deutschen Behörden.²⁶ Solange die deutschen Machthaber davon überzeugt waren, dass dieses vermeintliche „Zuschussgeschäft“ durch die Deportation aller Juden in das GG rasch beendet sein würde, führte dieser Zustand allerdings noch zu keinem weiteren Radikalisierungsschub in der antijüdischen Politik.

Deportationen

Konkrete Planungen zur Deportation der jüdischen Bevölkerung aus den eingegliederten polnischen Gebieten gab es bei Kriegsbeginn nicht.²⁷ Erst ab Mitte September 1939 kursierten in Berlin erste Umsiedlungspläne.²⁸ Nach der Vertreibung, Inhaftierung und Ermordung der polnischen Füh-

konten Greisers, vgl. INGO LOOSE, Die Beteiligung deutscher Kreditinstitute an der Vernichtung der ökonomischen Existenz der Juden in Polen 1939–1945, in: Die Commerzbank und die Juden 1933–1945, hg. v. LUDOLF HERBST/ THOMAS WEIHE, München 2004, S. 233 f. Was mit den Geldern letztendlich geschehen ist, bedarf noch der Aufklärung.

²⁵ LOOSE, Beteiligung (Anm. 24), S. 233–235, 245–247; Allein in Litzmannstadt konnten deutsche Kreditinstitute im Frühjahr/Sommer 1940 über zehn Millionen Reichsmark aus jüdischem Besitz verwerten. Zu den Weichenstellungen für diese Beschlagnahmepolitik auf dem Verordnungswege vgl. ebd., S. 238–240.

²⁶ Zum Beispiel Antrag des Judenrats Belchatów auf Bezuschussung durch das AJJDC, o. D. [vermutl. Februar oder März 1940], AŽIH, AJJDC 395, Bl. 6, und weitere entsprechende Korrespondenzen jüdischer Gemeinden im Warthegau mit dem AJJDC in Warschau (vgl. die entsprechenden Dokumente im Bestand AJJDC im AŽIH).

²⁷ „Judenaabschiebung nach dem Osten ist noch ungeklärt“, Niederschrift über eine am 10.9.1939 stattgefundene Besprechung zwischen Mitgliedern des Stabes des AOK 8 und des Chefs der Zivilverwaltung Posen, APP, 298/0/57, Bl. 5; CHRISTOPHER BROWNING, Die Entfesselung der „Endlösung“, Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von JÜRGEN MATTHÄUS, München 2003, S. 49 f.

²⁸ Vermerk über eine Amtschefbesprechung am 14.9.1939 in Berlin, 15.9.1939, BAB, R 58/825, Bl. 11, dito am 21.9.1939 u. 27.9.1939, abgedr. in: KAZIMIERZ RADZIWOŃ-CZYK, „Akcia Tannenberg“ grup operacyjnych Sipo i SD w Polsce jesienią 1939 r., in: Przegląd Zachodni 22 (1966), Nr. 5, S. 111–113.

rungsschicht war die geplante Umsiedlung aller so genannten Fremdvölker aus dem Warthegau die nächste Stufe der „Germanisierung“, „um diesen Raum von Grund auf neu zu gestalten und ihm für alle Zeiten sein altes deutsches Gesicht wiederzugeben“.²⁹ Dieses Ziel sollte durch die gleichzeitige staatlich gelenkte Ansiedlung von „Volksdeutschen“ aus Osteuropa erreicht werden.

Himmlers ehrgeiziger Zeitplan von Ende Oktober 1939 in seiner neuen Rolle als RKF sah vor, neben einem Teil der polnischen Bevölkerung, die jüdische Bevölkerung bereits in Gänze aus den annexierten polnischen Westgebieten in das GG zu deportieren. Spätestens mit der Ankunft der ersten „Volksdeutschen“ aus dem Baltikum richtete sich die Auswahl und die Anzahl der zu deportierenden Juden und Polen in den kommenden „Nah- und Zwischenplänen“ der Jahre 1939 bis 1941 aber vor allem nach den Bedürfnissen der anzusiedelnden „Volksdeutschen“, wenn auch versucht wurde, die politische Komponente, das heißt die Vertreibung der noch lebenden Angehörigen der Intelligenz und aller Juden, in die Umsiedlungspläne zu integrieren.³⁰

Die Deportationen knüpften mit ihren menschenverachtenden Begleitumständen nahtlos an die ersten Wochen der deutschen Besatzung an.³¹ Dies lag auch daran, dass der „1. Nahplan“ eher improvisiert und chaotisch abließ, lag doch die Anordnung aus Berlin für dessen Durchführung erst am 28. November 1939, also vier Tage vor dem geforderten Beginn, in Posen vor, so dass die Stellen im Warthegau „gar keine organisatorischen Voraussetzungen für diese Umsiedlung hatten“.³² Gleiches galt aller-

²⁹ ULRICH GREIFELT, Festigung deutschen Volkstums in den Ostgebieten, in: Deutsche Verwaltung 17 (1940), S. 17.

³⁰ HSSPF Posen, Geheimes Rundschreiben, Abschiebung von Juden und Polen aus dem Warthegau, 12.11.1939, AIPN, 68/99, Bl. 1 f.: „Ziel der Abschiebung ist: a) die Säuberung und Sicherung der neuen deutschen Gebiete, b) die Schaffung von Wohnungen und Erwerbsmöglichkeiten für die einwandernden Volksdeutschen. Diesen Zielen muss die Evakuierungsaktion unbedingt entsprechen, grundsätzlich ohne Rücksicht auf alle Belange sonstiger Art“; GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995, S. 46.

³¹ Zu den Umständen der Deportationen vgl. MICHAEL ALBERTI, „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“. Der Reichsgau Wartheland 1939–1941, in: Genesis des Genozids (Anm. 6), S. 116 f.

³² GREISER, Aufbau, S. 14; HSSPF Posen, 26.1.1940, Erfahrungsbericht über die Umsiedlung von Polen und Juden aus dem Reichsgau Wartheland v. 26.1.1940, BAB, R 75/5, Bl. 3, dort auch Näheres zu den chaotischen Umständen, Bl. 4; zum „1. Nahplan“ vgl. PHILLIP T. RUTHERFORD, „Absolute Organizational Deficiency“. The 1. Nahplan, of December 1939 (Logistics, Limitations, and Lessons), in: CEH 36 (2003), Nr. 2, S. 235–273. Leider unterlässt Rutherford den Versuch, die offiziellen Zahlen zu verifizieren und die Transporte nach polnischen und jüdischen Deportierten zu entschlüsseln; vgl. zu

dings auch für die Behörden im GG. Daher „war das Ergebnis entsprechend katastrophal“.³³ „Tatsächlich“, so stellte ein Mitarbeiter der Volksdeutschen Mittelstelle im Februar 1940 fest, könne man „grauenhafte Zustände in den Evakuiertenlagern des Gouvernements feststellen“.³⁴

Diese Zustände wurden auch durch Überfüllung in den Evakuiertenlagern verursacht, da fast alle der offiziell 80 Transportzüge überbelegt waren und wesentlich mehr als die jeweils vereinbarten 1.000 Menschen pro Zug enthielten. Daher übertrafen die deutschen Besatzer ihr ursprüngliches Ziel von 80.000 zu deportierenden Menschen und transportierten im Rahmen des „1. Nahplans“ vom 1. bis zum 17. Dezember 1939 offiziell 87.883 Menschen in das GG.³⁵ Tatsächlich waren es aber noch mehr: Denn zu den offiziellen Transporten kam noch eine erhebliche Anzahl „illegaler“ Transporte und „wilder“ Vertreibungen mit Lastkraftwagen und Fußtrecks, nicht nur aus dem Warthegau, so dass nach einer Berechnung der Hauptabteilung Innere Verwaltung im GG 134.460 Polen und Juden in dieser Zeit dort ankamen.³⁶

Die in der Literatur immer wieder herangezogene Zahl von offiziell 87.883 deportierten Personen im Rahmen des „1. Nahplans“ ist also mit Vorsicht zu betrachten. So heißt es beispielsweise in einem Bericht des Leiters der Umwandererzentralstelle Litzmannstadt, Hermann Krumey, dass vom 1. bis zum 17. Dezember 82 Transportzüge abgegangen seien.³⁷ In anderen Dokumenten ist ansonsten immer nur von 80 Transporten die Rede.³⁸ Auch durch andere Zahlen wird diese Gesamtzahl zumindest in Zweifel gezogen: In einem Dokument, das die Zahl der Deportierten nach Kreisen aufschlüsselt, heißt es, dass aus Kalisch 8.850 Personen deportiert

den chaotischen Umständen auch den oben genannten Erfahrungsbericht des HSSPF Posen v. 26.1.1940.

³³ Vermerk v. 12.1.1940 über eine Besprechung am 9.2.1940 beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei Krakau, BAB, NS 26/1292, unpag.; Verfasser unbekannt. Wie wichtig allerdings diese ersten Erfahrungen bei den Deportationen für die späteren Organisatoren der „Endlösung“ waren, betont zu Recht RUTHERFORD, The 1. Nahplan (wie Anm. 32), S. 238.

³⁴ Volksdeutsche Mittelstelle Posen, Abt. Presse, Protokoll über die Besprechung der Abteilungsleiter v. 16.2.1940, undatiert, APP, VoMi 23, Bl. 94.

³⁵ HSSPF Posen, Erfahrungsbericht (wie Anm. 32), Bl. 3.

³⁶ GERHARD EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement, 1939–1945, Diss. phil. Frankfurt/M. 1969, S. 182.

³⁷ Bericht UWZ Litzmannstadt v. 18.10.1940, AIPN, 169/16, Bl. 128; Es ist anzunehmen, dass Krumey noch zwei „illegal“ Transporte in seine Gesamtzahl aufgenommen hat.

³⁸ Vgl. zum Beispiel den Erfahrungsbericht des HSSPF Posen v. 18.12.1939, abgedr. in: BGKBZHwP 12 (1960), S. 22 f.

wurden.³⁹ Tatsächlich geht aus anderen – meines Erachtens zuverlässigeren – Quellen aber hervor, dass von dort mindestens 9.729 Juden abtransportiert wurden.⁴⁰ Es ließen sich noch weitere Beispiele anführen.

Wie viele Juden im Rahmen des „1. Nahplans“ mit den „regulären“, also angemeldeten Transporten deportiert wurden, lässt sich nicht exakt feststellen. Es waren aber mindestens 27.333.⁴¹ Auch für den „Zwischenplan“, der im Februar und März 1940 umgesetzt wurde, liegen keine exakten Zahlen vor. Lediglich für die Transporte in den Distrikt Krakau des GG ist bekannt, dass dorthin 2.018 Juden deportiert wurden.⁴² Wie viele Juden in den Distrikt Radom gelangten (in die Distrikte Warschau und Lublin wurden im Rahmen des „Zwischenplans“ keine Transporte gefahren), ist nicht bekannt. Daneben gab es in den Monaten Oktober 1939 bis März 1940, nicht nur während des „1. Nahplans“, noch eine Vielzahl von „illegalen“ Zugbewegungen und „wilden“ Vertreibungen.⁴³ Weiterhin muss

³⁹ Aufstellung der UWZ Posen über die im Rahmen des „1. Nahplans“, des „Zwischenplans“ und des „2. Nahplans“ aus den einzelnen Kreisen deportierten Polen und Juden, abgedr. in: BGKBZHwP 12 (1960), S. 163 f.

⁴⁰ Lageberichte, Transportberichte und Transportbescheinigungen des Kommandos der Schutzpolizei Kalisch v. 3. u. 10.-13.12.1939, 31.1. u. 7.2.1940, AIPN, CA MSW 775/22, Bl. 9-11, 16, 20-22, ebd. 775/85, Bl. 1, 3.

⁴¹ Diese Zahl habe ich aus verschiedenen Quellen und Angaben in Sekundärliteratur errechnet: UWZ Posen, undatierter Bericht [Eingang: 11.1.1940], AIPN, UWZ Posen 235, Bl. 22; Judenrat Wartbrücken an AJJDC Warschau, 2.2.1940, AŽIH, AJJDC 123; Transportliste der evakuierten Juden aus Wartbrücken am 8.12.1939, APL, 206/II/60, Bl. 1-45; Judenrat Pabianice, Sprawozdanie ogólne z działalności Starszeństwa Żydów w Pabianicach, AŽIH, AJJDC 341, Bl. 21; MARIA RUTOWSKA, Wysiedlenia ludności polskiej z Kraju Warty do Generalnego Gubernatorstwa 1939-1941, Poznań 2003, S. 146, 175, 177, 188, 203 f.; Dr. von Gschließer an Distriktgouverneur Krakau, 29.12.1939, betr. Umsiedlung von Polen und Juden aus dem Westen, AIPN, NTN/PJB 254, Bd. 8, Bl. 82 f.; SS-Sturmbannführer Richter, Bericht über die in Lodzi v. 12.-16.12 durchgeführte Evakuierung von Polen und Juden, 16.12.1939, AIPN, 68/218, Bl. 28 f.; DANUTA DĄBROWSKA, Zagłada skupisk żydowskich w „Kraju Warty“ w okresie okupacji hitlerowskiej, in: BŽIH 13-14 (1955), S. 158, 173, 176, 183; Dazu kommen noch die in Anm. 40 genannten Quellen. Diese Zahl stellt lediglich eine Mindestzahl dar, da mir nicht für alle Transporte konkrete Zahlen zur Verfügung standen. Es müsste aber m. E. durch die Auswertung weiterer Quellen möglich sein, die exakte Zahl der im Rahmen des „1. Nahplans“ deportierten Juden zu erschließen.

⁴² Abt. Arbeit im Amt des Generalgouverneurs, Dr. von Gschließer, an Distriktgouverneur Krakau, 12.4.1940, AIPN, 196/254, Bl. 93.

⁴³ Generalgouverneur Frank beschwerte sich mehrfach bei Himmler über illegale Transporte mit Polen und Juden, die in das GG gekommen seien: Reichsstatthalter Posen an RegPräs Posen, Hohensalza und Kalisch, alle Landräte, Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten, 22.2.1940, AIPN, 64/161, Bl. 11; Schnellbrief Göring an alle Reichsverteidigungskommissare, Himmler, Reichsministerium des Innern, Reichsverkehrsministerium u. Generalgouverneur Frank, 23.3.1940, AIPN, Regierung des GG II/374, Bl. 1; HSSPF

berücksichtigt werden, dass viele Polen und Juden – zum Teil mit Duldung der Behörden im GG – wieder in ihre Heimatorte zurückgingen und bei einem der nächsten Transporte erneut in das GG gefahren und noch einmal mitgezählt wurden.⁴⁴ Unabhängig davon, wie viele Juden und Polen nun tatsächlich in diesen Monaten deportiert oder vertrieben wurden, konnte schon nach Abschluss des „1. Nahplans“ der gesamte Regierungsbezirk Posen, der westliche Teil des Regierungsbezirks Hohensalza und die zwei westlichen Kreise Ostrowo und Kempen des Regierungsbezirks Kalisch (Litzmannstadt) für „judenfrei“ erklärt werden. Dabei handelte es sich exakt um die Gebiete, die bis 1918 zum Deutschen Reich gehört hatten.⁴⁵

Darüber hinaus war – als die Judendeportationen Ende März 1940 nach dem Ende des „Zwischenplans“ vorläufig eingestellt wurden – die Anzahl der Juden im Warthegau seit dem 1. September 1939 um etwa 170.000 Personen auf 265.000 zurückgegangen.⁴⁶ Nur ein Teil davon wurde jedoch

Warthe, Evakuierungsstab, Außenstelle Leslau, an HSSPF Warthe, Posen, 17.1.1940, AIPN, SOTW 119, Bl. 5, unsortiert, nach Bl. 265: „Vor Eintritt der strengen Kälte hat hier eine recht erhebliche illegale Abwanderung, gegen die nicht eingeschritten wurde, stattgefunden.“

⁴⁴ RegPräs Posen, I a P, Viktor Böttcher, an Polizeipräsident Posen und Landkommissare des Regierungsbezirks, 17.1.1940, betr. Rückwanderung von evakuierten Polen, wo es heißt: „Es genügt nicht, dass diese Personen mit dem nächsten Transport ins Generalgouvernement zurückbefördert werden“, AIPN, 62/299, Bl. 27; Auch der Regierungs-vicepräsident in Hohensalza monierte, „dass in der letzten Zeit immer häufiger evakuierte Polen und Juden aus dem Generalgouvernement auf Grund von irgendwelchen Ausweisen zurückkehren.“ RegPräs Hohensalza, I – Pol. 5., i. V. Pickel, an Reichsstatthalter – Abt. I. –, 11.1.1940, betr. Evakuierung, AIPN, 62/299, Bl. 26.

⁴⁵ Übersicht über die Bevölkerung nach der Volkszugehörigkeit, der Haussprache u. der Religionszugehörigkeit auf Grund der Angaben bei der polizeilichen Einwohnerfassung 1939, APP, 299/611, Bl. 151–163; RegPräs Hohensalza, I P 121/33, Endgültiges Ergebnis der Einwohnerfassung Dezember 1939/Januar 1940, APP, 299/594, Bl. 15–30; JANUSZ WRÓBEL, Przemiany ludnościowe spowodowane polityką okupanta hitlerowskiego w tzw. rejencji łódzkiej w latach 1939–1945, Warszawa 1987, S. 176; Dieses Ergebnis entsprach auch dem in der zweiten Novemberhälfte im RSHA entstandenen „Fernplan der Umsiedlung in den Ostprovinzen“, demzufolge die jüdische Bevölkerung von Westen und Norden her in Richtung GG abgeschoben werden sollte. Der „1. Nahplan“ war der erste Schritt zur Umsetzung des später gescheiterten Fernplans, KARL-HEINZ ROTH, „Generalplan Ost“ und der Mord an den Juden. Der „Fernplan der Umsiedlung in den Ostprovinzen“ aus dem Reichssicherheitshauptamt vom November 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 12 (1997), Nr. 2, S. 57 f., 62, 64 f., 68 f.

⁴⁶ Anfang Januar 1940 lebten nach Berechnungen der Behörden (die auf einer ab dem 17.12.1939 durchgeführten Volkszählung beruhten) noch 319.976 Juden im Warthegau (vgl. Anm. 45). Anschließend wurden noch einmal mindestens 2.018 Juden im Rahmen des Zwischenplans deportiert – wahrscheinlich waren es aber mehr. Dann müssen noch die Fluchtbewegungen dazu gerechnet werden, die es in allen Monaten seit dem deutschen Einmarsch gab. Allein in den Monaten Januar bis März 1940 reduzierte sich die Zahl der jüdischen Einwohner in Lodz um 51.786, vgl. WRÓBEL, Przemiany (Anm. 45), S. 173 f.;

deportiert, die meisten waren geflohen und einige Tausend waren in den Monaten September bis Dezember 1939 ermordet bzw. Opfer von Kampfhandlungen geworden. Obwohl also circa 39 Prozent der bei Kriegsbeginn auf dem Gebiet des Warthegaus ansässigen Juden ein halbes Jahr später dort nicht mehr lebte, waren die lokalen Behörden im Frühjahr 1940 mit einer Situation konfrontiert, die so nicht geplant war, gingen diese doch ursprünglich davon aus, zu diesem Zeitpunkt bereits den gesamten Warthegau als „*judenfrei*“ proklamieren zu können.⁴⁷ Dieses Ziel musste jetzt aber erst einmal hintanstehen, da die weitere Deportation der Juden wegen anderer Prioritäten in den An- und Umsiedlungsplänen – nämlich die Ansiedlung vorwiegend ländlicher „*Volksdeutscher*“ und damit die Deportation vor allem polnischer Bauern – bis auf weiteres ausgesetzt wurde.⁴⁸ Die Behörden mussten sich also zunächst auf einen weiteren Verbleib der Juden einrichten.

Ghettoisierung

In einigen Orten reagierten die deutschen Behörden auf die neue Situation mit der Ghettoisierung der Juden. Die Initiative dazu ging von den mittleren und unteren Verwaltungsebenen aus, die direkt mit den Juden konfrontiert waren. Lediglich im Fall des Ghettos in Lodz erfolgte sie auf höhere Weisung seitens des Regierungspräsidenten in Kalisch, Friedrich Uebelhoer. Die Motive für die Errichtung eines Ghettos waren unterschiedlicher Natur: Persönlicher Ehrgeiz der lokalen Autoritäten, die Juden aus dem Ortsbild zu verbannen, die Bekämpfung der angeblich von Juden ausgehenden Seuchengefahren, fehlender Wohnraum, Besserstellung der einheimischen deutschen Bevölkerung, Bekämpfung des angeblich von Juden dominierten Schleichhandels. In vielen Fällen vermengten sich auch mehrere dieser Motive.⁴⁹

In dieser Zahl sind jedoch auch 1.536 Juden enthalten, die im Rahmen des Zwischenplans deportiert wurden, Bericht Oberregierungsrat Dr. v. Gschließer, Krakau, 29.12.1939, an Generalgouverneur Frank, AIPN, 196/254, Bd. 8, Bl. 84 f. Es ist nicht sicher, ob alle Flüchtlinge in das GG gegangen sind, aber sehr wahrscheinlich. Zudem sind auch noch aus anderen Orten im Warthegau Juden in das GG geflohen, doch besitzen wir darüber keine Zahlen.

⁴⁷ Vgl. Himmlers Anordnung 1/II v. 30.10.1939, abgedr. in: BGKBZHwP 12 (1960), S. 9 f.

⁴⁸ Fernschreiben Eichmann an IdS Posen, z. Hd. SS-Sturmbannführer Rapp, 14.3.1940, AIPN, 68/130, Bl. 35; ALY, „*Endlösung*“ (Anm. 30), S. 111.

⁴⁹ Diese Motive lassen sich zum Beispiel in dem antisemitischen Artikel „*Kampf gegen das Chaos*“ des Litzmannstädter Polizeipräsidenten Karl-Wilhelm Albert nachlesen. Der Ar-

Eine Wechselwirkung mit den Deportationswellen bzw. der Aussicht auf Wiederaufnahme derselben oder der Ansiedlung von „Volksdeutschen“ ist unübersehbar, da es eine Ghettoisierungswelle nach dem Ende des „Zwischenplans“ im März 1940, nach der nicht erfolgten Wiederaufnahme der Deportationen von Juden im August 1940 und nach dem Abbruch des „3. Nahplans“ im März 1941 gab. Auch wenn „Volksdeutsche“ in größerer Zahl in einem Ort angesiedelt werden sollten, kam es häufig zu einer Ghettoisierung, war diese doch ein probates Mittel, um durch die Zusammendrängung der Juden Wohnraum für die „Volksdeutschen“ zu schaffen.

Doch nicht immer ließ sich eine geplante Ghettoisierung auch umsetzen: Oft fehlte es an Baumaterialien für eine Umzäunung des Ghettos, an Bewachungskräften oder auch an Mitteln zur Entschädigung der „volksdeutschen“ Eigentümer, die ihre Wohnungen und Häuser im geplanten Ghettobezirk verlassen sollten. Da solche Probleme nicht überall sofort oder auch gar nicht gelöst werden konnten, zog sich die Ghettoisierung über eineinhalb Jahre hin oder konnte häufig auch gar nicht realisiert werden. Zudem wurden außerhalb von Lodz nur die wenigsten Juden in „echte“ Ghettos, also mit einer Umzäunung, gepfercht. Die meisten Ghettos waren „offen“, hier beschränkte sich der Begriff „Ghetto“ auf die von den lokalen Behörden festgelegten Straßenzüge, die häufig nur zum Teil kontrolliert bzw. bewacht wurden.⁵⁰ Da die ersten, 1940 errichteten Ghettos zunächst als eine maximal auf mehrere Monate begrenzte Übergangsmaßnahme angesehen wurden, ging die Ghettoisierung einher mit einer zweiten Welle der Beraubung (nach der ersten während der beiden vorherigen Deportationswellen), welche die jüdische Bevölkerung in eine völlige Abhängigkeit von den deutschen Besatzern brachte.⁵¹

tikel erschien in der Zeitschrift „Die deutsche Polizei“ 9 (1941), S. 43. Nicht immer ist jedoch eindeutig auszumachen, ob diese Gründe vorgeschoben waren.

⁵⁰ Zu den Ghettabildungen im Warthegau vgl. ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 147–217, bes. S. 147–171, 193–206. Bei der Ghettoisierung wirkten auch die staatlichen und kommunalen Gesundheitsverwaltungen im Warthegau mit, um damit eine Seuchenprävention zu erreichen, JOHANNES VOSSEN, Gesundheitspolitik als Teil der „Volkstums-politik“. Der öffentliche Gesundheitsdienst im „Reichsgau Wartheland“, 1939–1945, unveröffentlichtes Manuskript, S. 31–35, 43 f.

⁵¹ Reichsministerium des Innern, I Ost, 3.4.1940, Vermerk über die Besprechungen betr. das Ghetto in Lodzi, BAB, 58/3518, Bl. 2. In Lodz war in den ersten Monaten der Besetzung vor allem die Kripo unter dem Leiter der Kripo Litzmannstadt, Dr. Walter Zirpins, massiv an der Beraubung der Ghettobevölkerung beteiligt. Zu Zirpins vgl. die kurze Skizze von ROLF SURMANN/ DIETER SCHRÖDER, Vom NS-Goldräuber zum führenden Wirtschaftskriminologen der Bundesrepublik. Die Karriere des Dr. Walter Zirpins, in: DIES., Der lange Schatten der NS-Diktatur. Texte zur Debatte um Raubgold und Entschädigung, Hamburg, Münster 1999, S. 51–60. Auch in den kleineren Ghettos gab es diese zweite Welle der Beraubung.

Im Litzmannstädter Ghetto sollte mit den geraubten Wertgegenständen der Unterhalt der Juden bis zu deren geplanter Deportation quasi „kostenneutral“ gestaltet werden.⁵² Zunächst versuchte der von den Deutschen eingesetzte Judenratsvorsitzende Chaim Rumkowski vergeblich, dagegen zu steuern und die Behörden davon zu überzeugen, dass jüdische Arbeit wertvoll für die deutsche Kriegswirtschaft sei.⁵³ Diese Anstrengung war erst dann von Erfolg gekrönt, als in Lodz ab August 1940 eine Neuorientierung der deutschen „Judenpolitik“ stattfand. Dies war wiederum eine Reaktion auf die sich zu diesem Zeitpunkt klar abzeichnende Tatsache, dass die für Anfang August 1940 geplante Wiederaufnahme der Deportationen von Juden frühestens 1941 erfolgen würde.⁵⁴ Um die Kosten für die Nahrungs- und Bedarfsmittel, die nach einigen Monaten schon nicht mehr durch die geraubten Mittel der Ghettoinsassen gedeckt werden konnten, abdecken zu können, sollte die jüdische Zwangsarbeit und damit der Profit daraus ausgedehnt werden.⁵⁵ In der Folge vergrößerte sich insbesondere im Ghetto Litzmannstadt die Produktion enorm.⁵⁶

Zwangsarbeitslager

Außerhalb von Lodz gab es nur in wenigen Ghettos organisierte jüdische Zwangsarbeit.⁵⁷ Dagegen erlangten die Zwangsarbeitslager für Juden eine große Bedeutung für die Infrastrukturmaßnahmen im Warthegau. Die ersten Zwangsarbeitslager entwickelten sich ursprünglich aus dem Gedanken, ungelernte jüdische Arbeiter, für die in den Ghettos keine Arbeit gefunden werden konnte, an anderer Stelle auszubeuten und damit die

⁵² Bürgermeister Marder an Treuhandnebenstelle Litzmannstadt, 2.7.1940, APL, 221/IX/29370, Bl. 301.

⁵³ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 228–237.

⁵⁴ Fernschreiben RSHA, IV B 4, Günther, an UWZ Posen, Höppner, 1.7.1940, AIPN, 68/115, Bl. 28; Bürgermeister Marder, Litzmannstadt, an RegPräs Litzmannstadt, 24.8.1940, Lagebericht für Monat Juli 1940, APL, 176/428, Bl. 91; Niederschrift der Dezernen-tenbesprechung der Litzmannstädter Stadtverwaltung am 27.8.1940, 29.8.1940, APL, 221/VII/65, Bl. 39 f.

⁵⁵ Ghettoverwaltung Litzmannstadt, Aktennotiz v. 2.9.1940, abgedr. in: Dokumenty i materiały do dziejów okupacji niemieckiej w Polsce, Bd. 3: Getto łódzkie. Teil 1, hg. v. ARTUR EISENBACH, Warszawa u. a. 1946, S. 99; Ghettoleiter Biebow an städtische Bauverwaltung, 12.9.1940, APL, 221/IX/3, Bl. 158. Zunächst musste die Litzmannstädter Ghettoverwaltung im Oktober 1940 allerdings einen Kredit aufnehmen, um die laufenden Kosten zu decken. Auch daran waren deutsche Kreditinstitute beteiligt, LOOSE, Beteiligung (Anm. 24), S. 248.

⁵⁶ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 258–277.

⁵⁷ Ebd., S. 277–283.

Unterhaltskosten für die Ghettos zu senken. Zunächst war ihr Einsatz nur an der Reichsautobahn-Neubaustrecke Frankfurt/Oder-Posen geplant.⁵⁸ Doch als den Behörden im Warthegau klar war, dass nach dem Abbruch des „3. Nahplans“ der Aufenthalt der Juden im Gaugebiet auf unabsehbare Zeit Bestand haben würde und damit die Kosten für den Unterhalt weiter den Haushalt belasten würden, dehnte die Reichsstatthalterei in Posen den Einsatz der Juden auf das gesamte Gaugebiet aus. Schon sehr bald wurden Juden für alle erdenklichen Infrastrukturarbeiten im Warthegau eingesetzt, vor allem im Straßenbau, im Eisenbahnbau und für Meliorationsarbeiten. Auch auf zahlreichen Landgütern wurden Juden zu Arbeiten herangezogen. Dies hatte zur Folge, dass im westlichen Teil des Warthegaus, der Ende 1939 für „judenrein“ erklärt worden war, 1941 mehr Juden lebten, als vor dem Krieg. In der Gauhauptstadt Posen lebten 1942 sogar drei Mal so viele Juden wie bei Kriegsbeginn (ca. 15.000).⁵⁹ Insgesamt existierten von 1941 bis 1943 im Warthegau mindestens 187 Zwangsarbeitslager für Juden bzw. Orte (Landgüter etc.), an denen Juden zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Dazu kamen noch 45 Lager an der Reichsautobahn-Neubaustrecke Frankfurt/Oder-Posen und an anderen Orten im Altreich.⁶⁰

„Indirekte“ Vernichtung

Zwar wurden Juden ab Mitte 1941 ein wichtiger Faktor für die Arbeitskräftebeschaffung im Warthegau, doch blieb die chronische Unterernährung der jüdischen Zwangsarbeiter (und erst recht der nicht arbeitenden oder „arbeitsunfähigen“ Juden) das beherrschende Charakteristikum der nationalsozialistischen „Judenpolitik“. Im Spannungsfeld zwischen (rüstungs-)wirtschaftlichen Erfordernissen und ideologischen Prämissen behielten Letztere aber immer die Oberhand. „Vernichtung durch Arbeit“ war somit auch im Warthegau und entlang der Reichsautobahn-Neubaustrecke nach Posen für viele jüdische Zwangsarbeiter das ihnen zugesetzte Schicksal. Bis zum Beginn des organisierten Massenmords im Herbst 1941 waren im Warthegau bereits über 15.000 Juden an den Folgen der Unterernäh-

⁵⁸ RegPräs Litzmannstadt an Oberbürgermeister Litzmannstadt, 26.9.1940, APL, 221/IX/19, Bl. 147; Ghettoversorgung Litzmannstadt, Biebow, an RegPräs Litzmannstadt, 11.10.1940, APL, 19, Bl. 143f; WOLF GRUNER, Juden bauen die „Straßen des Führers“. Zwangsarbeit und Zwangsarbeitslager für nichtdeutsche Juden im Altreich, 1940–1943/44, in: ZFG 44 (1996), Nr. 9, S. 789, 791.

⁵⁹ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 283–300. Greiser stellte das 1942 als eine Errungenschaft seiner Führung im Warthegau dar, GREISER, Aufbau (Anm. 14), S. 9.

⁶⁰ Diese Zahlen habe ich aus den mir zur Verfügung stehenden Dokumenten errechnet.

rung, den katastrophalen hygienischen Zuständen, der mangelnden medizinischen Versorgung oder auch der rücksichtslosen Behandlung durch ihre Bewacher gestorben.⁶¹ Ein polnischer Laborant, der während des Krieges im Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Posen arbeitete, sagte 1946 im Prozess gegen Arthur Greiser aus:

„Schon 1941 wurden dort auch Juden verbrannt; diese kamen aus Arbeitslagern in Posen oder Umgebung. [...] Die jüdischen Leichen waren nackt, ungewaschen und unsäglich verlaust. In den Lagern herrschte Typhus, an dem eine sehr große Anzahl starb. Alle eingelieferten Judenleichen wiesen Wunden auf, über den ganzen Körper verteilt, Eiter rann heraus. Diese rührten von einer kompletten körperlichen Erschöpfung her, und sie vergrößerten sich und heilten nicht, weil es in den Judenlagern keine ärztliche Betreuung und absolut keine Verbandsmittel gab. Viele von ihnen wiesen Folterspuren/körperliche Misshandlungsspuren auf. Es gab Tage, an denen bis zu 60 jüdische Leichen eingeliefert wurden.“⁶²

In den Ghettos bzw. jüdischen Gemeinden des Warthegaus und in den Zwangsarbeitslagern begann das Massensterben also schon vor der eigentlichen Vernichtung der Juden. Bis Mitte 1944 starben dort noch einmal über 30.000 jüdische Menschen.⁶³ Die höchste Sterblichkeit herrschte im Litzmannstädter Ghetto, dem „Krepierwinkel Europas“.⁶⁴ Dort starben von Mai 1940 bis August 1944 insgesamt 43.725 Menschen, also über ein Drittel der Ghettobevölkerung.⁶⁵

⁶¹ Zahlen für Lodz: Ältester der Juden/Litzmannstadt: Aufstellung über die Geburten und Sterbefälle im Ghetto 1.5.1940–28.2.1941, APL, 221/IX/22, Bl. 239; Ältester der Juden/Litzmannstadt: Bevölkerungsbewegung im Litzmannstadt-Ghetto, 1941, APL, 278/863, Bl. 46. Die restlichen 2.000 Opfer sind von mir geschätzt. Auch in den kleineren Ghettos außerhalb von Lodz gab es zahlreiche Todesfälle. So starben etwa in Kutno, wo im Oktober 1940 eine Fleckfieberepidemie im dortigen Judenlager ausgebrochen war, bis zum März 1942 von 1.369 erkrankten Menschen 313 an den Folgen der verweigerten medizinischen Hilfe; VOSSEN, Gesundheitspolitik (Anm. 50), S. 32–35.

⁶² Zeugenaussage Michał Woroch, 16.11.1945, AIPN, 196/29, Bl. 176 (Übersetzung von mir, M.A.).

⁶³ MARIAN ŚWITOŃSKI, Zbrodnie na Żydach z getta łódzkiego osadzonych w obozach w poznańskiem, in: Getto w Łodzi 1940–1944. Materiały z sesji naukowej: 9.8.1984 r., hg. v. Okręgowa Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Łodzi – Instytut Pamięci Narodowej, Łódź 1988, S. 101–103; PRZEMYSŁAW MNICHOWSKI, Hitlerowskie obozy pracy przymusowej dla Żydów z getta łódzkiego na Środkowym Nadodrzu w latach 1940–1944, in: ebd., S. 111 f.

⁶⁴ OSKAR ROSENFELD, Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Ghetto Lodz, hg. v. HANNO LOEWY, Frankfurt/M. 1994, S. 70.

⁶⁵ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 313.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil wurde erschossen, sei es von Bewachungskräften der Schutzpolizei⁶⁶ oder Angehörigen der Gestapo, vor allem im Rahmen von Selektionen.⁶⁷ Andere starben an den Folgen von Misshandlungen und Folter.⁶⁸

Lodz stellte zwar einen Extremfall dar, doch auch in den kleineren Ghettos herrschten zum Teil unmenschliche Bedingungen. So waren etwa in dem kleinen Ort Praschkau im südlichen Warthegau die Juden „sehr abgemagert“ und es war „allgemein bekannt“, dass sie „im Ghetto vor Hunger starben“.⁶⁹ Ebenso waren Misshandlungen und gezielte Morde an der Tagesordnung. In der Erinnerung vieler Überlebender haben sich ihre Peiniger, wie etwa der stellvertretende Leiter der Gestapo Welungen, Robert Bach, als „Judenfresser“ in das Gedächtnis eingebrannt.⁷⁰

„Direkte“ Vernichtung

Die Hemmschwelle zum Massenmord an den Juden wurde nicht nur durch diese tagtäglich vorsätzlich herbeigeführten Tode, sondern auch durch die Ermordung von polnischen und jüdischen Geisteskranken immer weiter gesenkt. Von Oktober 1939 bis Sommer 1941 ermordeten Angehörige des völlig autonom von der Euthanasie-Zentrale in Berlin agierenden SS-Sonderkommandos Lange 5.726 Patienten im Warthegau und weitere 1.808 im

⁶⁶ Bericht Reserve-Polizeibataillon 101 über den Einsatz im Warthegau, 4.4.1941, BAB, R 20/51; Reserve-Polizeibataillon 41 an den BdO Posen, 29.1.1942, BAB, R 20/88.

⁶⁷ Delegatura Rządu RP na Kraj, Biuro Prezydialne – Poczta do Rządu (1942 r.): Pro memoria o sytuacji w kraju w okresie 11 października–15 listopada 1942 r., AAN, 202/I-31, Bl. 144; dito, Departament Informacji i Prasy, Informacja Bieżąca 37/62, 5.10.1942, AAN, 202/III-7, Bl. 163; dito, Informacja Bieżąca 4/29, 25.1.1942, Bl. 35; dito, 7/32, 16.2.1942, Bl. 47; dito, 39/64, 23.10.1942, Bl. 174.

⁶⁸ Hier tat sich vor allem die Kripo hervor. Vgl. ANTONI GALIŃSKI, Policja w getcie, in: Getto w Łodzi (Anm. 63), S. 42. „Wir leiden schrecklich, wie immer, heute morgen hatten wir Besuch von der ‚Kripo‘ (Kriminalpolizei), den brutalsten Bestien, die die Menschheit je gesehen hat. Sie kamen, um nach ‚ihrem‘ Schmuck zu suchen. Sie lärmten, schlugen, drohten – ein alter Mann wurde von den ‚Herren‘ schwer verletzt. [...]. Wir hatten alle das Gefühl, dem sprichwörtlichen Tod ins Auge zu blicken. Die Teufel blieben über eine Stunde – nahmen ein paar Kleinigkeiten mit – und gingen.“ – „Les Vrais Riches“. Notizen am Rand. Ein Tagebuch aus dem Ghetto Łódź (Mai bis August 1944), hg. v. HANNO LOEWY/ ANDRZEJ BODEK, Leipzig 1997, S. 68 (Eintrag für den 11.7.1944).

⁶⁹ Zeugenaussage Piotr-Pawel Na., 7.10.1968, Praschkau, in: BAL, vorl. 203 AR-Z 161/67, Bd. 6, Bl. 58. Vgl. auch die zahlreichen Eingaben jüdischer Gemeinden an den AJJDC in Warschau in den Jahren 1940/41, AŽIH, AJJDC 94, 326, 291.

⁷⁰ Zeugenaussage Heinrich Lipschütz, 9.10.1947, AIPN, 164/964, Bl. 22.

Sommer 1940 in Ostpreußen.⁷¹ Als die Vernichtung der Juden im Warthegau begann, war der Massenmord für die Einheit des SS-Hauptsturmführers Herbert Lange bereits zur Routine geworden.

Anders als im Altreich gab es im Warthegau keine nennenswerten Proteste gegen diese Praxis. So wundert es kaum, dass im Sommer 1941 der Massenmord an den Behinderten fast nahtlos in die Vernichtung der warthäldischen Juden übergehen konnte, zumal der Tod von als minderwertig angesehenen Menschen in den Ghettos, wie oben dargelegt, für die Verantwortlichen bereits eine alltägliche Erscheinung geworden war, ohne dass die Verantwortlichen daraus Konsequenzen gezogen und sich etwa hätten versetzen lassen. Und auch die personellen Kontinuitäten und Radikalisierungen sind deutlich zu sehen: Angehörige der Litzmannstädter Ghettoverwaltung verwalteten zunächst ohne Skrupel den Tod im Ghetto, um ab Frühjahr 1942 nicht nur bei der Verwertung der Hinterlassenschaften der ermordeten Juden mitzuwirken, sondern sich auch aktiv an der Selektion in den kleineren Ghettos zu beteiligen, wobei sie auch vor Mord nicht zurückschreckten.⁷² Gleichermaßen gilt für viele Landräte und Amtskommissare. Das SS-Sonderkommando Lange, das in den Jahren 1939 bis 1941 für tausendfache Morde an den geistig Behinderten verantwortlich war, ermordete ab dem Herbst 1941 mehrere Hunderttausend Juden.

Diskussionen über die „Lösung der Judenfrage“ im Warthegau im Frühjahr/Sommer 1941

Der berühmt-berüchtigte Aktenvermerk des Leiters der SD-Leitstelle Posen, Rolf-Heinz Höppner, vom 16. Juli 1941 gibt bereit Auskunft darüber, wie weit sich Teile der warthäldischen Zivil- und Polizeiverwaltung im Frühsommer 1941 gedanklich bereits an einen solchen Massenmord angeähnert hatten. Mit Sicherheit wären die kaum verhüllten Mordabsichten in Höppners Memorandum ohne die Erfahrungen mit dem SS-Sonderkommando nicht so formuliert worden.⁷³ Doch Langes „Erfolge“ zeigten den

⁷¹ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 324–337. Daneben beteiligten sich auch Einheiten der Waffen-SS an der Ermordung von polnischen und jüdischen behinderten, meist geisteskranken Patienten: CÜPPERS, Wegbereiter (Anm. 5), S. 55. In die Vorbereitungen war wiederum die staatliche Gesundheitsverwaltung im Warthegau involviert, VOSSEN, Gesundheitspolitik, S. 46–48.

⁷² JERZY LEWIŃSKI, Proces Hansa Biebowa, Warszawa 1999, S. 116, 123 f., 136 f., Zeugenbefragung Hersz Krzepicki, 24.4.1947, Sasza Lewiatin, 25.4.1947, Rafał Lewkowicz, 25.4.1947. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele anführen.

⁷³ Aktenvermerk Höppners v. 16.7.1941, betr. Lösung der Judenfrage, AIPN, 196/36, Bl. 568; abgedr. in: BGKBZHwP 13 (1960), S. 29.

agierenden Rassefanatikern, was möglich war und dass die „Judenfrage“ auf einem anderen Weg als bisher angedacht, endgültig gelöst werden könnte. Höppners Schreiben zeigte nicht nur neue Lösungsmöglichkeiten für die „Judenfrage“ auf, sondern spiegelte auch die Frustrationen im Hinblick auf die Umsetzung der An- und Umsiedlungspläne und damit der „Lösung der Judenfrage“ im Warthegau wieder. Obwohl Juden in den Berechnungen der Deportationszahlen für den „3. Nahplan“ 1941 überhaupt nicht erwähnt wurden (denn es ging nach wie vor um die Ansiedlung der bäuerlichen „Volksdeutschen“ aus Wolhynien und Bessarabien),⁷⁴ führte die bereits nach kurzer Zeit erfolgte Einstellung des 1. Teiles des „3. Nahplans“ im März 1941, die als Ergebnis lediglich die Deportation von 19.226 Personen, darunter 2.140 Juden, mit sich brachte,⁷⁵ dazu, dass die „Judenfrage“ auf allen Ebenen der warthelandischen Zivil- und Polizeiverwaltung immer stärker thematisiert wurde und sich somit auf die Posener Führung ein Druck von unten aufbaute, diese Frage im Gau endlich zu lösen.⁷⁶ Denn noch immer lebten im Frühjahr 1941 über eine Viertelmillion Juden in Greisers Herrschaftsgebiet, das schon längst „judenfrei“ sein sollte.⁷⁷

Die Folge dieser Frustration lässt sich an den teilweise drastischen Schriftwechseln untergeordneter Behörden mit ihren Vorgesetzten hinsichtlich des „jüdischen Problems“ ablesen, die in den Folgemonaten auftraten. Neben der Forderung nach der Abschiebung der Juden wurde darin auch immer deutlicher zwischen „arbeitsunfähigen“ und „arbeitsfähigen“ Juden unterschieden. Erstere galten als „unnützer“ und zudem für die lokalen Behörden „teurer Ballast“, der so schnell wie möglich „beseitigt“ werden

⁷⁴ SS-Ansiedlungsstab Posen, Planungsabteilung, Dolezalek, Vermerk v. 10.1.1941, BAB, R 49/3066, Bl. 7 f.

⁷⁵ UWZ Posen, Abschlussbericht über den „3. Nahplan“, auszugsweise abgedr. in: BGKBZHwP 21 (1970), S. 106; Aufstellung über die Zielstationen der Deportationen im Rahmen des „3. Nahplans“, AIPN, 196/13, Bl. 123.

⁷⁶ „Der allgemeine Wunsch der Landräte, Amtskommissare, Bürgermeister usw., die sich im Warthegau noch befindliche gesamte Judenschaft ebenfalls ins Litzmannstädter Getto zu überführen, ist bedenklich, da im heutigen Wohngebiet unmöglich weitere 100.000 Menschen eingesiedelt werden können“, Auszug aus einem Tätigkeitsbericht der Ghettoverwaltung für Mai 1941, abgedr. in: EISENBACH, Dokumenty (Anm. 55), Bd. 3, S. 184.

⁷⁷ Im Regierungsbezirk Hohensalza am 1.4.1941 31.781 Juden, RegPräs Hohensalza, Lagebericht v. 8.7.1941; APP, 299/856, Bl. 2; im Ghetto Litzmannstadt am 1.4.1941 150.436 Juden, Ältester der Juden in Litzmannstadt-Ghetto, Bevölkerungsbewegung in Litzmannstadt-Ghetto im Jahre 1941; APL, 278/863, Bl. 46; im Regierungsbezirk Litzmannstadt am 1.4.1941 ca. 70.000 Juden, Zahl von mir geschätzt; in einem Dokument vom September 1941 ist die Rede von „etwa 68.000 Juden“, RegPräs Litzmannstadt, Abt. III, gez. Illig, 5.9.1941, Leistungsbericht der Abteilung III, 1.10.1940–1.10.1941, APL, 176/429, Bl. 60.

müsste.⁷⁸ Genau in diesem Kontext entstand Höppners Memorandum, in dem er von der Tötung der „Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel“ schreibt, während die „arbeitsfähigen“ Juden weiter ausbeutet werden sollten, eine Ansicht, die laut dem Begleitschreiben an seinen Vorgesetzten Eichmann auch andere Repräsentanten der Zivil- und Polizeiverwaltung im Warthegau teilten.⁷⁹ Die im Höppner-Memorandum diskutierten Mordpläne wurden allerdings solange nicht realisiert, bis ein entsprechendes Signal von Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser kam. Denn er – und nicht etwa der HSSPF Koppe – war derjenige, der über den Beginn des Massenmords an den Juden entschied.⁸⁰

Die Entscheidung zum Massenmord an den „arbeitsunfähigen“ Juden

In dieser mörderisch aufgeheizten Stimmung, als die Option des Massenmords bereits in der Luft lag, wurden Greiser und die Litzmannstädter Behörden durch Himmler plötzlich damit konfrontiert, 60.000 Juden aus dem Großdeutschen Reich und aus dem Protektorat Böhmen und Mähren im Litzmannstädter Ghetto aufnehmen zu müssen.⁸¹ Wegen des heftigen Protests der lokalen Behörden, die einen Zusammenbruch der lukrativen Produktion im Ghetto befürchteten, sah sich Greiser, der wegen der Einnahmen für seine Gaukasse selber ein Interesse am Fortbestand der Produktion hatte, veranlasst, mit Himmler und Reinhard Heydrich die Reduzierung der Anzahl der aufzunehmenden Juden zu vereinbaren. Dies geschah am 19. und bzw. oder am 20. September 1941. Da auch die reduzierte Anzahl von 20.000 Juden (und 5.000 Sinti und Roma) als für die Ghetto-wirtschaft nicht verkraftbar angesehen wurde, griff Greiser in diesen Gesprächen gleichzeitig auf die bereits seit längerem im Raum stehende Option des Massenmords zurück und ließ sich diesen von Himmler bzw. Hitler für einen Teil der wartheländischen Juden sanktionieren, um die vielen Probleme zu lösen bzw. schon seit längerem bestehende Vorschläge umzusetzen: Bannung der (vermeintlichen) Seuchengefahr, Auflösung der

⁷⁸ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 357, 369 f., 377–382.

⁷⁹ Aktenvermerk Höppners v. 16.7.1941 (wie Anm. 73).

⁸⁰ Zum bestimmenden Einfluss Greisers auf die Ermordung der Juden im Warthegau vgl. auch die Beiträge von Peter Klein und Jacek Andrzej Mlynarczyk in diesem Band.

⁸¹ Diese Entscheidung hing mit der schon länger im Raum stehenden und in Berlin diskutierten Frage nach dem Beginn der Deportationen der reichsdeutschen Juden zusammen. Vgl. dazu PETER LONGERICH, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München, Zürich 1998, S. 427–434.

Ghettos auf dem Lande, „Beseitigung“ der „arbeitsunfähigen“ Juden, Reduzierung der Kosten der Fürsorge für den Unterhalt der Juden, Einsparen von Bewachungskräften, Schaffen von Wohnraum für die „Volksdeutschen“, Errichtung eines Zentralghettos, Ausbau der Produktion im Ghetto Litzmannstadt und Effektivitätssteigerung derselben durch Überführung weiterer jüdischer Handwerker in dieses Ghetto.⁸²

Wie sehr die Verantwortlichen zum Massenmord an den Juden im Warthegau drängten, zeigt die Tatsache, dass er unmittelbar nach Greisers Vereinbarung mit Himmler Ende September/ Anfang Oktober 1941 einsetzte. Im Kreis Konin tötete das SS-Sonderkommando Lange alle noch lebenden Juden, insgesamt etwa 3.500.⁸³ Gleichzeitig wurde mit dem Aufbau eines Vernichtungslagers in Kulmhof begonnen.⁸⁴ Ab dem 8. Dezember 1941 begann Langes SS-Einheit, die so genannten arbeitsunfähigen Juden in Gaswagen zu ermorden. „Die Aussiedlung umfasste wörtlich alle Juden. In Lastautos wurden Säuglinge, Kinder, Greise, Bettlägerige und alle Übrigen mit dem ganzen Hab und Gut verladen und in Partien zu

⁸² ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 395–405.

⁸³ Leitung des Untergrundarchivs im Warschauer Ghetto, „Die Vorfälle in Kulmhof“ [undatiert, vermutl. März 1942], AŽIH, Ring I/413, unpag.

⁸⁴ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 415. Auch in anderen Gebieten Polens und der Sowjetunion gab es zu dieser Zeit regionale Initiativen zum Aufbau von Vernichtungszentren: Ende September/ Anfang Oktober 1941 im GG auf Initiative des HSSPF Lublin, Odilo Globocnik: vgl. BOGDAN MUSIAL, Ursprünge der „Aktion Reinhardt“. Planung des Massenmordes an den Juden im Generalgouvernement, in: „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. DERS., Osnabrück 2004, S. 65–81; im Oktober/ November 1941 in Mogilew, Weißrussland: vgl. CHRISTIAN GERLACH, Failure of Plans for an SS Extermination Camp in Mogilew, Belorussia, in: HGS 7 (1997), Nr. 1, S. 60–78; im Oktober 1941 in Auschwitz, wo zu diesem Zeitpunkt Michael Thad Allen zufolge die konkreten Planungen zum Bau von Vergasungsanlagen begonnen haben: MICHAEL THAD ALLEN, Anfänge der Menschenvernichtung in Auschwitz, Oktober 1941. Eine Erwiderung auf Jan Erik Schulte, in: VfZ 51 (2003), Nr. 4, S. 565–573. Schulte sieht demgegenüber die Umwandlung von Auschwitz in ein Vernichtungslager erst im Sommer 1942 als gegeben an: JAN ERIK SCHULTE, Vom Arbeits- zum Vernichtungslager. Die Entstehungsgeschichte von Auschwitz-Birkenau 1941/42, in: VfZ 50 (2002), Nr. 1, S. 60–69. Demgegenüber: TOBIAS JERSAK, Die Interaktion von Kriegsverlauf und Judenvernichtung. Ein Blick auf Hitlers Strategie im Spätsommer 1941, in: Historische Zeitschrift 268 (1999), Nr. 2, S. 345, 374, und KLAUS-JOCHEN ARNOLD, Hitlers Wandel im August 1941. Ein Kommentar zu den Thesen Tobias Jersaks, in: ZfG 48 (2000), Nr. 3, S. 249; die beiden Autoren sind der Meinung, Hitler habe im August 1941 die Ermordung der ost-europäischen Juden angeordnet. In seiner neuesten Studie hält Christopher Browning dagegen an seiner bekannten These fest, dass die deutsche Sieges euphorie im Spätsommer/ Frühherbst 1941 zu Hitlers Entschluss geführt habe, nach den sowjetischen auch sämtliche europäischen Juden zu töten, BROWNING, Entfesselung (Anm. 27), S. 531–535. Zum Bau der Vernichtungslager vgl. zusammenfassend ebd., S. 507–535.

60 Personen nach Kulmhof gebracht.“⁸⁵ In den folgenden 18 Monaten wurden dort etwa 150.000 Juden, über 4.300 Sinti und Roma und vermutlich auch tschechische Kinder aus Lidice, sowjetische Kriegsgefangene, Priester, Nonnen und sonstige „unliebsame“ Menschen ermordet,⁸⁶ ein Vorgang der für diejenigen, die davon zum ersten Mal hörten, kaum zu begreifen war:

„Die Berichte der jüngsten Morde in Kulmhof mit Hilfe von Giftgas belegen, dass die Deutschen sich dort selbst übertragen haben. Niederträchtige Perfidie, gemeine, unermessliche Gier und kalte, berechnende Grausamkeit fügen sich zu einem Bild zusammen, an dessen Echtheit der Mensch kaum glauben kann.“⁸⁷

Selbst für Angehörige der Besatzungsverwaltung, die bis dato die Entretung und Ghettoisierung der Juden nicht in Frage gestellt hatten, war das nur schwer zu ertragen:

„Ich hörte furchtbares Schreien, dann nur noch Wimmern. Es erstarb nicht. Ich habe noch nach der Uhr gesehen, solche Momente vergisst man nicht in seinem Leben. Nach zehn Minuten war das Schreien und Jammern immer noch nicht vorbei. Dann, nach 20 Minuten, wurde die Tür geöffnet. Da fielen die Leichen raus, es war langsam still geworden. – Ich erinnere mich mit aller Deutlichkeit, es war eine Frau dabei, die hatte zwei kleine Kinder in ihrem Arm. Ich weiß noch, die Frau war tot, die Kinder lebten. Da trat einer von der SS hin, schoss in den Kopf und weg – hineingeworfen in das Grab. Und das andere Kind genauso. Es war genau, wie ich es schildere. Diese Eindrücke vergisst man nicht, auch nicht nach 20 Jahren.“⁸⁸

Nicht nur die Deportationen und die eigentlichen Tötungen in den Gaswagen, sondern auch die Ghettoräumungen in den einzelnen Orten ließen äußerst grausam ab. Schon die Trennung der Familien und die der Kinder von ihren Eltern bei den Selektionen war eine Tragödie für die Betroffene

⁸⁵ „Die Vorfälle in Kulmhof“ (wie Anm. 83), S. 1.

⁸⁶ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 451; JANUSZ GULCZYŃSKI, Obóz śmierci w Chełmie nad Nerem, Konin 1991, S. 64 f. Zu den Sinti und Roma siehe: JULIAN BARANOWSKI, Zigeunerlager in Litzmannstadt 1941–1942, Łódź 2003, S. 40.

⁸⁷ Artikel „Die Juden“ im konspirativen Informationsbulletin der polnischen Heimatarmee, 30.4.1942, abgedr. in: Polacy – Żydzi/ Polen – Juden/ Poles – Jews 1939–1945. Wybór Źródeł/ Quellenauswahl/ Selection of Documents, hg. v. ANDRZEJ KRZYSZTOF KURNERT, Warszawa 2001, S. 204.

⁸⁸ Zeugenaussage Ottomar Roese, damals stellv. Leiter des Kommandos der Schutzpolizei Litzmannstadt, 1963 vor Gericht in Hannover im Prozess gegen Fuchs und Bradisch, abgedr. in: GERDA ZORN, „Nach Ostland geht unser Ritt“. Deutsche Eroberungspolitik und die Folgen: Das Beispiel Lodz, Köln 1988, S. 145 f.

nen.⁸⁹ Mehrere Tausend Menschen, darunter besonders viele Alte, Frauen und Kinder, starben bei den Aktionen an den Folgen der Misshandlungen oder durch direkten Mord.⁹⁰ So töteten die Deutschen zum Beispiel im August 1942 in der Kleinstadt Lask (ca. 30 Kilometer südöstlich von Lodz) bei der Räumung des dortigen Ghettos 63 Menschen. Hier, wie auch in anderen Orten, zeichneten sich der Leiter des Judenreferats der Litzmannstädter Gestapo, Günter Fuchs, und seine Mitarbeiter durch besondere Grausamkeit aus.⁹¹ Aber auch Zivilisten, wie der Leiter der Litzmannstädter Ghettoverwaltung, Hans Biebow, begingen Verbrechen oder hatten, wie der Amtskommissar in Zelau, Johannes Berger, keine Skrupel, bei den Aussiedlungen der Juden und der Verwertung ihrer Hinterlassenschaften mitzuwirken.⁹²

Während der eigentliche Massenmord eine Angelegenheit der Sicherheitspolizei und – unterstützend – der Ordnungspolizei war, blieb die logistische und finanzielle Abwicklung – anders als in den übrigen ost-europäischen Vernichtungszentren – eine ausschließliche Angelegenheit der Zivilverwaltung, im einzelnen der Litzmannstädter Ghettoverwaltung und der Reichsstadthalterei, insbesondere der Abteilung I mit ihrem Leiter SS-Oberführer Herbert Mehlhorn und seinem Nachfolger SS-Obersturmbannführer Herbert Reischauer.⁹³ Dies geschah auf Anweisung Greisers, der nicht nur für die Ingangsetzung des Massenmords an den warthelandischen Juden verantwortlich war, sondern auch für alle weiteren Schritte hinsichtlich der Auflösung der Ghettos, der Vernichtung ihrer Insassen und der Verwertung ihrer Hinterlassenschaften.⁹⁴

⁸⁹ Vgl. die Beschreibung der Aussiedlung aus Löwenstadt in: ROSENFELD, Wozu noch Welt, S. 135 f.

⁹⁰ LEWIŃSKI, Proces, S. 123, Zeugenaussage Sasza Lewiatin, 25.4.1947. Vgl. die Ausführungen von Klaus-Michael Mallmann in diesem Band zu den Tätern aus den Reihen der Gestapo Litzmannstadt und ihren Motiven.

⁹¹ Vgl. z. B. Zeugenaussage von Jehiel N., 2.9.1963, in: BAL, 162/vorl. 203 AR-Z 161/67, Bl. 79. In diesen Justizakten gibt es noch viele weitere Belege für Fuchs' Grausamkeiten. Vgl. zu Fuchs auch die kurze Skizze von ZORN, Ostland (Anm. 88), S. 118–124.

⁹² Ghettoverwaltung Litzmannstadt, Ribbe, an Amtskommissar Zelow, Berger, 5.1. 1943, abgedr. in: JOSEF WULF, Lodz. Das letzte Ghetto auf polnischem Boden, Bonn 1962, S. 76: „[...] und möchte nicht verfehlten, Ihnen bei dieser Gelegenheit meinen Dank und meine Anerkennung für die mir bei der Aussiedlung der Zelower Juden und Liquidierung des dortigen Ghettos geleistete Mitarbeit und Unterstützung auszusprechen.“ Zu Biebow vgl. JAN WASZCZYŃSKI, Rola Hansa Biebowa w eksterminacji mieszkańców getta w Łodzi, in: Getto w Łodzi (Anm. 63), S. 117–127.

⁹³ Vgl. den Beitrag von Peter Klein in diesem Band.

⁹⁴ Stapo stelle Litzmannstadt, II B 4, Lagebericht v. 9.6.1942, AIPNŁ, CA MSW 151/276, Bl. 101: „Nach Anweisung des Gauleiters sollen alle nichtarbeitsfähigen Juden evaku-

Das „Gaughetto“ Litzmannstadt 1943/44

Nach dem vorläufigen Ende des Massenmords im September 1942 blieb das „Gaughetto“ Litzmannstadt unter Greisers Federführung bestehen.⁹⁵ Die Versuche Himmlers und des HSSPF in Lublin, Odilo Globocnik, zur Übernahme des Ghettos scheiterten.⁹⁶ Das lag vor allem am Widerstand Greisers, der zwar radikal genug war, den Massenmord in Gang zu setzen, jedoch rational genug dachte, um auf die Einnahmen aus der jüdischen Zwangsarbeit für seine Gaukasse nicht zu verzichten. Sein Widerstand war deshalb von Erfolg gekrönt, weil er mehr Machtfülle als andere Widersacher oder Mitstreiter Himmlers und zudem eine Generalvollmacht Hitlers besaß, die ihm erlaubte, mit den Juden seines Gaues nach dem Abschluss des Massenmords „nach eigenem Ermessen [zu] verfahren“.⁹⁷

Durch den Fortbestand des Litzmannstädter Ghettos kam es in den Jahren 1943 und 1944 zu einem enormen Ausbau der Fertigungskapazitäten.⁹⁸ Dies geschah auch mit Unterstützung der Wehrmacht bzw. des Rüstungsministeriums, deren Interessen sich erst dann nicht mehr mit denen Greisers deckten, als dieser sich Mitte 1944 zwischen weiterer finanzieller Bereicherung und dem Wunsch Himmlers nach Auflösung des Ghettos entscheiden musste und sich in einer Mischung aus Loyalität und opportunistischen Gründen auf Himmlers Seite schlug.⁹⁹ Gegen den Widerstand von Rüstungsminister Albert Speer setzte Greiser zusammen mit Himmler durch, dass im Juni 1944 die Räumung des Ghettos begann und das reaktivierte SS-Sonderkommando Kulmhof bis Mitte Juli 1944 weitere 7.176

iert und die arbeitsfähigen des gesamten Gaues im Ghetto Litzmannstadt zusammengefasst werden.“

⁹⁵ Stadtverwaltung Litzmannstadt, Bürgermeister Marder, Vermerk v. 31.3.1943, APL, 221/VII/76, Bl. 159; FSt A Litzmannstadt, MzA Nr. 284/42, 22.4.1942, YVA, O-51/13, Bl. 319. Der Begriff „Gaughetto“ wird unter anderem in einem Lagebericht des Referats II B 4 der Stapostelle Litzmannstadt v. 9.6.1942 verwendet, AIPNŁ, CA MSW 151/276, Bl. 101.

⁹⁶ Ausführlich dazu: ARTUR EISENBACH, Hitlerowska polityka zagłady Żydów, Warszawa 1961, S. 558–570.

⁹⁷ Greiser an Himmler, 21.11.1942, BAB, NS 19/1585, Bl. 17. Greiser war Gauleiter, Reichsstatthalter, Himmlers Beauftragter in dessen Eigenschaft als RKF im Warthegau, Reichsverteidigungskommissar und SS-Obergruppenführer. Er genoss zudem besonderes Vertrauen bei Hitler.

⁹⁸ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 459–471.

⁹⁹ Fernschreiben Greiser an Himmler, 9.6.1944, abgedr. in: Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, hg. v. TATIANA BERENSTEIN/ ARTUR EISENBACH/ BERNARD MARK/ ADAM RUTKOWSKI, Berlin (Ost) 1960, S. 370 f.

Menschen im dortigen Vernichtungslager ermordete.¹⁰⁰ Da es innerhalb der Führung in Berlin und Posen noch einmal zu kontroversen Diskussionen über das weitere Schicksal des Ghettos kam, stoppten die Todestransporte zunächst, doch entschieden sich die Vertreter des Reichssicherheitshauptamts und der warthelandischen Zivil- und Polizeiverwaltung schließlich doch für die endgültige Auflösung des Ghettos. Da viele Mitglieder der Bewachungsmannschaft des Vernichtungslagers in die Kampfgruppe Reinefarth (benannt nach dem neuen HSSPF Posen Heinz Reinefarth) für die Niederschlagung des Warschauer Aufstands integriert wurden, standen keine ausreichenden Sicherungskräfte mehr zu Verfügung, so dass die Todestransporte nach Auschwitz umgeleitet wurden.¹⁰¹ Bis Ende August 1944 wurden 67.031 Ghettobewohner nach Auschwitz deportiert, wo die meisten von ihnen sofort nach der Ankunft in den Gaskammern ermordet wurden.¹⁰²

Damit hatten die deutschen Besatzer ihr Ziel eines „judenfreien“ Warthegaus so gut wie erreicht. Ende 1944 lebten noch nur etwas über 900 Juden in zwei so genannten Aufräumkommandos in Lodz und Kulmhof. Auch von ihnen überlebte nur ein Teil die Befreiung durch die Rote Armee im Januar 1945. Auch die meisten Juden, die 1939 bis 1941 in das GG deportiert worden oder dorthin geflohen waren, dürften den Krieg nicht überlebt haben.

Von den Tätern konnte nach dem Krieg nur ein Teil belangt werden. 16 Täter wurden zum Tode verurteilt (allesamt von polnischen Gerichten), 25 Mal wurden Haftstrafen (von 13 Monaten bis lebenslänglich) ausgesprochen, drei Täter sind während der Verbüßung ihrer Haftstrafe gestorben, drei weitere wurden freigesprochen. Gegen alle anderen Täter wurde kein Urteil im Zusammenhang mit Verbrechen an Juden im Warthegau verkündet, sei es, weil sie im Krieg gefallen oder verstorben waren, nach dem Krieg sich der Ermittlung bzw. Verurteilung – zum Teil durch Selbstmord – entziehen konnten, sie in der Haft noch vor Prozessbeginn verstarben (zwei Fälle), das Verfahren eingestellt wurde (in sieben Fällen) oder sie für andere Tatkomplexe verurteilt wurden. Die meisten Täter mussten sich damit niemals für ihre Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung im Warthegau verantworten.¹⁰³

¹⁰⁰ Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, hg. v. ADALBERT RÜCKERL, München 1977, S. 282–286, 290–293.

¹⁰¹ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *), S. 490 f.

¹⁰² DANUTA CZECH, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945, Reinbek 1989, S. 850 ff.; ALBERTI, Verfolgung, S. 493–495.

¹⁰³ ALBERTI, Verfolgung (Anm. *).

KLAUS-MICHAEL MALLMANN

„... DURCH IRGENDEIN SCHNELLWIRKENDES
MITTEL ZU ERLEDIGEN“

DIE STAPO-STELLE LITZMANNSTADT
UND DIE SHOAH IM WARTHEGAU*

Łódź, nach Warschau die zweitgrößte Stadt Polens, wurde am 8. September 1939 von der Wehrmacht besetzt und zunächst in Lodsch, am 11. April 1940 dann in Litzmannstadt umbenannt. Bereits dieser Name war Programm: General Karl Litzmann hatte die Stadt, die im Gegensatz zu Posen nie zum Deutschen Reich gehört hatte und 1918 wieder Teil der Polnischen Republik geworden war, im Ersten Weltkrieg erobert; die Namensgebung symbolisierte also die unumkehrbare Wiederholung dieses Vorgangs. Noch unter der Bezeichnung Lodsch war die Stadt am 8. November 1939 offiziell dem Deutschen Reich angegliedert worden, obwohl Volksdeutsche nur zehn Prozent der insgesamt 665.000 Menschen zählenden Einwohnerschaft stellten. Die Bevölkerung, die überwiegend polnisch war und überdies einen jüdischen Bevölkerungsanteil von 34 Prozent – 223.000 Personen – aufwies, wurde aus deutschem Blickwinkel also von zwei feindlichen Ethnien eindeutig dominiert.¹

Bereits diese Proportionen erhöhten den rassistischen Druck erheblich, auch im Vergleich zu den ohnehin großen Erwartungen im neuen Reichsgau Wartheland, der durch die Vertreibung von Einheimischen und die

* Mein Dank gilt dem Historischen Institut der Universität Stuttgart, an deren Forschungsstelle Ludwigsburg dieser Aufsatz entstand, meinem Assistenten Dr. Martin Cüppers für dessen Recherchen in Berlin, Dr. Jochen Böhler (Deutsches Historisches Institut Warschau) für dessen Recherchen in Łódź sowie Heidrun Baur (Ludwigsburg) für die Textbearbeitung.

¹ Führererlass v. 8.10.1939, BAB, R 43 II/1332; vgl. Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 2, hg. v. EBERHARD JÄCKEL/ PETER LONGERICH/ JULIUS H. SCHOEPS, München, Zürich 1995, S. 892 f.

Neuansiedlung von Volksdeutschen beschleunigt „eingedeutscht“, „entpolonisiert“ und „entjudet“ werden sollte.²

² Vgl. MICHAEL ALBERTI, „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“. Der Reichsgau Wartheland 1939–1941, in: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004, S. 111–126; DERS., Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006; GOTZ ALY, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995; BRUNO WASSER, Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944, Basel 1993; MICHAEL G. ESCH, „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950, Marburg 1998, S. 128–151; JOHN CONNELLY, Nazis and Slavs: From Racial Theory to Racist Practice, in: CEH 32 (1999), S. 1–33; HANS-CHRISTIAN HARTEN, De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939–1945, Frankfurt/M., New York 1996; CHRISTOPH KLESSMANN, Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1945, Düsseldorf 1971; RICHARD C. LUKAS, The Forgotten Holocaust. The Poles under German Occupation 1939–1945, Lexington 1986; HANS-JÜRGEN BÖMELBURG/ BOGDAN MUSIAL, Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949. Eine Einführung, Osnabrück 2000, hg. v. WŁODZIMIERZ BORODZEJ/ KLAUS ZIEMER, S. 43–111, bes. S. 48–71; BOGDAN MUSIAL, Niemiecka polityka narodowościowa w okupowanej Polsce w latach 1939–1945, in: PiS 2(2004), H. 6, S. 13–35; „Größte Härte...“. Verbrechen der Wehrmacht in Polen, September/ Oktober 1939. Ausstellungskatalog, hg. v. JOCHEN BÖHLER, Osnabrück 2005; DERS., Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt/M. 2006; ALEXANDER B. ROSSINO, Destructive Impulses. German Soldiers and the Conquest of Poland, in: HGS 11 (1997), Nr. 3, S. 351–365; HANS UMBREIT, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977; MARTIN CÜPPERS, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945, Darmstadt 2005, S. 33–60; CHRISTIAN JANSEN/ ARNO WECKBECKER, Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40, München 1992; zur Kirchenpolitik: PAUL GÜRTLER, Nationalsozialismus und evangelische Kirche im Warthegau. Trennung von Staat und Kirche im nationalsozialistischen Weltanschauungsstaat, Göttingen 1958; BERNHARD STASIEWSKI, Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im Warthegau 1939–1945, in: VfZ 7 (1959), S. 46–74; WOLFGANG DIERKER, Himmlers Glaubenskrieger. Der Sicherheitsdienst der SS und seine Religionspolitik 1933–1941, Paderborn u. a. 2002, S. 503–522; in geschlechtergeschichtlicher Perspektive: ELISABETH HARVEY, „Die deutsche Frau im Osten“: „Rasse“, Geschlecht und öffentlicher Raum im besetzten Polen 1940–1944, in: Archiv für Sozialgeschichte 38(1998), S. 191–214; DIES., Erinnern und Verdrängen. Deutsche Frauen und der „Volkstumskampf“ im besetzten Polen, in: Heimatfront. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege, hg. v. KAREN HAGEMANN/ STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM, Frankfurt/M., New York 2002, S. 291–310; DIES., Women and the Nazi East. Agents and Witnesses of Germanization, New Haven, London 2003; zum Vergleich mit den Nachbarregionen: SYBILLE STEINBACHER, „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000; ADAM DZIUROK, Zwischen den Ethnien. Die Oberschlesier in den Jahren 1939–1941, in: Genesis des Genozids (Anm. 2), S. 221–233; DIETER SCHENK, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000; ANDREAS KOSSELT, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2005, S. 301 ff.; umfassende, weiterführende Bibliographie: DIETER POHL, War, Occupation and the Holoc-

Gauleiter und Reichsstatthalter Arthur Greiser, ein Polen- und Judenhaser *par excellence* und aufs engste mit der SS kooperierend, wollte kein regionales Experiment, sondern ein Modell für das künftige Deutschland, einen NS-Mustergau als Laboratorium radikalen Volkstumskampfes, gewissermaßen einen „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“.³ Und auch Heinrich Himmler, im Herbst 1939 aufgewertet zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, verstieg sich sofort zu einer umfassenden völkischen „Flurbereinigung“, bei der noch im selben Jahr „alle Juden“ „aus den ehemals polnischen, jetzt reichsdeutschen Provinzen und Gebieten“ ausgesiedelt werden sollten.⁴ „Die rassische Untersuchung soll verhindern, dass sich im neu besiedelten Osten Mongolentypen entwickeln“, ordnete er bei seinem Besuch im Warthegau am 13. Dezember 1939 an. „Ich möchte hier eine blonde Provinz schaffen.“⁵ Diese frühen politisch-ideologischen Vorgaben stellten die Weichen gerade auch für Lodscha/ Litzmannstadt, und sie machten die Geheime Staatspolizei zunächst zum „örtliche[n] Gehilfen der Landräte bei der Erfassung des für die Evakuierung in Frage kommenden Personenkreises“,⁶ später zum – wenngleich längst nicht alleinigen – Exekutor der Shoah im Warthegau.

Ein Kontinuitätsbruch war damit allerdings nicht verbunden, da die physische Vernichtung die „weltanschauliche Erziehung“ der Polizei bisher schon unterschwellig begleitet hatte, indem eigene Gewaltphantasien auf die Juden projiziert und die „arischen Völker“ zum Opfer eines „Vernichtungskampfes des jüdischen Untermenschentums“ stilisiert worden waren. Das Axiom, Juden hätten als Feinde zu gelten, selbst wenn sie keine Waffen trügen, entstammte der „Grundschulung“ der Sicherheitspolizei, und diese wiederum konnte sich auf etablierte antisemitische Vor-

caust in Poland, in: The Historiography of the Holocaust, hg. v. DAN STONE, Basingstoke, New York 2005, S. 88–119.

³ Aufbau im Warthegau, in: Der Schulungsbrief 8 (1941), S. 72; vgl. IAN KERSHAW, Arthur Greiser – Ein Motor der „Endlösung“, in: Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, Darmstadt 1993, S. 116–127.

⁴ RKF-Anordnung 1/II v. 4.11.1939, BAB, R 49/2; vgl. HSSPF Posen v. 12.11.1939: Abschiebung von Juden und Polen aus dem Reichsgau „Warthe-Land“, ebd., R 70 Polen/198; Erhard Wetzel, Gerhard Hecht/ NSDAP-Reichsleitung u. Rassenpolitisches Amt v. 25.11.1939: Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten, ebd., R 49/75; RSHA IV D 4/III ES: Besprechung am 30.1.1940, ebd., R 58/1032.

⁵ Zit. nach Bericht EWZ Lodscha v. 20.12.1939, ebd., NS 2/60.

⁶ HSSPF Posen an RSHA v. 18.12.1939, ebd., R 75/3b.

urteile stützen.⁷ Symptomatisch dafür war etwa folgende Anweisung des Leiters der „weltanschaulichen Schulung“ beim Inspekteur der Ordnungspolizei in Schlesien im Juli 1940:

„Zu betonen ist: Nicht nur der Pöbel verursachte diese Verbrechen, sondern auch die polnische Intelligenz nahm Anteil, und auch die Vertreter der Kirche duldeten sie. Schlussfolgerung: Die Hauptschuldigen: England (Juda). Jede noch so harte deutsche Maßnahme im Osten ist gerechtfertigt. Erziehung zur Härte im Denken und Fühlen!“⁸

Zum Zweiten hatten Polizei und SD auf dieser Basis die Juden als „Problem“ anzusehen gelernt, das „gelöst“ werden müsse, und sie hatten darin bereits Jahre lang praktische Erfahrungen gesammelt, sei es durch die Erzwingung von Emigrationen, sei es durch die Überwachung der dissimilierenden Nürnberger Gesetze, sei es durch die massenhafte Festnahme von Juden nach dem Novemberpogrom 1938. Weder Feindbild noch antisemitische Praxis waren also neu.⁹ Zum Dritten gilt es festzuhalten, dass der Nationalsozialismus 1933 nicht nur die gesellschaftliche Deutungs- und Handlungshoheit übernommen, sondern auch einen normativen Wandel initiiert hatte: die radikale Abkehr vom universalistischen Moralkonzept der Aufklärung und dessen Ersetzung durch ein partikulares Konzept, das nach rassistischen Kriterien von einer absoluten Ungleichheit der Menschen ausging. Dieser gewandelte Referenzrahmen war durch eine jahrelange deklassierende bzw. nobilitierende soziale Praxis eingeübt worden, konnte Geltung beanspruchen, Handeln anleiten, deuten und legitimieren.¹⁰ Ohne

⁷ JÜRGEN MATTHÄUS, Die „Judenfrage“ als Schulungsthema von SS und Polizei. „Inneres Erlebnis“ und Handlungslegitimation, in: DERS./ KONRAD KWIET/ JÜRGEN FÖRSTER/ RICHARD BREITMAN, Ausbildungziel Judenmord? „Weltanschauliche Erziehung“ von SS, Polizei und Waffen-SS im Rahmen der „Endlösung“, Frankfurt/M. 2003, S. 35–86; DERS., „Warum wird über das Judentum geschult?“. Die ideologische Vorbereitung der deutschen Polizei auf den Holocaust, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, hg. v. GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 2000, S. 100–124; DERS., Konzept als Kalkül. Das Judenbild des SD 1934–1939, in: Nachrichtendienst, politische Elite und Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, hg. v. MICHAEL WILDT, Hamburg 2003, S. 118–143.

⁸ Anweisung Polizeischulungsleiter beim IdO Schlesien für Juli 1940 (undat.), United States Holocaust Memorial Museum, Washington DC, RG-15.033M, Rolle 1.

⁹ KLAUS DROBISCH, Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933 bis 1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 230–254; Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, hg. v. MICHAEL WILDT, München 1995; HOLGER BERSCHEL, Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1945, Essen 2001.

¹⁰ CLAUDIA KOONZ, The Nazi Conscience, Cambridge/MA, London 2003, S. 4 ff., 221 ff.; HARALD WELZER, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt/M. 2005, S. 18 ff., 48 ff.

dieses in der Vorkriegszeit geschaffene Hintergrundklima, diese durch die nationalsozialistische Moral gelegte mentale Spur, dieses Normengefüge, das Juden aus dem Universum allgemeiner Verbindlichkeiten ausschloss, ist das Abgleiten in den Massenmord nicht erklärbar.

Organisation und Personal

Die Stapo-Stelle Litzmannstadt entstand aus den Einsatzgruppen des Polenfeldzuges.¹¹ Im Gefolge der 8. Armee bezogen der Stab der in Breslau aufgestellten Einsatzgruppe III unter Dr. Hans Fischer¹² sowie deren Einsatzkommando 2 unter Fritz Liphardt, dem bisherigen Leiter der Stapo-Stelle Frankfurt/Oder, dort am 9. September 1939 Quartier.¹³ Letzteres bestand aus Beamten der Stapo-Leitstellen Breslau und Berlin sowie aus Angehörigen des SD-Leitabschnitts Breslau.¹⁴ Schon wenige Tage später berichtete Fischer über „zahlreiche Festnahmen“ unter der „polnischen Intelligenz“ der Stadt und stellte fest: „Mit den Vorarbeiten für die Maß-

¹¹ Vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Menschenjagd und Massenmord. Das neue Instrument der Einsatzgruppen und -kommandos 1938–1945, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg (Anm. 7), S. 291–316; MICHAEL WILDT, Radikalisierung und Selbstradikalisierung 1939. Die Geburt des Reichssicherheitshauptamtes aus dem Geist des völkischen Massenmords, in: ebd., S. 11–41; DERS., Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 419–485; ULRICH HERBERT, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 237–249; DOROTHEE WEITBRECHT, Ermächtigung zur Vernichtung. Die Einsatzgruppen in Polen im Herbst 1939, in: Genesis des Genozids (Anm. 2), S. 57–70; ALEXANDER B. ROSSINO, Hitler strikes Poland. Blitzkrieg, Ideology, and Atrocity, Kansas City 2003, S. 29–57; DERS., Nazi Anti-Jewish Policy During the Polish Campaign: The Case of the Einsatzgruppe von Wojsch, in: GSR 24 (2001), S. 35–53; KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ JOCHEN BÖHLER/ JÜRGEN MATTHÄUS, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008.

¹² Einsatzgruppe III an CdZ AOK 8 v. 26.8.1939, APL, 175/10a; BAB, BDC, SSO Dr. Hans Fischer; grundlegend zum leitenden Personal: GERHARD PAUL, Ganz normale Akademiker. Eine Fallstudie zur regionalen staatspolizeilichen Funktionselite, in: Die Gestapo. Mythos und Realität, hg. v. DERS./ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 1995, S. 236–254; JENS BANACH, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945, Paderborn u. a. 1998.

¹³ AOK 8/OQu v. 9.9.1939: Besondere Anordnungen Nr. 16 für die Versorgung der 8. Armee, BA-MA, RH 20-8/23; CdS: Tagesbericht Unternehmen Tannenberg v. 10.9.1939, BAB, R 58/7001; ebd., BDC, SSO u. RuSHA Fritz Liphardt; Verzeichnis der Stapo-Stellen (Stand: Juli 1939), ebd., R 58/727; Liphardt war weder Chef eines fiktiven „Einsatzkommandos 11/3“ noch vor dem Krieg „in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau tätig“, wie ROBERT SEIDEL, Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Paderborn u. a. 2006, S. 67, schreibt.

¹⁴ Vern. Paul S. v. 10.12.1967, BAL, B 162/16662.

nahmen gegen die Juden ist begonnen worden.¹⁵ Am 23. September ließ sich auch das Einsatzkommando 1/III unter Dr. Wilhelm Scharpwinkel, dem Leiter der Stapo-Stelle Liegnitz, dort nieder; damit war das gesamte Personal der Einsatzgruppe in der Stadt konzentriert.¹⁶ „Die sicherheitspolizeiliche Einsatzgruppe des AOK 8 bleibt in Lodz und bearbeitet von dort aus die zum Bereiche der 8. Armee gehörende Gebiet [sic]“, ordnete das Oberkommando des Heeres am 29. September an.¹⁷ Zwar versicherte man: „Die Lösung des jüdischen Problems wird weiter durchgeführt“¹⁸, und begann mit „Einzelaktionen gegen jüdische Verbände, Vereinigungen usw.“.¹⁹ Zugleich sah man sich aber auch mit bislang unbekannten Quantitäten konfrontiert:

„Sämtliche bisher angeführten Umstände erfahren ihre Verschärfung durch das Vorhandensein von etwa 250.000 Juden in der Stadt Lodz. Diese Zahl wird noch stark vergrößert werden. Denn dem Vernehmen nach strömen aus Westpreußen und Posen zahlreiche Juden in Richtung Lodz. Der Einfluss der Juden auf die Kriminalität, die Preisentwicklung und Verknappung der Lebensmittel braucht nicht besonders begründet zu werden.“²⁰

Perspektiven dieser Art sollten den antisemitischen Eifer anspornen.

Im November 1939 erfolgte eine weitere organisatorische Veränderung: Die mobilen Einsatzgruppen wurden aufgelöst und in den annexierten polnischen Gebieten in stationäre Dienststellen der Gestapo, der Kripo und des SD umgewandelt. Dazu rückte das Einsatzkommando 1 der verspätet aufgestellten und erst ab dem 11. September im Raum Posen tätig gewordenen Einsatzgruppe VI²¹ in Lodsch ein und bildete den personellen Stamm der künftigen Stapo-Stelle für den Regierungsbezirk Kalisch. Lediglich ein Teil von Liphardts Einsatzkommando 2/III blieb zurück, während der Rest der Einsatzgruppe III auf die neuen Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD in Lublin und Radom verteilt wurde.²² Zum ersten Stapo-Stellenleiter avancierte damit der bisherige Chef des Einsatzkommandos 1/VI, Regierungsrat und Sturmbannführer Gerhard Flesch, Jahrgang 1909, der 1936/37 Judenreferent im Berliner Geheimen Staats-

¹⁵ CdS: Tagesbericht Unternehmen Tannenberg v. 16.9.1939, BAB, R 58/7001.

¹⁶ Dto. v. 23.9.1939, ebd., R 58/7002; ebd., BDC, SSO Dr. Wilhelm Scharpwinkel.

¹⁷ OKH/GenstdH/GenQu (Qu II) an AOK 8 v. 29.9.1939, BA-MA, RH 20-8/159.

¹⁸ Einsatzgruppe III an AOK 8 v. 26.9.1939, APL, 175/10a.

¹⁹ Dto. v. 29.9.1939, BA-MA, RH 20-8/159.

²⁰ Polizeipräsident Lodz an CdZ AOK 8 v. 12.10.1939, APL, 175/10b.

²¹ Erlass CdS v. 11.9.1939, BAB, R 58/241; CdS: Tagesbericht Unternehmen Tannenberg v. 11.9.1939, ebd., R 58/7001.

²² Erlass CdS v. 20.11.1939, ebd., R 58/241.

polizeiamt gewesen war, im März 1939 beim Einmarsch in Tschechien das Sonderkommando Pilsen geführt und im Sommer des gleichen Jahres die Leitung der Stapo-Stelle Erfurt übernommen hatte.²³ Ein Personalbericht von 1938 attestierte ihm: „Einstellung zur nat.[ional]soz.[ialistischen] Weltanschauung: vorbehaltlos bejahend“.²⁴ Sein Einsatzkommando rekrutierte sich aus Beamten der Stapo-Stellen Köln, Münster, Saarbrücken und Kiel, der Kripo-Stellen Wuppertal und Berlin sowie Angehörigen des SD-Unterabschnitts Darmstadt.²⁵ Zusammen mit den zurückgebliebenen Männern des Einsatzkommandos 2/III besetzten sie die Zentrale in Lodsch, die Außendienststelle in Kalisch und die Grenzpolizeikommissariate Lodsch und Włodawa.²⁶

Flesch wurde noch im Spätherbst 1939 nach Erfurt abberufen und seit April 1940 dann als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Bergen, ab 1941 in Trondheim eingesetzt; 1948 richtete man ihn in Norwegen hin.²⁷ Sein Nachfolger in Lodsch wurde Regierungsrat und Hauptsturmführer Dr. Robert Scheife, gleichfalls Jahrgang 1909, der bis Kriegsbeginn Chef der Stapo-Stelle Allenstein gewesen war und dann das in Ostpreußen aufgestellte Einsatzkommando 2/V geleitet hatte.²⁸ Ende Januar 1942 wurde er zum Amt V des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) ver-

²³ Notiz Sicherheitshauptamt II 112 v. 3.8.1937, ebd., R 58/565; Erlass CdS v. 24.3.1939, ebd., R 58/241; Anschriftenverzeichnis der Stapo-Stellen (Stand: 1.9.1939), BAL, B 162/Vorl. Dok.Slg. Polizei-Mischbestände 135; DROBISCH, Judenreferate (Anm. 9), S. 234, 248, verwechselt ihn mit Reinhard Flesch, dem Kopf jener Gruppe Münchner Kriminalbeamter, die Heydrich 1934 ins Geheime Staatspolizeiamt mitbrachte; vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Die unübersichtliche Konfrontation. Geheime Staatspolizei, Sicherheitsdienst und christliche Kirchen 1934–1939/40, in: Zwischen „nationaler Revolution“ und militärischer Aggression. Transformationen in Kirche und Gesellschaft während der konsolidierten NS-Gewaltherrschaft 1934–1939, hg. v. GERHARD BESIER, München 2001, S. 121.

²⁴ BAB, BDC, SSO Gerhard Flesch; BA-ZA, ZR 524/1, ZR 813/6.

²⁵ Vern. Friedrich K. v. 10.1.1964, ebd., B 162/Vorl. AR 442/63, Bl. 19 ff.; dto. Gustav K. v. 19.3.1971, ebd., B 162/16659; dto. Franz Tormann v. 6.10.1981, ebd., B 162/Vorl. AR-Z 124/78, Bd. 3, Bl. 558 ff.; dto. Günter P. v. 4.5.1965, ebd., B 162/Vorl. AR-Z 345/67, Bd. 6, Bl. 847 ff.; dto. Albert M. v. 25.8.1969, ebd., B 162/16660; dto. Conrad W. v. 2.8.1968, ebd., B 162/16665; dto. Jakob L. v. 21.8.1980, ebd., B 162/Vorl. AR-Z 166/78, Bl. 161 ff.

²⁶ Erlass RFSS v. 3.10.1940, ebd., B 162/Vorl. Dok.Slg. Verschiedenes 301Ar (O. 99).

²⁷ RSHA I B 1 v. 17.5.1940: Organisation der Sicherheitspolizei und des SD in Norwegen, BAB, R 58/241; Karteikarte Gerhard Flesch, BAL, Zentralkartei; Quellen zur Geschichte Thüringens. Die Geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen 1933–1945, Bd. 2, hg. v. MARLIS GRÄFE/BERNHARD POST/ANDREAS SCHNEIDER, Erfurt 2004, S. 544.

²⁸ Erlass CdS v. 28.11.1939, BAB, R 58/16; ebd., BDC, SSO u. RuSHA Dr. Robert Scheife; Anschriftenverzeichnis der Stapo-Stellen (Stand: 1.4.1940), BAL, B 162/Vorl. Dok.Slg. Verschiedenes 301 Ar (O. 99).

setzt, übernahm 1943 dann die Führung der Kripo-Leitstelle Berlin und fiel noch kurz vor Kriegsende 1945.²⁹ Da Schefes designierter Nachfolger, Regierungsrat und Sturmbannführer Dr. Otto Bradfisch, noch über Monate unabkömmlig im Osten war,³⁰ übernahm währenddessen sein bisheriger Stellvertreter, Regierungsrat und Sturmbannführer Herbert Weygandt, die kommissarische Leitung; Weygandt, der im September 1942 dann als stellvertretender Chef zur Stapo-Stelle Düsseldorf versetzt wurde, war 1966, als man ihn endlich polizeilich ermittelt hatte, bereits abgetaucht und lebte bis zu seinem Tod 1969 unter falschem Namen in Spanien.³¹

Mit Bradfisch, Jahrgang 1903, der am 26. April 1942 von Mogilew kommend in Litzmannstadt eintraf und die dortige Stapo-Stelle bis zum Januar 1945 führen sollte, betrat ein versierter Judenmörder die Szene. Obwohl er sich bereits 1931 der NSDAP angeschlossen hatte, trat er erst 1937 in die Gestapo ein, gehörte also zu den Spätstartern.³² Zwar amtierte er seit Sommer 1938 als Leiter der kleinen Stapo-Stelle Neustadt an der Weinstraße, musste aber im Juni 1941 erleben, dass diese zur Außendienststelle von Saarbrücken herabgestuft wurde, er also seinen Chefsessel verlor.³³ Als er unmittelbar darauf als Führer des Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B in die Sowjetunion einrückte, wusste Bradfisch, dass er gerade jetzt etwas „zeigen“ musste, um beim nächsten Schwung des Versetzungskarussells wieder mit einer entsprechenden Position bedacht zu werden.³⁴ Er entwickelte darum einen besonderen Ehrgeiz bei der Judenvernichtung; bis Mitte November hatte allein sein Kommando 28.219 Menschen ermordet, gut 60 Prozent aller Liquidierten der gesamten Einsatzgruppe B.³⁵ Als Bradfisch mit der Leitung der Stapo-Stelle Litzmann-

²⁹ Erlass CdS v. 21.1.1942, BAB, R 58/16; Befehlsblatt CdS Nr. 15 v. 3.4.1943, ebd., RD 19/2; Karteikarte Dr. Robert Schefes, BAL, Zentralkartei; vgl. PATRICK WAGNER, Hitlers Kriminalisten. Die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus, München 2002, S. 131 f.

³⁰ Zu Bradfisch siehe auch: PETER KLEIN, Der Mordgehilfe. Schuld und Sühne des Dr. Otto Bradfisch, in: Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ ANDREJ ANGRICK, Darmstadt 2009, S. 221–234.

³¹ Befehlsblatt CdS Nr. 42 v. 19.9.1942, BAB, RD 19/2; Karteikarte Herbert Weygandt, BAL, Zentralkartei; Vern. Dr. Otto Bradfisch v. 1.12.1970, ebd., B 162/16655.

³² BAB, BDC, Parteikorrespondenz Dr. Otto Bradfisch.

³³ Erlass CdS v. 20.6.1941, ebd., R 58/241.

³⁴ Vern. Dr. Otto Bradfisch v. 16.3.1967, BAL, B 162/5401; vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Die Türöffner der „Endlösung“. Zur Genesis des Genozids, in: PAUL/ DERS., Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg (Anm. 7), S. 456 f.

³⁵ Ereignismeldung UdSSR Nr. 133 v. 14.11.1941, BAB, R 58/219; vgl. Deutscher Osten 1939–1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ VOLKER RIESS/ WOLFRAM PYTA, Darmstadt 2003, S. 129–135.

stadt betraut und im Herbst 1943 überdies zum kommissarischen Oberbürgermeister der Stadt ernannt wurde,³⁶ hatte er sein Ziel in seinen Augen erreicht. Seine Vorgesetzten bescheinigten ihm, dass er „ein kompromissloser Nationalsozialist“ sei, der sich im „Osteinsatz“ „besonders bewährt“ habe.³⁷ Ab Spätsommer 1944 amtierte Bradfisch dann als Kommandeur der Sicherheitspolizei in Litzmannstadt, dem nunmehr auch die Kripo-Stelle unterstand.³⁸ Nach der Räumung der Stadt übernahm er dann dieselbe Funktion in Potsdam,³⁹ ehe er unter falschem Namen untertauchte. Wegen seiner Verbrechen in Weißrussland und im Warthegau wurde Bradfisch 1961 und 1963 zu einer Gesamtstrafe von 13 Jahren Zuchthaus verurteilt.⁴⁰ Der Stapo-Stelle Litzmannstadt gehörten seit Frühjahr 1940 etwa 200 Mitarbeiter an,⁴¹ die sich im April 1943 auf die Zentrale, die Außendienststellen Kalisch, Lentschütz und Schieratz, das Grenzpolizeikommissariat Welungen und den Grenzpolizeiposten Litzmannstadt verteilt.⁴² Im November dieses Jahres erweiterte sich ihr Tätigkeitsbereich noch durch die Übernahme der aufgelösten Stapo-Stelle Hohensalza.⁴³

Ihre innere Gliederung glich damals der der Gestapo im Altreich: Abteilung I war für Personal zuständig, II für Wirtschaft, IV für Gegnererforschung und -bekämpfung; dort hatte auch das Unterreferat IV 4 b – zuvor II B 4 – seinen Sitz, das sich mit Juden- und Ghettoangelegenheiten befassete.⁴⁴ Im Vergleich zum Altreich war ihre Einbindung in die Politik allerdings bedeutend direkter und straffer, obwohl rein formal hier die gleichen Instanzenzüge existierten wie dort.

Unmittelbar unterstand die Stapo-Stelle Litzmannstadt dem Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD (IdS) im Warthegau, Oberregierungsrat und Standartenführer Ernst Damzog, der 1939 die Einsatzgruppe V geführt

³⁶ Reichsstatthalter Wartheland an Oberbürgermeister Litzmannstadt v. 17.6.1943, BAL, B 162/Vorl. Dok.Slg. Polen 365 b.

³⁷ BAB, BDC, SSO Dr. Otto Bradfisch.

³⁸ Befehlsblatt CdS Nr. 34 u. 36 v. 26.8. u. 9.9.1944, ebd., RD 19/2; Anschriftenverzeichnis der Stapo-Stellen (Stand: 1.11.1944), ebd., Slg. Schumacher 458.

³⁹ Befehlsblatt CdS Nr. 8 v. 10.3.1945, ebd., RD 19/2.

⁴⁰ Urteil LG München I v. 21.7.1961, BAL, B 162/14193; dto. LG Hannover v. 18.11.1963, ebd., B 162/14156.

⁴¹ MIROSLAW CYGAŃSKI, Die Geheime Staatspolizeistelle in Lódź 1939–1944 und die von ihr hinterlassenen Akten, in: Archivmitteilungen 17 (1967), S. 150.

⁴² Anschriftenverzeichnis der Stapo-Stellen (Stand: April 1943), BAB, R 58/415.

⁴³ Befehlsblatt CdS Nr. 49 v. 23.10.1943, ebd., RD 19/2; ebd., BDC, SSO Friedrich Hegenscheidt.

⁴⁴ Geschäftsverteilungsplan Stapo-Stelle Litzmannstadt (Stand: 1.4.1944), BAL, B 162/Vorl. Dok.Slg. Verschiedenes 301 Ac (O. 84).

hatte.⁴⁵ Damzog wiederum war direkt Gruppenführer Wilhelm Koppe, dem Höheren SS- und Polizeiführer im Warthegau, unterstellt, der zuvor IdS in Dresden gewesen war, eng mit Greisers Apparat kooperierte und sich als Exekutor von dessen Volkstumspolitik begriff.⁴⁶ Dasselbe galt für den neuen Befehlshaber der Ordnungspolizei im Warthegau, den bisherigen Leipziger Polizeipräsidenten und SS-Brigadeführer Oskar Knofe.⁴⁷ Auch nach innen sanktionierte man die Unterscheidung entlang ethnischer Grenzen: Gestapo-Angehörige mit polnischen Verwandten wurden generell abgelöst.⁴⁸ Polnisch klingende Familiennamen mussten eingedeutscht werden.⁴⁹ Geschlechtsverkehr mit Polinnen wurde unter strenge Strafen gestellt.⁵⁰ Wer sich gegen derartige Gebote verging, riskierte in der Personalakte den Eintrag „Ungeeignet für den Osteinsatz“, und damit das Karriereende oder gar die Entlassung.⁵¹

Zudem griffen die für die Bevölkerungsverschiebung neu geschaffenen Instanzen des RSHA in die Tätigkeit der Stapo-Stelle ein. Dies galt etwa für das Polenreferat unter Dr. Joachim Deumling und Bernhard Baatz,⁵² Adolf Eichmanns Referat für die Räumung in den Ostprovinzen,⁵³ Hans Ehlichs Einwanderungs- und Siedlungsreferat für die besetzten Gebiete⁵⁴ und das System der Ein- und Umwandererzentralstellen (EWZ/ UWZ).⁵⁵

⁴⁵ Erlass RFSS v. 7.11.1939, BAB, R 58/241; ebd., BDC, SSO Ernst Damzog.

⁴⁶ Erlass RFSS v. 5.10.1939, APL, 175/10b; BAB, BDC, SSO Wilhelm Koppe; Vern. dess. v. 2.2.1960, BAL, B 162/3243, Bl. 129 ff.; Anklage OStaw Bonn v. 10.9.1964, ebd., B 162/Vorl. ASA 6.

⁴⁷ BAB, BDC, SSO Oskar Knofe; Urteil Bezirksgericht Poznań v. 1.12.1948, ebd., R 70 Polen/206; bereits Anfang Oktober 1939 arisierte sich Knofe eine Dienstvilla in Posen: BdO Posen an CdZ beim AOK 8 v. 3.10.1939, APP, 298/54.

⁴⁸ Erlass RFSS v. 29.5.1941, BAB, R 58/259.

⁴⁹ Dto. CdS v. 18.3.1940, ebd., R 58/261.

⁵⁰ Dto. RSHA I v. 23.7.1941, ebd.

⁵¹ Dto. RFSS v. 8.10.1942, ebd.

⁵² Dto. RSHA v. 6.10.1939, ebd., R 58/240; BAL, B 162/4551–4560, 5495–5499.

⁵³ Erlass RSHA v. 21.10.1939, BAB, R 58/240.

⁵⁴ Dto. v. 31.10.1939, ebd.

⁵⁵ Dto. CdS v. 22.12.1939, ebd.; vgl. ROBERT LEWIS KOEHL, The „Deutsche Volksliste“ in Poland 1939–1945, in: Journal of Central European Affairs 15 (1955/56), S. 354–366; DERS., RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939–1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germandom, Cambridge/Mass. 1957; ISABEL HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 187–303; DIES.: Ambivalente Sozialingenieure? Die Rasseexperten der SS, in: Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionselite zwischen Mitwirkung und Distanz, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/TOBIAS JERSAK, Frankfurt/M., New York 2004, S. 73–95.

Männer wie Albert Rapp, Dr. Martin Sandberger, Karl Tschierschky, Hermann Krumey, Dr. Rudolf Oebsger-Röder, Dr. Herbert Strickner, Dr. Friedrich Buchardt und Dr. Erhard Kroeger, die im Warthegau an deren Schalthebeln saßen, waren überzeugte Weltanschauungskrieger, von denen die meisten noch die Shoah in der Sowjetunion bzw. in Ungarn befördern sollten.⁵⁶ Und auch Sturmbannführer Rolf-Heinz Höppner, der Führer des SD-Leitabschnitts Posen, des Gauamtes für Volkstumsfragen sowie der dortigen UWZ, der bereits als 20-jähriger 1930 der NSDAP beigetreten war, sollte sich als vorausschauender Vernichtungsplaner erweisen.⁵⁷ Im Januar 1941 schlug er die Abschiebung tuberkuloseverdächtiger Polen ins Generalgouvernement vor, räumte für den Fall der Bettlägerigkeit jedoch ein: „SS-Gruppenführer Koppe hat mir mitgeteilt, dass er für diese Fälle beim Reichsführer Sondermaßnahmen beantragt habe.“⁵⁸ Die Stapo-Stelle Litzmannstadt agierte also in einem überaus radikalen Umfeld, das seine rassischen Umgestaltungsvisionen mit aller Macht durchzusetzen trachtete.

Vom Ghetto zur Vernichtung

Unmittelbar mit dem deutschen Angriff auf Polen begann sich die Grenze gewohnheitsmäßiger Gewaltanwendung gegen jüdische Zivilisten auszudehnen. „In mehreren Städten wurden Aktionen gegen Juden durchgeführt, die zu schwersten Übergriffen ausarteten“, berichtete etwa General Petzel, Chef des für den Warthegau zuständigen Wehrkreiskommandos XXI, nach Abschluss des Feldzuges.⁵⁹ Nachdem den Juden bereits am 18. September 1939 durch eine Reihe von Verordnungen die ökonomische Lebensgrundlage entzogen worden war, ordnete Regierungspräsident Friedrich Uebelhoer am 10. Dezember die Errichtung eines Ghettos im dominant jüdisch bewohnten Armenviertel Bałuty an. Er bezeichnete diesen Schritt als „Übergangsmaßnahme“ und postulierte: „Endziel muss jedenfalls sein,

⁵⁶ Zu den beiden Letzteren: MATTHIAS SCHRÖDER, Deutschbaltische SS-Führer und Andrej Vlasov 1942–1945. „Rußland kann nur von Russen besiegt werden“: Erhard Kroeger, Friedrich Buchardt und die „Russische Befreiungssarmee“, Paderborn u. a. 2001, S. 17–112; DERS., Ost-Kalkül ohne Bruch. Deutschbaltische SS-Führer nach 1945 im Fokus von Justiz und im Schutz von Geheimdiensten, in: Krieg und Verbrechen. Situation und Intention: Fallbeispiele, hg. v. TIMM C. RICHTER, München 2006, S. 243–253.

⁵⁷ Anschriftenverzeichnis der SD-Abschnitte (Stand: 1.5.1940), BAB, R 58/727; ebd., BDC, SSO Rolf-Heinz Höppner; Erlass CdS/UWZ Posen v. 21.5.1940; Urteil Bezirksgericht Poznań v. 15.3.1949, beide BAL, B 162/Vorl. Dok.Slg. Polen 365 b.

⁵⁸ IdS Posen an RSHA III B v. 30.1.1941, ebd.

⁵⁹ Wehrkreiskommando XXI an Befehlshaber des Ersatzheeres v. 23.11.1939, BA-MA, N 104/3.

dass wir diese Pestbeule restlos ausbrennen.“⁶⁰ Propagandaminister Joseph Goebbels, der am 2. November Lodsch besuchte, sah das genauso: „Fahrt durch das Ghetto. Wir steigen aus und besichtigen alles eingehend. Es ist unbeschreiblich“, notierte er in seinem Tagebuch. „Das sind keine Menschen mehr, das sind Tiere. Das ist deshalb auch keine humanitäre, sondern eine chirurgische Aufgabe. Man muss hier Schnitte tun, und zwar ganz radikale. Sonst geht Europa an der jüdischen Krankheit zugrunde.“⁶¹ Auch General Maximilian Freiherr von Weichs, damals Oberbefehlshaber der 2. Armee und immerhin bekennender Katholik, war angewidert vom Judenviertel in Lodsch: „Äußerst schmutzige Häuser und Hütten. Der bekannte Typ des polnischen Kaftan-Juden war hier in Massen zu sehen“, erinnerte er sich später.⁶² Und über die von dort Vertriebenen berichtete ein Mitglied des Sondergerichts in Petrikau kurz vor Ende des Jahres:

„Aus Lodsch ausgewiesene Juden werden fast sämtlich nach Petrikau geleitet. Als wir am Silbernen Sonntag nach Lodsch fuhren, mussten wir 50 km an diesem ununterbrochenen Tag und Nacht währenden Zuge der Hoffnungslosigkeit und des Grauens vorbei, der bei 12 Grad Kälte und auf offenen Bauernwagen daherging. [...] Dazu hat ganz Petrikau kein Stückchen Kohle.“⁶³

Unter dem griffigen Titel „In Polen wird aufgeräumt“ beschrieb ein Herbert Pilz in Himmlers Fachblatt *Die Deutsche Polizei* deren künftige Aufgaben: „Als zweite Linie des Heeres“ habe man gegen „Bazillen-“ und „Kaftanträger“ vorzugehen.⁶⁴ „Der deutsche Besen kehrt“, konnten die *Münchner Neuesten Nachrichten* bald schon vermelden,⁶⁵ und der *Völkische Beobachter* berichtete wenige Monate später, die Stadt sei „von der jüdischen Krankheit [...] durch eine saubere Operation geheilt“; der deutsche Besucher laufe nun nicht mehr Gefahr, durch „dieses ameisenhafte Gewimmel eines unbeschreiblich dreckigen, zerlumpten, stinkenden Judenpacks angeekelt zu werden“.⁶⁶ Bei der „Operation“ handelte es sich um die

⁶⁰ Rundschreiben Regierungspräsident Kalisch v. 10.12.1939: Bildung eines Ghettos in der Stadt Lodz, APL, 221/IX/116; vgl. PETER KLEIN, Die „Gettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940–1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009, S. 80–122.

⁶¹ Die Tagebcher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I, Bd. 7, hg. v. ELKE FRÖHLICH, München 1998, S. 177.

⁶² Maximilian von Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, BA-MA, N 19/7; zur Person: JOHANNES HÜRTER, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006, S. 668 f.

⁶³ Brief an den Chef der Reichskanzlei v. 22.12.1939, BAB, R 43 II/1411a.

⁶⁴ Die Deutsche Polizei v. 1.1.1940, ebd., RD 18/1.

⁶⁵ Münchner Neueste Nachrichten v. 17.2.1940.

⁶⁶ Völkischer Beobachter v. 1.5.1940.

polizeiliche Abriegelung des Ghettos am 30. April 1940. Doch der jüdische Wohnbezirk, dessen Fläche nunmehr eine siebenmal höhere Bevölkerungsdichte aufwies als in der Vorkriegszeit, leerte sich nicht wie erhofft, da weitere Deportationstransporte ins Generalgouvernement bis August zunächst ausgesetzt wurden.⁶⁷ Im Juli musste Himmler dann einen Evakuierungsstopp für die Juden des Warthegaus anordnen.⁶⁸ Und als Generalgouverneur Hans Frank im November gar die Anweisung gab, Judentransporte dorthin zurückzuschicken,⁶⁹ erhöhte sich der Druck auf die eingesperrten Menschen noch mehr. Aus einer Zwischenlösung war ein riesiges Gefängnis geworden, dessen Insassen sich trotz forciertter Zwangsarbeit nicht selbst ernähren und vor Kälte schützen konnten, in dem Hunger und Krankheiten grassierten und die Todesraten in die Höhe schnellen ließen.⁷⁰

Die Stapo-Stelle Litzmannstadt war längst nicht die alleinige Herrin des Ghettos, sondern zunächst lediglich für die sicherheitspolizeilichen Belange

⁶⁷ Dokumenty i Materiały do Dziejów Okupacji Niemieckiej w Polsce, Bd. 3: Getto Łódzki, hg. v. ARTUR EISENBACH, Warszawa u. a. 1946, S. 168 f.

⁶⁸ Vermerk RSHA IV D 4 v. 9.7.1940, BAL, B 162/Vorl. Dok.Slg. Verschiedenes 301 Ac (O. 84).

⁶⁹ Höppner an RSHA IV D 4 u. III B v. 6.11.1940, ebd.; nicht erwähnt bei DIETER SCHENK, Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur, Frankfurt/M. 2006.

⁷⁰ Grundlegend: CHRISTOPHER R. BROWNING, Die nationalsozialistische Ghettoisierungspolitik in Polen 1939–1941, in: DERS., Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998, S. 37–65; DERS., Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter, Frankfurt/M. 2000, S. 93–137; DERS., Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von JÜRGEN MATTHÄUS, München 2003, S. 30–252; vgl. JOSEF WULF, Lodz. Das letzte Ghetto auf polnischem Boden, Bonn 1962; The Chronicle of the Łódź Ghetto 1941–1944, hg. v. LUCJAN DOBROSZYCKI, New Haven, London 1984; ADOLF DIAMANT, Getto Litzmannstadt. Bilanz eines nationalsozialistischen Verbrechens, Frankfurt/M. 1986; Lodz Ghetto. Inside a Community under Siege, hg. v. ALAN ADELSON/ ROBERT LAPIDES, New York 1989; „Unser einziger Weg ist Arbeit“. Das Getto in Łódź 1940–1944, hg. v. HANNO LOEWY/ GERHARD SCHÖNEBERGER, Wien 1990; „Wer zum Leben, wer zum Tod...“. Strategien jüdischen Überlebens im Ghetto, hg. v. DORON KIESEL u. a., Frankfurt/M., New York 1992; The Last Ghetto. Life in the Lodz Ghetto 1940–1944, hg. v. MICHAL UNGER, Jerusalem 1995; zur subjektiven Dimension: ANDREA LÖW, „Nicht in Melancholie verfallen“. Reaktionen der jüdischen Minderheit im deutsch besetzten Polen 1939–1941, in: Genesis des Genozids (Anm. 2), S. 170–186; DIES.: Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten, Göttingen 2006; GUSTAVO CORNI, Hitler's Ghettos. Voices from a Beleaguered Society, 1939–1944, London 2002; Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak. Aufzeichnungen eines Siebzehnjährigen 1941/42, Leipzig 1993; OSKAR ROSENFELD, Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Getto Lodz, hg. v. HANNO LOEWY, Frankfurt/M. 1994; unverzichtbare Quellenedition: Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, hg. v. TATIANA BERENSTEIN/ ARTUR EISENBACH/ BER-NARD MARK/ ADAM RUTKOWSKI, Berlin (Ost) 1960.

wie etwa die Widerstandsbekämpfung verantwortlich. Ihr Judenreferat unterhielt deswegen ein Büro am Außenrand des Wohnbezirks und kassierte dafür eine Gefahrenzulage.⁷¹

Zuständig für die zentralen Bereiche Arbeit und Nahrung war hingegen die dem Oberbürgermeister unterstehende Ghettoverwaltung unter Hans Biebow. Auch die Kripo-Stelle unter Dr. Walter Zirpins besaß mit dem Sonderkommissariat Ghetto dort eine eigene Dienststelle, die sich vor allem mit Schmuggel und der Konfiszierung jüdischen Eigentums beschäftigte.⁷² Die zahlenmäßig stärkste, mit Angelegenheiten des jüdischen Wohnbezirks befasste Truppe aber unterstand dem örtlichen Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Walter Keuck. Denn das Hamburger Reserve-Polizeibataillon 101, später das aus deutschen und österreichischen Reservisten rekrutierte Polizeibataillon Litzmannstadt, stellte täglich eine ganze Kompanie zur äußeren Bewachung des Ghettos ab.⁷³ Innerhalb wandte auch der Ordnungsdienst des Judenältesten Chaim Mordechaj Rumkowski Zwangsmaßnahmen an.⁷⁴

Noch im Mai 1940 hatte Himmler festgehalten, dass er „die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich“ ablehne.⁷⁵ Gut ein Jahr später hatte sich eine derartige Haltung bereits verflüchtigt:

„Es besteht in diesem Winter die Gefahr, dass die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen“,

⁷¹ Ghettoverwaltung an Stapo-Stelle Litzmannstadt v. 28.4.1942, BAL, B 162/282.

⁷² WALTER ZIRPINS, Das Getto in Litzmannstadt, kriminalpolizeilich gesehen, in: Kriminalistik 15 (1941), S. 97–99, 109–112; zur Person: WAGNER, Kriminalisten (Anm. 29), S. 73 f., 92, 114 f., 159, 164, 166, 170f., 173.

⁷³ Bericht Reserve-Polizeibataillon 101 v. 4.4.1941, BAB, R 20/51; Kommando der Schutzpolizei Litzmannstadt v. 30.1.1942: Bericht über den Weiteraufbau und die Tätigkeit der Schutzpolizei 20.6.1940–31.12.1941, BAL, B 162/Vorl. AR-Z 161/67, SB IX, Bl. 245 ff.; Vern. Walter Keuck v. 15.1.1960, ebd., B 162/3243, Bl. 106 ff.; vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN, „...Mißgeburten, die nicht auf diese Welt gehören“. Die deutsche Ordnungspolizei in Polen 1939–1941, in: Genesis des Genozids (Anm. 2), S. 71–89.

⁷⁴ Vgl. LUCILLE EICHENGREEN, Rumkowski, der Judenälteste von Lodz. Autobiografischer Bericht, Hamburg 2000; grundlegend zur Problematik: ISAIAH TRUNK, Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation, New York 1972.

⁷⁵ Denkschrift RFSS v. 28.5.1940: Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, BAB, NS 19/1737.

hielt Höppner am 16. Juli 1941 fest,⁷⁶ und in seinem Anschreiben an Eichmann erklärte er: „Die Dinge klingen teilweise phantastisch, wären aber meiner Ansicht nach durchaus durchzuführen.“⁷⁷ Deutlich wird hier, dass Nahrungsmangel, Krankheiten und Seuchen keineswegs die Ursachen der Shoah bildeten. Denn diese Krisensymptome waren ja von deutscher Seite durch Pauperisierung und Ghettoisierung der Juden bewusst induziert worden, und man dachte auch jetzt keine Sekunde daran, diese Schritte zurückzunehmen, um deren Folgen zu mildern. Die vorgeschlagene Konsequenz aus der durch Hunger und Arbeitsunfähigkeit herbeigeführten Situation war vielmehr situativer Ausdruck jener Rassenideologie, die zur normativen Handlungsgrundlage erhoben worden war, sich angesichts aktueller Problemlagen radikalierte und so die kollektive Vernichtung in sich barg.⁷⁸ Gut einen Monat später stellte Höppner dann Eichmann und Ehlich die rhetorische Frage: „Was nun mit diesen ausgesiedelten, für die deutschen Siedlungsräume unerwünschten Volksteilen endgültig geschehen soll, ob das Ziel darin besteht, ihnen ein gewisses Leben für dauernd zu sichern, oder ob sie völlig ausgemerzt werden sollen?“⁷⁹ Es war die Geburtsstunde der „Endlösung“ im Warthegau.

Der Schritt hin zu einem regionalen Vernichtungszentrum war in der Tat nirgendwo so naheliegend wie dort. Denn man besaß nicht nur massenhafte Tötungserfahrungen durch die Liquidierung der polnischen Intelligenz, sondern auch von Juden im Herbst 1939. Es war zudem mit dem der Stapo-Leitstelle Posen unterstehenden Sonderkommando des Obersturmführers Herbert Lange⁸⁰ eine eingespielte Mordeinheit vorhanden, die 1939/40 mit Gas die Euthanasie-Aktion im Warthegau und in Ostpreußen durchgeführt hatte.⁸¹ Sie jetzt mit der Vernichtung arbeitsunfähiger Juden – also von Kindern, Alten und Kranken – zu beauftragen, lag in der Logik der bisherigen Entwicklung. Als sicher kann gelten, dass diese Lösung unmittelbar zwischen Greiser und Himmler ausgehandelt und dann über

⁷⁶ Vermerk Höppner v. 16.7.1941, ebd., R 58/954.

⁷⁷ Ders. an RSHA IV B 4 v. 16.7.1941, ebd.

⁷⁸ Vgl. YEHUDA BAUER, Einige Überlegungen zur Shoah, in: ZfG 54 (2006), S. 542–549; WOLFRAM PYTA, Die Herausforderungen der neueren Holocaustforschung für die Totalitarismustheorie, in: Totalitarismus und Demokratie 3 (2006), S. 141–156.

⁷⁹ Vermerk RSHA IV B 4 v. 2.9.1941, BA-ZA, ZR 890/2.

⁸⁰ BAB, BDC, SSO u. RuSHA Herbert Lange; Befehlsblatt CdS Nr. 32 v. 25.6.1942 u. Nr. 49 v. 23.10.1943, ebd., RD 19/2; BA-ZA, ZR 631/1; Vern. Dr. Alfred Trenker v. 10.5.1961, BAL, B 162/3247, Bl. 678 ff.

⁸¹ HENRY FRIEDLANDER, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997; VOLKER RIESS, Zentrale und dezentrale Radikalisierung. Die Tötungen „unwerten Lebens“ in den annexierten west- und nordpolnischen Gebieten 1939–1941, in: Genesis des Genozids (Anm. 2), S. 127–144.

Koppe, Damzog und den Posener Stapo-Chef, Sturmbannführer Helmut Bischoff, an Lange übermittelt wurde, der sich umgehend auf die Suche nach einem geeigneten Ort machte und diesen dann in Kulmhof, 70 Kilometer nordwestlich von Litzmannstadt, finden sollte. Denn Greiser sprach gegenüber Himmller von der „von Ihnen im Einvernehmen mit dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich genehmigte[n] Aktion der Sonderbehandlung von rund 100.000 Juden in meinem Gaugebiet“.⁸² Und er berief sich ausdrücklich auf Hitler, der ihm „bei der letzten Rücksprache erst bezüglich der Juden gesagt hat, ich möchte mit diesen nach eigenem Ermessen verfahren“.⁸³ Der Übergang zur Massenvernichtung war also kein Resultat eines umfassenden „Endlösungs“-Befehls oder ein Bestandteil der „Aktion Reinhard“,⁸⁴ sondern entsprang einer Initiative der regionalen politischen Führung, die in Berlin gebilligt worden war.

Unklar ist allerdings der Zeitpunkt dieses Entschlusses. Einiges spricht dafür, dass er bereits im Sommer 1941 zu suchen, also im Zusammenhang mit Höppners Vermerk vom 16. Juli zu sehen ist.⁸⁵ Denn Walter Burmeister von der Stapo-Leitstelle Posen, der Fahrer von Lange, wurde deziidiert für seinen Dienst beim Sonderkommando Kulmhof seit Juli 1941 mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ausgezeichnet.⁸⁶ Ebenso denkbar ist aber auch, dass erst Hitlers Genehmigung der Massendeportationen am 17. September den Entschluss auslöste.⁸⁷

„Der Führer wünscht, dass möglichst bald das Altreich und das Protektorat vom Westen nach dem Osten von Juden geleert und befreit werden“,

schrieb Himmller jedenfalls einen Tag später an Greiser.

⁸² Reichsstatthalter Wartheland an RFSS v. 1.5.1942, BAB, NS 19/1585.

⁸³ Dto. v. 21.11.1942, ebd.

⁸⁴ „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. BOGDAN MUSIAL, Osnabrück 2004; YITZHAK ARAD, Belzec, Sobibor, Treblinka. The Operation Reinhard Death Camps, Bloomington-Indianapolis 1987.

⁸⁵ So PETER KLEIN, Die Rolle der Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno), Belzec (Belżec) und Auschwitz-Birkenau in den frühen Deportationsvorbereitungen, in: Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945, hg. v. DITTMAR DAHLMANN/ GERHARD HIRSCHFELD, Essen 1999, S. 459–481.

⁸⁶ Vorschlagsliste IdS Posen für KVK II v. 16.6.1943, BA-ZA, ZR 773/2.

⁸⁷ So IAN KERSHAW, Improvised Genocide? The Emergence of the „Final Solution“ in the „Warthegau“, in: Transactions of the Royal Historical Society 2 (1992), S. 51–78; PETER WITTE, Zwei Entscheidungen in der „Endlösung der Judenfrage“: Deportationen nach Lodz und Vernichtung in Chełmno, in: Theresienstädter Studien und Dokumente, hg. v. MIROSLAV KÁRNÝ/ RAIMUND KEMPER/ MARGITA KÁRNÁ, Prag 1995, S. 38–68.

„Ich bin daher bestrebt, möglichst noch in diesem Jahr die Juden des Altreichs und des Protektorats zunächst einmal als erste Stufe in die vor zwei Jahren neu zum Reich gekommenen Ostgebiete zu transportieren, um sie im nächsten Frühjahr noch weiter nach dem Osten abzuschieben. Ich beabsichtige, in das Litzmannstätter [sic] Ghetto, das, wie ich hörte, an Raum aufnahmefähig ist, rund 60.000 Juden des Altreichs und des Protektorats für den Winter zu verbringen.“⁸⁸

Obwohl die Zahl der Deportierten auf 20.000 Juden und 5000 Zigeuner reduziert wurde, bedeuteten die zwischen dem 15. Oktober und dem 8. November 1941 anrollenden Transporte eine extreme Steigerung der durch die Ghettoisierung bereits herbeigeführten Problemlage.⁸⁹ Da Heydrich feststellte, dass die „Einweisung“ zwischen Himmler und Greiser „genauestens abgesprochen [sic] wurde“, deutet dies darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt – also Mitte September – die Entscheidung zur Vernichtung als regionale Problemlösung bereits gefallen war.⁹⁰ Allerdings ist angesichts der Aussage eines Dorfbewohners im Jahr 1945, als die Ereignisse

⁸⁸ RFSS an Gauleiter Wartheland v. 18.9.1941, BAB, NS 19/2655; vgl. PETER LONGERICH, Heinrich Himmler. Biographie, München 2008, S. 560 ff.

⁸⁹ Transportberichte Stapo-Stelle Litzmannstadt II B 4 an IdS Posen 18.10.–3.11.1941, BAL, B 162/282; Erfahrungsbericht Schutzpolizei Litzmannstadt v. 13.11.1941: Einweisung von 20.000 Juden und 5.000 Zigeunern in das Ghetto Litzmannstadt, abgedr. in: DIAMANT, Getto (Anm. 70), S. 77 ff.; zur Vorbereitung: Erlass Stapo-Leitstelle Düsseldorf v. 11.10.1941: Evakuierung von Juden in das Ghetto Litzmannstadt, HStAD, RW 36/19; vgl. AVRAHAM BARKAI, Between East and West. Jews from Germany in the Lodz Ghetto, in: YVS 16 (1984), S. 271–332; ALFRED GOTTLWALDT/ DIANA SCHULLE, Die „Judendeporationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, S. 52–83; WOLF GRUNER, Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland 1938–1945. Neue Perspektiven und Dokumente, in: Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne–Praxis–Reaktionen 1938–1945, hg. v. BIRTHE KUNDRUS/ BEATE MEYER, Göttingen 2004, S. 21–62; HANS SAFRIAN, Die Eichmann-Männer, Wien 1993, S. 119–125; MICHAEL ZIMMERMANN, Die Gestapo und die regionale Organisation der Judendeportationen. Das Beispiel der Stapo-Leitstelle Düsseldorf, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg (Anm. 7), S. 357–372; SAUL FRIEDLÄNDER, Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945, München 2006, S. 291 ff., 335 ff.; zum propagandistischen Hintergrund und zu den Bevölkerungsreaktionen: PETER LONGERICH, „Davon haben wir nichts gewußt!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006, S. 182 ff., 194 ff.; FRANK BAJOHR/ DIETER POHL, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006, S. 47 ff.; BERNWARD DÖRNER, Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007, S. 426 ff.; photographisch: KLAUS HESSE/ PHILIPP SPRINGER, Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, Essen 2002, S. 135 ff.; zur Einbeziehung der Sinti und Roma: MICHAEL ZIMMERMANN, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 1996, S. 223–229.

⁹⁰ CdS an RFSS v. 19.10.1941, BAB, NS 19/2655.

noch relativ frisch im Gedächtnis waren, wonach das Kommando Lange erst Mitte November in Kulmhof eingetroffen sei, auch nicht auszuschließen, dass letztlich der durch die Deportationen gesteigerte Druck den Entschluss herbeiführte.⁹¹ Überdies wird man die Zeit zur technischen Entwicklung der gerade „erfundenen“ Gaswagen in Rechnung stellen müssen, die ja nunmehr mittels umgeleiteter Auspuffgase und nicht mehr mit Kohlenmonoxyd aus Stahlflaschen töteten.⁹² Hier bleiben Fragen offen.⁹³

Als sicher kann jedoch gelten, dass der Vernichtungsprozess in Kulmhof am 5. Dezember mit der Ermordung eines Judentransportes aus dem nahe gelegenen Warthbrücken begann.⁹⁴ Es ist auch anzunehmen, dass die Stapo-Stelle Litzmannstadt in diese Entscheidungsfindung nicht eingebunden war. Denn Görings Forschungsstelle A, die Uebelhoer und die Ghettoverwaltung abhörte, vermerkte in ihrer Zusammenfassung vom 9. Dezember 1941:

„Bei der Übermittlung von NL 4135 erklärte der Stapostellenleiter Dr. Schefe, dass bei der Besprechung am 5.12. beim Regierungspräsidenten erklärt worden sei, dass auf Anweisung des Gauleiters die Kranken des Ghettos weggebracht werden sollten. Auf eine Frage der Stapo Stelle, ob darüber Berlin unterrichtet sei, habe man ausweichend geantwortet.“⁹⁵

Im folgenden Jahr allerdings sollte sich dies grundlegend ändern. Zum einen stellte die Stapo-Stelle Litzmannstadt mindestens drei Mann nach Kulmhof ab, darunter mit Untersturmführer Albert Plate vom Judenreferat den stellvertretenden Kommandoführer.⁹⁶ Zum anderen begannen dort

⁹¹ Aussage Andrzej Miszcza v. 14.6.1945, BAL, B 162/Vorl. Dok.Slg. Polen 359.

⁹² Vgl. MATHIAS BEER, Die Entwicklung der Gaswagen beim Mord an den Juden, in: VfZ 35 (1987), S. 403–417; RICHARD BREITMAN, Der Architekt der „Endlösung“: Himmller und die Vernichtung der europäischen Juden, Paderborn u. a. 1996, S. 266 f.

⁹³ Vgl. PETER LONGERICH, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München, Zürich 1998, S. 419–460; HANS MOMMSEN, Auschwitz, 17. Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“, München 2002, S. 129–153; DERS., Der Wendepunkt zur „Endlösung“. Die Eskalation der nationalsozialistischen Judenverfolgung, in: Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart, hg. v. JÜRGEN MATTHÄUS/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 2006, S. 57–71; BROWNING, Entfesselung (Anm. 70), S. 507–535.

⁹⁴ Aussage Józef Czupryński v. 25.6.1945, BAL, B 162/3257, Bl. 350 ff.; Urteil LG Bonn v. 30.3.1963, ebd., B 162/3260; dto. LG Kiel v. 26.11.1965, ebd. B 162/14185; vgl. Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, hg. v. ADALBERT RÜCKERL, München 1977; Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, hg. v. EUGEN KOGON/ HERMANN LANGBEIN/ ADALBERT RÜCKERL u. a., Frankfurt/M. 1986; SHMUEL KRAKOWSKI, Das Todeslager Chelmno/Kulmhof. Der Beginn der „Endlösung“, Göttingen 2007.

⁹⁵ Zit. bei KLEIN, Rolle (Anm. 85), S. 475.

⁹⁶ Vern. Walter Burmeister v. 24.1.1961, BAL, B 162/3246, Bl. 624 ff.

Mitte Januar 1942 die Deportationen: Zwischen dem 16. und 29. Januar wurden 10.003 Juden aus dem Ghetto in den Gaswagen von Kulmhof ermordet, vom 22. Februar bis 2. April 34.073.⁹⁷

Himmlers Besuch im Warthegau, bei dem er am 16. April 1942 mit Greiser in Posen konferierte und einen Tag später auf der Weiterfahrt nach Warschau wohl auch Kulmhof inspizierte,⁹⁸ leitete offensichtlich neue Vernichtungsaktionen ein. Denn bereits drei Tage später, am 20. April, kündigte die Ghettoverwaltung Litzmannstadt eine „Umsiedlung“ an. Dabei sollten die Juden aus den umliegenden Landkreisen in das Ghetto der Stadt eingewiesen werden, soweit sie als „arbeitsfähig“ galten, während die als „arbeitsunfähig“ Eingestuften in Kulmhof ermordet werden sollten. Um Platz für die polnischen Juden zu schaffen, die in den nunmehr „Gau-ghetto“ genannten Zwangswohnbezirk kamen, wurden außerdem zwischen dem 4. und 15. Mai 10.993 jene Juden in Kulmhof vernichtet, die im Herbst 1941 aus dem Reich und dem Protektorat nach Litzmannstadt deportiert worden waren.⁹⁹

Den ganzen Sommer über befasste sich das Judenreferat der Stapo-Stelle mit der „Bereinigung der Landkreise von Juden“¹⁰⁰ und konnte Anfang September melden, dass im zurückliegenden „Berichtsmonat der hiesige Regierungsbezirk judenfrei gemacht“ worden sei. Die Bevölkerungszahl im Ghetto Litzmannstadt sei dadurch auf 107.750 Menschen angestiegen, die „fast vollzählig in der Ausfertigung von Wehrmachtaufträgen beschäftigt“ seien.¹⁰¹ Da sich dort jedoch der Gesundheitszustand im Vergleich zum Vorjahr „um das 3fache verschlechtert“ habe,¹⁰² erfolgte zwischen dem 5. und 11. September erneut eine „Aussiedlung von rund 15.700 kranker und arbeitsunfähiger Juden aus dem Ghetto Litzmannstadt“ nach Kulmhof.¹⁰³ Im November konnte das Judenreferat Damzog berichten: „Alle die von den Heeresbekleidungsämtern gestellten Termine werden strengstens eingehalten, trotzdem die Widerstandsfähigkeit der jüdischen Arbeitskräfte von Tag zu Tag mehr nachlässt.“¹⁰⁴ Nach der Liquidierung der „Arbeitsunfähigen“ im Gas von Kulmhof wurde nunmehr wieder der Hungertod zum

⁹⁷ Enzyklopädie des Holocaust (Anm. 1), Bd. 1, S. 282.

⁹⁸ Das Diensttagebuch Heinrich Himmlers 1941/42, bearb. v. PETER WITTE/ MICHAEL WILDT/ MARTINA VOIGT u. a., Hamburg 1999, S. 399 f.

⁹⁹ Lagebericht Judentum Stapo-Stelle Litzmannstadt II B 4 v. 9.6.1942, AIPNL, Ge-stapo 234.

¹⁰⁰ Dto. v. 27.7.1942, ebd.

¹⁰¹ Dto. v. 2.9.1942, ebd.

¹⁰² Dto. v. 2.7.1942, ebd.

¹⁰³ Dto. v. 1.10.1942, ebd.

¹⁰⁴ Dto. v. 4.11.1942, ebd.

Hauptakteur des Vernichtungsprozesses, der die Ghettobevölkerung bis Anfang 1943 auf 87.180 Menschen reduzierte.¹⁰⁵

Das Sonderkommando Kulmhof, das Hauptsturmführer Hans Bothmann von der Stapo-Leitstelle Posen als Nachfolger Langes seit Frühjahr 1942 führte,¹⁰⁶ war dort bis April 1943 tätig. Im Herbst 1942 hielt sich in Kulmhof für etwa acht Wochen auch Standartenführer Paul Blobel auf, der vom RSHA mit der Beseitigung der jüdischen Gräberfelder im gesamten Ostraum beauftragt worden war.¹⁰⁷ Er experimentierte an den Leichen der dort vernichteten Juden mit Flammenwerfern und Sprengstoff, ehe er sich auf die Methode der Verbrennung auf Scheiterhaufen festlegte.¹⁰⁸ Mitte September 1942 hatte diese „Versuchsstation für Feldöfen Aktion ‚Reinhard‘“ ihren Zweck erfüllt, denn das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt erteilte Obersturmbannführer Rudolf Höß, dem Kommandanten von Auschwitz, die Fahrgenehmigung zur Besichtigung der „Sonderanlage“.¹⁰⁹ Seitdem dienten die in Kulmhof gesammelten Erfahrungen als Muster für die Leichenbeseitigung im gesamten „deutschen Osten“.

Nach einer pompösen Sieges- und Dankesfeier mit Greiser wurden die meisten Angehörigen des Sonderkommandos Kulmhof im April 1943 zur SS-Division „Prinz Eugen“ nach Kroatien versetzt,¹¹⁰ wobei die Stapo-Stelle Litzmannstadt die verwaltungsmäßige Abwicklung des Personals und des Lagers übernahm.¹¹¹ Nach genau einem Jahr wurde es jedoch wieder an alter Stelle eingesetzt, da Greiser Mitte Februar 1944 bei Himmler durchgesetzt hatte, dass das Ghetto Litzmannstadt nicht – wie von diesem ge-

¹⁰⁵ Der Inspekteur für Statistik beim RFSS: Die Endlösung der europäischen Judenfrage (undat./April 1943), BAB, NS 19/1570.

¹⁰⁶ Ebd., BDC, SSO u. RuSHA Hans Bothmann; Befehlsblatt CdS Nr. 1 v. 10.1. u. Nr. 10 v. 7.3.1942, Nr. 23 v. 10.6.1944, Nr. 1 v. 6.1.1945, ebd., RD 19/2; Lebenslauf, BA-ZA, ZR 518/3a.

¹⁰⁷ RFSS an Müller/RSHA v. 20.11.1942, BAB, NS 19/1686; SHMUEL SPECTOR, Aktion 1005 – Effacing the Murder of Millions, in: HGS 5 (1990), S. 157–173; Andrej Angrick (Berlin) wird in Kürze eine grundlegende Monographie dazu vorlegen.

¹⁰⁸ Vern. Julius B. v. 12.11.1964, BAL, B 162/Vorl. AR-Z 12/62, Bd. 7, Bl. 1837 ff.

¹⁰⁹ WVHA an KL Auschwitz v. 15.9.1942, NAK, HW 16/21; Vermerk KL Auschwitz v. 17.9.1942: Reisebericht über die Dienstreise nach Litzmannstadt, IfZ, Nbg.Dok. NO-4467.

¹¹⁰ Reichsstatthalter Wartheland an RFSS v. 19.3.1943; Persönlicher Stab RFSS an SS-FHA v. 29.3.1943, beide BAB, NS 19/2635; SS-Sonderkommando Kulmhof an IdS Posen v. 1.4.1943, BAL, B 162/282; vgl. THOMAS CASAGRANDE, Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“. Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen, Frankfurt/M. u. a. 2003.

¹¹¹ Stapo-Leitstelle Posen an Stapo-Stelle Litzmannstadt v. 11.6.1943, BAL, B 162/282.

wünscht – in ein Konzentrationslager umgewandelt, sondern Gaughetto bleiben sollte:

„Das Ghetto wird personell auf ein Mindestmaß verringert und behält nur so viele Juden, wie sie unbedingt im Interesse der Rüstungswirtschaft erhalten werden müssen. [...] Die Verringerung wird durch das im Gau schon früher tätig gewesene Sonderkommando des SS-Hauptsturmführers Botmann [sic] durchgeführt werden.“¹¹²

Zuvor hatte Dr. Max Horn, der Geschäftsführer der SS-eigenen Ostindustrie GmbH, das Todesurteil über dessen Insassen gesprochen, als er feststellte, „dass die Betriebe des Litzmannstädter Ghettos unwirtschaftlich sind“.¹¹³

Provisorisch nahm Bothmann das Gaswagenlager Kulmhof wieder in Betrieb und ließ dort 7.176 Personen ermorden, die vom 23. Juni bis zum 14. Juli 1944 in zehn Transporten aus Litzmannstadt ankamen.¹¹⁴ Im Laufe des August wurden die noch rund 69.000 Bewohner des Ghettos nach Auschwitz „verschubt“, dort selektiert und danach entweder sofort vergast oder aber zur Zwangsarbeit eingesetzt. Bei der Durchkämmung des Ghettos wurde das Judenreferat vom Sonderkommando 1005 Mitte unterstützt, das bisher die Beseitigung der jüdischen Gräberfelder in Weißrussland durchgeführt hatte.¹¹⁵ Bis auf ein Restarbeitskommando von 800 Mann hatte jüdisches Leben in Litzmannstadt damit aufgehört.

Täter und Motive

Leider lassen sich Aussagen über die Täter und deren Motive nur in begrenztem Maße treffen, da lediglich die Behördenchefs, deren Stellver-

¹¹² Reichsstatthalter Wartheland an WVHA v. 14.2.1944, BAB, NS 19/82; vgl. Die Betriebe des Ghettos Litzmannstadt und die Ostindustrie GmbH v. 22.1.1944, IfZ, Nbg.Dok. NO-519.

¹¹³ Horn an WVHA v. 24.1.1944, BAB, NS 3/30; vgl. JAN ERIK SCHULTE, Zwangsarbeit für die SS: Juden in der Ostindustrie GmbH, in: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, hg. v. NORBERT FREI/SYBILLE STEINBACHER/ BERND C. WAGNER, München 2000, S. 43–74.

¹¹⁴ BAL, B 162/Vorl. AR 185/65; Prot. Hermann Gielow v. 15.5. u. Walter Piller v. 19.5.1945, ebd., B 162/Vorl. Dok.Slg. UdSSR 411; vgl. Letzte Tage. Die Lódzer Getto-Chronik Juni/Juli 1944, hg. v. SASCHA FEUCHERT/ ERWIN LEIBFRIED/ JÖRG RIECKE, Göttingen 2004.

¹¹⁵ BAL, B 162/1325–1334; Urteil LG Hamburg v. 9.2.1968, ebd., B 162/14366; vgl. WVHA/Amtsgruppe D an Amtsgruppe B v. 15.8.1944: Häftlingsstärkemeldung, IfZ, Nbg.Dok. NO-399; die Angabe in: Enzyklopädie des Holocaust (Anm. 1), Bd. 2, S. 898, wonach Bothmanns Sonderkommando die Räumung durchgeführt habe, ist falsch.

treter, die Abteilungsleiter sowie die Mitglieder des Judenreferats vernommen wurden, soweit sie überlebt hatten und ermittelt werden konnten, kaum aber andere Angehörige der Stapo-Stelle. Im Gegensatz etwa zur Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau¹¹⁶ oder zu den Außendienststellen des Kommandeurs in Krakau¹¹⁷ sind für Litzmannstadt also keinerlei repräsentative Feststellungen beispielsweise zum „Betriebsklima“, zum Grad der Fanatisierung, zu Verweigerung oder Opposition möglich.

Lediglich für das Judenreferat können dazu präzisere Angaben gemacht werden, da hier genügend Zeugenvernehmungen jüdischer Überlebender vorliegen. Sein Leiter war bis 1944 Untersturmführer Günter Fuchs, Jahrgang 1911. Er war 1932 der NSDAP und 1933 der SA beigetreten, hatte das Jurastudium vor dem Referendarexamen abgebrochen, war 1937 als Kriminalkommissaranwärter bei der Stapo-Leitstelle Breslau eingestellt und 1940 als frischgebackener Kommissar nach Litzmannstadt versetzt worden.¹¹⁸ Er und seine Gehilfen Alfred Stromberg, Alfred Richter und Helmut Krizons sollten sich von Anfang an als radikale Antisemiten erweisen, wobei jedoch unklar bleiben muss, was sie bereits mitbrachten oder was sie erst vor Ort entwickelten.¹¹⁹ Genickschüsse ohne Anlass waren im Ghetto an der Tagesordnung,¹²⁰ Juden wurden als „Dreck“, „Schweine“ oder „Verbrecher“ bezeichnet,¹²¹ und Fuchs erklärte den Aussagen eines jüdischen Zeugen zufolge, „dass es ihm noch lieber sei, wenn diese Ratten – gemeint waren die Tiere – weiterlebten, als wir Ratten, womit er uns Juden meinte“.¹²²

Bei der Aussiedlung im September 1942 nahm er die Selektionen vor und befahl, die Insassen der Waisen- und Krankenhäuser aus dem zweiten

¹¹⁶ BAL, B 162/3658–3728; vgl. MALLMANN/ RIESS/ PYTA (Anm. 35), S. 117–126.

¹¹⁷ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, „Mensch, ich feiere heut' den tausendsten Genickschuß“. Die Sicherheitspolizei und die Shoah in Westgalizien, in: Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, hg. v. GERHARD PAUL, Göttingen 2002, S. 109–136.

¹¹⁸ Vern. Günter Fuchs v. 30.11.1960, BAL, B 162/3361, Bl. 263 ff.

¹¹⁹ Vgl. GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung, in: Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ GERHARD PAUL, Darmstadt 2004, S. 1–32.

¹²⁰ Aussage Hersz J. v. 14.9.1960, BAL, B 162/3361, Bl. 195 f.; dto. Abraham B. v. 27.9.1960, ebd., Bl. 308 f.

¹²¹ Dto. Alek J. v. 14.9.1960, ebd., Bl. 197 ff.; dto. Paul L. v. 23.11.1960, ebd., Bl. 243 ff.; dto. Chaim B. v. 12.10.1960, ebd., Bl. 288 f.

¹²² Dto. Abram B. v. 26.8.1960, ebd., Bl. 189 f.

oder dritten Stockwerk auf die Straße zu werfen.¹²³ „Viele Mütter und Kinder, auch werdende Mütter wurden vom Fenster aus auf die Lastwagen heruntergeschmissen“, schilderte ein Überlebender die Räumung des Entbindungsheims im Ghetto. „Dort wurden sie wie Ziegelsteine gestapelt und abgefahren.“¹²⁴ Und Fuchs gestand: „Es trifft zu, dass ich in der Zeit, als die Aussiedlungen liefen, eine Art Hundepeitsche bei mir führte, die um das Handgelenk gebunden war. Die anderen Beamten hatten das auch.“¹²⁵ Fuchs wurde wegen seiner Verbrechen 1963 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, jedoch 1980 vorzeitig entlassen.¹²⁶ Helmut Krizons erhielt 1985 eine dreijährige Freiheitsstrafe.¹²⁷

Sucht man nach Anhaltspunkten für die Haltung der übrigen Angehörigen der Stapo-Stelle, dann fallen zwei Ereignisse ins Auge: Als im März 1942 ein polnischer Widerständler zwei Beamte der Dienststelle während seiner Festnahme erschoss, ließ Weygandt als Vergeltung 100 unbeteiligte Polen exekutieren.¹²⁸ Und bevor das der Stapo-Stelle unterstehende Gefängnispersonal von Radegast Litzmannstadt im Januar 1945 räumte, ermordete es mindestens 1.000 Gefangene im Hof und in den Korridoren mit Maschinengewehren und Handgranaten.¹²⁹ Beides deutet darauf hin, dass auch außerhalb des Judenreferats Radikalität vorherrschte, zumal es in der Stadt ein „offenes Geheimnis [war], dass die Juden in Kulmhof getötet wurden“.¹³⁰

Ein Blick auf die kooperierenden Institutionen verdichtet diesen Eindruck: „Es ist in Lodz sehr häufig vorgekommen, dass auf der Kripo [...] Juden derart misshandelt worden sind, dass sie anschließend verstarben“, sagte ein Überlebender etwa über das Sonderkommissariat Ghetto aus,¹³¹ und ein anderer äußerte sich über das Polizeibataillon:

¹²³ Dto. Max R. v. 26.8.1960, ebd., Bl. 190 f.; dto. Yehuda W. v. 26.9.1960, ebd., Bl. 300 ff.

¹²⁴ Dto. Isaak B. v. 22.11.1960, ebd., Bl. 239 ff.

¹²⁵ Vern. Günter Fuchs v. 15.12.1960, ebd., Bl. 273 ff.

¹²⁶ Urteil LG Hannover v. 18.11.1963, ebd., B 162/14156; Karteikarte Günter Fuchs, ebd., Zentralkartei.

¹²⁷ Urteil LG Bochum v. 30.1.1985, ebd., B 162/14686.

¹²⁸ Ebd., B 162/3913–3914.

¹²⁹ Ebd., B 162/4370–4390, Vorl. AR-Z 33/85.

¹³⁰ Vern. Bruno F. v. 28.9.1960, ebd., B 162/3361, Bl. 216 ff.

¹³¹ Aussage Sam P. v. 5.7.1972, ebd., B 162/Vorl. AR-Z 161/67, Bd. 6, Bl. 319 ff.; ähnlich dto. Henry T. v. 30.6.1972, ebd., Bl. 300 ff.; dto. Simon F. v. 3.7.1972, ebd., Bl. 305 ff.

„Bei den Schutzpolizisten der Ghettowache waren regelrechte Sadisten, die sich einen Spaß daraus machten, die Juden zu erschießen. Es war so, dass sie auch Kinder an den Ghettozaun lockten und diese dann innerhalb des Ghettos niederschossen.“¹³²

In Kulmhof wiederum erklärte Bothmann, der 1945 noch die Außenstelle Flensburg des Kommandeurs der Sicherheitspolizei Nordmark übernehmen sollte und sich 1946 in britischer Haft erhängte,¹³³ die Juden zu „Pestbeulen der Menschheit“,¹³⁴ und als ein jüdischer Arbeitshäftling in eine der Gruben sprang, in denen die Leichen verbrannt wurden, rief einer seiner Bewacher: „„Nicht schießen, wir wollen sehen, wie lange er schreit.“ Mit der Uhr in der Hand stellte man fest, wie lange der Mann schrie, bis er verstummte.“¹³⁵ – „Ich habe die Propaganda, dass alle Juden Verbrecher und Untermenschen seien und dass sie die Ursache für den Niedergang Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg seien, geglaubt“, brachte ein Angehöriger der Lagermannschaft seine Überzeugungen auf den Punkt.¹³⁶ Dass ausgerechnet die Stapo-Stelle Litzmannstadt in diesem Meer von Antisemitismus eine Insel der Humanität gewesen sei, ist darum mehr als unwahrscheinlich. Doch dies ist bereits ein Analogieschluss ohne nähere Belege. Mehr ist aufgrund der dürftigen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen jedoch nicht möglich.¹³⁷

¹³² Dto. Nemik T. v. 29.6.1972, ebd., Bl. 294 ff.; ähnlich Vern. Karl H. v. 13.11.1967, ebd., SB IX, Bl. 101 ff.; dto. Josef T. v. 12.2.1968, ebd., Bl. 174 f.; dto. Karl Z. v. 15.2.1968, ebd., Bl. 192 ff.; dto. Albert M. v. 20.1.1960, ebd., B 162/3243, Bl. 112 ff.

¹³³ GERHARD PAUL, Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein, Hamburg 1996, S. 40, 95, 231; STEPHAN LINCK, Der Ordnung verpflichtet: Deutsche Polizei 1933–1949. Der Fall Flensburg, Paderborn u. a. 2000, S. 77 f.

¹³⁴ Vern. Theodor M. v. 27.6.1960, BAL, B 162/3245, Bl. 411 ff.

¹³⁵ HEINRICH MAY, Die große Lüge. Der Nationalsozialismus, wie ihn das deutsche Volk nicht kennt. Ein Erlebnisbericht, o. O. o. J., S. 41, ebd., B 162/279.

¹³⁶ Vern. Kurt Möbius v. 8.11.1961, ebd., B 162/3247, Bl. 872 ff.; ähnlich dto. Jakob W. v. 14.12.1961, ebd., Bl. 850 ff.; dto. Josef I. v. 26.2.1962, ebd., B 162/3249, Bl. 1219 ff.

¹³⁷ Zur justitiellen Problematik: JÖRG FRIEDRICH, Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, München 1994; MICHAEL GREVE, Der justizielle und rechtspolitische Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen in den sechziger Jahren, Frankfurt/M. u. a. 2001; ANNETTE WEINKE, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn u. a. 2002; Bialystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, hg. v. FREIA ANDERS/ HAUKE-HENDRIK KUTSCHER/ KATRIN STOLL, Bielefeld 2003; MARC VON MIQUEL, Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren, Göttingen 2004.

DAN MICHMAN

JUDENRÄTE, GHETTOS, „ENDLÖSUNG“

DREI KOMPONENTEN *EINER* ANTIJÜDISCHEN POLITIK ODER SEPARATE FAKTOREN?

In einem mittlerweile allgemein bekannten, als „Geheim“ und „Streng vertraulich“ markierten Rundbrief vom 10. Dezember 1939 an alle NSDAP- und Polizeidienststellen seines Zuständigkeitsbereichs erklärte der Regierungspräsident des Bezirks Lodz, Friedrich Uebelhoer:

„In der Großstadt Lodsch leben m.[eines] E.[rachtens] heute ca. 320.000 Juden. Ihre sofortige Evakuierung ist nicht möglich. [...] Die Judenfrage in der Stadt Lodsch muss vorläufig in folgender Weise gelöst werden:

1. Die nördlich der Linie Listopada- [...] Pommersche-Straße wohnenden Juden sind in einem geschlossenen Ghetto [...] unterzubringen [...].

[...]

Im Ghetto selbst wird sofort eine jüdische Selbstverwaltung eingesetzt, die aus dem Judenältesten und einem stark erweiterten Gemeindevorstand besteht. [...] Die Erstellung des Ghettos ist selbstverständlich nur eine Übergangsmaßnahme. Zu welchen Zeitpunkten und mit welchen Mitteln das Ghetto und damit die Stadt Lodsch von Juden gesäubert werden, behalte ich mir vor. Endziel muss jedenfalls sein, dass wir diese Pestbeule restlos ausbrennen.“¹

In diesem Dokument werden fast im selben Atemzug drei Schlüsselworte und Hauptkomponenten der antijüdischen NS-Politik angeführt: Ghetto, Judenältester und Endziel. In der Geschichtsschreibung über den Holocaust, insbesondere in derjenigen, die das jüdische Leben behandelt und sich demgemäß intensiver mit den Ghettos und den Judenräten beschäftigt hat, wurden sie im Lauf der Zeit als drei Komponenten *einer* antijüdischen Politik dargestellt: Juden- oder Ältestenräte, so hieß es, seien gebildet worden, um die Ghettos zu verwalten. Deshalb sind Sätze wie „Überall,

¹ Rundschreiben des Regierungspräsidenten zu Kalisch, 10. Dezember 1939, abgedr. in: Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, hg. v. TATIANA BERENSTEIN/ ARTUR EISENACH/ BERNARD MARK/ ADAM RUTKOWSKI, Berlin (Ost) 1960, S. 78–81.

wo Ghettos errichtet wurden, bildete man auch Judenräte“ häufig zu finden. Und selbst in den Fällen, in denen sich die Forscher der Tatsache bewusst waren, dass Judenräte vor der Errichtung von Ghettos gebildet wurden, sahen sie darin lediglich einen Schritt auf dem Weg zum Ghetto.² Daraus erklärte sich ihrer Meinung nach das nahezu gleichzeitige Auftreten beider Phänomene auf der historischen Bühne kurz nach der deutschen Besetzung Polens.

Ghettos wurden als Vorbereitungs- oder Übergangsmaßnahme auf dem Weg zur „Endlösung“ angesehen. Sie seien grundsätzlich zu diesem Zweck errichtet worden und Osteuropa sei das Zentrum dieser Entwicklung gewesen.³ Schließlich wurde lange Zeit angenommen, dass der Begriff „Endziel“, der zum ersten Mal in Heydrichs Schnellbrief vom 21. September 1939 verwendet worden war, im Wesentlichen den Beginn der Herausbildung des Konzepts der „Endlösung“ darstellte.

² Vgl. z. B. WERNER BERGMANN, The Jewish Council as an Intermediary System, in: Remembering for the Future, hg. v. YEHUDA BAUER u. a., Oxford 1989, Bd. 3, S. 2830–2850, der erklärt: „Im Fall der Ghettos ist die jüdische Gemeinde infolge äußeren Drucks fast vollständig von der Außenwelt abgeschnitten, und der Kontakt mit der Außenwelt ist auf wenige leicht zu bewachende ‚Tore‘ beschränkt [...]. Diese sind klar gekennzeichnet, sowohl im konkreten Sinn als Tore in der Ghettozmauer als auch in Form von exklusiven Grenzbüros (Mitglieder des Judenrats), die dementsprechend ebenfalls von der Außenwelt überwacht werden müssen.“ GUSTAVO CORNI, Hitler's Ghettos. Voices from a Beleaguered Society, 1939–1944, London 2003, schreibt auf S. 61: „Die Frage der Judenräte ist eine der umstrittensten in der gesamten Geschichte der Ghettoisierung der Juden.“ Für ZYGMUNT BAUMAN, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992, S. 132–137, ist die Beziehung zwischen Ghetto und Judenrat ein grundlegender Ansatzpunkt zur Erklärung des Holocaust. Was Texte für ein breiteres Publikum angeht, so heißt es auf der Webseite des US Holocaust Memorial Museum: „Während des Zweiten Weltkriegs waren Ghettos (häufig geschlossene) Stadtbezirke, in denen die Deutschen die jüdische Bevölkerung unter elenden Bedingungen zu leben zwangen. Ghettos isolierten die Juden, indem sie die jüdischen Gemeinden von der örtlichen nichtjüdischen Bevölkerung trennten. Insgesamt wurden über 400 Ghettos errichtet. Die Nazis betrachteten ihre Errichtung als vorläufige Maßnahme zur Kontrolle und Ausgrenzung der Juden. An vielen Orten war die Ghettoisierung von relativ kurzer Dauer. Im Zuge der Umsetzung der ‚Endlösung‘ im Jahr 1942 lösten die Deutschen systematisch die Ghettos auf und deportierten die Juden in Vernichtungslager [...]. Der Alltag in den Ghettos wurde von Judenräten und jüdischen Polizisten geregelt, die von den Nazis ernannt und gezwungen wurden, in den Ghettos die Ordnung aufrechtzuerhalten und sie bei den Deportationen in die Vernichtungslager zu unterstützen.“ <http://www.ushmm.org/wlc/article.php?lang=en&ModuleId=10005059> (25.11.2009) [Anm. d. Hg.].

³ Vgl. die vorherige Anmerkung. In dem Eintrag zum Thema „Ghetto“ auf der Webseite von Yad Vashem sind diese Fragen anders und zutreffender dargestellt: http://www1.yadvashem.org/odot_pdf/microsoft_word - 6286.pdf (25.11.2009) [Anm. d. Hg.].

Diese „Trinität“ aus Judenräten, Ghettos und Endlösung entsprach der Auffassung der so genannten Intentionalisten,⁴ die seit Ende der sechziger Jahre die Forschung dominierte und vielleicht besser „linear-eskalierend“ genannt werden sollte – womit sie auch Raul Hilbergs Konzept⁵ umfassen würde. Diese Auffassung diente als Basis für die einflussreichsten Studien über die Judenräte – zuerst und vor allem für Isaiah Trunks Buch „Judenrat“, das bis heute als *das* Standardwerk zu diesem Gegenstand gilt, aber auch für die Arbeiten von Hilberg und Hannah Arendt.⁶ Durch diese Studien vermittelte, verbreitete sich das Trinitätsmodell in fast der gesamten Geschichtsschreibung über Judenräte und Ghettos.⁷ Doch die intensive Forschung der letzten zweieinhalb Jahrzehnte über die Entwicklung der antijüdischen NS-Politik im Allgemeinen (die in den umfassenden analytischen Zusammenfassungen von Peter Longerich und Christopher Browning, zusammen mit Jürgen Mattheus, gipfelten)⁸ hat unser Bild des Entwicklungsprozesses der antijüdischen Politik bis zur Entscheidungs-

⁴ Die Vorstellung eines von Beginn existierenden Mordplans an den europäischen Juden [Anm. d. Hg.].

⁵ Die Vorstellung einer schrittweisen Entwicklung hin zur Endlösung [Anm. d. Hg.].

⁶ ISAIAH TRUNK, *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York 1972. Trunk beschreibt das Phänomen des Judenrats aus der Sicht der Ghettos, weshalb es nicht überrascht, dass Hilberg seiner Rezension des Buchs den Titel gab: „The Ghetto as a Form of Government“. In seinem eigenen Standardwerk, *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust*, Berlin 1982 (englisch: New York 1961), schreibt Hilberg: „Die den Ghettoisierungsprozess einleitenden Vorbereitungsschritte bestanden aus Kennzeichnungsmaßnahmen, Bewegungsbeschränkungen und der Bildung jüdischer Kontrollorgane. [...] Die bedeutendste Konzentrationsmaßnahme vor Errichtung der Ghettos war die Bildung von Judenräten. Aufgrund einer Generalgouvernements-Verordnung vom 28. November 1939 hatten alle jüdischen Gemeinden bis zu 10.000 Mitgliedern einen 12-köpfigen, alle Gemeinden mit mehr als 10.000 Mitgliedern einen 24-köpfigen Judenrat zu wählen.“ (S. 156 f.; vgl. auch S. 137, 140). Siehe auch HILBERG, Täter, Opfer, Zuschauer. *Die Vernichtung der Juden 1933–1945*, Frankfurt/M. 1992, S. 123; HANNAH ARENDT, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München 1964, S. 153 u. 162.

⁷ Sogar Jürgen Mattheus stellt in einem jüngst veröffentlichten Aufsatz im Zusammenhang mit der Ermordung der Juden in der Sowjetunion fest, das „Konzept des Ghettos, einschließlich einer jüdischen Hilfsverwaltung in Gestalt von Juden- oder Ältestenräten“ sei „seit dem Krieg gegen Polen ein vertrauter Bestandteil der deutschen antijüdischen Politik im besetzten Osteuropa“ gewesen; JÜRGEN MATTHÄUS, Key Aspects of German Anti-Jewish Policy, in: Lithuania and the Jews: The Holocaust Chapter. Symposium Presentations, Occasional Papers, US Holocaust Memorial Museum/Center for Advanced Holocaust Studies, Washington, D.C. 2005, S. 23.

⁸ PETER LONGERICH, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München, Zürich 1998; CHRISTOPHER BROWNING, Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von JÜRGEN MATTHÄUS, München 2003.

findung über die „Endlösung der Judenfrage“ und deren Durchführung verändert. Nach meiner Ansicht ist dieses vertiefte Verständnis des Unterkapitels der Täterforschung jedoch noch nicht in vollem Umfang in die Geschichtsschreibung eingegangen. Daher besteht eine gewisse Diskrepanz zwischen diesen beiden Forschungsfeldern. Die folgenden Ausführungen sind als Appell zu Überwindung dieser Diskrepanz zu verstehen, die, wie ich hinzufügen möchte, nach meiner Ansicht die Perspektive beider Forschungsrichtungen erweitern wird. Ich werde versuchen, meine Hauptthesen in kurzen Abschnitten zusammenzufassen.

Judenräte

Der Begriff „Judenräte“ ist zur üblichen Bezeichnung der von deutschen Behörden geschaffenen jüdischen Verwaltungen für die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten geworden. Doch die Verallgemeinerung des Begriffs und die vorherrschende Auffassung über seinen Ursprung sind nach meiner Ansicht falsch und müssen grundlegend korrigiert werden. Der Begriff selbst sollte durch den soziologisch-analytischen Begriff „Leitung“ (*headship*) ersetzt werden, um die ganze Vielfalt dieser innerhalb und außerhalb Polens unter verschiedenen Namen tätigen Verwaltungsorgane zu umfassen. Die Bezeichnung „Judenrat“ wurde zum ersten Mal im April 1933 von Beamten des Dritten Reichs benutzt, die in einem interministeriellen Ausschuss einen Vorschlag für eine antijüdische Politik ausgearbeitet hatten. Zu dieser Zeit war mit „Judenrat“ eine „Regierung“ gemeint, die von den Juden, die man deklassieren und aus der Gesellschaft ausschließen wollten, gewählt werden sollte.⁹ Der Beamtenentwurf mit dem „Judenrat“-Konzept stieß allerdings auf breite Ablehnung und verschwand in der Versenkung. Der Begriff tauchte erst nach der Besetzung Polens im September 1939 wieder auf (war also nicht ganz vergessen worden).

Wie ich andernorts gezeigt habe, war das *Konzept* einer jüdischen Leitung, die als Verbindungsglied zu der jeweiligen örtlichen jüdischen „Zwangsgemeinschaft“ fungieren sollte, jedoch bereits vor Januar 1937 in der Judenabteilung des SD (SD II 112) diskutiert worden.¹⁰ Erste Anstrengungen, es umzusetzen, wurden in Deutschland im Lauf des Jahres 1937 unternommen, und ein erster Prototyp wurde nach dem „Anschluss“ Österreichs in Wien im Zuge der Reorganisation der jüdischen Gemeinde der Stadt durch die Deutschen etabliert. Dieser wurde dann 1939 in der auf die

⁹ TRUNK, Judenrat (Anm. 6), S. 259 f. [Anm. d. Hg.].

¹⁰ DAN MICHMAN, Why Did Heydrich Write the Schnellbrief? A Remark on the Reason and on its Significance, in: YVS 32 (2004), S. 433–447 [Anm. d. Hg.].

deutschen Verhältnisse angepassten Form der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland im „Altreich“ übernommen, und in Danzig und Prag wurden im selben Jahr zwei weitere Varianten eingeführt. In Polen begann man bereits am 6. September 1939, 15 Tage vor Heydrichs berüchtigtem Schnellbrief, in vielen Städten mit der Schaffung von jüdischen Leitungen, die den örtlichen Verhältnissen angepasst waren. In Lodz wurde die erste jüdische Leitung am 12. September gebildet.¹¹ Damit setzte sich die einige Jahre zuvor begonnene Entwicklung von jüdischen Leitungen fort, aber es hatte zunächst nichts mit den später errichteten Ghettos zu tun.

Die Anregung zur Bildung von jüdischen Leitungen ging also von der „Judenabteilung“ des SD aus. Es lag – damals und später – stets im Interesse der SS und ihrer Judenexperten, solche Gremien zu schaffen. Der erste Grund hierfür bestand darin, dass die antijüdische Politik nach Ansicht der Judenabteilung von der bisherigen Praxis, zwar allgemeine Maßnahmen zu beschließen (wie Gesetze oder wirtschaftliche Ausplünderung), sie dann aber durch die Staatsbürokratie auf den *einzelnen* Juden anzuwenden, abgehen sollte. Stattdessen sollten die Juden unter der Kontrolle von SS und Polizei als Kollektiv, das heißt als Einheit, behandelt werden. Zu diesem Zweck mussten die Juden organisiert werden und irgendeine Art Organisationsspitze erhalten, die dann der „Ansprechpartner“ der für die antijüdische Politik zuständigen Abteilung, Dienststelle oder Person sein würde. Zusammengefasst: Jüdische Leitungen waren ein administratives Instrument der SS, um die bestehenden jüdischen Gemeinden zu kontrollieren, aber sie waren nicht mit irgendeinem *Ziel* antijüdischer Politik verknüpft. Sie dienten als Mittel im Kompetenzkampf der SS mit anderen Behörden des Reichs um die Führungsrolle in der antijüdischen Politik.¹²

¹¹ MICHAL UNGER, *Lodz. Aharon hag-getta'ot be-Polin [Lodz – The Last Ghetto in Poland]*, Jerusalem 2005, S. 67–68.

¹² Zu einer eingehenden Diskussion der verschiedenen Aspekte dieser Fragen siehe folgende von mir verfasste Aufsätze: Judenrat, in: *The Holocaust Encyclopedia*, hg. v. WALTER LAQUEUR, New Haven, London 2001, S. 351–354; „Judenräte“ und „Judenvereinigungen“ unter nationalsozialistischer Herrschaft. Aufbau und Anwendung eines verwaltungsmäßigen Konzepts, in: DAN MICHMAN, *Die Historiographie der Shoah aus jüdischer Sicht. Konzeptualisierungen, Terminologie, Anschauungen, Grundfragen*, Hamburg 2002, S. 104–117; Jewish Leadership in Extremis, in: *The Historiography of the Holocaust*, hg. v. DAN STONE, London 2004, S. 319–340; MICHMAN, Heydrich (Anm. 10); La fondation de l'AJB dans une perspective internationale, in: *Les Curateurs du ghetto. L'Association des Juifs en Belgique sous l'occupation nazie*, hg. v. JEAN-PHILIPPE SCHREIBER/ RUDI VAN DOORSLAER, Bruxelles 2004, S. 29–56, 469–474; Re-evaluating the Emergence, Function, and Form of the Jewish Councils Phenomenon, in: *Ghettos 1939–1945. New Research and Perspectives on Definition, Daily Life, and Survival*, hg. v. US Holocaust Memorial Mu-seum, Washington, D.C. 2005, S. 67–84.

Ghettos

Bisher nahmen viele Historiker an, die Errichtung von Ghettos sei eine klar durchdachte, bürokratische Maßnahme mit dem Ziel gewesen, die Juden von der übrigen Bevölkerung zu trennen. Vertreter dieser Auffassung beriefen sich auf Heydrichs Besprechung mit den Amtschefs des Reichssicherheitshauptamtes und den Einsatzgruppenleitern am 21. September 1939,¹³ in der die Ghettos ebenfalls im Zusammenhang mit „Ältestenräten“ und dem „Endziel“ genannt werden. So prägte sich diese Ansicht ins öffentliche Bewusstsein ein. Christopher Browning hat zwar einige Aspekte bestritten, aber nicht den grundlegenden Gedanken – dass Ghettos in die insgesamt gewollte Aussonderungspolitik passten.¹⁴

Diese Auffassung ist jedoch falsch, wie ich an anderer Stelle minutios nachgewiesen habe. Der Begriff „Ghetto“ hat eine lange Kulturgeschichte, die im 16. Jahrhundert begann, als er ein besonderes, armes, von Juden bewohntes Viertel mit hoher Bevölkerungsdichte bezeichnete. Im jüdischen Diskurs der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen in Polen wurde das „Ghettoleben“ vieler städtischer Juden scharf kritisiert. Diese Kritik ging in die deutsche „Judenforschung“ ein, insbesondere in Peter-Heinz Sera-

¹³ Amtschefbesprechung, 21. September 1939, in: National Archives, Mikrofilm, T-175/239/2728524–28; Schnellbrief, 21. September 1939, in: Faschismus (Anm. 1), S. 37–41.

¹⁴ CHRISTOPHER R. BROWNING, Die nationalsozialistische Ghettoisierungspolitik in Polen 1939–1941, in: DERS., Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998, S. 37–65; siehe insbesondere S. 52–53: „[...] die Konzentration der Juden in polnischen Städten, die ihre Abschiebung vorbereiten sollte, [war] Teil einer Politik, die im September 1939 – anders als die spätere Schaffung abgeschlossener Ghettos – von zentraler Stelle angeordnet wurde. Die Abriegelung der Ghettos erfolgte hingegen als Reaktion auf das Scheitern der von Berlin vorgesehenen Abschiebungspolitik. Die lokalen Behörden mussten improvisieren und kamen auf die Idee, die Ghettos hermetisch abzuschließen. An den einzelnen Orten geschah dies zu verschiedenen Zeiten und aus unterschiedlichen direkten Gründen, immer aber innerhalb der – von der gescheiterten Abschiebungspolitik vorgegebenen – gemeinsamen ideologischen Parameter, die ein Zusammenleben von Juden und ‚Ariern‘ ausschlossen. [...] das Ghetto [galt] sogar in seiner Eigenschaft als Produktionsstätte noch als temporäres Phänomen – als Übergangsmaßnahme.“ Eine ausgewogenere und detailliertere, manchmal allerdings weniger klare Version dieses Aufsatzes findet sich in BROWNING, Entfesselung (Anm. 8), S. 173–252; siehe insbesondere S. 174: „Die Ghettoisierungspolitik, wie sie 1940 und 1941 in Polen Gestalt annahm, war insofern keine direkte Folge der in Heydrichs Schnellbrief vom 21. September angeordneten Konzentrierung der Juden in Städten, sondern eher ein Ergebnis des Scheiterns der im selben Schreiben avisierten späteren Deportation.“ Erstaunlicherweise geht Peter Longerich nicht näher auf das Thema der Entstehung der Ghettos und Judenräte ein, siehe LONGERICH, Politik (Anm. 8), S. 253 f., 271 f. Er erwähnt lediglich lakonisch, dass ihre Schaffung in Heydrichs Schnellbrief angeordnet worden beziehungsweise eine direkte Folge von ihm gewesen sei.

phims im Herbst 1939 erschienenes Buch „Das Judentum im osteuropäischen Raum“. Aus Sicht dieser „Judenforschung“ waren die in den „Ghettos“ konzentrierten osteuropäischen Juden die Quelle der jüdischen Macht und Gefahr. Bei der Besetzung Polens stießen die deutschen Soldaten und Beamten auf diese „Ghettos“ und mussten mit ihnen zureckkommen. Die nach und nach auf unsystematische Weise erfolgte Reaktion – für die sich lokale Kommandeure und Verwaltungsbeamte entschieden – bestand darin, die polnischen Juden in bereits bestehenden Ghettos unterzubringen.

Ab Oktober 1939 wurden in Polen, und zwar sowohl im Generalgouvernement als auch in den annexierten Gebieten, Ghettos errichtet, das erste in Petrikau. Die meisten polnischen Ghettos entstanden jedoch erst ab 1941. Kurz nach dem Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ breitete sich das Phänomen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion aus, wurde von Rumänien in Bessarabien, der Bukowina und vor allem in Transnistrien kopiert und schließlich in Form von Transitghettos in Ungarn eingeführt. Alle diese Ghettos, über 1.200 an der Zahl, befanden sich in Osteuropa; die einzigen Ausnahmen waren Theresienstadt und Saloniki, die in den Augen der Deutschen allerdings osteuropäische Eigenschaften besaßen. Das Phänomen des Ghettos, seine Entstehung und Verwendung, unterschied sich also von der wesentlich systematischeren Bildung von Judenräten. Es muss betont werden, dass die Ghettos nicht einmal in Polen zu einem vollständigen System wurden. Die meisten – insbesondere die geschlossenen – wurden errichtet, wo es eine große jüdische Bevölkerung gab. Ferner entstanden sie zumeist in einer späteren Phase (1941/42), und viele kleinere jüdische Gemeinden waren bis zu ihrer Deportation nicht in ein Ghetto eingesperrt.¹⁵

Endlösung

Durch intensive Forschung ist mittlerweile schlüssig nachgewiesen worden, dass die „Endlösung der Judenfrage“ – als systematischer Massenmord an der Gesamtheit der europäischen Juden – schrittweise Gestalt annahm und konzeptualisiert wurde. Dabei handelte es sich jedoch nicht um eine Entwicklung auf taktischer und bürokratischer Ebene, sondern um einen im Reich der Ideologie wurzelnden operativen Entschluss, der im Wesentlichen auf der obersten Entscheidungsebene des NS-Staats, das heißt von Hitler und seiner engsten Umgebung, gefasst wurde. Obwohl lokale Initiativen und Umstände die Überlegungen beeinflussten, gerieten die Mittel,

¹⁵ Siehe DAN MICHMAN, Die jüdischen Ghettos während der Shoah. Wie und warum kam es dazu?, Frankfurt/M. 2008.

die man für die Umsetzung benötigen würde und einsetzen müsste, bei der ideologischen Entscheidungsfindung nie auch nur ins Blickfeld. Daher überrascht es nicht, dass keine der jüngsten Analysen des Entscheidungsprozesses – weder diejenigen von Christopher Browning und Peter Longerich noch diejenigen von Ian Kershaw,¹⁶ Dieter Pohl,¹⁷ Konrad Kwiet¹⁸ und anderen – in diesem Zusammenhang auf die Ghettos und die Judenräte eingeht. Eine offensichtlich noch wichtigere Voraussetzung für ein derartig großes Projekt wie die „Endlösung“ war nicht gegeben: Ein Budget wurde im Dritten Reich dafür nie aufgestellt. Ein Problem, das die Planer und Organisatoren des Vorhabens zum Improvisieren zwang, um die finanziellen Anforderungen seiner Durchführung zu erfüllen.

In unserem Zusammenhang ist ein Aspekt der Bildung von Judenräten von besonderer Bedeutung. Die Mordkampagne in der besetzten Sowjetunion begann in den baltischen Staaten – dem Gebiet der Einsatzgruppe A. Dort waren nur wenige Judenräte gebildet worden; der Massenmord fand zum großen Teil ohne solche Gremien statt. Judenräte wurden lediglich in Orten wie Wilna und Kaunas sowie einigen anderen Städten gebildet, weil man einige Juden *nicht* ermordet, sondern vorerst am Leben gelassen hatte. Anfang 1942 meldete der Einsatzkommandoleiter Karl Jäger, er habe vorgehabt, Juden aus den großen litauischen Ghettos zu töten, aber dies sei „unerwünscht“ gewesen.¹⁹ In Ostgalizien dagegen, dem Gebiet der Einsatzgruppe B, wo die Massenerschießungen später, nämlich erst im Herbst 1941 begannen, wurde im Sommer und Frühherbst 1941 eine Vielzahl von Judenräten gebildet. Diese unterschiedlichen Entwicklungen in zwei Gebieten sind meines Erachtens damit zu erklären, dass die Judenräte, als die Umsetzung der „Endlösung“ begann, *keine* Voraussetzung dafür darstellten. Sie wurden vielmehr geschaffen, wenn die Mordkampagne ins Stocken geriet oder unterbrochen wurde, das heißt, sie wurden benutzt, um vorübergehend verschonte jüdische Gemeinden zu kontrollieren. „Endlösung“ und Judenräte standen also, selbst dann, wenn nach der Wiederaufnahme von Erschießungen bereits bestehende Judenräte benutzt wurden, grund-

¹⁶ IAN KERSHAW, Hitler. 1936–1945, Stuttgart 2000.

¹⁷ DIETER POHL, Holocaust. Die Ursachen – das Geschehen – die Folgen, Freiburg/Br. 2000.

¹⁸ KONRAD KWIET, Rassenpolitik und Völkermord, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hg. v. WOLFGANG BENZ/ HERMANN GRAML/ HERMANN WEISS, Stuttgart 1997, S. 50–65.

¹⁹ Fragmentarischer Bericht des Einsatzkommandos 3 über Juden in Litauen, undatiert (Februar 1942), Zentrales Staatsarchiv, Riga, 1026-1-3, abgedr. in: Einsatz im „Reichskommissariat Ostland“. Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944, hg. v. WOLFGANG BENZ/ KONRAD KWIET/ JÜRGEN MATTHÄUS, Berlin 1998, S. 174–176.

sätzlich im Gegensatz zueinander. Ähnliches ist hinsichtlich der Ghettos zu beobachten. Obwohl in der Sowjetunion über fünfhundert Ghettos verschiedener Art errichtet wurden, geschah dies nicht als Vorbereitung auf Mordaktionen, sondern zumeist gleichzeitig mit ihnen oder nach ihrem Ende. Und trotz der großen Zahl der Ghettos wurde, wie in Polen, vielerorts nie eines errichtet.

Begrifflichkeit

Der Begriff „Endlösung der Judenfrage“ war eine Neuschöpfung, die von der NS-Ideologie und Hitler mit der Absicht erfunden wurde, eine klar bestimmte und streng geordnete Welt zu gestalten.²⁰ Die Begriffe „Judenrat“ (oder „jüdischer Ältestenrat“) und „Ghetto“ hingegen waren *nicht* neu; sie stammten aus der mittelalterlichen, voremanzipatorischen Phase der jüdischen Geschichte in Europa. Im Diskurs des Dritten Reichs wurde der Begriff „Judenrat“ zuerst im Zusammenhang mit der Idee einer Rückkehr zur voremanzipatorischen Lebenssituation der Juden in Deutschland verwendet, und zwar in dem oben erwähnten Entwurfspapier zur Stellung der Juden in Deutschland von April 1933. Der Begriff „Ghetto“ wurde aus dem jüdischen Diskurs übernommen und der selbst geschaffenen Furcht vor den „Ostjuden“ angepasst. Erstaunlicherweise durchliefen beide Begriffe, während sie bereits von verschiedenen deutschen Bürokratien alltäglich benutzt wurden, eine dramatische semantische Veränderung: Sie verloren ihre mittelalterliche Bedeutung und wurden in den Jahren 1938 bis 1940 mit neuem, nationalsozialistischem Inhalt gefüllt. Nach meiner Ansicht verweist dieser Bedeutungswandel der überlieferten Begriffe auf eine tiefgreifende Veränderung der Mentalität im Allgemeinen und des Wesens der antijüdischen Politik im Besonderen – die nun, im Herbst 1939, mit zunehmendem Eifer und Nachdruck vorangetrieben wurde. Auch wenn die überlieferten Begriffe keine Vorstufen der „Endlösung“ bildeten, deutet ihr Bedeutungswandel doch auf die Entstehung eines Möglichkeitsraums für schärfere antijüdische Maßnahmen hin.

Fazit

Die drei behandelten Begriffe – Judenrat, Ghetto und „Endlösung der Judenfrage“ – sind zu unterschiedlichen Zeiten, teilweise in verschiedenen Milieus und historischen Zusammenhängen entstanden. Der Erste war ein

²⁰ Es gab weitere vermeintliche „Lösungen“ anderer „Fragen“, wie etwa der „Kirchenfrage“.

Instrument, der Zweite eine organisatorische Reaktion auf eine vermeintliche Gefahr und der Dritte eine strategische Maßnahme, um ein ideologisches Ziel zu erreichen. Das Schicksal der jüdischen Gemeinde von Lodz zeigt dies am deutlichsten: Bereits am 12. September 1939 wurde in Lodz ein Judenrat gebildet, er war einer der ersten in den Städten Polens. Dies geschah bereits vor Heydrichs Schnellbrief, in dem die Einsatzgruppenleiter angewiesen wurden, Judenräte zu bilden, und auch vor der Errichtung von Ghettos. Das Ghetto von Lodz wurde ein halbes Jahr später geschaffen, und es sollte bis zum Spätsommer 1944 bestehen bleiben, bis wenige Tage vor der Befreiung – nachdem das gesamte Wartheland bereits von Juden „gesäubert“ worden war, und lange, nachdem alle anderen Ghettos in Polen, der Sowjetunion und sogar in Ungarn (mit Ausnahme Budapests) im Zuge der „Endlösung“ aufgelöst worden waren. Dies war zwar das Ergebnis komplexer lokaler Umstände, zeigt aber, dass der Fall Lodz, der die frühe intentionalistische Auffassung zu untermauern schien, in Wirklichkeit das Gegenteil beweist.

ARBEITS-, VERNICHTUNGS- UND KONZENTRATIONSLAGER

ANNA ZIÓŁKOWSKA

ZWANGSARBEITSLAGER FÜR JUDEN IM REICHSGAU WARTHELAND

Die Vernichtung der Juden war eines der Hauptziele der nationalsozialistischen Besatzungsmacht in Polen. Für die so genannten eingegliederten Gebiete – u.a. im Reichsgau Wartheland – wurde der Plan zur Vernichtung der einheimischen jüdischen Bevölkerung bereits am 21. September 1939 in einem Fernschreiben von Reinhard Heydrich, dem Chef des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), skizziert, das an die Anführer aller operativen Einheiten der Sicherheitspolizei gerichtet war. Den darin enthaltenen Richtlinien zufolge plante man in der ersten Phase eine möglichst schnelle Konzentration der einheimischen jüdischen Bevölkerung in einigen größeren Städten; anschließend sollte sie aus dem Gau ausgesiedelt werden. Die zweite Phase, die als „Endziel“ bezeichnet wurde, wird von vielen Forschern mit der Ankündigung der Ermordung der Juden gleichgesetzt.¹

Als Zeitpunkt, an dem die jüdische Bevölkerung aus den eingegliederten Ostgebieten, darunter auch aus dem Reichsgau Wartheland, endgültig entfernt werden sollte, wurde Ende Februar 1940 bestimmt. Um die Aussiedlung der Juden in das Generalgouvernement effizienter durchzuführen, wurde im Oktober und November 1939 eine genaue Zählung der jüdischen Bevölkerung im Wartheland angeordnet. Darüber hinaus wurde den Juden verboten, den Wohnort innerhalb des Gaus zu wechseln. Insgesamt umfasste die Aussiedlungsaktion in der Zeit von Oktober 1939 bis 28. Februar 1940 über 100.000 Juden.²

Die jüdische Bevölkerung im Wartheland war unterschiedlichen Formen des Terrors ausgesetzt. Am Anfang stand die wirtschaftliche Ausbeutung

¹ Eksterminacja Żydów na ziemiach polskich w okresie okupacji hitlerowskiej. Zbiór dokumentów, hg. v. TATIANA BERENSTEIN/ ARTUR EISENACH/ ADAM RUTKOWSKI, Warszawa 1957, S. 21–29. Der Reichsgau Wartheland mit einer Fläche von 43.943 Quadratkilometern wurde in drei Regierungsbezirke aufgeteilt: Posen, Hohensalza und Lodz. Bei Kriegsausbruch lebten dort ca. 385.000 Juden.

² AIZ, Dok. I-200, Behandlung der Polen (auch Juden) – hier ebenfalls Aussiedlungsfragen, unpag.

der Juden, insbesondere als Arbeitskräfte. Das durch die ständig wachsenden Bedürfnisse der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs verursachte Arbeitskräftedefizit zwang die deutsche Verwaltung trotz ideologischer Widerstände dazu, sie als Arbeitskräfte zu nutzen. Dabei stellte sich heraus, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt erforderte, die jüdische Bevölkerung auch für den vollständigen Wiederaufbau des Warthelandes einzusetzen.³ Letztendlich wurde Zwangsarbeit zur Grundlage der Beschäftigung, unabhängig davon, wer sie organisierte oder wer aus der Ausbeutung der jüdischen Arbeitskräfte direkten Nutzen zog.

Bereits zu Beginn der Besetzungszeit wurden Juden von Wehrmachtsstellen, später auch von der deutschen Zivilverwaltung im Wartheland, zu verschiedenen Arbeiten herangezogen, die oftmals sinnlos und unproduktiv, ja sogar unnötig waren und als „Arbeit um der Arbeit willen“ verstanden wurden. Sie wurden zu erschöpfenden körperlichen Anstrengungen gezwungen, die mit Schikanen und Demütigungen, Schlägen und Misshandlungen einhergingen. Dabei ging man nach dem Prinzip rücksichtsloser Unterwerfung der einheimischen jüdischen Bevölkerung unter die deutschen Rassengesetze vor und beschränkte ihre persönlichen Freiheiten in jederlei Hinsicht.⁴

Mit organisierten Formen von Zwangsarbeit kam die jüdische Bevölkerung nach dem Aufbau der Zivilverwaltung im Wartheland in Berührung. Die deutsche Verwaltung sah für die neu gegründeten und durch die Polizei streng kontrollierten Judenräten die Aufgabe vor, die angeforderten Kontingente an arbeitsfähigen Personen zur Verfügung zu stellen.

Eine der Formen von Zwangsarbeit, die gegen die Juden eingesetzt wurde, war die Deportation in die Arbeitslager. Im Reichsgau Wartheland bestanden nach den bisherigen Erkenntnissen während der deutschen Besatzung insgesamt mindestens 173 Arbeitslager.⁵ In die Arbeitslager wurden hauptsächlich Juden aus dem Ghetto Litzmannstadt und den so genannten

³ APP, Landratsamt Grodzisk (1939–1945), Rundschreiben Nr. 557 der Abteilung für Arbeit des Statthalteramts Wartheland über die Beschäftigung von Juden, Bl. 2; NACHMAN BLUMENTAL, *Słowa niewinne*, Kraków 1947, S. 95. In den Richtlinien über die Behandlung der Juden für das Wartheland ist u. a. zu lesen: „Die Beschäftigung von Juden ist ein notwendiges Übel, das aus dem Mangel deutscher beziehungsweise ausländischer nicht-jüdischer Arbeitskräfte erfolgt.“

⁴ AZIH, Ring II, 303, aus: Neumanns Erzählungen über die Erlebnisse in Kolo [Wartbrücken], Bl. 1; AIPNP, Berufungsgericht Posen 48, Akten des Prozesses gegen Erich Willi Krüger, Amtskommissar in Dobra, Kr. Turek, Bd. 1, Bl. 270; ebd., OKP Ko. 18/81, Untersuchungsakten zum Lager in Bolewice, Aussage des Zeugen Leon Borkowski aus Wartbrücken, Bl. 4 f.

⁵ DANUTA DĄBROWSKA, Zagłada skupisk żydowskich w „Kraju Warty“ w okresie okupacji hitlerowskiej, in: BŻIH 13–14 (1955), S. 146.

Provinzghettos des Warthelandes eingewiesen, u. a. aus Kutno, Gostyn, Gombin, Sanniki, Leslau, Izbica Kujawska, Lubranitz, Pabianice, Ozorków, Welungen, Zduńska Wola, Schieratz, Wartbrücken, Tonningen und Bełchatów. Außer den Juden aus Polen wurden in die Arbeitslager Juden aus Deutschland (aus Köln, Berlin, Hamburg), Österreich, der ehemaligen Tschechoslowakei und Luxemburg transportiert, die zwischenzeitlich im Ghetto Litzmannstadt untergekommen waren.

Sie wurden beim Bau der Autobahn Frankfurt/Oder-Posen eingesetzt, später beim Ausbau der Eisenbahnstrecke Posen-Warschau, beim Bau des Eisenbahnknotenpunkts in Łódź-Olechów, der Rangierstation in Posen-Franowo, bei der Flussregulierung, der Melioration und für saisonale Arbeiten in der Landwirtschaft, schließlich auch bei Bauarbeiten im Zuge der städtebaulichen Veränderung in einigen Städten des Warthelandes, hauptsächlich in Posen, der Hauptstadt des Gaus. Die Häftlinge wurden mit gewaltigem finanziellen Gewinn nicht nur von großen staatlichen Institutionen wie der Reichsbahn oder der Obersten Bauleitung der Reichsautobahnen ausgebeutet, sondern auch von privaten deutschen Unternehmen, die als Subunternehmen tätig waren. Die ersten Transporte aus dem Ghetto Litzmannstadt in die Arbeitslager gingen im Dezember 1940 ab, und zwar noch in das so genannte Altreich. Zuvor, am 1. November 1940, hatte der Gestapochef (Abteilung IV RSHA), SS-Obergruppenführer Heinrich Müller zugestimmt. Zur Umsetzung war es nötig, die Arbeiten für den Bau der Autobahn zwischen Frankfurt/Oder und Posen vorzubereiten, mit dem 1941 tatsächlich begonnen wurde. Dieses Jahr gilt zugleich als der Zeitpunkt, an dem die ersten Arbeitslager für Juden im Wartheland entstanden.⁶ Die Vereinheitlichung der Beschäftigungsvorschriften für die jüdische Bevölkerung war das Thema zahlreicher Gespräche, die im Amt des Statthalters des Warthelands geführt wurden. Schließlich wurde die Beschäftigung der jüdischen Bevölkerung entsprechend den Direktiven des Gaustathalters Arthur Greiser mit dem Runderlass 557 vom 12. September 1941 der einheitlichen und zentralen Leitung des Landesarbeitsamts in Posen unterstellt; nur dieses Amt durfte eine Bewilligung zur Beschäftigung von Juden im Wartheland ausstellen.⁷ Nach den in diesem Runderlass enthaltenen Anweisungen wurde zugleich die Pflicht eingeführt, vor der Verle-

⁶ BAB, 46.02/1200, telefonische Nachricht des Gestapochefs Müller, in der er in die Beschäftigung von Juden bei den Autobahnbaubarbeiten einwilligte, Berlin, 1. November 1940, Bl. 385; ERHARD SCHÜTZ/ ECKHARD GRUBER, Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers“ 1939–1941, Berlin 2000, S. 86; WOLF GRUNER, Juden bauen die „Straßen des Führers“. Zwangsarbeit und Zwangslager für nichtdeutsche Juden im Altreich 1940 bis 1943/44, in: ZfG 44 (1996), Nr. 9, S. 789.

⁷ APP, Landratsamt Grodziec (1939–45), Runderlass Nr. 557 des Statthalteramts des Warthelands über die Beschäftigung von Juden, Bl. 2–4.

gungen von jüdischen Arbeitern an andere Arbeitsstätten eine Genehmigung einzuholen. Verantwortlich für die rechtmäßige Umsetzung des Arbeitszwangs für Juden waren die Regierungspräsidenten des Warthelands, die wiederum dessen ordnungsgemäße Ausführung den ihnen unterstehenden Oberbürgermeistern und Landräten auferlegten.

Die Lager hatten keinen einheitlichen, amtlich eingeführten Namen. Meistens wurden sie als Zwangsarbeitslager, Judenlager und Judenarbeitslager bezeichnet, ergänzt um eine laufende Nummer und die Bezeichnung „Arbeitslager für Juden“. In Kolmar, wo die Häftlinge Arbeiten für die Stadt ausführten, hieß das dortige Lager in der amtlichen Korrespondenz „Arbeitslager in Kolmar – Stadtverwaltung“ oder „Judenlager Kolmar“. Lager, die entlang der im Bau befindlichen Autobahnstrecke Frankfurt/Oder-Posen entstanden, hießen „Reichsautobahnlager“. Lager an Bahnstrecken wurden „Reichsbahnlager“ genannt. Häftlinge, die von mehreren Subunternehmen beschäftigt wurden, kamen in ein Lager, das dann „Gemeinschaftslager“ genannt wurde. Mit Ausnahme von „Reichsautobahnlager“ und „Reichsbahnlager“ wurde in der Bezeichnung die Art der ausgeführten Arbeit nicht genannt. Die größte Zahl an unterschiedlichen Arbeitslagern gab es in Posen. Hier wurden Juden nicht nur von der Stadtverwaltung beschäftigt, sondern auch von der Reichsbahn und der Reichsautobahndirektion.

Die Lager waren keine Arbeitsstätten, sondern dort wurden die Juden kaserniert, und von dort wurden sie zur jeweiligen Arbeitsstätte gebracht. Die Lager wurden in Schulgebäuden eingerichtet (z. B. die Lager in Strzeszyn und Kubeczki), in Pfarrhäusern (Kicin, Woszczkowo), Kapellen, Forsthäusern (Szklarka), Mühlen (Stawiszyn), Speichern, Scheunen, Ställen (z. B. Wronczyn), Wirtshäusern, den Kellern großer Gutshäuser (Potarzyce, Antoninek) sowie in Holzbaracken (die Holzbaracken wurden von der Organisation Todt für die Errichtung der „Reichsautobahnlager“ sowie der Lager in Zusammenhang mit der Modernisierung und dem Bau von Bahnstrecken aufgestellt). In Posen wurde ein Lager in den Räumlichkeiten des städtischen Stadions eingerichtet. Nur einigen wenigen der 900 Häftlinge gelang es, einen Platz unter der Tribüne zu ergattern, die Restlichen schliefen praktisch unter freiem Himmel.

Die größten Transporte mit Juden kamen aus dem Ghetto Litzmannstadt in die Lager. In diesem Ghetto – wie auch in den übrigen Ghettos im Wartheland – verlief die Anwerbung anfangs auf freiwilliger Basis. Im Ghetto Litzmannstadt oblag die Aufgabe, jüdische Arbeiter zu liefern, direkt dem Arbeitsamt beim „Judenältesten im Ghetto Litzmannstadt“, einer Behörde, an deren Spitze Chaim Mordechaj Rumkowski stand. Die jüdische Verwaltung des Ghettos in Litzmannstadt unterstand direkt der von Hans Biebow geleiteten selbständigen Abteilung der Ghettoverwaltung. Die

Ghettoverwaltung wiederum war dem Oberbürgermeister Werner Ventzke unterstellt. Die deutsche Verwaltung verpflichtete das Arbeitsamt beim Judenältesten u. a. dazu, die sich zur Arbeit außerhalb des Ghettos melden- den Freiwilligen zu registrieren, die Transporte zusammenzustellen und vorzubereiten. Die erste Bekanntmachung über die Rekrutierung von Männern zwischen 18 und 40 Jahren, die bereit waren, außerhalb des Ghettos zu arbeiten, wurde am 19. November 1940 an den Mauern des Ghettos Litzmannstadt angebracht.⁸ In dieser Bekanntmachung versicherte man den Juden, dass sie für die ausgeübte Arbeit Lohn bekämen; ein Teil davon sei für den Unterhalt der Familienmitglieder gedacht, die weiter im Ghetto blieben.⁹ Die Möglichkeit, den Angehörigen im Ghetto finanziell zu helfen, war für viele Juden ein wichtiger Ansporn, sich für die Arbeit außerhalb des Ghettos zu entscheiden. In der Anfangsphase war das Interesse an einer derartigen Arbeit unter den Ghettobewohnern so groß, dass bereits einige Tage nach der ersten Bekanntmachung eine weitere erschien (Nr. 169), die für den 29. November 1940 die Rekrutierung weiterer 3.000 Freiwilliger angekündigte. Um die Registrierung derjenigen zu verbessern, die sich zur Arbeit außerhalb meldeten, wurden sogar eine Vorregistrierung sowie Wartemarken eingeführt.¹⁰

Die erste Anwerbung für Arbeiten außerhalb des Ghettos hing mit dem Bau der Autobahnstrecke Frankfurt/Oder-Posen zusammen. Die Regis- trierung der Freiwilligen fand am 24. November 1940 in der Ambulanz des Krankenkassen-Krankenhauses in der Lagiewnicka-Straße statt; der erste Transport mit 639 Männern brach am 10. Dezember auf und wurde vom Polizeibataillon 132 zum Zielort begleitet.¹¹

Zur Arbeit außerhalb des Ghettos meldeten sich anfangs arme Leute, die unter sehr schwierigen Bedingungen lebten und sogar vom Hungerstod bedroht waren. Sie hegten die trügerische Hoffnung, durch Arbeit ihr Leben retten zu können, und sie rechneten damit, in den Lagern ihr Existenzminimum irgendwie sichern zu können. Man meldete sich freiwillig zur Beteiligung – sowohl persönlich in der Meldestelle als auch durch schriftli-

⁸ APL, Stadtverwaltung – Ghettoverwaltung (GV) 29 211, Bekanntmachung Nr. 166 über die Registrierung zur Arbeit, Bl. 138.

⁹ In dieser Bekanntmachung ist u.a. zu lesen: „Die erwähnte Arbeit wird eine Erleichterung für die Arbeitslosen sein, denn: 1. erhalten sie eine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit, 2. werden sie satt – denn sie bekommen Vollverpflegung, 3. erhalten sie die Möglichkeit, ihre Familien im Ghetto zu unterstützen.“

¹⁰ APL, GV 29 211, Bekanntmachung Nr. 169 über die Rekrutierung von Juden zur Arbeit außerhalb des Ghettos, Bl. 141f.

¹¹ Ebd., 30 215, Bl. 77–80; AIZ, Dok. I-731, Information über die Tätigkeit des Ba- taillons in der Zeit vom 8. Mai 1940 bis zum 7. April 1941, Bl. 3–7.

che Bitten an den Ältesten der Juden im Ghetto Litzmannstadt. Ein namentlich nicht bekannter Ghettobewohner schrieb am 10. März 1941:

„Ich bin 40 Jahre alt [...]. Einige meiner Freunde und Verwandte erhielten in diesen Tagen die Anweisung, sich zur Arbeit zu stellen. Ich würde auch gerne mit ihnen fahren. Den Lohn für meine zukünftige Arbeit überweisen Sie bitte an meine Schwester L. Rozentalowa.“¹²

Im Laufe der Zeit änderte sich die Zusammensetzung der zur Arbeit geschickten jüdischen Bevölkerung. In die Lager wurden nun auch Personen eingewiesen, die gegen das im Ghetto geltende Recht verstoßen hatten, sowie Personen, die die übrigen Ghettobewohner schädigten und die schwierigen Umstände des Ghettolebens zu ihren Gunsten ausnutzten. Ihre Namen wurden zum Beispiel von der *Gettocaftung* veröffentlicht. Es gab viele derartige Konflikte, doch meistens wurden sie einfach vom Überlebenskampf verursacht, dem Kampf um die eigene Ernährung und die Ernährung der engsten Angehörigen. Der Hunger, unter dem die Ghettobewohner litten, bestimmte manchmal ihr Verhalten und führte zu Lebensmitteldiebstählen oder zum Beispiel auch dazu, dass man verbotenerweise heimlich Brot buk. Icchak Rosenberg gab in einem Bericht nach dem Krieg an:

„Zusammen mit anderen beschloss ich, etwas zum Essen zu organisieren. Es dauerte nicht lange und wir wurden erwischt. Wir wurden in das Gefängnis in der Czarniecki-Straße gesteckt [...]. Aus dem Gefängnis wurden wir alle in Arbeitslager in Posen geschickt.“¹³

Aufgrund der mit der Zeit ins Ghetto gelangenden Informationen über die tatsächlichen Arbeitsbedingungen in den Lagern gab es immer weniger Freiwillige zur Arbeit außerhalb. Um die nötige Zahl der von der deutschen Verwaltung vorgegebenen Arbeiter zusammenzubekommen, wurden Ergreifungsaktionen und Straßenrazzien durchgeführt; im Ghetto Litzmannstadt ergingen auch namentliche Aufforderungen, sich zur Außenarbeit zu melden. Gegen diejenigen, die sich solchen Maßnahmen verweigerten, wurden verschiedene Sanktionen verordnet, so sperrte man zum Beispiel die Lebensmittelkarten nicht nur für jene Person, die sich drückte, sondern auch für ihre gesamte Familie.

In Litzmannstadt, aber auch in den übrigen Ghettos, mussten sich die Arbeitswilligen für die Lager (sowohl Frauen als auch Männer) einer Untersuchung durch eine ärztliche Kommission unterziehen, die aus jü-

¹² APL, PSŻ Ghetto Lodz 285, Brief eines Bewohners des Ghettos Lodz an Chaim Rumkowski über die Verschickung zur Arbeit außerhalb des Ghettos, unpag.

¹³ YVA, 0-33/136, Bericht von Icchak Rosenberg, Bl. 3

dischen Ärzten der Gesundheitsabteilung beim jüdischen Ältestenrat bestand. Die Kommission begutachtete ihre körperliche Verfassung und Tauglichkeit für Erdarbeiten. Gelegentlich wurden die Untersuchungen noch einmal von deutschen Ärzten wiederholt.¹⁴ Diese Prozedur sollte gewährleisten, dass ausschließlich Personen zu den Arbeiten geschickt wurden, die zu schwerer körperlicher Arbeit fähig waren. Vor der Ausreise wurden die Juden aus dem Ghetto Litzmannstadt ins Zentralgefängnis in der Czarniecki-Straße gebracht.¹⁵

Bevor die jüdische Bevölkerung aus den kleineren Ghettos deportiert wurde, wurde sie auf Anordnung der deutschen Verwaltung zum Teil in größeren Ghettos zusammengeführt und hier gemeinsam untergebracht – meistens in den dortigen Synagogen, falls diese noch nicht zerstört worden waren, in den Arbeitsämtern sowie in anderen öffentlichen Gebäuden. Die Juden wurden zu Fuß vorangetrieben, ohne Rücksicht auf die zu bewältigende Entfernung und das Wetter. So wurde u. a. eine Gruppe von Männern aus dem Ghetto in Freystadt in das Ghetto in Leslau deportiert. Ähnlich wurde mit der jüdischen Bevölkerung in Lubranitz verfahren, die zuerst zu Fuß in das Ghetto in Brest geschickt wurde und später nach Leslau, wo Juden aus den umliegenden Städten hinzukamen. Erst in dieser Zusammensetzung ging der Transport zu den Arbeitslagern in Posen ab. Dagegen wurde ein Teil der jüdischen Bevölkerung aus Izbica Kujawska im Ghetto in Wartbrücken versammelt, bevor sie in das Lager Droga Dębińska in Posen deportiert wurde.¹⁶

Wie den Berichten der Gefangenen zu entnehmen ist, ereigneten sich während der Deportationen – insbesondere in den Provinzghettos – brutale Szenen mit Schlägen und Schikanen. Die Familienmitglieder wurden voneinander getrennt, so dass die Deportierten den letzten Kontakt zu ihren Angehörigen verloren. Zeugen berichten übereinstimmend, dass die letzten Augenblicke vor der Deportation für sie eine gewaltige psychische Belastung waren.¹⁷

¹⁴ Kronika getta Łódzkiego, hg. v. DANUTA DĄBROWSKA/ LUCJAN DOBROSZYCKI, Warszawa 1970, Bd. 1, S. 119, 124; APL, PSŻ 470; ebd., GV 29 211, Bekanntmachung Rumkowskis über die Deportation zur Arbeit außerhalb des Ghettos, Bl. 138; ARNOLD MOSTOWICZ, Źółta gwiazda i czerwony krzyż, Warszawa 1988, S. 99–108.

¹⁵ Dziennik Dawida Sierakowiaka, hg. v. LUCJAN DOBROSZYCKI, Warszawa 1960, S. 23, 30; MANFRED SCHULZE/ STEFAN PETRIUK, Unsere Arbeit – Unsere Hoffnung. Das Getto in Lodz 1940–1945, Schwalmthal 1995, S. 93.

¹⁶ AIPN, Bezirksgericht Posen 56, Aussagen von Leib Jakóbczyk, Samuel Rotkopf und Kon Grojнем.

¹⁷ AIPNP, Ds. I. 3/69, Untersuchungsakten zum Lager in Kolmar, Vern. Salomon Je-sion, 12.5.1969, Bl. 15–18.

Bereits kurz nach Beginn des Arbeitseinsatzes verschlechterte sich der Gesundheitszustand der Gefangenen. Die Schwächung der Häftlinge wurde durch Unterernährung, schlechte hygienische Bedingungen, Krankheiten sowie die mörderische Arbeit verursacht, die ohne Rücksicht auf das Wetter unter freiem Himmel stattfand. Gleichzeitig wurden Personen unter 14 und über 60 Jahren in die Lager geschickt, was dazu führte, dass sich die Altersstruktur der Arbeitenden veränderte. Unter den Lagerhäftlingen machten deshalb nicht nur Jugendliche, sondern auch ältere Personen und Kinder einen beträchtlichen Prozentsatz aus.

Nach der Auflösung der Provinzghettos im Wartheland konnte die deutsche Ghettoverwaltung in Litzmannstadt alleine über die jüdischen Arbeitskräfte in diesem Gau verfügen. Sie war auch für sämtliche Angelegenheiten zuständig, die mit der Deportation in die Zwangsarbeitslager zusammenhingen. Deshalb wandten sich der Oberbürgermeister von Posen, die Landräte, Kreiskommissare und andere Vertreter der deutschen Zivilverwaltung sowie große deutsche Betriebe an Litzmannstadt, um Juden zur Arbeit zugeteilt zu bekommen. Im Mai 1942 übergab der Reichsbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, die Aufsicht über alle Arbeitslager an die Deutsche Arbeitsfront (DAF), Abteilung Lagerbetreuung. Die DAF führte ein Lagerregister ein, wodurch die Nummerierung der Arbeitslager im gesamten Reich vereinheitlicht wurde.¹⁸ Die Lagerverwaltung legte in eigens dazu vorgesehenen Formularen Monatsberichte vor, die anschließend an die Bezirksstelle der DAF, Abteilung Lagerbetreuung, geschickt wurden. Diese Abteilung leitete sie weiter an das DAF-Zentralbüro, Amt für Arbeitseinsatz. Die Führungsrolle, die die DAF über die Lager innehatte, spiegelte sich auch darin wider, dass diese den Lagerleiter bestimmte.

Die Organisationsstruktur der Lager sah folgendermaßen aus. An der Spitze eines jeden Lagers stand ein „Lagerführer“. Die Aufsicht über die Häftlinge übte zum Beispiel in den Lagern in Posen auf der Grundlage eines Vertrags mit der Stadt eine Mannschaft aus Mitarbeitern der Wach- und Schließgesellschaft aus. Als Kontrolleure fungierten Deutsche, darunter auch Personen, die während der deutschen Besatzung die „Deutsche Volksliste“ unterschrieben hatten. Die Wachmänner erhielten einheitliche Uniformen, die sich durch eine Mütze mit zwei gekreuzten Schlüsseln auf dem Mützenband auszeichneten. Sie trugen jedoch keine Waffen. In ande-

¹⁸ STANISLAW NAWROCKI, Terror policyjny w „Kraju Warty“ 1939–1945, Poznań 1975, S. 50; AŽIH, Lager, 141, Monatsberichte über die Lager im Kreis Rawitsch; APPi, Akten der Stadt Kolmar, 936, Lager Kolmar, Runderlasse der DAF, Bl. 158, 243; APP, Landratsamt Lissa (1939–1945) 19, Monatsberichte über das Lager in Boguszyń, Kreis Lissa, Bl. 3.

ren Lagern dienten als Aufsichtspersonal die Bahnpolizei oder die Gutsvorarbeiter. In einigen Lagern setzte man auf Anordnung des jeweiligen Arbeitsamts auch Polen als Wachleute ein. Manchmal wurden die polnischen Arbeiter mit der Lagermannschaft gleichgesetzt, da sie auf der gleichen Baustelle zusammen mit den Häftlingen arbeiteten, allerdings in getrennten und voneinander isolierten Gruppen. Auf Befehl des Leiters des Arbeitseinsatzes wurden sie manchmal dazu bestimmt, die Häftlinge aus dem Lager abzuholen und sie zur Arbeitsstelle zu bringen und umgekehrt, obwohl sie formell nicht Mitglieder der Lagermannschaft waren. Während der Arbeit wurden die jüdischen Arbeiter zusätzlich von deutschen Arbeitern beaufsichtigt, die die Ausführung der zugewiesenen Arbeiten überprüften. Das deutsche Zivilpersonal verfuhr gemäß den Anweisungen vom 7. August 1941. Diesen zufolge wurden die deutschen Arbeiter dazu verpflichtet, gleichzeitig den Dienst als Behelfspolizei zu übernehmen, und zwar sowohl auf der Baustelle wie im Lager.¹⁹ Das Bindeglied zwischen dem Lagerkommandanten und den Häftlingen war in jedem Lager der so genannte Judenälteste. In einigen Lagern war zusätzlich ein jüdischer Ordnungsdienst eingesetzt. Zu den Aufgaben der jüdischen „Selbstverwaltung“ gehörte vor allem die Aufsicht über die Ordnung innerhalb der Unterkünfte (oder „Orte, in denen sich die Unterkünfte befanden“). Jüdische Häftlinge waren auch als Lagersanitäter tätig.

Ein weiterer für die Existenz der Lager wichtiger Personenkreis war das Verwaltungspersonal. Dazu gehörten u. a. die Magazinverwalter sowie die Lagerköche, die getrennte Mahlzeiten für die Häftlinge, die Lagermannschaft und – wenn es sich um ein Gemeinschaftslager handelte – auch für Polen zubereiteten, die in einem abgetrennten Teil des Lagers wohnten. Die Zahl des zusätzlichen Personals hing von der Lagergröße ab. Einige Tätigkeiten (zum Beispiel die Zubereitung der Mahlzeiten) überließ man besonders in kleineren Lagern den Häftlingen selbst.

Eine Reihe von Verordnungen, die von der Verwaltung im Wartheland auf Grund von Vereinbarungen mit dem Reichsarbeitsministerium erlassen wurden, bestimmte das Leben in den Arbeitslagern. So zum Beispiel die „Anordnung für Judenlager“, erlassen am 15. Juli 1942 vom Posener Landrat, die u. a. die Aufrechterhaltung der Hygiene in den zu seinem Wirkungskreis gehörenden Lagern betraf. Diese Anordnung schloss selbst kurze Erholungszeiten nach der Arbeit aus. In Paragraph 7 der Anordnung ist zu lesen: „Juden sind einmal in der Woche – möglichst am Sonntag –

¹⁹ APP, Akten der Stadt Posen 16 069, Notiz über die Besprechung im Amt des Statthalters im Wartheland über die „Behandlung der Juden im Wartheland“, 1214, Verordnung des Landrats von Posen, 15.7.1942, u. a. über die Aufrechterhaltung der Hygiene in den Arbeitslagern für Juden im Landkreis Posen, Bl. 17 f.

nicht zur Arbeit zu schicken.“ Aber schon etwas weiter unten heißt es: „Die Juden brauchen einen Tag, um ihren Körper zu reinigen, ihre Kleider zu flicken und um das Lager gründlich zu säubern.“ In Wirklichkeit wurde dadurch jedwede Erholung an Sonn- oder Feiertagen ausgeschlossen.²⁰

Alle Anordnungen beförderten die dramatischen Lebensumstände, im Grunde das Dahinsiechen der Juden in den Lagern, d. h. die schlechten Wohnverhältnisse, die katastrophalen sanitären Zustände, die ungenügende Versorgung mit Kleidung, Schuhen, Unterwäsche, Seife und Waschpulver; darüber hinaus fehlte es an ärztlicher Versorgung. Diese Lebensbedingungen führten dazu, dass die meisten Arbeiter in kurzer Zeit nicht nur arbeitsunfähig, sondern körperlich gänzlich zerstört wurden. In keinem der Lager gewährte man den Häftlingen ein Minimum an Schlaf und Erholungsmöglichkeiten und nirgends hatten sie geeigneten, der jeweiligen Jahreszeit entsprechenden Schutz vor dem Wetter. Die Beengtheit und die Unmöglichkeit, für die eigene Hygiene zu sorgen und das Lager sauber zu halten, waren die Ursache für zusätzliche Leiden und begünstigten die Ausbreitung von Krankheiten. Darüber hinaus peinigte die Häftlinge stets nagender Hunger. Denn die Ernährung der jüdischen Arbeiter sollte ausschließlich dazu dienen, ihre Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Der Umfang der Lebensmittelzuteilungen an Juden wurde durch zahlreiche Anordnungen geregelt, zuletzt durch den Runderlass vom 9. Juli 1941 des Landesnährungsamts im Wartheland. Hier wurde eine wöchentliche Lebensmittelzuteilung in Höhe von 250 Gramm Pferdefleisch, 100 Gramm Fett und 2.250 Gramm Brot festgelegt.²¹

Behördlich geregt waren auch die Ernährungskosten der Lagerinsassen. Zuletzt wurde festgelegt, dass der Tagessatz für die Ernährung und Unterbringung eines Häftlings 1,50 Reichsmark betragen solle. Dieser Betrag konnte nur mit Zustimmung des Reichstreuhänders der Arbeit beim Reichsstatthalter im Wartheland, Ernst Kendzia, überschritten werden.²² Allerdings hielt es die NS-Verwaltung ein Jahr später, am 25. Juni 1942, für notwendig, diese ohnehin nicht ausreichenden Beträge für den Unterhalt eines Häftlings weiter zu verringern. Durch eine Anordnung der Abteilung

²⁰ APP, Der Reichsstatthalter im Gau Wartheland 1214, Anordnung des Posener Landrats vom 15. Juli 1942 u. a. über die Aufrechterhaltung der Hygiene in den Arbeitslagern für Juden im Kreis Posen, Bl. 17 f.

²¹ APP, Akten der Stadt Posen 16 069, Runderlass B/9 vom 9. Juli 1941, Das Landesnährungsamt über die wöchentlichen Normen der Lebensmittelzuteilungen für die Häftlinge der Arbeitslager, Bl. 87 f.; AZIH, Lager, 41; APL, GV 29 940, Runderlass über die Lebensmittelnormen für die Gefangenen der Arbeitslager, Bl. 141.

²² APP, Akten der Stadt Posen 16 069, Notiz über eine Besprechung im Statthalteramt des Warthelands über die „Behandlung der Juden unter dem Gesichtspunkt des Rechts“, Bl. 89–91.

V für Wirtschaft und Arbeit im Statthalteramt wurden neue Regelungen eingeführt: Die neu festgelegte Höhe des täglichen Beitrags für Ernährung und Unterbringung eines Häftlings durfte eine Reichsmark nicht überschreiten.²³

Die von oben angeordneten Vorschriften über die Ernährungsnormen schufen zwar eine gemeinsame Grundlage, doch die in den einzelnen Lagern herrschenden Verhältnisse sahen anders aus. Die Mahlzeiten wurden aus den schlechtesten, nicht mehr frischen und verfaulten Zutaten zubereitet. Im Frühjahr bestand das Essen meistens aus verfaultem Weißkohl, im Sommer aus Grünkohl oder aus Brennesseln und im Herbst aus Kohlrüben und Rübenblättern. Die Qualität solcher Nahrung beeinflusste den Gesundheitszustand der Häftlinge gravierend und führte oft zu schweren körperlichen Störungen und zur Schwächung des Organismus. Manchmal enthielten die täglichen Essensportionen nur rund 800 Kalorien. Ab dem 1. April 1942 wurden die Rationen um weitere 20 Prozent verringert. Die Häftlinge mussten oft im Freien essen, ohne Rücksicht auf die herrschenden Witterungsbedingungen. Dies führte dazu, dass die Mahlzeiten meistens kalt waren, wodurch ihr Nährwert noch niedriger war. Nach dem Krieg schrieb Zalman Kłodawski, der Häftling mehrerer Lager in Posen gewesen war:

„Das Mittagessen bekamen wir nach der Arbeit. Wenn der Koch die Suppe ‚mit Schwung‘ in die Schüssel füllte, dann ergoss sich ein Teil auf den Boden. Viele Juden weinten dabei und schleckten die Suppe vom Boden; die nebenan stehenden Polizisten droschen dann mit Schlagstöcken auf die Liegenden ein, da sie die Schlange aufhielten.“²⁴

Zum Frühstück erhielten die Häftlinge meistens einen sehr dünnen Ersatzkaffee, zum Mittagessen eine wässrige Suppe (die sog. Lagersuppe). Wie ehemalige Häftlinge berichteten, wurde die Suppe meistens aus ungeschälten Kartoffeln und Kohlrüben zubereitet; manchmal wurden ihr noch Hirsegrütze oder Perlgraupen zugefügt. Aus den Nachkriegsakten des Verfahrens gegen Wilhelm Jung, den Eigentümer eines Unternehmens, das mehrere Hundert Juden aus dem Reichsbahnlager in Schwarsenz beschäftigte, wissen wir, dass die Tagesration aus 200 Gramm Brot und einem Liter Suppe bestand, außerdem gab es wöchentlich 60 Gramm Margarine. Dazu kamen einmal alle paar Wochen rund 150 Gramm „Brotaufstrich“ (ein

²³ AŽIH, Lager, 141; APPi, Akten der Stadt Kolmar 936; Verordnung des Statthalters des Warthelands über die Beschäftigung von jüdischen Arbeitskräften, 23.6.1942, Bl. 7, 143.

²⁴ AMMŻ, L/1053, Bericht von Zalman Kłodawski, Bl. 5.

Produkt, das eigens für Polen und Juden aus Kohlrüben und Möhren zubereitet wurde).

Um den ständig nagenden Hunger zu stillen, versuchten die Häftlinge auf jede erdenkliche Weise etwas Essbares zu bekommen. Man „organisierte“ sogar Produkte, die normalerweise nicht zum Verzehr geeignet sind, wie etwa Abfälle. Verzweifelte Juden aus Lagern, die in ländlichen Regionen in der Nähe von Wirtschaftsgebäuden errichtet wurden, brachen in diese ein und aßen dort das Hühner- oder Schweinefutter auf. Auf der Suche nach Essen entfernten sie sich ohne an die Folgen ihres Tuns zu denken von den Arbeitskolonnen, manchmal sogar in großer Zahl. Zum Beispiel verließen im Dorf Piaskowo am 13. Dezember 1941 18 Häftlinge, die aus dem Reichsbahnlager in Lissa dorthin geschickt worden waren, ihre Kolonne. Sie gingen von Haus zu Haus und bettelten um Brot. Ein Teil von ihnen wurde von der örtlichen Gendarmerie festgenommen und anschließend gehängt.²⁵

Einer der Faktoren, von denen das Leben der Gefangenen ebenso abhing wie der Schutz des durch schwere Arbeit und Krankheiten angegriffenen Körpers, war die Versorgung mit Kleidung, Wäsche und Schuhen. Die Gefangenen arbeiteten ausschließlich unter freiem Himmel, und die Kleidung sowie die Schuhe, die sie besaßen, waren für die unterschiedlichen Wetterverhältnisse nicht geeignet. Sie schützten weder vor Frost noch vor Hitze und auch nicht vor Feuchtigkeit, was angesichts der fehlenden Möglichkeiten, die Kleidung zu trocknen (die Gefangenen hielten sich in ungeheizten Räumen auf), dazu führte, dass sie sich das ganze Jahr über kalt fühlten und somit besonders anfällig für Krankheiten waren. In vielen Fällen führte das zu Arbeitsunfähigkeit.

Schuhwerk und Kleidung wurden der entsprechenden Vorschrift gemäß, die von der deutschen Verwaltung des Ghettos Litzmannstadt festgelegt worden war, in die Lager geliefert. Den zu begründenden Bedarf an einer entsprechenden Menge von Kleidung meldeten die Arbeitgeber, welche Gefangene beschäftigten, in Form einer schriftlichen Bestellung direkt an Litzmannstadt. Hier entschied der Leiter der Ghettoverwaltung oder sein erster Stellvertreter, Friedrich Wilhelm Ribbe, über die Zuteilung. Ein Teil der Kleidung und der Schuhe kam aus Lagern in Litzmannstadt und Dom-browa bei Pabianice, wo die persönlichen Dinge jener Juden aufbewahrt

²⁵ APP, Landratsamt Wollstein (1939–1945), Schreiben des Gendarmeriepostens in Wollstein an den Landrat des Kreises Wollstein über 18 jüdische Gefangene aus dem Lager in Lissa, die ihre Arbeitsstätte verlassen haben, Bl. 198; ebd., Gefängnis des Landgerichts in Lissa, 581, Personalakten der Gefangenen, Bl. 1–5; Standesamt Lissa, Sterbeurkunde Nr. 50/42.

wurden, die im Vernichtungslager Kulmhof ermordet worden waren.²⁶ In diesen Magazinen wurde eine besondere Abteilung eingerichtet, in der die zur Verschickung vorbereitete Kleidung sortiert und komplettiert wurde. Keiner der deutschen Arbeitgeber bewertete die Qualität der in die Lager abgegebenen Kleidungsstücke, die alt, kaputt und trotz Reparaturen stark abgenutzt waren. Der äußere Eindruck der Gefangenen war erschütternd. Einer der Gefangenen erinnerte sich in seinem nach dem Krieg verfassten Bericht:

„Wir liefen barfuß, da die Schuhe zerschlissen waren. Jeder von uns fertigte provisorisches Schuhwerk an. Wir trieben Holzstücke und Riemen auf, die wir mit Schnur zusammenbanden, so gingen wir. Diese Riemen waren hart und trocken; Staub und Ziegelstückchen kamen zwischen die Zehen und verletzten die Haut.“²⁷

Um die medizinische Betreuung der Gefangenen, darunter auch der Arbeitsunfähigen, sowie darum, wie mit den Kranken umzugehen sei, ging es erstmals im Juli 1941 bei einer Besprechung in der Abteilung für Wirtschaft und Arbeit des Reichsstatthalteramts, die in Anwesenheit von Kenzia stattfand. Es wurde beschlossen, dass die Juden nur von jüdischen Ärzten behandelt werden dürften. Die Vorschriften sahen auch vor, dass es in jedem Lager einen jüdischen Sanitäter geben sollte, der unter den Lagerinsassen ausgesucht würde und den jüdischen Arzt zu unterstützen hätte. Es hieß außerdem: „Eine Krankenhausbehandlung von Juden kann es nicht geben und wird nach allgemeiner Ansicht auch nicht nötig sein.“²⁸ Wurde eine Krankheit festgestellt, mussten die Juden nach vorheriger Begutachtung des Gesundheitszustands durch einen deutschen Arzt den örtlichen Abteilungen für Arbeit gemeldet werden.²⁹ Doch schon ein Schreiben des Arbeitsamts Lissa vom 25. August 1941 präzisiert das Vorgehen der deutschen Behörden gegenüber den Kranken und „arbeitsunfähigen“ Juden, die ab sofort für „Rücktransporte“ zu melden waren, ohne dass aber die Zielstation dieses Transports genannt wurde.³⁰ Bei einer weiteren Besprechung in Posen im Amtssitz des Reichsstatthalters wurde entschieden, die Rück-

²⁶ WŁADYSLAW BEDNARZ, Obóz straceń w Chełmnie nad Nerem, Warszawa 1946, S. 35; APL, GV, 29 696, Schreiben von Biebow an Seifert über die Lieferung von Kleidungsstücken aus den Lagern in Pabianice für die außerhalb des Ghettos Lodz beschäftigten Juden, 10.8.1942, Bl. 61.

²⁷ AMMŻ, L/1053, Bericht von Zalman Kłodawski, Bl. 4.

²⁸ APP, Akten der Stadt Posen 16 069, Notiz über die Besprechung im Amt des Statthalters im Wartheland über die „Behandlung der Juden im Wartheland“, Bl. 89 f.

²⁹ Ebd., Bl. 90.

³⁰ AŽIH, Lager, 141, Schreiben des Arbeitsamts Lissa u. a. über den Umgang mit kranken und arbeitsunfähigen Juden, unpag.

kehr von Kranken, die beim Bau der Autobahn Frankfurt/Oder-Posen eingesetzt waren, ins Ghetto Litzmannstadt auszuschließen. Gleichzeitig erging die Anweisung, dass die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit eines Gefangenen und seine Untersuchung durch die zuständige Behörde an jenem Ort zu erfolgen habe, an dem der Arbeiter gefangen gehalten wurde.³¹ Hinzuzufügen ist, dass alle beschriebenen Vorgehensweisen beschlossen wurden, bevor das Vernichtungslager in Kulmhof in Betrieb genommen worden war.

Die Rückkehr von Transporten mit kranken Gefangenen ins Ghetto Litzmannstadt rief den Widerstand Biebows hervor. Schließlich wurde festgelegt, dass die Kranken in der alleinigen Verfügungsgewalt der Gestapo bleiben sollten, die damit alleine über das Schicksal der Arbeitsunfähigen entscheiden konnte.³² Ein besonderes Dokument, das den Abgang von „Rücktransporten“ aus den Arbeitslagern bestätigte, war der so genannte Veränderungsnachweis, der von den Leitern der einzelnen Lager angefertigt wurde. Im Laufe der Zeit wurde dieses Dokument immer häufiger mit Anmerkungen versehen wie „Der Gestapo überwiesen“, „abgeholt durch die Gestapo“ oder „wegen Krankheit der Gestapo überwiesen“.³³

Meistens litten die Gefangen an ansteckenden Krankheiten, darunter Tuberkulose, sowie an Herzerkrankungen. Fleckfieber (Flecktyphus), eine Krankheit, die sich sehr schnell ausbreitet, trat am häufigsten auf und betraf in unterschiedlichem Ausmaß alle Lager. Die deutschen Behörden widmeten dieser Krankheit die größte Aufmerksamkeit und erließen eine Reihe von Verordnungen, die der weiteren Ausbreitung entgegenwirken sollten. Dies verringerte jedoch die tragischen Folgen für die Gefangenen in keiner Weise.

Die größte Ausbreitung der Fleckfieberepidemie wurde im Frühjahr 1942 in allen Lagern Posens verzeichnet. Weil die epidemische Gefahr in diesen Lagern derartige Ausmaße angenommen hatte, dass es unmöglich war, sie alleine mit den Lagersanitätern und ohne medizinisches Fachpersonal in den Griff zu bekommen, wurden jüdische Ärzte aus Berlin in die Lager geschickt. Julius Ebstein, Hans Knopf (der anschließend ins Lager in Konin-Czarków verlegt wurde), Max Hartstein, Gustav Held, Kurt Eisner, Erich Bragenheim und Edith Kramer hatten allerdings keinen Zugang zu geeigneten Arzneimitteln, vor allem nicht zu Impfstoffen, daher

³¹ APL, GV, 30 019, Notiz Friedrich Wilhelm Ribbes über ein Gespräch mit Ernst Kendzia, Bl. 139.

³² BLUMENTAL, Słowa (Anm. 3), S. 60.

³³ APL, GV, 29 700, Veränderungsnachweis der Häftlinge des Lagers Wreschen, Bl. 306 f.

konnten sie die Epidemie auch nicht erfolgreich bekämpfen.³⁴ Da trotz der scheinheilig erlassenen Verordnungen keinerlei ausreichende Hygiene möglich war, herrschten Krätze und Läuse, die Körper der Gefangenen waren von vielen Geschwüren und Furunkeln bedeckt, an der Tagesordnung waren auch Phlegmone und andere großflächige Entzündungen der Weichteile. Angesichts der ungenügenden Zahl von Arzneimitteln und der sich nicht verbessernden Existenzbedingungen im Lager war die Chance auf Heilung der Krankheiten gering; Gefangene, die bereits einmal genesen waren, steckten sich erneut an.

Ein weiteres somatisches Leiden, unter dem viele Gefangene litten, waren die zahlreichen Verletzungen durch Schläge, nicht nur in Form der zugefügten Verwundungen, sondern auch anderer Erkrankungen, wie zum Beispiel eitrige Entzündungen. Die körperliche Züchtigung der Gefangenen, etwa das häufig angewendete Auspeitschen, und die damit verbundene Erniedrigung hatten aber auch in psychischer Hinsicht negative Folgen. Einer der Gefangenen beschrieb in einem Bericht die Peitschenhiebe, die ihm ein Wächter im Lager Żabikowo verpasste:

„Eines Tages erhielt ich 21 Schläge auf den nackten Körper [...], ich beiße die Zunge blutig. Der Wächter hatte Mitleid mit mir und sagte: Ich schlage dich tot, wenn du nicht schreist [...]. Da brüllte ich mit bitterer Stimme los, nicht so sehr vor Schmerz, sondern vor Schmach.“³⁵

Die deutschen Unternehmer bemühten sich, kranke Juden so schnell wie möglich aus den Lagern zu entfernen, wodurch sie zur Beschleunigung ihres Todes beitragen. Sie ließen die Menschen nicht richtig medizinisch versorgen, da die in den Lagern durchgeföhrten Selektionen die Schwächsten unter den Arbeitsunfähigen eliminierten. Der deutsche Arbeitgeber musste auch nicht befürchten, dass ihm durch die unmenschliche Behandlung Arbeitskräfte verloren gehen könnten. Der Leiter der Abteilung für Arbeit im Statthalteramt des Warthelands, Regierungsrat Jakob Heusler, hatte ihnen nämlich versichert, dass er jeden arbeitsunfähigen Gefangenen durch einen anderen Arbeiter ersetzen könne.³⁶

Die Arbeitslager hatten durchweg den Charakter von Gefängnissen. Alle Versuche, sich vom Arbeitsplatz zu entfernen (und sei es auch nur auf der Suche nach Essen), Flucht und die Nichteinhaltung der Lagerregeln wurden

³⁴ ANNA ZIÓŁKOWSKA, Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej 1941–1943, Poznań 2005, S. 161.

³⁵ AMMŻ, L/994, Bericht von Elhanan Sombek, Bl. 5.

³⁶ APL, GV 29 245, Schreiben von Jakob Heusler an den Leiter der Ostdeutschen Chemischen Werke GmbH Hohensalza über die Abrechnung der Löhne jüdischer Gefangener, Posen, 3.11.1942, Bl. 406.

mit dem Tod bestraft. Dies sollte die Gefangenen in der Überzeugung bestärken, dass jeder Fluchtversuch, und auch nur das vorübergehende Verlassen des Arbeitsplatzes, erfolglos sei und bestraft werde. Die Urteile wurden durch Erhängen vollstreckt. So wurden etwa am 9. Juni 1942 während einer öffentlichen Hinrichtung fünf Gefangene aus dem Lager in Bentschen gehängt. Bei diesen Gefangenen hatte die Lagerverwaltung während einer Kontrolle illegal auf dem Feld gesammelte Kartoffeln entdeckt. Für das Erhängen dieser Gefangenen trägt der Leiter dieses Lagers, Wilhelm Hermann Grünberg, die Verantwortung.³⁷

Die Hinrichtung der aus den Lagern in Posen geflohenen Häftlinge – Meldungen über Fluchtversuche wurden an die Gestapo in Posen (Abteilung 4 B IV) geleitet, die anschließend Steckbriefe der Flüchtlinge veröffentlichte – wurde in dem im Städtischen Stadion eingerichteten Lager durchgeführt.³⁸ Um den Eindruck zu vertiefen, wurden dort die Verurteilten an einem eigens hierzu konstruierten dreiarmigen Galgen aufgehängt. Den Exekutionen im Stadion wohnten nicht nur die Leidensgenossen der Verurteilten bei. Todesurteile wurden auch in Anwesenheit hoher lokaler Partefunktionäre und von Vertretern der Verwaltungsbehörden vollstreckt, die freiwillig zur Hinrichtungsstätte kamen. Den Hinrichtungen gingen gelegentlich Ansprachen von Gestapobeamten voraus. Nach einer solchen Exekution im Stadion richtete sich der Chef von Abteilung IV der Posener Gestapo, Oskar Achtenberg, an die versammelten Häftlinge und sagte unter anderem:

„Ihr Schweine und verdammten Hunde, merkt euch eins, wenn ihr weiter – so wie die drei Lumpen, die heute gehängt werden – stehlen, schachern und betrügen werdet, dann werde ich befehlen, das ganze Lager bis zum letzten Mann aufzuknüpfen, selbst wenn niemand mehr übrig bleibt.“³⁹

³⁷ Standesamt Bentschen, Sterbeurkunden von Nr. 36/1942 bis Nr. 40/1942. In den Sterbeurkunden werden die wahren Todesursachen verschwiegen; es heißt lediglich, dass alle Personen zur selben Stunde gestorben seien, also um 17 Uhr. Als Todesursache wird „plötzlicher Herztod“ genannt; AIPNP, Ds. 5/68, Untersuchungsakten zum Arbeitslager in Bentschen.

³⁸ Listen der geflohenen Gefangenen wurden in den vom deutschen Polizeiapparat veröffentlichten „Fahndungsblättern“ publiziert, die auch „Fahndungsnachweise“ hießen. Sie wurden an alle Polizeidienststellen im Land verschickt. Diese Publikationen enthielten die wichtigsten Personaldaten des geflohenen Häftlings, gelegentlich Datum und Name des Lagers, aus dem die Flucht stattfand. In einem Fahndungsblatt (Nr. 53 vom 25.7.1942) sind die Namen von 27 Juden verzeichnet, die aus Arbeitslagern in Großpolen geflohen waren. Vgl. APP, Landratsamt in Schrimm (1939–1945) 410, Steckbriefe von Flüchtlingen aus Lagern und Gefängnissen.

³⁹ AIPN, Bezirksgericht Posen 62, Akten in der Strafsache gegen Fritz Neumann, Vern. Fritz Neumann, Bl. 78.

Aus den Gestapoberichten geht hervor, dass im Lager in Posen von Mitte 1941 bis 15. Juni 1942 89 Juden alleine wegen Fluchtversuchen oder Verlassen des Arbeitsplatzes gehängt wurden, während es von 1942 bis August 1943, also bis zur Auflösung der Arbeitslager, 112 Juden waren. Ein besonders großes Echo rief die am 4. September 1941 an Häftlingen vollstreckte Hinrichtung hervor, die aus dem Lager Robczysko im Kreis Lissa geflohen waren. Die Beschreibung der Urteilsvollstreckung findet sich in einem Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei in Lissa. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Flüchtlinge von der Gendarmerie in Kosten aufgegriffen und gemäß den geltenden Vorschriften an die Gestapo übergeben worden sind. Die Juden wurden vor den Augen aller in diesem Lager festgehaltenen Personen, der Häftlinge des Lagers in Ziemnice sowie polnischer Zivilarbeiter, die in der Nähe der Hinrichtungsstätte arbeiteten, gehängt. Die Entscheidung zur Hinrichtung der Flüchtlinge war bei der Führung der Gestapo Posen gefallen, deren Chef Helmut Bischoff persönlich bei der Hinrichtung anwesend war und den Verurteilten das Todesurteil verlas. Zeugen der Urteilsvollstreckung waren neben Polizisten und Gestapo-Beamten aus Posen und Lissa der Lissaer Bürgermeister Karl Paulich sowie der örtliche Landrat Wollner. Der Tod der Opfer wurde vom herbeigeeilten Kreisarzt Friedrich Brunke bestätigt, der zugleich die Gesundheitsabteilung in Lissa leitete.⁴⁰ Eine ähnliche Beschreibung existiert über die Exekutionen von Gefangenen, die beim Bau des Eisenbahnknotenpunkts in Lódz-Olechów eingesetzt waren. Einer der Zeugen sagte in einer Vernehmung nach dem Krieg aus:

„Ich war Zeuge von zwei Fällen, in denen die Deutschen Juden gehängt haben. Beim ersten und auch beim zweiten Mal wurden jeweils zehn Juden gehängt. Zu diesen Hinrichtungen holten die Deutschen alle Lagerinsassen zwangsweise herbei und man musste Zeuge des Verbrechens sein, die Juden wurden von den Gendarmen herbeigebracht.“⁴¹

Ein anderer Zeuge erinnerte sich an folgendes Bild der Exekutionen in Olechów:

„Ich habe zwei Hinrichtungen gesehen. Jedes Mal wurden sechs Juden gehängt. Die Exekutionen fanden unter Aufsicht von SS-Leuten statt, in Anwesenheit von polnischen Arbeitern und Juden. Vor den Hinrichtungen hielt ein SS-Mann

⁴⁰ AMMŻ, Prozess gegen Helmut Bischoff, Sign. K/440, Bl. 35, 37; AIPNP, Ds. 7/68, Untersuchungsakten über das Lager in Robczysko, Bl. 5; AIPN, 55, Umfragen der Bürgergerichte, Bl. 185.

⁴¹ AIPNP, Ds. 4/69, Untersuchungsakten über die faschistischen Verbrechen beim Bau des Eisenbahnknotenpunkts Lódz-Olechów, Protokoll von der Vernehmung des Zeugen F. Barański, Bl. 60 f.

eine Ansprache an die Juden. Die Worte habe ich nicht verstanden, da ich diese Ereignisse durch das Fenster der dem Galgen gegenüberliegenden Baracke beobachtet habe, aus einer Entfernung von rund 20 Schritt. Von den Juden, die gelegentlich in die Küche kamen, erfuhr ich, dass Personen hingerichtet wurden, die dreimal die Arbeit verlassen hatten und in nahe gelegene Dörfer gegangen waren, um Lebensmittel zu suchen.“⁴²

Nachdem das Vernichtungslager in Kulmhof in Betrieb genommen worden war, wurde es zu jenem Ort, an dem die arbeitsunfähigen jüdischen Gefangenen hingerichtet wurden.⁴³

Die jüdischen Häftlinge der Arbeitslager wurden auch zu Opfern von „wissenschaftlichen Forschungen“ am Anatomischen Institut der so genannten Reichsuniversität Posen. Eine Institution des Dritten Reiches, welche die Arbeiten und Erfahrungen der deutschen Wissenschaftler, genauer gesagt der Präparatoren aus dem Anatomischen Institut, in großem Umfang nutzte, war das Naturhistorische Staatsmuseum in Wien. Die anthropologische Abteilung des Wiener Museums bereitete 1942 eine Ausstellung vor, die die pseudowissenschaftliche Rassentheorie präsentieren sollte. Ziel war es, die Überlegenheit der „nordischen Rasse“ zu dokumentieren; zugleich sollte die Existenz von Menschen, die „niedrigeren Rassen“ angehören, in Frage gestellt werden.

Die Ausstellungsmacher wollten eine Sammlung polnischer und jüdischer Schädel zeigen, um die morphologische Andersartigkeit der „degenerierten“ Rassen darzustellen. Zu diesem Ziel lieferten die Präparatoren des Anatomischen Instituts dem Museum 29 Schädel verstorbener Juden, 25 Totenmasken sowie fünf Abgüsse von Gipsbüsten.⁴⁴ Zwar gibt es keinen Beweis dafür, dass die Auswahl noch zu Lebzeiten der Juden erfolgte, doch ist unbestritten, dass die Wahl der Leichen, die anschließend präpariert wurden, nicht zufällig war. Objekte von besonderem Interesse sollten dem leitenden Präparator des Anatomischen Instituts der Reichsuniversität Posen, Gustav von Hirschheydt, zufolge Typen von Ostjuden sein, bei denen ihm die Form der Ohrmuscheln „auferlege“, zusätzliche Gipsabgüsse ihrer Köpfe anzufertigen.⁴⁵

⁴² Ebd., Protokoll von der Vernehmung des Zeugen M. Badowski, Bl. 53.

⁴³ APL, GV 29 685, Schreiben des Arbeitsamts Posen vom 18.2.1943 an die Ghettoverwaltung betr. Korrektur des Berichts über den Zahlenstand der Gefangenen in den Arbeitslagern in Posen, entsprechend dem tatsächlichen Zahlenstand am 10.1.1943. Aus diesem Schreiben geht hervor, dass 191 Gefangene nach Warthbrücken geschickt wurden, wo das Ghetto zwischen dem 7. und dem 11.12.1941 aufgelöst worden war. Die Gefangenen konnten also nicht ins Ghetto gelangt sein, da es nicht mehr existierte, Bl. 14.

⁴⁴ ZIÓLKOWSKA, Obozy (Anm. 34), S. 196–199.

⁴⁵ Ebd., S. 198.

Die Häftlinge der Arbeitslager im Wartheland bekamen auch die Folgen einer demütigenden Lohnpolitik zu spüren. Aufgrund einer Verordnung des Statthalters des Warthelands wurde der Satz für die Beschäftigung von Juden in dem ihm unterstellten Gebiet auf 0,30 Reichsmark pro Arbeitsstunde festgelegt. Auf diese Summe wurde eine Steuer erhoben und ein Teil des Geldes auf das Konto der Ghettoverwaltung in Litzmannstadt überwiesen. Von diesem Konto erhielten die Familien der Arbeitslagerhäftlinge anfangs zwölf Reichsmark wöchentliche Unterstützung, die vom Amt des Judenältesten ausgezahlt wurde.⁴⁶ Mit Verordnung vom 26. Juni 1942 wurde eine neue Richtlinie vorgegeben, die in Paragraph 3 festlegte: „Jüdische Arbeitskräfte erhalten keinen Lohn.“ Stattdessen wurde eine so genannte Judenleihgebühr von 0,70 Reichsmark eingeführt, die der Unternehmer für jeden jüdischen Arbeiter pro Kalendertag (unabhängig davon, ob er arbeitsfähig war oder nicht) an die Kasse der Ghettoverwaltung in Litzmannstadt abzuführen hatte. Diese wurde damit zum Eigentümer und rechtlichen Erben aller Juden im Wartheland.⁴⁷ Von den pauschalen Abgaben wurden die Arbeitgeber noch nicht einmal bei schlechtem Wetter befreit, wenn die Durchführung von Arbeiten unmöglich war. Die Einstellung der Entlohnung für die ausgeübte Arbeit verurteilte die jüdischen Arbeiter dazu, in den Lagern dahinzusiechen.

Für die andere Seite war die Beschäftigung der Gefangenen eine Quelle billiger, fast kostenloser Arbeitskraft, die von staatlichen Institutionen, Kommunalverwaltungen und Privatunternehmern genutzt wurde. Es ist bekannt, dass alleine in Großpolen Juden aus Arbeitslagern für mindestens 80 private deutsche Bauunternehmen arbeiteten, die zum Großteil in der „Wirtschaftsgruppe Bauindustrie, Bezirksgruppe Wartheland“ zusammengeschlossen waren. Eine besondere Rolle hierbei spielten gerade Privatbetriebe, die sich selbst darum bewarben, jüdische Arbeiter zugeteilt zu bekommen, wobei sie nicht immer durch das zentrale Verteilungssystem für Arbeitskräfte hierzu gezwungen waren. Dabei konkurrierten die einzelnen Unternehmen auch noch untereinander darum, Aufträge zu erhalten. Gelang es nämlich, bestimmte Bauabschnitte zu kontrollieren, so hatten die Firmen Aussicht auf langfristige Arbeitsaufträge. Daraus konnten sie durch die Ausbeutung der billigsten Arbeitskräfte ebenso deutlichen finanziellen Nutzen ziehen wie aufgrund zahlreicher Steuererleichterungen, die

⁴⁶ APP, Der Statthalter des Reiches im Gau Wartheland 1725, Finanzstatistik. Abführung vom Lohn jüdischer Arbeitnehmer an Aufbaukosten der NSDAP und der Landräte, Bl. 391.

⁴⁷ APP, Akten der Stadt Posen 16 069, Verordnung des Statthalters im Wartheland über die Beschäftigung von Juden im Wartheland, Bl. 106–108; AŽIH, Lager, 141, Anordnung über die Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte im Reichsgau Wartheland, unpag.

Deutschland auf Arbeiten in den so genannten in das Reich eingegliederten Ostgebieten gewährte. Die für die Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte ertrichteten Sätze waren niedriger als die Entlohnung „normal“ angewor-bener Arbeiter, wobei die privaten und staatlichen Firmen die geringere Produktivität der jüdischen Gefangenen u. a. durch die Verlängerung der Arbeitszeit sowie karge Kleider- und Schuhzuteilungen kompensierten. Die Löhne für die Gefangenen wurden – gemäß den in dieser Frage geltenden Verordnungen – auf ein Konto der Ghettoverwaltung in Litzmannstadt überwiesen, oder aber an die Landräte oder Kommissare der Landgemeinden, aus denen die Zwangsarbeiter stammten. Die Gewinne, welche die Ghettoverwaltung Litzmannstadt aus der Gefangenearbeit zog, vergrößer-ten sich, nachdem 1942 alle jüdischen Wohnbezirke im Wartheland mit Ausnahme von Litzmannstadt aufgelöst worden waren. Arthur Greiser ordnete nun an, dass alle Firmen, die Juden beschäftigten, direkt mit der Ghettoverwaltung abzurechnen und die sich hieraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen auch dorthin abzuführen hätten.

Die Juden in den Lagern erhielten wegen der schrecklichen Lebensbedingungen, welche die deutschen Behörden ihnen bereiteten, auf ver-schiedene Art Hilfe. Die örtliche polnische Bevölkerung unterstützte sie bereits seit der Gründung der Lager, vor allem aus menschlichen Erwägungen und oftmals einem spontanen Impuls folgend. Viele Polen waren der Ansicht, dass es unter den Bedingungen der Besatzung ihre Pflicht sei, den Juden wo auch immer zu helfen und sie vor dem drohenden Hungertod zu retten, und dies trotz der schwierigen materiellen Lage, in der sie sich selbst befanden. Neben Lebensmitteln versuchten sie auch, den Gefangenen andere lebensnotwendige Dinge zukommen zu lassen. Und so versorgten sie sie im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten mit Medikamenten, warmer Kleidung und Wäsche. Trotz der Isolierung ermöglichte den Juden die Beschäftigung an Arbeitsstätten außerhalb der Lager, Verbindungen zur Außenwelt zu knüpfen, wodurch Gelegenheit entstand, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Die Wirksamkeit und Effektivität der Unterstützung für die Gefangenen hing von der Einstellung der polnischen Bevölkerung ab. Dies betraf nicht nur jene Menschen, die in der Nähe der Lager lebten, und die polnischen Zivilarbeiter, die auf einer Baustelle gemeinsam mit jüdischen Gefangenen arbeiteten, sondern auch polnische Köche, die in den Arbeitslagern be-schäftigt waren, und einen Teil der polnischen Lagermannschaften, die Beschäftigen der Wach- und Schließgesellschaft. Die Unterstützung der jüdischen Bevölkerung war – unabhängig von ihrem Charakter – mit einem gewaltigen Risiko verbunden und gefährdete nicht nur die helfende Person, sondern auch den Gefangenen selbst. Jede Hilfe für die Juden wurde be-strafft – mit Einweisung in ein Konzentrationslager, aber sogar auch mit

dem Tode. Ähnliche Repressionen trafen die in den Lagern einsitzenden Juden, die nicht nur dann mit dem Tod bestraft wurden, wenn sie sich auf der Suche nach Nahrung vom Lager entfernten, sondern schon alleine für den Besitz illegal erhaltener Pakete mit Lebensmitteln, Kleidung oder anderen Artikeln. Wie Gitman Kluska und Szymon Frajlewicz nach dem Krieg aussagten, hatte sich in Posen ein Gefangener mit Namen Motek Schwarz einige Meter von der Arbeitsstelle entfernt, um ein Lebensmittel-paket aufzuheben, das ihm von einem Polen zugeworfen worden war. Er wurde von einem deutschen Wächter beobachtet, der Gestapo übergeben und anschließend öffentlich gehängt.⁴⁸

Die verbreitetste Art der Unterstützung für die jüdische Bevölkerung war, Lebensmittelpakete ins Lager zu schmuggeln, sie an vereinbarten Orten auf den Baustellen zu hinterlegen oder auch an den Marschstrecken der Gefangenekolonnen. Eine wichtige Rolle spielte auch die Versorgung der Gefangenen mit notwendigen Medikamenten oder Verbandsstoffen. Diese gelangten meist dadurch in die Lager, indem die Helfer mit den polnischen Ärzten und Apothekern zusammenarbeiteten, die direkten Zugang zu den Gefangenen hatten.⁴⁹

Die glaubwürdigste Quelle, um die Ausmaße der Unterstützung für die jüdischen Gefangenen ermessen zu können, sind die Berichte jener Personen, die direkt in den Genuss der Zuwendungen gelangten und dank ihrer das schwere Lagerleben überleben konnten. Davon berichtete etwa der Arbeitslagerhäftling Maks Moszkowicz:

„Als die Kommandos aus dem Lager gingen [in Posen – A. Z.], warteten vor allem Frauen auf der Straße auf uns, um uns trotz strenger Verbote und Strafen Lebensmittel zuzuwerfen.“⁵⁰

Ein anderer jüdischer Gefangener, der im Lager Posen-Krzesiny im Siemens-Lager beschäftigt war, bestätigte dies: „Eines Tages fand ich vor der Lagertür ein Brot mit Butter und Käse sowie Obst. Dies wiederholte sich noch mehrmals.“⁵¹ Samuel Bronowski wiederum erklärte in seiner Aussage vom 24. Juni 1946 während des Prozesses gegen Greiser:

⁴⁸ AIPN, Bezirksgericht Posen 62, Akten zum Strafverfahren gegen Fritz Neumann, Vern. Gitman Kluska und Szymon Frajlewicz, Bl. 64, 66.

⁴⁹ AMMŻ, L/1053, Bericht von Zalman Kłodawski; AIPN, Bezirksgericht Posen, Protokoll von der Vernehmung des Zeugen Izrael Lipsz, 167, Bl. 89; APP, Strafanstalt Rawitsch, 1477, Häftlingspersonalakte des Gefängnisses in Wronke für Zbigniew Stanisławski, unpag.

⁵⁰ Ten jest z ojczynu mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939–1945, hg. v. WŁADYS-LAW BARTOSZEWSKI / ZOFIA LEWINÓWNA, Kraków 1969, S. 216.

⁵¹ AMMŻ, L/1053, Bericht von Zalman Kłodawski.

„Ich kann von hier aus feststellen, dass der Rest der Juden, der in Posen überlebte, ausschließlich dank der Hilfe der polnischen Bevölkerung überlebt hat. [...] Die Haltung der Zivilbevölkerung außerhalb des Lagers ist schwer zu beschreiben – es ist zu wenig, wenn ich sage, dass sie uns wohl gesonnen war. Es gab ein ausgesprochenes Mitleid.“⁵²

Anfangs gab die Arbeit der jüdischen Bevölkerung trotz der extremen Bedingungen die trügerische Hoffnung, sie hätten dadurch – als „produktive Juden“ – ein Recht auf Leben, und dass die Beschäftigung sie vor dem Tod bewahren würde. Doch mit der Zeit, als sie durch das zahllos erlittene Leid und die ungenügende Ernährung erschöpft waren, wurde ihnen jede physische Anstrengung unmöglich. Der Grundsatz, den größtmöglichen Nutzen aus der Arbeit der Juden zu ziehen, führte im Endergebnis zu ihrer Vernichtung, da sie nur solange ausgebeutet wurden, bis ihre physischen Kräfte maximal ausgenutzt waren. Einige Wissenschaftler sind der Ansicht, dass der Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung nur eine Etappe auf dem Weg zu ihrer Vernichtung gewesen sei.

Aufgrund eines Befehls des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, wurden alle Arbeitslager für Juden im Wartheland am 9. August 1943 aufgelöst, doch bestanden einige von ihnen (zum Beispiel in Posen) noch bis Oktober 1943.⁵³ Alle noch lebenden Gefangenen wurden mit der Bahn ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau gebracht.

Tragische Ereignisse gingen der Auflösung des Reichsbahnlagers in Konin-Czarków voraus. Gegen Ende Juli 1943 führte die Gestapo eine Selektion unter den Gefangenen durch. Für die arbeitsunfähigen Juden aus dem Lager Konin war diese Maßnahme gleichbedeutend mit einem Todesurteil. Als sich die Gefangenen über ihr unweigerlich herannahendes Lebensende klar geworden waren, wagten sie am 12. August 1943 den Aufstand und brannten einige Lagerbaracken nieder. Ein Teil der Gefangenen kam in den Flammen ums Leben, einige begingen Selbstmord und erhängten sich. Nach Berichten von Augenzeugen, vor allem des Lagerchronisten in Konin, Rabbiner Jehoszua Aaronson aus Sanniki, der heimlich alle seine Beobachtungen im Lager aufschrieb, kamen damals ums Leben: der Judentälteste Fisz Zielonka, Fajwisz Kamilarz, Abraham Zajft, Gecel Klejnot, Abraham Najdorf, Salomon Nusnowicz, Szlama Michalski, Abraham Tabacznik und der jüdische Lagerarzt Hans Knopf. Dies wird auch durch

⁵² Proces Arthura Greisera przed Najwyższym Trybunałem Narodowym, Poznań 1946, S. 123–125.

⁵³ AIZ, Dok. I-200, Schreiben der Gestapo Posen an den Landrat des Kreises Jrotschin über die Auflösung von Arbeitslagern, Bl. 16; APP, Landratsamt Wollstein (1939–1945) 85. Schreiben der Posener Gestapo an den Landrat von Wollstein über die Liquidierung von Arbeitslagern, Bl. 234.

die im Standesamt Konin aufbewahrten Sterbeurkunden bestätigt. Zwei Gefangene, Majlich Szatan und Chaim Strykowski, die aus dem Ghetto in Gombin deportiert worden waren, nutzten das im Lager entstandene Durcheinander und flohen. Die am Leben gebliebenen Juden wurden schließlich nach Auschwitz transportiert.⁵⁴

Es ist nicht einfach, die genaue Zahl der aus allen Ghettos des Warthe-lands in die Arbeitslager dieses Gebiets deportierten Juden zu ermitteln. Alleine aus Litzmannstadt wurden rund 15.000 Menschen in diese Lager geschickt. Nach den Erkenntnissen der Bezirkskommission zur Erforschung der Verbrechen gegen die polnische Nation in Posen, die eine Reihe von Untersuchungen über die Lager durchgeführt hat, belief sich die Zahl der Deportierten insgesamt auf einige Zehntausend Menschen. Schwer einzuschätzen sind auch die in diesen Lagern zu beklagenden Verluste. Dies ist bedingt sowohl durch den Zustand des Quellenmaterials, vor allem das Fehlen der hierzu grundlegenden vollständigen statistischen Dokumente in Form von behördlichen Meldungen der Todesfälle, aber auch durch die Zerstörung von Akten einzelner Standesämter.

Todesfälle wurden von den Lagerverwaltungen oder von der deutschen Gebietsverwaltung auf einem eigenen Formular verzeichnet, das die wichtigsten Personaldaten des verstorbenen Gefangenen, das Todesdatum sowie die Lagernummer enthielt. Dieses Dokument wurde anschließend an die Ghettoverwaltung in Litzmannstadt geschickt. Die behördliche Bestätigung des Todes wurde in den für die einzelnen Lager zuständigen deutschen Standesämtern angefertigt, in den meisten Fällen aufgrund mündlicher Meldungen des Lagerleiters oder eines von ihm damit beauftragten Mitglieds der Lagermannschaft. Informationen zu Toten bei Hinrichtungen durch Erhängen wurden schriftlich von den Polizeiposten mitgeteilt. Sterbeurkunden waren behördliche Formulare, die für den Gau Wartheland galten und zu Sterbebüchern zusammengebunden wurden.

Alleine für die 45 Arbeitslager in Großpolen wurden Sterbeurkunden für 769 Gefangene ausgestellt. Die Zahl der Toten in den Arbeitslagern des Warthelands erhöht sich, wenn man die 1.702 Leichen von Gefangenen hinzu zählt, die im Krematorium des Anatomischen Instituts der Reichsuniversität Posen verbrannt wurden. Ein namentliches Verzeichnis der in den Arbeitslagern Verstorbenen enthält 2.899 Namen, wobei einschränkend zu erwähnen ist, dass es nur 139 Lager aus dem Gebiet Großpolens umfasst.

⁵⁴ Standesamt Konin, Sterbeurkunden von Nr. 232 bis Nr. 240; APL, GV, 29 684, Schreiben des Leiters des Lagers in Konin-Czarków über die am 12.8.1943 verstorbenen und geflohenen Gefangenen des Lagers, Bl. 156 f.; I. BRZESKA, Obóz pracy w Koninie-Czarkowie na podstawie pamiętnika rabina Jehoszua Aaronsona Alei Merort, in: Ośrodek zagłady w Chełmnie nad Nerem w świetle najnowszych badań, Konin 2004, S. 29–36.

Ungeklärt ist hingegen die Zahl der in den Posener Lagern verstorbenen Personen, deren Leichen – nach einigen Berichten von Gefangenen – zusammen mit den Abfällen aus den Lagern fortgebracht und in der städtischen Müllverbrennungsanlage in Posen verbrannt wurden. Darauf verweisen auch die Akten im Nachkriegsprozess gegen den Posener Polizeichef Bischoff. Unter anderem bezeugten Lagerwächter, dass diese Angaben richtig sind. Bislang geht man davon aus, dass in den Arbeitslagern im Wartheland insgesamt fast 4.400 Personen ums Leben gekommen sind, von denen rund 3.000 infolge von Erschöpfung und Hunger starben, fast 400 wurden gehängt und etwa 1.000 auf andere Weise ermordet.⁵⁵

Auf die mitunter gestellte Frage, ob die Arbeitslager für die jüdische Bevölkerung im Wartheland auch das zweite Ziel umsetzten, also die „Vernichtung durch Arbeit“, lautet die Antwort eindeutig: ja. Darauf weisen die Diskriminierung der Juden in allen Lebensbereichen, die rücksichtlosen Formen der Ausbeutung, der Terror am Arbeitsplatz und die unmenschlichen Existenzbedingungen hin. Die Arbeitslager wurden somit zu einem Ort der langsamen Vernichtung der in ihnen gefangenen Menschen und dienten ihr gesamtes Bestehen über der Ausrottung der Juden.

⁵⁵ Handarchiv der Abteilungskommission zur Verfolgung der Verbrechen gegen das polnische Volk in Posen, Untersuchungsakten über die Arbeitslager in Großpolen; CZESŁAW MADAJCZYK, Deportacje i eksterminacje Żydów w Europie Środkowo-Wschodniej, in: Dzieje Najnowsze 18 (1986), S. 27. Der Verfasser schätzt, dass in den Arbeitslagern im Wartheland (also nicht nur in Großpolen) über 4.000 Menschen umgekommen sind.

PETER KLEIN

TODESLAGER KULMHOF

FINANZTECHNISCHE HINWEISE AUF DIE FEDERFÜHRENDE VERANTWORTUNG FÜR EIN VERNICHTUNGSLAGER IM REICHSGAU WARTHELAND

Zeitgenössische Dokumente zum Vernichtungslager in Kulmhof sind rar. Dies resultiert aus den in der Geschichte dieser Massenmordstation günstigen Umständen für die Aktenverbrennung im Zuge seiner beiden Auflösungen. Anfang April 1943, als die Gaswagenstation erstmals geschlossen wurde, war es nicht notwendig gewesen, die vollständige Niederlegung, Sprengung und Einebnung des Lagergeländes in hektischer Betriebsamkeit durchzuführen. Und so dürfte auch die Vernichtung einer schriftlichen Lagerregistrator komplett gelungen sein. Gauleiter Arthur Greiser nahm sich sogar die Zeit, die Massenmörder am Schluss ihrer Verbrechen zu einem gemeinsamen Abendessen einzuladen.¹

Es darf aber auch angenommen werden, dass die wichtigen Zusammenstellungen der Opferzahlen das Reichssicherheitshauptamt unbeschadet erreicht hatten, so dass dem so genannten Korherr-Bericht aus der gleichen Zeit hinsichtlich der dort genannten Zahlen eine sehr hohe Plausibilität einzuräumen ist. In der revidierten Variante hieß es, es seien bis zum Stichtag 1. Januar 1943 insgesamt 145.301 Juden „durch die Lager im Warthegau durchgeschleust“ worden.² Während der kurzen Zeit im Frühjahr 1944, als das Lager völlig überraschend wieder eingerichtet wurde und noch einmal über 7.000 Menschen aus dem Ghetto Litzmannstadt zu deren Ermordung aufnahm, plante man bereits die vollständige Auslöschung

¹ Die Rechnung der Gaststätte Riga vom 8.3.1943 über ein Abendessen für 92 Mann drei Tage vorher ist überliefert, APL, GV 1755.

² Zitat im ausgearbeiteten und abgeänderten Bericht „Die Endlösung der europäischen Judenfrage“, den Korherr am 28.4.1943 an den Persönlichen Stab des RFSS gesandt hatte, BAB, NS 19/1570, Bl. 9.

jeglicher Hinterlassenschaft im Wald bei Kulmhof.³ Das Wetterkommando Legath, benannt nach dem SS-Hauptsturmführer Hans Legath, hatte die Aufgabe, mit Hilfe von jüdischen Zwangsarbeitern auch die letzten Massengräber zu öffnen und die Leichen zu verbrennen. Im Januar 1945, also viele Monate nach der letzten Vergasung von Zwangsarbeitern aus dem einzigen in der Region noch existierenden Ghetto in Litzmannstadt, erreichte die Truppe die Alarmmeldung, sowjetische Verbände seien bereits in der zweitgrößten polnischen Metropole einmarschiert. Daraufhin tötete das deutsche Sonderkommando die letzten sich verzweifelt wehrenden Juden und verbrannte anschließend die Lagerregistratur – selbst die Asche des Papiers hatte zermahlen zu werden. Danach zog das Kommando in Richtung Posen ab.⁴

Hierin liegt der Grund, warum die wenigen bisher publizierten Forschungsergebnisse zur Vernichtungsstation Kulmhof die sehr genaue Rekonstruktion des Massenmordes in den Mittelpunkt rückten. Das arbeitsteilige Handeln der Mörder vor Ort ist wegen einer Fülle an Vernehmungen in Kulmhof im Sommer 1945 und in bundesdeutschen Strafverfahren in den sechziger Jahren gut bekannt.⁵ Auch die wenigen Berichte von geflohenen Juden stellten ihre Perspektive der erzwungenen Beihilfe beim alltäglichen Massenmord selbstverständlich in den Mittelpunkt.⁶

³ Die Transporte gingen am 23., 26., 28. und 30. Juni mit 561, 912, 803 und 700 Personen ab. Am 3., 5., 7., 10., 12. und am 14. Juli folgten weitere sechs Transporte mit jeweils 700 Menschen. Die Zahlen auf der Basis der Statistischen Abteilung des Judentesten, zitiert nach: Urteil des LG Bonn, 8 Ks 3/62, gegen Laabs, Burmeister u. a., vom 23.7.1965, in: Justiz und NS-Verbrechen, Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, bearbeitet im Seminarium voor Strafrecht en Strafrechtspleging Van Hamel der Universität von Amsterdam von ADELHEID RÜTER-EHLERMANN und C. F. RÜTER, Amsterdam 1968 ff., Bd. 21, Lfd. Nr. 594, S. 286.

⁴ Für die zweite Phase des Lagers unverzichtbar: Selbstverfasste Protokolle der „Kriegsgefangenen“ Hermann Gielow vom 15.5.1945 und Walter Piller vom 19.4.1945, GARF, 7021-112-13, Bl. 8-10, 13-44.

⁵ Die Ermittlungen sowie das Hauptverfahren gegen zuletzt zwölf Angehörige des Vernichtungslagers sind analysiert in: ADALBERT RÜCKERL, NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse, München 1978, S. 243–294. Das Urteil abgedr. in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 21, Lfd. Nr. 594.

⁶ Bereits im Sommer 1945 ermittelte der zuständige Untersuchungsrichter Władysław Bednarz in Chełmno, Kolo und in den umliegenden Ortschaften Zeugen für den Massenmord. Hierunter befanden sich auch drei Flüchtlinge aus dem Lager. Seine Erkenntnis hat er kurz darauf veröffentlicht: WLADYSŁAW BEDNARZ, Obóz zagłady Chełmno, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Niemieckich w Polsce 1 (1946), S. 147 ff. Etliche seiner gesammelten Zeugenaussagen liegen jetzt gedruckt vor, in: Chełmno Witnesses Speak, ed. by ŁUCJA PAWICKA-NOWAK, Konin, Lódź 2004, S. 119–153. Ruta Sakowska und Shmuł Krakowski kommt das Verdienst zu, besonders auf die schriftlichen Zeugnisse derjenigen Opfer hingewiesen zu haben, die ihre glückliche Flucht oder die Auflösung des Lagers nicht

Doch die Frage nach den verantwortlichen Planern und Organisatoren des Lagers konnte bisher nicht zufriedenstellend beantwortet werden, da es an zeitgenössischen Materialien mangelte und die Beschuldigten hierzu höchst widersprüchliche Angaben machten.⁷

Dennoch gibt es Quellen. Selbst bei einer sorgfältig geplanten Spurenverwischung, wie etwa im als Kriegsgefangenenlager firmierenden Vernichtungszentrum Auschwitz-Birkenau, ist es anhand der Bauakten möglich, viele historisch wichtige Details zu rekonstruieren. Im Falle von Kulmhof handelt es sich allerdings nicht um Überlieferungen aus der Baubranche, sondern um ganz andere Papiere. Diese sind in geringen Teilen bereits vor Jahrzehnten veröffentlicht worden. In der noch heute maßgeblichen Quellenedition „Faschismus – Getto – Massenmord“ aus dem Jahr 1960, die vom Jüdischen Historischen Institut Warschau herausgegeben wurde, sind solche Dokumente glücklicherweise im Fotoabdruck wiedergegeben. Unter der laufenden Nummer 213 findet sich dort eine Rechnung der Kopernikus-Apotheke in Posen vom 31. März 1942, auf der für eine Lieferung von Chlorkalk „bahnlagernd Warthbrücken“ der Betrag von 609,49 Reichsmark berechnet wurde.⁸ Als Dokument 214 ist eine Rechnung der Deutschen Reichsbahn in Litzmannstadt abgedruckt, mit der ein Betrag von 33.731,35 RM von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) für die „Sonderzüge nach Warthbrücken“ im Mai 1942 eingefordert wurde.⁹ Die nächste Quelle stellt eine Rechnung der Leipziger Firma Motoren-Heyne dar, die am 2. November 1942 für die Lieferung eines 18 PS star-

überlebten: RUTA SAKOWSKA, Die zweite Etappe ist der Tod. NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer, Berlin 1993, S. 38–40, 152–189. SHMUEL KRAKOWSKI/ ILYA ALTMAN, The Testament of the Last Prisoners of the Chelmno Death Camp, in: YVS 21 (1991), S. 105–123.

⁷ Dies spiegelt sich etwa in Adalbert Rückerls Wertung über die Tatbeteiligung des HSSPF im Warthegau, Wilhelm Koppe, dem er die wirtschaftliche und personelle Führung des Lagers zuschrieb, während er Greiser für die Fachaufsicht in Abstimmung mit Heinrich Himmler und dem RSHA für verantwortlich hielt, vgl. RÜCKERL, NS-Vernichtungslager (Anm. 5), S. 251, 253. Ian Kershaw folgt ihm hinsichtlich Koppes Zuständigkeit, hält Greiser jedoch für generell verantwortlich: IAN KERSHAW, Improvised Genocide? The Emergence of the „Final Solution“ in the „Warthegau“, in: Transactions of the Royal Historical Society, Sixth Series, 2 (192), S. 51–78, hier S. 73–74. Noch deutlicher arbeitet Michael Alberti die Zuständigkeiten heraus, wenn er Greisers herausragende Rolle bei der Planung und wirtschaftlichen Absicherung der „Entjudung“ des Warthegaues beschreibt: MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006, S. 402, 418–419, S. 452–454.

⁸ Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, hg. v. TATIANA BERENSTEIN/ ARTUR EISENBACH/ BERNARD MARK/ ADAM RUTKOWSKI, Berlin (Ost) 1960, S. 279.

⁹ Ebd., S. 280.

ken Dieselmotors mit Schwungrad und Riemenscheibe den Betrag von 1.400,00 RM in Rechnung stellte. Adressat war SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar Hans Bothmann, der der zweite Kommandant des Vernichtungslagers Kulmhof gewesen war.¹⁰ Auch das Dokument 306 ist eine Rechnung. Am 26. Mai 1942 berechnete die Güterkasse Bahnhof Pabianice der Gestapo Litzmannstadt die Abbeförderung von Juden zur Haltestelle Königsbach, wo die Juden anschließend in die Kleinbahn umsteigen mussten.¹¹ Die nächsten beiden Quellen, die in der Edition unter der Nummer 310 abgedruckt sind, betreffen die Abrechnungen durch die deutschen Amtskommissare in Osienciny und Landstett, die nach der Deportation der Juden aus beiden Orten den zurückgelassenen Hausrat verkauft hatten und die Bilanzsummen nach Abzug eigener Unkosten per Verrechnungsscheck oder Überweisung der Ghettoverwaltung Litzmannstadt zukommen ließen.¹² Das letzte Dokument 327 betrifft eine Anfrage der Dresdner Bank, Filiale Hannover, an den Leiter der Gestapo in Litzmannstadt. In dem Schreiben vom 4. Februar 1943 wies die Bank darauf hin, dass für eine von der Hannoveraner Firma Schriever & Co übernommene Kugelmühle ein Betrag von 7.550 RM offen stehe, der von dieser Firma als Kreditsicherheit an die örtliche Dresdner Bank übertragen worden war.¹³

Ganz offensichtlich wurden diese Dokumente zur Publikation ausgesucht, weil man mit ihrer Hilfe die Verwendung von Chlorkalk in den Massengräbern, die Verschleppung der Opfer nach Kulmhof, den Profit aus der Veräußerung des zurückgelassenen Hausrats sowie die Verwendung eines Kleinstmotors und einer Kugelmühle plakativ präsentieren wollte. Doch die Quellen beinhalten noch viel weitergehende Informationen. Sämtliche Rechnungsvorgänge nämlich erreichten letztendlich die Ghettoverwaltung Litzmannstadt als städtische Behörde, egal ob nun die Gestapo Litzmannstadt, das Sonderkommando Kulmhof oder der Inspekteur des Gesundheitswesens beim Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums als Adressat genannt wurde. Um die Erkenntnismöglichkeiten etwas zu vertiefen, soll nachfolgend die Quelle 213 genauer analysiert werden. Dabei handelt es sich um eine Rechnung der Kopernikus-Apotheke vom 31. März 1942 an den Inspekteur des Gesundheitswesens beim Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser in dessen Eigenschaft als Beauftragter Himmlers für die „Festigung deutschen Volkstums“. Er hatte

¹⁰ Ebd., S. 282, Dok. 215.

¹¹ Ebd., S. 395.

¹² Ebd., S. 399–400.

¹³ Ebd., S. 415.

Kopernikus-Apotheke

Drogerist Heinrich Weiss
Posen, Berlinerstraße 18
Telefon 23-50

Posen, den 31. März

1942

152

Bankkonto:
Akkreditiv Posen, Berlinerstraße 1
Deutsche Apothekerbank, Berlin W 35
Ritter-Straße 3

Rechnung

Für den Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums

Abt. I/G. Inspekteur des Gesundheitswesens SS-Sturmbannführer Dr. K r i s t			
--	--	--	--

Laut Ihrer Bestellung vom 12.3.42. wurden
bahnlagernd Warthbrücken geliefert:

1641 kg. Chlorkalk (5 Fässer)	599,	46
15% Abschlag	89,	92
	<hr/>	<hr/>
	509,	54
Zustellung lt. Rechnungsabschrift	99,	95
	<hr/>	<hr/>
Rm	609,	49
	<hr/>	<hr/>

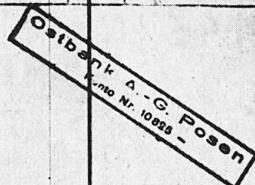
zu Rücksichtnahme

Krisz

SS-Mitarbeiter

609,49
499,61
110,17

Getto-Verwaltung	Litzmannstadt
Eing.	3. Mai 1942
An	- 1. L. -
Abteilung	durch



KOPERNIKUS-APOTHEKE
Inh. Apotheker Heinrich Weiss
Posen, Berlinerstraße 18

überreichen durch
Ubeck #141823

64

G. 20. R. Gräffner, Posen, 2/1942

Rechnung der Kopernikus-Apotheke in Posen vom 31.3.1942 für den Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums über 1.641 kg Chlorkalk, abgedruckt in: Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, hg. v. Jüdischen Historischen Institut Warschau, Berlin 1960, S. 279, Dok. 213.

zwanzig Tage vorher fünf Fässer Chlorkalk bei der Apotheke bestellt und bereits 89,92 RM angezahlt. Diese Rechnung ist für den Historiker eine außerordentlich aussagekräftige Quelle, weil auf ihr Stempel und Marginalien erhalten sind, die weiterreichende Rückschlüsse zulassen. Der Adressat der Rechnung, SS-Sturmbannführer Krist, bestätigte handschriftlich auf der Rechnung und ließ diese aus seinem Konto bei der Ostbank A.G. in Posen begleichen. Anschließend sandte er die Rechnung an die Gettoverwaltung Litzmannstadt. Am 13. Mai wurde dort ein Eingangsstempel aufgetragen, und der Verwaltungsangestellte Otto Luchterhand von der Buchhaltung dieser städtischen Behörde vermerkte seinerseits die Rücküberweisung an Krist's Dienststelle per „Scheck # 141.823“. Schlecht zu lesen, aber dennoch sichtbar, findet sich eine weitere handschriftliche Spur. Jemand hat zu dem Betrag von 609,49 RM noch die Summe von 499,68 RM hinzugezählt, so dass die mit dünnem Bleistift notierte Zahl 1.109,17 RM entzifferbar ist.¹⁴

Im Staatsarchiv Łódź liegt im Bestand „Gettoverwaltung“ die Akte 29666, in der sich eine Fülle derartiger Rechnungen befindet, und hierin ist als Blatt 87 eine zweite Rechnung des Pharmazierates Heinrich Weiß von der Posener Apotheke an denselben Adressaten vom gleichen Tag zu finden. Hier geht es um die auch bahnlagernd nach Warthbrücken transportierten Desinfektionsmittel Sagrotan und Cuprex, die Krist ebenfalls am 12. März 1942 bestellt hatte. Für diese Lieferung berechnete die Apotheke den Betrag von 499,68 RM. Auf dieser Rechnung befinden sich die gleichen Marginalien und Stempel – mit Ausnahme der handschriftlichen Addition beider Summen.¹⁵ Logischerweise müssten beide Rechnungen in diesem Aktenband zu finden sein, weil Luchterhand offensichtlich am selben Tag zwei Rechnungen von Krist erhalten hatte und in der Buchhaltung beide Summen auf einer Rechnung addiert wurden, um letztlich als eine Summe mit dem Scheck bezahlt zu werden. Die in „Faschismus – Getto – Massenmord“ gezeigte Rechnung befindet sich jedoch nicht mehr in diesem Aktenband, was damit zusammenhängen könnte, dass dieses Dokument für die Publikation entnommen und nie wieder integriert wurde.¹⁶

Dieser Umstand ist bedauerlich, weil die in Łódź fehlende, jedoch in der Edition publizierte Rechnung die wichtigere ist. Denn hier befindet sich rechts oben auf dem Dokument die handschriftlich aufgetragene Zahl

¹⁴ Ebd., S. 279.

¹⁵ Pharmazierat Heinrich Weiß, Kopernikus-Apotheke, Posen. Rechnung an den Beauftragten für die Festigung deutschen Volkstums, vom 31.3.1942, APL, GV 29666, Bl. 87.

¹⁶ Wahrscheinlich befindet sich das Dokument noch heute im Jüdischen Historischen Institut in Warschau.

„152“. Was man zunächst als Paginierung missverstehen könnte, erweist sich bei weiterer Recherche nämlich als die Belegnummer für beide Rechnungen über den erwähnten Gesamtbetrag von 1.109,17 RM. Diese Belegnummer korrespondiert nun mit der Zahl auf einem Kontostandsblatt der Stadtsparkasse Litzmannstadt über ein Konto mit der Nummer 12.300.¹⁷ Wann immer auf diesem Konto Buchungsvorgänge anfielen, sandte die Stadtsparkasse ein Saldenblatt an die Ghettoverwaltung Litzmannstadt. Deren Buchhaltung hatte als städtische Behörde zu prüfen, ob alle derartigen Bewegungen auf einem sachlich und rechnerisch richtigen Vorgang beruhten. Wenn Luchterhand also eine Schecküberweisung veranlasste, weil eine Rechnung an die Ghettoverwaltung ordnungsgemäß war, dann erhielt die Buchhaltung kurz darauf ein Kontostandsblatt mit der Abbuchung. Rechnung und Abbuchung wurden mittels der Belegnummer 152 in eine überprüfbare Beziehung gebracht, damit gegebenenfalls die Ghettoverwaltung Fehlbuchungen seitens der Stadtsparkasse registrieren und monieren konnte. Anschließend wurden Rechnungen und Saldenblatt getrennt abgeheftet, so dass Rechnungsvorgänge und Kontovorgänge voneinander separiert liefen – nur verbunden für die Buchhaltung mit der gemeinsamen internen Belegnummer.

Mit Ausnahme des Dokuments 214 tragen sämtliche Rechnungen in der Edition diese individuelle Belegnummer rechts oben.¹⁸ Warum aber bezahlte die Ghettoverwaltung Litzmannstadt als städtische Behörde solche Rechnungen? Wer hatte dieses Konto zu welchem Zweck eingerichtet?

Am 20. September 1941 waren vom Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser zwei leitende Beamte der Reichsstatthalterei mit der Koordination der „Endlösung der Judenfrage“ im Reichsgau Wartheland beauftragt worden: SS-Oberführer Herbert Mehlhorn, Leiter der Abteilung I (Allgemeine, innere und finanzielle Angelegenheiten), und Ernst Kendzia als Leiter der Abteilung Va (Arbeit) und in Personalunion Chef des Posener Landesarbeitsamts und Reichstreuhanter der Arbeit in der Gauleitung.¹⁹ Es

¹⁷ Kontoauszug für Sonderkonto 123.00 vom 15.6.1942, hier Beleg Nr. 152 = 1.109,17 RM, APL, GV 1743, Bl. 64.

¹⁸ Zum Dokument Nr. 214 existiert eine Zweischrift, auf der die Belegnummer 78 eingetragen ist, APL, GV 1744, Bl. 56. Dok. 215 hat Belegnummer 1.142; Dok. 306 trägt Belegnummer 142; Dok 310 hat die Belegnummern 168 bzw. 519; Dok. 327 erhielt die Belegnummer 1.132.

¹⁹ Abdruck. Der Reichsstatthalter, Abtl. Z, an sämtliche staatlichen und kommunalen Behörden und Dienststellen im Reichsgau Wartheland, an die Gauleitung der NSDAP Wartheland mit der Bitte um Weitergabe des nachstehenden Erlasses an sämtliche nachgeordneten Parteidienststellen sowie Dienststellen der Gliederungen und angeschlossenen Verbände, vom 20.9.1941, APL, GV 117, Bl. 411. Zu Ernst Kendzia: geboren 2.4.1893 in Breslau, Unteroffizier im Ersten Weltkrieg bis Januar 1919. Ab 1920 Leiter der Reichstreu-

war vor allem Mehlhorn, der in der Folgezeit die Planung der regionalen „Endlösung“ durch Massenmord in Kulmhof entwarf und die Selektionen von Juden in den einzelnen Ghettos und „jüdischen Wohnbezirken“ mit Hilfe eines „Judenausschusses“ in der Reichsstadthalterei koordinierte.²⁰

Am 5. Februar 1942 erschienen zwei Mitarbeiter Mehlhorns und Kendzias bei der Ghettoverwaltung, weil sie mit dem Behördenleiter Hans Biebow über die Einrichtung eines Sonderkontos verhandeln wollten. Aus diesem Sonderkonto sollten sämtliche aus der Evakuierung von Juden resultierenden Rechnungen beglichen werden. Da Biebow zu diesem Zeitpunkt jedoch auf Dienstreise war, konnten Oberregierungsrat Dr. Friedrich Häusler und sein Kollege Windmüller noch keine abschließenden Verhandlungen führen, sondern mussten sich von Biebows Vertreter, Friedrich Wilhelm Ribbe, vertrösten lassen.²¹ Erst am 15. Februar sollte Biebow wieder in Litzmannstadt eintreffen und anschließend den Vermerk zur Kenntnis nehmen.²²

Kurze Zeit später kam es dann zur Einrichtung des Sonderkontos 12.300 bei der Stadtsparkasse Litzmannstadt, denn das erste Kontostandsblatt datiert vom 28. Februar 1942. Hier ist kein Saldovortrag ausgewiesen, und die erste Bewegung war eine Auszahlung von 50.000 RM in bar an den SS-

handgesellschaft in Danzig und Königsberg. Von 1926 bis 1929 Prokurist einer jüdischen Tabakhandelsfirma in Danzig; 1931 Eintritt in die NSDAP, 1933 Volkstagsabgeordneter in Danzig für die NSDAP; 1938 Eintritt in die SS; 1939 zum Treuhänder der Arbeit durch den Senat der Freien Stadt Danzig berufen und nach dem 1. September 1939 von Greiser nach Posen berufen. Im Juli 1945 von den Russen in Oberschlema verhaftet und nach Waldheim verbracht; Todesurteil vollstreckt am 4.11.1950; vgl. BAB, R 3901, Bd. 20382, Personalakte Kendzia; ebd., BDC, SSO Ernst Kendzia.

²⁰ Der Begriff „Judenausschuss“ in der Reichsstadthalterei fällt nur ein einziges Mal. Siehe 027/1/Bi/Si. Aktenvermerk betr. steuerliche Behandlung der Juden vom 7.12.1942. Bezug: Besprechung mit Herrn ORegRat Dr. Häusler in Posen am 4.12.1942, APL 154, Bl. 113. Zu Herbert Mehlhorn: geboren 24.3.1903 in Chemnitz, Dr. jur., vormalig „Organisation Escherich“, SS- und NSDAP-Mitglied seit 1932, vorher SA-Mann. Führer im SD-Hauptamt vom 1.7.1933–1.8.1937; anschließend Sonderauftrag für RFSS in den USA und Japan bis 1.9.1939. Bis 26.10.1939 stellv. CdZ beim Militärbefehlshaber in Posen; dann Leitender Regierungsdirektor beim Reichsstadthalter. Seit 22.11.1943 kommissarischer Regierungspräsident in Oppeln, BAB, BDC, SSO Herbert Mehlhorn.

²¹ Dr. Häusler war als ORegRat in der Abtl. I zuständig für das Haushalts- und Rechnungswesen der Reichsstadthalterei, Windmüller in der Abteilung Va als ORegRat zuständig für die Arbeitslosenhilfe. Beide sind also als untergeordnete Vertreter Mehlhorns und Kendzias zu werten, vgl. BAB, F 18532 (Geschäftsverteilungspläne Reichsstadthalterei).

²² Aktennotiz Nr. 70/42, 027/2/Ri/Po, betr. Besprechung mit Herrn ORegRat Dr. Häusler und Herrn ORegRat Windmüller von Posen [Marginalie Biebow: „Ken. gen. 15.II.42], APL, GV 154, Bl. 196–197.

Oberscharführer Alfred Behm vom Sonderkommando Kulmhof. Zwei Tage später hingegen wurden 139.351,50 RM in bar eingezahlt.²³

Zwischen diesem ersten und dem letzten Saldenblatt vom 15. Februar 1944, also vor Wiedereröffnung des Vernichtungslagers am gleichen Ort, befinden sich 486 Kontostandsblätter, auf denen 1.791 Saldenvorgänge verzeichnet sind.²⁴ Alle diese Bewegungen, einschließlich der Zins- und Wiederanlagegutschriften, resultieren aus der „Endlösung der Judenfrage“ mittels Vernichtung und Zwangsarbeit außerhalb der Ghettogrenzen von Litzmannstadt. Viele Hundert dieser Saldenvorgänge sind dann inhaltlich ausdeutbar, wenn sie mit einer Buchungsnummer versehen zu einer erhalten gebliebenen Rechnung führen, die einen konkreten Rechnungsanlass, wie etwa den Kauf eines Produkts oder die Bezahlung einer Dienstleistung, anführt. Dies gilt gleichfalls für die Habenseite. Wurden solche Saldenvorgänge quittiert oder Rechnungslegungen als sachlich und rechnerisch richtig akzeptiert, so sind diese, wenn sie als Buchungsnachweis überliefert sind, eine aussagekräftige Quelle. Sehr gut lässt sich dies in Michael Albertis großer Territorialstudie nachvollziehen, wo ein solcher Rechnungsvorgang über die Erhebung einer rückwirkenden Pacht für das an das Vernichtungslager angrenzende Kreissärgnereigelände als Belegstelle dient. Der Pachtzeitraum, der hier vom Landratsamt Warthbrücken am 24. Juni 1943 in Rechnung gestellt wurde, begann am 1. Oktober 1941 und endete am 31. März 1943. Dies ist das bisher einzige zeitgenössische Dokument, welches die Existenz des Vernichtungslagers in seiner ersten Periode genau datiert und in seiner Eigenschaft als Rechnung sachlich und rechnerisch richtig akzeptiert wurde.²⁵

Schon dieses vereinzelte Beispiel zeigt ganz klar, dass eine nach wie vor fehlende Gesamtstudie zu diesem Vernichtungslager ohne die Analyse seiner Rechnungsvorgänge nicht auskommen wird.²⁶ Da es nicht möglich

²³ Erstes Saldenblatt des Sonderkontos 12.300 bei der Stadtsparkasse Litzmannstadt, abgedr. in: APL, GV 1743, Bl. 1–2.

²⁴ Saldenblätter 28.2.1942 bis 31.12.1942, abgedr. in: APL, GV 1743. Saldenblätter 31.12.1942 bis 15.2.1944, abgedr. in: APL, GV 1758.

²⁵ Siehe ALBERTI, Verfolgung (Anm. 7), S. 415. Nach Rückfrage des Oberinspektors Lenk von der Gestapo Litzmannstadt beim zuständigen, jedoch bereits in Kroatien weilenden stellvertretenden Kommandanten Albert Plate, ob die sachliche Richtigkeit gegeben sei, erhielt die Ghettoverwaltung den Vorgang, zeichnete rechnerisch richtig und überwies am 16. September 1943 mit der Buchungsnummer 1.693 den Fehlbetrag von 50,00 RM. Der Vorgang befindet sich APL, GV 1757, unpag. Das Saldenblatt mit Buchungsnummer: ebd., GV 1758, Bl. 432.

²⁶ Die jüngst erschienene Monographie von SHMUEL KRAKOWSKI, Das Todeslager Chelmno/Kulmhof, Göttingen 2007, muss wegen der Nichtbeachtung dieser Quellen auch eher als Beginn nach wie vor notwendiger Forschungen betrachtet werden.

ist, sämtliche Rechnungsfälle hier vorzustellen, soll im Folgenden nur auf die Frage eingegangen werden, wer eigentlich die Verfügungsgewalt über dieses Konto besaß und vor allem, wer nicht.

Am 25. April 1942 informierte Biebow Oberregierungsrat Häusler, dass sich auf dem laufenden Ghettokonto Nummer 700 des Judenältesten des Ghettos Litzmannstadt ein ständiges Debet-Saldo befände, weil die Haupttreuhandstelle Ost aus dem Jahr 1940 noch eine Forderung von zwei Millionen Reichsmark offen hätte. Zur Vorfinanzierung von Wehrmachtaufträgen habe er nun eine Überweisung von 400.000 Reichsmark vom Sonderkonto auf das Ghettokonto veranlasst:

„Damit der Älteste der Juden nicht argwöhnisch wird bezgl. dieser Gutschrift, bezeichne ich die Übertragung als Sonderzuweisung für eingesiedelte Juden. Das Geld gelangt ja sowieso nicht in den Besitz der Juden, da diesen auch bei größeren Guthaben lediglich ihre Lebensmittelrationen zugeteilt werden, die z. Zt. bei weitem nicht die Mittel erfordern, die in Form von Löhnen erarbeitet werden.“²⁷

Dieser Vorgang ist insofern interessant, als der Leiter der Ghettoverwaltung ganz offensichtlich keine vorherige Genehmigung für eine solche Transaktion benötigte. Er informierte lediglich diejenige verantwortliche Person in Posen, die kurz vorher nach Litzmannstadt gereist war, um ein solches Konto bei der Ghettoverwaltung führen zu lassen.

Am 13. Mai 1942 schrieb der Persönliche Referent Greisers an Mehlhorn, der Reichsstatthalter hätte auf Vorschlag des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) Wilhelm Koppe angeordnet, 5.000 Reichsmark aus dem Sonderkonto an die Gestapo-Abteilung Posen auszuzahlen, was auch prompt durch die Ghettoverwaltung erledigt wurde.²⁸ Dieser Vorgang ist der einzige, bei dem der SS-Obergruppenführer Koppe überhaupt in Erscheinung trat. Er hatte offensichtlich keine Anweisungsgewalt über das Sonderkonto, so dass er erst per Vorschlag diesen Betrag an den Oberregierungsrat Karl-Heinz Stoßberg bei der Gestapo Posen weiterleiten lassen konnte. Die Dienststelle des HSSPF hatte keine Verfügungshoheit

²⁷ Biebow, 027/1/B/Ri, an den Herrn Reichsstatthalter, z. Hd. Herrn ORegRat Dr. Häusler, betr. Übertragung von Mitteln aus dem Sonderkonto auf das laufende Ghettokonto, vom 25.4.1942, APL, GV 1744, Bl. 143. Rechts oben befindet sich die Belegnummer 42, die mit der Summe auf dem Kontostandsblatt vom 1. Mai 1942 korrespondiert, vgl. APL, GV 1743, Bl. 31.

²⁸ Abschrift. Der Reichsstatthalter im Reichsgau Wartheland. Der persönliche Referent, Tgb. Nr. 886/42, an Herrn Regierungsdirektor Mehlhorn, Abt. I, hier, APL, GV 1744, Bl. 21; Auf dem Dokument befindet sich die Notiz Ribbes an Luchterhand vom 26. Mai „sofort Auszahlung vornehmen“. Rechts oben befindet sich die Belegnummer 93, die mit der Summe auf dem Kontostandsblatt vom 2. Juni 1942 korrespondiert, vgl. APL, GV 1743, Bl. 53.

über das Konto, und interessanter Weise taucht der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD im Reichsgau in keinem einzigen der überlieferten Buchungsvorgänge auf. Gerade im Verhältnis zwischen Kommunalverwaltung und Polizei verdienen die kleineren Vorgänge Beachtung, die ebenfalls deutliche Hinweise auf die Kontohoheit geben. Am 24. Juni 1942 forderte die Gerichtskasse Litzmannstadt Aufklärung von der Gestapo, wo sich der evakuierte Abraham Boroslawski befindet, da dieser noch 30 RM Gerichtskosten schuldig sei.²⁹ Knapp drei Wochen später meldete sich die Regierungshauptkasse Düsseldorf bei der Litzmannstädter Gestapo, um Aufklärung über den Verbleib der von dort deportierten Maria Djuk zu fordern, die den Lohnsteuerbetrag von 118,85 RM für das Jahr 1941 schuldig geblieben sei.³⁰ Der örtlich zuständige SS-Hauptscharführer Alfred Stromberg musste zur Begleichung solcher Forderungen an bereits ermordete Juden ebenfalls die Ghettoverwaltung einschalten, die ihrerseits die Überweisungen veranlasste.³¹

Am 9. September 1942 trafen sich Biebow, Ribbe, Mehlhorn sowie dessen Haushaltsreferent Häusler zu einer Besprechung in Posen. Anlass hierfür war die Erkenntnis, dass die im Windschatten der Ghettoverrichtungen in das Ghetto eingesiedelten arbeitsfähigen Juden aus den Landghettos durch die konsequente Ausplünderung völlig mittellos angekommen waren und erst sukzessive in den Arbeitseinsatz eingegliedert werden konnten. Die Abteilung für Eingesiedelte und die Fürsorgeabteilung beim Judenältesten waren folglich teilweise wochenlang für den unmittelbaren Lebensunterhalt dieser Menschen verantwortlich. Alle Beteiligten erklärten sich einverstanden, aus dem Sonderkonto 1.200 zugunsten des laufenden Ghettokontos Nummer 700 einen Betrag von 20 Reichsmark pro Person zu überweisen. Man erkennt anhand dieses Beispiels nicht nur die praktische Zusammenarbeit zwischen Mehlhorn und der Ghettoverwaltung ohne jede Einschaltung der Sicherheitspolizei, sondern dieser Buchungsvorgang erlaubt auch, die Zahl der aus dem Warthegau eingesiedelten Juden zu ermitteln. Zwischen Oktober 1941 und März 1942 waren aus den Land-

²⁹ Gerichtskasse Litzmannstadt, II 761/41, an die Gestapo, hier, vom 24.6.1942, APL, GV 1747, Bl. 115.

³⁰ Regierungshauptkasse Düsseldorf, Buchhalterei 4, an Gestapo Litzmannstadt vom 13.7.1942, ebd., Bl. 113.

³¹ In den o.a. Fällen kam es zu einer Besprechung zwischen Stromberg und Ribbe am 23.7.1942, in der die Begleichung der offenen Rechnungen vereinbart wurde, vgl. ebd., Bl. 113, 115, 116. Das Schreiben der Gerichtskasse Litzmannstadt trägt die Belegnummer 354 und führt zu einem wegen mehrerer Fälle zusammengezogenen Gesamtbetrag von 46,12 RM auf dem Kontostandsblatt vom 15.8.1942, vgl. APL, GV 1743, Bl. 110. Das Schreiben der Regierungshauptkasse Düsseldorf trägt die Belegnummer 356 und korrespondiert mit der selben Summe auf dem Saldenblatt vom 14.8.1942, vgl. ebd., Bl. 109.

kreisen Turek und Leslau 3.072 Menschen angekommen. Im Mai waren es aus dem Regierungsbezirk Hohensalza sowie aus dem Landkreis Lask 7.046 Personen. Im Juni und Juli 1942 waren die Landkreise des Regierungsbezirks Litzmannstadt an der Reihe, so dass von dort 516 (Juni) und 635 (Juli) Juden das Großghetto erreichten. Im Laufe des Augusts 1942 kamen noch einmal 6.244 Juden aus den Ghettos Welungen, Schieratz und Zduńska-Wola an, so dass bei dem Gespräch im September die Zahl von 17.513 neu eingesiedelten Juden zur Debatte stand. Einvernehmlich rundete man ab, und so wurden nur wenig später 350.000 RM mit Buchungsnummer 515 auf das Ghettoconto überwiesen.³²

Am 17. Februar 1943 schließlich wies Gauleiter Greiser persönlich die städtische Behörde an, „von den von der Gettoverwaltung bewirtschafteten Sondermitteln einen Betrag in Höhe von 4.000.000 Reichsmark auf das Konto des ‚Vereins der Freunde des Warthegaues‘ bei der Ostbank in Posen, Wilhelmplatz 15 zu überweisen“.³³ Mit dieser großen Transaktion zugunsten eines Reptilienfonds für den Gauleiter war der Saldo vorübergehend auf ein Plus von 8.000 RM zusammengeschmolzen.³⁴ Doch das Sonderkonto wurde auch in Zeiten fehlender Bargeldeingänge aus dem Vernichtungslager immer wieder aufgestockt. Dieses Geld stammte aus den Lohnanteilen derjenigen jüdischen Zwangsarbeiter der Landkreise, die in den Lagern der Reichsbahn, der Reichsautobahn oder der Kommunen Schwerstarbeit leisten mussten.³⁵ Nachdem jedoch im Laufe des Augusts 1943 auch diese Lager aufgelöst wurden, griff Greiser noch einmal zu. Inzwischen hatten sich wieder nahezu 540.000 RM auf dem Konto angehäuft, und der Reichsstatthalter ließ sich noch einmal eine halbe Million Reichsmark auf seinen geheimen Fonds überweisen.³⁶

³² Aktennotiz Ribbe Nr. 128/42, betr. Kostenerstattung an den Ältesten der Juden für aus den Landbezirken eingesiedelte Arbeitskräfte. Bezug: Besprechung mit dem SS-Oberführer Mehlhorn, ORegRat Dr. Häussler [!] und den Herren Biebow und Ribbe von der Gettoverwaltung, vom 9.9.1942, APL, GV 154, Bl. 128 und GV 1749, Bl. 223 [hier mit Buchungsnummer]; Saldenblatt vom 14.9.42 mit Buchungsnummer 515, APL, GV 1743, Bl. 137.

³³ Der Reichsstatthalter im Reichsgau Wartheland, P. 240/43, an die Gettoverwaltung Litzmannstadt, z. Hd. Herrn Biebow, vom 17.2.43, APL, GV 1753, Bl. 19.

³⁴ Aktennotiz 027/3/H/R., vom 25.2.1943 an Amtsleiter Biebow, APL, 221/VII, Bd. 76, Bl. 16.

³⁵ Detailliert zu diesen Lagern: ANNA ZIÓŁKOWSKA, Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej 1941–1943, Poznań 2005; ALBERTI, Verfolgung (Anm. 7), S. 282–300.

³⁶ Zum Kontostand von 538.976,25 RM vgl. Zusammenfassung über Saldenbewegungen zwischen 1. u. 31.8.1943, APL, GV 1756, Bl. 2–4. Anweisung, 027/2/h/Nr., an Herrn Kuth im Hause, vom 1.9.1943, APL, GV 1757, unpag.; Kuths Benachrichtigung an die Reichsstatthalterei am 2.9.1943 über stattgefundene Überweisung von 500.000 RM, ebd.

Obwohl das letzte überlieferte Saldenblatt vom 15. Februar 1944 mit einem Guthaben von 139.857,92 RM bilanzierte, war das Konto offensichtlich noch nicht aufgelöst worden.³⁷ Als am 19. April 1944 unvermutet einige Herren des Reichsrechnungshofes in Litzmannstadt auftauchten, wandte sich Biebow an den Nachfolger des mittlerweile nach Oppeln versetzten Mehlhorn. Gemeinsam vereinbarte man, das Sonderkonto bei einer eventuellen Bilanzprüfung nicht als Teil der Buchhaltung der Ghettoverwaltung auszugeben. Da das städtische Amt das Sonderkonto lediglich im Auftrag einer anderen Behörde führe, könne es nicht Gegenstand der Prüfung sein.³⁸ Ob diese vordergründige Argumentation wirklich funktioniert hätte, bleibt ungewiss. Immerhin war das laufende Ghettokonto Nr. 700 – wie erwähnt – einmal mit 400.000 und einmal mit 350.000 Reichsmark aus dem Sonderkonto bedacht worden, und dies waren nur die aussagekräftigsten Beispiele.

Zwischen dem geheim zu haltenden Sonderkonto und dem zu prüfenden Ghettokonto gab es schon deswegen mehr Bewegungen, weil man im Dezember 1942 dazu übergegangen war, von den aus den Arbeitslagern für Juden eingehenden Lohnanteilen monatlich 30 Prozent auf das Ghettokonto zu überweisen. Hieraus sollten Ausrüstungs- und Kleidungsforderungen der auswärtigen Arbeitgeber befriedigt werden.³⁹ Doch da die Prüfer kurz darauf ohne ihre Arbeit aufzunehmen wieder abreisten, blieb der Ghettoverwaltung die Offenlegung ihrer Bücher erspart.⁴⁰

Eine letzte Meldung zum Kontostand des Sonderkontos stammt vom 23. November 1944. An diesem Tag erkundigte sich Oberregierungsrat Herbert Reischauer als Nachfolger Mehlhorns erneut nach dem Kontostand, der zu diesem Zeitpunkt, vor allem wegen der Zinsen aus Wiederanlagen, 707.207 RM betrug.⁴¹ Zu wessen Gunsten und wann genau das Konto aufgelöst wurde, kann mangels Quellen leider nicht gesagt werden, aber die wenigen hier zusammengestellten Buchungsvorgänge zeigen zusammenfassend ganz

³⁷ Letztes Saldenblatt, APL, GV 1758, Bl. 468.

³⁸ Abhörmeldung der Forschungsstelle Litzmannstadt, Ri/Mü. NL 9442: Verwaltungsstelle Ghetto, vgl. NL 941 v. 17.4.1944. Hier wurde ein Telefonat Biebows mit der Leitung der Abteilung I der Reichsstatthalterei unter der Leitung des ORegRats Herbert Reischauer vom 20. April zusammengefasst, in: YVA, 051/13a, unpag.

³⁹ Dies wurde rückwirkend seit dem 1.7.1972 durchgeführt, siehe Aktenvermerk Biebows „betrifft die Aufteilung der Arbeitslöhne, die für das Sonderkonto bei der Ghettoverwaltung einlaufen“, vom 8.12.1942, in dem er dieses Verhandlungsergebnis mit Häusler schildert, APL, GV 154, Bl. 109.

⁴⁰ Abhörmeldung der Forschungsstelle Litzmannstadt, Ri/Mü. NL 9442: Verwaltungsstelle Ghetto, vgl. NL 941 v. 17.4.1944, YVA, 051/13a, unpag.

⁴¹ Abhörmeldung der Forschungsstelle Litzmannstadt, Id/Mü, NL 10600: Über die Höhe der derzeitigen Guthaben, vom 23.11.1944, in: ebd.

deutlich, dass die gesamte finanzielle Absicherung der „Endlösung der Judenfrage“ im Warthegau ausschließlich in den Händen der Reichsstahlhalterei lag.⁴² Regelmäßig erhielt Häusler als Haushaltsreferent zunächst Saldenblätter des Sonderkontos mit einer Aufschlüsselung der Kontobewegungen. Seit 1943 wurden ihm zusätzlich monatliche Zusammenstellungen über die Saldenvorgänge zugesandt, so dass man in Mehlhorns Abteilung I stets über die Kontostände zur Finanzierung des Massenmords informiert war. Die Buchhaltung der Ghettoverwaltung Litzmannstadt sicherte durch ihre laufende Finanzverwaltung die höchst einträgliche Seite der Vernichtung der Landghettos.

Der Massenmord und der Arbeitseinsatz von Juden auf Greisers Territorium muss als arbeitsteiliges Handeln verstanden werden, bei dem die gesamte wirtschaftliche Abwicklung ohne Einflussmöglichkeiten der Sicherheitspolizei stattfand. Deren Domäne war die brutale Auflösung der Ghettos und die Ermordung von nicht arbeitsfähigen Juden, Sinti und Roma sowie von polnischen Bürgern mit Gas.⁴³ Da das Sonderkonto laufend mit Beträgen aus der Veräußerung der Hinterlassenschaften aus den Ghettos versorgt wurde, da die Opfer der Verschleppungen in das Todeslager vor Abfahrt und nach ihrer Ermordung vollständig beraubt wurden und da die Lohnanteile von mehreren Tausend in Arbeitslagern schuftenden Juden das Konto immer wieder füllten, konnten sämtliche aus dem Massenmord anfallenden Sach- und Personalkosten mühelos gedeckt werden. Ihre Bilanzierung lief ohne jede Beteiligung sicherheitspolizeilicher Institutionen ab, und wenn Greiser es für notwendig hielt, ließ er seine „schwarze Kasse“ mit diesem Geld auffüllen. Als der SS- und Polizeiführer (SSPF) Odilo Globocnik eine Abschlussdarstellung des Genozids im Generalgouvernement im Rahmen der „Aktion Reinhard“ verfasste, konnte er vor allem auf die ökonomische Dimension des von ihm geleiteten Massenmordes verweisen und Himmler eine detaillierte Ausarbeitung der materiellen Bereitung im Windschatten der „Endlösung“ liefern.⁴⁴ Wilhelm Koppe als

⁴² Eine detaillierte Aufschlüsselung vieler derartiger Rechnungsvorgänge ist Bestandteil meiner Dissertation: Die „Ghettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940–1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009, S. 479–506.

⁴³ Zu den nichtjüdischen Opfern, wahrscheinlich Kinder aus Lidice, sowjetische Kriegsgefangene, polnische Ordensschwestern und Zivilisten, sowie den aus dem österreichischen Burgenland stammenden Sinti und Roma vgl.: Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, hg.v. EUGEN KOGON/ HERMANN LANGBEIN u. a., Frankfurt/M. 1986, S. 133–135.

⁴⁴ Eine erste Zusammenstellung lieferte der SSPF Lublin bereits am 3. März 1943 an den Persönlichen Stab RFSS, wo er über die abgelieferten Werte aus der „Aktion Reinhard“ referierte, siehe: Der SSPF im Distrikt Lublin, GI/T, Tgb. Nr. 16/43 gRs, 3 Ausfertigungen

HSSPF im Warthegau wäre hierzu gar nicht in der Lage gewesen; er konnte Ende August 1942 lediglich einen Posten an Pelzen zugunsten der SS in das Konzentrationslager Ravensbrück absenden.⁴⁵

Die Handlungsdominanz des SSPF im Distrikt Lublin findet demnach ihr Äquivalent in der Posener Reichsstatthalterei, und der dortige HSSPF übernahm eher die Rolle eines Juniorpartners, in dessen Aufgabenbereich die internen Vorgänge und Personalgestellungen in Kulmhof fielen.

gen, 1. Ausfertigung, an den Persönlichen Stab RFSS, z. Hd. SS-Hauptsturmführer Grothmann, vom 3.3.1943, abgedr. in: BAB, NS 19/2234, Bl. 1.

⁴⁵ Der HSSPF beim Reichsstatthalter in Posen im Wehrkreis XXI, Tgb. Nr. 332/42g, an den RFSS, Persönlicher Stab, z. Hd. SS-Obersturmbannführer Dr. Brandt, betr. Pelzschalen aus Kulmhof für die Waffen-SS, vom 28.8.1942, abgedr. in: BAB, NS 19/1612, Bl. 1.

WACŁAW DŁUGOBORSKI

DIE JUDEN AUS DEN EINGEGLIEDERTEN GEBIETEN IM VERNICHTUNGSLAGER AUSCHWITZ-BIRKENAU

Als das Dritte Reich die Entscheidung über die „Endlösung der Judenfrage“ gefasst hatte, wurde der Aufgabenbereich des KL Auschwitz auf die Massenvernichtung der Juden ausgeweitet. Damit veränderte sich auch die Zusammensetzung der Gefangenen, unter denen nun Juden die zahlenmäßig größte Gruppe ausmachten. Das Gas Zyklon B, das im KL Auschwitz bereits bei Euthanasieaktionen und der Vernichtung arbeitsunfähiger sowjetischer Kriegsgefangener erprobt worden war, wurde seit 1942 zur Ermordung der Juden eingesetzt.¹ Diese ersetzten auch die sowjetischen Kriegsgefangenen, die anfangs von Heinrich Himmler als Zwangsarbeitskräfte und Zwangs-„Bewohner“ des seit Herbst 1941 intensiv ausgebauten Lagers in Birkenau – des künftigen Lagers Auschwitz II – vorgesehen waren.² Der Anteil der weiblichen und männlichen jüdischen Gefangenen an der Gesamtzahl der Häftlinge lag bis August 1944 mit 71.500 Menschen bei etwas unter 70 Prozent, der der Polinnen und Polen dagegen bei 18 Prozent, neun Prozent der Insassen waren Bürger der UdSSR, und sechs Prozent kamen aus anderen Staaten.³ Der unermüdliche Einsatz der SS sicherte ihre Ausbeutung sowie ihren dominierenden Einsatz in der Rüstungsindustrie des Dritten Reichs, das gegen Kriegsende mit fehlenden Arbeitskräften sowie einem schrumpfenden Herrschaftsbereich zu kämpfen hatte. Somit musste die eine halbe Million Menschen umfassende Armee der KL-Häftlinge auf zweierlei Weise vergrößert werden – um die 90.000 ungarischen Juden, die der „Endlösung“ entgangen waren, und um 60.000 Lodzer Juden, vor allem aber um 400.000 Einwohner Warschaus, die das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) nach der für Mitte

¹ Auschwitz 1940–1945. Węzłowe zagadnienia z dziejów obozu, Bd. 3: Zagłada., hg. v. WACŁAW DŁUGOBORSKI/ FRANCISZEK PIPER, Oświęcim 1995, S. 97 f.

² CHRISTIAN STREIT, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978, S. 222 f.

³ Auschwitz 1940–1945. Węzłowe zagadnienia z dziejów obozu, Bd. 2: Więźniowie – życie i praca, hg. v. WACŁAW DŁUGOBORSKI/ FRANCISZEK PIPER, Oświęcim 1995, S. 28.

August 1944 geplanten Niederschlagung des Warschauer Aufstands ins Reichsinnere verschicken wollte.⁴ Im KL Auschwitz stellten die Juden nun nicht nur 85 Prozent aller Deportierten, sondern auch über 50 Prozent aller registrierten Gefangenen, wobei unter den Deportierten die Juden am stärksten vertreten waren – es gab unter ihnen 438.000 ungarische Staatsbürger (rund 40 Prozent), an zweiter Stelle standen die polnischen Juden – rund 300.000 (27,3 Prozent).⁵ Was überraschen mag – unter den polnischen Juden waren fast drei Viertel (73,5 Prozent), d. h. rund 220.600 Personen, zumindest nach meinen Berechnungen und Schätzungen, Juden aus den direkt in das Reich eingegliederten Gebieten.

In den genannten Berechnungen habe ich auch den so genannten Bezirk Białystok berücksichtigt, aus dem 57.500 Juden nach Auschwitz deportiert wurden, d. h. ein Viertel der dortigen Bevölkerung. Der rechtliche Status des Bezirks Białystok war jedoch schon der deutschen Verwaltung nicht ganz klar – von Ostpreußen, dem es 1941 angegliedert wurde, nicht wie die übrigen Gebiete eingegliedert, trennte es eine Polizeigrenze. Die formale Eingliederung sollte nach Szymon Datner erst nach dem Krieg erfolgen,⁶ andere polnische Historiker bezweifeln dies.⁷ Der Bezirk Białystok, der im Großen und Ganzen mit der Woiwodschaft der Vorkriegszeit identisch war, besaß, abgesehen von der Stadt Łódź, von den eingegliederten (bzw. angegliederten) Gebieten den höchsten Anteil von Juden an der Gesamtbevölkerung: 14,9 Prozent 1921 und 12 Prozent 1931. Doch schon ein Vergleich mit Łódź (Anteil von Juden 34,5 Prozent 1921 und 33,5 Prozent 1931) und auf der anderen Seite mit den westlichen Woiwodschaften, in denen es nur wenige Juden gab (1931 0,4 Prozent in der Woiwodschaft Posen, 0,3 Prozent in der Woiwodschaft Pommerellen, 1,3 Prozent in der Woiwodschaft Oberschlesien),⁸ führt uns vor Augen, wie groß die Unterschiede zwischen den verschiedenen „eingegliederten“ Gebieten waren.

⁴ REIMUND SCHNABEL, Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt/M. 1957, S. 200.

⁵ Nach den Berechnungen und Schätzungen von: FRANCISZEK PIPER, Ilu ludzi zginęły w KL Auschwitz. Liczba ofiar w świetle źródeł i badań 1945–1990, Oświęcim 1992, S. 122.

⁶ SZYMON DATNER, Eksterminacja ludności żydowskiej w Okręgu Białostockim, in: BŻIH 60 (1966), S. 4.

⁷ CZESŁAW MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 1, Warszawa 1970, S. 211–213; BOŻENA GÓRCZYŃSKA-PRZYBYLOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989, S. 14 f.

⁸ SZYJA BRONSTEJN, Ludność żydowska w Polsce w okresie międzywojennym. Studium statystyczne, Wrocław 1996, S. 114.

Diese Unterschiede waren nicht nur in der Nationalitätenstruktur sichtbar, sondern auch in der jeweiligen Geschichte. Die drei genannten westlichen Woiwodschaften hatten vor 1918 als preußische Regierungsbezirke zum Reich gehört. Die hier lebende jüdische Bevölkerung war durch Sprache und Kultur, Einstellungen und politische Sympathien mit Deutschland verbunden. Ihre Ansichten vertrat sie während der Nachkriegskämpfe um die staatliche Zugehörigkeit dieser Gebiete, vor allem von Oberschlesiens⁹; anschließend verließen die Juden die Gebiete in großer Zahl. Zum Beispiel blieben in dem Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens nur 3.000 von den 10.500 Juden, die hier vor 1914 gelebt hatten; diejenigen, die emigrierten, machten Platz für Zuwanderer aus Polen, auch für Juden, aber aus einem anderen sprachlich-kulturellen Milieu als dem deutschen – aus dem jiddischen und jüdisch-polnischen Umfeld, gelegentlich waren sie völlig an die polnische Kultur assimiliert.¹⁰

1931 gaben nur 17 Prozent der oberschlesischen Juden Deutsch als Muttersprache an, 48,3 Prozent Polnisch und 34,7 Prozent Jiddisch und Hebräisch.¹¹ Oft waren dies Juden „von der anderen Seite des Gartenzauns“, aus den benachbarten Kohlerevier Dombrowa und Chrzanów-Jaworzno, wo sich die Verhältnisse umgekehrt darstellten – fast zwei Drittel der Juden gaben als Muttersprache Jiddisch an, ein Drittel Polnisch. Beide Reviere befanden sich neben dem größten Revier in der Kohleegend, dem Oberschlesischen Revier, innerhalb des im Oktober 1939 eingerichteten Regierungsbezirks Kattowitz, welcher die drei polnischen Reviere vereinte, die vor 1939 in drei polnischen Woiwodschaften gelegen hatten (Kielce, Krakau und Oberschlesien).¹² Im Mai 1940 hielten sich im Dombrowa-Revier und an seinen Grenzen („Oststreifen“, „Ostoberschlesien“) 68.000 Juden auf (1931 waren es rund 70.000 gewesen), darunter in Bendzin 24.200, in Sosnowitz gemeinsam mit Modrzejów 24.000, in Dombrowa mit den angrenzenden Gemeinden rund 8.000, in Czeladź rund 1.500 und in Warthenau mit dem ganzen Osten der Region über 7.500.

Im März 1941, als die Umsiedlungen und Deportationen in die Arbeitslager noch keinen größeren Umfang angenommen hatten, sondern im

⁹ MARCIN WODZIŃSKI, Żydzi wobec konfliktów narodowych na Górnym Śląsku, in: Kościoly i związki wyznaniowe a konflikt polsko-niemiecki na Górnym Śląsku w latach 1919–1921, hg. v. ZBIGNIEW KAPALA, JERZY MYSZOR, Bytom 2005, S. 67–71.

¹⁰ WOJCIECH JAWORSKI, Ludność żydowska w województwie śląskim w latach 1922–1939, Katowice 1997, S. 32 f.

¹¹ BOGDAN CYBULSKI, Żydzi polscy w prowincji górnośląskiej w okresie II wojny światowej, in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka 44 (1989), Nr. 1, S. 140.

¹² WACŁAW DLUGOBORSKI, Wirtschaftliche Region und politische Grenzen. Die Industrialisierung des oberschlesischen Kohlenbeckens, in: Region und Industrialisierung, hg. v. SIDNEY POLLARD, Göttingen 1980, S. 168 f.

Gegenteil im Mai und Juni 1940 4.500 Juden aus dem westlichen, ober-schlesischen Teil des Regierungsbezirks in den „Oststreifen“ versetzt wurden,¹³ soll die jüdische Bevölkerung hier im Februar 1941 120.000 Menschen umfasst haben, was jedoch eine zu hoch angesetzte Schätzung zu sein scheint.¹⁴ Nach Andrzej Strzelecki lag sie nicht höher als 90.000.¹⁵ Es besteht dagegen kein Zweifel, dass diese Bevölkerung bis Frühjahr 1941 weder Arbeitslosigkeit noch Hunger kannte, die Sterblichkeit war niedrig, die Finanzen der Gemeinden waren durch Subventionen nicht nur vom *American Jewish Joint Distribution Committee*, sondern auch von der Vereinigung der Juden in Deutschland so gut gesichert, dass sie andere Gemeinden in den eingegliederten Gebieten¹⁶ unterstützen konnten und – natürlich illegal – Flüchtlinge aus dem GG aufnahmen, wo die antijüdischen Repressionen der Besatzer viel früher als im Dombrowa-Revier zu spüren waren.¹⁷

Diese Situation dauerte aber nicht lange an. Der im Herbst 1940 von Himmler eingesetzte Sonderbeauftragte des Reichsführers SS für fremdvölkischen Arbeitseinsatz in Oberschlesien, SS-Oberführer Albrecht Schmelt, begann mit der Deportation jüdischer Arbeiter aus dem „Oststreifen“ in Zwangsarbeitslager in beiden schlesischen Provinzen.¹⁸ Gleichzeitig führten NS-Planer aus Kattowitz im Frühjahr 1941 „ethnische Säuberungen“ durch, u. a. durch die Aussiedlung von 2.000 Personen nach Sosnowitz¹⁹ und 3.000 Menschen in andere Gemeinden des Reviers – insgesamt über 5.000 Juden aus der Stadt Auschwitz, die als „Musterstadt“ das besondere Interesse der Behörden genoss.²⁰ Gleichzeitig wurden nach Olkusz 1.500

¹³ ALFRED KONIECZNY, Die Zwangsarbeit der Juden in Schlesien im Rahmen der „Organisation Schmelt“, in: *Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?*, hg. v. GÖTZ ALY, Berlin 1983, S. 94 f.

¹⁴ Daten des Zentralrats der Ältestenräte von Ostoberschlesien von Oktober 1940 und März 1941 nach: ALEKSANDRA NAMYSŁO, Centrala Żydowskich Rad Starszych Wschodniego Górnego Śląska, in: *Zagłada Żydów Zagłębiowskich*, hg. v. DIES., Będzin 2004, S. 54–59.

¹⁵ ANDRZEJ STRZELECKI, Stan i perspektywy badań nad zagadnieniem deportacji Żydów z gett w Będzinie i Sosnowcu do KL Auschwitz i ich zagłady, in: *ebd.*, S. 72.

¹⁶ NAMYSŁO, Centrala (Anm. 14), S. 47.

¹⁷ NATAN ELIASZ SZTERNFINKIEL, *Zagłada Żydów Sosnowca*, Katowice 1946, S. 31 f., 37.

¹⁸ KONIECZNY, *Zwangarbeit* (Anm. 13), S. 98–100.

¹⁹ SZTERNFINKIEL, *Zagłada* (Anm. 17), S. 30.

²⁰ LUCYNA FILIP, *Żydzi w Oświęcimiu 1918–1941*, Oświęcim 2003, S. 176. SYBILLE STEINBACHER, „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000.

Juden aus Königshütte ausgesiedelt.²¹ Die Aussiedlungen wurden von Anfang an vom schlesischen Oberpräsidenten und NSDAP-Gauleiter Josef Wagner unterstützt, der unzufrieden darüber war, dass seiner Provinz die „zur Hälfte jüdischen Städte“ des „Oststreifens“ eingegliedert worden waren.²² Im Herbst 1939 unterstützte er Adolf Eichmanns „Nisko-Aktion“, also die Schaffung eines „Reichsghettos“ für die Juden aus Deutschland und Österreich, dem Protektorat und den neu eingegliederten polnischen Gebieten im Lubliner Land. In erster Linie sollten Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und den Städten des Regierungsbezirks Kattowitz umgesiedelt werden:²³ Bielitz, Königshütte, Teschen, Kattowitz und Lipine, die namentlich von den Gemeindebehörden aufgerufen wurden, insgesamt 2.000 von 5.000, also 40 Prozent aller im Oktober 1939 nach Nisko ausgesiedelten Juden aufzunehmen.²⁴

Nicht nur Wagner als Provinzpräsident, sondern auch die zentralen deutschen Machtinstanzen waren schon während der Kampfhandlungen bestrebt, das Antlitz der Städte im Osten des Regierungsbezirks, sofern dies die Kriegsumstände erlaubten, vor allem bei der Zusammensetzung ihrer Bewohner zu ändern.²⁵ Das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und die Armeegruppe „Süd“ versuchten, die Juden schon während des Septemberfeldzugs hinter den San zurückzudrängen, doch ihre Befehle vom

²¹ ADAM CYRA, Upamiętnienie Żydów olkuskich. 65 rocznica likwidacji getta w Olkuszu, czerwiec 2007, Oświęcim, Olkusz 2007, S. 10 f.; Relacja Efraima Parasola, ebd., S. 34.

²² ROBERT JAN VAN PELT/ DEBORAH DWORK, Auschwitz. Von 1270 bis heute, Zürich, München 2000, S. 129.

²³ Auf Polnisch vgl. zuletzt: LUDMILA NESLÁDKOVÁ, Żydzi ostrawcy w akcji Nisko i ich późniejsze losy 1939–1940, in: Zeszyty Oświęcimskie 1998, Nr. 22, S. 313–328; aus breiterer Perspektive MICHAEL BURLEIGH, Trzecia Rzesza. Nowa historia, Warszawa 2002, S. 569–601.

²⁴ MEČISLAV BORAK, Příprava a průběh nyských transportů, in: Nisko 1939/1944. Akce Nisko v historii „konečného řešení židovské otázky, hg. v. LUDMILA NESLÁDKOVÁ, Ostrava 1995, S. 102 f.

²⁵ In Bendzin lebten 25.000 Juden, was 53,5 Prozent der Einwohner der Stadt ausmachte, in Sosnowitz 24.000 Juden (22,1 Prozent), in den anderen Städten des Dombrowa-Reviers war ihr Anteil viel niedriger, allerdings war er in den Städten des Reviers Chrzanów-Laworzo, die vor dem Krieg zur Woiwodschaft Krakau gehörten, wieder hoch: In Krenau betrug er 44 Prozent (rund 8.000 Juden von 18.000 Einwohnern) und in Auschwitz 53,5 Prozent (6.500 von 12.000 Einwohnern); nach: NAMYSŁO, Centrala (Anm. 14), S. 54–59; Mały Rocznik Statystyczny 1939 [Warszawa 1939], S. 35 f. Diese Situation bereitete den NS-Planern große Schwierigkeiten, die schon 1940 forderten, rund um Sosnowitz und Bendzin eine „östliche Neubauzone“ auszuweisen, die nicht nur als urbanistischer, sondern auch ethnisch-gesellschaftlicher Umbau verstanden wurde. GÖTZ ALY/ SUSANNE HEIM, Vordenker der Vernichtung, Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 174 f.

13. September hatten keine Chancen auf Umsetzung.²⁶ Es gelang hingegen, die Richtlinien Reinhard Heydrichs vom 21. September 1939 umzusetzen, in denen auf die Unterschiede bei der Lösung der „Judenfrage“ in den eingegliederten Gebieten des ehemaligen preußischen Teilungsgebiets hingewiesen wurde, das von Juden zu „säubern“ war, sowie in den zentralpolnischen Gebieten, wohin die Juden auszusiedeln waren, und zwar aus dem gesamten Reich mitsamt Österreich und dem Protektorat. Auf einer Konferenz im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) wurde auch verlangt, aus Deutschland 30.000 Roma zu entfernen; die Deportationen der Juden sollten zudem einen „systematischeren“ Charakter erhalten, weshalb unter anderem Güterwaggons verwendet werden sollten.²⁷

Hitler soll sein Einverständnis zur „Abschiebung“ oder auch Vertreibung der Juden auf die andere Seite des Bugs gegeben haben, wodurch Deutschland sich rund 300.000 Juden entledigen konnte, was eine stillschweigende Zustimmung für Eichmanns Pläne bedeutete. In organisatorischer Hinsicht erinnerte dies an das Unternehmen ein Jahr zuvor, als deutsche Polizeiabteilungen auf Heydrichs Anweisung etwa 17.000 bis 19.000 in Deutschland lebende Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit über die Grenze „getrieben“ hatten.²⁸ In Gesprächen mit Himmler, Alfred Rosenberg und den Gauleitern der östlichen Reichsprovinzen soll Hitler vorgeschlagen haben, alle Juden und mit ihnen zusammen alle „unzuverlässigen Elemente“ zwischen Weichsel und Bug in einem als „Reichsghetto“ bezeichneten Gebiet anzusiedeln.

Von diesen Plänen wurde nur die „Vertreibung“ ausgeführt, und auch das erst nach dem 17. September 1939, als die Flüsse zu Grenzflüssen zur Sowjetunion geworden waren. Die „Vertreibung“ war auch von der Wehrmacht gefordert worden, die sie jetzt aber gemeinsam mit Abteilungen der Ordnungspolizei durchführte.²⁹ Diese Aktion sollte Zehntausende Juden umfassen,³⁰ die – nach einem Bericht des Verbands für den Bewaffneten Kampf (*Związek Walki Zbrojnej*, ZWZ) – „mit drastischen Mitteln“ dazu gezwungen wurden, „auf das sowjetisch besetzte Gebiet überzuwech-

²⁶ KONIECZNY, Zwangarbeit (Anm. 13), S. 94.

²⁷ IMG, Bd. 26, S. 377–383, Dok. PS-864; SEEV GOSHEN, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der „Endlösung“, in: VfZ 29 (1981), S. 74–96, hier S. 80 f.

²⁸ JERZY TOMASZEWSKI, Preludium Zagłady. Wygnanie Żydów polskich z Niemiec w 1938 r., Warszawa 1999, S. 216.

²⁹ FRANZ HALDER, Kriegstagebuch. Bd. 1: Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive, bearb. v. HANS-ADOLF JACOBSEN, Stuttgart 1962, S. 79.

³⁰ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, „... Mißgeburten, die nicht auf diese Welt gehören“. Die deutsche Ordnungspolizei in Polen 1939–1941, in: Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004, S. 73.

seln“.³¹ Uneinheitlich gestaltete sich dagegen das Schicksal der Juden aus Nisko: Im Frühjahr 1940 kehrten nach der Auflösung des Lagers in einem Sammeltransport 516 nach Mährisch-Ostrau zurück, darunter 18 aus Oberschlesien.³² Der Rest versuchte auf eigene Faust zurückzukommen, abgesehen von jenen, die in die UdSSR getrieben worden waren, wo sie ein unterschiedliches Schicksal erwartete, bis hin zur Verhaftung und Verbanzung in den GULag.³³ Ein „Asyl“ für die Juden im Fall einer Neuorganisation des polnischen Staates erwähnte Hitler am 26. September in einem Gespräch mit dem schwedischen Industriellen Birger Dahlerus, einem glücklosen Friedensboten, wobei es seine offensichtliche Absicht war, die Engländer über das Schicksal der Juden zu beruhigen, da er einen Friedensschluss mit England nach dem Sieg über Polen für möglich hielt.³⁴

Der Gedanke, die Juden aus dem ehemaligen preußischen Teilungsgebiet, also aus Westpreußen, Großpolen und einem Teil Oberschlesiens, loszuwerden, war aber weiterhin vorhanden. Als Hitler am 8. Oktober 1939 die Entscheidung über die direkte Eingliederung der westlichen und nordwestlichen Gebiete Polens in das Reich verkündete, erwartete Heydrich – ähnlich wie ein Teil der Ministerialbürokratie in Berlin – eine Rückkehr zu den Grenzen von 1914. Doch dazu kam es nicht; die Reichsgrenzen wurden um 150 bis 200 Kilometer nach Osten verschoben, das annektierte Gebiet war somit zweimal größer als das ehemalige Teilungsgebiet. Ohne detailliert auf die Motive für Hitlers Entscheidung und die Auseinandersetzungen im Establishment des Dritten Reiches um die Ausmaße und die ethnische Zusammensetzung im annexierten Gebiet genauer einzugehen³⁵, ist doch hervorzuheben, dass diese Entscheidung zum damaligen Zeitpunkt nur für wenige Zeitgenossen eine Überraschung gewesen sein dürfte. Auf der einen Seite passte sie zur Doktrin vom „Lebensraum“ und zu den rassistischen Plänen einer Umwandlung der demographischen Verhältnisse in Ostmitteleuropa, wie sie bereits vor dem Angriff auf Polen von Hitler ins Auge gefasst worden waren, auf der anderen Seite knüpfte sie an die traditionellen, expansionistischen Konzeptionen des konservativen Teils dieses Establishments aus den Jahren des Ersten Weltkriegs an.

³¹ Bericht General M. Tokarzewski v. 9.1.1940, in: Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945, Bd. 1 (wrzesień 1939–czerwiec 1941), Szczecin 1989, S. 59.

³² BORAK, Příprava (Anm. 24), S. 104 f.

³³ Vgl. die Berichte der Bielitzer Juden Maksymilian Metzendorf und Benno Richtmann, in: JERZY POLAK, JANUSZ SPYRA, Żydzi w Bielsku-Białej i okolicy, Bielsko-Biała 1996, S. 163 f., 167–170.

³⁴ ADAP, Serie D (1937–1945), Bd. 8, Baden-Baden 1961, S. 109–112, Dok. 138.

³⁵ Vgl. MARTIN BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik, Stuttgart 1961, S. 32–34; MADAJCZYK, Polityka (Anm. 7), S. 64 f.

Diese Politiker hatten – unter Führung von Walter Rathenau – im Gegensatz zu den um Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg gruppierten Liberalen und Konservativen territoriale Annexionen angestrebt und versucht, Mitteleuropa durch eine deutsche Expansion zu unterwerfen. Ziel war es, im Königreich Polen Gebiete für die deutsche Kolonisation zu erwerben.³⁶ In geringerem Maße ging es auch darum, die Industrie zu übernehmen – welche deutschen Unternehmer allerdings allgemein als veraltet ansahen –, während die an einer Annexion des Dombrowa-Reviers interessierten Vertreter der oberschlesischen Konzerne dort vor allem Rohstoffe suchten.³⁷

Die Ausweitung der Gebiete für die deutsche Kolonisation und die Vorstellungen des „Alldeutschen Verbands“, der sich diese bereits am Vorabend und während des Ersten Weltkriegs als „menschenleer“ imaginedierte, lagen den Inkorporationsakten einiger Gebiete an das Reich im Jahre 1939 zugrunde. Dies betraf in erster Linie das nördliche Masowien, dessen Eingliederung als neuer Regierungsbezirk Zichenau an Ostpreußen Gauleiter und Oberpräsident Erich Koch bei Hitler durchsetzen konnte. Die Eingliederung begründete er in erster Linie mit der Notwendigkeit, Siedlungsgebiete zu finden, um die Tendenzen zur immer kleinteiligeren Zerstückelung des bäuerlichen Besitzes in Preußen selbst zu bremsen. Für die Ansiedlung der Deutschen dort war es vor allem nötig, die bisherigen Hofbesitzer – sprich: die Polen, die hier 1939 fast 90 Prozent der Einwohner stellten – fortzuschaffen, was jedoch aus verschiedenen Gründen auf die Nachkriegszeit verschoben wurde. Dagegen bereitete die Entfernung der 80.000 Juden, die nur acht Prozent der Einwohner stellten,³⁸ den Besatzern kein größeres Kopfzerbrechen, wovon die Zufälligkeit und die Planlosigkeit bei ihrer Deportation aus dem neuen Regierungsbezirk ins GG zeugen mag. Einige Kreise wurden bereits im ersten Kriegsjahr von Juden „gesäubert“, wobei als alternative Lösung Zwangsarbeitslager eingerichtet wurden, die übrigen Kreise erst nach der Einwilligung zur „Endlösung“ auch für das Gebiet des Regierungsbezirks, was Deportationen im November und Dezember 1942 in das KL Auschwitz bedeutete.³⁹

³⁶ FRITZ FISCHER, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1978, S. 640–652, 740–742.

³⁷ DERS., Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1977, S. 104 f., 382; KAZIMIERZ POPIOLEK, Zaborcze plany kapitalistów śląskich, Katowice 1947.

³⁸ GÓRCZYŃSKA-PRZYBYLOWICZ, Życie (Anm. 7), S. 51, 57.

³⁹ MICHAŁ GRYNBERG, Żydzi w rejencji ciechanowskiej 1939–1942, Warszawa 1984, S. 74–76, 161–167.

Gebiete für die deutsche Ansiedlung suchte man auch im Wartheland, dem größten zusammenhängenden Territorium in den eingegliederten Gebieten, wo sich jedoch nur die Hälfte der Kreise (19 von 40) an dieser Aktion beteiligen sollten, während es im Regierungsbezirk Zichenau fast drei Viertel (sieben von zehn) waren.⁴⁰ Das Wartheland war hingegen eine höhere Verwaltungseinheit und besaß eine um ein Vielfaches größere Fläche, es war auch in sozioökonomischer Hinsicht divergenter, denn es besaß eine entwickelte landwirtschaftliche Industrie sowie in und um Lodz auch Textilindustrie. Es unterschied sich vom nördlichen Masowien allerdings nicht hinsichtlich seiner nationalen Zusammensetzung: Die Polen machten hier 85,7 Prozent der Einwohner aus, die Deutschen 6,6 Prozent und die Juden – fast ebenso wie im Regierungsbezirk Zichenau – 7,7 Prozent. Doch waren die Ähnlichkeiten nur scheinbar. Das Wartheland bestand nämlich aus drei Regierungsbezirken, die sich vor allem beim prozentualen Anteil der Juden an der Gesamteinwohnerzahl unterschieden. Im Regierungsbezirk Posen, der dem Westteil der Woiwodschaft Posen vor dem Krieg entsprach, lebten 1939 nur 4.500 Juden, im Regierungsbezirk Hohensalza waren es 54.000 und im Regierungsbezirk Lodz 326.000, davon in Lodz selbst 233.000.⁴¹

Es fiel Arthur Greiser und dem RSHA nicht so leicht wie Koch, diese fast 400.000 Juden zu besiegen.⁴² Die meisten der 4.500 Juden aus dem Regierungsbezirk Posen wurden zusammen mit den ersten ausgesiedelten Polen schon zwischen November 1939 und Februar 1940 ins GG deportiert. Im Dezember 1939 widerfuhr Ähnliches rund 10.000 Juden aus Kalisch und Umgebung, dem damaligen Sitz des Regierungsbezirks Lodz. Im März und April 1940 wurden die letzten Juden aus dem Regierungsbezirk Posen gemeinsam mit den ersten polnischen Juden aus dem so genannten Altreich ausgesiedelt, diesmal allerdings nicht ins GG, sondern nach Lodz.⁴³ Seit dem 21. Dezember 1941 machte Himmler, vielleicht

⁴⁰ MADAJCZYK, Polityka (Anm. 7), Beilage nach S. 64.

⁴¹ S. WASZAK, Bilans walki narodowościowej rządów Greisera, in: Przegląd Zachodni 1946, Nr. 6, S. 506.

⁴² Von den 80.000 Juden aus Zichenau und Umgebung blieben durch lokale, mehr oder weniger „spontane“ Vernichtungsaktionen, Aussiedlungen ins GG, durch Hunger, Krankheiten und Zwangsarbeit in Ghettos und Lagern bis zur „Endlösung“ 36.000 Juden im Regierungsbezirk (nach anderen Schätzungen knapp 25.000), nach: GRYNBERG, Żydzi (Anm. 39), S. 106–108; PIPER, Liczba (Anm. 5), S. 106 f. Bekannt ist die Zahl der Transporte in das KL Auschwitz, während die Größe des einzigen Transports aus dem Regierungsbezirk nach Treblinka vom 30.11.1942 unbekannt ist, GRYNBERG, Żydzi (Anm. 39), S. 107.

⁴³ MARIA RUTOWSKA, Wysiedlenia ludności polskiej z Kraju Warty do GG 1939–1941, Poznań 2003, S. 47 f., 145–147.

unter dem Eindruck der bereits erwähnten gescheiterten „Nisko-Aktion“, alle weiteren Deportationen von Juden aus Deutschland, Österreich und dem Protektorat in dieses „Nebenland“ des Dritten Reichs, bald darauf auch in die „eingegliederten“ Gebiete von seiner Zustimmung abhängig, was nach Meinung des polnischen Historikers Włodzimierz Jastrzębski mit den Überlegungen in Verbindung zu bringen ist, in diesen Gebieten Ghettos einzurichten.⁴⁴

Zwar entstand das erste und zugleich größte Ghetto in Łódź bekanntlich erst am 30. April 1940, doch die Entscheidung zu seiner Einrichtung war bereits ein paar Monate früher gefallen; noch später entstanden Ghettos in den kleineren Städten des Gebiets.⁴⁵ Sie entstanden in den Regierungsbezirken Łódź, Zichenau sowie in den Städten beider Bergbau- und Hüttenreviere im „Oststreifen“ des Regierungsbezirks Kattowitz. In den Regierungsbezirken Posen und Hohensalza des Warthelands sowie im übrigen Gebiet des Regierungsbezirks Kattowitz, aber auch in den Regierungsbezirken des Reichsgaus Danzig-Westpreußen wurden keine Ghettos eingerichtet. Dabei handelte es sich zugleich auch um die alten preußischen Territorien, die Heydrich am 21. September 1939 von den Juden zu „säubern“ befahl,⁴⁶ während Hitler in einer einen Monat später entstandenen Notiz ebenfalls von „Säuberung“ von Juden sprach, aber „auch von Polen“ hinzufügte, das Reichsgebiet eingeschlossen.⁴⁷

Heydrich forderte die „Konzentration“ der Juden in einer „kleinen Zahl“ von Städten, am besten bei „Eisenbahnknotenpunkten“, was spätere Schritte erleichtern sollte, also die Deportation nach Zentralpolen, in die dortigen Ghettos, deren Gründung er von der künftigen deutschen Besatzungsverwaltung erwartete. Innerhalb eines Jahres, glaubte er, sollten auf diese Weise nicht nur alle Juden aus den „alten preußischen Territorien“ umgesiedelt werden, sondern auch der Rest der weiterhin im Reich lebenden jüdischen Staatsbürger Polens, denen es im Oktober 1938 gelungen war, der Deportation über die deutsch-polnische Grenze zu entgehen.⁴⁸ Wir

⁴⁴ WŁODZIMIERZ JASTRZĘBSKI, Hitlerowskie wysiedlenia ludności polskiej z Kraju Warty do GG 1939–1941, Poznań 1968, S. 66–68.

⁴⁵ Vgl. das Stichwort „Lódź“ in: Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, hg. v. ISRAEL GUTMAN, München, Zürich 1995, Bd. 2, S. 894.

⁴⁶ In einem Gespräch mit Keitel am 17.10.1939, zit. nach: JAN SEHN, Hitlerowski plan walki biologicznej z narodem polskim, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Niemieckich w Polsce, 1948, H. 4, S. 115–117.

⁴⁷ ULRICH HERBERT, Werner Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 246–257.

⁴⁸ KAROL LESZCZYŃSKI, Działalność Einsatzgruppen policji bezpieczeństwa na ziemiach polskich w 1939 r. w świetle dokumentów, in: BGKBZHwP 22 (1971), S. 94.

kennen das Schicksal dieser letztgenannten Gruppe nicht näher, wissen aber, wie es den Juden aus dem Regierungsbezirk Posen erging. Außer Posen, wo es der Hälfte der 2.500 jüdischen Bewohner gelang, vor den Deutschen zu fliehen,⁴⁹ wurden die in 30 Ortschaften verstreut lebenden Juden (mit Ausnahme von Lissa lebten sie in Gruppen von einem guten Dutzend bis zu einigen Dutzend Menschen) im Dezember 1939 in Transporten von 1.500 bzw. 1.300 Personen ins GG umgesiedelt, nur rund 200 kamen nach Kalisch und Lodz.⁵⁰ Lediglich die dorthin Umgesiedelten konnten, wenn sie im Ghetto Lodz überlebten, wohin auch die meisten Juden aus Kalisch gebracht wurden, oder auch das Lager in Kulmhof überstanden, im Sommer 1944 in einen der Transporte geraten, die ins KL Auschwitz abgingen.

Der Vernichtung der über 30.000 Juden aus der Woiwodschaft Pommern, die zusammen mit Bromberg aus der Vorkriegs-Woiwodschaft Posen nunmehr Westpreußen bildete, gingen Tötungsaktionen voraus, die von der Einsatzgruppe V und dem aus ansässigen Deutschen rekrutierten Selbstschutz an den Juden ausgeführt wurden. Die einen wie auch die anderen hielten die Polen, nicht die Juden für das Hauptobjekt ihrer Vernichtungsmaßnahmen, was nach Meinung von Michael Alberti mit der Einstellung der gesamten „deutschen Führung“ in den ersten Wochen nach dem Überfall auf Polen übereinstimmte.⁵¹ Die antijüdischen Exzesse stießen auch bei der örtlichen kaschubischen Bevölkerung auf kein größeres Echo. Im Meer der Morde an den Polen gab es selten Berichte wie jenen von Bolesław Jaźdżewski über die Ermordung der Juden aus Berent auf „grausame Weise“.⁵² Die jüdische Bevölkerung in Pommern war nämlich ebenso wenig zahlreich wie im Raum Posen: etwas über 100 Personen in Gdingen und Dirschau, noch weniger in den kleineren Ortschaften, mit Ausnahme von mehrere Hundert Personen zählenden Gruppen in Graudenz und Thorn sowie fast Zweitausend in Bromberg.⁵³

Die Familien der Danziger Juden konnten sich wahrscheinlich im August 1939 in der Atmosphäre steigender Spannung ähnlich wie die Familien der mobilisierten polnischen Offiziere und Unteroffiziere ins Innere Polens

⁴⁹ DANUTA DABROWSKA, Zagłada skupisk żydowskich w „Kraju Warty“ w okresie okupacji hitlerowskiej, in: BŻIH 13-14 (1955), S. 174 f., 184.

⁵⁰ BRONSZTEJN, Ludność (Anm. 8), S. 279.

⁵¹ MICHAEL ALBERTI, „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“. Der Reichsgau Warthe-land 1939–1941, in: Genesis des Genozids (Anm. 30), S. 112.

⁵² BOLESŁAW JAŹDZEWSKI, Wspomnienia kaszubskiego „gbura“, Teil 1: 1921–1943, Gdańsk 1992, S. 101.

⁵³ BRONSZTEJN, Ludność (Anm. 8), S. 279.

flüchten, weshalb knapp 200 von ihnen bis 1945 überlebten.⁵⁴ Die Übrigen kamen wie die Juden aus den anderen pommerellischen Städten, wenn sie keine Opfer von Hinrichtungen wurden, Mitte September bei den „Säuberungsaktionen“ der Wehrmacht in das neu gegründete Lager in Stutthof bei Danzig, doch außer 108 Juden aus Gdingen nur in geringer Zahl: von 50 Mitgliedern der Gemeinde in Karthaus nur drei Personen, ebenso viele aus Stargard, zehn aus Neustadt. Die meisten von ihnen kamen im Lager ums Leben, nur neun wurden im Februar 1943 gemeinsam mit fünf anderen jüdischen Häftlingen aus Stutthof ins KL Auschwitz verlegt.⁵⁵ Geht daraus, wie Danuta Drywa annimmt, hervor, dass Gestapo-Chef Heinrich Müller Auschwitz zusammen mit Birkenau als Zentrum für die Vernichtung der Juden aus dem ins Reich eingegliederten Gebieten ansah?⁵⁶ Sollte dies auch die Danziger Juden betreffen, von denen 1937 immerhin 3.724, d. h. 50 Prozent, die polnische Staatsbürgerschaft besaßen und von denen 561 bis Anfang 1940 auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig bleiben konnten, und dann Grzegorz Berendt zufolge ab März 1941 in einen der ins KL Auschwitz gebrachten Sammeltransporte gelangt sein könnten?⁵⁷ Vermutlich waren sie eine zu kleine Gruppe, als dass die deutschen Besatzer sie als eigene Kategorie von Deportierten behandelt hätten.

Zu einem solchen Schluss kommt man, wenn man den Verlauf der Vernichtung der Juden aus dem Regierungsbezirk Kattowitz analysiert, wo – darauf macht Bogdan Cybulski aufmerksam – „drei Gruppen von Juden vorhanden waren, die von den deutschen Behörden unterschiedlich behandelt wurden“: Juden aus jenem Teil des Regierungsbezirks, der nach 1922 innerhalb der Reichsgrenzen blieb, und die bis zu den Nürnberger Gesetzen Bürger des deutschen Staates waren; Juden aus dem Gebiet, das im Zuge der Teilung nach dem Ersten Weltkrieg Polen zugefallen war, aber auch aus dem ehemaligen Österreichisch Schlesien (Teschener Schlesien), die vor 1939 ebenfalls Bürger des polnischen Staates waren; sowie Juden aus fast ganz Europa, die in die zahlreichen im Regierungsbezirk

⁵⁴ GRZEGORZ BERENDT, Wpływ wysiedleń ludności na zmiany w strukturze narodowościoviej na obszarze b. Wolnego Miasta Gdańska i północnych Kaszub w latach 1939–1945, in: Wysiedlenia na Pomorzu w latach 1939–1948. Materiały pokonferencyjne, hg. v. JÓZEF BORZYSZKOWSKI, Gdańsk, Wejherowo 2004, S. 32 f., 38.

⁵⁵ DANUTA DRYWA, Zagłada Żydów w obozie koncentracyjnym Stutthof 1939–1945, Gdańsk 2001, S. 22 f., 379.

⁵⁶ Ebd., S. 48.

⁵⁷ Der Großteil der 7.500 Mitglieder zählenden Danziger Synagogengemeinde konnte vor dem September 1939 und in den ersten Kriegswochen auswandern, nach: GRZEGORZ BERENDT, Rezultaty hitlerowskiej akcji usuwania Żydów z byłego Wolnego Miasta Gdańska (bilans zamknięcia: rok 1945), in: Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi 22 (1999), S. 295 f.

vorhandenen Zwangsarbeitslager deportiert wurden, und von denen die meisten dann zur Vernichtung ins KL Auschwitz gelangten.⁵⁸ Obschon die Pläne des OKW, die Juden aus dem Ostteil des künftigen Regierungsbezirks Kattowitz loszuwerden, keinen Erfolg hatten, so konnte doch der von Himmler unterstützte Heydrich mit Hilfe der Gauleiter und Statthalter der neu annexierten „Länder“ bzw. Provinzen innerhalb eines Jahres die Juden aus jenen Teilen ihrer Gebiete abschieben, die vor 1914 zu Deutschland (Preußen) gehört hatten. Neben dem ganzen „Land“ Danzig-Westpreußen konnten der Regierungsbezirk Posen im Wartheland sowie jener Teil des Regierungsbezirks Kattowitz in der Provinz Schlesien (seit 1941 Oberschlesien) von Juden „gesäubert“ werden, der bis 1921 zu Deutschland (Preußen) gehört hatte. Diesen Unterschied schien man u. a. durch die bis zum Ende der Besatzung bestehende Polizeigrenze zwischen den alten, „preußischen“ Teilen dieser Provinzen bzw. Regierungsbezirke und den 1939 neu annexierten Gebieten hervorzuheben, zu denen im Wartheland die Regierungsbezirke Hohensalza und Lodz gehörten.

Dagegen wurde der Regierungsbezirk Kattowitz von der Polizeigrenze in einen einst „preußischen“ Westteil und einen „Oststreifen“ mit über 90 Prozent polnischer Bevölkerung getrennt (im gesamten Regierungsbezirk stellten sie 38 Prozent),⁵⁹ welche ein Arbeitskräfteervoir für die Bergbau- und Hüttenindustrie war. Die Polizeigrenze sollte ihre Mobilität einschränken und sie ganz den Bedürfnissen der Arbeitsstätten unterordnen, solange ein Sieg Deutschlands es nicht ermöglichen würde, den „Oststreifen“ mit der größten, über eine halbe Million zählenden Ansammlung polnischer Bevölkerung in den eingegliederten Gebieten zu entvölkern und diese durch Deutsche zu ersetzen, um dieses Gebiet für Himmlers Kolonisationspläne vorzubereiten. Ähnliche nationalpolitische Funktionen sollte die Polizeigrenze im Regierungsbezirk Zichenau erfüllen, die ihn ebenfalls in zwei Hälften teilte und noch erfolgreicher als im Regierungsbezirk Kattowitz abgesteckt worden war,⁶⁰ mit dem eindeutigen Ziel einer Sicherung und Isolierung der Gebiete für die deutsche Siedlung.⁶¹

Die Isolierung sollte auch dazu führen, dass Polen nicht in den Teil der eingegliederten Gebiete hineingelassen wurden, der vor dem Ersten Weltkrieg zu Preußen gehört hatte – zu Beginn der Besatzung bezog sich das vor allem darauf, hier keine Juden zuzulassen. Der „preußische“ Teil wurde vollständig von Juden „gesäubert“. Als Deutschland nach dem Sieg

⁵⁸ CYBULSKI, Żydzi (Anm. 11), S. 137.

⁵⁹ WACLAW DŁUGOBORSKI, ANDRZEJ SZEFER, Wstęp, in: *Położenie ludności rejencji katowickiej w latach 1939–1945*, hg. v. WACLAW DŁUGOBORSKI, Poznań 1983, S. 11, 54 f.

⁶⁰ STEINBACHER, „Musterstadt“ (Anm. 20), S. 110 f.

⁶¹ Siehe Anm. 23.

im Westen vorübergehend die Aufrüstung verlangsamte und in Großpolen und Pommerellen mit dem Bau von kommunalen Objekten sowie von Autobahnen und Eisenbahnstrecken begann, welche diese Gebiete enger mit dem Reich verbinden sollten, waren Arbeitskräfte gefragt. Zu diesem Zweck wurden Juden verwendet, die man von der anderen Seite der Polizeigrenze holen musste, vor allem aus Lodz und den anderen Ghettos des Regierungsbezirks Lodz, seltener aus dem Regierungsbezirk Hohensalza,⁶² aber auch nach Lodz deportierte Juden aus Österreich, Deutschland und dem Protektorat.⁶³ Alle waren für die Zwangsarbeitslager vorgesehen, von denen im Regierungsbezirk Posen 1941 insgesamt 35 entstanden, in denen sich 7.000 Jüdinnen und Juden aufhielten. Zwei Jahre später hatte sich die Zahl der Lager auf 45 erhöht.⁶⁴

Die Gesamtzahl der Gefangenen bis zur Auflösung der Lager im Sommer 1943 und ihrer Deportation ins KL Auschwitz (siehe unten) konnte nicht festgestellt werden; es ist jedoch anzunehmen, dass sie über die Hälfte aller aus dem Ghetto Lodz in die Arbeitslager geschickten Personen ausmachten (rund 15.000). Auch in jenem Teil des Regierungsbezirks Kattowitz, der durch eine Polizeigrenze vom Rest des Territoriums getrennt und von Juden „gesäubert“ worden war, stammten die jüdischen Gefangenen in den zahlreichen hier vorhandenen Arbeitslagern aus fast ganz Europa: Von 747 im KL Auschwitz registrierten Personen aus zwei Transporten, die aus dem Arbeitslager in Schoppinitz eintrafen (2.200 wurden in die Gaskammern getrieben), stammten nur 113 aus Polen, vielleicht auch aus dem „Oststreifen“, während der Rest aus anderen europäischen Ländern kam.⁶⁵

Zwar erwähnt Martin Gilbert und nach ihm Franciszek Piper den Transport von bis zu 5.000 Juden aus Bielitz und von 586 Juden aus Gleiwitz, also aus Ortschaften von der anderen Seite der Polizeigrenze, doch geben sie die Quellen ihrer Informationen nicht an. Diese Transporte werden auch nicht von der in dieser Hinsicht höchst zuverlässigen Danuta Czech ge-

⁶² ANNA ZIÓŁKOWSKA, *Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej 1941–1943*, Poznań 2005, S. 70–72.

⁶³ So gab es unter 66 Gefangenen, die beim Autobahnbau in Pommerellen arbeiteten und die am 21.8.1943 nach Auschwitz kamen (über 400 wurden direkt nach der Ankunft ermordet) nur vier Juden aus Polen, während sich unter den Gefangenen, die aus den Arbeitslagern in Großpolen ins KL Auschwitz gelangten, die Proportionen zwischen Juden aus Polen und aus anderen besetzten Ländern ganz anders darstellten; vgl. STANISŁAW MACZKA, *Żydzi polscy w KL Auschwitz. Wykazy imienne*, Warszawa 2004, S. 262–265, 271–298.

⁶⁴ ZIÓŁKOWSKA, *Obozy* (Anm. 62), S. 83, 99–101.

⁶⁵ MACZKA, *Żydzi* (Anm. 63), S. 318–332.

nannt.⁶⁶ Die Information über den Transport aus Gleiwitz könnte aufgrund unserer Kenntnis der genauen Zahl von Deportierten plausibel sein, die Information über die Deportation von 5.000 Juden aus Bielitz jedoch nicht. In dieser nach Kattowitz größten Judengemeinde in der Woiwodschaft Oberschlesien vor dem Krieg, einer Stadt, die von den Deutschen zu Beginn der Besatzung mit dem benachbarten kleinpolnischen Biała zusammengelegt wurde, hielten sich im Dezember 1939 fast 6.000 Juden auf, von denen aufgrund der Aussiedlungen in den „Oststreifen“ bis Mai 1940 aber nur noch 1.147 übrig blieben,⁶⁷ im März 1941 waren es 351 und zusammen mit den vorstädtischen Gemeinden 447 Menschen.⁶⁸

Die Juden, die erst nach Kriegsausbruch unter deutsche Besatzung gerieten, wurden Opfer einer Welle von Morden, die von den Einsatzgruppen und bei mehr oder weniger spontanen Pogromen der örtlichen Bevölkerung verübt wurden. Als Hitler am 12. Dezember 1941 der NSDAP-Elite seine Entscheidung über die „Endlösung der Judenfrage“ verkündete⁶⁹ und Heydrich dies am 20. Januar 1942 den Vertretern der zu ihrer Umsetzung verpflichteten Ressorts mitteilte, war die Vernichtung bereits im Gange, auch in den ins Reich eingegliederten Gebieten. Nach der Beseitigung der Juden in deren westlich gelegenen Teilen⁷⁰ musste dies auch im Ostteil geschehen; die Juden wurden wie gehabt ins GG ausgesiedelt. Frank verbat sich jedoch, weitere Umsiedler in einer Situation aufnehmen zu müssen, in der ihre Zahl im April 1941 im Distrikt Lublin

⁶⁶ MARTIN GILBERT, *Atlas historii holokaustu*, Kryspinów 2001, S. 104, 109; PIPER, *Liczba* (Anm. 5), S. 104, 117; DANUTA CZECH, *Kalendarz wydarzeń w KL Auschwitz, Oświęcim 1992*.

⁶⁷ Nach der polizeilichen Volkszählung 5.957; STEINBACHER, „Musterstadt“ (Anm. 20), S. 118; KONIECZNY, *Zwangssarbeit* (Anm. 13), S. 92.

⁶⁸ NAMYSŁO, *Centrala* (Anm. 14), S. 54.

⁶⁹ IAN KERSHAW, *Hitler. 1941–1945*, Bd. 2, Teil. 2, Poznań 2005, S. 93.

⁷⁰ Schon im ersten Jahr der Besatzung konnten die Deutschen die ganze Provinz Westpreußen mit Danzig, den Regierungsbezirk Posen aus dem Wartheland und den westlichen, oberschlesischen Teil des Regierungsbezirks Kattowitz von Juden „säubern“. Es handelte sich um Gebiete, die vom Rest durch eine Polizeigrenze abgetrennt waren, die außer kleinen Abschnitten der deutsch-russischen Grenze von vor 1914 entsprach. Die jüdische Bevölkerung aus diesem Territorium wurde in den Regierungsbezirk Łódź, in den Ostteil des Regierungsbezirks Kattowitz sowie ins GG umgesiedelt. Dorthin wurden gegen Ende 1939 auch fast 10.000 Juden aus dem Regierungsbezirk Zichenau ausgesiedelt, was rund elf Prozent der dortigen jüdischen Bevölkerung darstellte. Westlich der durch alle eingegliederten Gebiete verlaufenden Polizeigrenze waren von der jüdischen Bevölkerung nur mehr einzelne Personen verblieben, höchstens Familien, weshalb die Besatzer hier keine Ghettos anlegen mussten, so wie sie es – entgegen ihrer ursprünglichen Absicht – im Rest der eingegliederten Gebiete taten; vgl. GRYNBERG, *Żydzi* (Anm. 39), S. 89; GÓRCZYŃSKA-PRZYBYLOWICZ, *Życie* (Anm. 7), S. 57.

bereits 55.000 und im Distrikt Radom 68.000 überstiegen hatte, was die Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung in diesen Gebieten um 28,5 bzw. 20,7 Prozent anwachsen ließ,⁷¹ und dies angesichts nicht erfüllter Forderungen von Gauleiter Koch, 10.000 Juden aus Schröttersburg und Umgebung aufzunehmen, sowie von Reichsstatthalter Baldur von Schirach, der die noch nicht ausgesiedelten 50.000 österreichischen Juden umsiedeln wollte.⁷² Nach der Niederlage in der Schlacht um England und dem Scheitern des Plans, die europäischen Juden in Madagaskar anzusiedeln, wurde die Lage in den überfüllten Ghettos des GG – mit dem größten Ghetto Europas in Warschau – und in den Ghettos des Regierungsbezirks Lodz – mit dem großen Ghetto in Lodz selbst – immer schwieriger. Eine Veränderung erhoffte man sich für die Zeit nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion, wo Himmler, Heydrich und Eichmann Gebiete zu finden hofften – zum Beispiel rund um die GULag-Lager im hohen Norden, wo, wie man sich dachte, die Juden aus ganz Europa angesiedelt werden könnten. Die erlahmende deutsche Offensive im September und Oktober 1941 zwang dazu, eine andere, radikalere Lösung zu suchen.⁷³ Christopher Browning hebt hervor:

„In den entscheidenden Monaten September und Oktober 1941 veränderten sich die Ziele der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Juden entscheidend: von der Absicht zu ihrer Ausweisung und Dezimierung hin zu der Absicht zu ihrer vollständigen und systematischen Ausrottung. Doch die von Rolf-Heinz Höppner⁷⁴ geforderte prinzipielle Entscheidung und völlige Klarheit hierüber wurde bereits Anfang September erzielt.“⁷⁵

„Klarheit“ in dieser Politik hatte Höppner bereits seit Juli verlangt. Als Leiter der Umwandererzentrale in Posen sah er die Notwendigkeit, eine Selektion der sich noch im Wartheland aufhaltenden 300.000 Juden durchzuführen, und da es unmöglich war, alle diese Menschen während des Winters fortzuschaffen, schlug er vor, die Arbeitsunfähigen zu beseitigen – mit Hilfe eines „schnell wirkenden Mittels“, was humanitärer und ange-

⁷¹ ISAIAH TRUNK, *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, Lincoln, NE 1996, S. 130 f.

⁷² GRYNBERG, *Żydzi* (Anm. 39), S. 89.

⁷³ GÖTZ ALY, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1996, S. 332–339.

⁷⁴ SS-Obersturmbannführer Rolf-Heinz Höppner wurde 1947 an die polnische Regierung ausgeliefert, 1951 zum Tode verurteilt und gehängt. Seine Rolle bei der Endlösung ist dargestellt worden von MARTIN POLLACK, Jäger und Gejagter. Das Überleben der SS-Nr. 107136, in: *TransAtlantik* 1982, H. 11, S. 17 f.

⁷⁵ CHRISTOPHER BROWNING, *Initiating the Final Solution. The Fateful Months of September–October 1941*, Washington, DC 2003, S. 12.

nehmer (!) sei, als würde man sie verhungern lassen.⁷⁶ Denselben Vorschlag wiederholte er, allerdings zugespitzter, zwei Monate später in einer „Denkschrift“ für Eichmann. Er versuchte auf die Frage zu antworten, ob es Ziel der Deutschen sein sollte, den Juden eine dauerhafte Existenz zu bieten oder sie völlig zu vernichten, und er sprach sich in diesem Zusammenhang gegen vorübergehende Maßnahmen wie Deportationen aus.⁷⁷ Da er nach seinen Erfahrungen in Polen und Slowenien als Experte auf diesem Gebiet galt, und zwar nicht nur in den Augen Eichmanns und Greisers, sondern sogar Heydrichs, hatte er in einem gewissen Maß Einfluss auf den Verlauf der „Endlösung“ im Wartheland. Ihm ist sicherlich zuzuschreiben, dass die Opfer hinsichtlich ihrer Eignung als Arbeitskräfte selektiert wurden, ein Kriterium, das schon SS-Hauptsturmführer Herbert Lange und sein Sonderkommando bei ihren Morden von November 1941 mittels eines zu einer Gaskammer umgebauten Möbelwagens („Sonderwagen“) „unterwegs“ zwischen Berlin und Kulmhof angewendet hatten.⁷⁸ Es fand auch gegenüber jenen Juden Anwendung, die aus dem Ghetto Lodz nach Kulmhof deportiert wurden, und zwar in größerem Maßstab und – aus Sicht der Henker – „rationeller“, so bei der vom Leiter der Litzmannstädter Ghettoverwaltung Hans Biebow unter schweigender Zustimmung des Judenältesten Chaim Mordechaj Rumkowski durchgeführten Deportation von Alten, Frauen und Kindern.⁷⁹

Kulmhof war neben Belzec und Auschwitz-Birkenau eines jener Vernichtungslager, dessen Entstehung im November und Dezember 1941 den Übergang zur „Endlösung“ markierte. Doch auch in dieser Phase war noch nicht entschieden worden, ob sie mittelbar erfolgen sollte, d. h. durch die Zusammenführung der Juden in einem isolierten Gebiet, dessen natürliche Bedingungen ihren schnellen Tod bedeuten würden, oder durch Vernichtung in hierzu eingerichteten Lagern. Die hier erwähnte Alternative, zumindest einen Teil der todgeweihten Juden als Arbeitskräfte zu nutzen, war nur von vorübergehendem und lokal begrenztem Charakter (vgl. die Beispiele aus dem Dombrowa-Revier und aus Bialystok; Lodz war eine europaweite Ausnahme), bis die militärischen Misserfolge – wie oben bereits

⁷⁶ JULIAN LESZCZYŃSKI, Z dziejów zagłady Żydów w Kraju Warty, in: BŻIH 82 (1972), Nr. 2, S. 58; vgl. hierzu und zum Folgenden den Beitrag von Michael Alberti in diesem Band.

⁷⁷ ALY, „Endlösung“ (Anm. 73), S. 77.

⁷⁸ CHRISTOPHER BROWNING, Die Entfesselung der „Endlösung“, Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von JÜRGEN MATTHÄUS, München 2003, S. 596 f.

⁷⁹ ANDRZEJ STRZELECKI, Deportacja Żydów z getta łódzkiego do KL Auschwitz i ich zagłada, Oświęcim 2004, S. 21. Vgl. hierzu den Beitrag von Julian Baranowski in diesem Band.

erwähnt – die Deutschen zu einem rationaleren Umgang mit den Ressourcen zwangen. Im Herbst deutete noch nichts auf eine solche Notwendigkeit hin. Das Schicksal jener jüdischen Gemeinschaften im sowjetischen Machtbereich, die die Aktionen der Einsatzgruppen überlebt hatten, hing im Grunde von den Entscheidungen der Besatzungsbehörden mit unterschiedlichen Kompetenzen und auf unterschiedlicher Ebene ab, selbst von den lokalen Behörden. In ihren Augen schien ihr Schicksal besiegelt, vor allem nachdem Himmler vom 23. bis zum 25. Oktober 1941 das Lager im weißrussischen Mogilew besucht hatte, wo er Gaskammern installieren und ein Massenvernichtungslager für sowjetische Juden schaffen wollte. Er holte aus dem Reich die Ausführenden der „Aktion T4“, d. h. der Ermordung der psychisch Kranken, und ließ bei der Firma Topf und Söhne in Erfurt Krematoriumsofen bestellen.⁸⁰ Diese Pläne wurden jedoch geändert. Die sowjetischen Juden begann man wie die polnischen Juden zu ermorden, in hierzu umfunktionierten Möbelwagen und Lastwagen. Die Krematoriumsofen, die sogar schon in Mogilew eingetroffen waren, wurden im Frühjahr 1942 teilweise im Vernichtungslager Maly Trostenez bei Minsk installiert und die Übrigen ins KL Auschwitz-Birkenau gebracht.⁸¹

Dieser Zeitraum der „Unsicherheit“ zeichnete sich Hans Safran zufolge durch das Fehlen eines übergreifenden Befehls zur sofortigen Ermordung restlos aller aus Mitteleuropa deportierten Juden aus, deren Schicksal in den Händen der regionalen Stellen von Zivilverwaltung, Wehrmacht und SS lag.⁸² Anschaulicher schildert dies Jürgen Matthäus, wenn er schreibt, man habe massenhaft gemordet, allerdings nicht auf der Grundlage eines von oben kommenden Befehls, sondern vielmehr unter dem Einfluss verschiedener Faktoren, welche kennzeichnend für die deutsche Besetzungs-politik waren.⁸³ Viele Kontroversen rief auch Himmlers Entscheidung hervor, angeblich auf Hitlers Wunsch die „Liquidierung“ eines nach Riga geleiteten Transports Berliner Juden zu stoppen, was für David Irving Anlass war, an der Beteiligung Hitlers an der „Endlösung“ zu zweifeln.⁸⁴ Man könnte Peter Longerich zustimmen, dass in dem „Dreieck von allgemein gehaltenen, intuitiv zu erfassenden Befehlen, Eigeninitiative der vor Ort Verantwortlichen und Nachsteuern durch die obere Befehlsebene [...]

⁸⁰ ALY „Endlösung“ (Anm. 73), S. 322–344.

⁸¹ BROWNING, Entfesselung (Anm. 78), S. 446, 526.

⁸² HANS SAFRIAN, Die Eichmann-Männer, Wien, Zürich 1993, S. 70–75.

⁸³ In Kapitel 7 (Das Unternehmen „Barbarossa“ und der Beginn der Judenvernichtung Juni–Dezember 1941) von BROWNING, Entfesselung (Anm. 78), S. 360–448, hier S. 447 f.

⁸⁴ DAVID IRVING, Wojna Hitlera, Warszawa 1996, S. 282.

das letztgenannte Element zur Wirkung kommen“ musste.⁸⁵ Wann, unter welchen Umständen, unter dem Einfluss welcher Faktoren und wer die Anweisung erteilte, diesen Zustand zu beenden, ist nicht genau bekannt, ebenso wenig wie die Tatsache, wann und unter welchen Umständen Hitler dies sanktionierte. Als Datum *ad quem* für die Ergreifung entsprechender Entscheidungen wird seit Kurzem Oktober 1941 angenommen. Die Anweisung sanktionierte zugleich die Einrichtung der bereits erwähnten Massenvernichtungslager, in denen – also nicht im „Reichsghetto“ im „Lubliner Land“ und auch nicht auf Madagaskar oder im Norden der Sowjetunion – sich das Schicksal der europäischen Juden erfüllen sollte. Als Hitler zwei Monate später, am 12. Dezember, seinen Ministern und Gauleitern die Entscheidung über die „Vernichtung der Juden“ mitteilte, waren diese Lager bereits im Bau, und in Kulmhof hatte man bereits am 8. Dezember 1941 die erste Gruppe von Juden aus den umliegenden Dörfern empfangen und ermorden können.⁸⁶

90 Prozent der Opfer von Kulmhof stammten aus dem Wartheland. Die Hälfte von ihnen wurde aus dem Ghetto Lodz antransportiert. Dessen Leerung erfolgte in zwei Phasen, zwischen Dezember 1941 und März 1942, als 145.500 Personen nach Kulmhof gebracht wurden, und zwischen Juni und Juli 1944, als 7.200 Personen nach dort gelangten. Während die Einstellung der Tätigkeit 1943 mit der Auflösung der jüdischen Siedlungen im Osten und der das Wartheland durchschneidenden Polizeigrenze in Zusammenhang zu bringen ist, könnte die zweite Schließung dieses Vernichtungslagers während der Auflösung des Ghettos Lodz von der „unbefriedigenden Effektivität“ von Kulmhof zeugen, in dem „veraltete“ Methoden zur Tötung verwendet wurden.⁸⁷

Im Endeffekt fand die Vernichtung der Bewohner des Ghettos Lodz nicht im nahe gelegenen Kulmhof statt, sondern im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, einem viel stärker „spezialisierten“ Lager mit einer „aufnahmefähigeren und besser funktionierenden“ Mordapparatur, das zugleich neben einem „normalen“ Konzentrationslager funktionierte. Dies ermöglichte die Durchführung einer Selektion der Deportierten vom Gesichtspunkt ihrer Arbeitstauglichkeit und die direkte Zuteilung der „Ausgewählten“ zur Rüstungsindustrie, in Übereinstimmung mit den Anweisungen

⁸⁵ PETER LONGERICH, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München, Zürich 1998, S. 464 f.

⁸⁶ „Chelmno“, in: Enzyklopädie des Holocaust (Anm. 45), Bd. 1, S. 280–282.

⁸⁷ MICHAŁ MARANDA, Nazistowskie obozy zagłady. Opis i próba analizy zjawiska, Warszawa 2002, S. 49.

des WVHA, das Hauptnutznießer der Arbeitskräfte in der Endphase des Kriegs war.⁸⁸

Die ersten Opfer der „Endlösung“ wurden zwei Monate früher ins KL Auschwitz gebracht als nach Kulmhof, die Vorbereitungen zur Inbetriebnahme der Gaskammern im Lager Auschwitz begannen bereits im August und September 1941, als Versuche durchgeführt wurden, sowjetische Kriegsgefangene und kranke polnische Gefangene mit Zyklon B zu vergasen.⁸⁹ Dieses Vorgehen sollte zunächst nicht dazu dienen, die Juden zu vernichten, sondern jene sowjetischen Gefangenen, die durch die übermäßige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft für die Deutschen nutzlos geworden waren. Himmler wollte ursprünglich das intensiv ausgebauten Arbeitslager Birkenau mit Kriegsgefangenen bevölkern und knüpfte hierbei an Pläne an, die er gemeinsam mit Vertretern der IG Farben-Industrie, die für den Bau chemischer Betriebe im nahe gelegenen Monowitz zuständig war, bereits im März 1941 ausgearbeitet hatte. Nach den ersten Erfolgen der Wehrmacht im Osten und der steigenden Zahl von Kriegsgefangenen schien die Verwirklichung dieser Pläne immer realistischer zu werden: die Entstehung eines SS-Rüstungskomplexes, für den der Hauptinspekteur für die Konzentrationslager, Richard Glücks, die nötigen Arbeitskräfte sicherstellen sollte,⁹⁰ oder auch der Bau einer landwirtschaftlichen Versuchsstation für die besetzten Gebiete der Sowjetunion.⁹¹ Diese Projekte scheiterten dennoch aus Gründen, die ich hier nicht behandeln werde. Dem KL Auschwitz wurden, ähnlich wie anderen Konzentrationslagern, nur mehrere Tausend sowjetische Kriegsgefangene zugewiesen (nach Berechnungen von Jerzy Brandhuber 11.957 Personen). Unter den dort herrschenden Existenzbedingungen nahm die Zahl dieser Kriegsgefangenen jedoch von Woche zu Woche ab, Ende Februar 1942 waren es noch 8.320 Menschen, Mitte August nur noch 1.178,⁹² wodurch Platz für jüdische Gefangene entstand. Zwar sollten Anfang Oktober die ersten 2.000 Kriegsgefangenen die Arbeit am Ausbau des „Kriegsgefangenenlagers Birkenau“ beginnen, ohne darauf zu warten, bis die Bedingungen für ihre Beschäftigung geklärt würden,⁹³

⁸⁸ STRZELECKI, Deportacja (Anm. 79), S. 26.

⁸⁹ Auschwitz, Bd. 3 (Anm. 1), S. 99 f.

⁹⁰ CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 133.

⁹¹ STREIT, Kameraden (Anm. 2), S. 217–220.

⁹² JERZY A. BRANDHUBER, Jeńcy radzieccy w obozie koncentracyjnym w Oświęcimiu, in: *Zeszyty Oświęcimskie* 1960, H. 4, S. 30, 40, ohne Berücksichtigung von 1.800 Kriegsgefangenen, die im Juli und im August eintrafen und im folgenden Monat Opfer der Experimente mit Zyklon B wurden; ihre Zahl schätzt Brandhuber (S. 45) auf 1.800.

⁹³ STREIT, Kameraden (Anm. 2), S. 220; über das Eintreffen dieser Gruppe (genau 2.014 Kriegsgefangene) informiert auch CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 92.

doch bei ihrer hohen Sterblichkeit wurde dies immer illusorischer. Bereits Mitte Dezember verwahrte sich Lagerkommandant Rudolf Höß dagegen, Gefangene aus Auschwitz zum Bau von Monowitz zuzuteilen und rechtfertigte dies mit der Notwendigkeit, in Birkenau Platz für 120.000 sowjetische Kriegsgefangene zu schaffen.⁹⁴ Doch einen Monat später, nach der Wannsee-Konferenz, musste Himmler zugeben, dass seine Pläne für Birkenau gescheitert waren.

„Nachdem russische Kriegsgefangene in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sind, werde ich von den Juden und Jüdinnen, die aus Deutschland ausgewandert werden [sic], eine große Anzahl in die Lager schicken. Richten Sie sich darauf ein, in den nächsten 4 Wochen 100.000 männliche Juden und bis zu 50.000 Jüdinnen in die KL aufzunehmen. Große wirtschaftliche Aufträge werden in den nächsten Wochen an die Konzentrationslager herantreten.“⁹⁵

Derartige Ziele schwieben einigen mit der Deportation der Juden und Jüdinnen befassten Personen erst im letzten Kriegsjahr vor; direkt nach der Wannsee-Konferenz war nur an Vernichtung gedacht. Nach Christian Streit erleichterten und beschleunigten Himmlers Pläne zum Bau eines „Kriegsgefangenenlagers Birkenau“ diese Vernichtung, und zwar auf zwei Ebenen:

„Mit dem ‚KGL [Kriegsgefangenenlager] Birkenau‘ war – einschließlich des Eisenbahnanschlusses – die Grundlage der Infrastruktur geschaffen, die es ermöglichte, die Hunderttausende europäischer Juden in Auschwitz ‚umzuschlagen‘. Und Höß und sein Vertreter Fritzsch hatten mit ihren Experimenten – in einem quasi systemkonformen Zufall – das technische Mittel erfunden, das es ermöglichte, Millionen mit minimalem Arbeitsaufwand zu ermorden.“⁹⁶

Für Franciszek Piper scheint die Episode mit den sowjetischen Kriegsgefangenen bei der Einbeziehung von Auschwitz in die „Endlösung“ keine so erhebliche Rolle gespielt zu haben. In seinen Arbeiten über den Ausbau II von Auschwitz-Birkenau und die Rolle dieses Lagers im Prozess der Judenvernichtung⁹⁷ oder auch in seiner jüngsten Abhandlung von 2006⁹⁸ sieht Piper in einer bereits im Frühsommer 1941 von Himmler gefällten Entscheidung den Grund dafür, warum das KL Auschwitz Teil der „End-

⁹⁴ STREIT, Kameraden (Anm. 2), S. 223, der hier ausführt, welche wichtige Rolle Himmler der Arbeit der Kriegsgefangenen im Bericht der IG Farben vom 16.12.1941 über den Bau von Monowitz zumäß, S. 398, Anm. 56.

⁹⁵ Zit. nach MARTIN BROZAT, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1967, S. 108 f.

⁹⁶ STREIT, Kameraden (Anm. 2), S. 223.

⁹⁷ Auschwitz (Anm. 1), Bd. 1, S. 43–47, Bd. 3, S. 97–113.

⁹⁸ FRANCISZEK PIPER, Rola KL Auschwitz w realizacji hitlerowskiego planu zagłady Żydów, in: Pro Memoria, 2006, Nr. 25, S. 3–13.

lösung“ wurde. Von dieser Zeit an verfolgte Himmler die Umsetzung der Höß direkt anvertrauten Aufgabe. Ist Höß aber in seinen Berichten und Aussagen, die übrigens oft widersprüchlich sind und auf die sich Piper vor allem stützt, völlig glaubwürdig? Dies wird von anderen Historikern bestritten, ebenso wie das von Piper angegebene Datum von Himmlers Entscheidung, das manchen Fachleuten als zu früh erscheint,⁹⁹ da es mit der hier dargestellten Chronologie der Bedingungen der „Endlösung“ nicht korreliere.

In der Geschichtswissenschaft hat man in letzter Zeit versucht, ein Junktim zwischen der Rolle beider Vernichtungslager – Kulmhof und Auschwitz-Birkenau – bei der „Ermordung der arbeitsunfähigen Juden“ aus den in das Reich eingegliederten Gebieten herzustellen, wonach Kulmhof für die Juden aus dem Wartheland und Auschwitz-Birkenau für die Juden aus Oberschlesien eingerichtet wurde. Ohne den wenig genauen Gebrauch der Bezeichnung „Oberschlesien“ bei Christopher Browning (es handelte sich schließlich um den „Oststreifen“, also vor allem um das Dombrowa-Revier, einen historischen Teil Kleinpolens, nicht Oberschlesiens) oder die Bezeichnung „arbeitsunfähig“ zu diskutieren – denn von der tatsächlichen Bestimmung der Transporte nach Kulmhof erfuhren selbst die Juden aus Lodz nicht sofort,¹⁰⁰ ganz zu schweigen von der Unkenntnis über die Zusammensetzung einer Reihe von Transporten nach Birkenau –, kann man die Funktionen dieser beiden Lager allerdings konzeptionell kaum auf eine Ebene stellen. Das Lager in Kulmhof wurde zur „Endlösung“ der Judenfrage im Wartheland gegründet, d. h. für die „Säuberung“ seines Ostteils von Juden.

Das Lager Auschwitz-Birkenau dagegen war vom RSHA als Massenvernichtungslager vorgesehen, als Teil des umfassenden europäischen Programms der „Endlösung“, in dem regionale Ziele wie die Beseitigung der Juden aus dem Ostteil des Regierungsbezirks Kattowitz keine dominierende Rolle spielten. Christopher Browning irrt meiner Ansicht nach, wenn er eine weitreichende Analogie bei der Entstehung beider Lager und ihrer Rolle in der ersten Phase der „Endlösung“ erkennen will. Auch ist seine Behauptung abzulehnen, dass Birkenau 1942 eine entscheidende Bedeutung für die Vergasung der oberschlesischen Juden gehabt habe, für die Ermordung der slowakischen Juden hingegen nur von „peripherer“ Bedeutung gewesen sei.¹⁰¹ Er vergisst dabei, dass zwei Tage nach der „Abfertigung“ des ersten (26. März) und zweiten (28. März) Transports aus der Slowakei

⁹⁹ Polemische Stimmen führt Piper selbst an, ebd.

¹⁰⁰ Vgl. SASCHA FEUCHERT, Vorwort, in: Letzte Tage. Die Lódzer Getto-Chronik. Juni/Juli 1944, hg. v. SASCHA FEUCHERT/ ERWIN LEIBFRIED u. a. Göttingen 2004, S. 21.

¹⁰¹ BROWNING, Entfesselung (Anm. 78), S. 772.

der erste Transport von Juden aus Frankreich eintraf (30. März).¹⁰² Es handelte sich zugleich um die ersten Transporte, die zentral von dem von Eichmann geleiteten Referat IV B4 des RSHA verteilt wurden (zeitgleich mit den ersten Transporten ins KL Auschwitz fuhren aus der Slowakei drei Transporte in die Ghettos im Lubliner Land¹⁰³).

Ob zur gleichen Zeit die Deportation der Juden aus dem Dombrowa-Revier begann, bleibt umstritten, und zwar sogar in den Berichten von Rudolf Höß, der ihren Beginn auf Dezember 1941 oder gar Januar 1942 datierte, um anschließend als Termin *post quem* Frühjahr 1942 anzunehmen.¹⁰⁴ Danuta Czech ist allerdings in dieser für den vorliegenden Text zentralen Frage (denn aus dem „Oststreifen“ stammte über ein Drittel der jüdischen Opfer der „eingegliederten“ Gebiete im KL Auschwitz) alles andere als präzise, da sie Juden „aus Oberschlesien“ und „polnische Juden“ „aus den Ghettos von Dombrowa, Bendzin, Warthbrücken und Gleiwitz“ durcheinander bringt.¹⁰⁵ Genauer ist Franciszek Piper, der die Transporte aus Beuthen und Gleiwitz als „Transporte von Juden aus Deutschland“¹⁰⁶ ansieht, da sie aus deutschen Juden bestanden, die vor dem Krieg im deutschen Teil Oberschlesiens gelebt und bis zur Einführung der Nürnberger Gesetze die deutsche Staatsbürgerschaft besessen hatten. Einen solchen Charakter hatte auch der Transport aus Beuthen vom 17. Februar 1942, der nach Browning aus Tausend Menschen bestand.¹⁰⁷

Ungenauigkeiten gab es auch bei der Analyse der Deportation der jüdischen Bevölkerung aus den beiden größten jüdischen Ansammlungen im „Oststreifen“ – aus Sosnowitz und Bendzin. Natan Szternfinkels Informationen über eine zweite „Aussiedlung“ von „rund 2.000 Personen“ aus Sosnowitz in der zweiten Junihälfte 1942¹⁰⁸ brachte Danuta Czech an zwei Stellen ihres „Kalendariums“ unter: „etwa am 17.6. wurden in [...] Birkenau ca. 2.000 Juden ermordet [...], die aus dem Ghetto in Sosnowitz gekommen waren“ und auf der folgenden Seite: „etwa am 20.6. wurden [...] in Birkenau ca. 2.000 aus dem Ghetto in Sosnowitz hergebrachte Juden mit Gas ermordet“.¹⁰⁹ Auf sie beruft sich Piper in der Tabelle „Transporte von

¹⁰² CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 133, 166.

¹⁰³ YEHOSHUA BÜCHLER, The Deportation of Slovakian Jews to the Lublin District of Poland in 1942, in: HGS 6 (1991), Nr. 2, S. 157.

¹⁰⁴ RUDOLF HÖSS, Autobiografia komendanta obozu oświęcimskiego, Warszawa 1989, S. 189.

¹⁰⁵ CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 133, 166.

¹⁰⁶ PIPER, Liczba (Anm. 5), S. 117.

¹⁰⁷ BROWNING, Entfesselung (Anm. 75), S. 737.

¹⁰⁸ SZTERNFINKIEL, Zagłada (Anm. 17), S. 35.

¹⁰⁹ CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 185 f.

Juden in das KL Auschwitz aus dem Gebiet Polens“, wobei er beim Datum 17. Juni allerdings mit Vorsicht 1.000 Opfer angibt und erst am 20. Juni 2.000.¹¹⁰ Interpretatorische Zweifel ruft auch die Frage der Transporte aus dem Revier vom Juni 1943 hervor. Der erste Transport vom 24. Juni wurde von der Gestapo, die in Sosnowitz nicht die geplante Zahl von Juden erreichen konnte, in Bendzin „ergänzt“.¹¹¹ Dort wurde gerade die für die Armee produzierende „Werkstatt“ von Alfred Rosner aufgelöst, was die von ihrer Unabkömlichkeit überzeugten Arbeiter – den Erinnerungen eines Überlebenden zufolge – überraschte. Sie wurden am 22. Juni Opfer der „Durchkämmung“ des Ghettos, die mit der Deportation von rund Tausend Personen nach Auschwitz endete.¹¹²

Gehörte ein Teil von ihnen zum Sosnowitzer Transport vom 26. Juni, der 1.600 Personen zählte und von dem nur 25 Frauen und Männer ausgesortiert wurden? Oder gehörten die Opfer dieser „Durchkämmung“ vielleicht zu dem Transport aus Bendzin selbst, der am 25. Juni aufbrach und von dem alle ohne Selektion in den Gaskammern ermordet wurden? Er soll nach Stanisław Kłodziński (Kassiber vom 28. Juni) 3.000 Personen umfasst haben, die Czech auf 2.500 reduzierte.¹¹³ Haben also Kłodziński und nach ihm Szternfinkiel und Jochanan Ranz nicht über dasselbe geschrieben, also über die deutschen Aktionen in Sosnowitz und Bendzin am 22. und 23. Juni, aufgrund derer am 24. Juni bzw. am Tag darauf ein Transport nach Birkenau zusammengestellt wurde, der mindestens 4.000 Menschen zählte?

Von nur einem Transport ging die Westsektion der Abteilung für Presse und Propaganda der Regierungsvertretung aus, die ihn allerdings auf den 19. und 20. Mai des Jahres vordatierte, als die Deutschen das Ghetto in Bendzin liquidiert und nach der Selektion 30.000 Juden in das Ghetto Sosnowitz gebracht haben sollen, die Übrigen hingegen wahrscheinlich „in das KL Auschwitz [...] zur Hinrichtung“. Hier sollen auch 5.000 arbeitsunfähige Juden aus Sosnowitz selbst umgekommen sein.¹¹⁴

Der Polizeipräsident von Sosnowitz wiederum informierte seine Vorgesetzten in Breslau von der im August 1943 durchgeföhrten Auflösung der Ghettos in Bendzin und Sosnowitz, die 30.000 Opfer gekostet habe. Er

¹¹⁰ PIPER, Liczba (Anm. 5), S. 106.

¹¹¹ SZTERNFINKIEL, Zagłada (Anm. 17), S. 53.

¹¹² JOCHANAN RANZ, In Nazi Claws. Będzin 1939–1944, New York 1956, S. 69 f.

¹¹³ CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 450–452.

¹¹⁴ Raport o sytuacji na Ziemiach Zachodnich, Nr. 6., in: Raporty z ziem wcienzych do III Rzeszy 1942–1944, hg. v. ZBIGNIEW MAZUR/ ALEKSANDRA PIETROWICZ/ MARIA RUTKOWSKA, Poznań 2004, S. 194.

erwähnt nicht, dass sie einen Monat früher begonnen haben könnte.¹¹⁵ Diese für die Geschichte der Juden aus dem Dombrowa-Revier wichtige Frage muss also überprüft werden, wobei auf andere, bislang ungenutzte Quellen, vor allem auf Augenzeugenberichte, zurückgegriffen werden sollte.

Der Vergleich von unterschiedlichen Berichten ermöglichte es auch, eine weitere umstrittene Frage der Geschichte der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, nicht so sehr aus dem Dombrowa-Revier selbst, sondern von seinen Randgebieten zu klären, nämlich den Verlauf der Deportation aus Olkusz und den umliegenden Gemeinden. Danuta Czech datiert sie nach Szternfinkiel auf Anfang Juni 1942, als „alle dortigen Juden nach Auschwitz gebracht wurden“, doch verfügte sie – genauso wie Szternfinkiel – nicht über die Zahl der Opfer von Olkusz.¹¹⁶ Franciszek Piper schätzt sie nach Martin Gilbert auf 3.000, gibt aber dafür keine Quellen an.¹¹⁷ Belege finden sich hingegen, vor allem in Anlehnung an Berichte aus den Sammlungen des Archivs des Jüdischen Historischen Instituts, bei Krzysztof Kocjan, der auf ihrer Grundlage das Datum der Auflösung des Ghettos von Olkusz auf den 9. bis 11. Juni und die Deportation seiner Einwohner sowie der Bewohner der benachbarten Gemeinden nach Birkenau auf den 13. bis 15. Juni 1942 datiert.¹¹⁸ Die Bevölkerung wurde in drei Gruppen aufgeteilt: „ein Teil wurde sofort zur Vernichtung bestimmt“ – er wurde von Zeitzeugen auf 3.400 Menschen geschätzt –, 400 junge Männer wurden in die Arbeitslager geschickt und rund Hundert ausgebildete Handwerker kamen nach Sosnowitz, wohin auch die Mitglieder des Judenrats und die jüdischen Polizisten mit ihren Familien gelangten.¹¹⁹

Genauer geklärt werden muss auch der Verlauf der Deportationen der Juden aus dem Bezirk Bialystok ins KL Auschwitz, aber auch die Rolle dieses Lagers bei ihrer Massenvernichtung (im Vergleich mit anderen Lagern, vor allem mit dem geographisch nächstgelegenen Treblinka). Unlängst ist auf zwei Aspekte hingewiesen worden, die das Schicksal der Juden aus der Gegend von Bialystok unter der so genannten zweiten deutschen Besatzung erhellen: Die Einwohnerzahl verdoppelte sich zu Kriegsbeginn nahezu, da viele Juden vor den Deutschen in das bis zum Sommer 1941 sowjetisch besetzte Gebiet geflohen waren, und bestimmte Gruppen der polnischen Bevölkerung waren an den antijüdischen Ausschreitungen

¹¹⁵ ZOFIA BODA-KREŽAL/ JADWIGA OSOJCA, Dokumenty o eksterminacji Żydów Zagłębia Dąbrowskiego podczas okupacji hitlerowskiej, in: BŻIH 42-44 (1962), S. 115 f.

¹¹⁶ SZTERNFINKIEL, Zagłada (Anm. 17), S. 35; CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 175.

¹¹⁷ PIPER, Liczba (Anm. 5), S. 106; GILBERT, Atlas (Anm. 66), S. 109.

¹¹⁸ KRZYSZTOF KOCJAN, Zagłada olkuskich Żydów, Olkusz 2002, S. 21.

¹¹⁹ Ebd., S. 17, 23.

(der Fall Jedwabne) beteiligt, welche mit dem deutschen Einmarsch in diese Gebiete im Juni und Juli 1941 einhergingen.¹²⁰ Auf beide Aspekte hat vor 40 Jahren bereits Szymon Datner hingewiesen. Er ging von der Volkszählung von 1931 aus (die Woiwodschaft Białystok zählte damals 180.000 Juden) und schätzte die Zahl der Juden für den 1. September 1939 auf rund 240.000, für den 22. Juni 1941 auf rund 350.000. Von ihnen konnte nur ein geringer Teil in das Innere der UdSSR evakuiert werden. Eine größere Bedeutung schien er Verschiebungen im Bezirk selbst beizumessen, die einen erheblichen Einfluss auch auf die Zusammenstellung der Deportationstransporte ins KL Auschwitz hatten.¹²¹

Im Feuer der Kritik, das das Buch von Jan Tomasz Gross über Jedwabne auslöste,¹²² wurde vergessen, dass Datner als Erster über diese Mordaktion und über einen ähnlichen Vorfall in Radziwiłłów geschrieben hatte. Datner führte außerdem acht weitere Ortschaften an, in denen diese Verbrechen

„von ein und demselben Einsatzkommando angeregt wurden, das von Siedlung zu Siedlung fuhr und zum Verbrechen aufhetzte [...], indem es niedere Instinkte bediente, [...] sie organisierten den Ausbruch des ‚Volkszorns‘ [...] und gaben Hinweise, ohne selbst an dem Gemetzel teilzunehmen“.¹²³

So argumentierten auch die Kritiker von Gross' Buch, die bei diesen Verbrechen, ganz maßgeblich im Fall von Jedwabne, den deutschen Anteil daran in den Vordergrund rückten, nicht aber die antijüdische Einstellung eines Teils der örtlichen Bevölkerung, die – einigen Kommentatoren zufolge – durchaus nationaldemokratischen [d. h. rechten und antisemitischen, d. Übers.] Einflüssen ausgesetzt war.¹²⁴

Selbst Andrzej Źbikowski, der diese Ereignisse am sorgfältigsten und zuverlässigsten beschrieben und sie vor einem breiten Hintergrund der unter der deutschen und der sowjetischen Besatzung herrschenden Verhältnisse dargestellt hat, beruft sich in seinem die bisherige Diskussion über Jedwabne zusammenfassenden, 2006 erschienenen Buch auf Datners Arti-

¹²⁰ Między cywilizacjami – o dwudziestowiecznych losach mieszkańców województwa białostockiego z Adamem Dobrońskim, Janem Milewskim i Eugeniuszem Mironowiczem rozmawia Barbara Polak, in: BIPN 12 (59), 2005, S. 13 f.

¹²¹ DATNER, Eksterminacja (Anm. 6), S. 8 f.

¹²² JAN TOMASZ GROSS, Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka, Sejny 2000 (dt. Ausgabe: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001).

¹²³ DATNER, Eksterminacja (Anm. 6), S. 19–22.

¹²⁴ Między cywilizacjami (Anm. 120), S. 7.

kel über den deutschen Sicherheitsapparat in der Gegend von Białystok¹²⁵ und auf seine in jiddischer Sprache geschriebene Arbeit über die Morde in dieser Gegend, übergeht jedoch seine hier zitierte, in polnischer Sprache verfasste Abhandlung zu diesem Thema.¹²⁶

Die Gegend von Białystok wurde von den Morden an der jüdischen Bevölkerung, wie sie den Einmarsch der Deutschen kennzeichneten, nicht verschont, blieb aber zunächst bei der generellen Entscheidungsfindung bei der Lösung der „Judenfrage“ unberücksichtigt, als es um die Wahl zwischen den Alternativen Nisko, Madagaskar und zuletzt der Einrichtung eines „Reservats“ für Juden rund um das GULag-Lagernetz im hohen Norden ging.¹²⁷ Es fehlte – wie Safran geschrieben hat – ein „Generalbefehl“ zur Ermordung der Juden, entsprechende Richtlinien konnten aber auf regionaler Ebene von höchsten Parteifunktionären wie Gauleiter Erich Koch gegeben werden. Als die „Einsatzgruppen“ ihre Mordbrennereien östlich des Bugs aufnahmen, soll dieser auf einer Ende August oder Anfang September stattgefundenen Sitzung der Kreisleiter (der kommissarischen Landräte) des Bezirks Białystok gesagt haben: „Meine Herren, wenn Sie mit (ihnen) [...] nicht aufräumen, so werde ich mir die SS herholen, die auf meine Anweisung mit ihnen abrechnen wird.“ Die Teilnehmer der Sitzung interpretierten diese Aussage als Aufruf zur Liquidierung der Juden und ergingen sich später in Vermutungen darüber, ob Koch schon damals ihr künftiges Schicksal gekannt hatte: „Doch mit Sicherheit wusste er, dass es bald zur Entfernung der hier lebenden [...] Juden kommen würde“ und „er übte [...] Druck in diese Richtung aus“.¹²⁸ Aber handelte es sich dabei auch um die Vorbereitung von Transporten ins KL Auschwitz?

Die ersten Transporte wurden Anfang November 1942 zusammengestellt und trafen am 8. und 9. des Monats im KL Auschwitz ein. Danuta Czech bezeichnet sie zutreffend als Transporte „aus den Ghettos der Gegend von Białystok“, da sie aus Jüdinnen und Juden bestanden, die nicht aus dem Ghetto Białystok, sondern aus den Ghettos der umliegenden Kleinstädte und Dörfer stammten.¹²⁹ In dem 31.000 Quadratkilometer großen

¹²⁵ SZYMON DATNER, Niemiecki okupacyjny aparat bezpieczeństwa w Okręgu Białostockim 1941–1944 w świetle materiałów niemieckich, in: BGKBZHwP 15 (1965), S. 5–65.

¹²⁶ ANDRZEJ ŻBIKOWSKI, U genezy Jedwabnego. Żydzi na kresach północno-wschodnich II Rzeczypospolitej, wrzesień 1939–lipiec 1941, Warszawa 2006.

¹²⁷ KURT PÄTZOLD/ERIKA SCHWARZ, Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“, Berlin 1992, S. 131, 135.

¹²⁸ Aussage des SS-Hauptsturmführers Waldemar Macholl vom Juni 1949 in: DATNER, Aparat (Anm. 125), S. 33.

¹²⁹ CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 280.

Bezirk waren 44 Ghettos eingerichtet worden, die meistens „offen“ waren und nur vom jüdischen Ordnungsdienst bewacht wurden; die Juden lebten hier sogar gelegentlich gemeinsam mit „Ariern“, sie konnten zwar die Dörfer in der Nähe nicht besuchen, jedoch relativ frei zur Arbeit gehen. Geschlossene Ghettos wurden dort gegründet, wo es eine größere Zahl von Juden gab, sie wurden mit einem Zaun und Stacheldraht umgeben sowie von der jüdischen Polizei und der deutschen Schutzpolizei überwacht. Sogar in diesen Ghettos, ganz zu schweigen von den offenen Ghettos, hatten die Juden eine relativ große Bewegungsfreiheit, die ihnen sogar bisweilen ermöglichte, sich außerhalb der Ghettos aufzuhalten.¹³⁰

Als Koch im Herbst 1942 bei der Umgestaltung der „Provinz“ in einen Bezirk diesen „judenrein“ machen wollte, ordnete er die Konzentration der Juden in geschlossenen Ghettos an, die zugleich als Sammellager (Übergangslager) dienen sollten. Von hier aus wurden die Transporte direkt in die Massenvernichtungslager geschickt, unter anderem aus Grodno (fünf Transporte ins KL Auschwitz mit rund 6.000 Opfern) und Bialystok, aber auch aus Zambrów, Augustów und wahrscheinlich auch aus Małkinia, das zwar schon im GG lag, doch zur Abfertigung der Transporte aus der Gegend von Bialystok diente. Die Abfertigung der Transporte wurde im Januar und in den ersten Februartagen 1943 fortgesetzt, aus Augustów, Łomża, Sokółka Jasionowska, Wołkowysk, Prażany und Orańczyce, das eigentlich im so genannten Reichskommissariat Ostland lag, sowie erneut aus Grodno und Bialystok, nunmehr aus dem Ghetto auf dem Stadtgebiet selbst.¹³¹

Von den 33 Judentransporten aus der Gegend von Bialystok, die Piper nennt, können zwei (aus Grodno im November 1942 und aus Łomża am 14. Januar 1943) in Zweifel gezogen werden, da er keine Quellen für seine Informationen angibt; Danuta Czech wiederum übergeht sie.¹³² Wichtiger scheinen ihre Informationen über die Zusammenstellung von den Transporten zu sein, etwa am 14. November „aus den Ghettos der Gegend von Bialystok“ und am 16. November aus der Gegend von Łomża, in dem Juden nicht nur aus Łomża selbst, sondern auch aus dem dort gelegenen Sammellager (Übergangslager) deportiert wurden.¹³³

Datner hat auf die Rolle derartiger Lager hingewiesen, die es nicht nur in Bialystok gab, sondern auch in Kiełbasino bei Grodno, in Bogusze bei Grajewo, in Zambrów sowie im Osten des Bezirks in Wołkowysk. Dort

¹³⁰ GÓRCZYŃSKA-PRZYBYLOWICZ, *Życie* (Anm. 7), S. 10, sowie eingeklebte Karte Nr. 2; DATNER, *Eksterminacja* (Anm. 6), S. 3, 13 f.

¹³¹ CZECH, *Kalendarz* (Anm. 66), S. 282–342; PIPER, *Liczba* (Anm. 5), S. 106.

¹³² CZECH, *Kalendarz* (Anm. 66), S. 320 f.

¹³³ Ebd., S. 282, 322.

wurden jüdische Familien aus den aufgelösten kleinen, offenen Ghettos zusammengetrieben und – wenn sie nicht an Ort und Stelle erschossen wurden, denn auch solche Fälle gab es – unter Bedingungen festgehalten, die an die Vernichtungslager erinnerten. Sie blieben hier, bis Transporte nach Auschwitz oder Treblinka zusammengestellt wurden.¹³⁴

Eine Ausnahme bildeten die drei Transporte aus Białystok ins KL Auschwitz am 6., 7. und 8. Februar 1943, die jeweils 2.000 Personen umfassten¹³⁵ und mit denen die Beseitigung der jüdischen Bevölkerung im Bezirk ihren Abschluss fand. Dieses Ghetto spielte hier eine ähnliche Rolle wie jenes von Łódź im Wartheland, da es für die Wehrmacht produzierte. Die Transporte sollten, ähnlich wie jene aus Łódź im Januar und September 1942, dazu dienen, das Ghetto zu entlasten und sich Menschen zu entledigen, die von den Besatzern als „unproduktiv“ eingestuft wurden. Deshalb kam es zu Selektionen, zum Auseinanderreißen von Familien und zu Widerstandsversuchen von jüdischer Seite.¹³⁶

Szymon Datner schätzte die Zahl der Opfer der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Bezirk Białystok zur Jahreswende 1942/1943 auf 159.000 bis 171.000 Personen. Dazu zählten, abgesehen von 20.000 bis 30.000 Opfern in den Übergangslagern vom Oktober und November 1942,¹³⁷ Menschen, die bis zu diesem Zeitpunkt sowie im Januar und Februar 1943 ins KL Auschwitz und nach Treblinka gebracht wurden. In Treblinka wurden nach Berechnungen von Yitzhak Arad 118.000 Juden aus der Gegend von Białystok ermordet, die nicht nur aus den Transporten zur Jahreswende 1942/1943 stammten, sondern auch aus der letzten „Liquidierungsaktion“ in dieser Gegend von August und September 1943, als das Ghetto Białystok mit seinen 35.000 bis 40.000 Juden endgültig aufgelöst wurde.¹³⁸ Bei dieser Auflösung wurden keine Transporte direkt ins KL Auschwitz geschickt, abgesehen von 1.260 Kindern, die am 21. August „zum Austausch“¹³⁹ nach Theresienstadt gebracht worden waren, als die Deutschen den Aufstand im Ghetto Białystok niedergeschlagen hatten. Nach einigen Wochen in Theresienstadt wurden die Kinder mit ihrem

¹³⁴ DATNER, Eksterminacja (Anm. 6), S. 25–27.

¹³⁵ CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 338–342.

¹³⁶ PESACH KAPLAN, Zagłada Białegościku. Luty 1943 r., in: BŻIH 60 (1966), S. 78–84.

¹³⁷ DATNER, Eksterminacja (Anm. 6), S. 28.

¹³⁸ Nach MARANDA, Obozy (Anm. 87), S. 66.

¹³⁹ Die Berichte der deutschen Staatsbürger, die von den Alliierten interniert wurden, über den Gegenstand dieses „Austauschs“ waren unterschiedlich; vgl. TOBIASZ CYTRON, Tragiczny los dzieci z getta białostockiego, in: Zeszyty Oświęcimskie 1998, Nr. 22, S. 330.

Begleitpersonal ins KL Auschwitz deportiert, wo sie am 7. Oktober in der Gaskammer ermordet wurden.¹⁴⁰

Dieser Transport verändert die Bilanz der Opfer im KL Auschwitz aus dem Bezirk Białystok, wenn auch nur unwesentlich.¹⁴¹ Die Gesamtzahl der Opfer liegt meiner Meinung nach bei 57.500, was zusammen mit den Ermordeten in dem zweiten nach Ostpreußen eingegliederten polnischen Territorium, dem Regierungsbezirk Zichenau, von wo aus in elf Transporten rund 18.500 Juden ins KL Auschwitz deportiert wurden, insgesamt 76.000 jüdische Opfer aus diesem Teil Polens ergibt. Diese Schätzung weicht nicht wesentlich von Pipers Zahlen (rund 80.000) ab.¹⁴² Der Unterschied löst sich auf, wenn wir zum Beispiel die Einordnung der beiden Transporte mit 2.000 und 2.500 Menschen aus dem „Übergangslager“ in Malkinia verändern. Denn es bleibt offen, ob es sich hierbei um ein Übergangslager handelte, welches der Deportation von Juden aus der Gegend von Białystok diente (Szymon Datner erwähnt es nicht) oder aber ähnlichen Aktionen, die im GG durchgeführt wurden.

Die Zahl der aus dem Dombrowa-Revier (zusammen mit dem Revier Jaworzno-Chrzanów) Deportierten schätze ich auf 55.900, aus Oberschlesien waren es 5.500, aus dem gesamten Regierungsbezirk Kattowitz in den Grenzen der Besatzungszeit 61.400, also erheblich weniger als von Piper 1992 angenommen, der hier von 75.000 Menschen ausging. Im Gegensatz zu Piper habe ich versucht, diese beiden Gruppen von Deportierten zu unterscheiden, aber auch auf gewisse Ungenauigkeiten hinzuweisen. Seine Schätzungen scheinen im Lichte neuer Erkenntnisse Andrzej Strzeleckis zu hoch angesetzt zu sein. Die Angaben über die Zahl der Juden im „Oststreifen“ sind tatsächlich schwer nachzuprüfen, da sich diese Juden zerstreuten oder vielmehr den verschiedenen Arbeitslagern der Organisation Schmelt zugewiesen wurden. Ein ähnliches Schicksal erwartete die 9.000 großpolnischen und Lodzer Juden, die in Arbeitslager im Wartheland kamen und ein gutes Jahr später nach Auschwitz deportiert wurden, wo sie Opfer der Selektion an der Rampe wurden.

Wenn man die gesamten eingegliederten Gebiete berücksichtigt, stammten die meisten ins KL Auschwitz deportierten Jüdinnen und Juden aus Łódź. Sie wurden von den Besatzern als wichtige Produktionskraft betrach-

¹⁴⁰ CZECH, Kalendarz (Anm. 66), S. 534.

¹⁴¹ PIPER, Liczba (Anm. 5), S. 106, nennt ihn nicht unter den Transporten von Juden aus Polen; es ist anzunehmen, dass er mit dem von HANS G. ADLER, Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, Göttingen 2005, zit. nach ebd., S. 115, erwähnten Transport aus Theresienstadt vom 6. Oktober identisch ist, mit einer ähnlichen Opferzahl von 1.313 Personen, d. h. 1.260 Kinder und 53 Begleiter.

¹⁴² PIPER, Liczba (Anm. 5), S. 68.

tet, die in erster Linie die Bedürfnisse der Wehrmacht befriedigten. Im nahe gelegenen Kulmhof wurden ab Januar 1942 die bereits erwähnten Vernichtungsaktionen durchgeführt, in deren Verlauf rund 70.000 Juden ermordet wurden, in der Mehrzahl keine Juden aus der Gegend, sondern solche, die aus Deutschland und dem Protektorat stammten. Von den Ende 1942 im Ghetto Lodz verbliebenen rund 90.000 Juden wurden nach und nach Transporte zu Fabriken im Reich verschickt. Ende Juni, Anfang Juli 1944 kamen wieder über 7.000 Personen nach Kulmhof. Am 1. August waren im Ghetto nur noch 68.600 Menschen übrig, von denen – nach den Berechnungen Andrzej Strzeleckis – 67.000 während der endgültigen Auflösung des Lodzer Ghettos ins KL Auschwitz deportiert worden sein sollen.¹⁴³

Man kann mit Strzelecki streiten, ob diese Entscheidung durch die Annäherung der Roten Armee an die Weichsel oder vielmehr durch den Ausbruch des Warschauer Aufstands herbeigeführt wurde, vielleicht auch durch die von ihm erwähnte Intervention Albert Speers bei Hitler, um jüdische Facharbeiter zu erhalten, die in Deutschland in dieser Zeit bereits zu fehlen begannen.¹⁴⁴ Die Mitte August im Ghetto Lodz begonnene Deportation ins KL Auschwitz wurde am 18. September 1944 beendet. Doch selbst einer so gewissenhaften Erforscherin der Geschichte des Lagers wie der bereits vielfach zitierten Danuta Czech gelang es nicht, die Zahl und das Ankunftsdatum aller Transporte aus dieser Stadt im KL Auschwitz festzustellen; sie erwähnt nur zwölf Transporte, die aus rund 4.000 Gefangenen bestanden.¹⁴⁵ Es sind Unterlagen über einen Transport vom 18. September 1944 erhalten, der zwar nicht der größte, wohl aber der tragischste war. Er zählte 2.500 Deportierte, von denen nur 150 Männer an der Rampe aussortiert wurden; der Rest des Transports, überwiegend Kinder zwischen 13 und 16 Jahren, kam in den Gaskammern ums Leben.¹⁴⁶

Dieser Transport ist der Letzte, der im KL Auschwitz eintraf. Die meisten deportierten Juden stammten aus den ins Reich eingegliederten Gebieten. Nach meinen Berechnungen und Schätzungen: aus der Stadt Lodz 67.000, aus dem Bezirk Białystok 57.500, aus dem Dombrowa-Revier 55.900,¹⁴⁷ aus dem Regierungsbezirk Zichenau 18.600, aus Großpolen und Pommerellen 9.000, aus Oberschlesien 5.500. Das macht insgesamt 213.500 Deportierte, also 71 Prozent aller Jüdinnen und Juden, die

¹⁴³ STRZELECKI, *Deportacja* (Anm. 79), S. 37.

¹⁴⁴ Ebd., S. 26.

¹⁴⁵ Zusammenfassend bei PIPER, *Liczba* (Anm. 5), S. 109.

¹⁴⁶ CZECH, *Kalendarz* (Anm. 66), S. 762.

¹⁴⁷ Zusammen mit dem Revier Jaworzno-Chrzanów.

mit RSHA-Transporten aus den polnischen Gebieten ins KL Auschwitz gebracht wurden (andere Transporte machten nur einen geringen Prozentsatz aus), wenn man Pipers Gesamtschätzung dieser Opfergruppe auf 300.000 Menschen übernimmt. Dies war die zweitgrößte Gruppe der in dieses Lager Deportierten nach den Ungarn (438.000).¹⁴⁸ Die übrigen 29 Prozent polnischer Juden entfielen auf Deportierte aus dem GG sowie aus den Gebieten östlich des Bugs.

Die Juden aus den eingegliederten Gebieten waren nach den christlichen Polen auch die ersten Gefangenen des KL Auschwitz. Es ist jedoch nur schwer festzustellen, wie lange sich die einzelnen Gruppen im Lager aufhielten, da ihnen nach den Selektionen an der Rampe Selektionen im Lager selbst drohten, deren Verlauf und Ergebnis ohne computergestützte Analyse schwer zu untersuchen ist. Man kann und muss hingegen die Verteilung der jüdischen Gruppen aus den einzelnen Staaten in den einzelnen Teilen des KL Auschwitz analysieren – im so genannten Stammlager (Auschwitz I), wo es die wenigsten Juden gab, in Birkenau (Auschwitz II), in Monowitz (Monowice, Buna) und in den Unterlagern, wo ihr Anteil am größten war. Bei der Untersuchung von Einstellungen und Verhaltensweisen verdienen die beiderseitigen Beziehungen zwischen den jüdischen und den polnischen Gefangenen besondere Beachtung. Es müsste eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob sich im Lager von außen mitgebrachte Stereotype und Antagonismen bemerkbar machen und in welchem Maße diese angesichts der gemeinsamen Bedrohung verschwanden, selbst wenn die letzten beiden Gefangenengruppen dies in unterschiedlichem Maße erfuhren.

Lodz, Białystok und Bendzin zusammen mit Sosnowitz waren neben Warschau die Orte, in denen die meisten Juden lebten, wo das Jiddische die Muttersprache und der Mosaismus die Religion war. Zugleich aber waren ihre Bewohner – im Gegensatz zu den Schtetln im polnischen Osten der Vorkriegszeit – offen für neue geistige Strömungen und wirtschaftlichen Fortschritt. Ihr Leben, das seit den ersten Besatzungstagen von Leiden und Tod gekennzeichnet war, ging schließlich in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau zu Ende.

¹⁴⁸ PIPER, Liczba (Anm. 5), Tab. 28a; die ungerundeten Zahlen der Juden aus Polen – 290.464, jener aus Ungarn – 437.685 aus dem ungarischen Staatsgebiet mit den annexierten Gebieten (auch mit dem 1940 von Rumänien übernommenen Siebenbürgen).

KARIN ORTH

WERDEGANG EINES MASSENMÖRDERS – DIE BIOGRAPHIE DES RUDOLF HÖSS

Als Kommandant des KL Auschwitz war Rudolf Höß verantwortlich für die dort durchgeführte Ermordung der europäischen Juden. Sein Lebensweg ist häufig untersucht worden¹, nicht zuletzt deshalb, da Höß nach Kriegsende in der Krakauer Untersuchungshaft seine Lebensgeschichte niedergeschrieben hat und damit ein – für die Gruppe der Lager-SS – einzigartiges Dokument schuf, das zudem durch seine Publikation der Öffentlichkeit leicht zugänglich ist.²

Im Folgenden soll seine Biographie³ rekonstruiert werden⁴, und zwar im Hinblick auf die Frage nach den Eskalationsstufen der Gewalt.

¹ Vgl. z. B. MARK STEVEN CLINTON, Injustice Armed. Rudolf Höß, Totalitarien Man and the ideological Deformation of political consciousness, Claremont 1981; MANFRED DESELAERS, Und Sie hatten nie Gewissensbisse? Die Biografie von Rudolf Höß, Kommandant von Auschwitz, und die Frage nach seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, Leipzig 1997; TOM SEGEV, Commanders of Nazi Concentration Camps, Boston 1977, S. 295–303; JOSEPH TENENBAUM, Auschwitz in Retrospect. The Self-Portrait of Rudolf Hoess, Commander of Auschwitz, in: Jewish Social Studies 15 (1953), S. 203–234; M. CZYZEWSKI/ A. ROKUSZEWSKA-PAWELEK, Die Autobiographie von Rudolf Höß, in: Der Holocaust. Familiäre und gesellschaftliche Folgen – Aufarbeitung in Wissenschaft und Erziehung?, hg. v. DAN BAR-ON u. a., Wuppertal 1988, S. 124–131.

² Die Niederschrift über sein Leben verfasste Höß nach Abschluss der Voruntersuchung im Januar und Februar 1947. Die erste Auflage seiner Lebenserinnerungen in deutscher Sprache erschien 1958. Vgl. MARTIN BROSZAT, Einleitung, in: Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß, hg. v. MARTIN BROSZAT, München 1992, S. 7–14. Die veröffentlichten Aufzeichnungen sind jedoch nur die Hälfte der gesamten Niederschrift Höß'. Eine Kopie der vollständigen Aufzeichnungen befindet sich im IfZ, F 13, Bd. I–VIII.

³ Die Rekonstruktion seiner Biographie stützt sich, soweit nicht anders angegeben, auf BROSZAT, Rudolf Höß (Anm. 2), sowie BAB, BDC, SSO Rudolf Höß.

⁴ Der Aufsatz stützt sich auf eine gruppenbiographische Untersuchung über die Konzentrationslager-SS, die ich 2000 vorgelegt habe. KARIN ORTH, Die Konzentrationslager-SS. Sozialstrukturelle Analysen und biographische Studien, Göttingen 2000.

Der Erste Weltkrieg

Rudolf Höß wurde am 25. November 1900 als ältestes von drei Kindern eines mittelständischen Kaufmanns und einer überzeugten Katholikin geboren und ging in Baden-Baden und Mannheim zur Schule. 1914 starb sein Vater. Höß, der mittlerweile die Höhere Schule besuchte, nahm den Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit Neugier wahr und versuchte, auf seine Art daran teilzunehmen. Als Helfer des Roten Kreuzes hielt er sich in der schulfreien Zeit in Lazaretten, Kasernen und Bahnhöfen auf, Leid und Sterben der Verwundeten beobachtend, wissbegierig und bewundernd zugleich den Erzählungen der Soldaten lauschend. Er versuchte, so schrieb Höß 1947, „alles, um an die Front zu kommen“. Es gelang ihm schließlich – 15-jährig und ohne die Schule abgeschlossen zu haben – mit Hilfe eines Rittmeisters, den er im Lazarett kennen gelernt hatte. Höß selbst erklärte sich 1947 seinen Wunsch, Soldat werden zu wollen, mit einem biologistischen Argument: Durch die Erzählungen der Soldaten, von denen er nie genug hätte bekommen können, habe sich sein „Soldatenblut“ gemeldet. „In vielen Generationen waren meine Ahnen väterlicherseits Offiziere gewesen“, schrieb Höß nach Kriegsende, so, als habe das „Blut“ und nicht Abenteuerlust und die jungenhafte Stilisierung der Soldaten zu männlichen Heroen den Ausschlag gegeben, sich freiwillig zur Front zu melden.

Bis Kriegsende war Höß zum jüngsten Unteroffizier des Heeres aufgestiegen (ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse), hatte drei Verwundungen und die Malaria überstanden und an den Kriegsschauplätzen in der Türkei und in Palästina gekämpft. Im Jahr 1947 – nach Auschwitz und in Erwartung des eigenen Todes – betonte Höß, dass ihn der erste Fronteinsatz mit Grauen und Todesangst erfüllt habe. Zudem schrieb er, dass er selbst keineswegs umstandslos getötet habe:

„Ich hatte bisher noch nicht einen Schuss abgegeben, nur voller Angst nach dem langsam näher kommenden Inder gesehen. [...] Einen Moment zögerte ich noch – der Tote neben mir stand mir vor Augen –, dann riss ich durch und sah voll Zittern, wie der Inder im Sprung vornüber sank und sich nicht mehr rührte. [...] Mein erster Toter! – Der Bann war gebrochen. [...] Später] sah ich mir zögernd und scheu *meinen Toten* an, ganz wohl war mir nicht dabei zumute.“⁵

Höß verknüpfte in seiner Niederschrift dieses Ereignis mit der Beschreibung seiner endgültigen Abkehr von der katholischen Kirche und der Erinnerung an seine erste sexuelle Erfahrung. Verletzt und krank knüpfte er in einem Lazarett eine (auch sexuelle) Freundschaft zu einer Kranken-

⁵ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 30.

schwester: Er sei erstmals in den „Zauberkreis der Liebe“ geraten.⁶ Nach der Verkündigung des Waffenstillstandes schlügen sich Höß und der von ihm geführte Kavalleriezug von Damaskus aus nach Deutschland durch; dort jedoch erwartete sie niemand.

Als zentral für sein Leben – und daher wert in seiner autobiographischen Niederschrift erwähnt und eng verknüpft zu werden – beschrieb Höß existentielle menschliche Erfahrungen: Angst und Tod, Verbundenheit und Liebe. Angst und Tod prägten die Erinnerungen an die Front, die sterbenden Kameraden und die erste Tötung eines Menschen, Liebe und der Wunsch nach enger menschlicher Gemeinschaft bestimmten die Stilisierung seines Truppenteils zur „Kameradschaft der Frontsoldaten“, der eigenen Leistung als „jüngster Unteroffizier des Heeres“ (dem sogar eine Gruppe deutlich älterer Soldaten anvertraut wurde) sowie seiner ersten sexuellen Erfahrung zur „reinen Liebesbeziehung“. Der Krieg wurde für Höß zur zentralen Sozialisationsinstanz, ein Initiationsritus in die Welt des (soldatischen) Mannes:

„Der Krieg war zu Ende. Ich war mit ihm und durch ihn weit über meine Jahre hinaus äußerlich wie innerlich zum Manne gereift. Das Kriegserlebnis hat mir seinen Stempel unauslöschlich aufgedrückt. [...] Aus dem vor Angst zitternden, der Mutter entlaufenden Schulbuben des ersten Gefechts war ein zäher, rauher Soldat geworden.“⁷

Mit dem Ende des Krieges existierte diese Welt jedoch nicht mehr.

Freikorps

Höß, der sich durch den Krieg zum erwachsenen Mann gereift fühlte, stand dem zivilen Leben hilflos gegenüber. Die berufliche Perspektivlosigkeit und seine persönliche Verunsicherung veranlassten ihn, sich dorthin zu wenden, wo die vertrauten Regeln weiterhin galten, zu den Freikorpsverbänden.⁸ Höß meldete sich beim „Ostpreußischen Freiwilligen-Korps“ zum Grenzschutz und wechselte dann zum so genannten Freikorps Roßbach. Seine Tätigkeit heroisierend schrieb er 1936 in einem Lebenslauf, er habe „all die Kämpfe im Baltikum, in Mecklenburg, im Ruhrgebiet und in

⁶ Ebd., S. 32 f.

⁷ Ebd., S. 33.

⁸ Ebd., S. 35. In seinem 1936 geschriebenen Lebenslauf erwähnte Höß die Zeit der Verunsicherung nicht. Dort heißt es: „In der Heimat entlassen, meldete ich mich sofort beim Ostpr. Freiw. Korps zum Grenzschutz.“ Lebenslauf Höß vom 19.6.1936, BAB, BDC, SSO Rudolf Höß.

O/S [Oberschlesien]“ mitgemacht.⁹ Insbesondere die Kämpfe im Baltikum beschrieb Höß retrospektiv als

„von einer Wildheit und Verbissenheit, wie ich sie weder vorher im Weltkrieg noch nachher in all den Freikorpskämpfen erlebt habe. Eine eigentliche Front gab es kaum, der Feind war überall. Und wo es zum Zusammenstoß kam, wurde es eine Metzelei bis zur restlosen Vernichtung.“¹⁰

Tatsächlich waren die Auseinandersetzungen im Baltikum von einer Brutalität, die ihresgleichen sucht, wobei die Deutschen als besonders unbarmherzig und grausam galten. Die Mitglieder der Freikorpsverbände entfernten sich zunehmend von bürgerlichen Werten; sie wurden im Laufe der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zu marodierenden Landsknechten, die sich nur noch an den eigenen Verhaltenskodex gebunden fühlten. Dies bedeutete auch, dass sie sich zunehmend von militärischen Prinzipien lösten, denen sie sich während des Ersten Weltkriegs vorbehaltlos gefügt hatten. Im Kreis der „Freikorpskämpfer“ entwickelte sich ein neuartiges Verständnis von Befehl und Gehorsam: Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht leiteten sich, wie der Historiker Hans Buchheim formulierte,

„nicht einfach von einer übergeordneten staatlichen Normativität und aus allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten ab, sondern beruhten auf der politischen Überzeugung und der patriotischen Einsatzbereitschaft der Soldaten selbst, oft auch auf der Autorität einzelner Führer, in jedem Fall aber auf einem freiwilligen Konsens“.¹¹

Für Rudolf Höß erwies sich dieses Verständnis als grundlegend für seine spätere Tätigkeit.

Der „Feldzug“ der Freikorpsverbände endete im Dezember 1919 mit einer erneuten, als Katastrophe empfundenen Niederlage. Die Männer machten für ihr Scheitern – die Parallele zum Ende des Ersten Weltkriegs ist evident – die Weimarer Regierung verantwortlich, die erneut einen „Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Truppe“ geführt habe.¹² Nach

⁹ Lebenslauf Höß vom 19.6.1936, BAB, BDC, SSO Rudolf Höß. Auf Höß’ Offizierskarte ist der Beginn der Tätigkeit im Freikorps Roßbach mit 1.2.1919 angegeben, ebd.

¹⁰ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 35. Vgl. die Berichte anderer „Baltikumer“ bei BERNHARD SAUER, Vom „Mythos eines ewigen Soldatentums“. Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919, in: ZfG 43 (1995), H. 10, S. 869–902.

¹¹ HANS BUCHHEIM, Befehl und Gehorsam, in: DERS. u. a., Anatomie des SS-Staates, München 1982, Bd. 1, S. 215–318, hier S. S. 217 f.; vgl. Rudolf Höß (Anm. 2), S. 36.

¹² GRAF RÜDIGER VON DER GOLTZ, Als politischer General im Osten, Leipzig 1936, S. 150 f., zit. nach: SAUER, „Mythos“ (Anm. 10), S. 896; vgl. Die deutschen Freikorps 1918–1928, hg. v. FRIEDRICH WILHELM VON OERTZEN, München 1936, S. 117.

der Niederlage im Baltikum hielten die Mitglieder der Freikorpsverbände die Verbindung untereinander aufrecht. In Norddeutschland, insbesondere in Pommern, wurden so genannte Landarbeitsgemeinschaften gebildet, in denen die ehemaligen Freikorpssoldaten als Landarbeiter, meist auf Gütern der Großagrarier, unterkamen. Auch Höß befand sich unter ihnen. Er verdingte sich als Hilfsarbeiter auf Bauernhöfen in Schlesien, Mecklenburg und Schleswig-Holstein und wurde bald als Leiter einer „Arbeitsgruppe“, der „Arbeitsgemeinschaft Roßbach“ eingesetzt.¹³ Der Zweck der „Arbeitsgemeinschaften“ (und nach ihrem Verbot wegen republikfeindlicher Be-tätigung der entsprechenden Nachfolgeorganisationen¹⁴) bestand neben der materiellen Versorgung der ehemaligen Freikorpssoldaten insbesondere darin, ihre Verbindung zu gewährleisten, um ihre Mobilisierung gegen die verhasste Weimarer Republik jederzeit gewährleisten zu können. Für den Einsatz der ehemaligen – wie sie sich selbst nannten – „Baltikumer“ in den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Mecklenburg, dem Ruhrgebiet oder Oberschlesien, an denen sich auch Höß beteiligte, erwiesen sich die „Arbeitsgemeinschaften“ als Ausgangsbasis.

Bereits während der Kämpfe im Baltikum hatten sich die Freikorps-soldaten als die erbittersten Gegner der Weimarer Republik erwiesen. Sie stellten in den frühen zwanziger Jahren oftmals den Kern rechtsradikaler Zirkel. Höß fungierte häufig als Kurier nach Süddeutschland, als Verbin-dungsmann zu dem in München residierenden Erich Ludendorff, der im Zentrum der sich ausweitenden völkischen Bewegung stand. Bei Luden-dorff lernte Höß 1921/22 auch Himmler kennen.¹⁵ Die vielfältigen Verbin-dungen zum rechten Milieu fanden mit dem Übertritt Oberleutnant Gerhard Roßbachs und seiner Anhänger zur NSDAP Ende 1922 ihre organisatori-sche Entsprechung. Schon zuvor hatte man sie als die „Hakenkreuzler“ bezeichnet. Höß trat kurz vor seinem 21. Geburtstag der Münchner Orts-gruppe der NSDAP bei. Er habe auch, so betonte Höß 1947 stolz, Martin Bormann, den späteren Sekretär und Vertrauten Hitlers, „zur Partei ge-bracht“. ¹⁶

¹³ Eidesstattliche Erklärung Höß vom 14.3.1946, IfZ, Nbg. Dok. NO-1210. Das Freikorps Roßbach, dem Höß angehörte, wurde nach dem „Kapp-Putsch“ aufgelöst. In der retrospektiven Betrachtung schrieb Höß, er habe die Landwirtschaft „erlernt“ und sei als „landwirtschaftlicher Beamter“ angestellt gewesen.

¹⁴ Die Nachfolgeorganisationen des Freikorps Roßbach (Arbeitsgemeinschaft Roßbach, Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung, Turnerschaften) wurden nach kurzer Zeit jeweils verboten. Oberleutnant Gerhard Roßbach trat samt seiner Anhänger der NSDAP bei, nach deren Verbot schlossen sie sich der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei an. Urteil gegen Höß u. a. vom 15.3.1924, IfZ, Fa 157, Bl. 4 f.

¹⁵ Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 190.

¹⁶ Ebd., Bl. 193.

Höß und Bormann kannten einander durch ihre politische Betätigung in Mecklenburg. Höß führte auf dem Gut Neuhof in der Nähe von Parchim einen „Arbeitstrupp“ der „Arbeitsgemeinschaft Roßbach“ an, Bormann war als Gutsinspektor auf dem benachbarten Gut Herzberg angestellt und fungierte als „Abschnittsleiter der Organisation Roßbach in Mecklenburg“ und Kassierer der Parchimer Ortsgruppe der deutschvölkischen Freiheitspartei.¹⁷ Als Grundlage ihrer persönlichen Verbindung, die bis zum Ende des Dritten Reiches währte, erwies sich jedoch nicht allein diese Tatsache, sondern die gemeinsame Verantwortung für einen Mord, der 1924 Gegenstand eines Gerichtsverfahrens wurde: der so genannte Parchimer Fememord.

„Fememord“

Am 31. Mai 1924 wurde Walter Kadow in einem Waldstück in der Nähe des Gutes Neuhof bei Parchim ermordet.¹⁸ Kadow, ein am 29. Januar 1900 geborener Volksschullehrer, hatte sich Anfang des Jahres 1921 auf dem Gut Herzberg der dort ansässigen „Arbeitsgemeinschaft Roßbach“ angeschlossen. Die Mitglieder jedoch integrierten ihn nicht in ihre Gemeinschaft. Kadow sei vielmehr – so das Urteil im Parchimer Fememordprozess – unter den „Roßbachern“ äußerst unbeliebt gewesen: Er habe sich – so deren Argumente – als Leutnant aufgespielt, Geld geborgt und nicht zurückgegeben, vor allem aber sei er Kommunist gewesen. 1922 oder Anfang 1923 schlossen sie ihn aus der „Arbeitsgemeinschaft“ aus. Dabei stellte sich heraus, dass er sich einen Vorschuss von 30.000 Mark für sich und andere „Roßbacher“ hatte auszahlen lassen, ohne das Geld den anderen Männern auszuhändigen. Bormann, der die Entlassung Kadows bewirkt hatte, drängte darauf, dass er seine Schulden abarbeiten müsse.

Am 31. Mai 1923 kehrte Kadow nach einer längeren Abwesenheit nach Parchim zurück. Der sogleich informierte Bormann erklärte nun jedoch, es habe keinen Zweck, dass Kadow seine Schulden abarbeite, es sei besser, „er bekäme eine Tracht Prügel“. Tatsächlich machten einige „Roßbacher“ von den Gutshöfen Neuhof und Herzberg, darunter auch Höß, Kadow in einer Gaststätte betrunken, verschleppten ihn in der Nacht in ein Waldstück

¹⁷ JOCHEN VON LANG, Der Sekretär. Martin Bormann: Der Mann, der Hitler beherrschte, Stuttgart 1977, S. 34 f.

¹⁸ IRMELA NAGEL, Fememord und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln, Wien 1991, S. 59; LANG, Sekretär (Anm. 17), S. 36–43. Aus der Perspektive Höß' vgl. Rudolf Höß (Anm. 2), S. 36–39. Die Darstellung folgt diesen Veröffentlichungen sowie v. a. dem Urteil gegen Höß u. a. vom 15.3.1924, IfZ, Fa 157, Bl. 1–36. Daraus stammen auch die folgenden Zitate.

in der Nähe des Gutes Neuhof, um ihn dort zu Tode zu prügeln. Die fünf Männer, die sich für den Mord zu verantworten hatten und die man am 15. März 1924 zu teilweise langjährigen Zuchthausstrafen verurteilte, bezeugten vor Gericht, dass sie noch in der Gaststätte „Beweise“ gefunden hätten – einen Mitgliedsausweis der kommunistischen Jugend und eine größere Menge „russischen Geldes“ –, dass Kadow ein kommunistischer Spitzel gewesen sei, der mit den veruntreuten Geldern ins Ruhrgebiet habe fahren wollen, „um Deutschland an die Franzosen zu verraten“. Damit stand ihr Urteil über Kadow fest: „Jeglicher Verrat wurde mit dem Tode bestraft“, schrieb Höß über die Selbstjustiz, die sich in den Freikorps und ihren Nachfolgeorganisationen etabliert hatte und von deren Anhängern für rechtmäßig gehalten wurde.¹⁹ Die Männer fühlten sich – nur ihrem eigenen Verhaltenskodex gehorchend und nur durch ihre eigene Überzeugung legitimiert – berechtigt, Kadow zu töten.

„Nun stell’ Dir unsere Wut vor“, so rechtfertigte Höß den Mord vor einer Freundin,

„vor fünf Tagen wurde Schlageter erschossen. All die Prügel, die wir durch Verräterei dieses Halunken [Kadow], durch Überfälle der Kommunisten in schwach besuchten Versammlungen, bezogen hatten. Wir waren alle auch schon ziemlich betrunken und überlegten überhaupt nicht mehr. Wir fuhren auf einem Wagen aus Parchim raus und nach unserem Wohnhause in Neuhof bei Parchim. Unterwegs kriegte er ganz erbärmliche Prügel, aber er leugnete immer noch. Auf einer Wiese wurde angehalten und er nochmals zur Rede gestellt. Er leugnet und beteuert seine Unschuld. Unsere Wut wird zur Raserei, keiner achtet darauf, wie oder mit was er zuschlägt. [...] Da geschah das Schreckliche an der Sache. Einer bekam einen Koller und stürzt wie wahnsinnig auf den am Boden liegenden Kadow und schneidet ihm die Kehle durch. Ein anderer jagt ihm zwei Schüsse durch den Schädel. Am anderen Morgen wird er im Waldesdickicht vergraben.“²⁰

Die Rekonstruktion des Tathergangs und die Schilderungen der Beteiligten zeigen, dass einige Faktoren zusammenspielten, die zum Mord an Kadow führten. Als erstes Motiv ist die Überzeugung der Männer zu nennen, dass dieser ein kommunistischer Spitzel, ein Verräter an der „deutschen Sache“ sei, der womöglich etwas mit dem Tod des kurz zuvor standrechtlich erschossenen Leo Schlageter zu tun habe. Außer den Aussagen der Mörder ist kein Beleg für diese Behauptung bekannt. Zum Zweiten werteten sie Bormanns Bemerkung, Kadow habe eine Tracht Prügel verdient, als Auf-

¹⁹ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 36.

²⁰ Brief Höß’ an Hedwig Hensel vom 15.6.1924. Eine Kopie des handschriftlichen Originals befindet sich in: BA-ZA, Dok/P. 1411, Bl. 2 f.

forderung, diesen zu misshandeln. Zudem waren sie zum Zeitpunkt der Tat betrunken.

Ausschlaggebend für den Mord war wohl letztendlich, dass sie sich gegenseitig aufstachelten, jeder den anderen in Wort und Tat zu übertrumpfen suchte. Die sich radikalisierende Prügelorgie – fünf Männer schlugen auf den durch Alkohol halb betäubten Kadow mit Fäusten, Gummiknöppeln, einem Spazierstock, schließlich mit einem Ast ein – fand ihren Höhepunkt in der Forderung Höß', „man solle Kadow im Wald vergraben“, ihm den „Gnadenschuss“ geben.²¹ Bevor Kadow tatsächlich zwei Schüsse trafen, schnitt einer der Mörder dem bewusstlos und blutüberströmt auf dem Boden Liegenden mit „einem Taschenmesser“ den Hals durch.²² Woran Kadow tatsächlich starb und wer als der eigentliche Mörder anzusehen ist, konnte das Gericht 1924 nicht feststellen. Letztendlich jedoch ist dies auch irrelevant, denn die Täter handelten gemeinsam und willentlich. Keiner konnte und wollte bei diesem „Femegericht“²³ abseits stehen. Sie allen waren, wenn nicht juristisch, so doch moralisch die Mörder Kadows.

Höß wurde am 15. März 1924 wegen schwerer Körperverletzung und Totschlag zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, Bormann, der nach dem Mord versuchte hatte, die Spuren zu verwischen, wegen Beihilfe und Begünstigung zu einem Jahr Gefängnis. Höß rettete sich in den Gestus des aus politischen Gründen Verfolgten, der ebenso heroisch wie hoffnungslos juristischer und gesellschaftlicher Verurteilung trotzt:

„Alle hoffen nun auf Amnestie. Ich nicht, denn für uns Roßbacher und gar noch völkische, gibt's keine Gnade. Wir sind nun mal nach der Ansicht aller, außer unserer Kameraden und derer, die uns kennen, der Auswurf der Menschheit. Mich schert's nicht an. Ich habe mir noch nie was aus der Meinung der Vielen gemacht. Ich vertraue auf den Sieg unserer Sache und auf meine Führer und meine Kameraden. Komm, was kommen mag, wir bleiben die Alten, auch im Zuchthaus. Mich entehrt dies nicht.“²⁴

Höß stand mit Mitte 20 außerhalb der Weimarer Gesellschaft; er fühlte sich allein der völkischen Gemeinschaft und deren Wertekanon verpflichtet.

²¹ Urteil gegen Höß u. a. vom 15.3.1924, IfZ, Fa 157, Bl. 11.

²² Ebd. Hervorhebung im Original.

²³ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 36.

²⁴ Höß an Hedwig Hensel vom 15.6.1924, Kopie in: BA-ZA, Dok/P. 1411, Bl. 4.

Artamanen

Durch das Amnestiegesetz vom 14. Juli 1928 wurde Höß vorzeitig aus dem Zuchthaus Brandenburg entlassen. Er wandte sich zunächst nach Berlin, wo er auf materielle und ideelle Unterstützung durch völkische Kreise rechnen konnte. Es habe einige Tage gedauert – so schilderte Höß 1947 – „bis ich mit mir und der rauen Wirklichkeit zurechtkam“.²⁵ Als „raue Wirklichkeit“ empfand Höß das Leben in der Reichshauptstadt. Er setzte dem Zerrbild der „zerstzenden“ Großstadt, „dem Gelärm, dem Gehaste und Getobe“, die Idylle des Landlebens entgegen. Tatsächlich mag der Kontrast zwischen Gefängnishaft und Großstadtleben erheblich gewesen sein, zugleich jedoch reproduzierte Höß ein völkisches Klischee: die Verherrlichung des Landlebens, die mit der Verteufelung der Großstadt korrespondierte.

Höß kehrte tatsächlich aufs Land zurück und arbeitete bis 1934 in verschiedenen „Landdienstgruppen“ in Brandenburg und Pommern,²⁶ er kehrte also nicht nur in eine Tätigkeit, sondern auch eine Region zurück, die ihm vertraut war. Zudem bewegte er sich weiterhin im völkischen Milieu, denn er schloss sich bei seiner Rückkehr aufs Land dem „Bund der Artamanen“ an, einem antiurban, antislawisch und antisemitisch ausgerichteten Verband, der seine ideologische Legitimation aus dem vermeintlichen Gegensatz „Bauer“ und „Jude“ bezog.²⁷

Auch Himmler war Mitglied des Bundes und 1930 bereits zum „Gauführer der Artamanen“ in Bayern aufgestiegen – ein stolzer Name angesichts von kaum mehr als 30 Mitgliedern. Er entwickelte in seinen Reden, die er im Laufe der frühen dreißiger Jahre bei mehreren Versammlungen der Artamanen hielt, eine Vision, wie die Besiedlung des „deutschen Kerngebietes“ Gestalt annehmen könne. Bei einer solchen Gelegenheit sahen sich Höß und Himmler wieder.²⁸ Bei den Artamanen lernte Höß auch die um sieben Jahre jüngere Hedwig Hensel kennen, mit der er am 17. August 1929 in Neuhäsen bei Löwenberg die Ehe schloss. Im Februar 1930 wurde ihr erstes Kind geboren; bis Kriegsende hatte die Familie vier weitere Kinder. Ein Familienleben mit vielen Kindern war für Höß auch eine weltanschaulich bedingte Entscheidung.²⁹

²⁵ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 52. Die folgenden Zitate: ebd., S. 52 f.

²⁶ Eidesstattliche Erklärung Höß vom 14.3.1946, IfZ, Nbg. Dok. NO-1210.

²⁷ Vgl. MICHAEL H. KATER, Die Artamanen. Völkische Jugend in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 213 (1971), S. 577–638.

²⁸ Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 190.

²⁹ Vgl z. B. ebd., Bl. 199.

Am 20. September 1933 trat Höß in die SS ein. Er sei, so schrieb er nach dem Krieg verharmlosend, „als ehemaliger Kavallerist von der Partei und Gutsbesitzern“ dazu bestimmt worden, auf dem Gut Sallentin in Pommern eine Gruppe Reiter-SS aufzustellen.³⁰ Tatsächlich jedoch war der Bund der Artamanen seit Beginn der dreißiger Jahren zerfallen. Sukzessive gingen die noch bestehenden Untergruppen in den Gliederungen der NSDAP auf, hatte doch zwischen beiden Organisationen schon seit Mitte der zwanziger Jahre eine starke ideologische und personelle Affinität geherrscht.³¹

Insbesondere die SS erschien vielen als diejenige Organisation, die am konsequentesten die Ziele des Bundes weiterverfolgte.³² Im Sommer 1934 schlug Himmler, der in Stettin die pommerschen SS-Standarten besichtigte und dabei erneut mit Höß zusammentraf, diesem vor, in den Dienst der SS-Totenkopfverbände zu treten.³³ Höß erwog die in Aussicht gestellte Beförderung und die damit verbundenen finanziellen Vorteile und entschied zugunsten Himmlers Vorschlag. Ausschlaggebend für ihn, so schrieb er später in stilisierender Manier, sei jedoch die „Verlockung [gewesen], wieder Soldat werden zu können“.³⁴ Anfang Dezember 1934 zog Höß mit seiner Familie nach Dachau.

Die „Dachauer Schule“

Die militärische Ausbildung, die Höß in Dachau durchlief, bestand aus einer physischen und psychischen Tortur, die darauf zielte, die SS-Männer zu willenlosen Werkzeugen zu degradieren. Kaum jemand konnte dies zugeben. Die Männer gefielen sich stattdessen darin, im Kreis der „Kameraden“, in aller Öffentlichkeit und in ihren Erinnerungen eine Glorifizierung von „Härte“ und „Soldatentum“ zu betreiben. Sie behaupteten, durch die Prozedur zu „harten Männern“ gereift zu sein. Nur wenige konnten eingestehen, dass sie den pervertierten militärischen Drill als Demütigung und inhumane Schikane erfuhren.

³⁰ Eidesstattliche Erklärung Höß vom 14.3.1936, IfZ, Nbg. Dok. NO-1210.

³¹ KATER, Artamanen (Anm. 27), S. 620 f.

³² Zu Himmlers Rolle bei den Artamanen und deren Vorbildfunktion für die SS vgl. ausführlich ebd., S. 622–638.

³³ Eidesstattliche Erklärung Höß vom 14.3.1946, IfZ, Nbg. Dok. NO-1210, vgl. Rudolf Höß (Anm. 2), S. 176. In seinem Lebenslauf vom 19.6.1936 schrieb Höß, seinem militärischen Selbstverständnis entsprechend, er sei im November 1934 von Himmler „zur Dienstleistung in einem K.L.“ befohlen worden. Lebenslauf Höß vom 19.6.1936, BAB, BDC, SSO Rudolf Höß.

³⁴ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 54.

Doch die militärische Ausbildung umfasste nur einen Teil der Dienstzeit. Zur Aufgabe der Lager-SS gehörte es in erster Linie, die KL-Häftlinge zu bewachen. Welche Feindbilder versuchte Theodor Eicke, der Kommandant des KL Dachau und spätere „Inspekteur der Konzentrationslager“, zu vermitteln? In der am 1. Oktober 1933 erlassenen „Disziplinar- und Strafordnung für das Gefangenentalager“ hieß es einleitend: „Toleranz bedeutet Schwäche. Aus dieser Erkenntnis heraus wird dort rücksichtslos zugegriffen werden, wo es im Interesse des Vaterlandes notwendig erscheint.“³⁵ Eicke versuchte, die SS-Männer gegen die Häftlinge aufzuwiegeln:

„Dort hinter dem Draht lauert der Feind und beobachtet all Euer Tun, um Eure Schwäche für sich zu nutzen. Gebt Euch keine Blößen, zeigt diesen Staatsfeinden die Zähne. Jeder, der auch nur die geringste Spur von Mitleid mit diesen Staatsfeinden erkennen lässt, muss aus unseren Reihen verschwinden. Ich kann nur harte, zu allem entschlossene SS-Männer gebrauchen, Weichlinge haben bei uns keinen Platz!“³⁶

Das „Interesse des Vaterlandes“ und die vermeintliche Gefährlichkeit der Häftlinge waren die Bezugssgrößen, mit denen Eicke Brutalität zu legitimieren suchte. Zudem ließ er Gewalttätigkeit als Inbegriff von Männlichkeit erscheinen. Um ihres Selbstbildes willen, aus Angst vor dem Spott der „Kameraden“ und vor den Sanktionen der Vorgesetzten schlugen die SS-Männer zu; nichts fürchteten sie mehr als das Verdict der „Weichheit“.

Eicke gewöhnte die SS-Männer, vor allem die SS-Rekruten, gezielt daran, Gewalt auszuüben. Er ließ sie zum Vollzug der Prügelstrafe antreten, sie lernten, mit eigenen Händen zu foltern und zu töten. Zahlreiche KL-Überlebende berichteten, wie dies vonstatten ging:

„Täglich erschien ein SS-Unterführer zur ‚Blockkontrolle‘ [im Block der jüdischen Häftlinge], das ging selten ohne Brutalitäten ab. Besonders schlimm aber war es, wenn ein ‚Neuer‘ zum ‚Anlernen‘ dabei war. [...] Nun legte der ältere der beiden SS-Männer los: ‚Was - das soll Ordnung sein?! Ein Sauhaufen ist das! Hinlegen! Auf! Hinlegen! Auf!‘ [...]. So ging das eine Zeitlang. Und dann zu dem anderen SS-Mann, auf einen Gefangenen zeigend: ‚Tret‘ dem Kerl in den Bauch!‘ In neun von zehn Fällen schreckte der Jüngere vor diesem Befehl zurück. Und dann ging es weiter: ‚Was, Du hast Schiss vor dem Saujuden? Du willst ein Soldat des Führers sein? Ein Feigling bist du!‘ So ging es

³⁵ Die „Disziplinar- und Strafordnung für das Gefangenentalager“ sowie die zeitgleich erlassene „Dienstvorschrift für die Begleitposten und Gefangenentbewachung“ sind auszugsweise abgedr. in: IMG, Bd. 26, S. 291–297, Dok. 778-PS.

³⁶ Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 231.

von Block zu Block [...]. Oft waren dann die Hemmungen des Jüngeren schon gebrochen, er trat und schlug, um ‚Härte‘ zu beweisen.“³⁷

Höß durchlief in Dachau eine Art Schulung, die „Dachauer Schule“. Durch die Praxis erwarben die SS-Männer ihr handlungsleitendes Wissen über die Behandlung der KL-Häftlinge und nicht durch die selten anberaumten weltanschaulichen Schulungen. Gleichwohl kam der NS-Ideologie eine wichtige Funktion zu. Denn die SS-Männer agierten in Dachau, dem Columbia-Haus, Esterwegen oder der Lichtenburg das aus, was bis zur „Machtergreifung“ vorwiegend in Schriften und Worten präsent war. Sie prügelten und schikanierten die von ihren Vorgesetzten als „Staatsfeinde“ bezeichneten politischen Häftlinge, die als „asozial“ geltenden homosexuellen Gefangenen und in besonderem Maße die Juden. Es waren die jüdischen Gefangenen, die zu einem überproportional hohen Prozentsatz Opfer ihrer tödlichen Gewalt wurden. Schon das verweist auf die Bedeutung der ideologischen Aufladung der SS-Männer. Im Grunde erwies sich die „Dachauer Schule“ als Initiationsritus, der die SS-Männer unempfindlich gegen ihre eigenen Gefühle – und die Qualen der Gefolterten – machen, vor allem jedoch in die Gruppe der Täter integrieren sollte. Die gemeinsam begangenen Verbrechen schweißten die Gruppe zusammen.

Die meisten SS-Rekruten beugten sich der „Dachauer Schule“. Zahlreiche Männer, die wie Höß Mitte der dreißiger Jahre unter Eickes Einfluss geraten waren, erfüllten dessen Erwartungen und stiegen binnen kurzer Zeit innerhalb der Lager-SS auf. Meist erreichten sie bereits Mitte der dreißiger Jahre das SS-Führerkorps, das in diesem Zeitraum nur wenig mehr als ein Dutzend Männer umfasste. Allmählich bildete sich in den kleinen Zirkeln der SS-Führer in Dachau, Sachsenhausen oder Buchenwald ein soziales Netz dienstlicher und „kameradschaftlicher“ Beziehungen heraus, auf dem die spätere Stellenbesetzungspraktik basierte. Unter der Anleitung der Älteren, vor allem der Kommandanten und der Führer der Wachmannschaften (die bis Kriegsbeginn eine ähnlich prominente Stellung wie jene einnahmen), wurden die jungen SS-Führer seit Mitte der dreißiger Jahre regelrecht zum Abteilungsleiter oder Kommandanten aufgebaut.

Adjutant im KL Sachsenhausen

Seit der Verlegung des Dienstsitzes der „Inspektion der Konzentrationslager“ (IKL) am 2. August 1938 nach Oranienburg stand das SS-Führer-

³⁷ Bericht eines deutschen politischen Häftlings des KL Buchenwald, abgedr. in: Buchenwald. Ein Konzentrationslager, Bericht der ehemaligen KL-Häftlinge Emil Carlebach u. a., hg. v. Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora, Frankfurt/M. 1984, S. 109 f.

korps des KL Sachsenhausen in direktem und engem Kontakt zu der für das KL-System verantwortlichen SS-Bürokratie. Beide Gruppe verschmolzen zu einem - dem Oranienburger - SS-Führerkorps.

Am 1. August 1938 holte der Lagerkommandant des KL Sachsenhausen, Hermann Baranowski, Höß als seinen Adjutanten dorthin.³⁸ Damit war Höß – so seine Formulierung – der „Hass-Atmosphäre“ Dachaus entkommen, womit er auf den Dachauer Kommandanten Hans Loritz anspielte, seinen persönlichen Widersacher. In seinen Augen war Loritz der Prototyp des willkürlichen, grausamen und korrupten KL-Kommandanten. Im Gegensatz zu diesem, so Höß, sei Baranowski ein vorbildlicher Kommandant gewesen, ein „uralter SS-Führer und Nationalsozialist, sehr streng und hart, aber doch von peinlichem Gerechtigkeitsgefühl und fanatischem Pflichtbewusstsein“.³⁹ Die Beschreibung sagt jedoch mehr über Höß als über die Realität aus. Baranowskis Verhalten gegenüber den KL-Häftlingen – sie nannten ihn bezeichnenderweise „Vierkant“ – unterschied sich kaum von dem eines Loritz'. Höß' Bewunderung für Baranowski lag vielmehr die Tatsache zugrunde, dass er diesem die Versetzung nach Sachsenhausen, insbesondere seinen Aufstieg zum Abteilungsleiter, verdankte. Als Adjutant erhielt er einen genauen Einblick in das Machtzentrum des KL Sachsenhausen, und durch die räumliche Nähe zur IKL geriet er zudem in engsten Kontakt zu den entscheidenden Männern der übergeordneten Dienststelle. Er kam mit ihnen – mit Eicke, Richard Glücks, Arthur Liebehenschel oder Oswald Pohl – dienstlich und privat häufig zusammen.⁴⁰ Außerdem erlebte Höß unmittelbar, dass sich Sachsenhausen innerhalb des KL-Systems zum Leitlager entwickelte. Höß umschrieb diesen Prozess mit der ihm eigenen Formulierung:

„Auch bestand in Sachsenhausen nicht die Hass-Atmosphäre wie in Dachau, trotz Eickes Dienststelle am Platze. Doch war die Truppe eine andere. Viele junge Rekruten, viele junge Führer von den Junkerschulen. Alte ‚Dachauer‘ [waren] nur vereinzelt anzutreffen.“⁴¹

Höß stimmte, wie er selbst 1947 noch bekannte, Eickes Lehren grundsätzlich zu – mit einer, allerdings entscheidenden Ausnahme. Er habe niemals den Hass geteilt, den jener in die SS-Männer „hineintrommelte“, noch glaube er, dass die Grausamkeit und die Willkür, mit denen diese, durch

³⁸ Baranowski und Höß kannten einander aus Dachau, wo Baranowski als Schutzhaftlagerführer Dienst getan hatte.

³⁹ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 71.

⁴⁰ Höß und Liebehenschel wohnten Haus an Haus, Pohl erschien häufig zu Gast bei der Familie Höß. Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 250.

⁴¹ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 71. Die folgenden Zitate: ebd., S. 63–69.

Eickes Drill aufgestachelt, die KL-Insassen traktierten, geeignete Mittel der Häftlingsbehandlung seien. „Aus dieser Hass-Einstellung heraus“, so behauptete Höß nach Kriegsende, „sind all die Quälereien, die Misshandlungen der Häftlinge zu erklären“. In bewusster Distanz zu Eicke gab er an, keinen Hass gegen die Gefangenen zu empfinden. Höß imagined sich bis zu seinem Tod als SS-Führer, der mit „Strenge, gepaart mit Wohlwollen und Verständnis“ agierte, nicht jedoch mit „Willkür und offensichtlich ungerechter Behandlung“. Nicht Emotionen leiteten, so suggerierte Höß, sein Handeln, sondern der Verstand.

Ruhigen Sinnes betrachtet, so Höß weiter, hätten sich die KL-Häftlinge keineswegs als die von Eicke beschworenen „gefährlichen Staatsfeinde“ erwiesen. Vielmehr seien die Dachauer Häftlinge

„harmlose, friedfertige Menschen [gewesen], die, nachdem sie eingesehen hatten, dass ihre Welt zertrümmert war, nur noch den Willen hatten, friedlich einer auskömmlichen Arbeit nachzugehen und zu ihrer Familie zurückkehren zu können“.

Man hätte sie entlassen können, „ohne dass dem Dritten Reich auch nur der geringste Schaden entstanden wäre“. Nur einen geringen Teil der politischen Häftlingen hätte man wegen ihrer „fanatischen“ Überzeugung dauerhaft verwahren müssen. Die wirkliche Gefahr für den Staat und das deutsche Volk habe von anderen KL-Häftlingen gedroht: von den „Berufsverbrechern“ und „Asozialen“. Diesen habe dauerhaft „die Freiheit entzogen werden [müssen], um das Volk vor ihrem schädigenden Einfluss zu schützen“. Eicke allerdings habe die Gefahr, die von diesen Häftlingsgruppen ausgehe, nicht erkannt: Er sei

„bei den Staatsfeinden stecken geblieben. Das war überholt. Die Insassen der K.L. waren nur noch zu zehn Prozent politische Häftlinge, alle anderen waren Berufsverbrecher, Asoziale usw. Eickes Anordnungen und Befehle in Häftlingsfragen in späteren Zeiten sind vom Schreibtisch aus gesehen und fußen noch auf seinen Dachauer Erfahrungen und Anschauungen. Er brachte nichts Neues, nichts Umwälzendes mehr.“⁴²

Eicke und Höß sahen nicht dieselben Personengruppen als gefährlich an; aus der unterschiedlichen Definition resultierten auch verschiedene Konzepte der Gegnerbekämpfung. Höß warf Eicke vor, er verharre bei der Verfolgung der politischen Gegner des Nationalsozialismus, während doch offensichtlich sei, dass die Arbeiterbewegung zerschlagen, die Mehrzahl der politischen Häftlinge „harmlos“ sei und ihren Frieden mit dem neuen Regime suche. Die „wirklichen Gegner des Staates“, die „Asozialen“ und

⁴² Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 236.

„Berufsverbrecher“, hätten die „alten Dachauer“ (also SS-Führer wie Eicke oder Loritz) gar nicht wahrgenommen. Diesen Häftlingsgruppen sprach Höß jede „Erziehungsfähigkeit“ ab, sie müssten – um des Wohles der nationalsozialistischen Gemeinschaft willen – dauerhaft „verwahrt“ oder „ausgemerzt“ werden.

Gegen die „alten Dachauer“ setzte Höß eine neue Generation der Lager-SS. Entscheidend ist, dass sich sein Weltbild hier nun – scheinbar – bestätigte. 1937 und verstärkt seit 1938 setzten in Umfang und Systematik bislang ungekannte Verfolgungswellen ein: Sie waren Ausdruck und Resultat der seit Beginn des Jahres 1937 greifenden Umsetzung des gesellschaftsbiologischen Konzeptes der Politischen Polizei in die Praxis der Verfolgungsbehörden.⁴³ Während die SS Dachau weiterhin zur Inhaftierung der politischen Regimegegner nutzte, sperrte sie die Opfer der „Asozialenaktionen“ in die KL Buchenwald und Sachsenhausen (sowie seit seiner Errichtung im August 1938 in das KL Flossenbürg). Im KL Sachsenhausen befanden sich Ende 1938 über 60 Prozent „kriminelle“ bzw. „asoziale“ Häftlinge. Nur etwa 20 Prozent trugen den roten Winkel der politischen Schutzhäftlinge.⁴⁴ Höß traf in Sachsenhausen also tatsächlich auf eine Häftlingsgesellschaft, die sich nicht aus den von Eicke beschworenen „Staatsfeinden“ zusammensetzte, sondern aus Gefangenen, die Höß als die wirkliche Gefahr „für den Staat, das Volksganze“ ansah.⁴⁵ Ihnen müsste – so Höß – dauerhaft „die Freiheit entzogen werden, um das Volk vor ihrem schädigenden Einfluss zu schützen“.

Der Hauptfeind des deutschen Volkes war jedoch aus Sicht von überzeugten Nationalsozialisten wie Höß das „Weltjudentum“. Höß setzte sich dabei von dem Antisemitismus des *Stürmers* wegen seiner „üblen Aufmachung“ und berechnenden „Wirkung auf niedrigste Instinkte“ dezidiert ab. Diese Form des Antisemitismus habe, so Höß, „dem ernsthaften Antisemitismus nicht genutzt, sondern im Gegenteil bösen Abbruch getan“. Der „ernsthafte Antisemitismus“, zu dem er sich bekannte, werde nicht von „persönlichen“ Hassgefühlen gegen Juden gespeist, sondern von einer gleichsam rational begründeten Sichtweise auf die Geschichte und die Auseinandersetzung der „Rassen“. „Wenn man das Judentum geistig bekämpfen wollte, so musste man sich schon besserer Waffen [als *Der Stürmer*] bedienen.“ Eine Bestätigung seines Weltbildes erlebte Höß im November 1938:

⁴³ Zum Folgenden vgl. KARIN ORTH, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999, S. 33–61.

⁴⁴ Zahlen nach: KLAUS DROBISCH/ GÜNTHER WIELAND, System der NS-Konzentrationslager 1933–1939, Berlin 1993, S. 288.

⁴⁵ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 67. Die folgenden Zitate: ebd., S. 69 und 112–114.

„Bis dahin war Sachsenhausen fast judenfrei, nun auf einmal die Judeninvasion. Bis dahin waren Bestechungen für Sachsenhausen ein unbekannter Begriff. Jetzt ging es aber in gehäuften Fällen, in allen Formen los. [...] Es musste den Juden das Geld gesperrt werden, weil sonst eine nicht mehr zu bändigende Unordnung ins Lager gekommen wäre. Gegenseitig taten sie sich Abbruch, wo sie nur konnten. Jeder suchte, sich ein Pöstchen zu ergattern, ja sie erfanden unter der Duldung willfährig gemachter Kapos immer neue Pöstchen, um sich vor der Arbeit zu drücken. Um eine ruhige Stellung zu erobern, scheuteten sie sich nicht, ihre Mithäftlinge durch falsche Anschuldigung zu entfernen. Waren sie nun ‚etwas geworden‘, so schurigelten und drangsalierten sie ihre Rassegenossen mitleidlos und gemein. Sie übertrafen die ‚Grünen‘ in jeder Art.“⁴⁶

Alle antisemitischen Stereotype über die „jüdische Rasse“ sind in dieser Schilderung enthalten – zudem der Hinweis, dass „die Juden“ schlimmer seien als die „Berufsverbrecher“, die aus der Perspektive von Höß „ausgelöscht“ werden mussten.

Höß setzte sich Ende der dreißiger Jahre von der „Dachauer Schule“ ab. Er bildete seine Gegnerdefinition und seine Konzeption der Gegnerbekämpfung an der Häftlingszwangsgesellschaft des KL Sachsenhausen aus, die sich seit 1938 erheblich von der in Dachau zu Beginn der dreißiger Jahre unterschied. Dieses Konzept beruhte auf einem Verständnis von Nationalsozialismus, das die politischen Kampffronten der „Machtergreifungsphase“ überwunden hatte und sich nicht mehr an politischen, sondern an sozialbiologischen Kriterien orientierte. Die politischen Gegner des NS-Regimes waren besiegt. Nun galt es, den „deutschen Volkskörper“ von „schädigenden Elementen“ zu reinigen: „Berufsverbrecher“, „Asoziale“ und vor allem Juden. Er setzte an die Stelle der „Staatsfeindkonzeption“ Eickes eine neuartige, eine biologistische Gegnerdefinition. Das war das „Neue, Umwälzende“, das ihn von Eicke und der „Dachauer Schule“ unterschied.

Kommandant in Auschwitz

Mit der Expansion des KL-Systems seit Kriegsbeginn stieg Höß erstmals zum Kommandanten auf. Die IKL setzte ihn im Frühjahr 1940 als Kommandanten des neu eingerichteten KL Auschwitz ein. Höß verband mit Auschwitz zwei Visionen: Zum Einen war Auschwitz „sein“ Konzen-

⁴⁶ Ebd., S. 113. Vgl. ebd., S. 114 f. und (besonders schrecklich in seiner Schilderung des „Sonderkommandos“ in Birkenau) S. 130 f. Vgl. auch Höß’ rassistische Schilderung der sowjetischen Kriegsgefangenen sowie der „Zigeuner“, ebd., S. 107–110. Als die „Grünen“ bezeichnet Höß die in den KL an dem grünen Winkel an ihrer Häftlingskleidung erkennbaren „Kriminellen“ oder „Berufsverbrecher“.

trationslager⁴⁷, in dem er nun sein eigenes Konzept der Gegnerverfolgung durchsetzen wollte. Zum Zweiten sah Höß nun eine Möglichkeit, ein Lebensziel zu verwirklichen, das er seit Anfang der dreißiger Jahre verfolgte und von dem er „nie [...] abgewichen“ sein will: die Errichtung von deutschen Siedlungen.⁴⁸ Höß betrachtete Auschwitz als Siedlungsgebiet für sich selbst und seine Familie, darüber hinaus jedoch als Kerngebiet deutscher Siedlung im Osten.

Höß entwickelte, so behauptete er zumindest retrospektiv, eine ungeheure Energie. „Schon von Anfang an war ich von meiner Aufgabe, meinem Auftrag, voll erfüllt, ja besessen.“⁴⁹ Als seine Hauptaufgabe sah er den „mit allen Mitteln vorwärtszutreibenden Aufbau aller zum Bereich des KL Auschwitz gehörenden Anlagen der SS“ an. Er wollte mit dem Gesamtkomplex etwas „Neues, etwas Umwälzendes“ schaffen, und glaubte deshalb, „mit allem Herkömmlichen, mit allen zur Tradition gewordenen Bräuchen am KL“ brechen zu müssen. Die Methoden, die Höß beschrieb, um sein Ziel zu verwirklichen, reduzierten sich im Kern auf die „zähe Arbeit aller“. Und das umfasste in seiner Vorstellung alle in Auschwitz lebenden Personen: „vom Kommandanten bis zum letzten Häftling“. An zahlreichen Stellen betonte Höß, dass er selbst „rastlos“ gearbeitet und darüber hinaus versucht habe, die ihm unterstellten SS-Männer zu ähnlichen Leistungen anzuregen. Er blieb in seiner Wahrnehmung jedoch immer der

„Motor [...], der unermüdlich, rastlos zur Arbeit am Aufbau antrieb, der immer und immer wieder alle vorwärtstreiben und mitreißen musste, ganz gleich, ob SS-Mann oder Häftling“.

Die KL-Insassen wollte Höß anders behandelt wissen als in Dachau, nämlich „entgegen der in den KL allgemein üblichen Art“. Höß behauptete, mit der „Dachauer Schule“ gebrochen und in bewusster Distanz zu Eicke und dessen „Staatsfeindkonzeption“ sein eigenes Konzept der Gegnerbekämpfung umgesetzt zu haben. Dass dies nicht gelang, lag – so nahm Höß es wahr – nicht an der Undurchführbarkeit der Aufgabe, nicht an seiner Konzeption und keinesfalls an ihm selbst. Sein Selbstbildnis und der sein Handeln als Kommandant des KL Auschwitz rechtfertigende Charakter seiner Krakauer Niederschrift erlaubten nicht, ein Scheitern der Konzeption zuzugeben oder gar einzustehen, dass seine Tätigkeit das ungeheure Leid der KL-Häftlinge in Auschwitz erst verursachte. Die Schuld an den Zu-

⁴⁷ So Höß in einem Gespräch mit seinem Schwager, zit. nach: SEGEV, Commanders (Anm. 16), S. 302.

⁴⁸ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 54. Vgl. ebd., S. 179.

⁴⁹ Ebd., S. 96. Die folgenden Zitate stammen (sofern nicht anders angegeben) aus: ebd., S. 96–101.

ständen im Lager Auschwitz, in dem binnen kurzer Zeit weitaus schlimmere Bedingungen herrschten als jemals in einem KL auf Reichsgebiet, gab er anderen: vor allem den ihm unterstellten SS-Männern (insbesondere den Schutzaftlagerführern), die weiterhin im „Dachauer-Geist“ oder generell unfähig gehandelt hätten;⁵⁰ zudem ungeeigneten Funktionshäftlingen, die nicht seinem „Wollen“ entsprochen hätten.⁵¹ Auch hätte ihn die IKL nicht unterstützt,⁵² und außerdem sei er von Himmler mit immer neuen Plänen konfrontiert und mit deren Durchführung allein gelassen worden. „Über das ‚Wie‘“, so habe Himmler ihn angefahren, „zerbrechen Sie sich den Kopf, nicht ich“.⁵³ Schließlich seien ihm Häftlinge zugewiesen worden, die den Belastungen nicht standgehalten hätten, weil sie bereits krank oder entkräftet in Auschwitz angekommen seien, auch hätte die Überfüllung des Lagers zu „unhaltbaren Zuständen“ geführt.⁵⁴ Kurz: die Umstände waren schuld, während er, Höß, rastlos und von der Größe der Aufgabe getrieben, eine Sisyphusarbeit verrichtet habe.

Die Beauftragung Höß' durch Himmler

Lange Jahre wurde der Zeitpunkt, an dem die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen worden sei, auf den Sommer 1941 datiert. Die Forschung stützte sich unter anderem auch auf Aussagen von Höß. Er sei – so berichtete dieser mehrfach – im Sommer 1941 zu Himmler bestellt und mit der Durchführung der „Endlösung“ beauftragt worden. Seine Berichte sind in sich jedoch höchst widersprüchlich und lassen, auch textimmanent, darauf schließen, dass die Datierung, die Höß vornimmt, auf einen zeitlichen Irrtum zurückzuführen ist. Ein Beispiel: In einer eidesstattlichen Erklärung für den Internationalen Gerichtshof in Nürnberg sagte Höß:

„Ich hatte im Juni 1941 den Befehl erhalten, in Auschwitz Vernichtungsmöglichkeiten einzurichten. Zu jener Zeit gab es im Generalgouvernement schon drei weitere Vernichtungslager: Belzek, Treblinka und Wolzek.“⁵⁵

⁵⁰ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 92–94, 100, 118–121, 153 f.; vgl. Niederschrift Höß, IfZ, F 13, Bd. VII, S. 430–437, und Bd. VIII, S. 434–443.

⁵¹ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 92 f., 100 f.

⁵² Ebd., S. 94, 96 f.; Niederschrift Höß, IfZ, F 13, Bd. VII, Bl. 383–392; Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 a, Bl. 124.

⁵³ Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 214. Vgl. Rudolf Höss (Anm. 2), S. 99, 123 f., 179 f.

⁵⁴ Ebd., S. 123.

⁵⁵ Erklärung von Höß vor dem Internationalen Militärtribunal, verlesen am 15.4.1946 im Gerichtssaal, als Höß als Zeuge für Kaltenbrunner aussagte, IMG, Bd. 11, S. 459 f. [Mit dem – nicht existierenden – Ortsnamen „Wolzek“ meint Höß das Vernichtungslager Sobibor]

Vorausgesetzt, Letzteres trifft zu, die Vernichtungsstätten der „Aktion Reinhard“ bestanden also bereits, ist offensichtlich, dass sich Höß in der zeitlichen Einordnung der „Beauftragung“ irrte. Die von Höß genannten Vernichtungsstätten wurden erst im Winter 1941/42 errichtet. Zeitliche Irrtümer sind darüber hinaus an zahlreichen anderen Stellen in Höß’ Äußerungen und Niederschriften zu finden.⁵⁶ Höß kann daher nicht als Garant für eine exakte Datierung einzelner Ereignisse herangezogen werden; eine Tatsache, die Höß selbst bewusst war.⁵⁷

Seine Berichte geben in erster Linie Auskunft über die Art und Weise, wie er sich selbst sah. Höß war sich der Ungeheuerlichkeit dessen, was Himmler ihm befahl, bewusst. Aus mehreren Gründen zögerte er nicht, den Befehl umzusetzen: Höß konnte sich aufgrund seines eigenen Selbstverständnisses der Ausführung eines Führerbefehls nicht verweigern (unabhängig davon, ob es einen solchen tatsächlich gab, wusste Himmler ihn als Legitimation zu nutzen). Er empfand zudem als „schicksalhafte“ Wendung und persönliche Auszeichnung zugleich die Tatsache, dass Himmler ausgerechnet ihn auserwählt hatte, diese Aufgabe durchzuführen. Eigentlich habe damit – so seine Imagination – eine bedeutendere Person beauftragt werden müssen. Tatsächlich behauptete Höß, dass Himmler „erst einen höheren SS-Führer für diese Aufgabe“ ausgesucht, sich aber dann für ihn entschieden hätte. Er gehörte somit zum kleinen Kreis der „Eingeweihten“⁵⁸, mehr noch, ihm war die Ausführung einer historischen Mission übertragen worden. Er sah den Befehl auch als eine Herausforderung an: eine Herausforderung an ihn als Lagerkommandanten (den Befehl „logistisch“ umzusetzen) und eine Herausforderung an ihn als SS-Führer, auch den „härtesten“ Befehl durchzuführen (eine Herausforderung auch insoweit, als er Zeit seines Lebens befürchtete, „zu weich“ zu sein). Schließlich sah er die Vernichtung der Juden als notwendig an:

bor, das er in einer früheren Vernehmung ohne Namensangabe korrekt in der Umgebung von Chelm verortete, JAMIE McCARTHY, The „Wolzek“ Paradox, <http://www.holocaust-history.org/auschwitz/wolzek-paradox/> (30.11.2009), Anm. d. Hg.]. Vgl. zum Folgenden: KARN ORTH, Rudolf Höß und die „Endlösung der Judenfrage“. Drei Argumente gegen deren Datierung auf den Sommer 1941, in: Werkstatt Geschichte 6 (1997), H. 18, S. 45–57.

⁵⁶ So datierte Höß die Eingliederung der IKL in das WVHA in der Regel auf das Jahr 1941 und nicht auf Frühjahr 1942 (Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 240 und 224; Rudolf Höß [Anm. 2], S. 139), den Tod Eickes auf das Frühjahr 1942 und nicht auf den Februar 1943 (Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 237).

⁵⁷ Vgl. Rudolf Höß (Anm. 2), S. 154 f.

⁵⁸ In diesem Sinne ist auch die Erinnerung Höß’ zu deuten, Himmler habe bei ihrer Unterredung seinen Adjutanten hinausgeschickt und ihm verboten, selbst mit Glücks über seine Aufgabe zu sprechen. Ebd., S. 157.

„Und es wurde immer betont, dass, wenn Deutschland am Leben bleiben sollte, das Weltjudentum ausgerottet werden müsste, und wir alle hielten es für die Wahrheit. Das war das Bild, das ich im Kopf hatte. Und als Himmler mich zu sich rief, übernahm ich den Auftrag als etwas, was ich bereits vorher akzeptiert hatte - nicht nur ich, jeder. Ich hielt es für absolut richtig, trotz dieses Befehls, der die stärksten und kältesten Menschen erschüttert hätte, [...] und obwohl er mich vorübergehend erschreckte, ... es passte alles doch ganz genau zu dem, was mir seit Jahren gepredigt worden war. Das Problem selbst, die Ausrottung des Judentums, war nicht neu – nur dass *ich* derjenige sein sollte, sie durchzuführen, ängstigte mich zuerst. Aber nachdem ich den eindeutigen, direkten Befehl und sogar eine Erklärung dazu bekommen hatte – da blieb nichts anderes übrig, als ihn auszuführen.“⁵⁹

Höß betonte in seinen Erinnerungen, dass er selbst Adolf Eichmann, dem Beauftragten des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), vorgeschlagen habe, die Juden durch Zyklon B zu töten. Er legitimierte diese Art des Mordens mit zwei Argumenten: Zum einen kämen die „Tötung durch die Motoren-Abgase in Lastwagen, wie sie bisher im Osten“, sowie die „Tötung durch Kohlenoxyd-Gas, [...] wie die Vernichtung der Geisteskranken an einigen Stellen im Reich“ durchgeführt wurde,⁶⁰ für Auschwitz aus logistischen Gründen (er nannte Umbauarbeiten und Beschaffungsengpässe) nicht in Frage.

Sein zentrales Argument zielt jedoch in eine andere Richtung. Das Töten durch Zyklon B sei humaner für die Täter – und die Opfer:

„Mir graute immer vor den Erschießungen, wenn ich an die Massen, an die Frauen und Kinder dachte. Ich hatte schon genug von den Geiselexekutionen, von den Gruppen-Erschießungen, die vom RFSS [Reichsführer SS] oder RSHA befohlen wurden. Nun war ich doch beruhigt, dass uns allen diese Blutbäder erspart bleiben sollten, dass auch die Opfer bis zum letzten Moment geschont werden konnten. Gerade dieses machte mir am meisten Sorge, wenn ich an die Schilderungen Eichmanns von dem Niedermähen der Juden mit MG [Maschinengewehr] und MP [Maschinenpistole] durch die Einsatz-Kommandos dachte. Grauenhafte Szenen sollen sich dabei abgespielt haben: das Weglaufen von Angeschossenen, das Töten der Verwundeten, vor allem der Frauen und Kinder. Die häufigen Selbstmorde in den Reihen der Einsatz-Kommandos, die das Im-Blut-Waten nicht mehr ertragen konnten. Einige sind verrückt geworden. Die meisten haben sich mittels Alkohol über diese schaurige Arbeit hinweggeholfen.“⁶¹

⁵⁹ Aussage Höß vom 16.4.1946, zit. nach: GUSTAVE M. GILBERT, Nürnberger Tagebuch, Frankfurt/M. 1962, S. 260 f.

⁶⁰ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 158.

⁶¹ Ebd., S. 127.

Es muss kaum betont werden, dass das Leid der Opfer, die Qual ihres Todes der Erinnerung von Höß Hohn spricht. Seine verzerrte Sicht der Ereignisse lässt sich am ehesten als Versuch der Selbstlegitimierung und als Entlastungsstrategie verstehen. Ohne die Zuhilfenahme einer solchen Konstruktion, die den Mord zum „humanen Verfahren“ umdeutet, hätte Höß wohl weder töten noch darüber berichten können.

Die „Höß-Aktion“

Am 22. November 1943 teilte das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA), dem die Konzentrationslager seit März 1942 unterstanden, den Lagerkomplex Auschwitz in drei formal eigenständige KL (das Stammlager Auschwitz, Auschwitz-Birkenau sowie die Außenlager) und löste Höß als Kommandanten ab. Dies gab zu zahlreichen Spekulationen Anlass: Höß sei unhaltbar geworden aufgrund einer in Auschwitz tagenden SS-Sonderkommission, „da das englische Radio zu viel von der Vernichtung von Häftlingen in Auschwitz berichte“, oder auch, da er „zum Schluss horizontalmäßig zu klein gewesen [war], um den gewaltigen KL-Bereich Auschwitz zu bearbeiten“.⁶² Diese Einschätzungen sind wenig überzeugend, da man Höß nicht degradierte, sondern ihn im Gegenteil zum Chef des zentralen Amtes D I in der Amtsgruppe D ernannte.

Als Chef des Zentralamtes wollte er, so behauptete Höß später, den „Kommandanten in erster Linie [...] helfen, all die Aufgaben meines Amtsbereiches vom Lager aus zu sehen. Also umgekehrt zu verfahren, als bisher vom D I üblich“.⁶³ Tatsächlich hielt er, etwa indem er die einzelnen KL häufig inspizierte, engen Kontakt zu den Kommandanten. In erster Linie zeigt seine Aussage jedoch, dass er in geradezu kindischer Manier die führenden Mitglieder der IKL bzw. Amtsgruppe D als unfähig darzustellen versuchte, um seine eigenen „Fähigkeiten“ um so deutlicher herauszustellen. Höß charakterisierte Glücks, Liebehenschel sowie die meisten anderen SS-Führer der Amtsgruppe D als reine „Bürokraten“, die das Lager lediglich „von der Wirklichkeitsfremden, hohen Warte des Schreibtisches“ aus gesehen hätten.⁶⁴ Allein Gerhard Maurer, den Chef des Amtes D II, und Oswald Pohl, den Chef des WVHA, nahm er bei derartigen Tiraden aus.⁶⁵

⁶² Aussage Konrad Morgen vom 12.6.1947, AGB, Buchenwald-Prozesse, U.S. vs. Waldeck et al., roll 12, Bl. 2900.

⁶³ BROSZAT, Höß (Anm. 2), S. 135.

⁶⁴ Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 249.

⁶⁵ Ebd., Bl. 100–107.

Mit der Abkommandierung von Höß ernannte Pohl Arthur Liebehenschel zum Standortältesten und Kommandanten des Stammlagers Auschwitz, Heinrich Schwarz zum Kommandanten der Außenlager (Schwarz nahm seinen Dienstsitz in Monowitz) und Friedrich Hartjenstein zum Kommandanten von Birkenau. Bereits ein halbes Jahr später nahm er seine Entscheidungen teilweise zurück: Er entzog Liebehenschel und Hartjenstein ihrer Posten und schickte Höß als Standortältesten nach Auschwitz zurück. Höß sollte die Nachfolger von Liebehenschel und Hartjenstein einarbeiten, vor allem jedoch eine „Aktion“ durchführen, zu der jene offenbar nicht in der Lage waren: die Ermordung der ungarischen Juden.

Höß begriff seine Aufgabe erneut als Herausforderung, vor der „alle Rücksichten“ fallen mussten.⁶⁶ Die Vernichtung erreichte einen furchtbaren Höhepunkt: 458.000 ungarische Juden trafen seit dem 15. April 1944 in Auschwitz ein; die Lager-SS tötete etwa 350.000 Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft. Die Ermordung der ungarischen Juden ist als die am besten organisierte, schnellste und systematischste Vernichtung einer jüdischen Gemeinde anzusehen.⁶⁷ Der Mord wurde bald die „Ungarn-Aktion“ genannt oder auch – und zwar aufgrund der maßgeblichen Beteiligung von Höß – die „Höß-Aktion“.

Zusammenbruch

Zwischen Mai und Oktober 1944 erreichte der Völkermord in Auschwitz-Birkenau einen schrecklichen Höhepunkt: Innerhalb von nur wenigen Wochen ermordete die Lager-SS einen Großteil der nach Auschwitz deportierten ungarischen Juden, die Häftlinge des „Theresienstädter Familienlagers“ sowie die des „Zigeunerlagers“ und die Insassen des Ghettos in Lodz. Erst im November 1944 ließ Himmler die Vergasungen in Auschwitz-Birkenau stoppen.

In den KL auf Reichsgebiet führte die im letzten Kriegsjahr immens gestiegene Nachfrage der Rüstungsindustrie nach Arbeitskräften, die bedingt war durch den Versuch der NS-Führung, mit allen Mitteln die sich abzeichnende militärische Niederlage abzuwenden, zum erneuten Ansteigen der Zahl der KL-Insassen. Durch massive und wahllose Verhaftungswellen (nun auch im Westen und Norden Europas), die den Rückzug der deutschen Truppen begleiteten, stieg die Zahl der KL-Häftlinge im August 1944 auf

⁶⁶ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 124.

⁶⁷ Zum Schicksal der ungarischen Juden vgl. zuletzt GOTZ ALY / CHRISTIAN GERLACH, Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945, Stuttgart, München 2002.

524.286 Menschen, am 15. Januar 1945 waren 714.211 KL-Häftlinge der Gewalt der Lager-SS ausgesetzt.⁶⁸ Die im letzten Kriegsjahr einsetzende dramatische Überfüllung der KL führte für nahezu alle Gefangenengruppen zu einer lebensbedrohenden Verschlechterung der Haft; die KL-Insassen sahen sich einer dramatischen Verknappung der Ressourcen ausgesetzt, die mit einer Verschärfung von Misshandlungen und „Strafen“ sowie der Ausweitung des „Arbeitseinsatzes“ einherging. Die Todesraten stiegen in ungeheure Höhen, das Massensterben hielt auch während der Todesmärche an. Wohl mindestens ein Drittel – oder gar die Hälfte – der über 700.000 registrierten KL-Häftlinge, die sich im Januar 1945 in der Gewalt der SS befanden, erlebte die Befreiung nicht.⁶⁹

Nur wenige Quellen sind überliefert, die nachzeichnen lassen, wie die Mitglieder der Lager-SS auf die selbstgeschaffene Katastrophe reagierten. Kein einziger KL-Kommandant quittierte den Dienst. Sie glaubten vielmehr, durch verstärkten Terror gegen die KL-Häftlinge sowie durch die Einleitung von standgerichtlichen Disziplinarverfahren gegen Untergebene den Zusammenbruch ihrer Welt aufzuhalten zu können. Sie hielten vor sich und in jeglicher Öffentlichkeit daran fest zu behaupten – obwohl oder gerade weil rings um sie das Lagersystem zusammenbrach, alliierte Truppen in bedrohliche Nähe rückten, ihre Untergebenen sich abzusetzen versuchten und die Konzentrationslager sich in Sterbelager verwandelten –, dass sie weiterhin über einen gewaltigen Machtbereich gebieten würden und diesen vollkommen kontrollieren könnten. *De facto* jedoch war ihre „Macht“ längst zur Schimäre geworden, die nach Kriegsende propagierten Ideale von „rastlosem Arbeitseinsatz“ und „Anständigkeit“ fungierten als Schutzschild angesichts der Katastrophe.

Dass es ihnen nicht gelang, den Zusammenbruch ihrer Welt zu verhindern, lasteten sie später vor Gericht ihren Vorgesetzten, den anderen Lagerkommandanten, ihren Untergebenen oder den KL-Häftlingen an, vor allem aber: „dem Krieg“. Dieser erwies sich – so ihre Wahrnehmung – als der „Stärkere“, gegen den sich der „Wille“ des Einzelnen nicht habe durchsetzen können.⁷⁰ Noch in dieser Deutung verhafteten sie in der nationalsozialistischen Weltsicht, die die Wirklichkeit nicht als Produkt des menschlichen Handelns interpretiert, sondern als Vollzug feststehender Lebensgesetze, des Sieges des Stärkeren über den Schwächeren.

⁶⁸ WVHA/ Amtsgruppe D an Amtsgruppe B vom 15.8.1944: Häftlingsstärkemeldung, IfZ, Nbg. Dok. NO-399; Liste der Konzentrationslager und ihrer Belegung vom 1. und 15.1.1945, BAL, Slg. Schumacher/329.

⁶⁹ Zahlen nach: ORTH, System (Anm. 43), S. 335 und S. 345 f.

⁷⁰ Niederschrift Höß, APMO, Höß-Prozess, H 21 b, Bl. 225; vgl. Rudolf Höß (Anm. 2), S. 140–143.

Mit dem Zusammenbruch ihrer Welt versuchten die SS-Männer unterzutauchen – versehen mit einem neuen Namen und gefälschten Papieren. Höß gab sich seit Kriegsende als Bootsmaat Fritz Lang aus und verdingte sich vorübergehend als Landarbeiter auf einem Bauernhof bei Flensburg. Am 11. März 1946 wurde Rudolf Höß verhaftet und anschließend von der britischen *Field Security Section* mehrfach verhört. Er sagte im April 1946 als Zeuge im Verfahren gegen den Chef des RSHA, Ernst Kaltenbrunner, in Nürnberg aus und in den amerikanischen Nachfolgeprozessen gegen Pohl sowie gegen die Verantwortlichen der I.G. Farben. Am 25. Mai 1946 lieferte man ihn nach Polen aus. In der Krakauer Untersuchungshaft, in der ebenfalls zahlreiche Verhöre stattfanden, schrieb Höß seine Erinnerungen nieder. Am 2. April 1947 verurteilte ihn das polnische Oberste Volksgericht zum Tode. Das Urteil wurde am 16. April 1947 im Stammlager Auschwitz durch den Strang vollstreckt. Höß bekannte sich bis zu seinem Tod zum Nationalsozialismus „im Sinne einer Lebensauffassung“.⁷¹

„Eine Idee, eine Anschauung, der man bald 25 Jahre lang angehangen, mit der man verwachsen, mit Leib und Seele verbunden war, lässt man nicht einfach dahinfahren [...]. Ich kann das nicht.“

Dass das Dritte Reich Tod und ungeheures Leid verursacht hatte, leugnete Höß nicht. Schuld an den Zuständen sei jedoch nicht die Weltanschauung des Nationalsozialismus an sich, sondern in erster Linie die „Führung“, allen voran Himmler, die „falsch, ja verbrecherisch“ gehandelt und somit die Idee verraten habe. Zu den Kernelementen des Nationalsozialismus, zu denen er sich nach wie vor bekannte, zählte Höß die „Erweiterung des deutschen Lebensraumes“ sowie den Kampf gegen die Juden. Die Mittel, mit denen „die Führung“ dies zu erreichen versucht hätte, seien allerdings falsch gewesen. Durch die „gewaltsame [...] Eroberung weiter Gebiete des Ostens“ sei nun „das gesamte deutsche Volk auf Jahrzehnte hinaus in namenloses Elend gestürzt“ und durch die „Massenvernichtung“ habe sich

„Deutschland den Hass der ganzen Welt zugezogen. Dem Antisemitismus war damit gar nicht gedient, im Gegenteil, das Judentum ist dadurch seinem Endziel viel näher gekommen.“

Mit anderen Worten: Die Wahl der Methoden war falsch, nicht jedoch die Idee an sich.

Höß nahm für sich selbst in Anspruch, diese Idee niemals verraten zu haben,⁷² er hielt die Stilisierung seiner eigenen Person zum „mustergültigen“ SS-Führer und Kommandanten bis zuletzt aufrecht – auch an jeder

⁷¹ Rudolf Höß (Anm. 2), S. 152. Die folgenden Zitate: ebd., S. 152 f.

⁷² Vgl. v.a. ebd., S. 153 f.

Stelle der Niederschrift seiner Erinnerungen. Er verharrte bis kurz vor seinem Tod in der Pose des nur seinen Idealen verpflichteten, des rundum tadellosen SS-Mannes. Erst kurz vor seiner Hinrichtung konnte Höß zulassen, dass sein versteinertes Selbstbild Risse bekam. „Es ist hart“, so bekannte er nun, „am Ende sich eingestehen zu müssen, dass man den falschen Weg gegangen“ ist.⁷³ In einer „Erklärung an das polnische Volk“ bekannte er: Ihm sei in der polnischen Haft soviel „menschliches Verständnis entgegengebracht [worden], das mich oft und oft tief beschämte“.⁷⁴ Zudem trat Höß Anfang 1947 erneut in die katholische Kirche ein und legte kurz vor seinem Tod eine Beichte ab. Im Tod selbst jedoch kehrte Höß zu der vertrauten heroisch-pathetischen „Haltung“ zurück, die wie ein Korsett sein Leben und seine Erinnerung daran gestützt hatte. Höß ging wie ein Klischee seiner selbst in den Tod: aufrecht und mit dem Blick auf den Ort seines Lebens, auf Auschwitz. „Höß verhielt sich“, so das Protokoll seiner Hinrichtung, „bis zum letzten Augenblick völlig ruhig und äußerte keine Wünsche“.⁷⁵

⁷³ Zit. nach: HERMANN LANGBEIN, Menschen in Auschwitz, Wien 1972, S. 464.

⁷⁴ Erklärung Höß an das polnische Volk vom 12.4.1947, zit. nach: LANGBEIN, Menschen (Anm. 73), S. 464. Vgl. Rudolf Höß (Anm. 2), S. 156.

⁷⁵ Protokoll der Hinrichtung vom 16.4.1947, zit. nach: DESELAERS, Biografie (Anm. 1), S. 230.

DANUTA DRYWA

DIE ERMORDUNG DER JUDEN IM KONZENTRATIONSLAGER STUTTHOF UND IN SEINEN UNTERLAGERN

Die Vernichtung der Juden im Konzentrationslager Stutthof ist bis heute ein wenig untersuchtes Forschungsfeld. Das Ziel des vorliegenden Textes ist es, die Vernichtungsaktionen innerhalb des gesamten Zeitraums der Existenz des Konzentrationslagers Stutthof darzustellen. Bislang sind diesbezüglich nur ausgewählte Fragen erforscht worden, vor allem die Ermordung der jüdischen Häftlinge in der zweiten Jahreshälfte 1944. Ebenso wenig bekannt ist das Schicksal der jüdischen Bewohner von Pommerellen bzw. Westpreußen, die in den ersten Monaten des Bestehens in das Lager eingewiesen wurden.

Ein Grund hierfür könnte sein, dass Menschen jüdischer Herkunft nur einen geringen Prozentsatz der zwischen 1939 und 1943 im KL Stutthof befindlichen Häftlinge ausmachten. In der zweiten Jahreshälfte 1944 veränderten sich die Proportionen allerdings erheblich. In dieser Zeit wurden die Juden zur zahlenmäßig größten Gruppe unter den Häftlingen, die einem bis dahin und in diesem Ausmaß unbekannten Terrorsystem ausgesetzt waren.

In der ersten Zeit seines Bestehens, zwischen September 1939 und Ende 1941, war das Lager Stutthof vor allem ein Ort zur Isolierung und Vernichtung der polnischen Bevölkerung der Freien Stadt Danzig und Pommerells. Unter den ersten Häftlingen des Lagers befanden sich auch Juden, die in diesen Gebieten lebten und der direkten Ermordung durch die operativen Einheiten entgangen waren. Die Vernichtung sowohl der polnischen wie auch der jüdischen Einwohner Pommerells war bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs geplant worden. Dies wird belegt durch die antijüdische Kampagne, die der NSDAP-Gauleiter in der Freien Stadt Danzig, Albert Forster, im *Danziger Vorposten* führte, aber auch durch die schon im Juli 1939 vom SS-Wachsturmbann Eimann in Angriff genommenen

Bemühungen zur Einrichtung eines Lagers im Dorf Stutthof.¹ Diese vom SS-Obersturmbannführer Kurt Eimann geführte Einheit war als Sondereinheit des SS-Sicherheitsdienstes (SD) am 3. Juli 1939 vom Führer des SS-Abschnitts XXVI Danzig ins Leben gerufen worden. Die Aufgabe dieser Einheit war, gemeinsam mit den bis dahin bestehenden Polizeikräften, die Durchführung der „Operation Tannenberg“, deren Ziel die Beseitigung des „polnischen Elements“ in der Freien Stadt Danzig war.² Die Durchführung der „Säuberungsaktion“ war dank einer bereits vor dem Krieg erfolgten Überwachung der polnischen Kreise sowie der Zusammenstellung eines Verzeichnisses der zu beseitigenden Personen möglich. In Pommerellen waren hierfür die Einsatzgruppe IV und ab dem 14. September 1939 das eigenständige Einsatzkommando 16 zuständig, das die Vernichtung der Juden im beschriebenen Gebiet betrieb, wobei ihm der örtliche Selbstschutz behilflich war.³

Mit der Vorbereitung provisorischer Gefängnisse und Lager für jene Polen, die in den ersten Kriegstagen verhaftet werden sollten, befasste sich eine Gruppe von Offizieren aus dem Stab des SS-Wachsturmbanns Eimann unter Führung von Max Pauly, dem späteren Kommandanten des Lagers Stutthof. Alle diese Einheiten führten im Auftrag des Chefs der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich, der die sofortige Erschießung oder Erhängung von Adligen, Geistlichen und Juden ohne Ermittlungen angeordnet hatte, eine Vernichtungsaktion durch, die vor allem gesellschaftlich und politisch aktive Polen, aber auch Geisteskranke sowie Juden umfasste, welche angeblich eine potentielle Gefahr für die „rassische Gesundheit“ und „Reinheit“ des deutschen Volkes darstellten.⁴

Hauptbefürworter der Vernichtungspolitik in Pommerellen war Albert Forster in seiner Eigenschaft als neuer Gauleiter von Danzig-Westpreußen, ein Gebiet, das am 26. Oktober 1939 an das Dritte Reich angeschlossen wurde. Er hatte Hitler versprochen, dass sein Gau im Lauf von zehn Jahren vollständig „eingedeutscht“ sein würde. Bei einer Ansprache am 11. Oktober 1939 in Bromberg verkündete er, dass es die Verpflichtung der Deut-

¹ MIROSLAW GLIŃSKI, Organizacja obozu koncentracyjnego Stutthof (1 września 1939–9 maja 1945), in: Zeszyty Muzeum Stutthof, Gdańsk 1979, S. 43–45.

² Ebd.: MAREK ORSKI, Niewolnicza praca więźniów obozu koncentracyjnego Stutthof w latach 1939–1945, Gdańsk 1999, S. 8.

³ BARBARA BOJARSKA, Eksterminacja inteligencji polskiej na Pomorzu Gdańskim, wrzesień–grudzień 1939, Poznań 1972, S. 51 f., 48, 126 f.

⁴ JAN SZILING, Polityka narodowościowa niemieckich władz okupacyjnych na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945, in: Problemy narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu Nadwiślańskim i Kujawach w XX wieku, hg. v. RYSZARD SUDZIŃSKI, Toruń 1997, S. 39; KLAUS MICHAEL MALLMANN/ JOCHEN BÖHLER/ JÜRGEN MATTHÄUS, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008.

schen sei, das Gebiet von „Pöbel“, „Räuberbanden“, Polen und Juden zu säubern.⁵

Im Sinne der von Forster verkündeten Parolen, „Die Juden sind keine Menschen und müssen wie Ungeziefer ausgerottet werden“ und „Mitleid gegenüber Juden ist verwerflich. Jede Art und Weise, die Juden zu vernichten, ist erwünscht“⁶, wurde die Vernichtung der Juden in Pommerellen innerhalb kurzer Zeit abgeschlossen. In einem Bericht vom 15. November 1939 meldete der stellvertretende Kommandant des 16. Einsatzkommandos, SS-Sturmbannführer Jakob Lölgen, dass infolge der in Pommerellen durchgeführten „Säuberungsaktion“ die Judenfrage gelöst worden sei; alle Juden, die nicht hätten fliehen können, seien liquidiert worden.⁷

Diese Informationen waren nicht wahrheitsgemäß, da auf dem Forster unterstehenden Gebiet zwei Orte verblieben waren, in denen sich noch aus Pommerellen stammende Juden aufhielten. In Danzig gab es weiterhin eine kleine Kultusgemeinde und im Herbst 1939 war in der Stadt ein Ghetto entstanden, das anfangs in einem Altersheim an der Milchkannengasse lag, ehe es später in einen Speicher in der Mausegasse 7 verlegt wurde. Obwohl die Juden aus diesem Ghetto langsam deportiert wurden, darunter auch ins Lager Stutthof, bestand es bis 1945.⁸

Alle Juden hingegen, die nicht ins Generalgouvernement (GG) umgesiedelt oder bei den spontanen Pogromen umgebracht wurden, zu denen es in vielen pommerellischen Ortschaften gekommen war, teilten das Schicksal der Polen und wurden zu den ersten Häftlingen des Lagers Stutthof. Auf der Grundlage der erhaltenen Akten sowie durch Informationen von Zeugen konnten 246 Namen von Häftlingen jüdischer Herkunft festgestellt werden, die zwischen September 1939 und Ende 1941 im Lager Stutthof einsaßen. In dieser Zahl enthalten sind sowohl jüdische Bürger der Freien Stadt Danzig wie auch Juden, die aus verschiedenen Regionen Polens stammten und vor dem Kriegsausbruch in den polnischen Städten Pommerellens gelebt hatten. Unter ihnen befanden sich einige, die lebend den Pogromen u.a. in Stargard, Dirschau, Schöneck, Karthaus, Bromberg oder Thorn entkommen waren. Im Herbst 1939 waren bei verschiedenen Exekutionen von der gesamten Stargarder Judengemeinde, zu der Stargard,

⁵ AIPN, Najwyższy Trybunał Narodowy 231, Bd. 16, Stellungnahme des Gutachters Dr. Romanowski im Prozess gegen Albert Forster, Bl. 4879; DIETER SCHENK, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000.

⁶ Ebd.

⁷ BOJARSKA, Eksterminacja (Anm. 3), Anhang Nr. 7 (Bericht des 16. Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei vom 10.11.1939), S. 151–154.

⁸ SAMUEL ECHT, Die Geschichte der Juden in Danzig, Leer 1972, S. 230 f.

Dirschau und Schöneck gehörten, rund 350 Personen ermordet worden. Im Lager Stutthof sind die Dokumente von gerade einmal vier jüdischen Gefangenen erhalten geblieben, die aus dieser Gemeinde stammten (zwei aus Stargard und zwei aus Dirschau). Die größte Gruppe von Juden im Lager Stutthof waren im ersten Kriegsmonat die am 14. September verhafteten Einwohner von Gdingen, Neustadt und Karthaus. Sie waren nicht seit alters her in Pommerellen ansässig, sondern nach Gdingen gezogen, nachdem der Ort die Stadtrechte erhoben hatte und der Bau des Hafens begann; sie kamen überwiegend aus Kleinpolen und Zentralpolen. Im Januar 1940 kamen wiederum die Juden aus Fort VII in Thorn ins Lager. Sie trafen zusammen mit einer Gruppe von Pfarrern aus der Diözese Włocławek sowie einer Gruppe von Ärzten, Lehrern und Rechtsanwälten ein, die bei Razzien in Thorn und Umgebung festgenommen worden waren.⁹

Alle in den ersten Kriegstagen zusammen mit den Polen verhafteten Juden wurden im Gefängnis Victoriaschule sowie in den Lagern untergebracht, die der gemeinsamen Kommandantur der Gefangenengelager Danzig mit Sitz in Neufahrwasser unterstanden: Lager Stutthof, Lager Neufahrwasser (hier kam u. a. der Kantor der Danziger Synagoge, Leopold Schufftan, ums Leben) sowie Lager Grenzdorf. Besonders schwierige Verhältnisse herrschten im Lager Grenzdorf, wohin am 13. September 1939 rund 70 Juden aus der Victoriaschule transportiert wurden. Bis Mitte Dezember des Jahres waren die meisten jüdischen Lagerhäftlinge ermordet worden, auf verschiedene Art und Weise, zumeist durch schwere Arbeit. Die hier gefangen gehaltenen Juden, aber auch Vertreter des polnischen Klerus' aus Pommerellen und gebildete polnische Danziger, mussten in Steinbrüchen und in der nahen Kiesgrube arbeiten. Alles musste mit bloßen Händen getan werden: das Zertrümmern großer Felsen, die Herstellung von Pflastersteinen aus Basalt, aber auch der Transport großer Steine.

Für die Gefangenen stellte nicht nur die schwere Arbeit eine Gefahr dar, sondern auch die Schikanen durch die SS-Bewacher.¹⁰ Einer der polnischen Häftlinge erinnert sich, dass in der ersten Woche nach der Ankunft in Grenzdorf 14 Juden folgendermaßen ermordet wurden:

„Ein SS-Mann gab einem Juden ein Seil und befahl ihm, einen anderen Juden im nahe gelegenen Wald aufzuhängen, und dann befahl er dem Juden, dem er das Seil gegeben hatte, Meldung darüber zu erstatten, dass er den Befehl ausgeführt habe. Die Juden führten diese Anordnung aus. So kam es dazu, dass nur zwei Juden übrig blieben. Der SS-Mann befahl ihnen schließlich, sich im Wald

⁹ DANUTA DRYWA, Zagłada Żydów w obozie koncentracyjnym Stutthof (wrzesień 1939–maj 1945), Gdańsk 2001, S. 22–24.

¹⁰ Ebd., S. 26 f.

unter einen Baum zu setzen und erschoss sie beide mit Schüssen in den Hinterkopf.“¹¹

Eine andere in Grenzdorf verwendete Methode der Ermordung war die so genannte Jagd. Das „Spektakel“ beruhte darauf, dass man in eine Gruppe ausgewählter jüdischer Häftlinge hineinschoss, denen man zuvor befohlen hatte, in die Baracken zu gehen. Ein anderes Mal band man ihnen schwere Steine auf den Rücken und befahl ihnen, auf Bäume zu klettern, wobei sie mit Stöcken geschlagen wurden. Wenn sie ihre Kräfte verloren, wurden sie im Waldmoor ertränkt. Oder sie starben an Blutverlust, wenn ihnen ein mit Steinen beladener Wagen die Hände abgetrennt hatte, den sie auf Befehl der SS-Bewacher auf Schienen legen mussten.¹²

Zwischen 1939 und 1941, als das Lager Stutthof aufgebaut wurde, waren die häufigsten Methoden zur Vernichtung der Häftlinge schwere Arbeit, Hunger und Schikanen, die angewendet wurden, um ihren Willen zu brechen und alles Menschliche an ihnen zu beseitigen. Vor allem Juden waren schon von dem Augenblick an, in dem sie in das Lager eingeliefert wurden, einer grausamen Behandlung ausgesetzt, deren Ziel es nicht in erster Linie war, maximale Produktivität zu erreichen, sondern sie vielmehr durch schwere Arbeit, aber auch physische und psychische Qualen umzubringen. Die Arbeit, zu der die Juden auf dem Gelände der im Entstehen begriffenen Lager gezwungen wurden, hatte in der Regel einen besonderen Charakter. Man teilte sie für die schwersten und erniedrigendsten Aufgaben ein, deren Umfang und Art meistens die Kräfte eines Menschen überstiegen; die Nichtausführung der angeordneten Arbeiten war für sie gleichbedeutend mit einem Todesurteil. Wahrscheinlich gab es damals im Lager noch keine deutliche Unterteilung in Polen und Juden. Lediglich der von den jüdischen Häftlingen getragene gelbe Davidstern über der Nummer und auf dem Rücken unterschied diese Gefangenengruppe von den übrigen Lagerinsassen.¹³

Jede Arbeit, so das Ziehen eines mit Steinen beladenen Wagens in der Wagenkolonne, das Holzfällen in der Waldkolonne, der Barackenbau und sogar die Verteilung von Lebensmitteln an die Gefangenen führte zu Situationen, die von den SS-Männern genutzt wurden, um die Juden zu quälen, was für diese oft ein tragisches Ende nahm. Doch gab es im Lager auch Kommandos, in denen die Arbeit der Juden nicht zu ersetzen war. Als eines der ersten Kommandos entstand eine Tischlerwerkstatt, in der die

¹¹ APMS, Berichte und Erinnerungen, Bericht von Bernard Ukrzewski, Bd. 12, S. 85.

¹² Ebd.; BOLESLAW MARCIŃSKI, Więzień polityczny nr 6200 obozu koncentracyjnego Stutthof (pamiętnik), Sopot 1990, Typoskript im APMS, S. 12.

¹³ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 28 f.

dort eingesetzten Tischler neben Türen, Fensterrahmen, der Ausstattung der Baracken und Särgen auch Gegenstände für den privaten Gebrauch der SS-Männer herstellten – Möbel mit schönen Intarsien, Stehlampen oder Schatullen. Die Häftlinge erhielten für diese Erzeugnisse zusätzliche Lebensmittelrationen von den Auftraggebern unter den SS-Männern, was ihre Überlebenschancen beträchtlich vergrößerte. Gegen Ende Dezember 1939 stand der Kapo Juliusz Schwarzbart an der Spitze dieses Kommandos, ein seine Herkunft verbergender Offizier der polnischen Armee aus der Vorkriegszeit, dessen Erzeugnisse bis nach Berlin geschickt wurden.¹⁴

Das zweite derartige Kommando war die Schusterwerkstatt, an deren Spitze von 1939 bis Januar 1945 einer der ersten jüdischen Gefangenen stand, Jakub Wartzki, der dank der von ihm ausgeführten Arbeit und seinen Fähigkeiten das Lager überlebte.¹⁵

Zeugnisse für den grausamen Terror, der im Lager Stutthof gegenüber den Juden ausgeübt wurde, sind Berichte der Gefangenen, welche das Lager überlebten. Ein SS-Mann war im Stande, einen Gefangenen mit einem Brett totzuschlagen, nur weil dieser versucht hatte, seine Hände bei der Arbeit zu wärmen. Ein anderes Mal wurde ein jüdischer Gefangener in ein Fass mit kochendem Teer geworfen. Es gibt auch wiederholt Informationen über Erhängungen oder darüber, dass jüdische Gefangene dazu gezwungen wurden, sich gegenseitig aufzuhängen. Dies wird durch das teilweise erhaltene Lagerarchiv bestätigt. Auf dessen Grundlage kann man die Zahl der Juden feststellen, die durch „Selbstmord durch Erhängen“ ums Leben kamen, und auch den Zeitpunkt dieser Vorkommnisse.¹⁶ Eine andere Tötungsmethode war das Ertränken von Juden in mit Wasser bzw. Gülle gefüllten Gräben oder auch in Kloaken. So starben u. a. Juden aus dem Danziger Ghetto, die nach einer dort 1941 durchgeföhrten Selektion ins Lager Stutthof kamen (hauptsächlich ältere Menschen).¹⁷

1941 gelangte auch eine kleine Gruppe von Juden in das Lager Stutthof, die aus dem Ghetto in Lodz stammten.¹⁸ Wahrscheinlich waren dies Juden, die beim Bau der Autobahn Berlin-Königsberg in dem durch den Regierungsbezirk Danzig verlaufenden Abschnitt gearbeitet hatten. Sie alle starben innerhalb der ersten zwei, drei Tage ihres Aufenthalts im Lager.

¹⁴ APMS, Berichte und Erinnerungen, Bericht von Teofil Bialowas, Bd. 17, S. 7; BALYS SRUOGA, Las Bogów, Gdynia 1965, S. 77.

¹⁵ AIPN, SO Gd 78, Aussage von Jakub Wartzki, S. 327.

¹⁶ Ebd., Ds. 76/64, Vernehmungsprotokoll des Zeugen Józef Wandtke; APMS, Z-V-2, Sterbebuch.

¹⁷ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 37–39; GRZEGORZ BERENDT, Żydzi na terenie Wolnego Miasta Gdańsk, Gdańsk 1997, S. 272, 275.

¹⁸ APMS, Z-V-2, Sterbebuch; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 41 f.

Am 7. Januar 1942 erhielt das Lager Stutthof den Status eines Konzentrationslagers. Damit wurde es dem SS-Hauptamt für Haushalt und Bauten und nach der Umorganisierung der zentralen Wirtschaftsämter in Deutschland dem SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) unterstellt. Als Konzentrationslager wurde Stutthof von Ämtern abhängig, die Himmler nicht verstanden¹⁹. Diese Entscheidung hing auch mit dem Ausbau des Lagers zusammen. Da seit Mitte April 1942 eigene Arbeitskräfte fehlten, wurden aus Konzentrationslagern im Reichsgebiet Transporte mit Häftlingen nach Stutthof geschickt, die beim Bau der Baracken für das neue Lager eingesetzt wurden. Dadurch veränderte sich auch die Nationalitätenzusammensetzung der Häftlinge. Dies hatte jedoch keinen Einfluss auf die Zahl der im KL Stutthof einsitzenden jüdischen Gefangenen. Für die deutschen Behörden war dies kein „günstiger“ Ort zur Konzentration der aus Europa deportierten Juden. Dazu trugen mehrere Faktoren bei: Stutthof lag am Nordostrand des Dritten Reiches in einem Waldgebiet, weit von den Hauptindustriestandorten entfernt, auf der schmalen Frischen Nehrung zwischen den beiden von Deutschen bewohnten Dörfern Stutthof und Steegen. Es besaß weder eine gute Eisenbahn- noch eine Straßenverkehrsanbindung an das restliche Land, was Voraussetzung dafür war, dass Heydrichs Anordnungen und Instruktionen ausgeführt werden konnten, und den Ausschlag für die Auswahl der Orte für die Durchführung der eigentlichen Vernichtungsaktion gab. Außerdem wurde das Konzentrationslager Stutthof in dieser Zeit gerade für die Aufnahme von rund 20.000 sowjetischen Kriegsgefangenen ausgebaut.

Die meisten im KL Stutthof zwischen 1942 und 1943 inhaftierten Juden, darunter elf aus dem Warschauer Ghetto, einige Dutzend aus Deutschland, Österreich und Böhmen, die in Transporten aus den in Deutschland gelegenen Lagern eingetroffen waren, sowie einige von der Stapo Danzig eingewiesene Personen, starben kurz nach der Ankunft im Lager.²⁰ Darum haben sich außer den Einträgen in den Erfassungs- und Sterbebüchern sowie einigen wenigen Personal- und Krankenakten keine anderen Angaben zu den verstorbenen Gefangenen erhalten. Aufgrund der in dieser Zeit im Lager herrschenden Verhältnisse ist davon auszugehen, dass der Tod dieser Häftlinge eine Folge der im Lager wütenden Typhusepidemie war. Es handelte sich keineswegs um Einzelfälle, da auch unter den übrigen zu jener Zeit in Stutthof befindlichen Häftlingen eine hohe Sterblichkeit zu verzeichnen war. Bis 1943 waren nur noch wenige der Gefangenen am Leben, die sich bereits zwischen 1939 und 1942 im Lager befunden hatten.

¹⁹ APMS, I-IIA-4, Korrespondenz mit vorgesetzten Stellen; GLIŃSKI, Organizacja (Anm. 1), S. 97.

²⁰ APMS, I-IIIE-5, Erfassungsbuch; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 44–46.

Am 8. Februar 1943 schickte die Lagerleitung 14 von ihnen ins KL Auschwitz.²¹

Der erste größere Transport jüdischer Gefangener wurde in den Akten des KL Stutthof am 21. November 1943 vermerkt, als 300 Juden aus dem Ghetto von Bialystok eintrafen.²² Doch schon am 10. Januar 1944 wurden 253 Häftlinge dieses Transports ins KL Auschwitz deportiert; nur 13 von jenen, die im KL Stutthof blieben, überlebten das Lager.²³

Ein neues Kapitel in der Geschichte des Konzentrationslagers Stutthof brach mit einem Transport von 2.502 ungarischen Jüdinnen aus dem KL Auschwitz an, die in den Lagerakten am 29. Juni 1944 registriert wurden.²⁴ Insgesamt kamen zwischen Ende Juni und 28. Oktober 1944 in elf Transporten 23.566 Gefangene ins KL Stutthof, darunter 21.817 Frauen. In diesen Transporten befanden sich außer den ungarischen Jüdinnen u. a. Juden aus dem Protektorat, aus der Slowakei, Deutschland, den Niederlanden, Lettland, Luxemburg, Italien und Rumänien. Die zweitgrößte Gruppe der aus dem KL Auschwitz überwiesenen Juden waren polnische Juden aus den Ghettos des GG sowie Juden aus dem Ende August 1944 aufgelösten Ghetto in Lodz.²⁵

Die zweite Region, aus der gleichzeitig Transporte mit Juden im KL Stutthof eintrafen, waren die baltischen Staaten. Die raschen Veränderungen an der Ostfront in der zweiten Jahreshälfte 1944 zwangen die Deutschen dazu, die in Litauen, Lettland und Estland bestehenden Ghettos und Judenlager aufzulösen und die dort befindlichen Gefangenen zu evakuieren. Die Reihe von Transporten aus den baltischen Ländern begann mit dem Eintreffen von 4.785 litauischen Juden. Ihre Ankunft wurde in den Lagerdokumenten am 12., 13. und 16. Juli 1944 registriert.²⁶ In diesen Transporten befanden sich hauptsächlich Frauen mit Kleinkindern sowie minderjährige Gefangene. Insgesamt befanden sich in den 16 von der Sipo Kaunas und der Sipo Riga ins KL Stutthof geschickten Transporten 25.043 jüdische Häftlinge.

Ähnlich wie bei den Transporten aus dem KL Auschwitz bestand auch hier das Gros aus Frauen (16.123). Neben litauischen und lettischen Juden trafen mit diesen Transporten Juden ein, die aus Polen, Deutschland,

²¹ APMS, Z-V-5 bis Z-V-8, Sterbebücher; ebd., I-IIC-2, Transportliste.

²² DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 52.

²³ Ebd., S. 53.

²⁴ APMS, I-IIB-10, Transportliste; ebd., I-IIB-8, Zusammenstellung der jüdischen Transporte.

²⁵ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 83–88.

²⁶ APMS, I-IIB-8, Zusammenstellung der jüdischen Transporte; ebd., I-IIB-10, Transportlisten.

Ungarn, dem Protektorat, der Slowakei, Österreich, Rumänien, Russland und Italien stammten.²⁷

Zur selben Zeit gelangten kleine Gruppen jüdischer Gefangener in Transporten gemeinsam mit Gefangenen unterschiedlicher Nationalitäten ins KL Stutthof. Unter anderem 34 französische Juden, die aus dem Konvoi 73 aus Drancy stammten und am 1. September 1944 von der Sipo Reval zusammen mit einer aus vielen Nationalitäten bestehenden Gruppe politischer Häftlinge im Lager eingesperrt wurden.²⁸ Wenn man in Betracht zieht, dass es in den Akten des KL Stutthof zur zweiten Jahreshälfte 1944 große Lücken gibt, so ist anzunehmen, dass die Gesamtzahl der Gefangenen jüdischer Herkunft, die in dieser Zeit im Lager festgehalten wurden, rund 49.000 Personen betrug.²⁹

Eine Folge der Massentransporte in der zweiten Jahreshälfte 1944 war die Veränderung der Nationalitätenstruktur und der Proportionen von Männern und Frauen. Von nun an waren die Frauen bei den Häftlingen in der Überzahl; die Lagerleitung musste für sie Unterkünfte besorgen. Im Frühjahr 1944 begann man mit dem Bau von Baracken im Norden des neuen Lagers. Nach dem Ausbauplan von Januar 1943 sollten sie einen weiteren Komplex von 30 Baracken bilden. Gegen Ende 1944 war der Bau der ersten zehn Baracken im Gange, die von der Lagerleitung für die eintreffenden Jüdinnen vorgesehen waren. Es entstand nun das „Judenlager“, eine eigene organisatorische Einheit innerhalb des KL Stutthof, dessen Leiter SS-Rottenführer Ewald Foth war. In Wirklichkeit waren für die jüdischen Frauen schließlich nur sechs von zehn errichteten Baracken vorgesehen, nämlich die Blocks mit den Nummern XXIII, XXIV, XXVII, XXVIII, XXIX und XXX; in den Blocks XXV und XXVI wurden Verbindungsfrauen der Heimatarmee aus dem Warschauer Aufstand einquartiert, und die Blocks XXI und XXII wurden vorübergehend als Lager für die persönlichen Gegenstände der Gefangenen (Effektenkammer) genutzt.³⁰

1942 und 1943 begannen sich im Zuge des Lagerausbau die Existenzbedingungen der Gefangenen langsam zu verbessern. Sehr viel bessere Lebensbedingungen erhielten die Gefangenen, nachdem die Blocks im neuen Lager an die Häftlinge übergeben worden waren. Diese Blocks waren geräumiger und wärmer als die zwischen 1939 und 1941 errichteten Baracken. Sie waren in zwei Bereiche unterteilt, A und B, zwischen denen sich Bäder und Aborte befanden. Jeder Teil bestand wiederum aus einer

²⁷ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 88–92.

²⁸ APMS, I-II B-12, Transportliste.

²⁹ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 92 f.

³⁰ Ebd., S. 99 f.

Nacht- und einer Tagstube. In der Nachtstube standen hölzerne, dreistöckige Pritschen, die mit Strohsäcken aus Papier, Kissen mit einer Füllung aus Stroh oder Sägemehl sowie zwei Decken versehen waren. In der Tagstube gab es Tische, an denen man die Mahlzeiten einnahm. Jeder Block konnte rund 500 Personen aufnehmen.³¹ Das Neue Lager besaß eine eigene Wasserversorgung, da ein Tiefbrunnen gebohrt worden war, der die Gefangenen mit besserem Wasser versorgte. Bis dahin war bakterienverseuchtes Oberflächenwasser verwendet worden, das bei den Gefangenen Durchfall-krankheiten ausgelöst hatte.³²

In der zweiten Jahreshälfte 1944 verschlechterte sich die Lage der Häftlinge erneut. Die Lagerleitung stand vor der schwierigen Aufgabe, die eintreffenden jüdischen Gefangenen unterzubringen. Die Jüdinnen wurden anfangs in den Quarantäneblocks im Neuen Lager (Blocks XVII bis XX) einquartiert, in den sechs Baracken des Judenlagers sowie im gemauerten Gebäude der neuen Küche. Die männlichen Juden wurden in den Blocks I, III (gemeinsam mit den lettischen Ehrengefangenen), XIII (anfangs gemeinsam mit dänischen Gefangenen), XIV und XV untergebracht.

Es kam zu einem großen Anstieg der Zahl der Gefangenen, die sich in den einzelnen Blocks aufhielten, und zwar von rund 200 bis 600 auf etwa 1.200, 1.800 und 2.000. In den zusammen liegenden beiden Pritschen schließen quer jeweils vier bis sechs Gefangene; ein Teil schließt auf dem Boden zwischen den Pritschen; auch in den Aborten wurden Schlafplätze eingerichtet.³³

Doch am problematischsten war die Lage bei der Unterbringung und den sanitären Zuständen der weiblichen jüdischen Gefangenen, die in die noch nicht fertig gestellten Baracken des Judenlagers eingewiesen wurden. Es handelte sich um große Hallen mit mehreren Fenstern, die durch einen Durchgang in der Mitte geteilt waren; auf dessen beiden Seiten schließen auf Stroh die Gefangenen. In einigen Baracken wurden auf dem Boden Strohsäcke ausgebreitet, wie sich eine der Gefangenen erinnert:

„Auf jedem Strohsack schließen vier Personen. Auf jeden Strohsack kam eine Decke. Die Nacht war höchst anstrengend, wegen des ständigen Kampfes um einen Platz, so dass jeder den Tag herbeisehnte. Vor dem Hintergrund des Kampfes um Platz kam es zu Prügeleien. Es gab viel Ungeziefer. Wir durften uns nur sehr selten waschen.“³⁴

³¹ GLIŃSKI, Organizacja (Anm. 1), S. 102 f., 106–108.

³² APMS, Berichte und Erinnerungen, Bericht von Wiktor Ostrowski, Bd. 5, S. 123.

³³ Ebd., S. 107.

³⁴ AIPN, SO Gd, 81a, Aussage von Eugenia Kacówka, S. 2.

Extreme Bedingungen herrschten in den Blocks XXIX und XXX, die offiziell als „Judenkrankenbau“ firmierten, von den Gefangenen aber „Stinksaal“ oder „Totenblock“ genannt wurden. Es handelte sich um Blocks, in denen weibliche Gefangene isoliert wurden, die an Typhus litten oder stark erschöpft aus den Außenlagern heimgekehrt waren. Sie erhielten hier keine ärztliche Betreuung und nicht einmal die notwendigsten Lebensmittel, Wasser oder auch nur ein Stück Brot; sie lagen auf feuchtem, mit Eiter und Exrementen getränktem Stroh.³⁵

Die an die Jüdinnen und die Männer verteilten Lebensmittelrationen waren unterschiedlich groß. Im Januar 1944 legte der Proviantchef des Lagers eine Lebensmittelration fest, nach der einem Gefangenen täglich rund 360 Gramm Brot, 500 Gramm Kartoffeln, 560 Gramm Gemüse, 30 Gramm Fleisch, 26 Gramm Margarine und 14 Gramm Marmelade, aber auch Steckrüben, Kaffee, Zucker, Mehlpunkte und Quark zustanden. In Wirklichkeit erhielt kein Gefangener diese Rationen, vor allem nicht die Jüdinnen. Sie erhielten rund 250 bis 300 Gramm Brot, rund zwei Gramm Marmelade sowie einen halben Liter wässrige Suppe. Am Samstag und am Sonntag gab es eine kleine Menge Marmelade und einen Becher süßen Kaffee.³⁶ Oft wurde ihnen dies allerdings von den Blockgefangenen noch gestohlen.

Eine Ergänzung der Lebensmittelrationen stellten die ins Lager geschickten Pakete dar. Seit Ende 1942 gab es im KL Stutthof die Möglichkeit, ein Paket monatlich mit einem Gewicht von bis zu zwei Kilogramm zu erhalten. Am raschesten erhielten die aus Pommerellen stammenden Häftlinge solche Pakete. Am besten hatten es in dieser Hinsicht die skandinavischen Gefangenen, die Pakete vom Internationalen Roten Kreuz bekamen.³⁷ Keine Möglichkeiten, zusätzliche Verpflegung auf dem offiziellen Weg zu erhalten, besaßen die Juden und die Russen.

Die einzige Quelle für sie, zusätzliche Lebensmittelrationen zu erlangen, war der Tauschhandel auf dem „Schwarzmarkt“ des Lagers, der im KL Stutthof (nach einem bekannten Warschauer Platz) „Kercelak“ genannt wurde, und der in der zweiten Jahreshälfte 1944 stark aufblühte, als die jüdischen Gefangenen eintrafen.³⁸ Die jüdischen Häftlinge hatten keinen Anspruch auf medizinische Hilfe. Das ständig im Ausbau befindliche Krankenhaus war lediglich für so genannte arische Gefangene vorgesehen. Der im Judenlager gelegene „Judenkrankenbau“, dessen Personal 29 Perso-

³⁵ APMS, Berichte und Erinnerungen, Bericht von Piotr Drzewiecki, Bd. 24, S. 22.

³⁶ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 103.

³⁷ ORSKI, Praca (Anm. 2), S. 212–214.

³⁸ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 99.

nen zählte, hatte praktisch keinerlei Möglichkeit, ärztliche Hilfe zu leisten.³⁹

Mitte 1944 wurde das Konzentrationslager Stutthof in die Reihe jener Lager aufgenommen, in denen die Vernichtung der jüdischen Gefangenen betrieben wurde. Nach dem Treffen des Lagerkommandanten Paul Werner Hoppe mit dem Chef der Abteilung D im WVHA, SS-Gruppenführer Richard Glücks, fiel die Entscheidung, im KL Stutthof eine Gaskammer einzurichten, um die Gefangenen zu töten. Hoppe unterrichtete den Lagerarzt Otto Heidl und seinen Vertreter, SS-Hauptsturmführer Theodor Meyer, von Glücks' Entscheidung. Meyer zufolge erhielt Heidl damals durch Vermittlung des ehemaligen Kommandanten des KL Auschwitz, Rudolf Höß, direkt aus Berlin die Anweisung, rund 300 bis 400 Frauen zu vergasen.⁴⁰

Die unmittelbare Judenvernichtung im KL Stutthof erfasste anfangs Personen, die für die Arbeit für die deutsche Rüstungsindustrie nicht geeignet waren. Sie wurden bereits bei den ersten Selektionen ausgesondert. Wahrscheinlich gehörten jene 300 bis 400 Personen, die Heidl auf Glücks Befehl hin vergasen sollte, zu dieser Gruppe. Am 24. Juli 1944 wurden 24 Jüdinnen aus dem Protektorat, Österreich, Deutschland und Holland vergast, die vier Tage zuvor im KL Stutthof eingetroffen waren.⁴¹ Zur Tötung der Jüdinnen wurden im Rahmen von Sonderaktionen auch andere Methoden angewendet, so die Erschießung durch Genickschüsse in den Gebäuden des Krematoriums oder auch die Ermordung durch Phenol-Spritzen.⁴² Diese Methode zur Tötung von Gefangenen war im Lager Stutthof bereits seit 1940 verwendet worden, und zwar bei psychisch kranken Gefangenen.⁴³

Es ist aufgrund der fehlenden Angaben bei der Bezeichnung der Todesursachen von Gefangenen nicht möglich, eine genaue Zahl der im KL Stutthof im Rahmen der Aktion „SB“ (Sonderbehandlung) ermordeten Häftlinge zu nennen. Es sind keine offiziellen Dokumente zur Vergasung, Tötung durch Spritzen oder Genickschüsse erhalten geblieben. Dennoch ist es möglich durch eine genaue Analyse der vorhandenen Akten des KL Stutthof, bestimmte Tatsachen zu ermitteln, die eindeutig auf die Anwen-

³⁹ APMS, I-VB-1, Verzeichnis des Personals des Judenkrankenhauses; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 139 f.

⁴⁰ APMS, Z-VIII-5, Urteilsverkündung im Prozess gegen Paul Werner Hoppe und Otto Karl Knott, S. 14–18; AIPN, SO Gd, 78, Anklageschrift gegen Theodor Meyer, S. 247; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 79 f.

⁴¹ APMS, I-II-11, Erfassungsbuch; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 112, 129–132.

⁴² DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 132–136.

⁴³ Ebd., S. 134.

dung der Methode „Sonderbehandlung“ hinweisen. Eine solche Spur sind im Falle des KL Stutthof Einträge in den Büchern, in denen der Tod der Gefangenen vermerkt wurde. Am häufigsten sind die Sterbedaten handschriftlich eingetragen, wobei zugleich die Nummer im Sterbebuch angeführt wird. In der zweiten Jahreshälfte 1944 hingegen wurde bei der Bezeichnung einer größeren Zahl von Gefangenen, die im Laufe eines Tages verstorben waren, ein Datumsstempel verwendet.

So verhält es sich bei jenen 77 sowjetischen Kriegsgefangenen, die am 15. August 1944 ins KL Stutthof eingeliefert und am 22. August 1944 vergast wurden, aber auch bei den Invaliden und den meisten verstorbenen Jüdinnen.⁴⁴ Dadurch konnte festgestellt werden, dass zwischen Juli und Ende Oktober 1944 durch die Anwendung von Mitteln zur direkten Vernichtung im KL Stutthof rund 476 Juden ermordet wurden – davon 430 Frauen und 46 Männer.⁴⁵ Die Tötung von Gefangenen in der Gaskammer endete Ende Oktober oder Anfang November 1944, als im Lager eine Typhusepidemie ausbrach, die im Judenlager tödliche Konsequenzen hatte und viel erfolgreicher war als alle anderen Vernichtungsmethoden.

Eine andere Art der Vernichtung der Juden waren Deportationen ins KL Auschwitz. Im Juli 1944 wurden von den Transporten, die aus Kaunas ins KL Stutthof gelangt waren, 1.683 Personen ausgesondert. Am 25. Juli kamen 210 Personen hinzu, die aus dem Kommando Schaulen in das KL Stutthof eingewiesen worden waren und in den Lagerakten nicht vermerkt wurden. Am 26. Juli 1944 wurde ein Transport, der insgesamt 1.893 Gefangene umfasste, darunter 801 Frauen, 546 Mädchen und 546 Jungen, ins KL Auschwitz geschickt. Aus einer erhaltenen Depesche mit der Aufschrift „Geheim“ der Abteilung D des WVHA an die Kommandanten der KL Stutthof und Auschwitz geht hervor, dass die Jüdinnen dieses Transports so wie die ungarischen Jüdinnen „behandelt“ werden sollten.⁴⁶ Im Zusammenhang mit der seit Mai 1944 im KL Auschwitz anhaltenden Vernichtung der ungarischen Juden konnte das auch die Tötung dieser Gefangenen bedeuten.

Am 10. September 1944 brach der zweite Transport ins KL Auschwitz auf. Ihm gehörten 573 jüdische Gefangene an, vor allem Jugendliche, die jünger waren als 20 Jahre. Die jüdischen Gefangenen wurden begleitet von 25 „arischen“ Gefangenen (acht Mütter mit acht Kindern sowie neun schwangere Mädchen). Einen Tag später traf dieser Transport im KL

⁴⁴ APMS, I-II-E-12, Erfassungsbuch; ebd., Berichte und Erinnerungen, Aussage von Aldo Coradello, Bd. 1, S. 49–51.

⁴⁵ Ebd., Bericht von Aldo Coradello, Bd. 1, S. 135 f.

⁴⁶ APMS, I-II-C-3, Korrespondenz über den Transport.

Auschwitz ein, nur zwei Männer wurden ins Lager eingewiesen, die übrigens 596 Personen kamen höchstwahrscheinlich direkt in die Gaskammer.⁴⁷ Obwohl alle Gefangenen des KL Stutthof Gefahr liefen, durch die Arbeit oder während der „Erholung“ in den Baracken krank zu werden oder gar das Leben zu verlieren, befanden sich jene jüdischen Gefangenen in einer besonders schwierigen Lage, die in der zweiten Jahreshälfte 1944 ins Lager kamen. Für die meisten von ihnen gab es weder freie Plätze in den Baracken noch Arbeitsplätze im Lager selbst. Dies betraf vor allem die Frauen, die rund 70 Prozent aller ins KL Stutthof eingewiesenen Juden ausmachten. Gegen Ende August 1944 hielten sich über 60.000 Häftlinge im Lager auf, während es im Frühjahr zwischen 7.000 und 8.000 gewesen waren.

Ins KL Auschwitz wurden lediglich 2.256 der in den Akten des KL Stutthof registrierten Juden deportiert, und zwar vor allem jene, die für die Lagerverwaltung keinen Wert als Arbeitskraft besaßen. Darum wurden Bemühungen unternommen, einen Teil der Gefangenen in Konzentrationslager im Reichsgebiet zu überstellen, wo sie ein Reservoir billiger Arbeitskräfte für die deutsche Rüstungsindustrie dargestellt hätten. Bis Ende 1944 wurden insgesamt weitere 8.850 jüdische Gefangene an die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald, Neuengamme, Natzweiler und Flossenbürg überwiesen.⁴⁸

Die im KL Stutthof verbliebenen jüdischen Frauen konnten oft nur schwer an eine Arbeit kommen. Die Untätigkeit war neben Hunger und Krankheiten der Hauptfaktor für den physischen und psychischen Verfall der Gefangenen. Darum meldeten sie sich selbst zur Arbeit, da sie darin eine Möglichkeit sahen, den täglichen Schikanen der SS-Männer und Blockältesten zu entgehen sowie Hunger, Krankheiten und Selektionen zu vermeiden. So beispielsweise bei der Arbeit auf den Höfen deutscher Bauern in der Umgebung, wohin im Herbst 1944 rund 3.000 Jüdinnen geschickt wurden.

Die weiblichen Gefangenen versuchten auch, Arbeit im Lager selbst zu erhalten, vor allem in der Lagerküche, womit sich die Möglichkeit verband, an zusätzliche Nahrung zu kommen. Dies war jedoch sehr schwer. Täglich wurden nur rund 50 Frauen ausgesucht, um in der Gefangeneküche sowie in der Küche, in der die Mahlzeiten für die SS-Männer vorbereitet wurden, Gemüse und Kartoffeln zu schälen. Andere wurden eingesetzt, um Gemüse aus den Mieten zu graben oder in der Lagerwäscherei zu arbeiten; rund 700 Jüdinnen arbeiteten in Lagerwerkstätten, in der Frauenabteilung der Schneiderwerkstatt, bei der Reparatur von Wäsche oder in

⁴⁷ APMS, I-IIC-4; DANUTA CZECH, Kalendarz wydarzeń w KL Auschwitz, Oświęcim 1992, S. 756; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 108–110.

⁴⁸ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 114–120.

der „Strohschuhmacherstube“. Außerdem wurden im Judenlager kurzfristig zusätzliche Arbeitskommandos eingerichtet, die aus einigen Personen bestanden. Ihre Tätigkeit hing mit den aktuellen Bedürfnissen zusammen. Vor allem hatten sie die Aufgabe, inner- und außerhalb der Blocks für Ordnung zu sorgen. Zu diesem Ziel entstand ein Kommando, das die Höfe fegte. Eine andere Gruppe weiblicher Gefangener räumte die Lagertoiletten auf, und es gab ein so genanntes Totenkommmando, das die Leichen der in der Nacht verstorbenen Insassen aus den Blocks trug.⁴⁹

In der Regel übten die jüdischen Gefangenen im Lager die einfachsten, zugleich aber auch schwersten Arbeiten aus. Die Männer wurden u. a. bei der Entladung von Kalk und Ziegeln eingesetzt, die als Baumaterialien für die Errichtung einer Halle der Focke-Wulf-Flugzeugwerke benötigt wurden. Rund 300 Männer waren in den Schneiderwerkstätten der Deutschen Ausrüstungswerke beschäftigt, Juden arbeiteten – neben Polen, Russen, Deutschen und Norwegern – auch im Kommando Epp, das in der Maschinenfabrik Gerhard Epp im Dorf Stutthof arbeitete.⁵⁰

Die Leitung des KL Stutthof war nicht in der Lage, alle Juden in Arbeitskommandos im Lager selbst zu beschäftigen, weshalb sie zur wichtigsten Arbeitskraft in den in der zweiten Jahreshälfte 1944 entstehenden Außenarbeitslagern wurden. Es entstanden 19 Außenlager für jüdische Gefangene, in denen insgesamt 26.251 Juden arbeiteten, darunter 23.649 Frauen. Dies war die größte Zahl von Außenlagern, die innerhalb einer so kurzen Zeit errichtet wurde – zwischen Juni und November 1944, bei einer Gesamtzahl von 32 zwischen 1942 und 1944 eingerichteten Außenlagern des KL Stutthof. Die in den Außenlagern eingesetzten Juden arbeiteten hauptsächlich beim Transport sowie als unqualifizierte Arbeiter in unterschiedlichen Produktionsbetrieben. Sechs der 19 Lager wurden auf Flughäfen der Luftwaffe in Ostpreußen in der Nähe von Königsberg sowie in Praust eingerichtet. Drei Außenlager entstanden bei der Deutschen Reichsbahn in Stolp, Bromberg und Russotschin bei Praust. Am schwierigsten war die Lage in den beiden der Organisation Todt unterstehenden Außenlagern in Thorn und Elbing, die mit dem Bau militärischer Verteidigungsanlagen in der Gegend beschäftigt waren, sowie in einem Unterlager in Bruss-Dzimianen, auf einem im Bau befindlichen Truppenübungsplatz der SS.⁵¹

Ein ergreifendes Bild der Situation, in der sich die Jüdinnen befanden, die von der Arbeit in den Unterlagern zurückkamen, hat Maria Rolnikaite in ihren Erinnerungen gezeichnet:

⁴⁹ Ebd., S. 120–123.

⁵⁰ Ebd., S. 124 f.

⁵¹ Ebd., S. 181–234.

„Man führt uns in die Badestube, wir müssen uns entkleiden und dann in einen großen Vorraum treten. Dort bietet sich ein Anblick, der uns erschaudern lässt: direkt auf dem Steinboden sitzen und liegen unvorstellbar ausgemergelte und ausgetrocknete Frauen, fast Gerippe. Ihre Augen blicken vor Angst fast irre. Kaum dass sie hinter uns die Aufseherinnen entdeckt haben, stammeln sie, sie seien gesund, könnten arbeiten, man solle doch Mitleid mit ihnen haben. Sie strecken uns die Hände hin, damit wir ihnen helfen aufzustehen, dann würden sich die Aufseherinnen selber überzeugen können, dass sie noch imstande sind zu arbeiten. [...] Ich will der einen das Kleid ausziehen, doch sie kann nicht aufstehen, die Beine knicken ihr ein. [...] Die Aufseherinnen geben uns Scheren, damit wir die Sachen aufschneiden, wenn wir sie nicht herunterbekommen. [...] Ich schneide das Kleid auf. Darunter kommt ein solches Gerippe zum Vorschein, dass ich Angst habe, es zu berühren. Die Knochen sind nur noch von trockener runziger Haut überspannt. [...] Als die Aufseherin einmal wegblickt, erkundige ich mich bei der Frau, woher sie stammt. Aus der Tschechoslowakei. Sie ist Ärztin. Man brachte sie nach Stutthof und schickte sie dann, genau wie uns, zur Arbeit. Sie mussten Gräben ausheben. Dabei standen sie bis zum Gürtel im Wasser. Sie schliefen auf der Erde. Als ihre erfrorenen Hände und Füße zu eitern begannen, transportierte man sie ins Lager zurück.“⁵²

Bis zum 25. Januar 1945, also bis zum Beginn der teilweisen Evakuierung des Lagers, kamen im KL Stutthof (im Hauptlager und in den Unterlagern) durch verschiedene Methoden der direkten und indirekten Vernichtung über 9.400 Juden ums Leben. Diese Zahl umfasst lediglich jene jüdischen Gefangenen, die in der zweiten Jahreshälfte 1944 ins KL Stutthof kamen. Denn die genaue Zahl der im vorausgehenden Zeitraum (zwischen 1939 und erster Jahreshälfte 1944) ins Lager gekommenen Juden ist unbekannt. Es wird angenommen, dass es rund 1.500 waren, von denen etwa 1.000 starben. Also beträgt die Gesamtzahl der jüdischen Opfer zwischen September 1939 und 24. Januar 1945 rund 11.500 Personen.⁵³

Die letzte Leidensperiode der Gefangenen des KL Stutthof begann im Januar 1945. Am 16. Januar ordnete der höhere SS- und Polizeiführer in Danzig, Fritz Katzenbach, die Evakuierung der Bevölkerung aus Pommerellen an, darunter auch des Lagers Stutthof.⁵⁴ Am 25. Januar 1945 um fünf Uhr morgens unterschrieb Kommandant Hoppe seinen „Einsatzbefehl Nr. 3“ über die Evakuierung des Lagers, nachdem er im letzten Augenblick die Zustimmung zur Verlagerung der Gefangenen nach Lauenburg erhalten hatte. Er ordnete an, mit der Evakuierung der Gefangenen noch am selben

⁵² MARIA ROLNIKAITÉ, Mein Tagebuch, Berlin (Ost) 1967, S. 248 ff.; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 209 f.

⁵³ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 144.

⁵⁴ KAZIMIERZ GOLCZEWSKI, Przymusowa ewakuacja z nadbałtyckich prowincji III Rzeszy 1944–1945, Poznań 1971, S. 45.

Tag um sechs Uhr morgens zu beginnen.⁵⁵ Der Befehl enthielt die Marschroute der Gefangenen, legte die Zahl der Marschkolonnen fest, die das Lager im Laufe zweier Tage – am 25. und 26. Januar 1945 – verlassen sollten, sowie die Größe der Begleitmannschaft für jede Kolonne. Mit der Auflösung aller Außenkommandos war bereits Mitte Januar 1945 begonnen worden; zwischen dem 10. und dem 25. Januar waren schon die meisten Unterlager evakuiert worden, in denen sich jüdische Gefangene aufhielten.⁵⁶ Aus einem Bericht über den Personenstand des KL Stutthof vom 24. Januar 1945 geht hervor, dass sich in den Unterlagern damals 18.477 Juden befanden (darunter 16.060 Frauen und 2.417 Männer).⁵⁷

Wenn man die Gesamtzahl der in den Unterlagern beschäftigten jüdischen Gefangenen in Betracht zieht, so ist anzunehmen, dass dort bis Januar 1945 rund 7.000 von den 9.000 in diesem Zeitraum im KL Stutthof gestorbenen Juden ihr Leben verloren. Die Evakuierung forderte weitere Opfer. Das tragischste Schicksal widerfuhr den jüdischen Gefangenen aus den in Ostpreußen gelegenen Unterlagern, von denen über 4.000 in der Ortschaft Palmnicken an der zugefrorenen Ostsee erschossen wurden.⁵⁸ Insgesamt kamen durch die Evakuierung aller Unterlager, in denen jüdische Häftlinge arbeiteten, rund 10.300 Menschen ums Leben, also über 50 Prozent.⁵⁹

In den frühen Morgenstunden des 25. Januar 1945 setzten sich sieben Kolonnen in Marsch, am 26. Januar 1945 folgten zwei weitere Kolonnen. Sie zählten zwischen 1.100 und 1.600 Gefangene. Insgesamt verließen rund 11.500 von den etwa 25.000 sich damals im Hauptlager befindlichen Gefangenen das Lager.⁶⁰ Unter ihnen befanden sich zusammen etwa 100 jüdische Männer und 1.500 jüdische Frauen.⁶¹

Vor dem Marschantritt war an die Häftlinge eine kleine Menge Proviant verteilt worden, der nach den Lagernormen für zwei Tage reichen sollte. Auf der Evakuierungsstrecke erhielten die Gefangenen, anders als im Befehl mitgeteilt, weder Verpflegung noch geeignete Übernachtungsmög-

⁵⁵ APMS, I-IB-5, Befehl vom 25.1.1945; ebd., Z-V-20, Erinnerungen von T. Meyer, S. 22.

⁵⁶ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 234–258.

⁵⁷ APMS, I-IIIB-6.

⁵⁸ SHMUEL KRAKOWSKI, Massacre of Jewish Prisoners on the Samland Peninsula. Documents, in: YVS 24 (1994), S. 377; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 234–240.

⁵⁹ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 241–250.

⁶⁰ JANINA GRABOWSKA, Marsz Śmierci. Ewakuacja piesza więźniów KL Stutthof i jego podobozów 25 stycznia – 3 maja 1945 r, Gdańsk 1992, S. 15 f.

⁶¹ APMS, I-IIIB-6, Berichte über den Personenstand des Lagers; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 287–289.

lichkeiten. Die Haltestationen wurden zufällig gewählt, da sich die Marschroute ständig änderte. Meistens wurden die Gefangenen in Ställe, Scheunen oder Kirchen gepfercht; die örtliche Bevölkerung durfte ihnen keine Hilfe zukommen lassen. Das Vorankommen wurde auch durch marschunfähige Gefangene verzögert. Wer mit der Marschkolonne nicht mitkam, wurde von der Begleitmannschaft erschossen. Ein Teil der Gefangenen, die das Lager verließen, litt an Typhus, dessen Symptome jedoch erst unterwegs auftraten. Alle diese Faktoren verschlechterten die körperliche Verfassung der Häftlinge im weiteren Verlauf der Evakuierung.⁶²

Der Leiter der Evakuierung, Meyer, hatte in Lauenburg keine geeigneten Räumlichkeiten für die Gefangenen finden können, schließlich wurden ihm alle Reichsarbeitsdienstlager im Kreis zur Verfügung gestellt. Hierhin sollten sich die immer näher kommenden Gefangenekolonnen begeben. Es gab auch Schwierigkeiten mit der Lebensmittelversorgung der Häftlinge. Die ganzen Vorräte waren für die deutschen Flüchtlinge reserviert und der aus Stutthof gelieferte Proviant reichte nicht für die in die Evakuierungslager strömenden Gefangenen.⁶³ Die Gefangenen wurden in kleinen Sommerarbeitslagern untergebracht, die von einigen Kolonnen zwischen dem 2. und 4. Februar 1945 erreicht wurden. Die Gebäude waren nicht zur Einquartierung mehrerer Tausend Menschen im Winter geeignet. Es fehlte vor allem an Lebensmitteln; die schlechten sanitären Verhältnisse, die fehlende medizinische Betreuung und die extreme Erschöpfung nach dem anstrengenden Marsch führten zur Ausbreitung von Typhus.⁶⁴

Im März 1945 befanden sich die Evakuierungslager in nächster Nähe der Front. Die deutschen Behörden wollten eine Befreiung der Lager verhindern und ordneten eine weitere Evakuierung in Richtung Putzig und Gdingen an. Wahrscheinlich sollten die Gefangenen von dort aus mit Schiffen nach Deutschland transportiert werden, wozu es aber schließlich nicht kam. Die Übernahme der Gefangenen durch die Rote Armee erfolgte zwischen dem 9. und 12. März 1945 oft unterwegs oder noch in den Evakuierungslagern.⁶⁵

Wegen der Lage des KL Stutthof auf der Frischen Nehrung bestand das Lager bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs fort. Die Sowjetarmee hatte ihre Hauptangriffsrichtung nach Pommerellen und Pommern orientiert und griff dann auch Elbing, Danzig und Gdingen an, während aus taktischen Gründen und wegen der schwierigen Geländebedingungen das Werder-

⁶² APMS, Z-V-20, Erinnerungen von T. Meyer, S. 23.

⁶³ Ebd., S. 23 f.; APMS, Z-V-49, Aussage von P. W. Hoppe, S. 11 f.

⁶⁴ APMS, Z-V-20, Erinnerungen von T. Meyer, S. 26.

⁶⁵ GRABOWSKA, Marsz (Anm. 60), S. 24 f., 35; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 282–292.

Gebiet umgangen wurde. Hauptziel der Operationen war es, die Verbindung der Häfen Danzig, Gdingen und Hela mit dem Westen zu unterbinden und die Evakuierung von Militär, Ausrüstung und deutschen Zivilisten auf dem Seeweg zu erschweren.

Am 30. Januar 1945 befanden sich im Stammlager KL Stutthof 11.863 Gefangene, davon im Judenlager 6.922 Frauen. Der Gesamtpersonenstand des Lagers betrug, die Außenlager eingerechnet, an diesem Tag 33.948 Gefangene.⁶⁶ Nachdem die Gefangenen evakuiert worden waren, beschränkten sowohl die Lagerverwaltung wie auch die Arbeitskommandos ihre Betätigung auf ein Minimum. In dieser Zeit verließen die verbliebenen Gefangenen das Lager nicht, um zu arbeiten, und auch die Lagerküche war nicht in Betrieb, weshalb sie keine Mahlzeiten erhielten. Vor allem wurde die Einrichtung des Lagers fortgebracht, man packte die wertvollsten Gegenstände, gute Kleidung, Schuhwerk und vor allem Wertgegenstände, in Säcke und Kisten.

Die ganze Zeit herrschte im Lager eine Typhusepidemie, die dazu führte, dass die Sterblichkeit zwischen Januar und April 1945 bislang nicht bekannte Ausmaße erreichte. Der größte Herd der Epidemie befand sich im Judenlager. Von den 6.922 Jüdinnen, die sich am 30. Januar 1945 im Lager aufgehalten hatten, lebten am 23. April 1945 nur noch 1.425. In dieser Zeit starben im Lager rund 5.200 bis 5.500 Jüdinnen; insgesamt starben 6.550 Häftlinge.⁶⁷ Die unzureichende medizinische Versorgung, das Fehlen geeigneter Mittel zur Desinfizierung der Räume und der Kleidung, aber auch die katastrophalen sanitären Zustände in den Baracken bewirkten, dass sich der Typhus auf das gesamte Lager ausbreitete. Weil die Kanäle, in die das Abwasser aus dem Lager floss, überflutet und verstopft waren, funktionierte auch die Kanalisation des Lagers nicht mehr. Es fehlte zudem an Trinkwasser, da wegen des Mangels an Treibstoff die Pumpen ausgeschaltet worden waren, die das Lager mit Wasser versorgten. Das aus einem Brunnen auf dem Platz vor dem Krankenhaus geschöpfte Wasser eignete sich praktisch nicht zum Trinken.

Am 4. April 1945 verließ Kommandant Hoppe mit dem größten Teil der SS-Belegschaft das Lager und begab sich in Richtung Schleswig-Holstein. In dieser Zeit fiel auch der Entschluss, weitere Gefangene aus dem KL Stutthof zu evakuieren, was Katzmann übernahm. Die Evakuierung, die für den 25. und 27. April 1945 vorgesehen war, sollte alle Gefangenen ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Gesundheitsstand umfassen. Die meisten Gefangenen, die sich am 23. April 1945, also an jenem Tag, an dem der Evakuierungsbefehl erging, im Lager befanden, waren in einer

⁶⁶ APMS, I-IIIB-6, Berichte über den Zustand des Lagers.

⁶⁷ Ebd.; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 299 f.

sehr schlechten physischen und psychischen Verfassung. Vor allem die Jüdinnen waren extrem erschöpft, konnten sich nicht alleine bewegen und verließen die Pritschen praktisch nicht mehr. Dennoch sollten alle auf dem Seeweg evakuiert werden. Da das Weichselwerder bereits von der Roten Armee umzingelt war, war dies der einzige mögliche Weg, um die Gefangenen aus Stutthof fortzubringen.

Aus einem Bericht über den Personenstand des Lagers geht hervor, dass sich am 23. April 1945, also zwei Tage vor dem Beginn der Evakuierung auf dem Seeweg, 4.508 Gefangene im KL Stutthof aufhielten, darunter 1.690 Juden (265 Männer und 1.425 Frauen).⁶⁸

Am 25. April 1945 wurden 3.300 Gefangene zur Evakuierung bestimmt, die in eine „arische“ und eine jüdische Gruppe unterteilt wurden, die jeweils 1.350 Personen zählte. Die erste Gruppe wurde zu Fuß nach Nickelswalde gebracht, während die andere, in der sich die Jüdinnen befanden, mit der Schmalspurbahn transportiert wurde. In Nickelswalde wurden rund 500 Gefangene, die an Typhus litten, in einen so genannten Quarantänekahn geladen, der mit einer gelben Fahne gekennzeichnet wurde und schließlich, ohne in Hela anzulegen, bis in die Lübecker Bucht fuhr. Wegen der an Bord befindlichen Typhuskranken durfte er weder in Lübeck noch in Kiel einlaufen. Als der Kahn während eines britischen Bombenangriffs auf die Kieler Bucht getroffen wurde, wurde er von seiner Besatzung verlassen. Ein Teil der Gefangenen gelangte mit der Besatzung von dem brennenden Kahn in ein Rettungsboot und landete am 4. Mai 1945 in Kiel. Der verlassene und sich selbst überlassene Kahn strandete mit einigen Dutzend extrem geschwächten Menschen auf einer Sandbank nahe der Ortschaft Kleinwaabs. Am 5. Mai 1945 wurden die geretteten Gefangenen in das Kreiskrankenhaus Eckernförde gebracht. Nach Zeugenaussagen überlebten von den rund 500 auf diesem Kahn evakuierten Gefangenen circa 190 Personen.⁶⁹

Die in Nickelswalde verbliebenen Gefangenen wurden mit Motorbooten auf die Südseite der Halbinsel Hela transportiert, in die Nähe des Städtchens Hela. Sie wurden in drei Gruppen aufgeteilt und auf bereitgestellte Kähne verladen. Am 2. Mai 1945 kamen zwei Gruppen in der Begleitung von Schleppern in Neustadt an. Die Schlepper ließen die Kähne zurück und die Gefangenen gelangten an den Strand, wo einige Dutzend bis etwa Hundert von SS-Männern und Soldaten der Marineinfanterie ermordet wurden. Unter den Erschossenen befand sich auch eine Gruppe jüdischer

⁶⁸ APMS, I-IIIB-6.

⁶⁹ RIVAH CHIRURG, Bridge of Sorrow, Bridge of Hope, Berkeley 1994, S. 166 f.; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 310–313; ELŻBIETA GROT, Rejs Śmierci. Ewakuacja morska więźniów KL Stutthof 1945, Gdańsk 1993, S. 77–85.

Häftlinge. Zeuge dieser Vorfälle war Haim Kozienicki, ein Jugendlicher aus dem Lodzer Ghetto.⁷⁰ Die übrigen am Leben gebliebenen Gefangenen wurden am 3. Mai 1945 befreit. Die Gesamtzahl der in Neustadt geretteten, aus Stutthof evakuierten Gefangenen betrug rund 1.200 Personen von insgesamt etwa 2.000, die mit den beiden Kähnen von Hela losgefahren waren.⁷¹ Die Angabe einer genauen Zahl ist nicht möglich, da wir die Zahl der in Hela auf die beiden Kähne eingeschifften Gefangenen nicht kennen. Viele kamen bereits während der Fahrt nach Nickelswalde um, andere gingen auf den Kähnen zugrunde und ihre Leichen wurden ins Meer geworfen, ein Teil starb auf dem Strand in Neustadt, einige konnten fliehen.

Am 5. Mai 1945 wurde der letzte, vierte Kahn nach einigen unvorhergesehenen Zwischenstopps dazu gezwungen, in den dänischen Hafen Klintholm Havn auf der Insel Møn einzulaufen. Die dänische Widerstandsbewegung übernahm die Kontrolle über den Kahn und kümmerte sich um die Häftlinge. Von den ursprünglich 600 Evakuierten kamen 345 Menschen in Klintholm an.⁷² Am 27. April 1945 wurde die letzte, rund 1.060 Gefangene verschiedener Nationalität zählende Gruppe aus dem KL Stutthof gebracht. Sie fuhren mit der Schmalspurbahn. Unterwegs wurden sie bombardiert und in Nickelswalde am Weichselufer erschossen die Wachmannschaften rund 70 Jüdinnen. Der Kahn, der am 28. April von Hela in die Ostsee stach, kam am 3. Mai in Flensburg an und wurde am 10. Mai vom Schwedischen Roten Kreuz übernommen.⁷³ An diesem Tag fuhren rund 700 gerettete Häftlinge aus Stutthof, darunter auch Juden, von Flensburg nach Schweden; mit ihnen reisten 1.400 andere Personen.

Es ist nicht eindeutig festzustellen, ob sich am 9. Mai, als die Rote Armee das Lager besetzte, unter jenen Gefangenen, denen der Kommandant der 3. Wachkompanie, SS-Obersturmführer Paul Ehle, am 27. April die Entlassungspapiere gegeben hatte, Juden befanden. Ein Teil jener Jüdinnen, die versucht hatten, sich in den Baracken des Judenlagers zu verstecken, kamen am 25. April bei deren Brand ums Leben. Andere wurden in Richtung Krematorium geführt und dort erschossen.⁷⁴

Die Gesamtzahl der Opfer des Konzentrationslagers Stutthof wird auf 63.000 bis 65.000 Menschen geschätzt. Darunter sind auch diejenigen, die

⁷⁰ HAIM KOZIENICKI, Adolescence in Hell, o. O. [Israel] 2003, S. 198–200; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 306 f.

⁷¹ GROT, Rejs, S. 66, 72; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 304–308.

⁷² GROT, Rejs, S. 86–101.

⁷³ Ebd., S. 102–107; DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 313–315.

⁷⁴ APMS, Berichte und Erinnerungen, Bericht von Piotr Drzewiecki, Bd. 24, S. 22; ebd., Bericht von Roman Smoczyński, Bd. 6, S. 200; ebd., Bericht von Zbigniew Raczkiewicz, Bd. 24, S. 126, 129.

im Hauptlager und in den Außenlagern ums Leben kamen (rund 41.500 Personen), sowie jene, die bei der Evakuierung über Land und See ihr Leben verloren (etwa 21.500 bis 23.500 Menschen). Von diesen Opfern sind 43 Prozent Juden: Zwischen September 1939 und Mai 1945 kamen ungefähr 28.000 jüdische Gefangene um, darunter 27.000 zwischen Juli 1944 und 8. Mai 1945.⁷⁵

⁷⁵ DRYWA, Zagłada (Anm. 9), S. 343 f.

REAKTIONEN

JULIAN BARANOWSKI

CHAIM MORDECHAJ RUMKOWSKI – KOLLABORATEUR ODER RETTER?

Von allen Vorsitzenden der Judenräte in den Ghettos im deutsch besetzten Polen ruft die Person Chaim Mordechaj Rumkowski, Judenältester in Litzmannstadt, die meisten Leidenschaften und Kontroversen hervor. Wie kein anderer regte er die Phantasie von Schriftstellern, Essayisten und Historikern an. František Kafka, ein ins Lodzer Ghetto umgesiedelter tschechischer Jude, schrieb das autobiographisch geprägte Buch „Grausame Jahre“, und der bekannte amerikanische Schriftsteller Leslie Epstein verfasste den Roman „Der Judenkönig“, in dem Rumkowski in Gestalt des fiktiven Judenratsvorsitzenden Isaiah Chaim Trumpelman erscheint. Auch der italienische Autor Primo Levi hat ihm einen Großteil seines bemerkenswerten Essays „Die graue Zone“ gewidmet, in dem er Rumkowski als Beispiel für den moralischen Niedergang der Opfer in der Welt der Lager und Ghettos darstellte.¹ Levi enthielt sich jedoch eines kategorischen Urteils und siedelte ihn „in der grauen Zone des Gewissens“ zwischen dem kategorisch Guten und dem kategorisch Bösen an.²

Die Urteile, die direkt nach dem Krieg von den Überlebenden des Ghettos formuliert wurden oder von den Wissenschaftlern, die sich mit der Rolle der Judenräte beschäftigten, fielen für Rumkowski im Großen und Ganzen negativ aus. Er wird in erster Linie in Publikationen genannt, in denen von jüdischen Anführern die Rede ist, die eine erhebliche Rolle bei der Vernichtung ihres Volkes gespielt haben sollen.

In Polen war die öffentliche Meinung lange Zeit von der Einschätzung Adolf Rudnickis geprägt. Er stellte in seinem Essay „Der Kaufmann von Lodz“ Rumkowski als skrupellosen Kollaborateur dar, der für die Um-

¹ FRANTIŠEK KAFKA, Krutá léta, Praha 1963; LESLIE EPSTEIN, The King of the Jews, New York 1979; PRIMO LEVI, La zona grigia, in: DERS., I sommersi e i salvati, Torino 1986 [Anm. d. Hg.].

² JOANNA SZCZESNA, Skrzydła rozpostarł nad nami, in: Gazeta Wyborcza, 28./29.8. 2004, S. 23.

wandlung des Ghettos in ein Zwangsarbeitslager, die Demoralisierung der Ghettobewohner, die Verbreitung von Illusionen über ein mögliches Überleben und schließlich für die Organisation der Transporte in die Vernichtungslager verantwortlich gewesen sei.³

Mit großer Abscheu schrieb auch Isaiah Trunk in seiner Arbeit zu den Judenräten über Rumkowski:

„In keinem anderen bekannten Ghetto war das Individuum so gefesselt und seine Initiative so beschnitten wie in Lodz. Er glaubte nämlich, dass der beste Weg zur Erreichung einer effektiven Wirtschaft ihre Zentralisierung sowie die Beschränkung der Privatinitiative und des Privateigentums sei.“⁴

Der bekannte Historiker Philip Friedman machte sich Gedanken über die Ursachen der autokratischen Einstellung und Machtausübung Rumkowskis und gelangte zu dem Ergebnis, dass er in Übereinstimmung mit dem „Führerprinzip“ gehandelt habe, an das die Nationalsozialisten glaubten und das sie propagierten. Zweifelsohne hätten die Deutschen die Einpersonenherrschaft im Ghetto begünstigt. Gewisse Merkmale von Rumkowskis Persönlichkeit hätten dazu geführt, dass sie in ihm einen geeigneten Partner fanden.⁵

Als Kollaborateur sah ihn auch Hannah Arendt, die daran erinnerte, dass er unter den jüdischen Anführern während des Zweiten Weltkriegs nicht der Einzige gewesen sei, der mit den Nationalsozialisten zusammenarbeitete. Sie nannte unter anderem Rudolf Kastner aus Budapest, der um den Preis von 476.000 Opfern nur 1.684 ausgewählte Menschen habe retten können.⁶

Die Liste der Juden, die mit den Deutschen zusammenarbeiteten, war übrigens erschreckend lang. Arendt merkte an, die Deutschen hätten ohne die Hilfe der Juden bei der Arbeit der Verwaltung und den Polizeiaktionen große Probleme gehabt. Bei der Durchführung der Vernichtung wäre es zu Chaos gekommen. Sie ergänzte, dass es bei der Zusammenarbeit keine Unterschiede zwischen den hoch entwickelten und assimilierten Juden Mittel- und Westeuropas sowie den jüdischen Massen im Osten gegeben habe. Und dennoch wird der Name Rumkowski aus Lodz am häufigsten genannt, wenn von der Kollaboration von Juden mit Deutschen die Rede ist.⁷

³ ADOLF RUDNICKI, *Kupiec łódzki*, Warszawa 1963, S. 5–47.

⁴ ISAIAH TRUNK, *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York 1972, S. 545.

⁵ SZCZESNA, Skrzydła (Anm. 2), S. 23.

⁶ HANNAH ARENDT, *Eichmann in Jerusalem*, München 1986, S. 153 ff.

⁷ Ebd., S. 155.

In den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg wurde fast einhellig der Standpunkt vertreten, Rumkowski sei ein Kollaborateur gewesen. Der erste Versuch, ihn zu rehabilitieren und in einem ganz anderen Licht zu zeigen, als heroischen jüdischen Märtyrer, der im Ghetto die einzige richtige Politik der Rettung durch Arbeit verfolgt habe, stammte von Icchak (Henryk) Rubin in seiner Doktorarbeit „Juden in Lodz unter der deutschen Besatzung 1939–1945“. Ihre Verteidigung wurde 1963 an der Pädagogischen Hochschule Danzig einstimmig vom Rat der historisch-philosophischen Fakultät angenommen, was zwei Monate später nach der Rezension eines bekannten Posener Fachmanns für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs für die Zentrale Qualifizierungskommission allerdings wieder rückgängig gemacht wurde. Die Arbeit konnte erst 25 Jahre später nach vielen Mühen in London im Verlag „Kontra“ erscheinen.⁸

Rubins These, nach der zumindest einem Teil der Lodzer Ghettobewohner Rumkowskis Politik der „Rettung durch Arbeit“ zugute kam, wurde von Arnold Mostowicz nachdrücklich unterstützt und wiederholt. Mostowicz war im Ghetto Arzt gewesen und wurde nach dem Krieg ein bekannter Publizist. Seiner Meinung nach ist das für diese These sprechende Hauptargument, dass das Lodzer Ghetto dank dieser Politik länger als alle anderen Ghettos bestanden habe, nämlich bis August 1944; hätte das Attentat auf Hitler am 20. Juli desselben Jahres Erfolg gehabt und wäre die Offensive der Roten Armee nicht an der Weichsel zum Stillstand gekommen, hätten rund 68.000 Ghettobewohner befreit werden können. Es habe also nicht viel zum Erfolg Rumkowskis gefehlt. Die Verteidiger dieser These heben hervor, dass es bereits ein Erfolg sei, dass zwischen 12.000 und 15.000 Menschen aus dem Lodzer Ghetto überlebt hätten, also mehr als aus allen übrigen Ghettos zusammengenommen.⁹

Diese Ansicht wurde von Marek Edelman, dem letzten Anführer des Aufstands im Warschauer Ghetto, vollständig verworfen:

„Es ist Unsinn, dass so viele Juden überlebt haben, weil Rumkowski das Lodzer Ghetto als Arbeitslager organisierte, das für die Deutschen einen gewaltigen Nutzen bedeutete.“

In einem Artikel, der zum 60. Jahrestag der Auflösung des Lodzer Ghettos erschien, ließ er an seiner Meinung keinen Zweifel: „Für mich war Rum-

⁸ ICCHAK (HENRYK) RUBIN, *Żydzi w Łodzi pod niemiecką okupacją 1939–1945*, Londyn 1988.

⁹ ARNOLD MOSTOWICZ, *Żółta gwiazda i czerwony krzyż*, Warszawa 1988, S. 16–32; DERS., *Głupiec czy męczennik*, in: *Gazeta Wyborcza*, 9.3.1994; DERS., *Listy króla do królowej*, in: DERS., *Lódź moja zakazana miłość*, Lódź 1999, S. 17–20, sowie in vielen Interviews.

kowski ein Henkershelfer. Wegen ihm musste Hans Biebow keine deutschen Soldaten mobilisieren, er bekam alles auf dem Tablett präsentiert.“¹⁰

Während der Konferenz „Das Phänomen des Lodzer Ghettos“ übernahm 2004 Abraham Cykiert aus Melbourne – einer der Überlebenden des Lodzer Ghettos – dagegen Mostowiczs Argumentation:

„Man sagt, Rumkowski sei eine kontroverse Person. Für mich gibt es in seinem Handeln nichts Kontroverses. Seine Handlungen entsprachen den Bedingungen, unter denen er leben musste. Seine Versuche zur Rettung des Ghettos waren heroisch; wäre das Attentat auf Hitler geglückt und wären die Russen, anstatt an der Weichsel anzuhalten, früher nach Lodz eimarschiert, wäre er ein Held geworden. Das Schicksal hat ihn überlistet und gab ihm nicht den ihm gebührenden Platz in der Geschichte.“

Und er fügte noch hinzu: „Das Leben unter dem Henkersbeil kann man nicht aus einer ‚moralischen‘ Perspektive oder mit Hilfe eines ‚moralischen‘ Wertesystems beurteilen. Denn dann wäre nichts moralisch.“¹¹

Wer also war Rumkowski – Kollaborateur oder Retter? In Anlehnung an die erhaltenen Quellen, zahlreiche Erinnerungen und Berichte überlebender Einwohner des Ghettos sowie eigene langjährige Forschungen zur Geschichte des Lodzer Ghettos bin ich ähnlich wie die große Mehrheit der Forschung der Ansicht, dass die Zusammenarbeit Rumkowskis mit den deutschen Behörden zu weit ging und den Charakter von Kollaboration annahm.¹²

Nur wenigen Verteidigern Rumkowskis, wie Rubin, Mostowicz oder Cykiert, erscheint dieser als Held und Retter. Sie sind der Meinung, dass die von ihm betriebene Politik der „Rettung durch Arbeit“ und die Umwandlung des Ghettos in ein riesiges Arbeitslager, das für die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches produzierte, zum Bestehen des Ghettos bis August 1944 und zum Überleben von 12.000 bis 15.000 Bewohnern bei-

¹⁰ SZCZĘSNA, Skrydła (Anm. 2), S. 23. Zur Person Hans Biebow siehe unten, Anm. 13 [Anm. d. Hg.].

¹¹ ABRAHAM CYKIERT, The Uniqueness of the Lodz Ghetto and Rumkowski, in: Fenomen getta łódzkiego 1940–1944, hg. v. PAWEŁ SAMUŚ, Łódź 2006, S. 129.

¹² RUDNICKI, Kupiec (Anm. 3); TRUNK, Judenrat (Anm. 4); ARENDT, Eichmann (Anm. 6); ROMAN ZIMAND, Dziennik Adama Czerniakowa – próba lektury, Parzyż 1979; RAFAEL F. SCHARF, Rola Ch. Rumkowskiego w getcie łódzkim, in: Dzieje Żydów w Łodzi 1820–1944, hg. v. WIESŁAW PUŚ/ STANISŁAW LISZEWSKI, Łódź 1991, S. 301–310; EDWARD REICHER, W ostrym świetle dnia. Dziennik żydowskiego lekarza 1939–1945, Londyn 1989; LUCILLE EICHENGREEN, Rumkowski and the Orphans of Lodz, San Francisco 2000; EMANUEL RINGELBLUM, Kronika getta, Warszawa 1983; JAKUB POZNAŃSKI, Dziennik z łódzkiego getta, Warszawa 2002; Dziennik Dawida Sierakowiaka, Warszawa 1960; MICHAŁ MOSZE CHĘCIŃSKI, Zegarek mojego ojca, Toruń 1996; LEON SZYKIER, Służba zdrowia w getcie łódzkim, Ms., AŽIH, Sign. R/2.

getragen habe. Hat aber die von Rumkowski gewählte Strategie tatsächlich dazu beigetragen, die Existenz des Lodzer Ghettos bis August 1944 zu verlängern und damit zwischen 12.000 und 15.000 seiner Einwohner zu retten?

Die Antwort lautet: „Nein“. Alle Angelegenheiten des Ghettos, darunter auch seine Umwandlung in einen höchst produktiven Industriekomplex, der für die Bedürfnisse der Wirtschaft des Dritten Reiches arbeitete, und sein Bestehen bis August 1944, wurden ausschließlich von deutschen Stellen entschieden. In Lodz war Hans Biebow dafür zuständig¹³ – der Leiter der Abteilung Ghettoverwaltung der Stadtverwaltung –, im Wartheland Gauleiter Arthur Greiser und in Berlin Albert Speer – der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, der ab 1942 vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, unterstützt wurde. Sie alle, denen außerdem die für Wirtschaft und Nachschub zuständigen Stellen der Wehrmacht gewogen waren, sprachen sich für ein längstmöglichen Bestehen des Ghettos aus.

Als Biebow am 5. Mai 1940 die Leitung der Ghettoverwaltung übernahm, machte er sich daran, die Politik der Selbstversorgung des Ghettos durchzusetzen und die Arbeitskraft seiner Bewohner für die Kriegswirtschaft des Dritten Reichs maximal auszunutzen. Bei der Umwandlung des Ghettos in ein Arbeitslager führte Rumkowski nur die Anweisungen Biebows aus, der je nach dem Bedarf der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs selbst über die Einrichtung neuer Arbeitsgebiete und ihr Produktionsprofil

¹³ Hans Biebow, geb. am 16.10.1902 in Bremen, sein Vater war Direktor eines Versicherungsunternehmens, seine Mutter Hausfrau. In seiner Heimatstadt besuchte er die Volksschule und anschließend die Realschule. Rasch machte er beruflich Karriere. Er begann in der Versicherungsbranche und wechselte dann in den Getreidehandel. Ein halbes Jahr lang leitete er in Göttingen die Filiale einer großen Getreidehandelsfirma. Mitte der zwanziger Jahre eröffnete er nach einem kurzen Praktikum bei einem Kaffeeimporteur ein eigenes Unternehmen in dieser Branche. Es zeigte sich, dass er kaufmännisches Talent besaß. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs belief sich der monatliche Umsatz seiner Firma Hans Biebow, Streithorst u. Co., die 250 Mitarbeiter beschäftigte, auf rund 1 Mio. Reichsmark. Biebow besaß eine eigene Kaffeebrennerei und vier Häuser. Er heiratete Hedwig Meier, die ihm zwei Söhne gebar. Er war politisch nicht aktiv und reichte erst 1937 seinen Mitgliedsantrag bei der NSDAP ein, die ihn ein Jahr später aufnahm. Das hierfür ausschlaggebende Motiv war, wie er selbst zugab, konjunktureller Natur, da er sich Erleichterungen für seine Geschäfte erhoffte. Während seines Prozesses 1947 in Lodz sagte er auch aus, dass er „Mein Kampf“ nie zu Ende gelesen hätte. Die kurze Mitgliedschaft in der Partei war kein Hinderungsgrund dafür, dass er einen höheren Verwaltungsposten im besetzten Lodz bekam, wo er als Leiter der Ghettoverwaltung in der Stadtverwaltung tätig war. Siehe zu Biebow und seiner politischen Behandlung des Lodzer Ghettos ausführlicher: JACEK PIETRZAK, Hans Biebow – portret oprawcy, in: SAMUŚ, Fenomen (Anm. 11), S. 185–205; JAN WASZCZYŃSKI, Wprowadzenie, in: Proces Hansa Biebowa. Zagłada getta łódzkiego (akta i stenogramy sądowe), hg. v. JERZY LEWIŃSKI, Warszawa 1987, S. 7–42.

entschied. Ab September 1942 übernahm er auch die Leitung über die Organisation und die Produktion des Ghettos; alle Fragen stimmte er zuvor mit dem Leiter des Zentralbüros des Arbeitsressorts, Aron Jakubowicz, ab, der die totale Ausplünderung der Einwohner des Ghettos organisierte, während Rumkowski ein williger Vollstrecker war.

Der Produktionsanstieg des Ghettos (ab Mitte 1942 rund 35 Millionen Mark im Monat) und die damit einhergehenden großen Überweisungen auf das Konto der „Freunde des Warthelands“¹⁴ wie auch der immer größere Bedarf nach Facharbeitern führten dazu, dass sowohl die Gauverwaltung wie auch die zentralen Wirtschaftsorgane des Reichs daran interessiert waren, das Ghetto bestehen zu lassen. Nicht ohne Bedeutung war außerdem die Tatsache, dass die Beschäftigung für die Kriegswirtschaft die deutschen Beamten vor der Einziehung in die Wehrmacht und dem Fronteinsatz schützte.

Somit war nicht Rumkowski der Hauptarchitekt zur Umgestaltung des Ghettos in ein Arbeitslager und zur kostenlosen Ausnutzung der Arbeitskraft seiner Bewohner, sondern Biebow – der Leiter der deutschen Ghettoverwaltung. Dieses Wirken Biebows und sein „kaufmännisches Talent“, aber auch sein Eifer bei der rücksichtslosen Ausbeutung der ihm unterstehenden Juden waren eine sichere Garantie dafür, dass die Profitquelle nicht versiegte. Biebow legte auch ungewöhnliche Fähigkeiten dabei an den Tag, ausgedehnte Kontakte mit zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Institutionen im Reich zu knüpfen. Er verstand es, ihre Vertreter von der wirtschaftlichen Bedeutung des Ghettos zu überzeugen. Zum Anwachsen der Zahl seiner einflussreichen Protektoren trugen viele wertvolle Geschenke bei, aber auch der „legale“ Verkauf wertvoller Gegenstände aus dem geraubten jüdischen Besitz zu deutlich reduzierten Preisen an lokale Würdenträger. Mit dieser Vorgehensweise erlangte er die Unterstützung der Verwaltung des Warthelandes für seine Politik, konnte aber auch die bereits genannten obersten militärischen Stellen sowie die Ministerien gewinnen.

Wie erwähnt, wurde Rumkowski nur als Ausführender der deutschen Verwaltungsanordnungen gesehen, doch einigen Stimmen zufolge soll er den Deutschen den Weg zur Ausbeutung der in den Ghettos eingespererten

¹⁴ Dieses Konto wurde vom Amt des Statthalters im Wartheland eingerichtet. Hierauf flossen Überweisungen von „dankbaren“ Eigentümern ehemals polnischen oder jüdischen Besitzes, Unternehmen, die Staatsaufträge erhielten, und anderen Nutznießern der Besetzungsbehörden im Wartheland; u. a. überwies Hans Biebow auf dieses Konto aus „finanziellen Überschüssen“ der Ghettoverwaltung zwischen 1941 und 1943 jeweils zwischen 5 und 6 Mio. Mark. Der einzige Verfügungsberechtigte über die hier eingehenden Beträge war Greiser. Siehe ausführlicher WASZCZYŃSKI, Wprowadzenie (Anm. 13), S. 29; Proces Artura Greisera przed Najwyższym Trybunałem Narodowym, Warszawa 1946, S. 303.

Bevölkerung aufgezeigt haben. Neben der Tatsache, dass er Organisator und Agitator der Zwangsarbeit im Ghetto war, ist das zweite wichtige Argument, das von seiner Kollaboration mit den Besatzern zeugt, seine Beteiligung an der Organisierung der Aussiedlung von Ghettobewohnern in die Vernichtungslager. In allen öffentlichen Auftritten, Verlautbarungen und bei Gesprächen rief er zu Ruhe und effektiver Arbeit auf. Bereits in seinem „Exposé“ vom 1. Februar 1941 an die Einwohner des Ghettos schrieb er:

„Eins kann uns vielleicht retten – die kollektive Beteiligung am produktiven Leben in des Wortes vollster Bedeutung, in einer Atmosphäre größter Ruhe. Angestrenzte und ehrliche Arbeit sowie Ruhe – das sind die Gebote des heutigen Tags!“¹⁵

Um die ihm unterstehende Bevölkerung zur Arbeit zu zwingen, entzog er ihr am 1. September 1941 die zuvor gewährten kärglichen finanziellen Beihilfen. Von dieser angesichts des im Ghetto herrschenden Hungers grausamen Unterdrückungsmaßnahme unterrichtete er die versammelte Menge bei einem öffentlichen Auftritt am 30. August.¹⁶ Das Androhen des Hungertodes wurde auch zum wichtigsten Argument Rumkowskis, um die ins Lodzer Ghetto gelangende jüdische Bevölkerung zur Arbeit zu zwingen.¹⁷ Während eines Treffens mit westeuropäischen Juden, das am 15. November stattfand, sagte er u. a.:

„Deutsche Juden! Vergegenwärtigt euch, dass ich einen solchen Stand der Dinge [die Niederlegung der Arbeit – J. B.] nicht tolerieren werde. Wer nicht arbeiten wird, der erhält kein Essen [...]. Jetzt ordne ich die Beschäftigung auch aller Frauen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren bei Transportarbeiten an [...]. Das Essen ist hier eine Angelegenheit aller, also müsst ihr auch alles machen.“¹⁸

¹⁵ APL, PSŻ, 1090, Ansprachen des Vorsitzenden Rumkowski, Bl. 15.

¹⁶ Ebd., S. 23: „Mit dem 1.9.1941 wird die Beihilfe von 15 Mark eingestellt. Die Erfahrung zeigt, dass man logische Methoden finden muss, um die Menschen endlich zur Arbeit zu bewegen, um ihnen beizubringen, dass nur Arbeit Recht auf Leben gewährt.“

¹⁷ Zwischen dem 16.10. und dem 4.11.1941 wurden auf Anordnung des RSHA 20.000 Juden aus Österreich, Böhmen und Mähren, Deutschland und Luxemburg ins Ghetto Lodz umgesiedelt. Diese Deportationen erfolgten, nachdem die Nationalsozialisten eine Entscheidung über die „Endlösung“ getroffen hatten. Die NS-Behörden wollten die „Endlösung“ der Judenfrage in Westeuropa nämlich nicht vor den Augen der ansässigen Bevölkerung durchführen. Ausführlicher: DANUTA DABROWSKA, Wysiedleni Żydzi zachodnioeuropejscy w getcie łódzkim, in: BŻIH 65-66 (1968), S. 105–139; JULIAN BARANOWSKI, Żydzi z Zachodniej Europy w getcie łódzkim 1941–1944, in: Kronika Miasta Łodzi 2003, Nr. 3-4, S. 91–96.

¹⁸ APL, PSŻ, 1090, Ansprachen des Vorsitzenden Rumkowski, S. 51.

Bei der Durchsetzung dieser Ankündigung war er konsequent bis zum Schluss und schreckte sogar vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurück. Davon sprach er in einer Rede am 3. Januar 1942:

„Vertreter der neuen Bevölkerungsgruppe, ich appelliere erneut an euch, dass ihr euch endlich an die Daseinsbedingungen im Ghetto anpasst. Ist es nicht eine Schande für euch, dass ich euch unter Einsatz von Polizisten zur Arbeit zwingen musste, dass ich euch in den Arbeitskomplexen kasernieren musste? [...] Ich werde euch beibringen, wie man arbeitet und sich anständig verhält, ich werde euch eure Frechheit abgewöhnen.“¹⁹

Die Lösung „Die Arbeit ist unser Wegweiser“ war bis zur Auflösung des Ghettos der Leitgedanke bei Rumkowskis wichtigsten Aktivitäten, die er unerbittlich und mit allen zugänglichen Druckmitteln umsetzte. Auf Anordnung der deutschen Behörden überbot er sich bei der Gründung neuer Arbeitsressorts, bei der Vergrößerung des Beschäftigungsstandes, bei der Einführung der mörderischen Dreischichtarbeit u. ä. In allen seinen späteren Reden appellierte er an die versammelten Einwohner, „auf alle ‚Politikomanie‘ zu verzichten, sich ruhig und angemessen zu verhalten“,²⁰ und er beteuerte, „nur Arbeit kann die Ruhe von Morgen sichern“,²¹ weshalb er auch

„mit eisernem Willen darauf abziele, dass sich für alle im Ghetto Arbeit findet. Ich werde danach streben, den Prozentsatz der Beschäftigten auf 90 Prozent und vielleicht auch mehr zu steigern. Bei der Aufteilung der Arbeit hat Protektion keinen Erfolg. Jeder sollte mit der Art Arbeit, die er erhält, zufrieden sein; alle ab 14 Jahren müssen arbeiten.“²²

Er setzte auch eine Aussiedlungskommission ein, deren Aufgabe darin bestand, nach seinen Vorgaben Listen von Ghettobewohnern anzufertigen, die in das Vernichtungslager Kulmhof geschickt wurden. Seinen Anteil an dieser Aktion betonte er in einer Rede an die Bevölkerung des Ghettos vom 20. Dezember 1941, also einige Tage vor dem Beginn der Aussiedlungen:

„Außer Verbrechern lasse ich Beihilfeempfänger fortschicken, die ihre Pflicht leicht genommen haben, ihre Beihilfe abzuarbeiten [...]. Ich lasse auch Geschäftsleute fortschicken, die Sachen von den Neuankömmlingen kaufen.“²³

¹⁹ Ebd., S. 66.

²⁰ Ebd., S. 66 u. 74.

²¹ Ebd., S. 99.

²² Ebd., S. 99.

²³ Ebd., S. 57.

Die Rolle Rumkowskis als die eines tragischen Mitarbeiters der Besatzer scheint auch in der Rede auf, die er am 4. September 1942 zu Beginn der Aussiedlung von Kindern bis zehn Jahren sowie Kranken und Alten über dem 65. Lebensjahr hielt. Im Zuge dieser vom 4. bis zum 12. September andauernden Aktion wurden 15.681 Menschen in das Vernichtungslager Kulmhof gebracht. Zu Beginn dieser Ereignisse verkündete Rumkowski:

„Eine gewaltige Trauer ist über das Ghetto gekommen. Man verlangt von uns, dass wir das abgeben, was uns das Teuerste ist: Kinder und ältere Menschen. Ich selbst hatte nicht das Glück, eigene Kinder zu haben, weshalb ich die besten Jahre meines Lebens fremden Kindern geweiht habe. Ich habe nie gedacht, dass meine Hände ein solches Opfer zum Altar tragen würden. Das Schicksal hat es so gewollt, dass ich heute meine Hände zu euch ausstrecken und flehen muss: Brüder und Schwestern, Väter und Mütter – gebt mir eure Kinder.“²⁴

In diesem formal so schönen Appell sprach Rumkowski direkt von der Notwendigkeit, jene, die nicht arbeiten, zum Wohle der Arbeitenden zu opfern und diese Aktion mit eigenen Kräften durchzuführen. Er sprach viel über sich selbst und versuchte dadurch, die Ghettobewohner davon zu überzeugen, dass er ebenso leide wie die Eltern. Er trat nicht als jemand auf, der seinen Untergebenen nur die Befehle der Deutschen übermittelt, sondern als jemand, der an der Durchführung dieser Aktion beteiligt ist. Er sagte:

„Ich muss diese blutige Operation durchführen. Ich muss einzelne Gliedmaßen opfern, um den Körper zu retten. Ich muss euch die Kinder nehmen, denn sonst kommen die anderen mit ihnen zusammen um.“²⁵

Rumkowski unterstand die jüdische Polizei, die Tag und Nacht Tausende zur Aussiedlung vorbestimmte Menschen aus den Häusern holte und an die Sammelpunkte brachte. Diese Polizei eskortierte auf seinen Befehl hin die Kolonnen der Ausgesiedelten zum Bahnhof Radegast – dem Lodzer „Umschlagplatz“ –, von wo die Todgeweihten in die Vernichtungslager gebracht wurden.

Es besteht kein Zweifel, dass Rumkowski genauestens wusste, was mit den Ausgesiedelten geschehen würde – zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt. Sicherlich erhielt er den Brief eines Rabbiners aus Grabow, der ihn, gestützt auf Aussagen eines gewissen Szlamek, der aus dem Vernichtungslager Kulmhof geflohen war, über den Beginn der Beseitigung der

²⁴ APL, PSŻ, 1091, S. 1.

²⁵ Ebd. Während dieser Aktion kamen deutschen Polizisten ins Ghetto – entgegen den Bemühungen Rumkowskis – und erschossen an Ort und Stelle einige Hundert Menschen, vor allem die Eltern deportierter Kinder.

Ghettobewohner im Wartheland, darunter auch in Lodz, benachrichtigte. Er wurde auch von Personen aus dem Lodzer Ghetto informiert, die ins Lager in Dombrowo bei Pabianice gebracht worden waren und mit der Aussortierung und Weiterverarbeitung des persönlichen Besitzes der ermordeten Ghettobewohner beschäftigt waren.²⁶

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich Rumkowskis allzu große Willfährigkeit und sein Eifer zur Zusammenarbeit mit den Besatzern zur Kolaboration wandelte und ihn dies zu einem Mitverantwortlichen an der Vernichtung der Bevölkerung des Lodzer Ghettos machte. Schließlich setzte er alle Aufgaben, die er den Absichten der Besetzungs politik zufolge zu erfüllen hatte, vollständig um. Er sorgte für Ruhe im Ghetto, organisierte die Zwangsausbeutung der Arbeitskräfte und die vollständige Plünderung des Besitzes der Ghettobewohner und beteiligte sich aktiv an der Organisation von Transporten der ihm unterstehenden Bevölkerung in die Vernichtungslager. Sein Verschulden wird durch seine Verdienste bei der Organisation des Lebens der Ghettobevölkerung nicht verringert. Diese Verdienste sind vor allem den Beschäftigten der medizinischen Einrichtungen, den Lehren, den Juristen sowie einer großen Zahl von Fachleuten zuzuschreiben, welche die Betriebe im Ghetto leiteten.²⁷

²⁶ Das Lager in Dombrowo bei Pabianice wurde im März 1942 eingerichtet. Die hier eingesperrten 200 bis 300 Ghettobewohner aus Lodz sichteten, sortierten und verpackten Kleidung und andere Gegenstände der ermordeten Juden aus dem Wartheland. Bis April 1943 wurden aus dem Vernichtungslager Kulmhof über 370 Waggons Schuhe, Kleidung, Bettzeug, Decken, Koffer u. ä. geliefert. Unter diesen Dingen befanden sich auch Dokumente und Bilder der Ermordeten, darunter von Einwohnern aus dem Ghetto Lodz.

²⁷ JULIAN BARANOWSKI, Administracja niemiecka i tzw. samorząd żydowski w getcie łódzkim 1940–1944, in: *Dzieje* (Anm. 12), S. 323.

ALEKSANDRA NAMYSLO

DER EINFLUSS DER ZENTRALE DER JÜDISCHEN ÄLTESTENRÄTE IN OSTOBERSCHLESIEN AUF DAS VERHALTEN DER JUDEN

Mojżesz Merin der im Dezember 1939 von Hans Dreier, dem Leiter des Referats für Judenfragen der Kattowitzer Gestapo dazu ermächtigt wurde, „alle die jüdische Rasse betreffenden Maßnahmen für den Regierungsbezirk Kattowitz durchzuführen“,¹ und der kurz darauf Leiter der Zentrale der Jüdischen Ältestenräte in Ostoberschlesien wurde,² besaß uneingeschränkte Macht über die ihm unterstehenden knapp 100.000 Juden. Diese lebten überwiegend in rund zwanzig Ortschaften vor allem im Bergbaurevier von Dombrowa, im Bergbaurevier Jaworzno-Chrzanów sowie in der ehemaligen Woiwodschaft Schlesien (Oberschlesien).³

Die Leitung der Zentrale (Merin sowie seine beiden Mitarbeiter Fanny Czarna und Wowa Śmietana) akzeptierte und verwirklichte ein Programm,

¹ APK, Ältestenrat der Jüdischen Kultusgemeinde in Dombrowa, 3, Rundschreiben Hans Dreier, Dezember 1939, unpag. Nach dieser Entscheidung war Merin dazu berechtigt, sich bei Tag und Nacht frei auf den Straßen zu bewegen und deutsche Behörden zu betreten; er wurde außerdem dazu verpflichtet, in den ihm unterstehenden Gemeinden Ältestenräte einzurichten.

² APK, Gemeinde Łagiewniki, 260, Rundschreiben der Kattowitzer Gestapo an die Landräte und Bürgermeister des Regierungsbezirks, an die Landräte von Warthbrücken und Lublinitz, an die Oberbürgermeister und den Polizeipräsidenten des Oberschlesischen Industriegebiets in Kattowitz über die Evakuierung der Juden, 23.2.1940, Bl. 8.

³ Die Zentrale der Jüdischen Ältestenräte in Ostoberschlesien entstand wahrscheinlich im Januar 1940. Ihr unterstanden (im Oktober 1940) 96.925 Juden, die in einem Teil des Regierungsbezirks Kattowitz (ohne die Kreise Hindenburg, Gleiwick und Beuthen) und einem Teil des Regierungsbezirks Oppeln (Blechhammer, Warthbrücken) lebten und in 34 Gemeinden organisiert waren, die wiederum zu acht Kreisinspektionen und zwei kreisfreien Städten (Bendzin, Sosnowitz) gehörten. Um die Aufgaben der Zentrale und die von den deutschen Verwaltungsbehörden aufgetragenen Aufgaben gut lösen zu können, wurden entsprechende Abteilungen, Referate und Sonderämter eingerichtet. Mehr hierzu in ALEKSANDRA NAMYSLO, Centrala Żydowskich Rad Starszych Wschodniego Górnego Śląska, in: Zagłada Żydów zagłębiowskich, hg. v. DIES., Będzin 2004, S. 38–62.

wie es auch von Chaim Rumkowski, Efraim Barasz oder Jakub Gens in den Ghettos von Lodz, Bialystok und Wilna realisiert wurde – nämlich die Juden durch Gehorsamspflicht, Arbeit und schließlich durch die Opferung von einzelnen Menschenleben zum Wohle der Gemeinschaft zu retten.⁴ Auf dieser Grundlage entwickelte die Leitung der Zentrale genaue Vorstellungen darüber, welche Einstellungen Juden angesichts der Realitäten zu vertreten und wie sie sich zu verhalten hätten. Merin, der sich vielfach als „Erzieher der jüdischen Nation“ bezeichnete, erweckte den Eindruck eines disziplinierten Juden, der die Entscheidungen der Behörden rücksichtslos und gehorsam befolgt, ihren Forderungen nachkommt und von deren guten Absichten überzeugt ist.

Nach den Vorstellungen der Zentraleleitung akzeptierte jeder „vorbildliche“ Jude bedingungslos die von ihr mitgeschaffenen Fakten, negierte alle eigenmächtigen und von den Behörden nicht kontrollierten Änderungen dieser Realität, konspirierte nicht, versuchte nicht zu fliehen und isolierte sich bewusst von der „arischen“ Bevölkerung. Die Einflussnahme der Zentraleleitung auf die Einstellungen und das Verhalten der Juden in Ostschlesien verlief in zwei Phasen: In der ersten Phase, die bis zu den Massenaussiedlungen im Mai 1942 andauerte, beruhte die Einflussnahme darauf, die Bevölkerung ohne Eingriffe von außen, jedoch durch bisweilen repressive Methoden zu beeinflussen und zu lenken. In der zweiten Phase, die im Juni 1943 mit dem Abtransport Merins in das Vernichtungslager Auschwitz endete, setzte die Leitung der Zentrale ihr von außen aufgezwungene Anweisungen mittels Gewalt und Erpressung in die Tat um.

Beeinflussung durch Selbstinszenierung

Die wichtigste und durchgängig angewandte Methode, um die jüdische Bevölkerung für das Vorgehen der Zentrale zu gewinnen, und zugleich ein wichtiger Weg, um bei ihr das erwünschte Verhalten hervorzurufen, war die Darstellung Merins als geschickten Organisator und Verwalter sowie

⁴ PHILIP FRIEDMAN, Two „Saviors“ Who Failed. Moses Merin of Sosnowiec and Jakob Gens of Vilna, in: *Commentary* 1958, S. 479–491; DERS., The Messianic Complex of a Nazi Collaborator in a Ghetto: Moses Merin of Sosnowiec, in: *Roads to Extinction. Essays on the Holocaust*, New York 1980, S. 353–364; Mojżesz Merin, in: *Polski Słownik Judaistyczny*, hg. v. ZOFIA BORZYMIŃSKA/ RAFAŁ ŻEBROWSKI, Bd. 2, Warszawa 2003, S. 136 f.; Moshe Merin (1906–1943), in: *The Holocaust Encyclopedia*, hg. v. WALTER LAQUEUR, New Haven, London 2001, S. 420; Moshe Merin (1906–1943), in: *The Columbia Guide to the Holocaust*, hg. v. DONALD NIEWYK/ FRANCIS NICOSIA, New York 2000, S. 185; PAWEŁ WIEDERMAN, *Płowa bestia*, München 1948, S. 47–49. Zu Chaim Rumkowski siehe den Beitrag von Julian Baranowski, zum Ghetto Bialystok den Beitrag von Sara Bender in diesem Band.

als erfolgreichen Partner der Machthaber. Das wichtigste Instrument, das ihm bis Ende 1941 zur Verwirklichung dieser Aufgabe diente, war die Presse. In den von der Leitung der Zentrale herausgegebenen und somit auch censierten Periodika (z. B. das *Bulletin* oder die *Mitteilungen der Zentrale der jüdischen Kultusgemeinden in Ostoberschlesien*), die alle ihr unterstehenden Orte erreichten, sowie in der *Gazeta Żydowska*⁵ wurden ausschließlich die Erfolge der Zentrale dargestellt und mit entsprechend ausgewählten Beispielen illustriert.

Vor allem präsentierte man Ergebnisse auf dem Gebiet der Sozialfürsorge und Sozialhilfe, hob die gut funktionierende Verwaltung der der Zentrale unterstehenden Kultusgemeinden hervor und lobte die Organisationen des jüdischen Lebens jenseits der großen Städte. Zudem wurde über die zahlreichen Besuche Merins außerhalb des Regierungsbezirks Kattowitz berichtet, bei denen er Kredite aus dem ansehnlichen Vermögen der Zentrale erteilte oder materielle Hilfe leistete.⁶ Zum Beispiel lobte die *Gazeta Żydowska* die professionell durchgeführte Evakuierung der Auschwitzer Juden im April 1941 und ihren offenen Empfang durch die Gemeinden der Bergbaureviere:

„In der Woche vor Pesach hat die disziplinierte Bevölkerung von Auschwitz [Oświęcim] und Umgebung, dem Willen der deutschen Behörden folgend, Auschwitz verlassen [...]. Zur Durchführung dieser Umsiedlung sind die höchsten Leiter des Zentralkomitees der Ältestenräte bei der Judengemeinde in Sosnowitz nach Auschwitz gefahren. [...] Die Auschwitzer Juden gelangten überwiegend in organisierten gemeinsamen Eisenbahntransporten nach Sownowitz und Bendzin, in bequemen Personenwaggons und mit medizinisch-sanitäter Betreuung.“⁷

Die Leitung der Zentrale schrieb sich alleine den Einfall für die so gut durchgeführte Umsiedlung von Juden aus Auschwitz zu. Fanny Czarna bezeichnete während eines Treffens mit den Abteilungs- und Referatsleitern der Zentrale in einer Zusammenfassung ihrer Arbeit gerade diese Aktion als großen Erfolg.⁸

⁵ Offizielle jüdische Zeitung, die zwischen Juli 1940 und August 1942 in Krakau in polnischer Sprache erschien, hauptsächlich für die Einwohner des GG, doch erreichte sie auch die jüdischen Siedlungszentren in den ans Reich angegliederten Gebieten.

⁶ APK, RS 18, Mitteilungen der Zentrale der jüdischen Kultusgemeinden in Ostoberschlesien, Nr. 5, 15.2.1941.

⁷ Przesiedlenie Żydów z Oświęcimia, in: *Gazeta Żydowska*, Nr. 31, 18.4.1941, in: MARIAN FUKS, *Z dziejów wielkiej katastrofy narodu żydowskiego*, Poznań 1999, S. 87 f.

⁸ ALEKSANDRA NAMYSŁO, Sprawozdanie ze zjazdu z okazji dwulecia istnienia Centrali Żydowskich Rad Starszych Wschodniego Górnego Śląska, in: *Kwartalnik Historii Żydów* 215 (2005), S. 395.

Die angeblichen Erfolge bei der Organisation und Verwaltung der Kultusgemeinden interessierten die Auslands presse. So berichtete der slowakische Journalist Fritz Fial in der *Pariser Zeitung* von seinem Besuch in den entstehenden Ghettos von Bendzin und Sosnowitz im Dezember 1942. Seinen Text betitelte er: „In einem Judenlager im Osten. Begegnung mit Juden aus Paris – Anschauungsunterricht gegen Roosevelt's Gräuelmärchen.“ Der Verfasser hielt hier die Eindrücke von seinem Aufenthalt im Dombrowa-Bergbaurevier fest:

„An meiner Seite geht der Judenälteste Moszek Merin und erläutert meine Beobachtungen. [...] Die Erklärungen dieses Judenältesten habe ich stenografisch festgehalten und will sie hier im Folgenden ohne die geringste Änderung wiedergeben: ‚In meinem Gebiet wohnen jetzt etwa 70.000 Juden. Sie wurden mit ihren Familien in den beiden Städten einquartiert, und obwohl die Häuser dem Staat gehören, wohnen sie hier völlig privat und frei. Wir 70.000 Juden verwalten uns völlig selbst und nur ich bin den zuständigen Reichsbehörden für die Ordnung in unserem Bereich persönlich verantwortlich. Mir zur Seite stehen 18 jüdische Ärzte und etwa 70 jüdische Polizisten, die den Ordnungsdienst, den Luftschutz und den Gesundheitsdienst besorgen. Die jüdische Bevölkerung wird mit Lebensmitteln ausreichend versorgt, die sie sich ebenso wie alle anderen Gebrauchsgegenstände in jüdischen Geschäften frei kaufen kann. [...] Für die Arbeit erhalten die Juden ein angemessenes Gehalt, mit dem sie völlig frei agieren können. [...] Wir haben bisher weder ansteckende Epidemien noch irgendwelche anderen Zwischenfälle zu verzeichnen.‘ Während meines ausgedehnten Rundgangs durch die Stadt finde ich diese Ausführungen des Judenältesten vollauf bestätigt. [...] Die Juden unterhalten auch eigene Kaffeehäuser, in denen Zeitungen aufliegen, und verbringen ihre Freizeit nach ihrem eigenen Willen. In den einzelnen Betrieben, die wir nun besuchen, herrscht Sauberkeit, und lediglich die überaus geschminkten und sichtlich herausgeputzten, im ganzen aber unsauberer Gesichter zahlreicher Jüdinnen bilden hier einen Kontrast, der sich ab und zu bis an die Magennerven des Besuchers heranschleicht.“⁹

Eine andere Methode, um die Juden dazu zu bewegen, Merins Politik zu akzeptieren, war die Stilisierung seiner Person zu einem „Erlöser des gesamten jüdischen Volkes“,¹⁰ vor allem unter der jüdischen Bevölkerung

⁹ Pariser Zeitung, Nr. 350, 20.12.1942 (auf den Artikel hat mich Barbara Engelking-Boni hingewiesen).

¹⁰ Mit diesen Worten soll Merin von Menech Mendel begrüßt worden sein, einem Mitglied der Direktion des AJJDC, als Merin sich Mitte April 1941 im Warschauer Ghetto aufhielt. Am 17.4. hielt Emanuel Ringelblum fest: „In diesen Tagen war Merin da. Man empfing ihn wie einen König. Im Theater wurde er von den Schauspielern begrüßt. [...] In Bendzin und Sownowitz ist es durch seine Bemühungen gelungen, Ghettos zu vermeiden. Die Sterblichkeit ist dort niedriger als vor dem Krieg. Auf den Straßen gibt es keine Bettler.“ EMANUEL RINGELBLUM, Kronika getta warszawskiego, Warszawa 1988, Bl. 268.

außerhalb des Bergbaureviers und Oberschlesiens. Dazu sollten seine zahlreichen Reisen nach Lodz, Warschau und Krakau, aber auch nach Prag, Mährisch-Ostrau und Berlin dienen,¹¹ die er 1940 und 1941 unternahm.¹² Diese begründete er mit dem Bestreben, auch dort die Regeln, die für die ihm unterstehenden Juden galten, als Vorbilder mit positiven Folgen einzuführen. Im Dezember erstattete Fanny Czarna der Leitung der Zentrale Bericht:

„Wir fuhren nach Berlin, Prag und Ostrau, um sie [die jüdischen Gemeinden dort] dazu zu bewegen, eine Vertretung mehrerer Millionen Juden gegenüber den Machthabern zu schaffen. [...] Wir haben Menschen aus Danzig, dem Lager in Nisko und Menschen aus Buchenwald geholfen.“¹³

Zusätzliches Charisma erlangte Merin durch seine offene, bisweilen obsessive Kritik an der Politik Rumkowskis und anderer Ghettovorsitzender. In Lodz hielt Merin sich mindestens zweimal auf. Merins Fahrer Baron Naf-tali berichtete später über eine der gemeinsam unternommenen Fahrten:

„Nach Sosnowitz kam (1940 oder 1941) ein Jude aus Lodz, der die belgische Staatsbürgerschaft besaß und in Lodz als Verbindungsmann zur Gestapo tätig war. [...] Da die Verhältnisse im Ghetto unvergleichlich viel schlechter waren als in Sosnowitz, bat dieser belgische Jude Merin in Sosnowitz, er möge nach Lodz fahren und dort die Leitung des Ghettos übernehmen. Ich weiß, dass beim ersten Mal gleichzeitig mit uns in einem eigenen Auto der Leiter der Judenabteilung der Kattowitzer Gestapo, Dreier, fahren sollte. [...] Im Ghetto begab Merin sich zu Rumkowski. Sie unterhielten sich ungefähr 30 bis 45 Minuten, später fuhren wir in einem Taxi mit Merin und Rumkowski ins jüdische Krankenhaus. Rumkowski zeigte uns die Einrichtung und die Sauberkeit des Krankenhauses, später aßen sie zu Mittag, sie hielten sich dort noch eine halbe Stunde auf und dann gingen wir zum Taxi. Im Hof, in der Łagiewniki-Straße, versammelten sich bei unserem Taxi mehrere Tausend Juden. Diese Juden erlaubten uns nicht, aus dem Ghetto fortzufahren, und baten Merin, ihnen zu helfen. Wir konnten nicht aufbrechen. Merin öffnete die Tür und sagte [...]:“

¹¹ Merin war 1940 und 1941 mehrmals bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zu Gast, meist um finanzielle Hilfe für die Zentrale zu erhalten. Wahrscheinlich traf sich Merin Anfang 1940 in Berlin mit Reinhard Heydrich, um über die Auswanderung von Juden aus den besetzten Gebieten zu sprechen; vielleicht begegnete er hier auch Adolf Eichmann. Nach RINGELBLUM, Kronika (Anm. 10), S. 127; NAMYSŁO, Sprawozdanie (Anm. 8), S. 399; Moshe Merin (1906–1943), in: Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, hg. v. ISRAEL GUTMAN, München, Zürich 1993, Bd. 2, S. 948; WIEDERMAN, Plowa bestia (Anm. 4), S. 17.

¹² Merin verfügte (bis 1942) über ein Auto und einen Fahrer; mit einem von der Kattowitzer Gestapo ausgestellten Passierschein konnte er das Gebiet des Regierungsbezirks Kattowitz verlassen.

¹³ NAMYSŁO, Sprawozdanie (Anm. 8), S. 399.

„Ich helfe euch.‘ Rumkowski wandte sich zu mir und sagte [...]: „Fahr doch über die Köpfe“, worauf ich ihm antwortete: „Gehen Sie doch selbst raus vor den Wagen, dann fahre ich über Sie drüber.“ Schließlich gelang es uns loszufahren; am Platz in Bałuty stieg Rumkowski aus, sprach mit Merin noch im Büro, dort verabschiedeten wir uns und kehrten nach Hause zurück. Ich erinnere mich daran, dass dies die zweite Fahrt nach Łódź war.“¹⁴

Vielleicht notierte Emanuel Ringelblum in Zusammenhang mit diesem Besuch im August 1940: „Aus Łódź kam die Nachricht, dass Merin oberster Vorgesetzter des Łodzer Ghettos werden soll.“¹⁵ Wahrscheinlich fand eine dieser Reisen auch deshalb statt, um Rumkowski zu informieren, dass das *American Jewish Joint Distribution Committee* (AJJDC) den Łodzer Juden eine Finanzhilfe in Höhe von 100.000 Dollar geben wolle.¹⁶

Die Leitung der Zentrale schrieb sich auch Verdienste bei den Bemühungen zu, andere jüdische Siedlungszentren in den polnischen Gebieten zu retten. Sie ging dabei so vor, dass in den Augen der jüdischen Bevölkerung die Methoden der Machtausübung durch andere Leiter in Frage gestellt und diskreditiert wurden, wobei diese zugleich mit der Verantwortung für alle Misserfolge der Hilfsaktion belastet wurden. Czarna hob in diesem Zusammenhang hervor:

„Merin war der erste, der durch die Ghettotore [in Łódź, A. N.] kam. Wir flehten Berlin an, man möge Łódź retten [...]. Wir fanden einen Weg zur Rettung von Krakau. Ich will niemanden beschuldigen, aber diese schöne Aktion, die in den kleinsten Details von den falschen Menschen, von kleinen Menschen und kleinen Dingen vorbereitet wurde, wurde zerstört. [...] Uns schmerzen diese Massen, die zu Opfern der Politik von Leuten wie [Adam] Czerniaków und [Marek] Biberstein [Judenratsvorsitzende in Warschau und Krakau, Anm. d. Hg.] werden.“¹⁷

Im September 1940 sollte ein Treffen zwischen Merin, Rumkowski und Czerniaków stattfinden, das von Beobachtern ironisch „Dreikaisertreffen“ genannt wurde. Ziel war, einen gemeinsamen Plan zur Rettung der Juden auszuarbeiten. Aufgrund fehlender Übereinstimmung, eigentlich aber, weil Merins Vorschläge abgelehnt wurden, endete es mit einem Misserfolg.¹⁸

Ein solch provozierendes und affektgeleitetes Verhalten Merins gegenüber den Vorgesetzten anderer Ghettos führte dazu, dass im April 1940

¹⁴ AŻIH, 301/4301, Bericht von Baron Naftali.

¹⁵ RINGELBLUM, Kronika (Anm. 10), S. 145.

¹⁶ CZESŁAW MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 2, Warszawa 1970, S. 114.

¹⁷ NAMYSŁO, Sprawozdanie (Anm. 8), S. 399 f.

¹⁸ FRIEDMAN, Complex (Anm. 4), S. 356.

(u. a. im Warschauer Ghetto) das Gerücht umlief, die Behörden beabsichtigten, ihm die Oberherrschaft über die jüdische Bevölkerung in den ins Reich eingegliederten Gebieten, im Generalgouvernement (GG) sowie im Protektorat Böhmen und Mähren zu geben.¹⁹ Im Frühjahr 1942 gestand er selbst ein:

„Wir waren in Berlin und in Prag, was haben wir dort gesehen? Depression und das Fehlen starker Hände, um die Situation zu kontrollieren. Die Führer der tschechischen und deutschen Juden riefen um Hilfe ... Ich habe sie daran erinnert, dass ich sie vor anderthalb Jahren besucht und vorgeschlagen hatte, eine zentrale Organisation aller Juden unter der deutschen Herrschaft zu gründen, doch niemand wollte mich hören. Sie fürchteten in erster Linie, dass Sosnowitz zur Hauptstadt dieser Organisation werden und die Macht in meinen Händen zusammenlaufen würde.“²⁰

Ein anderes Mal sagte er:

„Im Gouvernement habe ich während der letzten Reise ein Bild des Elends und der Verzweiflung vorgefunden. [...] Es gelang uns, die Juden aus dem *Wartegau* [sic!] in unseren Tätigkeitsbereich aufzunehmen. Wir haben dort Gemeinden organisiert, wir haben unsere Leute zur Arbeit nach dort geschickt und das Ganze finanziert. Unsere Verwaltung hat uns bei unseren Bemühungen unterstützt. Leider hat kleinerer und größerer Ehrgeiz einiger Menschlein das so schön errichtete Werk zerstört. In sehr kurzer Zeit wurden alle diese Gemeinden von der Erdoberfläche gespült. Das sind die Folgen einer falschen Politik. Mit den Anführern der größten jüdischen Zentren, Rumkowski in Lodz und Czerniaków in Warschau, kann man sich leider nicht einigen. Rumkowski ist ein kranker Mensch und eignet sich eher für ein Irrenhaus als für die Leitung einer Gemeinde mit 200 jüdischen Seelen.“²¹

Merin versuchte auch, das Wohlwollen der Einwohner aus den Provinzghettos des Warthelands zu gewinnen. Mitte Januar 1941 war er mit Śmietana in Pabianice zu Besuch, wo er sich mit Vertretern der Gemeinden aus Pabianice, Zduńska Wola, Lutomiersk und Lask traf sowie mit Vertretern der lokalen Behörden. Ergebnis dieses Besuchs war die Gründung einer Abteilung der Jüdischen Wohlfahrtsvereinigung²² für den Regierungs-

¹⁹ RINGELBLUM, Kronika (Anm. 10), S. 127.

²⁰ FRIEDMAN, Complex (Anm. 4), S. 356.

²¹ WIEDERMAN, Płowa bestia (Anm. 4), S. 89 f.

²² Die Jüdische Wohlfahrtsvereinigung war Anfang Januar 1941 in Sosnowitz gegründet worden. Ihr Ziel war die Zusammenarbeit aller der Zentrale unterstehenden Gemeinden im Bereich der Sozialfürsorge, u. a. bei der Unterhaltung von Volksküchen, Altenheimen, Waisenhäusern, bei der Betreuung von Umsiedlern und für Soforthilfe. Ihre Aktivitäten sollten durch Gemeindeabgaben, vom AJJDC, von der Gesellschaft für den Schutz der Gesundheit (*Towarzystwo Ochrony Zdrowia*) und dem Roten Kreuz finanziert werden.

bezirk Litzmannstadt, an deren Spitze der Vorsitzende der Gemeinde Pabianice, Chill Rubinstein, stand; sie war völlig von der Zentrale in Sosnowitz abhängig. Merin unterstützte finanziell auch die Gemeinden in Widawa, Schlotzau, Lutomiersk und Pabianice, außerdem (vor allem mit Medikamenten und Kohle) das Lager Konstancja in Kutno. Zu den Plänen der Zentrale gehörte es auch, eine ähnliche Abteilung für den Regierungsbezirk Zichenau einzurichten.²³ Merins Freigebigkeit und die Versuche, das Wohlwollen der jüdischen Bevölkerung anderer Ghettos zu erwerben, hielten bis Ende 1941 an.²⁴ Die absehbare Wende in der ihm bislang entgegenkommenden Politik der deutschen Behörden zwang ihn dazu, den Gedanken an eine Führungsrolle innerhalb der in den polnischen Gebieten lebenden jüdischen Bevölkerung fallenzulassen.²⁵

Vermittlung durch einflussreiche jüdische Kreise

Der Zentrale lag viel daran, das Rabbinat sowie die lokalen Parteiführer und angesehenen Mitglieder der Kultusgemeinden aus der Vorkriegszeit für sich zu gewinnen. Die orthodoxen Kreise unterstützten Merins Politik nicht und arbeiteten nicht mit ihm zusammen. Zu seinen entschiedensten Gegnern zählte der orthodoxe Rabbiner Szaja Englard aus Sosnowitz, der seit vielen Jahren mit Merin zerstritten war.²⁶ Als die Bemühungen andauerten, die jüdische Jugend dazu zu bewegen, sich freiwillig zur Zwangsarbeit zu melden, berief Merin zur Jahreswende 1941/42 eine Konferenz der Rabbiner aus dem Revier ein. Daran beteiligten sich Englard, Szyja Gliksman, David Halberntam aus Sosnowitz, David Hejnach, der in Bendzin lebende Rabbiner von Grajewo, sowie die Rabbiner aus Dombrowa und Strzemieszyce. Merin wollte, dass die Rabbiner seine Politik der „Rettung der jüdischen Bevölkerung durch Arbeit“ unterstützen und unter der Jugend die Idee einer freiwilligen Arbeitsaufnahme in Deutschland propagierten. Englard widersetzte sich diesem Plan vehement²⁷ und begründete dies damit, dass dieser mit der jüdischen Ethik nicht vereinbar sei. Doch ange-

²³ APK, RS 18, Mitteilungen der Zentrale der jüdischen Kultusgemeinden in Ostschlesien, Nr. 5, 15.2.1941; Gazeta Żydowska, Nr. 6, 21.1.1941.

²⁴ YVA, 03/672, Bericht von Tola Paterman.

²⁵ APK, RS 6, Bl. 12, Sitzungsprotokoll der Zentrale der jüdischen Ältestenräte, 27.12.1941.

²⁶ Merin war wie die meisten Mitglieder der Zentrale Anhänger des fortschrittlichen Rabbiners Hager, der Sosnowitz während des Kriegs verlassen hatte.

²⁷ Der Rabbiner Englard wurde während der ersten Mass deportation von Juden aus dem Dombrowa-Revier in das KL Auschwitz gebracht.

sichts der für Mai 1942 angekündigten Massendeportation sprach sich das Rabbinat für das „geringere Übel“ aus, also dafür, dass die Zentrale die Leitung der Aussiedlungen übernahm.²⁸

Es gab jedoch auch unter den Zionisten keine einheitliche Linie gegenüber Merins Politik. Es lag ihm besonders daran, diese Gruppe zu gewinnen, da er sich mit dem Zionismus identifizierte; außerdem rechnete er mit ihrer Hilfe bei der Erziehung der Jugend.

Einbeziehung potentieller Gegner der Pläne

Die Leitung der Zentrale versuchte vor allem, Jugendliche und junge Erwachsene für ihr Programm zu gewinnen, was in Wirklichkeit bedeutete, dass sie die Kontrolle über deren Betätigungen übernahm. In der ersten Phase dienten diesem Ziel die Bildung und die Unterhaltung von Produktionsbetrieben. Mit Erlaubnis der deutschen Behörden entstand im Frühjahr 1940 im so genannten Klein Schrodel (auf dem Weg nach Sosnowitz) eine 65 Morgen große Farm, die der Bendziner Kultusgemeinde unterstand.²⁹ Hier lebten anfangs rund 100 Jungen und Mädchen zwischen 16 und 25 Jahren, Mitglieder der jüdischen Jugendorganisationen *HaNoar HaTzioni*, *Gordonia*, *HaSchomer HaTzair* und *HaSchomer HaDati*.³⁰ Diese Farm war

²⁸ AŽIH, 301/3015, Bericht von Arbach Pinkus; FRIEDMAN, Complex (Anm. 4), S. 358 f.; WIEDERMAN, Płowa bestia (Anm. 4), S. 98; SARA SILFEN, Koła które krały dla zwycięstwa, in: Życie i zagłada Żydów polskich. Relacje świadków, hg. v. MICHAŁ GRYNBERG/ MARIA KOTOWSKA, Warszawa 2003, S. 424.

²⁹ AŽIH, 301/2459, Bericht von Szaja Plužnik; LEIB SHPEIZMAN, Jews, in: Zagłębie during the second Word War, in: Memorial Book of Zagłębie (translation of Pinkas Zagłębie), hg. v. JAKUB RAPAPORT, Tel Aviv 1972 [Übersetzung: <http://www.jewishgen.org/yizkor/zaglembial1/zaglembie1.html> (25.11.2009)], S. 60; Gazeta Żydowska, Nr. 2 7.1.1941, S. 4.

³⁰ Die ganze Besatzungszeit über war eine Reihe jüdischer Jugendorganisationen (auch im Ghetto) tätig, die es schon vor dem Krieg gegeben hatte. Die Leitung der Organisation *HaNoar HaTzioni* im Dombrowa-Bergbaurevier bildeten: Józef und Bolesław Kożuch, Jan Cyberman, Samuel Majtis, Israel Diamand, Lola Pomerancenblum, Karola Bojm, Henryk Lustiger und Kuba Rosenberg. Konspirativ tätig war auch *HaSchomer HaTzair*, die geleitet wurde von: Cwi Brandes, Chajka Klinger, Dawid Kozłowski, den Schwestern Ida, Irena und Lee Peisachsohn sowie Hala Katzenholz. Im Revier betätigte sich auch die *Gordonia*, deren Mitglieder nicht nur aus der näheren Umgebung, sondern auch aus Warschau und Tschenstochau kamen. Diese Organisation wurde von Szloma Lerner und Hanka Borensztajn geleitet. In der zweiten Jahreshälfte 1942 wurde auch eine mit der Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza*, PPR) verbundene jüdische Zelle aktiv. Sie wurde gegründet von Józef Lubling, Mojżesz Szejnbarg, Josef Plotek und Samuel Waldman und bestand bis zur Verhaftung durch die Gestapo im März 1943. AŽIH, 301/3536, Bericht von Jadzia Szpigelman; ebd., 301/3482, Bericht von Cecylia Chmielnicka; ebd., 301/3480,

zunächst eine Arbeitsstelle mit autodidaktischem Charakter zur Erziehung der jüdischen Jugend und wurde später zu einem Ort konspirativer Arbeit.³¹ Im Frühjahr 1943 entstand – bereits im Ghetto – der Kibbuz *HaSchomer HaTzair*. Er wurde von Cwi Brandes und Chajka Klinger geleitet.

Gegen Ende 1941 wurde in der Zentrale eine Jugendabteilung gegründet, an deren Spitze der unter den Jugendlichen angesehene Leiter von *HaNoar HaTzioni*, Józef Kożuch, stand. Dieser engagierte sich für die Arbeiten der Zentrale und hoffte darauf, Merin von der Idee des Widerstands überzeugen zu können. Merin dagegen erwartete, als er ihn zur Zusammenarbeit überredete, dass er das Tun der Jugendorganisationen würde überwachen können.³² Er ließ sich noch nicht einmal von den Berichten des Anführers der Jüdischen Kampforganisation (*Żydowska Organizacja Bojowa*, ŻOB), Mordechaj Anielewicz, überzeugen, der gegen Ende Juni 1942 – nach seinen Besuchen in Bendzin, Sosnowitz und Warthbrücken – ins Revier kam.

Anielewicz suchte bei Merin Hilfe für den Grenzübertritt und rechnete damit, dessen guten Kontakte zur Gestapo nutzen zu können.³³ Merin lehnte ab, weil er in dieser Zeit zu einem Gegner der Auswanderung geworden

Bericht von Fela Katz; ebd., 301/3479, Bericht von Samuel Waldman; ebd., 301/4618, Bericht von Aron Grunwald; ebd., 301/6434, Bericht von Sylwester Złotowski; MORDECHAI KRZESIWO, *Gordonia during the Years of the World*, in: Pinkas Bendzin, hg. v. A. SCH. STEIN, Tel Aviv 1959, S. 287-289 [Übersetzung in: <http://www.jewishgen.org/yizkor/bedzin/Bedzin.html> (25.11.2009)].

³¹ AŽIH, 301/2459, Bericht von Szaja Płużnik; ARON LIWER, Three Years of the Agricultural Farm in Będzin, in: Pinkas Bendzin (Anm. 30), S. 528-531.

³² Die zu *HaSchomer HaTzair*, *HaNoar HaTzioni*, *Doror*, *Gordonia* und der *Chalutz*-Bewegung (Pioniere) gehörende Jugend sprach sich sowohl für „Selbstverteidigung“ (*hagana*) – verstanden als Vorbereitung zum Kampf gegen die Besatzer – wie auch für „Selbstrettung“ aus. Dieses zweite „Überlebensrezept“ ging davon aus, dass man anfangs offiziell, später illegal junge Juden in die Slowakei transportieren sollte, von wo aus sie über die Türkei nach Palästina gelangen würden, oder aber, dass man sie mit polnischen Papieren nach Deutschland „zur Arbeit“ schicken sollte. Später war die einzige Möglichkeit, das Land legal zu verlassen, der Besitz des Passes eines Staates, der sich mit Deutschland nicht im Kriegszustand befand. WIEDERMAN, Piowa bestia (Anm. 4), S. 339 f.; SZLOMO NETZER, Ariel (Józef) Kożuch, in: Magazyn Ekspress Zagłębiowski 1994, Nr. 10, S. 41; FELA KATZ, Pozostalo jedynie oznaczyć cenę, za którą oddać trzeba było życie, in: Magazyn Ekspres Zagłębiowski 1994, Nr. 7, S. 10; DAWID LIWER, The Underground in Będzin and its Vicinity, in: Pinkas Bendzin (Anm. 30), S. 356-358.

³³ Szmuel Ron, ein Kämpfer von *HaSchomer HaTzair* aus dem Sosnowitzer Ghetto, schrieb: „Den zweiten Grund seines Besuchs erfuhr ich später, nach seiner Abfahrt – es war ein großes Geheimnis. Es gab in dieser Zeit eine Legende – und damals gab es viele Legenden –, Moniek Meryn [Merin], der Vorsitzende des Judenrats in Sosnowitz, hätte angeblich solche Beziehungen zu den Gestapoleuten, dass er diese kaufen könne [...].“ – Wtedy było mnóstwo legend ... Opowieść Szmuela Rona, in: ANKA GRUPIŃSKA, Ciągle po kole. Rozmowy z żołnierzami getta warszawskiego, Warszawa 2000, S. 40.

war und ihm vor allem daran lag, die legale und illegale Emigration aufzuhalten, mit deren Organisation sich in dieser Situation die zionistische Jugend beschäftigte.³⁴ Merin gelang es anfangs, junge Leute zu gewinnen, die sich bis Herbst 1942 für die Arbeit der Zentrale und ihren Entsprechungen in der Provinz engagierten. In dieser Zeit protestierten sie nur einmal: Ende 1940 äußerten sie ihren Protest gegen die Politik der Dienststelle des Sonderbeauftragten des Reichsführers SS für fremdvölkischen Arbeitseinsatz in Oberschlesien³⁵ und gegen die Zwangsarbeit.

Es gelang der Zentrale auch nicht, die Mitglieder der im Gebiet der ehemaligen Woiwodschaft Oberschlesien gelegenen jüdischen Gemeinden ihrer Führung unterzuordnen, die bis zum Schluss alleine die Oberhoheit der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland anerkannten.³⁶ Die Aussiedlung der Juden aus diesen Gebieten im Mai 1940 war für die Zentrale eine direkte Folge davon und belegte somit, dass diese Haltung ein Fehler gewesen war.

Die Juden aus der Reichsvereinigung, die in den ersten Kriegstagen Merin gegenüber misstrauisch gewesen waren, wurden mit der Zeit zu seinen Mitarbeitern. Merin konnte die Unterstützung des Vorsitzenden Dr. Leo Baeck, aber auch ihrer Vertreter im ganzen Land gewinnen. Die Reichsvereinigung unterstützte die Zentrale finanziell und vermittelte Gelder vom AJJDC.³⁷

Entfernung unbequemer Personen

Merin begann sofort nach seinem Amtsantritt damit, die Ältestenräte in den ihm unterstehenden Gemeinden zu organisieren oder umzuorganisieren. Er entfernte aus ihnen Personen, die ihm gefährlich werden konnten, und

³⁴ HENRYK SCHÖNKER, Dotknięcie aniola, Warszawa 2005, S. 47–49; NAMYSŁO, Sprawozdanie (Anm. 8), S. 398; Brief von Mojżesz Merin an Alfred Szwarcbaum über die Einstellung der Kontakte zur jüdischen Bevölkerung in Bendzin [Fotokopie], in: Pinkas Bendzin (Anm. 30), S. 354.

³⁵ Diese Behörde wurde von Himmler im Oktober 1940 beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums geschaffen. Der Sitz befand sich in Sosnowitz (Dienststelle Sosnowitz). Das Amt des Sonderbeauftragten übernahm Albrecht Schmelt (daher die umgangssprachliche Bezeichnung „Organisation Schmelt“). Diese Organisation hatte als einzige das Recht, über die jüdischen Arbeitskräfte in Oberschlesien (auch in Osthinterpommern) zu verfügen; es unterstanden ihr auch alle Arbeitslager dieser Region.

³⁶ Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland verstand bis Ende 1939 dem Judenreferat im RSHA; ihr gehörten zwangsweise alle in Deutschland lebenden Juden an.

³⁷ AZIH, 301/2454, Bericht von Abraham Krakowski; SCHÖNKER, Dotknięcie (Anm. 35), S. 39–42; NAMYSŁO, Sprawozdanie (Anm. 8), S. 400.

ersetzte sie durch ihm ergebene Juden.³⁸ In der Sosnowitzer Gemeinde führten in der Praxis gleichberechtigt vier Beamte die Amtsgeschäfte, die Merin völlig untergeordnet waren. Mehrmals wandte sich Merin an die Gestapo, um gegen ihn aufbegehrende Gemeindevorstände zu unterwerfen. Gegen Ende 1939 etablierte er unter Vermittlung der deutschen Behörden die neue Ordnung in der Bendziner und in der Kattowitzer Gemeinde³⁹ sowie einige Monate später in der Gemeinde von Auschwitz.⁴⁰ In Krisenmomenten sandte er seinen Bruder Chaim aus, dessen Aufgabe es war, in den widerspenstigen Gemeinden für Ruhe zu sorgen. Exemplarisch für dieses Vorgehen war die Auslieferung des Ältestenrates der Gemeinde von Krenau (Bezalet Zucker, Mendel Nussbaum und Klamen Teichel) am 19. Februar 1942 an die Gestapo. Ihnen wurde angebliche Sabotage und Duldung von Schmuggel in dem ihnen unterstehenden Gebiet vorgeworfen.⁴¹ An die Stelle der in das KL Auschwitz gebrachten Ältesten trat Merins Bruder Chaim,⁴² wie Paweł Wiederman, der die Besatzungszeit im Ghetto Sosnowitz überlebte, unmittelbar nach dem Krieg festhielt:

„[...] Chaim Merin, die Stütze der Herrschaft des Leiters [gemeint ist Mojżesz Merin, Anm. d. Hg.]. Der Leiter setzte ihn überall dort ein, wo verfahrene Verhältnisse zu regeln waren. In diesem Augenblick beschäftigt er sich mit der Regelung der Verhältnisse in Bendzin. Die Herren in Bendzin wollten nach ihren eigenen Vorstellungen regieren,⁴³ was der Leiter nicht mochte. Er regiert mit harter Hand und duldet weder Widerspruch noch die kleinste Abweichung von der Linie, die die Zentrale im Augenblick für die ihre hält. Gegenüber Abweichlern ist er geradezu erbarmungslos und scheut nicht vor dem Schritt zurück, diesen Herrn sofort zu liquidieren.“⁴⁴

Merin rechnete auf ähnliche Weise mit den Jugendlichen ab, die gegen seine Konspirationspolitik kämpften. Anfang Februar 1943 denunzierte er bei der Gestapo den Anführer von *HaSchomer HaTzair*, Cwi Duński, der

³⁸ SCHÖNKER, Dotknięcie (Anm. 35), S. 57.

³⁹ AŽIH, 301/2454, Bericht von Abraham Krakowski.

⁴⁰ SCHÖNKER, Dotknięcie (Anm. 35), S. 58 f.

⁴¹ Wiederman gibt an, dass der Grund für die Verhaftung der Ratsmitglieder eine bei der Gestapo eingegangene Denunziation gewesen sei, der zufolge die Gemeinde beschuldigt wurde, Schmiergelder für die Wohnungszuteilung anzunehmen. Wiederman schreibt auch von der würdigen und mutigen Haltung Zuckers gegenüber den Behörden, was ein zusätzlicher Grund für seine Verhaftung gewesen sein könnte. WIEDERMAN, Płowa bestia, (Anm. 4), S. 115–118. Siehe auch Bericht von Samuel Reifer, AŽIH, 301/2311.

⁴² WIEDERMAN, Płowa bestia (Anm. 4), S. 114.

⁴³ Im August 1941 hatte Merin den Vorsitzenden der Ältestenräte in Bendzin, Jakub Erlich, seines Amtes enthoben.

⁴⁴ WIEDERMAN, Płowa bestia (Anm. 4), S. 19 f.

mit der Organisation *Czarna Ręka* (Schwarze Hand) einen Anschlag auf sein Leben geplant hatte. Bei der Verhaftung gelang Duński die Flucht, weshalb Merin anordnete, im Gegenzug dessen Mutter und Schwester festzunehmen. Am 15. Februar nahm die jüdische Miliz Duński sowie seinen Mitarbeiter Lipman Minc fest. Sie wurden der Gestapo übergeben. Drei Tage später kamen auch acht Mitglieder des Untergrunds in das Hilfsgefängnis in Sosnowitz, darunter der Enkel des Rabbiners Issachar Berisz Graubart, Beer (Bobek) Graubart. Sie wurden gefoltert und zum Tode verurteilt. Duński wurde ins Gefängnis nach Myslowitz gebracht und von dort aus ins KL Auschwitz geschickt, wo er ermordet wurde.⁴⁵

Isolierung von der „arischen“ Welt

Eine von Merins Methoden zur „Erziehung der Juden“ nach festgelegten Mustern war ihre Trennung von der polnischen Bevölkerung. Merin belegte, dass die „arische Bevölkerung“ an allem Unglück der Juden schuld sei, da sie mit ihren Hilfeleistungen die Juden herabwürdigten und sie dadurch den Machthabern gegenüber unbotmäßig machten. Darum verurteilte und bekämpfte die Führung der Zentrale auch den Schmuggel und übergab jüdische Schmuggler an die Gestapo.

Eines der Argumente der Zentrale zugunsten des Baus eines geschlossenen, außerhalb des Zentrums von Bendzin und Sosnowitz gelegenen Ghettos war der erfolgreiche Schutz vor Einflüssen „von außen“. „Leitgedanke bei der Schaffung dieses Stadtteils“, schrieb Wiederman, „war, dass dieser Kontakt ein für alle Male abreißen sollte. Danach strebte der *Leiter* und dies wünschte am Ende auch die jüdische Bevölkerung“.⁴⁶

Fehlinformationen, Rechtfertigungsstrategien und Restriktionen

Die am meisten verbreiteten Methoden, um die jüdische Bevölkerung dazu zu zwingen, sich mit der traurigen Realität abzufinden, waren vor allem in der Zeit der zunehmenden Bedrohung ab Ende 1941 Einschüchterungen und Drohungen gegenüber ungehorsamen oder Widerstand leistenden Personen. Anpassung und Passivität versuchte man durch Strafen und Restriktionen verschiedener Art zu erreichen. Dazu gehörten: Wegnahme der Lebensmittelkarten, Eintragung in die Listen der für den Einsatz in Arbeitslagern bestimmten Personen, später Androhungen des Transports

⁴⁵ LIWER, Underground (Anm. 32).

⁴⁶ WIEDERMAN, Plowa bestia (Anm. 4), S. 318.

ganzer Familien in das KL Auschwitz. Merin manipulierte vielfach eigenständig die Informationen, die an die jüdische Bevölkerung gelangten. Er schreckte nicht einmal davor zurück, Briefe von in die Vernichtungslager Deportierten an ihre Angehörigen zu fingieren, um diese über das Schicksal im Ungewissen zu lassen, das sie dort erwarten würde.⁴⁷ Er trat auch ganz bewusst dafür ein, die jüdische Bevölkerung des Dombrowa-Bergbaureviers am 12. August 1942 unter dem falschen Vorwand, dass ihre Lichtbildausweise abgestempelt werden müssten, zusammenzurufen, um sie dann in einer großen Gruppe ins KL Auschwitz zu transportieren. Die Zentrale bereitete sich sorgfältig darauf vor. Sie hatte einige Wochen zuvor Propagandaversammlungen einberufen und geschickte Redner ausgeschickt, deren Aufgabe es war, die Juden davon zu überzeugen, sich zu der genannten Zeit am festgelegten Ort einzufinden.⁴⁸ Nach dem Krieg sagte ein Einwohner von Sosnowitz aus:

„Nach der allgemeinen Meinung der Sosnowitzer Juden war die Tätigkeit der Zentrale der jüdischen Gemeinden in Sosnowitz für die Interessen der Juden schädlich. Da sie unter den Juden eine durch nichts begründete optimistische Stimmung verbreitete, bewirkte sie, dass ein gewaltiger Teil der Juden nicht daran dachte, sich zu retten, sondern u. a. solchen Versicherungen Glauben schenkte, dass jeder Transport mit Ausgesiedelten aus Sosnowitz der letzte sei. Merin selbst jedoch glaubte als Vorsitzender der Zentrale nicht an diese Versicherungen, denn als 1942 eine Gruppe nach Palästina ausreiste, richtete sich Merin an eine meiner Bekannten und meinte, das Schicksal der Sosnowitzer Juden sei besiegt.“⁴⁹

Ergebnisse

In der ersten Zeit des Bestehens der Zentrale (bis Ende 1941) erwiesen sich die von ihrer Leitung angewandten erzieherischen Methoden als überaus erfolgreich. Merin war sich seines Erfolgs bewusst. Die Juden im Bergbaurevier waren zu dieser Zeit nicht mit den Problemen der Isolierung und der Gefahr der Vernichtung konfrontiert, da es dazu in der Region bisher nicht gekommen war. Die Wirklichkeit, in der diese Juden lebten, vermittelte reale Hoffnungen, überleben zu können. Die Bedingungen, unter denen die Einwohner der 34 der Zentrale unterstehenden Gemeinden lebten, waren

⁴⁷ NAMYSLO, Centrala (Anm. 3), S. 51.

⁴⁸ AŽIH, 301/2577, Bericht von Samuel Mitermann; ebd., Sozialgerichte, 313/5, Verhörprotokoll des Henryk Diamant; WIEDERMAN, Plowa bestia (Anm. 4), S. 218 f.

⁴⁹ AŽIH, Sozialgerichte, 313/28, Bl. 50, Verhörprotokoll der Zeugin Cecylia Chmielnicka im Fall Gida Czarna, 23.5.1947.

unvergleichlich viel besser als jene, unter denen sich die Juden in den übrigen Regionen des Landes befanden. Sie waren geprägt durch das Fehlen von Arbeitslosigkeit, eine niedrige Sterblichkeit, das Ausbleiben von Epidemien, die sehr gute Verpflegung, eine hervorragend entwickelte Sozialfürsorge sowie die stabilisierte finanzielle Lage (durch die peinlichst genaue Eintreibung der Steuern und die beträchtlichen Zuschüsse des AJDC).⁵⁰

Alle diese „positiven Seiten“ des Besetzungslebens, die in hohem Maße ein Ergebnis der guten Organisation und der tüchtigen Verwaltung waren, wurden den Verdiensten der Zentrale zugute geschrieben. Der Glaube an den Erfolg von Merins Maßnahmen und seine Beziehungen zu den Macht-habern war somit weit verbreitet; allerorten herrschte die Überzeugung vor, sich retten zu können. Die relativ gute materielle Situation der jüdischen Bevölkerung beseitigte die Notwendigkeit des Kontakts zur arischen Bevölkerung, auch wenn die Möglichkeit hierzu prinzipiell durch das Fehlen geschlossener Ghettos gegeben war. Die sporadischen Kontakte beschränkten sich auf gemeinsamen Handel, zumeist in Gemeinden, die nahe an der Grenze zum GG lagen, was Merin – wie im oben erwähnten Fall des Gemeindevorstands aus Krenau – vehement bekämpfte.⁵¹

Zum Umbruchsmoment für die Einstellungen und Verhaltensweisen der Juden im Bergbaurevier hätten die ersten Massenaussiedlungen vom 12. Mai 1942 werden können. Für Merin war dies die erste praktische Prüfung für den Erfolg der gewählten Methoden. Die Juden, die amtlich dazu aufgerufen wurden, sich am Sammelpunkt einzufinden, ignorierten die Verordnung der Zentrale, was unter Umständen als erster (und einziger) Massenaufstand gesehen werden kann.⁵² Nun begann eine Phase, in der die zuvor eingetrichterten Verhaltensweisen durch Restriktionen und Gewalt durchgesetzt wurden, und zwar unter persönlichem Einsatz der Leitung der Zentrale und des Ordnungsdienstes.

⁵⁰ Walka i zagłada Żydowskiego Będzina (ostatni list), in: Nasze Słowo, Nr. 7, 19.4.1947.

⁵¹ ALEKSANDRA NAMYSŁO, Postawy wobec ludności żydowskiej w rejencji katowickiej, in: Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką, hg. v. ANDRZEJ ŻBIKOWSKI, Warszawa 2006.

⁵² In der zweiten Jahreshälfte 1941 organisierten jüdische Frauen eine Demonstration vor dem Gebäude des Judenrats in Sosnowitz und forderten die Rückkehr ihrer in Arbeitslager geschickten Söhne und Männer. AŽIH, 301/1564, Bericht von Samuel Brechner.

Folgen

Dieses Ereignis bewirkte *keine* Veränderung in der Wahrnehmung der meisten jüdischen Einwohner des Bergbaureviers von dem, was rundum geschah (eine kurze Zeit anhaltende Form des Protests war, dass viele Juden nicht zur Arbeit in den Werkstätten erschienen). Die Zentrale konnte ihr Image neu aufbauen und gewann wieder das öffentliche Vertrauen, indem das Vorgehen des Ordnungsdienstes verurteilt wurde und einige Polizisten wegen der Annahme von Bestechungsgeldern und brutalen Vorgehens demonstrativ bestraft wurden. Die Zentrale kehrte zu den zuvor mit Erfolg eingesetzten Methoden zurück und organisierte *Meetings*, Kundgebungen sowie Begegnungen mit der Leitung der Zentrale und den Bürgerkomitees, um die jüdische Bevölkerung erneut zu einen. Dies zeitigte während der nächsten Aussiedlungen im August 1942 und der Einrichtung geschlossener Ghettos in Bendzin und Sosnowitz (zwischen Oktober 1942 und Mai 1943) positive und spürbare Effekte, als man sich passiv an die Anordnungen der Zentrale hielt.

Eine deutliche und offene Negierung der geschaffenen Tatsachen machte sich Mitte 1942 bemerkbar. Als erste protestierten die höheren Angestellten der Zentrale (der Leiter der Abteilung für Zwangsarbeit, Mair Brzeski, der Vorsitzende der Sosnowitzer Gemeinde, Władysław Boehm, der Leiter der Jugendabteilung, Józef Kożuch, und andere) öffentlich gegen die Politik der Massenverschickungen von Jugendlichen in die Arbeitslager. Seit Anfang 1942 wuchs die Zahl jener Personen, die die Aufrufe der Behörden sabotierten, sich zur Zwangsarbeit einzustellen. Relativ spät (im Sommer 1942) brach die Jugend ihre Zusammenarbeit mit der Zentrale ab. Die Massenaussiedlungen, der Besuch von Elezier Geller und Anielewicz im Sommer 1942 im Bergbaurevier (deren Folge die Gründung der Jüdischen Kampforganisation *Żydowska Organizacja Bojowa* war) und schließlich das Entstehen geschlossener Ghettos führten dazu, dass sich die Aktivitäten der Jugend langsam in eine andere Richtung zu bewegen begannen. Von diesem Augenblick an konzentrierte sich die Konspiration (wegen der Massenverschickungen von Mitgliedern von *HaSchomer HaTzair* in die Arbeitslager) auf die Suche nach illegalen Fluchtwegen. Gegen Ende 1942 entstand der Gedanke an Selbstverteidigung gegen die Besatzer und die Politik der Zentrale. Im Frühjahr 1943 begannen Vorbereitungen für bewaffneten Widerstand gegen die Besatzer (Vorbereitung von Waffen, Aufrufe zum Bunkerbau, misslungene Versuche, Kontakt zum polnischen Untergrund zu finden), der in den ersten Tagen der Auflösung der Ghettos im Bergbaurevier verwirklicht wurde.

Das Bewusstsein, bedroht zu sein, und die Einsicht in die Unabwendbarkeit der Vernichtung stellten sich in größerem Maße erst nach dem Ab-

transport von acht leitenden Mitgliedern der Zentrale (darunter Merin und Fanny Czarna) ins KL Auschwitz ein (im Juni 1943). Merin und die Zentrale waren eine Art Sicherheitsgarantie gewesen. Doch der kurze, anderthalb Monate währende Zeitraum von Chaos und Desorganisation, der zwischen diesem Augenblick und der Auflösung der Ghettos im Bergbaurevier lag, bot keine Voraussetzungen für geeignete Reaktionen – Suche nach sicherem Schutz (trotz des breit angelegten Bunkerbaus) oder nach Hilfe auf der den Juden ablehnend gegenüberstehenden „arischen“ Seite in Bendzin oder Sosnowitz. Die Ratlosigkeit in der Situation der Bedrohung war der letzte Effekt der erzieherischen Maßnahmen Merins.

SARA BENDER

DER MYTHOS VOM AUFSTAND IM GHETTO BIALYSTOK

Die Verwaltung des im Juli 1941 ins Reich eingegliederten Bezirks Bialystok wurde ähnlich organisiert wie die von Ostpreußen. Am 17. Juli 1941 ernannte Hitler Erich Koch, den Gauleiter von Ostpreußen, zum Reichskommissar der Ukraine und Gouverneur des Bezirks Bialystok. Die endgültigen Grenzen des Bezirks wurden jedoch erst Ende 1941 festgelegt, als er auch in sieben Kreise unterteilt wurde. Die Bezirksstadt Bialystok, die zugleich einer der Kreise war, lag in der Mitte des Gebiets und verfügte über Wirtschaftsunternehmen, die für die gesamte Region von größter Bedeutung waren.¹

Am 1. August 1941 riegelten die Deutschen das Ghetto von Bialystok und seine 43.000 Bewohner von der Außenwelt ab. Ein Jahr später, im August 1942, als im Ghetto Gerüchte über eine große deutsche „Aktion“ im Warschauer Ghetto umgingen, bildete sich eine Untergrundbewegung mit mehreren Dutzend Mitgliedern, überwiegend jüdischen Jugendlichen aus der kommunistischen Jugendbewegung, mehreren Mitgliedern von *HaSchomer HaTzair* und einigen wenigen Vertretern des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes (Bund). Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über die politische Ausrichtung sowie der scharfen ideologischen Streitigkeiten der Vorkriegszeit wurde im Januar 1943 eine zweite Untergrundbewegung unter der Führung von Mordechaj Tenenbaum von der *Dror*-Bewegung gegründet. Ihre Mitglieder kamen aus den Jugendorganisationen *Dror*, Zionistische Jugend und *Beitar*; ihnen schlossen sich auch einige Bund-Mitglieder an, die sich von der zuerst gegründeten Untergrundbewegung fern gehalten hatten. In einem Manifest, das Tenenbaum in jenem Monat verfasste, hieß es:

¹ AIPN, SWWW/747, S. 109–112, 140; vgl. Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Berlin 1987, S. 144 f.

„Wir haben nichts zu verlieren [...] alle Transporte führen in den Tod [...]. Wir sind zu schwach, um unser Leben zu schützen, aber wir sind stark genug, um unseren jüdischen Stolz und unsere Menschlichkeit zu verteidigen und der Welt zu zeigen, dass wir noch Lebensmut haben [...]. Solange noch ein Funken Leben in uns ist, werden wir unseren Mörtern mit Zähnen und Fingernägeln, mit Äxten und Messern, mit Säure und Brecheisen entgegentreten [...], wir werden nicht wie Schafe zur Schlachtbank gehen [...]. Wir werden als Helden fallen, und auch wenn wir sterben, werden wir weiterleben [...].“²

Ende Juli 1943 verschmolzen die beiden Gruppen zu einer einzigen unter der Führung Tenenbaums und seines Stellvertreters Daniel Moshcowitz von den Kommunisten.³

Wenn der Begriff „Ghettoaufstand“ diskutiert wird, trifft man häufig auf die Vorstellung, es habe eine einzige, breite Bewegung gegeben, welche die verschiedenen Ghettos umfasste und vereinte und die jüdischen Massen während der deutschen Besatzung und des Holocausts ermutigte, den Deutschen Widerstand zu leisten und Heldenataten zu begehen. Man muss jedoch unterscheiden zwischen dem jüdischen Widerstand und „Ghettoaufständen“, das heißt bewaffneten Massenerhebungen eines großen Teils der Bevölkerung gegen die Deutschen. Yehuda Bauer definiert jüdischen Widerstand während des Holocaust als „Gruppenhandeln, das bewusst gegen Gesetze, Maßnahmen oder bekannte beziehungsweise antizipierte Absichten der Deutschen und ihrer Helfer mit dem Ziel, Juden anzugreifen, gerichtet war“.⁴ Bauer widerspricht mit dieser Definition der Annahme von Raul Hilberg und anderen, dass die Mehrheit der Juden in der Besatzungszeit eine unterwürfige, widerstandslose Gruppe bildete und nur Wenige zum Mittel des Widerstands griffen.

Zu Beginn der deutschen Besatzung hielten sich sowohl Einzelne als auch die jüdische Öffentlichkeit mit ihren vielfältigen Organisationen an den meisten Orten nicht an die deutschen Erlasse. Sie leisteten vielmehr hartnäckigen passiven Widerstand: In mehreren Ghettos bestanden illegale Bildungsnetzwerke, das verbotene religiöse Leben wurde fortgesetzt, Fluchtversuche wurden unternommen, Verstecke gesucht und so weiter. Chaim Aharon Kaplan notierte in seinem im Warschauer Ghetto geführten Tagebuch: „Alles ist uns verboten. Ein Wunder, dass wir noch leben und

² MORDECHAI TENENBAUM, *Dappim Min Hadleka [Pages From Fire]*, Jerusalem 1983, S. 13 f.

³ SARA BENDER, *The Jews of Bialystok During World War II and the Holocaust*, Brandeis 2008, S. 180–184, 187–190, 264–265.

⁴ YEHUDA BAUER, *HaSho'ah. Hebetim Historiyim [The Holocaust. Some Historical Aspects]*, Tel Aviv 1982, S. 119.

alles tun.“⁵ Er bezog sich hauptsächlich auf Widerstand im wirtschaftlichen Bereich. Aber der ökonomische Kampf war nur ein Aspekt des jüdischen Widerstands; daneben gab es in den Ghettos vielerlei geheime gesellschaftliche Aktivitäten, wie Sozialarbeit und gegenseitige Hilfe. Sie bildeten einen Rahmen für eigenständiges Handeln während der deutschen Besetzung und ließen eine neue Führungsebene entstehen, die direkten Kontakt mit der Ghettobevölkerung herstellte und aufrechterhielt.⁶

Es ist bekannt, dass Juden während des Zweiten Weltkriegs in Ghettos, Vernichtungslagern und Wäldern bewaffneten Widerstand leisteten. In diesem Aufsatz wird der bewaffnete Widerstand in Ghettos in der Phase der massiven, letzten Deportationen behandelt – als die Juden bereits wussten, dass in einen Transportzug zu kommen den nahezu sicheren Tod bedeutete. Ich werde zunächst die Ereignisse im April und im Mai 1943 im Warschauer Ghetto als Modell eines bewaffneten Massenaufstands darstellen und dann auf der Grundlage dieses Modells bestreiten, dass im Ghetto von Bialystok ein Aufstand stattgefunden hat – weshalb es ohne den Warschauer Ghettoaufstand den Begriff „Ghettoaufstand“ wahrscheinlich gar nicht geben würde.

Die Entstehung des Widerstandsgedankens – Wilna

Der Gedanke, gegen die Deutschen zu rebellieren, tauchte in Ghettos auf, deren Bewohner in der Lage waren, die Konzeption der „Endlösung“ – das heißt den Plan, die Juden, eben weil sie Juden waren, zu ermorden – zu erkennen. Diese Erkenntnis schälte sich angesichts der aufeinander folgenden Wellen des Verschwindens von Juden seit dem Beginn des Vernichtungsprozesses heraus, der im Juni 1941 im Zuge des „Unternehmens Barbarossa“, dem Vormarsch deutscher Truppen in die 1939 von der Sowjetunion annexierten Gebiete Ostpolens und Litauens, einsetzte.

Vor „Barbarossa“ hatte sich in den Ghettos kein auf bewaffneten Kampf orientierter Untergrund gebildet, und die ersten Bewegungen dieser Art entstanden im Osten – in den Ghettos, die umfangreiche Deportationen oder massive Mordaktionen erlebt hatten. An diesen Orten wurde zuerst zur Rebellion aufgerufen, was bedeutete, dass im Ghetto ein jüdischer

⁵ CHAIM AHARON KAPLAN, Buch der Agonie. Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan, Frankfurt/M. 1967, S. 240.

⁶ YISRAEL GUTMAN, Ba-alata u-bam-ma’avaq. Pirqê iyyûn bas-sô’a u-be-hitnagdût hay-yeħûdît [Struggles in Darkness. Studies in Holocaust and Resistance], Tel Aviv 1985, S. 230.

Untergrund aufgebaut wurde, der die jüdische Bevölkerung im richtigen Augenblick in den bewaffneten Kampf gegen die Deutschen führen wollte.

Der erste Aufruf zum bewaffneten Kampf wurde Ende 1941 im Ghetto von Wilna erlassen, und er übermittelte die klare Botschaft des ideologischen und praktischen Kampfs um die jüdische Ehre. Aus Gründen der Vorsicht, Verantwortlichkeit, Geheimhaltung und Sicherheit wurde der Appell in dieser Zeit nur an Mitglieder von Jugendgruppen und nicht an die jüdischen Massen im Ghetto gerichtet. Die Idee, den Deutschen Widerstand zu leisten und sich nicht wie Schafe zur Schlachtbank führen zu lassen, entstand aufgrund von Gerüchten und Informationen, die in das Ghetto durchgesickert waren, als klar wurde, dass in dem halben Jahr seit Beginn der deutschen Besatzung rund 40.000 der 60.000 Juden von Wilna in Gräben in den Wäldern bei Ponary ermordet worden waren.⁷ Am Silvesterabend 1941 wurde auf einer Versammlung im Ghetto von Wilna ein Manifest verlesen, in dem es hieß:

„Ponary ist der Tod – alle dort wurden erschossen. Hitler plant, alle Juden von Europa auszulöschen [...]. Lasst uns nicht wie Schafe zur Schlachtbank gehen. Gewiss, wir sind schwach und wehrlos, aber die einzige Antwort an den Feind ist Widerstand! Brüder! Es ist besser, als freier Kämpfer zu fallen, als von der Gnade der Mörder zu leben. Verteidigt euch! Bis zum letzten Atemzug [...].“⁸

Dieser Aufruf gilt als erster bedeutender Durchbruch, weil er offen die Erkenntnis aussprach, dass für Illusionen kein Platz mehr war, dass alle aus Wilna verschleppten Juden ermordet worden waren. Die Autoren des Manifests hatten intuitiv daraus geschlossen, dass die Ermordung der Juden von Wilna sowie von ganz Litauen den Anfang einer Mordkampagne darstellte, die mit der Ermordung aller europäischen Juden enden würde. Außerdem riefen sie als Erste zu Widerstand und Kampf auf. Drei Wochen später, am 20. Januar 1942, wurde im Wilnaer Ghetto insgeheim eine jüdische Untergrundorganisation gebildet. Ihre Mitglieder kamen aus allen Jugendverbänden, und angeführt wurde sie von Itzhak Wittenberg von den Kommunisten und seinem Stellvertreter Yoseph Glasman von *Beitar*.

Im Generalgouvernement war die Situation völlig anders. Dort fehlten die notwendigen Voraussetzungen für die Bildung von Untergrundbewegungen in den Ghettos, unter anderem deshalb, weil 1942 innerhalb weniger Monate die meisten Ghettos plötzlich aufgelöst wurden – zusammen mit

⁷ YITZHAK ARAD, *Wilna haj-jehudit be-ma'abaq u-be-killajon [The Struggle and Destruction of the Jews of Vilna]*, Jerusalem 1976, S. 39–110.

⁸ HaShoah Beteud. *Mivchar Teudot al Churban Yehudei Germania, Austria, Polin ve-Brit Hamoatzot [Documents on the Holocaust]*, hg. v. YITZHAK ARAD/ YISRAEL GUTMAN/ ABRAHAM MARGALIOT, Jerusalem 1978, S. 344–346.

den Bewohnern als monolithische Einheit. Im Warschauer Ghetto verlief die Entwicklung anders und ungewöhnlich, vor allem weil Warschau die Hauptstadt und sein Ghetto das größte auf polnischem Territorium war. Um diese Anders- und Einzigartigkeit zu verdeutlichen, ist ein Vergleich zwischen den Untergrundbewegungen der Ghettos von Wilna, Warschau und Bialystok erhellend, die allesamt mit dem Ziel gebildet wurden, mit der Waffe in der Hand gegen die Deutschen zu kämpfen. Alle drei Bewegungen traten unter dem Motto an, „nicht wie die Schafe zur Schlachtbank zu gehen“, und betrachteten die frontale Auseinandersetzung mit den Deutschen als Verteidigung der jüdischen Würde.

Im Wilnaer Ghetto stabilisierte sich das Leben ab Januar 1942. Die Deutschen stoppten vorübergehend den Mord an den Juden, und unter der Führung des Judenrats wurde das Ghetto ein bedeutender Produktionsstandort. Die meisten Juden des Ghettos arbeiteten in Werkstätten, die im Ghetto errichtet worden waren, sowie in Fabriken und Industriegebieten außerhalb des Ghettos. Sie stellten wichtige Produkte für die deutsche Kriegsführung her. Da die Deutschen die Juden von Wilna fast anderthalb Jahre, bis zum Sommer 1943, nicht attackierten, fand die Auffassung von Jakub Gens – der beherrschenden Figur der Ghettoführung –, der zufolge Sklavenarbeit dem Ghetto eine Überlebens- und Rettungschance bot, breite Zustimmung unter den Ghettobewohnern.

Als die Deutschen im Frühjahr 1943 vier Ghettos in der Umgebung von Wilna auflösten, fürchteten die Wilnaer Juden, dass nun sie an der Reihe seien. In genau dieser Zeit diskutierte der Untergrund über die Frage der Flucht in die Wälder, eine Option, die man im Januar 1942 bei der Bildung der Untergrundbewegung noch nicht erwogen hatte. Im März 1944, während er in den Wäldern untergetaucht war, schrieb Abba Kovner, der Anführer von *HaSchomer HaTzair* im Wilnaer Ghetto:

„Die Partisanen waren für uns eine Art Fabelwesen [...]. Fortan wurde die Partisanenfrage ein Faktor im Leben unserer Jugend und sofort auch für die Jugend des Ghettos insgesamt. In den Reihen der Kommunisten begann ein neuer Wind zu wehen: Partisanen, der Gang in die Wälder, passive und aktive Kriegsführung etc. Im Ghetto trafen erste Grüße von Verwandten in den Partisanenwäldern ein [...] , und am Horizont erschien eine neue Realität – Rettung!“⁹

Jugendliche, die in die Wälder fliehen wollten, kauften von Litauern Waffen, und manche wurden dabei ertappt, wie sie ihre Erwerbungen ins Ghetto schmuggeln wollten. Gens, der bis zu diesem Zeitpunkt keine Einwände gegen die Untergrundaktivitäten erhoben hatte, lehnte die Waffenkäufe ab, da sie seiner Meinung nach das Leben der Ghettobewohner

⁹ ABBA KOVNER, Ammissive to Hashomer Hatzair Partisans, Tel Aviv 2002, S. 40 f.

gefährdeten, und er gab der Ghettopolizei den Befehl, nach den Untergrundarsenalen zu suchen. Die Kluft zwischen dem Untergrund und Gens wurde noch breiter, als dieser erfuhr, dass mehrere jüdische Polizisten desertiert und in die Wälder gegangen waren. Er ließ Glasman festnehmen – seinerseits ein ehemaliger Polizist und nunmehriger Kommandeur einer Untergrundeinheit. Als Glasmans Freunde dies herausfanden, griffen sie das Polizeirevier an, in dem er festgehalten wurde, und befreiten ihn, woraufhin er in die Wälder floh. Glasmans Verhaftung löste unter den Ghettobewohnern, die erst jetzt erfuhren, dass es im Ghetto eine Untergrundbewegung jüdischer Jugendlicher gab, erhebliche Unruhe aus.

Eine andere Episode trug ebenfalls zu den Spannungen bei, die sich im Frühsommer 1943 im Ghetto aufbauten: Damals machte die Nachricht die Runde, die Deutschen hätten von Gens verlangt, Wittenberg, den Anführer des Untergrunds, auszuliefern. Wittenbergs Freunde taten alles, um dies zu verhindern. Im Lauf der Affäre stand Wittenbergs Leben gegen dasjenige von 20.000 Wilnaer Juden; schließlich ließ er sich überreden, sich den Deutschen zu stellen.¹⁰ Zu diesem Zeitpunkt nahm die jüdische Mehrheit den Untergrund als eine Kraft wahr, welche die Existenz des Ghettos gefährde – eine Distanzierung, die Folgen haben sollte, als der Untergrund die Aufstandsidee zu verwirklichen trachtete.

Der Warschauer Untergrund

An den geheimen Aktivitäten im Ghetto vor der deutschen „Aktion“, die in Warschau am 22. Juli 1942 begann, waren verschiedene politische Parteien und Jugendverbände beteiligt. Nachdem Gerüchte und Informationen über die Deportation und Ermordung von Zehntausenden von Juden in Polen ins Ghetto durchgesickert waren, wurden im ersten Halbjahr 1942 mehrere Versuche unternommen, eine Untergrundbewegung mit dem klaren Ziel, gegen die Deutschen zu kämpfen, aufzubauen. Diese Bemühungen schlugen aus politischen Gründen, die aus den unterschiedlichen Einstellungen der Organisationen resultierten, fehl. Erst am 28. Juli 1942, als die „Aktion“ bereits begonnen hatte und jeden Tag Tausende von Juden aus dem Ghetto deportiert wurden, kamen Vertreter der Jugendverbände *HaSchomer HaTzai*, *Dror* und *Akiva* zusammen und beschlossen die Gründung der Jüdischen Kampforganisation (*Żydowska Organizacja Bojowa*, ŻOB). Den Mitgliedern dieser neuen Organisation war bewusst, dass ihre Pflicht im gewaltsaufwendigen Widerstand bestand: dem bewaffneten Kampf gegen die Deutschen. Nach ihrer Gründung beauftragte die ŻOB einige ihrer Mit-

¹⁰ ARAD, Struggle (Anm. 7), S. 302–320.

glieder mit Aufgaben im polnischen Teil der Stadt: Sie sollten Verbindung zu polnischen Untergrundkämpfern aufnehmen und mit allen Mitteln die dringend benötigten Waffen und Ausrüstungen beschaffen. Auch in dieser Organisation waren anfangs Anzeichen unterschiedlicher Auffassungen über den Zeitpunkt des Aufstands gegen die Deutschen und die taktischen Methoden zu erkennen.¹¹

Die „Aktion“ in Warschau endete in der zweiten Septemberwoche des Jahres 1942. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 280.000 Juden aus dem Ghetto ins Vernichtungslager Treblinka deportiert worden. Die 60.000 Juden, die im Kleinen Ghetto verblieben waren, wussten bereits, was Treblinka war und dass ein Transport dorthin den Tod bedeutete. Nach der „Aktion“ kehrten Mitglieder verschiedener Jugendverbände nach Warschau zurück; der bekannteste war Mordechaj Anielewicz von *HaSchomer HaTzair*. Ende Oktober 1942 wurden die Diskussionen unter den verschiedenen politischen Gruppen im Ghetto beendet, und die ŻOB nahm in neuem, breiterem Zuschnitt ihre Tätigkeit auf. Sie versammelte in ihren Reihen die meisten politischen Kräfte, die bisher im Ghetto insgeheim aktiv gewesen waren, außer Revisionisten und religiösen Gruppen.

David Wdowiński, der Kopf der *Beitar*-Revisionisten im Ghetto, schrieb später in seinen Memoiren, dass nach Ansicht der Revisionisten an der Spitze der ŻOB jemand mit militärischer Ausbildung stehen sollte, „die andere Gruppe“ aber auf einem politischen Führer aus ihren Reihen bestanden hätte. Außerdem habe „die andere Gruppe“ verlangt, dass die *Beitar*-Mitglieder der ŻOB nicht als Gruppe, sondern als Einzelpersonen beitreten sollten.¹² Das waren wahrscheinlich die Gründe, weshalb sich *Beitar*-Mitglieder nicht der ŻOB anschlossen, sondern eine eigene Untergrundorganisation gründeten, die Jüdische Militärorganisation (*Żydowski Związek Wojskowy*).¹³

In den nächsten Monaten organisierte sich der Untergrund in Warschau und konnte sich auch Waffen beschaffen und sie ins Ghetto schmuggeln. Die Mehrheit der jüdischen Ghettobevölkerung wurde während der zweiten, am 18. Januar 1943 beginnenden „Aktion“ auf die Existenz des Untergrunds aufmerksam, als einige seiner Mitglieder bewaffneten Widerstand leisteten, während die Deutschen Jagd auf Juden machten. Es handelte sich um eine spontane Reaktion: Das Gefecht mit den Deutschen brach auf den

¹¹ YISRAEL GUTMAN, Yehudei Warsha 1939–1943, Ghetto, Machteret, Mered [The Jews of Warsaw 1939–1943. Ghetto, Underground, Uprising], Jerusalem 1977, S. 255–257.

¹² DAVID WDOWIŃSKI, Anachnu Lo Noshanu [And we are not saved], Jerusalem 1986, S. 100.

¹³ Ebd., S. 100 f.; GUTMAN, Jews (Anm. 11), S. 310–315, 361–365.

Straßen aus, auf deutscher Seite gab es einige Tote und Verwundete, und die meisten der jüdischen Kämpfer fielen.¹⁴ Als die „Aktion“ vier Tage später beendet wurde, war die Mehrheit der Bewohner überzeugt, dass der Widerstand der Untergrundkämpfer der Grund dafür war. In dieser Phase der Geschichte des Warschauer Ghettos erschien der Untergrund der Öffentlichkeit als eine Kraft, die den Deutschen entgegengrat, um das Ghetto zu verteidigen, und zum ersten Mal sah die Ghettobevölkerung im Untergrund eine Alternative zum Judenrat. Nach dem Gefecht vom Januar 1943 gewann die Idee, gegen die Deutschen zu rebellieren und zu kämpfen, unter den im Warschauer Ghetto verbliebenen 50.000 Juden viele neue Anhänger. Sie erkannten den Untergrund als Führung an und betrachteten sich selbst als Teil der Bewegung. Fortan bestand bis zur endgültigen Auflösung des Ghettos, von April bis Mai 1943, zwischen dem Untergrund und den in Warschau verbliebenen Juden ein besonderer Zusammenhalt. Jeder war damit beschäftigt, Verstecke zu suchen und auszubauen – „Untergrundbunker“, in denen die Untergrundkämpfer für längere Zeit untertauchen konnten.

Sowohl der Untergrundführer Anielewicz und seine Männer als auch die *Beitar*-Organisation bereiteten die Juden von Warschau auf den unvermeidlichen Aufstand vor. Er sollte zu Beginn der nächsten Deportationen, deren Durchführung abzusehen war, ausgelöst werden. Angesichts der Stimmung im Ghetto zweifelte der Untergrund nicht daran, dass, sollte eine neue „Aktion“ in Gang gesetzt werden, eine Massenerhebung ausbrechen würde und alle Ghettobewohner sich dem Widerstand gegen die Deutschen anschließen würden. Die Mitglieder des Untergrunds hegten jedoch keine Illusionen und verstanden ihren Kampf nicht als Mittel zur Flucht und Rettung. Infolge der bewussten Entscheidung, kämpfend zu sterben, trafen sie keine Vorbereitungen für ihre Flucht. Sie wollten den Aufstand der Außenwelt als Akt des Protestes und als Lebenszeichen des Judentums und einer freien menschlichen Gesellschaft ins Gedächtnis einprägen.

Die Untergrundbewegung in Bialystok

Im Januar 1942 bildete sich im Ghetto von Bialystok eine Untergrundbewegung, die aus jüdischen Kommunisten bestand, die mit kommunistischen Aktivisten außerhalb des Ghettos verbündet waren. Diese kommunistische

¹⁴ MAREK EDELMAN, Das Ghetto kämpft. Warschau 1941–43, Berlin 1993, S. 61 f.; ITZCHAK ZUCKERMAN (Antek), Sheva ha-Shanim ha-Hen 1939–1946 [Those Seven Years 1939–1946], Tel Aviv 1990, S. 236–245; siehe auch GUTMAN, Jews (Anm. 11), S. 326–342.

jüdische Führung hatte sich in der Zeit der sowjetischen Annexion von September 1939 bis Juni 1941 organisiert und die Macht ergriffen. Ihr Handeln wurde von den nichtjüdischen Mitgliedern bestimmt, die einem konservativen, wirklichkeitsfernen politischen Diktat gehorchten, das auf der misstrauischen, zögerlichen kommunistischen Tradition mit ihrer Tendenz zur Abschottung nach außen beruhte. Sie hielten an ihrer Vorkriegshaltung fest, mit niemandem zusammenzugehen, der kein wahrer und erprobter ideologischer Verbündeter war. Während der deutschen Besetzung vertraten sie die Auffassung, dass der jüdische Kampf nicht einzigartig sei und jeder sich den Widerstandskräften anschließen sollte, um den Kampf der Sowjetunion gegen Deutschland zu unterstützen. Dieser Untergrund hatte Dutzende von Mitgliedern; seine Anführer hatten keine Rebellion gegen die Deutschen im Sinn, sondern sprachen sich zumeist dafür aus, das Ghetto zu verlassen und die Reihen der sowjetischen Partisanen zu verstärken, die sich im Lauf des Jahres 1942 in den Wäldern im Bezirk Bialystok zusammengefunden hatten.¹⁵

Im Gegensatz zu den Kommunisten in Bialystok betrachteten die Mitglieder der Zionistischen Jugend das Ghetto als Arena einer nationalen Schlacht, die Elemente des Kampfes mit solchen der Rettung verbinden würde. Tenenbaum, Mitglied der *Dror*-Bewegung, der im November 1942 aus Warschau nach Bialystok kam, war nicht begeistert von der Vorstellung, in den Wäldern der Umgebung unterzutauchen, zum einen, weil er nicht glaubte, dass man dort überleben konnte, und zum anderen, weil es ihm nie in den Sinn kam, das Konzept von Rebellion und Kampf im Ghetto aufzugeben, um dessen Gebiet in der Hoffnung auf Rettung zu verlassen. Aufgrund dieser gegensätzlichen Standpunkte und der Weigerung der Kommunisten im Ghetto von Bialystok, zionistisch eingestellte Jugendliche in ihre Reihen aufzunehmen, entstanden zwei Untergrundfraktionen, die bis Juli 1943, fast bis in die letzten Tage des jüdischen Bialystok, getrennt blieben und separat handelten.

Probleme und Zweifel

Neben zahllosen anderen Schwierigkeiten, wie der Beschaffung von Waffen, der Ausbildung, der Informationsbeschaffung, den Beziehungen zum Judenrat und zur jüdischen Polizei – also den alltäglichen Problemen, vor denen die Untergrundbewegungen in allen Ghettos standen –, gab es Diskussionen um den Zeitpunkt, an dem der Kampf gegen die Deutschen ausgelöst werden sollte. Am 13. Januar 1943 schrieb Tenenbaum in sein

¹⁵ BENDER, Jews (Anm. 3), S. 170.

Tagebuch, in einer Sitzung des Untergrunds von Bialystok sei folgende Frage gestellt worden:

„Soll die Gegenaktion nur dann beginnen, wenn das Ghetto vor der völligen Auflösung steht [...], oder soll sie beginnen, wenn die ersten Juden weggebracht werden? [...] Die allgemeine Meinung ist, dass man bei den ersten Juden im arbeitsfähigen Alter beginnen sollte. Es ist klar, dass die Entscheidung zum Zeitpunkt der Aktion selbst fallen wird, je nach den Umständen, der Taktik des Volksaufstands usw.“¹⁶

Zu diesem Thema fügte der Untergrund von Wilna im April 1943 eine klärende Passage zu seiner Charta hinzu, in der es hieß:

„Der Untergrund wird in dem Moment den Kampf aufnehmen, wenn die Existenz des Ghettos allgemein gefährdet ist. [...] Durch zu frühes Handeln könnte der Untergrund eine vorzeitige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung des Ghettos verursachen. [...] Der Untergrund wird zum Zeitpunkt solch einer Aktion handeln, die als Anfang vom Ende beurteilt wird. Den Augenblick des Handelns wird die Führung nach einer Lagebeurteilung auf der Grundlage der ihr übermittelten Informationen bestimmen. [...] Wenn unsere völlige Vernichtung bevorsteht, werden wir, ungeachtet der Waffenlage, zur Tat schreiten, und sei es ohne Waffen – mit bloßen Händen. [...] Der Zweck des Untergrunds ist der Widerstand selbst [...], nicht zu kämpfen [...], wird als Verrat betrachtet.“¹⁷

Im Lauf der Zeit waren die Untergrundbewegungen in den Ghettos zu der Auffassung gelangt, dass solange eine Chance bestand Leben zu retten, und sei es auch nur eines Teils der Ghettobevölkerung, kein Aufstand ausgelöst werden sollte. Erst wenn klar wäre, dass die allgemeine Deportation bevorstehe, sollte der Untergrund den Aufstand auslösen und die geplante Schlacht eröffnen. Itzhak Zuckerman von *Dror*, einer der ŻOB-Kommandeure, stellte später fest: „Die Entscheidung und der Befehl, in die Schlacht zu ziehen, war klar: Im selben Augenblick, in dem die Deutschen anrücken, eröffnen wir das Feuer.“¹⁸ Damit überließ man die Entscheidung über den Beginn des Aufstands jedoch letztlich den Deutschen und schloss die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs oder von Attentaten auf einzelne Deutsche im Ghetto aus.

In den meisten Ghettos, in denen es einen aktiven Untergrund gab, beschloss man, die Schlacht im Ghetto zu schlagen, obwohl ein solcher Kampf den Deutschen kaum ernsthafte Schäden zufügen würde. Aber ein solcher Kampf würde symbolische Bedeutung haben. Er würde für „drei

¹⁶ TENENBAUM, Dappim Min Hadleka (Anm. 2), S. 17.

¹⁷ HaShoah Beteud (Anm. 8), S. 347 f.

¹⁸ ZUCKERMAN, Those Seven Years (Anm. 14), S. 260.

Linien in der Geschichte“ geführt werden, wie es die Untergrundbewegung in Krakau ausdrückte. Oder, wie Tenenbaum in einem Brief an seine Freunde im Land Israel schrieb: „Wir wünschten nur Eines: unser Leben so teuer wie möglich zu verkaufen.“¹⁹ Abba Kovner drückte es nach dem Krieg während einer Zusammenkunft der Mitglieder der jüdischen Brigade in einem Lager in Italien folgendermaßen aus: Sie hätten nur sterben wollen, aber auf eine Weise, die der Welt im Gedächtnis haften bleiben sollte. Diese Äußerungen sind freilich nicht so zu verstehen, dass die Frage nach Rettung und nach den Ergebnissen des Kampfs in den Gedanken der Untergrundführer keine große Rolle gespielt hätte.

In den meisten Ghettos war der Kampf im Ghetto die oberste und wichtigste Aufgabe der Untergrundkämpfer. Aber neben ihrer Entschlossenheit und dem Willen, bis zum Ende zu kämpfen und sogar im Ghetto zu sterben, sind auch einige andere Tendenzen sowie Zweifel offensichtlich. Sie entstanden im Zusammenhang mit den Berichten über die Partisanenaktivitäten in den Wäldern, die einige Ghettos, insbesondere in Ostpolen, Litauen und Weißrussland, erreichten, und den sich herausbildenden Verbindungen zwischen den Ghettos und den Wäldern. Es geschah häufiger, dass die Gewissheit, ein Aufstand sei die von der jüdischen Mehrheit gesuchte Antwort, in Zweifel gezogen wurde.

Von den Ereignissen in Wilna wissen wir bereits, dass die Ghettojuden zwar den Kampfgeist der jugendlichen Untergrundkämpfer bewunderten, gleichzeitig aber ihren Weg als undurchführbar und gefährlich betrachteten. Auch in Bialystok entbrannte nach der deutschen „Aktion“ vom Februar 1943 unter den Mitgliedern von *Dror* ein heftiger Streit darüber, ob man im Ghetto bleiben oder in die Wälder fliehen sollte, um von dort aus den bewaffneten Kampf gegen die Deutschen zu führen.²⁰ Wer sich dafür entschied, im Ghetto zu bleiben, wusste, dass seine Überlebenschancen gering waren: Er würde entweder in einem von vornherein verlorenen Kampf fallen oder aber mit einem der Transporte in die Vernichtungslager verschleppt werden.

Der Widerstandsgedanke und seine Umsetzung

Nun bleibt noch die Frage zu beantworten, ob die Überlegungen zur Rebellion und zum bewaffneten Kampf gegen die Deutschen tatsächlich verwirklicht wurden oder ob sie Theorie blieben. Da der frontale Angriff

¹⁹ Aus einem Brief Tenenbaums vom April 1943 an Freunde in Israel, MORDECHAI TENENBAUM, Dappim Min Hadleka (Anm. 2), S. 102.

²⁰ HaShoah Beteud (Anm. 8), S. 235–239.

gegen die Deutschen nur im Fall der allgemeinen Evakuierung ausgelöst werden sollte, sah die Reaktion in jedem der hier betrachteten drei Ghettos anders aus.

Chronologisch ging die Auflösung des Warschauer Ghettos derjenigen der Ghettos von Bialystok und Wilna voraus. Als die Deutschen am 19. April 1943 damit begannen, die Warschauer Juden zu deportieren, waren das Ghetto und der Untergrund für einen lang andauernden Kampf bereit. Der Untergrund hatte Schlachtpläne ausgearbeitet und verfügte über Waffen, auch Kontakte zur „arischen“ Seite waren von Anfang an in seine Überlegungen eingegangen. Marek Edelman vom Bund, einer von Anielewicz’ Stellvertretern, berichtete in seinen Memoiren, in den ersten Stunden des 19. April, als klar wurde, dass das Ghetto umzingelt war, seien so gleich alle Kampfgruppen alarmiert worden. Weiter schrieb er:

„Fünfzehn Minuten später [nehmen sie] ihre Kampfstellungen ein. Die gesamte von uns alarmierte Zivilbevölkerung begibt sich unverzüglich in die vorbereiteten Schutzkeller und Verstecke auf den Dachböden. Das Ghetto ist wie ausgestorben, nirgends eine lebendige Seele, nur die ŻOB wacht.“²¹

Zuckerman berichtete über diesen Moment:

„Die Gruppen [der ŻOB] standen entlang der Gesia- und der Zamenhof-Straße bereit; [...] die Idee war, [die Deutschen] in die Falle tappen zu lassen und den Angriff zu eröffnen [...], wir wollten sie von allen Seiten angreifen, von vorn und von hinten [...].“²²

Es brach ein Massenaufstand aus, der die Deutschen überraschte: Zehntausende von Juden nahmen in Bunkern befestigte Stellungen ein und machten es den Deutschen schwer, sie zu deportieren, während zwei Untergrundorganisationen einen gut vorbereiteten bewaffneten Kampf gegen sie führten, der mehrere Wochen dauerte. Das Ghetto konnte erst nach einem großen Aufstand geräumt werden, der monatelang geplant worden war und in jeder Hinsicht als militärische Operation ausgeführt wurde. Es war die erste urbane Rebellion im deutsch besetzten Europa, die insofern einzigartig war, als sie eine Volksbewegung war, an der alle im Ghetto Eingesperrten aktiv oder passiv teilnahmen.²³

Genau vier Monate später, in der Morgendämmerung des 16. August 1943, umstellten Soldaten, Polizisten und eine Hilfstruppe der SS das Ghetto von Bialystok. Die „Aktion“ kam plötzlich und ohne jede Vorwarnung.

²¹ EDELMAN, Ghetto (Anm. 14), S. 66.

²² ZUCKERMAN, Those Seven Years (Anm. 14), S. 260.

²³ YISRAEL GUTMAN, Maavak Be-netiv Ha-yisurim [A struggle in the Route of Agony], Jerusalem 1988, S. 131.

Erst wenige Tage zuvor hatten sich die beiden Untergrundgruppen des Ghettos vereinigt; zusammen verfügten sie über 200 Mitglieder. Doch im Unterschied zu Warschau und Wilna wussten die 30.000 Juden im Ghetto am Vorabend von dessen Auflösung nichts von der Existenz des Untergrundes, und niemand hatte sie auf die Möglichkeit eines Aufstands oder irgendeine andere Art des Widerstands vorbereitet.

Der gerade erst vereinigte Untergrund von Bialystok hatte keine Operationspläne für den Kampf gegen die Deutschen, und deren „Aktion“ traf ihn unerwartet und unvorbereitet. Wie in Warschau erfuhr der Untergrund auch in Bialystok, dass das Ghetto umzingelt war, und in dem Bemühen, ihrem Ziel treu zu bleiben, arbeiteten Tenenbaum und seine Freunde in den wenigen Stunden, die ihnen bis zum Beginn der Deportation blieben, in letzter Minute einen spontanen Schlachtplan aus. Sie nahmen an, dass sich zumindest ein Teil der Ghettobevölkerung den Kämpfern anschließen und ihnen helfen würde, die Einkreisung zu durchbrechen und einen Fluchtweg in die Wälder zu öffnen. Außerdem sollten junge Frauen aus dem Untergrund ein von Tenenbaum im Januar 1943 verfasstes Maifest verteilen, in dem die Juden aufgerufen wurden, sich nicht zu ergeben und die deutschen Anordnungen nicht bereitwillig zu befolgen. Sie hätten nichts mehr zu verlieren.²⁴

Das Manifest wurde rasch verteilt, und die Führung des Untergrunds war sich sicher, dass viele sich weigern würden, der Anordnung des Judenrats und der Deutschen, sich am „Umschlagplatz“ zur Deportation einzufinden, zu entsprechen. Ihre Hoffnung erwies sich als falsch; nur eine Handvoll Menschen folgte dem Aufruf des Untergrunds. Anders als in Warschau, wo die Ghettojuden dem Untergrund vertrauten, hielten die Juden von Bialystok die jugendlichen Untergrundkämpfer für unverantwortlich. In ihren Augen war der Untergrund insgesamt eine spontane, unorganisierte und irrelevante Organisation. Zwei Jahre lang waren die Bewohner des Ghettos von Bialystok dem Einfluss von Efraim Barasz ausgesetzt gewesen, dem Vorsitzenden des Judenrats, der weiterhin glaubte, dass das Ghetto nicht aufgelöst werden würde, weil es für die Deutschen arbeitete. Deshalb war der Untergrund isoliert geblieben und hatte keine breite Unterstützung gefunden. Für die Mehrheit der Juden war er allenfalls eine Kuriosität.

Haika Grosman, eine der Anführerinnen von *HaSchomer HaTzair* in Bialystok, schrieb später in ihren Memoiren:

„Vergeblich standen unsere Mitglieder in den Straßeneinmündungen [...], vergeblich versuchten wir, die Juden zurück in ihre Häuser zu schicken. Sie

²⁴ TENENBAUM, Dappim Min Hadleka (Anm. 2), S. 13 f.

wollten nicht auf uns hören, sie verschlossen die Ohren gegen unsere Aufrufe.“²⁵

Die Revolte begann etwa um 9.30 Uhr in der Nähe des Zauns in der Smolna-Straße. Das Gefecht mit den Deutschen war kurz; den jüdischen Kämpfern ging die Munition aus, und die umliegenden Straßen füllten sich mit Dutzenden von Toten und Hunderten von Verwundeten. Um zwölf Uhr war klar, dass der Aufstandsversuch fehlgeschlagen war. 72 Mitglieder des Untergrunds, die in einem Bunker versteckt auf Befehle gewartet hatten, wurden entdeckt und an Ort und Stelle erschossen. Hier und dort kam es sporadisch weiterhin zu Schusswechseln; evakuierte Fabriken wurden mitsamt ihrer Ausrüstung in Brand gesteckt, und einige Untergrundmitglieder zogen sich in vorbereitete Verstecke zurück. Als vier Tage später die Deportation beendet war, entschlossen sich Tenenbaum und Moshcovitz zum Selbstmord.²⁶

Als die Deutschen Anfang September 1943 begannen, die letzten Juden aus dem Ghetto von Wilna abzutransportieren, flohen kleine Gruppen von Untergrundkämpfern in die Wälder. Am 16. September ermordeten die Deutschen den Ghettoführer Jakub Gens. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die allgemeine Deportation bevorstand. Der Wilnaer Untergrund, der als Erster den bewaffneten Kampfs gegen die Deutschen erwogen hatte, stand vor einem schwierigen Dilemma. Die Ghettobevölkerung wusste seit zwei Monaten, dass es ihn gab, aber die Mehrheit wollte ihn nicht unterstützen, da er ihrer Meinung nach die Existenz des Ghettos gefährde. Zu diesem Zeitpunkt – als eine Entscheidung getroffen werden musste, ob ein Aufstand ausgelöst werden sollte oder nicht – begriff der damalige Untergrundführer Abba Kovner angesichts der ablehnenden Haltung der Ghettobewohner gegenüber der Untergrundbewegung, dass sie dem Aufruf zum Aufstand nicht folgen würden.²⁷ Die Wahrung der jüdischen Ehre als Leitmotiv hatte die Massen nicht mobilisiert. Da ihm die Unterstützung der jüdischen Mehrheit fehlte, kam der Wilnaer Untergrund zu dem Schluss, dass ein Aufstand zum Scheitern verurteilt sei. Ein Jahr später schrieb ein innerlich zerrissener Abba Kovner:

„Die Gedanken der meisten [Untergrundmitglieder] richteten sich darauf, einen Fluchtweg zu finden, nicht darauf, eine Schlacht zu führen. So endete das große Epos der FPO [der Untergrundorganisation *Fareinikte Partisaner Organizatsye*]

²⁵ HAIKA GROSMAN, *Anshei Ha-machteret* [The Underground People], Jerusalem 1965, S. 281.

²⁶ BENDER, Jews (Anm. 3), S. 274–279.

²⁷ ARAD, Struggle (Anm. 7), S. 327–333.

satzige, Vereinigte Partisanenorganisation]. Ein solch großes Potenzial für Heldentum zerschmolz in den Flammen des grausamen Schicksals [...].“²⁸

Ende September beschloss die Untergrundführung in letzter Minute, den Widerstandsgedanken aufzugeben. Damit machte sie den Weg frei für die Flucht in die Wälder, und rund achtzig Untergrundmitglieder, einschließlich Kovners, entkamen durch die Abwasserleitungen aus dem Ghetto. Ein Aufstand fand in Wilna nicht statt.

Zusammenfassung

Der Warschauer Ghettoaufstand ist einzigartig, weil er die größte Rebellion in der Besatzungszeit in Europa war, die von Juden organisiert und durchgeführt wurde. Nicht nur in den Kriegsjahren machte er einen Eindruck; er fand Eingang in das Pantheon der Heldenataten des 20. Jahrhunderts als ein Ereignis, das eine deutliche Spur in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs hinterließ – als ein jüdisches Ghetto, das sich in eine umkämpfte Festung verwandelte und sich gegen deutsche Truppen in einer Schlacht verteidigte.

In Bialystok dagegen scheiterte eine Revolte, eine Erhebung, welche die Mehrheit der Juden nicht mittriss. Zweifellos beeinflusste die unerschütterliche Haltung von Efraim Barasz, dessen Ablehnung des bewaffneten Kampfes gegen die Deutschen auf der Annahme beruhte, dass das Ghetto eine Überlebenschance habe, die Einstellung der Ghettobevölkerung, die jede Kampfbereitschaft vermissen ließ. Dies erklärt sowohl das geringe Ausmaß der Revolte und ihre Ergebnisse als auch die Reaktion der jüdischen Bevölkerung auf die Deportation. In Wilna fand, wie gesagt, kein Aufstand statt. Ohne den Warschauer Aufstand wäre das Wort „Ghettoaufstand“ daher wahrscheinlich nie kreiert worden. Wie also sind Mythos und Bezeichnung entstanden?

Die israelische Gesellschaft hegte Schuldgefühle, da es ihr nicht möglich gewesen war, den Millionen von Juden im besetzten Europa zu helfen. Nach Kriegsende, als die Überlebenden in das Land kamen, zeigte sich das wahre Ausmaß der Katastrophe. Der neue Staat, der ohne Diasporakomplex auszukommen hoffte, betrachtete den Holocaust als ein Produkt der Diaspora und hatte Schwierigkeiten, sich der grausamen Realität zu stellen. Deshalb stützte er sich als Gegengewicht zu der Aussage „wie Schafe zur Schlachtkuh“ auf die Berichte derjenigen, die sich für die Flucht in die Wälder entschieden, und fand einen gewissen Trost in den Erzählungen

²⁸ KOVNER, Amissive (Anm. 9), S. 41 f.

über den Warschauer Ghettoaufstand, das Heldentum jüdischer Partisanen und den Betrug der Judenräte.

Der Wunsch und das Bemühen, das Leid, den Verlust, die Katastrophe und die Unfähigkeit auszugleichen, brachte die israelische Gesellschaft dazu, einen Heldenmythos zu schaffen und sich auf ihn zu stützen. Dieser Wunsch, das tatsächlich Geschehene zu ändern, war praktisch eine Notwendigkeit, denn wir konnten nicht einfach nur hinnehmen, was man uns angetan hatte.

DOROTA SIEPRACKA

DIE EINSTELLUNG DER CHRISTLICHEN POLEN GEGENÜBER DER JÜDISCHEN BEVÖLKERUNG IM WARTHELAND

Das Wartheland entstand im Zuge der administrativen Aufteilung der polnischen Gebiete durch eine Anordnung Hitlers vom 8. Oktober 1939 und war Teil der direkt in das Reich eingegliederten Territorien. Der Bezirk Wartheland bestand aus den drei Regierungsbezirken Posen, Lodz und Hohensalza. Bei Kriegsausbruch lebten hier rund 4.922.000 Menschen, von denen 4.189.000 (85,1 Prozent) ethnische Polen waren, 385.000 (7,8 Prozent) waren Juden und 325.000 (6,6 Prozent) Deutsche.¹ Der größte Anteil jüdischer Bevölkerung war in Lodz und Umgebung zu verzeichnen.²

Entscheidenden Einfluss auf die Beziehungen zwischen der polnischen christlichen und jüdischen Bevölkerung im Wartheland hatte die von Reichsstatthalter Arthur Greiser konsequent verfolgte radikale Nationalitätenpolitik, die darauf abzielte, die ihm unterstehenden Gebiete vollständig zu „germanisieren“. Bestandteil davon waren Massenumsiedlungen von Polen und Juden in das Generalgouvernement (GG) sowie die Kolonisierung des Warthelands durch so genannte Reichs- und Volksdeutsche, u. a. aus den von der Sowjetunion annexierten Gebieten. Insgesamt kamen zwischen 1939 und 1944 536.951 „Volksdeutsche“ in das Wartheland, bei einer Gesamtzahl von 631.485 „Volksdeutschen“, die in die eingeglieder-

¹ CZESŁAW ŁUCZAK, Pod niemieckim jarzmem (Kraj Warty 1939–1945), Poznań 1996, S. 83.

² 1939 gab es im Regierungsbezirk Lodz 1.113.900 Einwohner, darunter 661.100 Polen (59,4 Prozent), 336.536 Juden (30,2 Prozent) und 112.742 Deutsche (10,1 Prozent). In Lodz, das 672.000 Einwohner zählte, waren 369.949 Menschen Polen (55 Prozent), 233.000 waren Juden (34,7 Prozent) und 66.937 Deutsche (10 Prozent). Im Regierungsbezirk Hohensalza lebten 54.084 Juden, im Regierungsbezirk Posen gab es rund 4.500 Juden; JANUSZ WRÓBEL, Przemiany ludnościowe spowodowane polityką okupanta hitlerowskiego w tzw. rejencji łódzkiej w latach 1939–1945, Warszawa 1987, S. 32; DANUTA DĄBROWSKA, Zagłada skupisk żydowskich w „Kraju Warty“ w okresie okupacji hitlerowskiej, in: BŻIH 13–14 (1955), S. 121.

ten Gebiete umgesiedelt wurden. Dies waren somit 85 Prozent aller in den eingegliederten Gebieten angesiedelten „Volksdeutschen“. Der Anteil der Deutschen an den Einwohnern dieses Gebiets wuchs dadurch von 6,6 auf 22,9 Prozent.³ Zudem wurde im Zuge von Deportationen in den Jahren 1939 und 1940 praktisch die gesamte jüdische Bevölkerung aus dem Westteil des Warthelands entfernt, d. h. aus dem Regierungsbezirk Posen.⁴ Der stetige Zuwachs der deutschen Bevölkerung wurde durch die gleichzeitige Überwachung der bereits durch Umsiedlungen dezimierten übrigen polnischen Bevölkerung begünstigt. Insbesondere einige „Volksdeutsche“ hielten sich mit dem Eifer von Neubekehrten an die nationalsozialistische Ordnung. Sie waren führend bei der Schikanierung der Juden und kontrollierten auch, ob sich die polnische christliche Bevölkerung an die aufgelegten Beschränkungen bei den Kontakten zu ihren jüdischen Nachbarn hielt.

Die Schwierigkeiten bei der Kontaktanbahnung zwischen der polnischen und der jüdischen Bevölkerung waren auch eine Folge der Diskriminierungspolitik gegenüber den Juden. Ihre Ausgrenzung aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben und ihre letztendliche Isolierung in den Ghettos war die prinzipielle, wenn auch nicht die einzige Hürde. Nicht ohne Bedeutung für die reibungslose Umsetzung der Vorgaben der Zentralbehörden war der übertriebene Ehrgeiz Greisers, der aus dem Wartheland einen „Mustergau“ des Reiches machen wollte und es quasi als Übungsplatz im „Nationalitätenkampf“ behandelte. Die „Germanisierung“ des Warthelands ging einher mit restriktiver Politik gegenüber der jüdischen und polnischen Bevölkerung. Die Pläne eines starken Eingreifens in die Nationalitätenstruktur der Bevölkerung des Warthelands wurden jedoch durch die Realitäten des Kriegs zurechtgerückt, die bestimmte Beschränkungen erzwangen.

Da eine rasche Aussiedlung der gesamten in diesem Gebiet lebenden jüdischen Bevölkerung unrealistisch war, entschieden sich die lokalen Behörden dazu, sie so gut wie möglich von den „arischen“ Einwohnern abzusondern. Darum wurde nicht zufällig in der größten Stadt dieses Bezirks, in Lodz, das Zentrum der Ansiedlung für „Volksdeutsche“ aus dem Osten war und zugleich die zahlenstärkste jüdische Gemeinde besaß, ein Ghetto gegründet, das allgemein als hermetisch abgeriegelt galt. Dies wurde durch gewaltige Anstrengungen und Mittel erzielt. Es ist jedoch hervorzuheben, dass das Ghetto Lodz nicht von Anfang an eine schwer bezwingbare Festung war.

³ LUCZAK, Pod niemieckim jarzem (Anm. 1), S. 70, 82.

⁴ Bis Ende Februar 1940 wurden aus dem ganzen Warthegau über 100.000 Juden ausgesiedelt; ebd., S. 56.

Ein wesentlicher Faktor, der Einfluss auf die polnisch-jüdischen Beziehungen im Wartheland hatte, war der unaufhörliche Terror, der von einem stark ausgebauten Repressionsapparat gegen die polnische Bevölkerung ausgeübt wurde und dessen Ziel darin bestand, die Polen einzuschüchtern und klein zu halten. Dabei wurden polizeistaatliche Methoden angewendet, Menschen wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager gesteckt. Polizeiliche und zivile Standgerichte waren ein erfolgreiches Instrument, das erlaubte, viele Polen unter dem Deckmantel scheinbarer Legalität zu ermorden. Die Gerichtsurteile waren allerorts den verhandelten Vergehen nicht angemessen. Auf der Grundlage des bis Ende 1941 geltenden deutschen Strafrechts wurde stets das höchste Strafmaß verhängt. Eine weitere Verschärfung, vor allem in Bezug auf die christlichen Polen, da die jüdische Bevölkerung in den Ghettos isoliert war, war die Einführung eines außergewöhnlich restriktiven Sonderstrafrechts für Polen und Juden am 4. Dezember 1941.⁵ Vielsagendes Zeugnis für die repressive Politik der Besatzer waren auch die Massenexekutionen, die nicht selten öffentlich durchgeführt wurden. Eine von ihnen fand am 20. März 1942 in Zgierz bei Łódź statt. Vor den Augen von 6.000 herbeigeschafften polnischen Einwohnern der umliegenden Ortschaften wurden hundert Polen ermordet. Dieses Verbrechen fand in der Region ein breites Echo.⁶ Die Folge war, dass das Bedrohungsgefühl allgegenwärtig wurde.

Die im Wartheland herrschenden Verhältnisse waren außergewöhnlich schwierig, vor allem für illegale Betätigung, zu der auch die Kontakte zwischen der polnischen und der jüdischen Bevölkerung zu zählen sind. Doch trotz der ungünstigen Umstände gab es derartige Kontakte während der gesamten Besatzungszeit, sogar im Ghetto Łódź.

Die christlich-jüdischen Beziehungen in Polen während der Besatzungszeit waren beeinflusst von den Beziehungen vor dem Krieg. Die Isolierung der orthodoxen Juden und ihr Rückzug in ein eigenes, hermetisch abgeschlossenes Milieu vor dem Krieg hatten während der Besatzungszeit

⁵ Text der Verordnung in deutscher Sprache in: Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów, Teil 1: Ziemie „wcielone“, hg. v. KAROL MARIAN POSPIE-SZALSKI, Poznań 1947; ausführlicher zum Sonderstrafrecht für Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten siehe JAN WASZCZYŃSKI, Z działalności hitlerowskiego Sądu Specjalnego w Łodzi 1939–1945, in: BGKBZHwP 24 (1972), S. 30–41; ŁUCZAK, Pod niemieckim jarzmem (Anm. 1), S. 25–28.

⁶ Czesław ŁUCZAK, Dyskryminacja Polaków w Wielkopolsce w okresie okupacji hitlerowskiej. Wybór źródeł, Poznań 1966, S. 65–153; DOROTA SIEPRACKA, Zbrodnia zgierska elementem terroru nazistowskiego wobec społeczeństwa regionu, in: W 60 rocznicę zbrodni zgierskiej 20 III 1942 r., Łódź, Zgierz 2002, S. 47–55; STANISŁAW NAWROCKI, Hitlerowska okupacja Wielkopolski w okresie zarządu wojskowego wrzesień-październik 1939, Poznań 1966, S. 205–213.

negative Folgen. Die Andersartigkeit vieler Juden, die sich durch Kleidung, Bräuche, Sprache und Religion von den nichtjüdischen Polen unterschieden, erschwerte Hilfeleistungen unter der Besatzung beträchtlich. Der geringe Assimilierungsgrad der jüdischen Bevölkerung sowie die Einhaltung von gegenseitiger Distanz schufen eher ein Klima des Misstrauens als eine Basis für Verständigung und Zusammenarbeit.

Obwohl sowohl in Lodz wie auch in Posen in den dreißiger Jahren starke rechte und nationalistische Kreise existierten, gab es in der ersten Phase der Besatzung, die ein für extremistische Bewegungen günstiges Klima schuf, von polnischer Seite keine antijüdischen Manifestationen mit Massencharakter. Führend hierbei waren dagegen die „Volksdeutschen“, was von den Erinnerungen des Zeugen Stanisław Kon bestätigt wird: „Noch schlimmer als die Deutschen verhielten sich die ‚Volksdeutschen‘ gegenüber den Juden. Die polnische Bevölkerung hingegen verhielt sich neutral.“⁷ In den Überlieferungen von Juden zur ersten Phase der Besatzung finden sich kaum Informationen über die Beziehungen zu den Polen, da sich die Verfasser vielmehr darauf konzentrierten, die von den Okkupanten ausgeübten Schikanen zu beschreiben. Aus den Notizen von Chronisten wie Ludwik Landau oder Emanuel Ringelblum geht eindeutig hervor, dass die polnische christliche Bevölkerung in der Anfangszeit der Besatzung in den beiden größten Städten des Warthelands, Lodz und Posen, nicht antisemitisch eingestellt war.⁸ Unterschiede bestehen dagegen in Bezug auf Details, beispielsweise bei der passiven Haltung gegenüber den Juden, die gelegentlich als fehlendes Mitgefühl von Seiten der in Lodz lebenden Polen gewertet wurde. Davon aber, dass die Passivität der Polen nicht unbedingt Gleichgültigkeit oder fehlendes Mitleid bedeuten musste, zeugen die differierenden Interpretationen jüdischer Chronisten. Ringelblum schrieb zum Beispiel:

„Nach der Besetzung von Posen wurden die Juden von dort abgeschoben. Die polnische Bevölkerung begleitete sie damals, vor allem die Alten, mit Tränen in den Augen. In Lodz hingegen war es anders. Während der Vertreibung in das Ghetto waren keine Anzeichen für Mitleid von Seiten der polnischen Bevölkerung zu sehen.“⁹

Ludwik Landau wiederum vermerkte in einer Notiz über Lodz:

⁷ AŽIH, 301/26, Bericht von Stanisław Kon, 17.5.1945.

⁸ EMANUEL RINGELBLUM, Kronika getta warszawskiego, Warszawa 1983, S. 145; LUDWIK LANDAU, Kronika lat wojny i okupacji, Bd. 1, Warszawa 1962, Eintrag v. 28.11.1939, S. 104.

⁹ RINGELBLUM, Kronika (Anm. 8), S. 145.

„Seitdem die auffälligen Armbinden eingeführt worden sind, müssen die Juden ständig Schikanen und Schläge erdulden, so dass sie versuchen, vor allem die Männer, so selten wie möglich auszugehen. Ein tröstliches Zeichen – auf Seiten der polnischen christlichen Bevölkerung zeigt sich eher Mitleid.“¹⁰

Die größere polnische Zurückhaltung gegenüber den Juden in Lodz könnte der außergewöhnlich hohen Zahl von ansässigen Deutschen ebenso geschuldet gewesen sein wie dem ständig steigenden Anteil von Reichsdeutschen sowie Deutschen aus anderen Ländern in der Stadt.¹¹ Die bei der polnischen Bevölkerung vorherrschende Passivität gegenüber dem Schicksal der Juden lässt sich auch durch das von den Besatzern gnadenlos durchgesetzte Verbot erklären, der jüdischen Bevölkerung Hilfe zuteil werden zu lassen. Außerdem hatte die Auflösung aller polnischen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Organisationen die Aktivitäten der Polen erheblich erschwert. Die Unterstützung für die jüdische Bevölkerung beschränkte sich demnach auf individuelle, spontane und in der Regel kurzzeitige Kontakte, die geheim gehalten wurden. Dies ist einer der Gründe, warum es so schwer ist, Einzelheiten über die Hilfe, die Polen der jüdischen Bevölkerung leisteten, herauszufinden.

Es gibt Zeugnisse dafür, dass sich nicht alle Polen passiv gegenüber dem Schicksal der Juden verhielten. Ihre Unterstützung war vor allem in jener Zeit wichtig, in der sich die Verfolgungen und Diskriminierungen der jüdischen Bevölkerung verstärkten, also Ende 1939 und Anfang 1940. Viele Juden entschlossen sich, das Wartheland zu verlassen, wo man eine restriktivere Nationalitätenpolitik erwartete als im GG. Es wird geschätzt, dass bis Februar 1940 rund 77.000 Juden Lodz verließen, also fast ein Drittel der jüdischen Einwohnerschaft. Bei Kriegsausbruch hatten 233.000 Juden hier gelebt.¹² Insgesamt verließen bis März 1940 122.500 der 385.000 Juden, die sich hier im September 1939 aufgehalten hatten, das Wartheland.¹³

Der Massenexodus der jüdischen Bevölkerung sowie die Spontanität, mit der er sich ereignete, gestatten es nicht, die Zahl der Polen zu schätzen, die an der Organisation der Flucht beteiligt waren. Man kann dagegen darstellen, auf welche Weise den Juden geholfen wurde. Am häufigsten vermittelte man beim Verkauf von Besitz, beim Kauf von Lebensmitteln und Eisenbahnfahrkarten oder beim Transport der persönlichen Habe über

¹⁰ LANDAU, Kronika (Anm. 8), Notiz vom 28.11.1939, S. 104.

¹¹ Die Zahl der deutschen Bevölkerung in Lodz stieg von 66.937 bei Kriegsausbruch auf 142.372 (im August 1944); WRÓBEL, Przemiany ludnościowe (Anm. 2), S. 32, 259.

¹² Ebd., S. 167–173; ICCHAK H. RUBIN, Żydzi w Łodzi pod niemiecką okupacją 1939–1945, London 1988, S. 145.

¹³ LUCZAK, Pod niemieckim jarzmem (Anm. 1), S. 83.

die Grenze. Beteiligt hieran waren etwa ehemalige Bedienstete, Bekannte aus der Vorkriegszeit, Pfadfinder oder Zufallsbekanntschaften.¹⁴ Einige jüdische Unternehmer beauftragten Polen, die auf ihr Geheiß Waren aus ihren von den Deutschen konfiszierten Geschäften „entwendeten“, sie über die Grenze brachten und den rechtmäßigen Besitzern zustellten.¹⁵ Die jüdische Bevölkerung richtete sich auch mit der Bitte an Polen, ihr Eigentum aufzubewahren, damit dies den Beschlagnahmungen der Besatzer entgehen konnte. Eine wichtige Hilfe leisteten zudem die katholischen Pfarrer, die fiktive Taufscheine ausstellten.¹⁶ Denunziationen, die meistens von „Volksdeutschen“ ausgingen, Polen hätten Juden eine wie auch immer geartete Hilfe zukommen lassen, führten bestenfalls zur Notwendigkeit, seinen Wohnort rasch zu verlassen.¹⁷

Die Zeit der Massenwanderungen begünstigte auch nicht organisierte Raubzüge auf die Besitztümer geflüchteter Juden. Es sind einzelne Beispiele bekannt geworden, dass sich Polen und „Volksdeutsche“ zu Banden zusammenschlossen, die die Abzeichen nationalsozialistischer Organisationen verwendeten (z. B. der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt) und – vorgeblich im Namen des deutschen Staates – die Habe der nach Osten fliehenden Juden raubten. Dies geschah meist auf Ausfallstraßen aus den Städten in der Nähe der Grenze zum GG, z. B. in Nowosolna bei Łódź.¹⁸ Angesichts des Niedergangs von Moral und öffentlicher Ordnung unter der Besatzung kam es zu räuberischen Übergriffen. Die Umstände kamen den Tätern entgegen, deren Taten oft straflos blieben. Unter anderem plünderte

¹⁴ AŽIH, 302/124, Erinnerungen von Liza Taflowicz, 13.5.1945; AŽIH, 301/5431, Bericht von Fela Wiernikowna; LANDAU, Kronika (Anm. 8), S. 148 f., 181; DOMINIK PATORA, Szare Szeregi podziemnej Łodzi 1939–1945, Typoskript im Archiv der Historischen Kommission des Lodzer Fähnleins des Verbands der Pfadfinder Polens (*Archiwum Komisji Historycznej Chorągwi Łódzkiej ZHP w Łodzi*), S. 13; DOMINIK PATORA, Łódzkie „Kominy“, in: Szare Szeregi. Harcerze 1939–1945, Bd. 2: Materiały i relacje, hg. v. JERZY JABRZEMSKI, Warszawa 1988, S. 77.

¹⁵ RINGELBLUM, Kronika (Anm. 8), S. 71.

¹⁶ MAREK BUDZIAREK, Geneza, przebieg i następstwa masowych aresztowań duchownych katolickich 5–7 października 1941 r. (ze szczególnym uwzględnieniem diecezji łódzkiej), in: Martyrologia duchowieństwa polskiego 1939–1956, Łódź 1993, S. 56.

¹⁷ Beispielsweise wurde Zdzisław Szparkowski, der vielen jüdischen Bekannten geholfen hatte, aus Leslau ins GG zu fliehen, nach der Denunziation durch örtliche „Volksdeutsche“ zur Flucht nach Warschau gezwungen, wo er übrigens seine umfassende Tätigkeit zur Unterstützung der Juden fortsetzte; MICHAŁ GRYNBERG, Księga Sprawiedliwych, Warszawa 1993, S. 542–544.

¹⁸ APL, Sondergericht Litzmannstadt (SgL) 10064, Urteilsspruch, 4.5.1940, Bl. 12–17.

ten Polen jüdische Geschäfte und eigneten sich den dort vorgefundenen Besitz an.¹⁹

Die Beziehungen zwischen Polen und Juden veränderten sich im Zuge der voranschreitenden Ghettoisierung. Die Isolierung der jüdischen Bevölkerung und die ungenügende Lebensmittelversorgung führten dazu, dass sich die Kontakte fast ausschließlich auf den Austausch von Lebensmitteln und Medikamenten beschränkten. Selbst in den geschlossenen Ghettos kam es die gesamte Besatzungszeit über zu Handelskontakten, wofür die Situation im Ghetto Lodz das beste Beispiel ist. Es war die größte Ansammlung jüdischer Bevölkerung in den eingegliederten Gebieten und die zweitgrößte im ganzen besetzten Polen. Während seines Bestehens durchliefen über 200.000 Juden den geschlossenen Wohnbezirk. Die Besatzungsbehörden hatten Mühe, so viele Menschen vollständig vom Rest der Stadt zu isolieren.²⁰ Besonders in der ersten Zeit war der Schmuggel ins Lodzer Ghetto so einfach, dass es polnisch-jüdischen Gruppen – die auf Bekanntschaften der Vorkriegszeit fußten – gelang, selbst voll beladene Pferdewagen einzuschleusen.²¹ Dies war unter anderem durch die Bestechung der Polizisten möglich, bei denen es sich meist um ortsansässige „Volksdeutsche“ handelte. Schmuggelaktionen organisierten auch ehemalige Nachbarn, die sich nun auf beiden Seiten des geschlossenen Wohnbezirks befanden. Sie warfen in der Nacht gegen Bezahlung Päckchen mit Lebensmitteln aus ihrer Wohnung oder vom Dach eines auf der „arischen“ Seite stehenden Gebäudes ins Ghetto.²²

Kontakte zwischen dem Lodzer Ghetto und der „arischen“ Seite wurden von christlichen Polen aufrechterhalten, die sich entschlossen hatten, ihre jüdischen Angehörigen nicht zu verlassen, welche dazu gezwungen worden waren, in den geschlossenen Wohnbezirk umzusiedeln. Im Lodzer Ghetto waren 60 polnische Katholiken registriert.²³ Wegen der sich verschlechternden Versorgungslage nutzte ein Teil von ihnen Bekanntschaften und verwandtschaftliche Beziehungen in der Stadt, um an Lebensmittel für ihre Angehörigen zu kommen. Es kam vor, dass sie bei dieser Gelegenheit

¹⁹ AŽIH, 301/5431, Bericht von Fela Wiernikówna; AŽIH, 301/318, Bericht von Izaak Krajtman, 1945; EDWARD REICHER, *W ostrym świetle dnia. Dziennik żydowskiego lekarza 1939–1945*, London 1989, S. 19, 144.

²⁰ DOROTA SIEPRACKA, *Stosunki polsko-żydowskie w Łodzi podczas okupacji niemieckiej*, in: *Polacy i Żydzi pod niemiecką okupacją 1939–1945. Studia i materiały*, hg. v. ANDRZEJ ŹBIKOWSKI, Warszawa 2006.

²¹ APL, SgL 6851, Protokoll der Vernehmung der Fiszela Rauchfeld, Bl. 116; ebd. Protokoll der Vernehmung des J. Starkmann, 24.9.1940, Bl. 95–97.

²² APL, SgL 10422, Urteilsspruch, 30.7.1941, Bl. 340.

²³ APL, PSŻ 1093, Bl. 332 f.; *Kronika getta łódzkiego*, Bd. 1, hg. v. DANUTA DĄBROWSKA/ LUCJAN DOBROSZYCKI, Łódź 1965, S. 106 f.

andere Polen von der „arischen“ Seite zu Schmuggelaktionen überredeten, wodurch der Kreis der Personen, die das Ghetto versorgten, wuchs.²⁴ Eine ähnliche Rolle spielten Ehen und Liebesbeziehungen zwischen christlichen und jüdischen Polen, die fort dauerten, obwohl einer der beiden ins Ghetto umziehen musste. Sie waren für die Aufrechterhaltung regulärer Handelskontakte und für den Schmuggel in größerem Maßstab hilfreich.²⁵

Die Beziehungen zwischen Polen und Juden ließen dadurch, dass sie Bekannte auf beiden Seiten hatten, unter den Bedingungen der Besatzung Ansätze größerer, ziemlich hermetisch abgeschlossener Schmugglergruppen entstehen. Bekannt sind auch Fälle, in denen Polen Juden deshalb halfen, weil sie einst gemeinsam gearbeitet hatten.²⁶ Bekanntschaften aus der Vorkriegszeit nutzten sowohl die sich zeitweilig im Ghetto aufhaltenden Polen als auch Juden, die das Ghetto kurz verließen. Aufgrund solcher Bekanntschaften konnten sich Polen sogar mehrere Tage im Ghetto aufhalten. Die Handelskontakte zwischen Polen und Juden entstanden oft zufällig.²⁷ Eine sehr große Rolle hierbei spielte die bewusste Entscheidung vieler Polen, sich nicht an das Verbot zu halten, den Juden Lebensmittel zu verkaufen.²⁸ Ghettobewohner, die versuchten, sicher in die Stadt zu gelangen, machten oft von Droschken Gebrauch, deren Eigentümer fast ausschließlich Polen waren.²⁹ Gelegenheit zu Handelskontakten schuf auch die Beschäftigung polnischer Angestellter der städtischen Betriebe im

²⁴ So gelang es der Polin Lucyna Cieślak-Szot, die dreiköpfige Familie Gluszek in den Schmuggel einzubeziehen, die sich bei ihren Aufenthalten im Ghetto bei ihr daheim aufhielt; APL, SgL 6730, Protokoll der Vernehmung des Stanisław Gluszek, 31.7. 1940, Bl. 29 f.; ebd. Protokoll der Vernehmung des Reginald Gluszek, 31.7.1940, Bl. 38.

²⁵ Hier von zeugt das Beispiel der Polin Józefa Kotlenga, die seit 1932 eine Liebesbeziehung zu dem Juden Jankiel Lehrer hatte. Kotlenga besuchte ihn durchschnittlich zweimal in der Woche und betrieb bei dieser Gelegenheit Tauschhandel. Durch ihre Kenntnis jüdischer Kreise unterhielt sie Geschäftsverbindungen zu rund 20 Juden. Lehrers Wohnung im Ghetto bildete die Basis, die wiederum von polnischen Händlern aufgesucht wurde; APL, SgL 3090, Urteilsspruch, 15.11.1941, Bl. 163–168.

²⁶ AŽIH, 301/3344, Bericht von Jan Szczepański, 16.3.1948; AŽIH, 301/3792, Bericht von Jakub und Abram Rapaport, 13.7.1948; AŽIH, 301/3790, Bericht von Jakub Poznański, 14.7.1948; AŽIH, 301/3791, Bericht von Jerzy Skotnicki, 14.7.1948.

²⁷ Beispielsweise versuchten am 13.7.1940 Polinnen, die mit der Droschke unterwegs waren, Butter zu verkaufen, die sie an eine unbekannte Gruppe von Juden ins Ghetto warfen. In derselben Straße warf ein Unbekannter dem Juden Jakub Freiman ein Lebensmittelpaket über den Zaun, für das er 25 RM bezahlte; APL, Kripo 59, Bl. 23, 27; APL, Kripo 23, Bl. 255.

²⁸ APL, Kripo 23, Bl. 10, 112, 208, 324; APL, SgL 5666, Protokoll der Vernehmung der Sura Brandel Gnat, 13.6.1940, Bl. 6.

²⁹ So gelangte Idel Aronowicz am 2.10.1940 auf die „arische“ Seite; APL, Kripo 24, Bl. 321

Ghetto. Von den Ausmaßen des Schwarzhandels zeugt die Verhaftung von 23 polnischen Angestellten des Lodzer Elektrizitätswerks und des Gaswerks am 27. Juli 1940, die die Möglichkeit des Zugangs zum Ghetto genutzt hatten, um Mangelwaren zu liefern, hauptsächlich Lebensmittel und deutsche Zeitungen.³⁰ Auch die in der deutschen Verwaltung innerhalb des Ghettos beschäftigten Polen halfen den Ghettobewohnern.³¹

Der Ort, an dem es seit der Einrichtung des „geschlossenen Wohnbezirks“ in Lodz bis 1944 am häufigsten zu Kontakten zwischen Polen und Juden kam, war der Markt *Rynek Bałucki*, der ein Hauptumladepunkt für die aus der Stadt eingeführten Waren war. Viele hier beschäftigte Polen und Juden nutzten diese Gelegenheit zum Schwarzhandel. Neben polnischen Fuhrleuten, die Lebensmittel ins Ghetto brachten, waren hier zeitweise auch polnische Arbeiter mit Instandhaltungs- und Bauarbeiten beschäftigt, die für das Funktionieren der kommunalen Einrichtungen des Ghettos notwendig waren.

Die Ausmaße der unerlaubten Kontakte in Lodz waren so groß, dass die Kriminalpolizei ab Juni 1940 in ihren Meldungen immer mehr Fälle verzeichnete, in denen es zum Verlassen des Ghettos und zu Lebensmittelschmuggel gekommen war.³² Im August 1940 schrieb der Polizeipräsident, Brigadeführer Karl-Wilhelm Albert, dass die Beaufsichtigung der Ghettogrenzen immer schwieriger werde und es im Berichtszeitraum 22 Mal zum Gebrauch von Schusswaffen gekommen sei. Dabei seien acht Juden und ein Pole getötet und zwei weitere Juden verletzt worden. Außerdem vermerkte er, dass der Ghettoschmuggel durch Polen und Juden immer intensiver werde und er nur mit größter Mühe aufgehalten werden könne.³³ Am 24. Januar 1941 wurde vermerkt, dass es seit Jahresbeginn zu hundert Verhaftungen wegen illegaler Kontakte gekommen sei.

Es war auch festgestellt worden, dass sich die Zahl trotz der Repressionen nicht verringert hatte.³⁴ In diesem Zusammenhang wurde eine Verschärfung der Strafen empfohlen.³⁵ Auch wurde die Mannschaft des 6. Polizeireviers der Schutzpolizei durch zusätzliche Reservepolizeibataillone verstärkt, deren Aufgabe es war, von außen um den „geschlossenen Wohn-

³⁰ AIPNŁ, Gestapo 1/278, Bericht des IdS an den RSHA, 28.7.1940, Bl. 36.

³¹ So hatten die meisten Polen, die als Fahrer für die Ghettoverwaltung arbeiteten, bei den Juden einen guten Ruf; AIPN, Sonderstrafgericht in Warschau mit Sitz in Lodz, 1217a, Protokoll der Vernehmung des Stanisław Krzemiński, 22.8.1945, Bl. 15; ebd. Protokoll der Vernehmung des Sasza Lewiatin, 3.9.1946, Bl. 34.

³² APL, Kripo 23, Meldungen der Kripo, Bl. 61, 66, 114.

³³ Ebd., Stadtverwaltung 126, Bl. 66.

³⁴ AIPNŁ, Gestapo 1/285, Bericht der Kripo in Lodz an den IdS, 24.1. 1941, Bl. 13.

³⁵ APL, Kripo 23, Kripo-Meldung, 18.6.1940, Bl. 61, 66.

bezirk“ zu patrouillieren.³⁶ Im Endeffekt stieg die Zahl der Todesopfer an der Ghettagrenze.³⁷ Eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung des Schwarzhandels im Ghetto spielte auch das Netz von Agenten der Kripo und der Gestapo unter den Juden sowie dem jüdischen Ordnungsdienst, zu dessen Aufgaben es gehörte, Schmuggler zu schnappen.³⁸

Die Anwendung radikaler Repression sowohl gegenüber Juden wie auch Polen hatte Erfolg und die illegalen Kontakte wurden eingedämmt. Ende 1940 wurden sie immer seltener und waren ab Ende 1941 nur noch sporadischer Natur. Das mit dem Schmuggel verbundene Risiko nahm nun nur noch eine kleine Gruppe von Personen auf sich. Dazu gehörten polnische Beschäftigte deutscher Firmen, die Aufträge im Gebiet des Ghettos ausführten, enge Bekannte oder Partner aus der Vorkriegszeit, die auf der „arischen“ Seite lebten, polnisch-jüdische Schmugglergruppen sowie polnische Kinder.

Auch die Beschäftigung immer weniger Lodzer Juden außerhalb des Ghettos schränkte die Möglichkeiten für polnisch-jüdische Kontakte weiter ein. In Lodz waren auf der „arischen“ Seite lediglich rund 200 Personen beschäftigt, und zwar ausschließlich bis Mitte 1943.³⁹

³⁶ Im Oktober 1940 traf das 132. Reservepolizeibataillon aus Würzburg ein. Zwischen dem 28.11.1940 und dem 31.3.1941 wurden die Wachen noch mit 100 Mann des 101. Reservepolizeibataillons aus Hamburg verstärkt, das bei seiner Abberufung durch ein anderes Polizeibataillon mit 600 Polizisten ersetzt wurde. CHRISTOPHER R. BROWNING, Zwykli ludzie. 101. Policyjny Batalion Rezerwy i „ostateczne rozwijazanie“ w Polsce. Warszawa 2000, S. 55, 59, 160 [dt. Ausgabe: Ganz normale Männer, Reinbek b. Hamburg 1993]; MIROSLAW CYGAŃSKI, Policja kryminalna i porządkowa III Rzeszy w Łodzi i rejencji łódzkiej 1939–1945 r., in: Rocznik Łódzki 16/19 (1972), S. 52–58; ANTONI GALIŃSKI, Policja w getcie, in: Getto w Łodzi 1940–1944, hg. v. JAN FIJAŁEK/ANTONI GALIŃSKI, Łódź 1988, S. 36; Dokumenty i materiały do dziejów okupacji hitlerowskiej w Polsce, Bd. 3, hg. v. JAN FIJAŁEK/ANTONI GALIŃSKI, Warszawa 1946, S. 219.

³⁷ APL, PSŻ 146, Bl. 34, 47, 162, 210, 294, 318, 329, 338.

³⁸ APL, Kripo 23, Meldung über die Verhaftung zweier Juden, die versuchten aus dem Ghetto zu entkommen, 4.7.1940, Bl. 269; APL, Kripo 24, Vernehmung des Moses Librach durch die Kripo am 21.10.1940, Bl. 130; Kronika getta łódzkiego (Anm. 23), Bd. 1, S. 71, 132, 244; Bd. 2, S. 426; APL, PSŻ 1081, Bl. 659; APL, Kripo 23, Meldung vom 5.7.1940, Bl. 242; AIPNŁ, Untersuchungsakten zum Lodzer Ghetto, Ds. 72/67, Vernehmung des Zeugen Jan Kazimierz Zawadzki, 1.7.1992, Bl. 2155; AŽIH, 301/157, Bericht von Mendel Tron, 1945.

³⁹ AŽIH, 301/2050, Bericht von Genek Granek, 7.12.1946; AŽIH, 301/4331, Bericht von Dawid Baruch, 25.8.1949; RINGELBLUM, Kronika (Anm. 8), S. 154; JAKUB POZNAŃSKI, Dziennik z łódzkiego getta. Warszawa 2002, S. 25.

Die meisten Fluchtversuche aus dem Lodzer Ghetto nach Warschau oder Kleinpolen gab es bis Ende 1940.⁴⁰ Die Zahl der Flüchtlinge, welche die Stadt mit der Hilfe von Polen verließen, lässt sich heute nicht mehr feststellen, da lediglich einzelne Fälle dokumentiert sind. Nicht nur in Lodz, sondern im gesamten Wartheland geschah es aber eher sporadisch, dass man aus dem Ghetto floh und sich auf der „arischen“ Seite versteckte.

In Lodz gab es auch erheblich weniger *szmalcownicy* als zum Beispiel in Warschau, also Nicht-Juden, die von versteckten Juden Geld erpressten, indem sie ihnen drohten, sie an die Deutschen zu verraten. In den Polizeimeldungen sind nur einzelne Fälle verzeichnet. Es gab jedoch Fälle von Vandalismus polnischer Jugendlicher, die zum Beispiel mit Steinen Scheiben in Häusern des Ghettos einwarfen.⁴¹

Sehr viel mehr Möglichkeiten für gegenseitige Kontakte zwischen der polnischen und der jüdischen Bevölkerung als in Lodz gab es in den Ghettos der Kleinstädte. Einfluss darauf hatte sowohl die Tatsache, dass dort Lebensmittel sehr viel besser verfügbar waren als in der Großstadt, aber auch der offene Charakter der meisten so genannten Provinzghettos. Die polnisch-jüdischen Kontakte beschränkten sich in der Regel auf den Austausch von Waren und Dienstleistungen. Die jüdische Bevölkerung tauschte hauptsächlich Dienstleistungen wie Schneidern, Schustern oder Frisieren gegen Lebensmittel. Diese Art von Tauschhandel war von immenser Bedeutung, und zwar sowohl für die Bewohner der Ghettos, die keine Lebensmittel besaßen, wie auch für die Polen,⁴² da in einigen Berufsgruppen traditionell Juden dominierten, weshalb die Polen bis zu einem gewissen Grad von ihren Dienstleistungen abhängig waren. Dies war eine Folge der Sozial- und Berufsstruktur der Vorkriegszeit. Die christlichen Polen hatten sich vorwiegend mit Ackerbau und Viehzucht beschäftigt, während sich die jüdische Bevölkerung auf Handel, Dienstleistungen und Handwerk konzentrierte. Unter den Bedingungen der Besatzung dienten auch Textilien als Zahlungsmittel, die von Juden bei Polen gegen Lebensmittel eingetauscht wurden. In der Umgebung von Zelau und Belchatów vermittelten jüdische

⁴⁰ REICHER, Dziennik (Anm. 19), S. 29; Bericht des Informanten „Wajdelota“ vom Gebietsreferat Lodz des Rates für Unterstützung der Juden (*Żegota*), Dezember 1942 bis Januar 1943, in: MAREK ARCZYŃSKI/WIESŁAW BALCERAK, Kryptonim „Żegota“. Z dziedzictwa pomocy Żydom w Polsce 1939–1945, Warszawa 1979, S. 214.

⁴¹ APL, Kripo 25, Dienstvermerk über das Einschlagen von Scheiben, Bl. 189; ebd., Dienstvermerk der Kripo, 11.12.1940, Bl. 190.

⁴² Henryk Lubranięcki, der sich im Ghetto in Kroßwitz aufhielt, berichtete: „Die Polen [...] lieferten im Tausch gegen verschiedenerlei Dienstleistungen Lebensmittel. Ich möchte hervorheben, dass uns die Polen sehr viel geholfen haben“; AIPNL, Untersuchungsakten über die von den Beamten der deutschen Polizei an den Juden in Kroßwitz verübten Verbrechen, Ds. 45/67 (Sn. 9/10/75).

Kinder oft bei diesen Transaktionen.⁴³ Daneben sind auch Fälle von selbstloser Unterstützung durch Polen bekannt. Beispielsweise lieferten einige Polen unentgeltlich Lebensmittel an die im Ghetto in Löwenstadt eingeschlossenen Juden, indem sie diese an der Umzäunung liegen ließen.⁴⁴ In derselben Ortschaft buk ein polnischer Bäcker eigens ein besonderes Brotkontingent für die Juden und lieferte es durch Vermittlung von Kindern ins Ghetto, die es sogar mehrmals am Tag zum jüdischen Wohnbezirk brachten.⁴⁵ Aus ähnlichen humanitären Motiven waren einige Bäcker in anderen Orten des Warthelands tätig.⁴⁶ Beträchtliche Hilfe kam auch von Ärzten. Einige von ihnen betreuten die Ghettos medizinisch, weshalb sie ständigen Zugang zur jüdischen Bevölkerung hatten. Sie lieferten illegal Medikamente und nahmen auch dringende Eingriffe vor. Außerdem verweigerten sie Juden, die sich versteckt hielten, nicht die medizinische Hilfe, wenn diese sie in Notfällen aufsuchten.⁴⁷

Die Formen der Unterstützung für die jüdische Bevölkerung waren unterschiedlich und teilweise ganz unscheinbar. Beispielsweise reparierten die Polen, die in Zduńska Wola an der Ghettogrenze lebten, den Zaun nur provisorisch, da sie wussten, dass andere Polen an dieser Stelle Lebensmittel und Medikamente auf die andere Seite transportierten.⁴⁸ Es gab noch viel mehr Fälle, in denen je nach Möglichkeit geholfen wurde. Einige

⁴³ „Im Frühjahr und Sommer 1940 und auch noch 1941 gingen Scharen jüdischer Kinder im Schulalter aus den Ghettos in Zelau, Belchatów und anderen Ortschaften über Feldraine, Waldwege, sie gingen durch Kock in jene Dörfer, in denen es keine Deutschen gab – Jaszczebice, Oborów, Dombrowa. Sie trugen, was sie noch besaßen, Stoffe, Bettwäsche, Schuhe, Kleidung, und tauschten es bei den Bauern gegen Kartoffeln, Bohnen, Mehl, gegen Nahrung, ein.“ LEON DOMINKOWSKI, Cisza panuje nad Krasówką..., in: Czarny rok... Czarne lata..., hg. v. WIKTORIA ŚLIOWSKA, Warszawa 1996, S. 222.

⁴⁴ AIPNL, Untersuchungsakten über die von den Beamten der deutschen Polizei an den Juden im jüdischen Ghetto in Löwenstadt bei Lodz verübten Verbrechen, Sn 74/02/Z.

⁴⁵ „Er buk ein eigenes Brotkontingent für die Juden und schickte es durch kleine Kinder ins Ghetto. Die Kinder brachten diese Brothaibe zum Ghetto, und ehe man sich versah, standen sie schon mit dem nächsten Transport da“; Kronika getta łódzkiego (Anm. 23), Bd. 1, Eintrag vom 20.5.1942, S. 583.

⁴⁶ ANNA ZIÓŁKOWSKA, Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej 1941–1943, Poznań 2005, S. 225.

⁴⁷ Edmund Łuczak, der in Liskowo bei Kalisch lebte und im örtlichen Waisenhaus arbeitete, behandelte eine schwer heilende Wunde der 13-jährigen Natalia Landau, die sich mit ihrer Mutter im Wald versteckt hielt. Beide waren aus einem Transport nach Kulmhof entkommen. Nach dem Krieg wurde er für sein Wirken in Israel mit der Medaille Gerechter unter den Völkern ausgezeichnet, GRYNBERG, Księga Sprawiedliwych (Anm. 17), S. 313.

⁴⁸ AIPNL, Untersuchungsakten über die von den Beamten der deutschen Polizei an den Juden in Zduńska Wola zwischen 1940 und 1942 verübten Verbrechen, Ds. 438/67 (Sn 9/25/72).

endeten tragisch, wie zum Beispiel in Pabianice, wo ein Paket für eine unbekannte Gruppe Juden über den Zaun geworfen wurde. Dafür musste ein Pole drei Tage später hängen.⁴⁹

Eine Besonderheit des Warthelands waren Ghettos in ländlichen Gebieten, die mehrere Dörfer umfassten.⁵⁰ Sie waren nicht abgesperrt und wurden auch nicht ständig bewacht, nur alle zwei oder drei Wochen kamen Patrouillen der Gendarmerie ins Ghetto, die in den nahe gelegenen Kleinstädten stationiert war. Die geringere Abschottung und die größere Bewegungsfreiheit führten im Vergleich zu anderen Ghettos zu besseren Existenzbedingungen. Relativ verbreitet waren hier Kontakte, um Waren und Dienstleistungen auszutauschen. Davon zeugen die Festnahmen von Polen im Ghetto von Kowale Pańskie, die sich dort aufhielten, um Dienstleistungen bei Juden in Auftrag zu geben oder deren Erzeugnisse abzuholen. Es kam auch vor, dass Juden illegal aus den umliegenden geschlossenen Wohnbezirken in die Landghettos gelangten, da sie gehört hatten, dass die Lebensmittelversorgung hier besser sei. Gegen Personen, die unberechtigt Ghettogrenzen überschritten, gab es scharfe Repressionen. Die im Ghetto patrouillierende Gendarmerie führte Selektionen und Exekutionen durch. Die jüdische Bevölkerung musste jedoch das Risiko auf sich nehmen, sich auf der „arischen“ Seite zu bewegen, da sie durch die gezielte Aushungerungspolitik der Besatzer dazu gezwungen war. Einer der Bewohner des Ghettos in Czachulec erinnerte sich daran:

„Unter Todesstrafe war es verboten, die Kolonie zu verlassen. Man musste jedoch sein Leben riskieren und in der Nacht herausgehen, um bei Bauern Nahrung zu besorgen. Es gab viele Opfer unter den Menschen. Die Bauern waren uns gegenüber insgesamt wohlwollend eingestellt. Sie verkauften gerne, da auch die Preise für uns höher waren. Später fuhren die Bauern mit ihren Produkten zu uns.“⁵¹

Es kam auch vor, dass Ghettobewohner Zufallsbekanntschaften, darunter sogar „Volksdeutsche“, Lebensmittelbestellungen auftrugen. Davon zeugen Anzeigen von Deutschen, die ähnliche Vorfälle den Besetzungsbehörden meldeten. Es ist anzunehmen, dass es mehrere derartige Fälle gab.

⁴⁹ AIPNL, Untersuchungsakten über die von den Beamten der deutschen Polizei im Zeitraum von Februar 1940 bis Mai 1942 an den Bewohnern des Ghettos in Pabianice verübten Verbrechen, Ds. 33/70 (Sn 9/30/72/GKP).

⁵⁰ Landghettos befanden sich in der Gemeinde Kowale Pańskie (Kreis Turek), in der Gemeinde Lubotyń (Kreis Wartbrücken) und in den Gemeinden Gröditz sowie Rzgów (Kreis Konin); DABROWSKA, Zagłada (Anm. 2), S. 132 f.; ŁUCZAK, Pod niemieckim jarzmem (Anm. 1), S. 44.

⁵¹ AŽIH, 301/2243, Bericht von Dawid Jakubowicz.

Zu Kontakten zwischen Polen und Juden kam es auch in der Umgebung von Ortschaften in der Nähe der Grenze zum GG.⁵² Die meisten derartigen Fälle wurden in der Nähe von Zelau und Belchatów verzeichnet. Ein Teil der Bewohner der Ghettos aus dieser Region ging sogar dem Handel über die Grenze nach. Einige von ihnen kauften Waren von Polen und mieteten Transportmittel, um sie zur Grenze zu bringen; gelegentlich nutzten sie sogar polnische Führer, die die Schmuggler zur Grenze brachten. Beispielsweise begleitete der in Zelau lebende Pole Józef Langer, ein bei jüdischen Schmugglern bekannter Führer, rund 45 Juden zur Grenze, wofür er ein Entgelt in Höhe von zehn Mark pro Person verlangte. Von den neun Personen, die in diesem Zusammenhang verhaftet wurden, sagten mehrere aus, dass sie bereits einige Male zu Handelszwecken in Petrikau und Umgebung gewesen seien. Die deutsche Polizei beschlagnahmte bei den Verhafteten insgesamt 1.511 Meter Textilstoffe.

In der Gegend von Zelau und Belchatów gab es weitere derartige Fälle. Polnische Bekannte, die sich aufgrund der Aussiedlungen im GG niederlassen mussten, halfen gelegentlich Juden aus dem Wartheland beim Schmuggel und beim Verkauf der geschmuggelten Waren sowie bei der Fortbewegung im GG. Dies war wegen der Besonderheit dieser Gebiete und den unterschiedlichen Besetzungsrealitäten wichtig. Der konspirative Charakter dieser Betätigung bot aber auch Möglichkeiten zum Missbrauch. So kam es vor, dass Polen die schwierige Lage der völlig rechtlosen Juden ausnutzten.

Fälle, in denen Juden die gesamte Besatzungszeit hindurch im Wartheland versteckt wurden, sind selten. Die im Wartheland herrschenden Bedingungen, wo es praktisch keine Unterstützung durch den Untergrund gab, kamen einer breit angelegten Aktion zur Rettung der Juden nicht entgegen. Die konspirative Betätigung der Polen beschränkte sich vor allem auf das Auskundschaften der Lage der jüdischen Bevölkerung. Zahlreiche Fälle, in denen Angehörige des Untergrunds enttarnt wurden, sowie der häufig nötige Neuaufbau der konspirativen Organisationsstrukturen erlaubten es nicht, sich auf diesem Gebiet aktiv zu engagieren. Deshalb waren Juden, die untertauchen wollten, hauptsächlich auf individuelle Initiativen angewiesen. Wurde das Versteck aufgedeckt, endete dies mit dem Tod sowohl

⁵² Grenzüberschreitende Kontakte wurden dadurch begünstigt, dass sich die meisten aus dem Wartheland ins GG ausgesiedelten Polen und Juden in Ortschaften nahe der Westgrenze des Distrikts Radom niedergelassen hatten; CEZARY JABŁOŃSKI, Ludność żydowska w okupacyjnym powiecie tomaszowskim w latach 1939–1943, in: Okupacja hitlerowska w Piotrkowskim. Materiały z sesji naukowej, hg. v. JAN GÓRAL, Piotrków Trybunalski 1998, S. 106.

der Juden wie auch der Polen, die ihnen Unterschlupf gewährt hatten.⁵³ Trotz der damit verbundenen Gefahren nahmen Polen das Risiko auf sich, und zwar mit Erfolg. Beispielsweise versteckte Małgorzata Podeszwowa von Januar 1942 bis zur Befreiung Ewa Krotowska in ihrer Wohnung in der Ogrodowa-Straße 2 in Szadek. Maria Suszczewicz wiederum, die in Konarzewo bei Posen lebte, kümmerte sich um ein jüdisches Kind, das aus dem aufgelösten Ghetto in Sosnowitz kam. Sie erzog es zu Hause und übergab es bei Bedrohung ihrer Schwester Maria Rowińska, die in Wronke lebte. Das Kind überlebte die Besetzungszeit.⁵⁴ Zweifellos war es weniger schwierig, assimilierte Juden zu verstecken, die sich unauffällig in einer christlichen Umgebung bewegen konnten und hier auch Bekannte besaßen. Ein wichtiges Motiv, die Risiken auf sich zu nehmen, waren familiäre Bande, zum Beispiel bei polnisch-jüdischen Mischehen.⁵⁵

Obwohl es leichter war, auf dem Land Schutz und Nahrung zu finden, gab es auch in großen Städten wie Posen oder Kalisch Fälle, in denen Juden versteckt wurden. Wegen des geringen Assimilierungsgrads der jüdischen Bevölkerung waren es allerdings nicht sehr viele. Viel größere Überlebenschancen existierten jedoch im GG, weshalb die Hilfe von polnischer Seite bei der Flucht der jüdischen Bevölkerung aus dem Wartheland dorthin eine so große Rolle spielte. In der Zeit, als die Ghettos aufgelöst wurden, suchten Juden vermehrt Schutz bei der örtlichen Bevölkerung. Juden, die sich entschlossen, das Ghetto zu verlassen, um ein Versteck zu suchen, mussten Kontakt zu ihnen unbekannten Menschen aufnehmen und darauf hoffen, dort Hilfe zu erhalten. Dies war mit Gefahren verbunden. Die aus dem Ghetto geflohenen Juden wussten nämlich nicht, was die Menschen dazu bewog, ihnen zu helfen, und welche Absichten sie in Wirklichkeit hatten. Wie etwa der dokumentierte Fall eines Polen belegt, der an einer jüdischen Familie im Dorf Firlej in der Gemeinde Kluki ein Verbrechen beging, endeten diese Rettungsversuche teilweise tödlich. In den Akten des deutschen Sondergerichts gibt es Hinweise darauf, dass sich

⁵³ Informationen über Repressionen der Besatzer verbreiteten sich schnell bei der örtlichen Bevölkerung. Leon Dominikowski erinnerte sich noch nach Jahren: „Bei Pajęczno versteckten sich zwei Juden. Die Gendarmen erschossen sowohl die Juden als auch die Hausbewohner, die davon gewusst hatten.“; LEON DOMINIKOWSKI, Cisza panuje nad Krasówką, in: Czarny rok (Anm. 43), S. 219.

⁵⁴ GRYNBERG, Księga Sprawiedliwych (Anm. 17), S. 417, 525.

⁵⁵ Beispielsweise versteckte sich in Golino im Kreis Konin die gesamte Besetzungszeit über Stanisław Kazimierski, der 1929 eine Polin geheiratet hatte und zum Katholizismus übergetreten war. Er hielt sich bei polnischen Bekannten auf und seine Familie wachte über seine Sicherheit; AIPNP, OPK III S. 19/68 (Sn. 12/25/73), Vernehmungsprotokoll des Zeugen, 17.6.1968, Untersuchungsakten zur Massentötung von Juden im Wald bei Kazimierz Biskupi, Bl. 12–15.

einige Polen lediglich wegen des materiellen Nutzens dazu entschlossen, Juden zu verstecken. Sie schreckten nicht davor zurück, ihre Schützlinge, wenn deren Geldmittel erschöpft waren, skrupellos zu ermorden. So erging es auch einer jüdischen Familie, die von polnischen Handelspartnern aus der Vorkriegszeit auf deren Hof gelockt wurde. Die Polen versteckten die vierköpfige Familie Brajtbart zwischen Sommer 1942 und dem 19. Juli 1943 und plünderten sie völlig aus, dann ermordeten sie sie heimlich. Das Verbrechen kam ans Tageslicht, weil sich auf dem Hof der Polen heimlich noch zwei weitere Mitglieder der Familie versteckt hatten, wovon die Hofbesitzer nichts wussten. Durch Vermittlung anderer Polen zeigten sie die Mörder an.⁵⁶ Man kann lediglich vermuten, dass es noch mehr derartige Verbrechen gegeben haben muss, auch wenn sich dies in den Quellen nicht widerspiegelt.

Die Auflösung der so genannten Provinzghettos im Wartheland führte zu vermehrten Versuchen von Juden, ins GG zu fliehen, hauptsächlich aus den grenznahen Ghettos. Ein Teil der Juden knüpfte deshalb Kontakte zu Polen, um den Grenzübertritt zu organisieren; was aber immer mit der Gefahr verbunden war, entdeckt oder denunziert zu werden.⁵⁷

Die Beziehungen zwischen Polen und Juden im Regierungsbezirk Posen wurden dadurch beeinflusst, dass die kleine ortsansässige jüdische Gemeinde zur Jahreswende 1939/1940 ausgesiedelt worden war und die Werbung von jüdischen Arbeitern für die hier entstehenden Arbeitslager⁵⁸ in Ghettos außerhalb der Region erfolgte, vor allem im Bezirk Lodz. Die hier eintreffenden Juden kannten weder die Gegend noch ihre polnischen

⁵⁶ DOROTA SIEPRACKA, Mordercy Żydów przed nazistowskim Sądem Specjalnym, in: PiS 2 (6), 2004, S. 233–246.

⁵⁷ So ließ sich die Polin Halina Sobczak-Bloch von Juden dafür bezahlen, sie über die Grenze zu führen, anschließend aber informierte sie die deutsche Polizei, mit der sie fest zusammenarbeitete. Sie nutzte ihre Bekanntschaften aus der Vorkriegszeit, um Vertrauen zu erwerben und Geld für ihre Dienste zu ergaunern. Dies wurde ihr durch ihre Ortskenntnis erleichtert – vor dem Krieg hatte sie in Zelau gelebt. Ab 1940 lebte sie, nach der Umsiedlung ins GG, im Grenzdorf Żądły in der Gemeinde Szydłów. Nach dem Krieg wurde sie von einem polnischen Gericht wegen Kollaboration und der Denunziation von Juden – auch von solchen, die sich unter falschem Namen im GG versteckten – verurteilt. Der Kontakt mit Halina Sobczak-Bloch ist u. a. von Noma Futerman beschrieben worden: „Am 21.3. 1942 [...] ging ich ohne Dokumente und Sachen von der Bloch los. Ich kam ins Dorf Żądły (10 km von Zelau [...]). Ich hatte der Bloch 100 Mark gezahlt [...]. Schließlich wurde mir klar, was das für eine Frau war, und floh. Die Bloch hat mich bestohlen. Sie hatte mir arische Papiere versprochen und mich ohne einen Groschen fallengelassen.“, AŻIH, 301/3085, Bericht v. 14.10.1947.

⁵⁸ Insgesamt gab es im Wartheland 173 Arbeitslager für Juden, wobei sich die meisten von ihnen auf dem Gebiet Großpolens befanden (139); LUCZAK, Pod niemieckim jarzem (Anm. 1), S. 44; ZIÓŁKOWSKA, Obozy pracy (Anm. 46), S. 59.

und deutschen Bewohner, und natürlich auch nicht die lokalen Geflogenheiten. Auf der anderen Seite fanden sich, da zwischen dem Lager und der Arbeitsstätte relativ große Wege zurückgelegt werden mussten, verhältnismäßig einfach Möglichkeiten zu Kontakten mit der örtlichen Bevölkerung. Dies gab Polen die Gelegenheit, ihnen zu helfen, meist indem sie auf den Marschstrecken der jüdischen Arbeitskolonnen Lebensmittel ablegten. Maks Moszkowicz erinnerte sich später noch daran:

„Die polnische Bevölkerung in Posen verhielt sich uns, den jüdischen Gefangenen, gegenüber sehr zuvorkommend, und wenn die Kommandos aus dem Lager gingen, warteten vor allem Frauen auf der Straße, um uns trotz der strengen Verbote und Strafen Lebensmittel zuzuwerfen.“⁵⁹

Die Polen ließen auch Lebensmittel, meistens Kartoffeln, Brot und Zwiebeln, in Hinterhöfen, Straßengräben oder Futtertrögen an den Marschstrecken der jüdischen Arbeitskolonnen liegen. Es scheint so, als hätten die Juden aus den meisten Arbeitslagern derartige Hilfe von Seiten der ortsansässigen Polen erfahren, und zwar während des gesamten Bestehens der Lager. Die Unterstützung mit Lebensmitteln war jedoch für die Bedürfnisse bei weitem nicht ausreichend, da die Aufenthaltsbedingungen unmenschlich waren und die Arbeit auszehrend, was durch die hin und wieder erhaltene Hilfe nicht ausgeglichen werden konnte.

Ein Gefangener eines Posener Arbeitslagers, Samuel Bronowski, sagte während des Prozesses gegen den Statthalter des Warthelands, Arthur Greiser, über die Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber den jüdischen Gefangenen:

„Ich kann von dieser Stelle aus sagen, dass die wenigen Juden, die in Posen überlebten, alleine dank der Hilfe der polnischen Gesellschaft überlebten. [...] Die einzige mögliche Hilfe war materielle Hilfe mit Lebensmitteln [...], wer keine Hilfe von außen hatte, musste nach kurzer Zeit sterben [...]. Mehrfach erhielten wir auf geheimen Wegen größere Pakete, auf Baustellen, wo wir arbeiteten und mit der polnischen Bevölkerung zusammenkamen. Pakete wurden auch nachts ins Lager geworfen. Die Haltung der Zivilbevölkerung außerhalb des Lagers ist schwer zu beschreiben – es ist zu wenig, wenn ich sage, dass sie uns wohl gesinnt war. Es gab ein ausgesprochenes Mitleid uns gegenüber.“⁶⁰

⁵⁹ Ten jest z ojczyzny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939–1945, hg. v. WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI/ ZOFIA LEWINÓWNA, Kraków 1969, S. 560.

⁶⁰ Proces Artura Greisera przed Najwyższym Trybunałem Narodowym, hg. v. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa 1946, S. 124 f.; SAMUEL BRONOWSKI, Obóz dla Żydów w Poznaniu, in: Ten jest z ojczyzny mojej (Anm. 59), S. 561.

Hilfe leisteten in begrenztem Umfang auch polnische Mitgefangene in den Arbeitslagern. Gelegentlich gelang es ihnen, zusätzliche Lebensmittelrationen für die Juden einzuschmuggeln oder ihnen ihren Proviant zu geben. Wurden sie entdeckt, erwarteten sie schwerwiegende Konsequenzen. Einer der polnischen Arbeiter aus dem Lager in Nekla beschrieb die Situation nach dem Krieg folgendermaßen:

„Um das Leiden der Gefangenen zu lindern [...] haben wir ihnen unbemerkt Essen gegeben. Wenn die Deutschen, die die Gefangenen bewachten, dies bemerkten, haben sie uns dafür heftig geschlagen. Unter anderem wurde ich von einem Deutschen dafür geschlagen, dass ich einem Juden mein Frühstück gegeben habe. Als wir im Kieswerk arbeiteten, verzichtete ich auch fast auf das gesamte Mittagessen, das mir mein Sohn gebracht hatte, und gab es den Juden. Meine Frau gab ihnen auch Kartoffeln [...]. Ähnlich wie ich machten es auch andere Einwohner von Nekla, die Juden trafen.“⁶¹

In den Arbeitslagern in den Regierungsbezirken Posen und Hohensalza waren neben Deutschen auch Polen Wächter. Die Deutschen erachteten die Heranziehung von Polen als Wachpersonal als notwendiges Übel, das wegen des Fehlens von Deutschen unumgänglich war. Dies ergab sich daraus, da alle militärtauglichen Männer deutscher Herkunft an die Front geschickt wurden. Durch die polnischen Wärter entstand die Möglichkeit für einen regelmäßigen und legalen Kontakt zwischen jüdischen Gefangenen und Polen.

Zu den Aufgaben der Wärter gehörte es, die Gefangenen beim Marsch zur Arbeitsstelle sowie während der Arbeiten zu bewachen. Die Polen waren bei ihrem Dienst nicht bewaffnet. Zur Arbeit in den Lagern wurden sie unter Vermittlung der deutschen Wach- und Schließgesellschaft vom deutschen Arbeitsamt zugeteilt. Die polnische Lagermannschaft wurde also entgegen dem Willen der Rekruten zusammengestellt, was Auswirkungen auf die Qualität ihrer Arbeit hatte. Die meisten von ihnen verhielten sich der jüdischen Bevölkerung gegenüber korrekt, was sich in den Polizeiberichten widerspiegelt. Davon zeugt etwa der Inhalt eines Berichts des Inspekteurs der Sipo und des SD vom 9. September 1942, in dem es heißt, dass die polnischen Wärter Bestechungsversuche der Juden nur in Einzelfällen anzeigen.⁶² So gut es ging, versuchten sie, den Gefangenen nicht zu schaden und griffen nur in Fällen ein, die keine andere Reaktion zuließen. In der Regel tolerierten sie diverse Verstöße gegen die Lagerregeln

⁶¹ AIPNP, OKP III S. 4/67 (Sn 12/141/67), Untersuchungsakten über die im Arbeitslager für die jüdische Bevölkerung in Nekla begangenen Verbrechen, Bd. 1, Bl. 69 f.

⁶² AIPNL, Gestapo, 1/281, Bericht des IdS und des SD an den Statthalter des Warthe-lands, 9.9.1942, Bl. 51 f.

und regten sie teilweise sogar an. Ein Bewohner eines Dorfes, durch das jüdische Arbeitskolonnen marschierten, erinnerte sich daran:

„Einige Polen führten die Juden zur Arbeit und benachrichtigten die Anwohner, dass hier Juden entlangkommen würden, also warf man ihnen Essen, Brot oder zumindest trockene Kartoffeln zu.“⁶³

Die Polen arbeiteten in den Judenlagern auch als Ärzte, Köche und Fuhrleute, die Lebensmittel brachten oder Leichen wegfuhren. Diese Arbeit eröffnete die Möglichkeit, heimlich Lebensmittel und andere fehlende Artikel einzuschmuggeln, wie Medikamente, Kleidung oder Fäden zur Reparatur von Kleidungsstücken. Man half auch beim Verschicken von Briefen, bei der Informationsübermittlung oder beim Empfang von Paketen. Zum Beispiel nahm Eugeniusz Parczewski, ein in den Arbeitslagern beschäftigter Arzt, auf seinen Namen Lebensmittelpakete entgegen und händigte sie einem der Gefangenen aus. Als die Zusammenarbeit aufflog, wurde der Empfänger der Pakete gehängt. Parczewski kam mit seiner Frau in ein Konzentrationslager, wo er umkam. Ähnlich verhielten sich auch andere Ärzte (zum Beispiel Józef Krzyżaniak und Franciszek Frąckowiak) sowie Apotheker.⁶⁴ Polen vermittelten auch beim Verkauf von Wertgegenständen, die Juden gehörten, und lieferten ihnen für das eingenommene Geld dringend benötigte Lebensmittel. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten leisteten auch Pfadfinder sowie in der Nähe der Lager lebende Kinder Hilfe.

Alle Formen der Unterstützung bargen die Gefahr strengster Bestrafung sowohl für die Juden wie auch für die Polen. Juden, die erwischt wurden, wenn sie das Lager verließen oder Hilfe von Polen annahmen, wurden öffentlich hingerichtet, meistens durch Erhängen im Lager. Beispielsweise wurde in Posen einer der Gefangenen, Motek Schwarz, der sich einige Meter von seinem Arbeitsplatz entfernt hatte, um ein Lebensmittelpaket, das ein Pole über den Zaun geworfen hatte, aufzuheben, von dem deutschen Wärter verhaftet, an die Gestapo übergeben und öffentlich gehängt.⁶⁵ Viele Polen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, wie zum Beispiel der Bäcker Waclaw Kopydlowski, der durch Vermittlung verschiedener Perso-

⁶³ AŻIH, 301/7066, Bericht von Jan Bolesław Samol.

⁶⁴ WACŁAW BIELAWSKI, *Zbrodnie na Polakach dokonane przez hitlerowców za pomoc udzielaną Żydom*, Warszawa 1981, S. 51; AIPNP, OKP III Ds. 17/69, Bl. 60–65, Untersuchungsakten über die im Arbeitslager für Juden in Kobylepole begangenen Verbrechen sowie über Erhängung von 5 bis 6 Juden durch die Deutschen im Arbeitslager bei Posen; AIPNP, OKP III S. 4/67 (Sn 12/141/67), Untersuchungsakten über die im Arbeitslager für die jüdische Bevölkerung in Nekla begangenen Verbrechen, Bd. 1, Bl. 132–136.

⁶⁵ AIPN, SOP, 62, Bl. 64, 66. – Siehe hierzu und zum Folgenden auch den Beitrag von Anna Ziolkowska in diesem Band.

nen Backwaren an Juden geliefert hatte und dafür sechs Jahre Gefängnis erhielt. Es sind auch Fälle bekannt, in denen gegen Polen gerichtlich die Höchststrafe verhängt wurde. Zum Beispiel wurde Leon Stroszczyński, der im Lager in Krzyżowniki bei Posen beschäftigt war, von einem Sondergericht in Posen 1942 zum Tode verurteilt, weil er Brot ins Lager geschmuggelt hatte.⁶⁶

Die Häftlinge nahmen auch alle Risiken auf sich, um aus den Arbeitslagern zu fliehen. Aus Polizeimeldungen geht hervor, dass viele dieser Fluchtversuche mit großer Wahrscheinlichkeit durch das Verhalten der polnischen Wärter ermöglicht wurden. In einem Bericht vom 9. September 1942 schrieb ein Inspektor von Sipo und SD, es gäbe den Verdacht, dass die polnische Wachmannschaft die Flucht von Juden oft unterstützt habe.⁶⁷ Es gab auch Polen, die versuchten, den aus den Lagern entkommenen Juden zu helfen. Beispielsweise gelangte Szaja Gertner aus dem Lager in Posen sogar bis ins Ghetto Lodz: „Ich ging von Dorf zu Dorf und erbettelte Brot, eine ganze Woche hat das gedauert.“⁶⁸ Die Familie Kijas wiederum versteckte im Herbst 1942 sechs Wochen lang den aus dem Lager in Posen geflohenen Maks Moszkowicz. Er wurde bei einer Razzia auf der Suche nach Polen in Posen gefasst, ins Fort VII gebracht und landete später in Auschwitz und Groß Rosen.⁶⁹ Die meisten Fluchtversuche endeten jedoch tragisch. Die Flüchtlinge wurden von der Gendarmerie aufgegriffen oder von „Volksdeutschen“, von denen es hier viele gab, denunziert.

Die Arbeit in den Lagern führte aber auch dazu, dass Wärter ihre Macht missbrauchten. Es sind Fälle bekannt, in denen polnische Wärter Gefangene gequält haben, u. a. in Kobylepole, Cieślin und Bolewice.⁷⁰ Dies waren jedoch eher Einzelfälle. Die übrige polnische Lagermannschaft ging auf Distanz zu solchen Verhaltensweisen und warnte die Täter vor strafrechtlicher Verfolgung nach dem Krieg. Aufgrund der verschärften Situation unter der Besatzung griffen sie aber in der Regel auch nicht ein, da man Konsequenzen von Seiten der deutschen Vorgesetzten befürchtete.

Einem besonderen Druck waren die in der Nähe des Vernichtungslagers Kulmhof lebenden Polen ausgesetzt, in dem die jüdische Bevölkerung aus dem Wartheland ermordet wurde. Dieses erste Lager zur Massenvernichtung von Juden, das in den in das Reich eingegliederten Gebieten ent-

⁶⁶ ZIÓŁKOWSKA, Obozy pracy (Anm. 46), S. 225.

⁶⁷ AIPNL, Gestapo, 1/281, Bericht des IdS und des SD an den Statthalter des Warthelandes, 9.9.1942, Bl. 51 f.

⁶⁸ AŽIH, 301/348, Bericht von Szaja Gertner, 1945.

⁶⁹ Ten jest z ojczyzny mojej (wie Anm. 59), S. 560.

⁷⁰ AIPN, SOP, 189, Prozessakten; ebd., 246, Prozessakten; ebd., BSO-In, 3, Prozessakten.

standen war, nahm bereits am 8. Dezember 1941 seine Arbeit auf. Die in nächster Nähe des Lagers lebenden Polen wussten von Beginn seines mörderischen Betriebs an um seine Bestimmung. Einige versuchten trotz Verbot, den geheim gehaltenen Völkermord aufzudecken. Stanisław Kaszyński, der vor dem Krieg Gemeindesekretär in Kulmhof gewesen war, war über die gewaltigen Ausmaße des Verbrechens entsetzt und versuchte, die internationale Öffentlichkeit zu alarmieren.⁷¹ Schon im Januar 1942 schrieb er einen Bericht über den Völkermord im Lager Kulmhof. Dieser wurde abgefangen, weshalb Kaszyński im Januar 1942 verhaftet wurde, also – was betont werden muss – gerade einen Monat nach der Inbetriebnahme des Vernichtungslagers. Im Februar 1942 wurde Kaszyński von Gestapo-Beamten ermordet. Bald darauf wurde seine Frau Karolina verhaftet. Sie kam in mehrere Lodzer Gefängnisse, wo sie unter nicht näher bekannten Umständen ums Leben kam.⁷² Vier Kinder blieben als Waisen zurück. Der Mord an den bekannten und in der Umgebung geschätzten Personen rief ein großes Echo hervor und wirkte sich auch auf das Verhalten der Polen aus. Die Angst davor, kollektiv zur Verantwortung gezogen zu werden, sowie die Sorge um die eigene Familie führten dazu, dass sich die ortsansässigen Polen mit noch größerer Vorsicht engagierten, um aus dem Lager geflohenen Juden aktiv zu helfen.

Leider gab es auch Fälle, in denen aus dem Lager geflohene Juden vor Ort von Polen denunziert wurden. Jede Flucht von Juden aus dem Lager ging einher mit empfindlichen Repressalien, die sich gegen die Einwohner von Kulmhof richteten: „Die Gestapoleute gingen durchs Dorf, durch die Wohnungen und suchten geflohene Juden und schlügen dabei die Polen, wenn sie sie aus den Stuben trieben und alle Winkel durchstöberten“, berichtete eine Augenzeugin.⁷³ Die deutschen Polizisten drohten für den Fall, dass Flüchtlingen heimlich Unterstützung geleistet werde, mit Konsequenzen nicht nur für die Familienmitglieder, sondern auch für andere Dorfbewohner.⁷⁴ Trotz der Androhung hoher Strafen gibt es Beispiele dafür, dass Polen aus Kulmhof geflohene Juden retteten. So versteckte

⁷¹ JANUSZ GULCZYŃSKI, Zginął w obronie Żydów, in: *Przegląd Koniński*, 18.8.1991, Nr. 33 (598); DERS.: Stanisław Kaszyński i próby ratowania Żydów z obozu zagłady w Chełmnie nad Nerem, in: *Kronika Wielkopolski*, Nr. 1 (97), Poznań 2001, S. 52–58.

⁷² Sie hielt sich von 22.2. bis 15.6.1942 im Frauengefängnis in der Gdańsk-Straße 13 auf, von wo sie ins Gestapo-Gefängnis an der Sterling-Straße verlegt wurde; AIPNŁ, Sn 9/794, Akten über die Ermordung des Stanisław Kaszyński am 28.2.1942 in Kulmhof, Entscheidung über die Einstellung des Verfahrens, 15.5.1996.

⁷³ AIPN, Sonderstrafgericht Posen, 554, Protokoll der Hauptverhandlung, Vernehmungsprotokoll der Zeugin Marianna Twardowska, 3.4.1946, Bl. 52.

⁷⁴ Ebd., Vernehmungsprotokoll des Zeugen Wincenty Rybicki, 25.5.1946, Bl. 58.

Andrzej Miszczak auf seinem Hof Szymon Srebnik.⁷⁵ Doch gab es auch Fälle, in denen Juden erpresst wurden oder alle ihre Wertsachen abgeben mussten, um Unterschlupf zu finden.

Es gibt einen dokumentierten Fall, in dem sich Polen an einem Massenmord beteiligten, der von den Deutschen im Wartheland begangen wurde: acht Polen nahmen an der Tötung der jüdischen Bevölkerung im Vernichtungslager in Kulmhof teil. Die polnischen Helfer des Sonderkommandos Lange waren unter den Gefangenen von Fort VII in Posen ausgesucht worden. Obwohl sie von den Besatzern zu den Verbrechen gezwungen wurden, besteht kein Zweifel, dass sie alle Erwartungen der Henker erfüllten und sich ihres Vertrauens erfreuten. Ehe sie für das Lager Kulmhof angeworben wurden, hatten sie an Euthanasieaktionen mitgewirkt, die im ganzen Wartheland durchgeführt wurden. Sie spielten auch eine sehr wichtige Rolle für das reibungslose Funktionieren des Lagers, da es nötig war, die zur Tötung bestimmten Personen bis zum letzten Augenblick über ihr künftiges Schicksal im Ungewissen zu lassen.

Die Irreführung beruhte darauf, dass die Neuankömmlinge in der Überzeugung bestärkt wurden, nach dem Baden und der Desinfizierung würden sie weiter zur Zwangarbeit gebracht werden. Die Polen übersetzten den Neuankömmlingen die Ansprachen der SS-Männer, führten sie vermeintlich ins Bad, nahmen die persönlichen Gegenstände zur Verwahrung entgegen und verrieten das wahre Ziel dieser Tätigkeiten nicht. Gab es Widerstand, so wendeten sie Gewalt an. Dadurch gelang es, den Prozess der Massentötung reibungslos durchzuführen. Gleichzeitig kam diese kleine Gruppe Polen in den Genuss von für Gefangene unerhörten Privilegien. Sie konnten sich frei in der Umgebung bewegen und Kontakte zur polnischen Bevölkerung knüpfen. Der Status der polnischen und der jüdischen Gefangenen kontrastierte in diesem Fall ganz offensichtlich. Nur einer der im Vernichtungslager Kulmhof beschäftigten Polen kam vor Gericht. Am 6. Juli 2001 wurde Henryk Mania auf der Grundlage des Dekrets vom 31. August 1944 vom Bezirksgericht in Posen, Außenstelle Konin, zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt, weil er

„gemeinsam und in Abstimmung mit anderen Personen den nationalsozialistischen Besatzern half und sich an den Verbrechen des Völkermords beteiligte, die im örtlichen Vernichtungslager an der jüdischen Bevölkerung sowie an Bevölkerungsgruppen anderer Nationalitäten verübt wurden, und zwar indem er die Gefangenen schlug, ihnen die Wertgegenstände, Kleidung und persönlichen Gegenstände abnahm und die Todgeweihten in die Fahrzeuge/Gaskammern führte“.

⁷⁵ JANUSZ GULCZYŃSKI, *Obóz śmierci w Chełmnie nad Nerem*, Konin 1991, S. 45 f., 51 f., 74.

Sowohl das Berufungsgericht in Posen am 5. Mai 2002 als auch der Oberste Gerichtshof am 8. April 2003 bestätigten das angefochtene Urteil.

Auch wenn man im Wartheland eine ganze Bandbreite von Einstellungen und Verhaltensweisen von Polen gegenüber Juden vorfinden kann, so ist doch festzustellen, dass die meisten Kontakte zwischen den beiden Gruppen aus Aktivitäten beim Schwarzhandel sowie aus kurzfristigen individuellen Hilfeleistungen bestanden, die auf Vermittlung beim Kauf von Lebensmitteln, beim Verkauf des Eigentums oder schließlich auch bei der Flucht aus dem Wartheland beruhten. Am häufigsten kam es dazu zu Beginn der Besatzung, während den Massenumsiedlungen der Bevölkerung ins GG. Nachdem die jüdische Bevölkerung im Wartheland in Ghettos und Arbeitslagern isoliert worden war, wurden Kontakte zwischen Polen und Juden immer schwieriger und beschränkten sich mit der Zeit nur noch auf den Schwarzhandel. Dazu kam es praktisch überall im gesamten Wartheland, wenn auch in den einzelnen Regionen oder jüdischen Wohnbezirken und Arbeitslagern in unterschiedlichem Ausmaß, je nach den dort herrschenden Bedingungen.

In Lodz, wo sich das am besten isolierte Ghetto befand, war im Laufe der Zeit nur ein kleiner Personenkreis am Schwarzhandel beteiligt, der die polnisch-jüdischen Kontakte dominierte. Insbesondere seit 1942 waren Schmuggelaktionen beiderseits der Grenze eine Angelegenheit weniger Personen. Immer seltener gab es Kontakte zwischen Polen und Juden, die Schmugglergruppen bildeten, die auf der Grundlage alter Bekanntschaften aus der Vorkriegszeit entstanden waren, und denen auch einige polnische Beschäftigte der deutschen Ghettoverwaltung angehörten. Nach 1940 gab es keine erfolgreichen Fluchtvorsche aus dem Ghetto Lodz mehr, ebenso wenig wie Juden mit Erfolg in Lodz versteckt wurden.

In den so genannten Provinzghettos in der Gegend von Lodz, die meistens nicht abgeschottet waren, existierten bessere Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung von Handels- und Tauschbeziehungen zwischen Polen und Juden. Einige Beteiligte gingen sogar recht verwegen vor, indem sie zum Beispiel beim Schmuggel die Grenze zum GG überschritten. Davon, dass die Verhältnisse in einigen Provinzghettos besser waren als in Lodz zeugt am besten die Überraschung der ins Lodzer Ghetto umgesiedelten Juden aus der Region über die dort herrschende katastrophale Versorgungslage. Dies war eine Folge der Isolierung und der damit verbundenen Beschränkung der Lebensmittelzufuhr für die Ghettobewohner lediglich auf die offiziellen, bei weitem nicht ausreichenden Rationen, die von den deutschen Behörden geliefert wurden.⁷⁶ Neben den Kontakten, die durch die Schwarzhandelsaktivitäten entstanden, gab es in der Gegend von Lodz

⁷⁶ Kronika getta łódzkiego (Anm. 23), Bd. 2, S. 60 f.

auch Einzelfälle, in denen Juden von Polen versteckt wurden. Ein Faktor, der Großpolen von anderen Orten im Wartheland unterschied, an denen die Juden isoliert wurden, war, dass die jüdische Bevölkerung täglich auf dem Weg zur Arbeit auf die „arische“ Seite gehen musste, was Möglichkeiten für Kontakte zwischen Polen und Juden schuf, die in anderen Regionen nicht gegeben waren.

Wenn die jüdischen Arbeitskolonnen durch ihre Gegend marschierten, legten Polen Lebensmittel für sie auf den Weg. Diese Unterstützung von Seiten der polnischen Bevölkerung konnte die planmäßig durchgeführte, drakonische Politik der Besatzer zur Aushungerung der Gefangenen allerdings nicht aufwiegen. Besonders war auch, dass Polen als Ordnungskräfte in den Arbeitslagern tätig waren. Die Beschäftigung von polnischen Wärtern schuf die Gelegenheit, den Juden Hilfe zukommen zu lassen, führte aber auch zu Missbrauch gegenüber den völlig rechtlosen Juden.

Die Motive jener Polen, die sich illegal betätigten, waren unterschiedlicher Natur und reichten von selbstloser Hilfe aus Mitleid und humanitären Gründen über die oft pragmatische Betätigung als Schmuggler, da dies eine Verdienstmöglichkeit darstellte, was angesichts der allgemeinen Beschäftigungslage und fehlender Erwerbsquellen gelegentlich entscheidend war, bis hin zu Versuchen, die schwierige Situation der Juden auszunutzen. Der Besetzungsalltag schuf eine Atmosphäre der Straffreiheit gegenüber der entrichteten jüdischen Bevölkerung. Dadurch wurden Erpressungen, Denunziationen und in Extremsfällen auch Raubmorde begünstigt. Doch handelte es sich hierbei um eine Randerscheinung. Zweifellos überwog Passivität bei der nichtjüdischen Bevölkerung, die in hohem Maße eine Folge der Angst vor Repressionen war. Mitleid für die jüdische Bevölkerung äußerte sich nicht immer durch deutliche, und sei es auch nur kurzfristige Hilfe.

Viele dokumentierte Fälle von Hilfsbereitschaft zeugen jedoch auch von Selbstlosigkeit und einem zutiefst menschlichen Gefühl der Solidarität mit den verfolgten Juden. Diese Hilfe war zwangsläufig beschränkt und konnte unter den Bedingungen der Besatzung keine größeren Ausmaße annehmen, wodurch sich die Lebensbedingungen der jüdischen Bevölkerung entscheidend verbessert hätten. Unter Bedingungen, die für Aktivitäten des polnischen Untergrunds extrem ungünstig waren, gelang es weder organisierte Hilfe für die Juden zu gewährleisten noch Kontakt mit konspirativen Gruppen in den Ghettos zu knüpfen. Der polnische Untergrund beschränkte sich fast ausschließlich darauf, Informationen über die Situation der jüdischen Bevölkerung im jeweiligen Einsatzgebiet zu erhalten. Dies ergab sich aus der Notwendigkeit, die konspirativen Strukturen immer wieder neu aufzubauen. Unter diesen Umständen musste sich die Hilfe auf individuelle, von der polnischen Bevölkerung unternommene Initiativen beschränken.

DARIUSZ LIBIONKA

DER POLNISCHE UNTERGRUNDSTAAT UND DIE VERNICHTUNG DER JUDEN IN DEN EINGEGLIEDERTEN GEBIETEN

Es war der Historiker und Zeuge Izrael Gutman, der auf einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Warschau einmal gesagt hat:

„Wenn man die Einstellung der besetzten Nationen zum Holocaust analysiert, so kann man die Haltung der von ihnen geschaffenen Strukturen der Konspiration und des Widerstandes gegenüber dem Schicksal, das die Besatzer den Juden zugeschrieben hatten, nicht ignorieren. Von dieser Haltung hing die moralische Unterstützung der lokalen örtlichen Bevölkerung ab, aber auch das Ausmaß der erteilten Hilfe unter den Bedingungen von Unfreiheit sowie schließlich die Suche nach Rettungswegen.“¹

Diese Bemerkung betrifft ganz elementar die Lage in den besetzten polnischen Gebieten. Das Verhalten der zivilen und militärischen Stellen des polnischen Untergrundstaates² in Anbetracht der Vernichtung der Juden ist einer der nach wie vor nicht bis ins Letzte erforschten und beschriebenen Schlüsselaspekte der polnisch-jüdischen Beziehungen während der deutschen Besatzungszeit. Es muss nicht eigens erwähnt werden, dass die polnischen Forschungen sowohl unter dem ungünstigen politischen und intellektuellen Klima in der Volksrepublik Polen und denzensurbedingten Einschränkungen litten als auch darunter, dass die Quellen so weit verstreut sind. Viele Jahre lang konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der polnischen Wissenschaft auf die institutionelle Hilfe für die Juden (Rat für die Unterstützung der Juden, *Żegota*), auf die Kontakte zwischen dem polnischen und dem jüdischen Untergrund mit besonderer Berücksichtigung der polnischen Reaktion auf den Aufstand im Warschauer Ghetto oder auch

¹ IZRAEL GUTMAN, Stosunki polsko-żydowskie w świetle żydowskiej historiografii i literatury, in: BŻIH 193 (2000), Nr. 1, S. 3 f.

² Die Bezeichnung „Polnischer Untergrundstaat“ wurde erstmals am 24.12.1943 in dem in London erscheinenden Blatt *Polska Walcząca* verwendet.

auf die Bemühungen des polnischen Untergrunds und der Exilregierung, die Welt über die Verbrechen an den Juden auf polnischem Gebiet zu informieren. Jahrzehntelang blieb allerdings vor allem Warschau im Mittelpunkt des Interesses der Historiker, die sich mit dem Thema beschäftigten. Vor einigen Jahren stieg nach der Aufdeckung des Verbrechens von Jedwabne das Interesse an der Ausrottung der Juden in den polnischen Ostgebieten nach dem Ausbruch des polnisch-sowjetischen Kriegs.³ Aus unterschiedlichen Gründen ist über die Situation in den eingegliederten Gebieten am wenigsten bekannt. Das ist sowohl eine Folge des dort im Vergleich zum Generalgouvernement (GG) eher schwach entwickelten polnischen Untergrunds als auch vieler Lücken in seiner archivalischen Überlieferung.⁴

Im Folgenden soll es um zwei Fragen gehen: Im ersten Teil werden die Reaktionen der zivilen und militärischen Stellen des Polnischen Untergrundstaates – des Verbands für den bewaffneten Kampf (*Związek Walki Zbrojnej*, ZWZ) bzw. später Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK)⁵ sowie der Vertretung der Exilregierung auf den gewaltigen Anstieg deutscher Verbrechen in den eingegliederten Gebieten im Frühjahr 1942 dargestellt. Der zweite Teil des Textes behandelt die Einstellungen der polnischen Bevölkerung gegenüber der Vernichtung der Juden in den eingegliederten Gebieten im Licht der Dokumente der polnischen Untergrundbewegung im Verlauf des Jahres 1943.

Die Informationspolitik über die deutschen Verbrechen an den Juden in den in das Reich eingegliederten Gebieten

Unter den Historikern herrscht allgemein Übereinstimmung über die zentrale Bedeutung der Nachrichten, die aus Polen zur Information der freien Welt über die Vernichtung der Juden verschickt wurden. Weniger Einigkeit herrscht dagegen bei der Interpretation von Ursachen und Bedingungen der

³ Die Sekundärliteratur bespreche ich in folgendem Text: DARIUSZ LIBIONKA, ZWZ-AK i Delegatura Rządu RP wobec eksterminacji Żydów polskich, in: Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką 1939–1945, hg. v. ANDRZEJ ŹBIKOWSKI, Warszawa 2006, S. 15–207.

⁴ Ein Beispiel: Im AWBBH des ehemaligen Militärhistorischen Instituts Warschau befindet sich nur eine Akteneinheit mit Material des Schlesischen Bezirks der AK aus dem mich interessierenden Zeitraum 1940–1943 (III/34/29). Umfangreichere Archivalien haben sich aus dem AK-Bezirk Łódź erhalten, doch habe ich in diesen Materialien keine Hinweise auf jüdische Fragen entdecken können. Die im AIPN aufbewahrten Archivalien geben hierzu ebenfalls wenig her.

⁵ Der im November 1939 von der polnischen Exilregierung gegründete ZWZ wurde am 14.2.1942 in „AK“ umbenannt. [Anm. d. Übers.]

Informationspolitik des polnischen Untergrunds und der Exilregierung. Walter Laqueur hat zu Recht festgestellt, dass die Juden aus Sicht des polnischen Untergrunds „nicht die wichtigste Sorge waren, weshalb ihr Schicksal in den nach London übermittelten Informationen keine besondere Priorität besaß, aber auch nicht vernachlässigt wurde“.⁶ Der polnische Historyker Dariusz Stola wiederum schrieb in seiner hervorragenden Dissertation:

„Zwischen dem jeweiligen Ereignis im besetzten Polen sowie dem Empfang und der Weitergabe der Informationen darüber im Westen vergingen oft viele Wochen, sogar Monate. Die Nachrichten über Ereignisse, die nur im modernen Industriezeitalter möglich waren, trafen verspätet ein, wie ein Bote aus längst vergangenen Zeiten, der nach langer Reise die Kunde von einem verlorenen Krieg und dem Sturz eines Königreiches brachte.“⁷

Es ist nicht abwegig, diese durchaus interessante Metapher durch eine Analyse der Informationspolitik von Heimatarmee und Regierungsvertretung⁸ am Beispiel des ersten in den besetzten polnischen Gebieten geschaffenen Vernichtungslagers Kulmhof zu überprüfen. Ich behandle sowohl die Art und Weise, wie die polnische Bevölkerung durch Vermittlung der Untergrundpresse informiert wurde, als auch die Wege, über die Informationen zur Ausrrottung der Juden im Wartheland nach London übermittelt wurden.

Die erste Nachricht über die Vergasung von Juden erschien im wichtigsten Presseorgan des Oberkommandos der Heimatarmee, im *Buletyn Informacyjny* vom 19. Februar 1942, also zwei Monate nach Inbetriebnahme des Lagers, doch – wie wir noch sehen werden – eine Woche vor den ersten Informationen hierzu in der Untergrundpresse des Warschauer Ghettos. Die Meldung bestand aus drei Sätzen:

„Aus vielen Ortschaften wird ein verschärftes Vorgehen der Besatzer gegenüber den Juden gemeldet. In Jadów bei Radzym, in Izbica, Wartbrücken, Dombie, Zagórow, Turek und Tonningen ist es zu Massenmorden an Juden gekommen. Die Menschen werden angeblich zur Arbeit fortgebracht – und dann erschossen oder mit Gas vergiftet.“⁹

⁶ WALTER LAQUEUR, The Terrible Secret. An Investigation into the Suppression of Information about Hitler's „Final Solution“, London 1980, S. 111.

⁷ DARIUSZ STOLA, Nadzieja i Zagłada. Ignacy Schwarzbart – żydowski przedstawiciel w Radzie Narodowej RP 1940–1945, Warszawa 1995, S. 154 f.

⁸ Das wissenschaftliche Interesse konzentriert sich gewöhnlich auf den Zeitraum der großen Räumungsaktion im Warschauer Ghetto und auf die Mission von Jan Karski im Herbst 1942, der als Kurier der polnischen Untergrundbewegung den Alliierten die ersten Informationen über die Verbrechen an den Juden aus dem besetzten Polen überbrachte.

⁹ [Rubrik] „Sonstiges“, in: *Buletyn Informacyjny*, 19.2.1942, Nr. 7.

Dies war eine der letzten Nachrichten in der Rubrik „Aus dem Inland“. Es handelt sich anscheinend um den ersten Hinweis auf dieses Thema, der in der polnischen Untergrundpresse erschienen ist.¹⁰ Zuvor hatte es Erwähnungen einer veränderten deutschen Judenpolitik in den eingegliederten Gebieten in dem nur für den Dienstgebrauch dienenden Informationsblatt *Informacja Bieżąca* gegeben, das vom Büro für Information und Propaganda des Oberkommandos der Heimatarmee (*Biuro Informacji i Propagandy Komendy Głównej AK*, BIP) für die Leitungskreise des Untergrunds und die Redakteure der Untergrundpresse herausgegeben wurde.¹¹ Am 25. Januar 1942 war hier folgende Nachricht zu lesen:

„Ende Dezember [1941] wurden alle Juden aus Koło [Wartbrücken] in das Ghetto Kulmhof gebracht. Bei der Durchführung einer Revision wurden mehr als zehn im Wald erschossen.“¹²

Die zitierte Notiz im *Buletyn Informacyjny* bezog sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine einige Tage früher veröffentlichte Meldung (vom 16. Februar 1942) über die Vergasung von Juden aus Wartbrücken, dem Kreis Turek und Dombie in Kulmhof im Dezember 1941.¹³

Andere Blätter der Untergrundpresse reagierten mit Verspätung auf die Informationen aus Kulmhof. Unter ihnen befand sich das wichtigste Organ der Regierungsvertretung, *Rzeczpospolita Polska*, das anderthalb Monate nach dem *Buletyn Informacyjny* über die in den eingegliederten Gebieten begangenen Verbrechen berichtete (am 31. März 1942):

„In Chełm [sic!] hat unlängst eine massenhafte und auf außergewöhnlich bestialische Weise erfolgte Exekution von aus Łódź, Koło [Wartbrücken] und Dombie ausgesiedelten Juden stattgefunden. Die Exekution erfolgte durch Giftgase in besonderen geschlossenen Autos.“¹⁴

Diese Meldung wurde mit keinem Kommentar versehen. Auf ihre Bedeutung kommen wir noch zurück. An dieser Stelle ist die Feststellung wich-

¹⁰ In der polnischen Untergrundpresse habe ich keine früheren Informationen hierzu gefunden. Siehe auch: KLAUS-PETER FRIEDRICH, Der Nationalsozialistische Judenmord und das polnisch-jüdische Verhältnis im Diskurs der polnischen Untergrundpresse (1942–1944), Marburg 2006. Analysiert werden muss noch die Untergrundpresse, die in den Bezirken des ZWZ bzw. der AK in den eingegliederten Gebieten erschienen ist.

¹¹ Die *Informacja Bieżąca* erschien seit 1941 zweiwöchentlich und brachte die neuesten Meldungen über die Lage in den besetzten polnischen Gebieten (das Blatt befindet sich vollständig im AAN, Sign. 202/III-7).

¹² Informacja Bieżąca, Nr. 4 (29), 25.1.1942. Verfasser dieser Notiz war ein Mitarbeiter des BIP, Antoni Szymanowski, der als „Brz.“ zeichnete.

¹³ Informacja Bieżąca, Nr. 7 (32), 16.2.1942.

¹⁴ Województwa centralne. Terror, in: Rzeczpospolita Polska, Nr. 5, 31.3.1942.

tig, dass weder im *Biuletyn Informacyjny* noch später in der *Rzeczpospolita Polska* den Informationen über Kulmhof größere Bedeutung beigemessen wurde. Damit nicht genug: Nach einer ersten Information über die Vernichtung von Juden in den ins Reich eingegliederten Gebieten kam das *Biuletyn Informacyjny* über einen Monat lang nicht mehr auf die Angelegenheit zurück.

Das Thema „Vergasung von Juden in Kulmhof“ tauchte erst wieder in der auf den 23. April 1942 datierten Nummer auf, wo sich die Beschreibung der Funktionsweise des als Gaskammer dienenden Autos findet. Diese Verspätung wurde mit dem Fehlen detaillierter Informationen zu diesem Thema erklärt („Erst unlängst haben uns Einzelheiten über das an den Juden im Januar d. J. in Chełm [sic!] bei Koło [Wartbrücken] verübte Massenverbrechen erreicht“).¹⁵ Doch schon eine Woche später stellte die Redaktion des *Biuletyn Informacyjny* Nachrichten über den Terror in den polnischen Ostgebieten, im GG und im Wartheland zusammen und vertrat die Meinung, dass Hitlers „Ankündigung“ von der vollständigen Vernichtung der Juden in die Tat umgesetzt werde.¹⁶

Hatte man sich also innerhalb einer knappen Woche plötzlich die Ziele der deutschen Politik gegenüber den Juden verdeutlicht? Im ersten Fall (im *Biuletyn Informacyjny* vom 23. April 1942) hatte die Meldung von dem Verbrechen in Kulmhof nicht zu den wichtigeren Informationen gezählt – so wie zuvor war sie eine von vielen Mitteilungen in der Rubrik „Aus dem Inland“. Die Ausgabe begann mit Texten über den Anstieg der Lebensmittelpreise und über die Versorgungsschwierigkeiten in den besetzten polnischen Gebieten. Doch schon in der nächsten Nummer war der Artikel über die deutschen Judenverfolgungen ganz klar der wichtigste Text. Besondere Aufmerksamkeit widmete man gerade den „Methoden von Chełm [sic!]“:

¹⁵ Kraj. Orgie zwyrodnialców, in: *Biuletyn Informacyjny*, Nr. 16, 23.4.1942.

¹⁶ Źydzi, in: *Biuletyn Informacyjny*, Nr. 17, 30.4.1942 (die hier interessierenden Informationen über Kulmhof im Teil „Kujawy i lubelskie“). Während einer Ansprache am 30.1.1942 hatte Hitler im Berliner Sportpalast gesagt: „Wir sind uns dabei im Klaren darüber, dass der Krieg nur damit enden kann, dass entweder die arischen Völker ausgerottet werden, oder dass das Judentum aus Europa verschwindet. Ich habe am 1. September 1939 [tatsächlich: 30.1.1939, Anm. d. Hg.] im Deutschen Reichstag es schon ausgesprochen – und ich hüte mich vor voreiligen Prophezeiungen –, dass dieser Krieg nicht so ausgehen wird, wie es sich die Juden vorstellen, dass nämlich die europäisch-arischen Völker ausgerottet werden, sondern dass das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird.“ Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil II (Untergang), Bd. 4 (1941–1945), hg. von MAX DOMARUS, Leonberg 1973, S. 1828 f. Dieses Zitat hatte auch das *Biuletyn Informacyjny* gebracht.

„Die Berichte von Augenzeugen der Morde in Chełm [sic!] mit Hilfe von Giftgas beweisen, dass die Deutschen sich selbst übertroffen haben. Gemeine Perfidie, niedrige, grenzenlose Habgier sowie kalte, berechnende Grausamkeit lassen ein Bild entstehen, an dessen Wahrheit man kaum glauben mag.“

Es wurde befürchtet, dass dasselbe Schicksal bald auch den aus dem Lubliner Land nach Belzec deportierten Juden drohen könnte. Dieses Beispiel zeigt, dass sich das Problem der Verspätungen bei der Weitergabe von Informationen über das Bestehen der Vernichtungslager nicht alleine auf Kulmhof bezog – zwischen der Inbetriebnahme des Lagers in Belzec und der Veröffentlichung des Textes waren sechs Wochen vergangen.¹⁷

Aus der archivalischen Überlieferung geht jedoch hervor, dass die Heimatarmee sehr genau über die Existenz des Vernichtungslagers in Kulmhof Bescheid wusste. Das heißt allerdings nicht, dass die zitierte Versicherung der Redaktion des *Biuletyn Informacyjny*, man habe keine Informationen zu diesem Thema besessen, nicht der Wahrheit entsprach. Denn vieles deutet darauf hin, dass dieses Wissen für längere Zeit nicht verbreitet werden sollte. Doch eins nach dem anderen. Seit Ende 1941 hatten die zum Büro für Information und Propaganda des Oberkommandos der Heimatarmee gehörenden Informationsdienste – zunächst das Nationalitätenreferat¹⁸ und seit Anfang Februar 1942 das von Henryk Woliński geleitete Judenreferat – die immer zahlreicher aus dem ganzen Land eingehenden Meldungen über die Verfolgung der Juden gesammelt und analysiert. Das Entstehen eines Judenreferats zeugt sowohl von der Beunruhigung wie auch von der guten Kenntnis, die die Heimatarmee über die deutsche Politik besaß. Hervorzuheben ist, dass die frühesten Informationen über die Verbrechen an den Juden in Kulmhof, die drastische Einzelheiten enthielten, aus dem eigenen Informantennetz stammten, weshalb ihre Glaubwürdigkeit prinzipiell hoch war. Die ersten und gleichzeitig auch genauen Angaben über das Thema standen in einer Meldung des BIP-Bezirks Lodz der Heimatarmee, Codewort „Kreton“, die am 6. Februar 1942 entstanden war. Ein längerer Passus betraf die Art und Weise, wie die Juden aus Wartbrücken und dem Kreis Turek ermordet wurden:

¹⁷ Das BIP im AK-Bezirk Lublin hatte – mit dem Datum 16.4.1942 – einen Bericht über die Auflösung des Ghettos in Lublin verfasst, der anschließend nach Warschau geschickt wurde. Aus ihm ging hervor, dass das Schicksal der Deportierten unbekannt sei! Einen genauen Bericht über Belzec enthielt eine Sondermeldung, die dem politischen Lagebericht für April 1942 aus dem AK-Bezirk Lublin beigefügt war. Das Dokument ist veröffentlicht worden in: IRENEUSZ CABAN/ ZYGMUNT MANKOWSKI, ZWZ-AK w Okręgu Lubelskim, Bd. 2: Dokumenty, Lublin 1971, S. 34 f.

¹⁸ Bereits 1940 war in der Abteilung für Information des BIP ein Referat für die nationalen Minderheiten entstanden. Seit 1941 stand Stanisław Herbst („Chrobot“) an seiner Spitze.

„In den Kellern eines verfallenen Schlosses ist ein ‚Bad‘ eingerichtet worden. In einem Kellerraum mit der Aufschrift ‚Umkleide‘ wurden die Juden nackt ausgezogen, von hier wurden sie zu je 50 zu einem besonderen Auto gebracht – eine Gaskammer, wo sie vergiftet wurden –, und anschließend fuhr das Auto in einen Wald in der Nähe des Dorfes Majdany. Hier wurden die Leichen in ausgehobene Gruben geworfen. Das Gas war anscheinend nicht allzu stark, da während des Vergrabens bis ins Dorf Schreie und Todesschüsse zu hören gewesen waren.“

Auch wurden die Morde verzeichnet, welche die Deutschen an den Zigeunern und Juden in Lodz begangen hatten.¹⁹ Wir wissen nicht, wann genau dieses Informationsmaterial die entsprechenden BIP-Strukturen in Warschau erreicht hat. Es ist jedoch anzunehmen, dass diese Aufzeichnung der Ausgangspunkt für die zitierten Notizen in *Informacja Bieżąca* und *Buletyn Informacyjny* gewesen sind. Doch stellen sich zwei Fragen: warum wurden nicht alle Einzelheiten weitergegeben und vor allem – warum wurden diese Informationen so bagatellisiert?

Dies ist umso unverständlicher, weil die Meldungen des BIP Lodz bald darauf in großem Umfang ergänzt wurden durch Dokumentationen von jüdischer Seite, die im Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos von einer Gruppe um den Historiker Emanuel Ringelblum mit dem Decknamen *Oneg Schabbat* gesammelt wurden. Sie beruhten auf den Berichten des Flüchtlings „Szlemek“²⁰, der Anfang Februar 1942 ins Ghetto Warschau gelangte. Auf ihrer Grundlage erschienen im Februar und März 1942 in der Untergrundpresse des Warschauer Ghettos mehrere Artikel über Kulmhof.²¹ Umfangreiche Informationen hierzu wurden den zuständigen Stellen der Heimatarmee übergeben – das genaue Datum, an dem die Übergabe dieser Materialien erfolgte, muss noch festgestellt werden. So oder so – wie aus dem für den internen Gebrauch erschienenen Bulletin des BIP (*Informacja Bieżąca, Aneks o terrorze* [Anhang über den Terror]) her-

¹⁹ Das Dokument ist veröffentlicht worden als „Meldunek łódzkiego BIP pt. Sprawy żydowskie, 6 II 1942“ in: Eksterminacja Żydów w latach 1941–1943. Dokumenty Biura Informacji i Propagandy Komendy Głównej Armii Krajowej ze zbiorów Oddziału Rękopisów Biblioteki Uniwersytetu Warszawskiego, hg. v. MARIA TYSZKOWA in: BŻIH 162-163 (1992), Nr. 2-3, S. 47 f.

²⁰ Vgl. Als Totengräber im Vernichtungslager. Augenzeugenbericht über die Ermordung von Juden und Zigeunern im Vernichtungslager Chelmno am Ner [sic!] vom 5. bis zum 19. Januar 1942, mitgeteilt von „Szlemek“, der von dort fliehen konnte (aufgezeichnet von Hersz Wasser – Februar 1942, Warschau, Ghetto), in: Chelmno/ Kulmhof. Ein vergessener Ort des Holocaust?, hg. v. MANFRED STRUCK, Bonn, Berlin 2001, S. 55–84 [Anm. d. Hg.].

²¹ Sie werden behandelt von RUTA SAKOWSKA, Archiwum Ringelbluma ogniwem konspiracji warszawskiego getta, część II, Informacje o ośrodkach zagłady, in: BŻIH 153 (1990), Nr. 1, S. 81–83.

vorgeht, wusste man schon gegen Ende März 1942 viel über die Lage in Kulmhof.²²

Warum also wurden diese Materialien nicht sofort verwendet, und sei es auch nur für das von Aleksander Kamiński herausgegebene *Buletyn Informacyjny*, das den ganzen Krieg über ein aufrechter Freund der Juden und ihr Fürsprecher innerhalb des Oberkommandos der Heimatarmee war? Es drängt sich der Verdacht auf, dass man viele Wochen verstreichen ließ, ehe man diese Informationen an die Presse weitergab. Die von Ende April stammenden, bereits behandelten Veröffentlichungen des *Buletyn Informacyjny* über die Vernichtung der Juden scheinen in keinem Zusammenhang zu dem mahnenden Brief aus dem Umfeld des *Oneg Schabbat* zu stehen, der nach Meinung der Historikerin Ruta Sakowska anscheinend direkt an Kamiński gerichtet war. Sein Autor schrieb:

„Wir fühlen uns verpflichtet, Sie über Ereignisse zu informieren, die ohne jeden Zweifel authentisch sind und in den in das Reich eingegliederten Westgebieten stattgefunden haben. Die Kunde von diesen Ereignissen ist bislang nicht in weite Kreise der polnischen Bevölkerung vorgedrungen. Wir sind überzeugt, dass Sie, sehr verehrter Herr, diese Informationen nicht nur für sich behalten.“

In diesem Brief befindet sich auch eine sehr genaue Beschreibung der Funktionsweise des Lagers in Kulmhof. Und tatsächlich, Kamiński veröffentlichte diese Informationen sofort.²³

Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass man sich in dieser Zeit auch in den entscheidenden Kreisen des polnischen Untergrunds angesichts immer alarmierender Meldungen, die aus dem gesamten besetzten Land eintrafen, zur Reaktion entschloss. Die vollständige Klärung dieser Frage

²² Der von dem BIP-Mitarbeiter Antoni Szymanowski geschriebene Bericht mit dem Titel „Masowe egzekucje Żydów w powiecie kolskim“ („Massenexekutionen von Juden im Kreis Kolo [Wartbrücken]“), der auf der Grundlage des vom *Oneg Schabbat* gelieferten Materials entstand, trägt das Datum 25.3.1942; das Dokument ist publiziert worden in: TYSZKOWA, Eksterminacja (Anm. 19), S. 52–54. Diese Materialien wurden als Beilage zu *Aneks o terrorze* für den Zeitraum vom 16. bis 28.3.1942, Nr. 28, beigefügt.

²³ Dokument ohne Datumsangabe, veröffentlicht in: RUTA SAKOWSKA, Dwa etapy. Hitlerowska polityka eksterminacyjna Żydów w oczach ofiar. Szkic historyczny i dokumenty, Warszawa 1986, S. 133 f. Dieses Dokument befindet sich im Ringelblum-Archiv, allerdings nicht mit der Signatur „Ring I/473“, sondern „I/665“; diese beiden Texte unterscheiden sich nur wenig voneinander: in beiden Fällen handelt es sich um einen von Hersz Wasser ausgearbeiteten Bericht des *Oneg Schabbat*, der Adressat des Briefes ist jeweils unbekannt. Dafür, dass Kamiński der Adressat sein sollte, spricht die Geschwindigkeit, mit der die Informationen veröffentlicht wurden. Diese Schlussfolgerung ist nicht grundlos; siehe SAKOWSKA, Archiwum (Anm. 21), S. 83.

ist aufgrund von Quellenlücken nicht möglich.²⁴ Ebenso wenig transparent ist die Informationspolitik der Exilregierung in London über die Judenverfolgungen im besetzten Polen, darunter auch in den eingegliederten Gebieten im Frühjahr 1942. Aus Regierungsverlautbarungen oder vielmehr aus deren Fehlen geht hervor, dass in London niemand davon eine Ahnung hatte.²⁵ Diese Tatsache beunruhigte die im besetzten Warschau verbliebenen politisch aktiven Juden. In einem am 2. April 1942 abgeschickten Brief der Leitung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes (*Bund*) an den Regierungsdelegierten Cyryl Ratajski heißt es:

„Wir sind uns völlig über die technischen Schwierigkeiten im Klaren, die mit der Übermittlung von Nachrichten aus dem Inland nach London zusammenhängen. Natürlich können wir ebenso schwer feststellen, ob und welche Nachrichten über die schreckliche Not der polnischen Judenheit nach London geschickt werden. Wir sind jedoch fest davon überzeugt, dass zum Beispiel die Kunde von der Vergiftung polnischer jüdischer Staatsbürger mit Gas, wäre sie an die Regierung der Republik [Exilregierung] gelangt, von Radio London bekannt gegeben worden wäre, so wie man die bestialische Erschießung von 100 polnischen Gefangenen im Pawiak [-Gefängnis] der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht hat.“²⁶

Zwei Wochen zuvor (am 16. März 1942) übermittelte der *Bund* durch Vermittlung polnischer Sozialisten einen Brief, der an die Genossen in London weitergeleitet werden sollte (der so genannte erste *Bund*-Brief) und der ebenfalls Informationen über die Verbrechen in Kulmhof enthielt:

„Den Gipfel der Vertierung hat die Vernichtung der Juden in den in das Reich eingegliederten Gebieten z. B. in der Gegend von Kutno erreicht. Die jüdische Bevölkerung aus einer Reihe von Kleinstädten ist mit Gas vergiftet worden.“²⁷

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Unterzeichnenden des Briefes sich auf anderes Material zu diesem Thema bezogen, das aus dem Ghetto auf die polnische Seite übermittelt worden war, vielleicht auf die Ausführungen des *Oneg Schabbat*. Sie konnten erwarten, dass der polnische Untergrund

²⁴ Viele Ausgaben des Bulletins *Agencja Prasowa* für Frühjahr 1942 sind nicht erhalten – das Blatt war für den Gebrauch der Redaktionen der Untergrundpresse bestimmt.

²⁵ Es wäre interessant, die in London erschienene polnische Presse auf Nachrichten aus den eingegliederten Gebieten hin zu untersuchen.

²⁶ AAN, DR, 202/XV-2, Brief des *Bund* an den Regierungsdelegierten, Bl. 31 f. Das Dokument ist vor kurzem veröffentlicht worden in: LIBIONKA, ZWZ-AK (Anm. 3), S. 150.

²⁷ Dokument veröffentlicht in: JÓZEF LEWANDOWSKI, Jak było w rzeczywistości. Informacje o Zagładzie w listach Bundu, in: BŻIH 194 (2000), Nr. 2, S. 242–247, der zitierte Ausschnitt auf S. 245.

angesichts der Beispiellosigkeit dieses Verbrechens auf eigene Initiative aktiv werden würde.

Der Hinweis auf die Hinrichtung im Warschauer Pawiak-Gefängnis war voll und ganz berechtigt. Sie fand am 2. März 1942 statt, als Vergeltung für die Ermordung eines deutschen Polizeibeamten und die Verwundung einiger anderer in Anin. Dieses Verbrechen erschütterte wegen seiner Ausmaße sowohl die polnische Untergrundbewegung wie auch die ganze Bevölkerung. Aus der Perspektive meiner Erörterungen ist die Tatsache am wichtigsten, dass die Information hierüber auf die ersten Seiten der gesamten Untergrundpresse gelangte und London sofort davon benachrichtigt wurde. Bereits am 5. März sprach der Sender der BBC darüber. Am 2. April 1942 wurde ein Tag der nationalen Trauer verkündet.²⁸ Am 31. März 1942 meldete die Redaktion der *Rzeczpospolita Polska* auf der ersten Seite:

„Von dem neuen deutschen Verbrechen weiß schon die ganze Welt. Die schnell benachrichtigte polnische Regierung hat gleich am nächsten Tag die Öffentlichkeit des ganzen Erdballs in Kenntnis gesetzt [...].“²⁹

In derselben Nummer des Presseorgans der Regierungsvertretung, allerdings auf Seite 16, befand sich die bereits erwähnte – erste und einzige – Notiz über die Verbrechen an den Juden in Kulmhof.

Die Hoffnungen der *Bund*-Führung erwiesen sich als vergebens. Die polnische Regierung in London erfuhr viel später von den Verbrechen, die an den Juden in den in das Reich eingegliederten Gebieten verübt wurden. Die ersten Nachrichten über das Vernichtungslager in Kulmhof trafen hier erst gegen Ende Mai 1942 ein. Die erste Informationsquelle waren zwei Briefe des Warschauer *Bund* – der bereits erwähnte vom 16. März und ein weiterer vom 11. Mai 1942, der diesmal direkt an die polnische Regierung gerichtet war.³⁰ Beide wurden am 21. Mai 1942 durch Vermittlung des Schweden Sven Norman verschickt, des Direktors der polnischen Filiale des ASEA-Konzerns, der in dieser Zeit einer der wichtigsten Kuriere des polnischen Untergrunds war. Nach Meinung eines Kenners der Kontakte des polnischen Untergrundes nach Schweden, Józef Lewandowski, der sich auf Äußerungen von Norman selbst beruft, wurde diesem der zweite Brief

²⁸ Siehe: Odezwa Czynników Miarodajnych w Kraju in: Wiadomości Polskie, Nr. 5, 1.4.1942.

²⁹ Am 5. und 12. März informierte das *Buletyn Informacyjny*. Siehe auch: W obliczu nowej zbrodni okupantów. Odezwa czynników miarodajnych w Kraju, in: Rzeczpospolita Polska, Nr. 5, 31.3.1942, S. 1; Odezwa czynników miarodajnych, in: Wiadomości Polskie, Nr. 5, 1.4.1942.

³⁰ Dokument veröffentlicht in: Ten jest z ojczyszny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939–1945, hg. v. WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI/ ZOFIA LEWINOWA, Kraków 1969, S. 961–963.

nicht durch Vermittlung polnischer Stellen, sondern direkt von Vertretern des *Bund* überreicht.³¹ Er schloss auch nicht aus, dass „jemand in der Delegatur [der zivilen Vertretung der polnischen Regierung im Exil im besetzten Polen (*Delegatura Rządu RP na Kraj*) (Anm. d. Hg.)] die Behauptungen des Briefes über die deutschen Pläne zur Vernichtung der Juden für übertrieben hielt oder der Ansicht war, sie würden die Aufmerksamkeit von der Leidensgeschichte der Polen ablenken“. Die in den polnischen Archiven befindlichen Dokumente belegen, dass beide Briefe des *Bund* dem Kurier von polnischen politischen Kreisen überbracht worden waren. Was die übrigen Fragen angeht – hier bleiben Zweifel bestehen. Es ist bislang nicht gelungen, die Gründe zu erhellen, aus denen es bei der Versendung des „ersten *Bund*-Briefes“ zu einer Verzögerung kam – zwischen seinem Entstehen und der Weiterleitung lagen über zwei Monate. Weitere Untersuchungen werden uns sicherlich näher an eine Antwort auf die Frage heranführen, ob man die Informationen über die Vernichtung der Juden bewusst verzögerte oder ob die Verzögerung anderen Ursachen geschuldet war.³²

Sowohl die Briefe des *Bund* wie auch die vom BIP vorbereiteten Materialien, die mehr oder weniger zur selben Zeit in London eintrafen,³³ wurden zum Ausgangspunkt für eine Reihe diplomatischer und propagandistischer Aktivitäten der Exilregierung – sie sind sehr genau bekannt und vielfach beschrieben worden.³⁴ Für die vorliegenden Überlegungen wichtiger ist die Frage nach der Informationsübertragung aus dem Inland nach London. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die ersten Nachrichten über das Vernichtungslager fünf Monate nach Inbetriebnahme von Kulmhof (8. Dezember 1941) nach London gelangten, während die Nachrichten über die Erschießungen der Gefangenen im Pawiak bereits nach zwei Tagen dort eintrafen. Man kommt kaum umhin, nach den Gründen für eine so große Diskrepanz bei der Geschwindigkeit der Datenübermittlung über die Verfolgungen von Juden und Polen zu fragen. Die Antwort ist nur vordergründig einfach: Die Informationen über die Entstehung und die Arbeit des Vernichtungslagers in Kulmhof wurden nicht per Funk übermittelt.

Doch obwohl militärische Fragen und Dinge, die den Terror gegenüber der ethnisch polnischen Bevölkerung betrafen, Vorrang hatten, wurden

³¹ LEWANDOWSKI, Jak było (Anm. 27), S. 240 f.

³² Dieses Problem behandelt ADAM PULAWSKI, W obliczu zagłady. Rząd RP na Uchodźstwie, Delegatura Rządu RP na Kraj, ZWZ-AK wobec deportacji Żydów do obozów zagłady 1941–1942, Lublin 2009.

³³ Unter diesen Materialien, die von General Stefan Rowecki Ende März 1942 abgeschickt wurden, befand sich der *Aneks o terrorze* für den Zeitraum vom 16. bis 28.3.1942 mit dem Bericht über Kulmhof; vgl. Anm. 22.

³⁴ Vgl. z. B. STOLA, Nadzieja (Anm. 7), S. 160–163.

Informationen über die Verfolgung von Juden nicht verheimlicht: Depeschen vom April 1942, sowohl des Regierungsvertreters im Lande als auch des Oberkommandierenden der Heimatarmee, enthielten Nachrichten über die Vernichtung der Juden, wobei jedoch die Verbrechen in den eingegliederten Gebieten hier nur wenig Raum einnahmen. Man konzentrierte sich auf die Lage in Litauen, im östlichen Kleinpolen sowie im Lubliner Land.³⁵ Das ist verwunderlich, waren doch gerade die Verbrechen in Kulmhof recht schnell bekannt und genau beschrieben worden.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass man im polnischen Untergrund damit rechnete, genaue Informationen über die Verbrechen an den Juden, darunter auch in den eingegliederten Gebieten, würden mit Kurierpost nach London abgehen. Die Versendung der Materialien auf diesem Wege musste keine drastische Verzögerung der Übermittlung bedeuten. Unter günstigen Umständen gelangten die in Polen abgeschickten Materialien schon innerhalb weniger Tage nach London – so verhielt es sich im Fall der von Sven Norman transportierten Sendung, welche die beiden Briefe des *Bund* enthielt. Wenn die Umstände aber widrig waren, trafen Dokumente des Oberkommandierenden der Heimatarmee oder der Regierungsvertretung bisweilen erst nach einigen Monaten in London ein. Die Anführer des polnischen Untergrunds konnten von der optimistischen Variante ausgehen – das heißt erwarten, dass der Weg der Materialien über die Ausrottung der Juden relativ kurz sein würde. Doch es kam anders. Ähnlich verhielt es sich übrigens auch später. Die Papiere, die mit dem Kurier Jan Karski im November 1942 nach London gelangten, waren zwei Monate früher vorbereitet worden.³⁶

Dennoch besteht kein Zweifel, dass das Schicksal der polnischen Juden aus Sicht der führenden Kreise des polnischen Untergrunds im Vergleich zum Schicksal der Polen nur eine zweitrangige Rolle spielte. Um sich davon zu überzeugen, genügt es zu vergleichen, wieviel Platz dem Leiden der Juden und der Polen in den Periodika gewidmet war, welche von der Abteilung für Information der Regierungsvertretung vorbereitet und nach London geschickt wurden („*Pro memoria o sytuacji w kraju*“).³⁷ Wie die Historikerin Krystyna Kersten vor Jahren zu Recht geschrieben hat:

³⁵ Vgl. z. B.: Depesza Delegata o eksterminacji Żydów na Wileńszczyźnie, Białorusi i w Lubelskim, 8.4.1942, veröffentlicht in: Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945, Bd. 2: Czerwiec 1941–kwiecień 1943, Wrocław u. a. 1990, S. 210.

³⁶ Siehe Anm. 8.

³⁷ Diese Materialien sind veröffentlicht worden: Pro memoria (1941–1944). Raporty Departamentu Informacji Delegatury Rządu RP na Kraj o zbrodniach na narodzie polskim, Warszawa, Pułtusk 2004–2005.

„Der Krieg, der die nationalen Trennlinien verschärfte und an die Oberfläche brachte, ließ eine spezifische Form von Nationalbewusstsein entstehen. Durch die Bedrohungssituation wurde die Nation zur allgemein vorherrschenden Denkkategorie, zum grundlegenden Bindemittel und zum wichtigsten Handlungsgegenstand.“³⁸

Selbst für Menschen, die alles andere als Antisemiten waren, bestanden keine Zweifel an der „Fremdheit“ und „Andersartigkeit“ des jüdischen Schicksals. Und genau das entschied sowohl über die Geschwindigkeit wie auch über die Art und Weise der Reaktion auf die deutschen Verbrechen.

Und die letzte Frage: Hätte eine schnellere Information diese Situation entscheidend verändern können? Daran ist zu zweifeln. Es sei daran erinnert, dass die im Juli und im August 1943 aus dem Inland verschickten Depeschen über die Auflösung des Warschauer Ghettos in London nicht verstanden wurden.³⁹ Zu diplomatischen Reaktionen kam es erst nach Jan Karskis Eintreffen im November 1942. Aber auch eine schnellere und entschiedenere Reaktion der polnischen Stellen hätte das Schicksal der Juden auf keinen Fall abwenden können, da sich die freie Welt für die Berichterstattung hierüber unempfänglich zeigte.

Die polnische Bevölkerung und die Vernichtung der Juden in den Dokumenten des polnischen Untergrunds

Seit dem Beginn der deutschen Besatzung brachte die Untergrundpresse Informationen über die deutsche Politik gegenüber den Juden in den in das Reich eingegliederten Gebieten.⁴⁰ In den zentralen Presseorganen des polnischen Untergrundstaates wurde das Thema der polnisch-jüdischen Beziehungen allerdings nicht aufgegriffen. Auf dieses Problem machte man jedoch in der Korrespondenz sowie in Dokumenten für den Dienstgebrauch

³⁸ KRYSYNA KERSTEN, Polska – państwo narodowe. Dylematy i rzeczywistość, in: Narody. Jak powstawały i jak wybiajały się na niepodległość?, hg. v. MARCIN KULA, Warszawa 1989, S. 462.

³⁹ Während der großen Liquidierungsaktion im Warschauer Ghetto wurden drei Depeschen mit Informationen hierzu nach London geschickt. Die wichtigste von ihnen, die zugleich genaue Informationen über die Deportationen der Juden aus Warschau enthielt, war ein vom AK-Chef General Stefan Rowecki unterzeichnetes Funktelegramm, das am 19.8.1942 aufgegeben wurde. Aus unbekannten Gründen wurde diese Depesche nicht veröffentlicht und spielte bei der Information der Weltöffentlichkeit über den in Warschau geschehenden Völkermord keine Rolle.

⁴⁰ Getto w Łodzi, in: Biuletyn Informacyjny, 10.5.1940; Wiadomości z Łodzi, in: ebd., 2.8.1940. Mitte April 1941 wurde die Lage im Ghetto Łódź dargestellt, das „erscheint, als sei es ein Lager von seuchenkranken, todgeweihten Menschen“ – Z Łodzi, in: ebd., 17.4.1941.

aufmerksam. Zwar wurde es auch hier nicht ausführlich behandelt, aber die Urteile waren trotzdem eindeutig. Adolf Bniński („Adolf“), der Delegierte der Regierung für die eingegliederten Gebiete, wies im Juni 1941 auf die Zunahme von Antisemitismus in der Bevölkerung hin, selbst in den Reihen der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS). Er führte unter anderem auch aus, dass die Nationale Partei (*Stronnictwo Narodowe*) „trotz ihres Antisemitismus wegen der Methoden ihrer Vernichtung Mitleid mit den Juden hat“.⁴¹ Radikaler behandelte Stanisław Tabaczyński („Ryszard“), der Leiter des „West“-Büros in der Abteilung für Innere Angelegenheiten (*Biuro Zachodnie w Departamencie Spraw Wewnętrznych*) innerhalb der Delegatur, das Problem. Im November 1941 schrieb er in einem Brief an den Premierminister der polnischen Exilregierung in London, Stanisław Mikołajczyk:

„Bei allem menschlichen Mitleid für das Schicksal der Juden gibt es in Polen fast niemanden, der in der Judenfrage nicht ein Programm verlangte, vor allem diesbezüglich, dass sie im Wirtschaftsleben von Polen ersetzt werden sollen. Ohne zumindest ein solches Minimalprogramm in der Judenfrage wird keine Regierung in Polen lange und ruhig regieren können.“

Er warnte zugleich davor, den nationalen Minderheiten gleiche Rechte zu geben. Dies würde in der polnischen Bevölkerung „auf große Hindernisse stoßen“, da diese „die Triumphbögen gesehen hat, welche die Juden für die Bolschewiken errichteten, und ihr Vorgehen gegen die polnische Bevölkerung unter der bolschewistischen Besatzung“.⁴²

Bemerkenswert sind hier zwei Fragen. Die zitierten Ansichten hochrangiger Beamter der Delegatur standen in dieser Zeit nicht alleine – sowohl die Experten des polnischen Untergrundes als auch die Informanten der polnischen Regierung waren sich mehrheitlich darüber einig, dass die gesellschaftliche Stimmung von der angeblich antipolnischen Einstellung der Juden in den polnischen Ostgebieten geprägt sei, die nach dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September 1939 der UdSSR einverlebt worden waren.⁴³ Es ist jedoch bezeichnend, dass Tabaczyński, *nota bene*

⁴¹ Adolf Bniński an die Zentrale: Charakterystyka życia organizacyjnego na ziemiach zachodnich, 5.6.1941, in: Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945, Bd. 6: Uzupełnienia, Wrocław u. a. 1991, S. 190.

⁴² Der Bevollmächtigte des Delegierten der Regierung für die Westgebiete an Mikołajczyk: Ocena sytuacji politycznej i nastrojów społeczeństwa na ziemiach zachodnich, 8.11.1941, in: ebd., S. 212 f.

⁴³ Ein sehr bezeichnendes Zeugnis ist hier die Meldung des ZWZ-Kommandanten General Stefan Rowecki („Grot“) vom 25.9.1941 mit einer Kritik an der Regierungspolitik gegenüber den Juden sowie der Ansicht, dass der Großteil der polnischen Bevölkerung unter Einfluss der Informationen über die Haltung der Juden in den nach dem 17.9.1939 von der

ein Mitglied der Nationalen Partei, über gesellschaftliche Stimmungen in Gebieten schrieb, die schließlich gar keine sowjetische Besetzung erlebt hatten. Die Informationen über die Haltung der Juden unter der sowjetischen Besatzung gelangten seit den ersten Monaten nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Kriegs in das GG. Über die Weiterleitung dieser Nachrichten in die nach dem Angriff des Dritten Reiches auf die UdSSR eingegliederten Gebiete ist noch wenig bekannt.

Wegen der Lücken in den Quellen ist es schwer, die tatsächliche Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Juden und dieser gegenüber den Polen in den eingegliederten Gebieten zu rekonstruieren, ganz zu schweigen von dem Versuch, Veränderungstendenzen zu erfassen. Dieses Thema tauchte in einigen Berichten auf, die in den einzelnen Heimatarmee-Bezirken angefertigt wurden. Der polnische Untergrund war bestrebt, alle Ausprägungen des gesellschaftlichen Lebens unter deutscher Besatzung zu untersuchen. Mit der Sammlung dieser Informationen beschäftigten sich verschiedene Abteilungen des konspirativen Apparats. Eine wesentliche Rolle hierbei fiel den regionalen Strukturen des BIP zu.

Betrachten wir zunächst die Materialien des Lodzer BIP etwas genauer, die sich in einer 1988 entdeckten Dokumentengruppe in den Sammlungen der Warschauer Universitätsbibliothek befinden. Diese Dokumente stammen aus dem Zeitraum zwischen Herbst 1941 und der Auflösung der jüdischen Siedlungen. Es überwiegen dabei Informationen über die anti-jüdische Politik der Besatzer und über die Verfolgungen der Juden, doch gibt es gelegentlich auch Notizen über die Beziehungen zwischen Polen und Juden. Schon im ersten Dokument dieser Sammlung wird das Verhältnis zwischen Juden und Polen als „feindlich“ bezeichnet.⁴⁴ Diese Information soll sich auf Belchatów beziehen. Es fehlen aber alle weiteren Details.

In einem weiteren Bericht von Dezember 1941 finden wir neben einer Beschreibung der Schikanen gegen die Juden in den ersten Wochen der deutschen Besatzung überaus viele Beispiele dafür, wie sich die jüdische Bevölkerung von Belchatów an die neue Lage angepasst haben soll. Dieser Bericht endet mit der Feststellung: „bei ihrer Gerissenheit und ihrer Kor-

UdSSR besetzten Gebieten antisemitisch eingestellt sei [vgl. die Faksimile des polnischen Originals und die deutsche Übersetzung, in: Polacy – Żydzi, Polen – Juden, Poles – Jews 1939–1945, Wybór źródeł, Quellenauswahl, Selection of Documents, hg. v. ANDRZEJ KRZYSZTOF KUNERT, Warszawa 2001, S. 197 f. (Anm. d. Hg.)].

⁴⁴ Vgl. Fragmenty raportu BIP Okreg Łódź, listopad 1941 r, in: TYSZKOWA, Eksterminacja (Anm. 19), S. 40.

rumpiertheit verstehen sie es, ihr Leben zu gestalten und diese schwierige Zeit besser und leichter auszuhalten als wir Polen“.⁴⁵

In demselben Dokument, allerdings in einem Passus, der die Stadt Lutomiersk betrifft, finden sich Beobachtungen, die von positiven Einstellungen der Juden gegenüber den Polen sprechen („sie sind den Polen gegenüber wohlwollend eingestellt, sie haben während den Aussiedlungen und Razzien Mitleid“). In einem Ausschnitt über die Lage der Juden in Pabianice werden Kontakte der Juden mit der dortigen PPS-Gruppe erwähnt. Sie sollen bis Oktober 1941 angehalten haben.⁴⁶ In diesen Materialien wiederholen sich auch Vorwürfe ideologischer Natur. In den im April 1942, also während der geplanten Ausrottung der Juden entstandenen Berichten des Lodzer BIP ist die Feststellung enthalten, dass sich „die Juden der polnischen Bevölkerung gegenüber feindlich verhalten, während sie für den Sowjetkommunismus große Sympathie hegen, in dem sie die einzige Erlösung für sich sehen“.⁴⁷

Dies ist nicht das einzige Dokument, in dem derartige Vorwürfe genannt werden. Wir kommen hier zu dem großen Problem der Reaktionen des polnischen Untergrunds auf die Vernichtung der Juden. Krystyna Kersten, die hierzu wissenschaftliche Pionierarbeit geleistet hat, macht auf die Ambivalenz bei der Behandlung der Juden durch den polnischen Untergrund aufmerksam und weist darauf hin, dass das „Leiden der Juden von der so genannten Judenfrage“ getrennt worden sei. Sie spricht in diesem Zusammenhang von einem doppelten Denken und einer Bewusstseinsteilung.⁴⁸ Ich versuche, dieses Problem unter Verwendung der unlängst (sogar in zwei Editionen!) erschienenen Berichte der Westsektion der Abteilung für Information der Regierungsvertretung im Zeitraum zwischen Oktober 1942 und Juni 1944 zu beschreiben, die alle eingegliederten polnischen Gebiete umfassen (Großpolen sowie die Woiwodschaften Łódź, Oberschlesien, Pommerellen und Ciechanów, außerdem das Białystoker

⁴⁵ Es gibt Hinweise darauf, dass die Mitarbeiter des Nationalitätenreferats des BIP der Hauptkommandantur von ZWZ-AK mit dem Charakter der ihnen zugeschickten Informationen nicht zufrieden waren. Missfallen rief ein Bericht hervor, in dem die „Symbiose“ von Juden und Deutschen beschrieben wurde. Auf der ersten Seite dieses Dokuments befand sich eine handschriftliche Notiz, dass diese Meldung eine „eindeutige und abscheuliche Tendenz“ besitze; siehe AAN, DR, 202/II-29, Żydzi w Bełchatowie, 14.1.1942, Bl. 6 f.

⁴⁶ Vgl. Żydzi w Pabianicach, in: TYSZKOWA, Eksterminacja (Anm. 19), S. 43 f.

⁴⁷ Vgl. den Auszug aus einem BIP-Bericht unter dem Titel „Żydzi“ („Juden“), der auf der Grundlage von BIP-Meldungen aus dem Bezirk Łódź angefertigt wurde. In: TYSZKOWA, Eksterminacja (Anm. 19), S. 59. Im Wortlaut des Berichts findet sich auch die Bemerkung, dass dieses Urteil das Gebiet des GG betreffe. Es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Informationen aus dem Regionalinspektorat Petrikau, das im GG lag.

⁴⁸ KERSTEN, Polska (Anm. 38) S. 17 f.

Land).⁴⁹ Den Herausgebern zufolge sind sie die „systematischste und vollständigste“ Darstellung der Besatzungspolitik in den eingegliederten Gebieten.⁵⁰

Die „Judenfrage“ kommt in den Dokumenten zur Sprache, die auf der Grundlage von Meldungen entstanden sind, welche aus dem lokalen Informationsnetz stammten, und zwar an zwei Stellen: bei der Beschreibung des deutschen Terrors und der Stimmung innerhalb der polnischen Bevölkerung. Auf der einen Seite finden sich hier genaue Beschreibungen von der Auflösung der Ghettos und der Deportation der Bewohner in die Vernichtungslager und in das KL Auschwitz, auf der anderen Seite werden die Reaktionen der polnischen Gesellschaft auf diese Geschehnisse analysiert. Nach dem Urteil der Autoren dieser Berichte sollen die Nachrichten von der Ausrottung der Juden im GG in Pommerellen wegen des gewaltigen eigenen Leidens gleichgültig aufgenommen worden sein. Es wird ganz deutlich betont, dass

„niemand von einer Rückkehr der Juden nach Pommerellen hören will, die Haltung der Bevölkerung gegenüber den Juden [...] ist so wie gegenüber den Deutschen, d. h. feindlich“.

In Oberschlesien und im Dombrower Becken soll die Liquidierung aller dortigen Ghettos (mit Ausnahme der in den hoch industrialisierten Kreisen Oberschlesiens) insgesamt „geringen Eindruck“ hinterlassen haben. Es wurde auch angemerkt, dass die polnische Bevölkerung „ernstlich einen neuerlichen Zustrom der ‚Judens aus London‘“ befürchte. Weiter heißt es:

„Große Unruhe hat das Gerücht hervorgerufen [...], dass in Regierungskreisen ein Projekt entstanden sein soll, dass der Besitz jener Juden, die umgekommen sind, von den jüdischen Gemeinden übernommen werden soll.“

Es wurde ausgeführt, dass die Empörung der Polen über die Behandlung der Juden „nicht so sehr aus der Tatsache der Beseitigung der Juden, sondern vielmehr über die Methoden“ entstanden sei, und konstatiert, dass „die oberschlesische Gesellschaft antisemitisch eingestellt“ sei. Auch im Teschener Schlesien und im Olsa-Gebiet soll die Einstellung der Bevölkerung zu den Juden „entschieden negativ“ gewesen sein. Obwohl die Vernichtung der Juden „große Empörung [hervorrief], nahm die polnische Bevölkerung die Tatsache an sich, dass der jüdische Teil der Gesellschaft

⁴⁹ Ziemie zachodnie październik 1942–czerwiec 1944. Raporty Sekcji Zachodniej Delegatury Rządu na Kraj o sytuacji ludności polskiej i polityce okupanta niemieckiego, hg. v. MIECZYSŁAW ADAMCZYK/ JANUSZ GMITRUK/ WŁADYSLAW WAŻNIEWSKI, Warszawa 2004; Raporty z ziem wcielonych do III Rzeszy [1942–1944], hg. v. ZBIGNIEW MAZUR/ ALEKSANDRA PIETROWICZ/ MARIA RUTOWSKA, Poznań 2004.

⁵⁰ Einleitung zu *Ziemie zachodnie*, in: ebd. S. 11.

aus dem Gebiet beseitigt worden war, positiv auf“. Auch hier wurde auf Befürchtungen hingewiesen,

„dass unter Einfluss der allgemeinen Stimmungen in der angelsächsischen Welt die polnische Regierung den Juden keine Zugeständnisse machen dürfe. Insbesondere befürchtet die Bevölkerung eine Einwanderung von Juden nach Polen, die Wiederherstellung ihrer eingebüßten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Position.“

In einigen Abschnitten, die die Woiwodschaft Lodz betrafen, wurden sich versteckende Juden als Mitglieder von „Räuberbanden“ bezeichnet, die von den polnischen Partisanen liquidiert werden würden. Mit Missbilligung wurden viele Beispiele erwähnt, in denen versteckte Juden denunziert wurden, doch sah man die Ursachen dieses Phänomens „in einem gewissen Maße“ an „objektiven“ Faktoren: „jüdische Banden, die die Pogrome überlebt haben, hausen in der Gegend und leben vom Raub“.⁵¹

Trotz einer erstaunlichen Einheitlichkeit bei der Beurteilung sind diese Aufzeichnungen vorsichtig zu behandeln. Ohne eine detaillierte Analyse durchführen zu wollen, soll hier nur festgestellt werden, dass die Frage der Urteile und Einstellungen der polnischen Bevölkerung gegenüber der Vernichtung der Juden viel komplizierter gewesen sein muss. Davon zeugen alleine schon die neuesten Analysen der polnisch-jüdischen Beziehungen im Regierungsbezirk Kattowitz und in Lodz, die auf der Grundlage anderer Quellen entstanden sind.⁵² In diesen Materialien wird weder die Hilfe für die Juden erwähnt noch kommen extrem negative Verhaltensweisen zur Sprache (z. B. die Plünderung von Besitz während der Auflösung der Ghettos).⁵³ Theoretisch wurde von den Autoren der Meldungen und Berichte Objektivität verlangt, man untersagte ihnen sogar, eigene Ansichten oder Interpretationen aufzunehmen. Die Praxis war jedoch aus vielen Gründen eine andere. Zu Wort kamen die politischen Präferenzen der in den konspirativen Strukturen beschäftigten Personen.

⁵¹ Über Pommerellen: Bericht Nr. 5 (bis zum 15.5.1943), in: ebd., S. 145. Über Oberschlesien: Bericht über die Lage in den Westgebieten Nr. 6 (15.8.1943) sowie Bericht Nr. 8 (bis zum 31.10.1943), in: ebd., S. 229 u. 396. Über das Olsa-Gebiet: Bericht Nr. 6, in: ebd., 250. Über das „Bandenunwesen“ im Lodzer Land: Bericht Nr. 8 (bis 31.10.1943), in: ebd., S. 353, sowie Bericht Nr. 9 (bis 15.11.1943), in: ebd., S. 429.

⁵² ALEKSANDRA NAMYSŁO, Postawy mieszkańców rejencji katowickiej wobec ludności żydowskiej, in: Polacy i Żydzi (Anm. 3), S. 763–826; DOROTA SIEPRACKA, Stosunki polsko-żydowskie w Łodzi podczas okupacji niemieckiej, in: ebd., S. 691–762. Die Verfasserinnen haben deutsche Archivalien und Sekundärquellen (Narrative und Berichte aus der Nachkriegszeit) herangezogen.

⁵³ Vgl. z. B. NAMYSŁO, Postawy (Anm. 52), S. 784. Bei ihrer Beschreibung der Einstellung der „arischen“ Bevölkerung im Sosnowitzer Stadtteil Klein Schrödel zitiert sie nicht nur jüdische Berichte, sondern auch die Berichte der deutschen Bauverwaltung; ebd., S. 802.

Man kann deshalb die These aufstellen, dass diese Dokumente mehr über die Mentalität ihrer Verfasser als über die historische Realität aussagen. Aber waren die Ansichten der Mitarbeiter der Westsektion die Norm oder die Ausnahme? Andrzej Friszke hat bei seiner Analyse der Untergrundpresse darauf aufmerksam gemacht, wie unterschiedlich Urteile und Sprache der Presse von Heimatarmee und Regierungsvertretung in Bezug auf jüdische Fragen waren, und er führt dies auf die weltanschaulich-ideologischen Unterschiede zurück.⁵⁴ Die Mitarbeiter der Regierungsvertretung rekrutierten sich zu einem erheblichen Teil aus den rechten Kreisen. Ob dies auch in der Westsektion der Fall war, müsste noch untersucht werden.⁵⁵

Es wäre von großem Erkenntniswert, würde man auch die Materialien der Regierungsvertretung den Archivalien der Heimatarmee gegenüberstellen. Doch aufgrund der Lücken in der Quellenüberlieferung ist es schwer, einen solchen Vergleich in Hinblick auf die eingegliederten Gebiete durchzuführen – wir verfügen über keine BIP-Berichte aus den Heimatarmee-Bezirken der eingegliederten Gebiete für einen analogen Zeitraum.⁵⁶ Eine gewisse Hilfe könnten hier die Monatsberichte des BIP aus dem Warschauer Heimatarmee-Gebiet für 1943 darstellen, die fast vollständig erhalten sind. Aus ihnen geht hervor, dass sich das hier abzeichnende Bild der polnisch-jüdischen Beziehungen nicht grundsätzlich von dem unterscheidet, das in den Berichten der Westsektion zu Tage tritt.⁵⁷ Ähnlich fällt ein Vergleich der Berichte der Westsektion mit Heimatarmee-Materialien aus Białystok aus – in diesem Fall mit Meinungen des Kommandanten des dortigen Heimatarmee-Bezirks, der übrigens in seinen Urteilen radikaler ist als die Analytiker der Regierungsvertretung.⁵⁸

⁵⁴ ANDRZEJ FRISZKE, Publicystyka Polski Podziemnej wobec zagłady Żydów 1939–1944, in: Polska – Polacy – mniejszości narodowe, hg. v. EWA GRĘŚKOWIAK-LUCZYK, Wrocław u. a. 1992, S. 212.

⁵⁵ Bislang fehlt eine solche Analyse. Vgl. WALDEMAR GRABOWSKI, Polska Tajna Organizacja Cywilna, Warszawa 2003, S. 226–229.

⁵⁶ Ihre Aktivitäten wurden übrigens dadurch gelähmt, dass sie häufig aufflogen und es zu Verhaftungen kam, siehe GRZEGORZ MAZUR, Biuro Informacji i Propagandy SZP-ZWZ-AK 1939–1945, Warszawa 1987, S. 282.

⁵⁷ Ich habe dieses Problem in folgendem Text analysiert: Polska konspiracja wobec eksterminacji Żydów w dystrykcie warszawskim, in: Prowincja noc. Życie i zagłada Żydów w dystrykcie warszawskim, hg. v. BARBARA ENGELKING/ JACEK LEOCIAK/ DARIUSZ LIBIONKA, Warszawa 2007, S. 443–504.

⁵⁸ In einem Bericht der Westsektion ist zu lesen: „Unabhängig davon [...], ob die Methoden verurteilt werden, mit denen die jüdische Bevölkerung liquidiert worden ist, ist die polnische Gesellschaft antisemitisch eingestellt. Die Polen können es den Juden nicht verzeihen, dass sie während der bolschewistischen Besatzung eifrig mit den Sowjetbehörden zusammengearbeitet haben.“ Hervorgehoben wurde die Bedeutung der wirtschaftlichen

Wenn man diesen Gedankengang zusammenfasst, so ist zu sagen, dass die zivilen und militärischen Stellen des polnischen Untergrunds selbst am Ende der Ausrottung der Juden in den eingegliederten Gebieten ambivalent auf deren Schicksal reagierten. Auf der einen Seite wurden die deutschen Methoden verurteilt, auf der anderen Seite hingegen wurde die Zukunft der polnisch-jüdischen Beziehungen in dunklen Farben gemalt. Man kann darüber diskutieren, wie es dazu gekommen ist. Wie Krystyna Kersten schreibt,

„diente die Zurschaustellung von judenfeindlichen Einstellungen der Bevölkerung als Druckmittel auf die Regierung (von Władysław Sikorski, später von Stanisław Mikołajczyk), die verdächtigt wurden, mit ihrer Politik die Juden zu favorisieren. Man berief sich auf die Meinung der ‚Massen‘, der ‚Gesellschaft‘, der ‚Bevölkerung‘, der ‚Nation‘, um auf diese Weise seine Ansichten glaubhaft zu machen.“⁵⁹

Diese Tendenzen sind sehr deutlich in jenen Berichten der Westsektion der Regierungsvertretung zu erkennen, die an die Regierung Polens in London gingen. Doch in den wichtigsten programmatischen Dokumenten des polnischen Untergrundstaates überwogen ganz andere Tendenzen: die Probleme der nationalen Minderheiten sollten nach dem Krieg „nach dem bewährten Prinzip der Freiheit und der Gleichheit von Rechten und Pflichten“ gelöst werden. Ein solcher Vermerk fand sich in der Deklaration von vier Parteien, die am 15. August 1943 unterzeichnet wurde.

Die in diesem Text behandelten Fragen sind lediglich der Beginn zu tieferen und umfangreicheren Analysen der Art und Weise, wie mit dem deutschen Vorgehen gegen die Juden in den eingegliederten Gebieten umgegangen wurde. Nicht von mir behandelt wurden dabei zum Beispiel die Kontakte zwischen der Heimatarmee und dem jüdischen Untergrund in den Jahren 1942 und 1943.

Fragen und erwähnt, dass die Ängste vor einem Niedergang des Handels nach der Besetzung der Juden unbegründet gewesen seien, da die polnische Bevölkerung diesen Sektor mit Erfolg vereinnahmt habe; Bericht über die Lage in den Westgebieten, Nr. 9, 15.11.1943, S. 486. Im „Mścisław“-Bericht heißt es: „Das Fehlen der Juden im Handwerksbereich des Bezirks Bekasa [Kryptonym für den Bezirk Białystok – D. L.] ist eine wahre Wohltat und eine göttliche Gnade für die polnische Bevölkerung, die das auf diese Weise laut äußert. Die gleiche Hoffnung setzt die Bevölkerung auf den bereits heute von Polen beherrschten Handel“; AAN, AK, 203/XIV-1, Politischer Bericht für den Monat November 1943, 5.12.1943, Bl. 18.

⁵⁹ KRYSTYNA KERSTEN, Polacy, Żydzi, komunizm. Anatomia półprawd 1939–68, Warszawa 1992, S. 16 f.

GERHARD L. WEINBERG

DIE REAKTION DER ALLIIERTEN AUF DIE „ENDLÖSUNG“ IM OSTEN

Will man die Reaktion der Alliierten auf die Nachrichten über die systematische Ermordung der Juden untersuchen, muss man zunächst darüber sprechen, welche Art von Informationen sie erhielten und zu welchem Zeitpunkt. Die Informationen enthielten zwar gelegentlich Hinweise auf bestimmte Orte, an denen Massenmorde stattfanden, aber in der Regel war nicht ersichtlich, ob sie den Teil Polens betrafen, der während des Krieges von Deutschland annektiert war. Für gewöhnlich konnte man ihnen genaue geographische Angaben nur schwer oder gar nicht entnehmen. Auf jeden Fall reagierten die Alliierten auf die ihnen zugehenden Informationen für gewöhnlich nicht, indem sie den Hinweisen auf die Vorgänge in bestimmten Gebieten des von Deutschland beherrschten Europas nachgingen. Zwar bemühte sich das *War Refugee Board* in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs, Juden bei der Flucht über die Ostsee nach Schweden zu helfen. Aber dies war eine Ausnahme innerhalb der vorherrschenden Reaktionen in Bezug auf die „Endlösung“ insgesamt.

Heute weiß man, dass britische Nachrichtendienste abgefangene Mitteilungen von Einheiten der deutschen Sicherheitspolizei, die in den im Sommer 1941 besetzten Gebieten der Sowjetunion systematisch Juden ermordeten, entschlüsselten und korrekt analysierten. Diese regelmäßig übermittelten Berichte der Einheiten, die hinter der vorrückenden Wehrmacht operierten, enthielten üblicherweise Listen mit den Zahlen der in bestimmten Orten getöteten Juden. Bis September 1941 waren diejenigen, die die abgefangenen Berichte untersuchten, zu dem Schluss gelangt, dass es sich dabei um eine dezidierte deutsche Politik des Massenmords an Juden handele.¹ Als Winston Churchill in einer Rede im Herbst indirekt darauf hinwies, veranlasste dies die Deutschen, die Polizeieinheiten anzuweisen, ihre Berichte nicht mehr per Funk zu übermitteln. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte man in London das grundlegende deutsche Konzept bereits erkannt.

¹ RICHARD BREITMAN, Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert, München 1999, Kap. 4.

1941 oder Anfang 1942 informierte die britische Regierung zwar die Sowjetunion – die in den deutsch besetzten Gebieten vermutlich eigene Quellen besaß – über die abgefangenen Polizeiberichte, aber mit den Vereinigten Staaten teilte sie ihr Wissen erst 1983. 1996 wurden die amerikanischen Kopien der übersetzten Entschlüsselungen dann aus der Geheimhaltung entlassen und in den *National Archives* in College Park, Maryland, den Wissenschaftlern zugänglich gemacht. Die britische Regierung hatte überdies von der polnischen Exilregierung in London, die über viele Kontakte zum nationalistischen antideutschen Untergrund in Polen verfügte, bedeutende Informationen über die systematische Ermordung von Juden erhalten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt Informationen aus jüdischen Quellen sowie bis Dezember 1941 einige Berichte von ihrer Botschaft in Berlin, aber am klarsten wurde sie im Juli 1942 von dem deutschen Industriellen Eduard Schulte ins Bild gesetzt. Dessen Angaben bildeten die Grundlage des berühmten Riegner-Telegramms von August 1942, das die Vereinigten Staaten auf die systematische – im Gegensatz zur sporadischen – Ermordung von Juden im von Deutschland beherrschten Europa aufmerksam machte. Diese Information führte schließlich zur alliierten Erklärung vom 17. Dezember 1942, in der die systematische Ermordung von Juden öffentlich verurteilt und die im Januar 1942 gemachte, allgemeine Ankündigung bekräftigt wurde, dass die für Gräueltaten Verantwortlichen bei Kriegsende von den siegreichen Alliierten zur Rechenschaft gezogen würden.

Heute weiß man, wie Christopher Browning gezeigt hat, dass Schultes Bericht nicht, wie dieser selbst glaubte, Informationen über den Beginn der „Endlösung“ beinhaltete, sondern über 1942 ergriffene Maßnahmen, die den bereits seit einem Jahr in Gang befindlichen systematischen Mordvorgang beschleunigen sollten.² In Washington war dies damals nicht bekannt, da die früheren, genaueren und spezifischeren Informationen, über die London verfügte, nicht an die Vereinigten Staaten weitergegeben worden waren. Die amerikanischen Entschlüsselungsaktivitäten hatten überwiegend japanische Codes zum Gegenstand, während die Briten vor allem deutsche und italienische Codes bearbeiteten.³

² CHRISTOPHER R. BROWNING, Hitlers endgültige Entscheidung zur „Endlösung“? Riegners Telegramm in neuem Licht, in: DERS., Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998, S. 149–159.

³ Eine umfassende Darstellung des Abfangens und der Entschlüsselung von Mitteilungen über den Holocaust durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten findet sich in ROBERT HANYOK, Eavesdropping on Hell. Historical Guide to Western Communications Intelligence and the Holocaust, 1939–1945, Fort George Meade, Maryland 2005. Dieses vom Zentrum für die Geschichte der Kryptologie der *National Security Agency* veröffentlichte Buch ist dort auf Anfrage kostenlos erhältlich.

In welchem Ausmaß die sowjetische Regierung von den Massenmorden an Juden erfuhr, lässt sich heute noch nicht sagen. Die Berichte aus deutsch besetzten Gebieten, die nach Moskau gelangten, sind für Wissenschaftler bislang nicht zugänglich, und auch sowjetische Akten über den Einbruch in deutsche Codes, die von grundlegender Bedeutung für das hier behandelte Thema wären, können bis heute nicht eingesehen werden. Sowjetische Abhörstationen waren den deutschen Einheiten im Osten, die Funksprüche nach Berlin schickten, natürlich näher als westliche Stationen und daher weit besser in der Lage, den Funkverkehr ohne Störungen und Unterbrechungen zu empfangen. Doch was immer die Sowjets aus entschlüsselten Funksprüchen erfahren haben mögen, es ist in den Archiven der Russischen Föderation unter Verschluss. Man kann nur hoffen, dass diese Akten auf Mikrofilm aufgenommen werden, bevor sich die geringe Qualität des Kriegspapiers so weit verschlechtert hat, dass die Nachrichten unwiederbringlich verloren sind und von niemandem mehr untersucht werden können.

Sollten sich die russischen Behörden jemals entschließen, Informationen zum Thema freizugeben, wird es jedenfalls nur für die Wissenschaftler von Wert sein, die mehr Einzelheiten über den Holocaust erfahren möchten. Russische Untersuchungen über die Reaktion der Hauptalliierten auf die „Endlösung“ schlossen bisher die Sowjetunion als Gegenstand weitgehend aus, da das Sowjetregime die deutsche Politik gegenüber den Juden in Ideologie und Politik sowohl während als auch nach dem Krieg aus ihrem Blickfeld verbannt hatte. Die auf sowjetischem Territorium von den Deutschen ermordeten Juden wurden einfach durchweg als Sowjetbürger betrachtet, ohne zu erwähnen, dass sie getötet worden waren, weil sie Juden waren. Die offizielle ideologische Doktrin, dass der Faschismus eine extreme Form des Kapitalismus ohne eigenständige Ideologie sei, ließ keinen Raum für die zentrale Rolle, die der Antisemitismus tatsächlich in den Anschauungen und der Politik des nationalsozialistischen Deutschlands spielte. Noch in den fünfziger Jahren wurde Paul Merker, ein hoher Funktionär der Deutschen Demokratischen Republik, aus der herrschenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgeschlossen und ins Gefängnis geworfen, weil er den angeblich absurd Gedanken vertreten hatte, dass der Antisemitismus ein Hauptelement des Nationalsozialismus gewesen sei.⁴

Es sollte erwähnt werden, dass die polnische Exilregierung und die ihr ergebene Untergrundbewegung in Polen sowohl gelegentlich einzelnen Juden halfen als auch den Briten und Amerikanern Informationen über die

⁴ Zu Merker siehe JEFFREY HERF, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, passim, insbesondere S. 138–190.

Geschehnisse in Polen lieferten.⁵ Die Reaktion der Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten auf die Nachrichten über die „Endlösung“, die sie aus den genannten Quellen erhielten, oder, besser gesagt, ihre offensichtliche Untätigkeit muss im Kontext der Zeit gesehen werden. Was immer die Alliierten auch geplant haben mochten, es wurde durch das Verbot der Ausreise von Juden konterkariert, das die deutsche Regierung im Herbst 1941 erließ. Darüber hinaus taten die am Mordprogramm Beteiligten alles, um jegliches Rettungsvorhaben zu verhindern oder zu sabotieren. In den letzten Tagen des Krieges unternahmen zwar NS-Führer wie Walter Schellenberg bescheidene Versuche, einige der überlebenden Juden zu retten. Aber diese Versuche sollten entweder das Lager der Alliierten spalten oder einzelnen Nationalsozialisten nach der Niederlage eine nachsichtige Behandlung sichern – oder beides. In den Jahren, in denen die „Endlösung“ verwirklicht wurde, waren indessen Faktoren am wichtigsten, die aus der Kriegslage erwuchsen.

Während Militärhistoriker allzu oft den Zweiten Weltkrieg aus einem Kampf der Weltanschauungen in ein gefährliches Schachspiel ohne Ziel oder Zweck verwandeln, ignorieren Holocaustforscher häufig gerade die militärische Entwicklung des Krieges, welche ihre Kollegen so in ihren Bann schlägt. 1942 war das Jahr, in dem die systematische Ermordung von Juden zahlenmäßig den höchsten Stand erreichte. Es war auch das Jahr, in dem die westlichen Alliierten den Krieg zu verlieren schienen. In dramatischen, siegreichen Vorstößen eroberte Japan die britischen, amerikanischen und niederländischen Besitzungen in Südostasien und im Westpazifik. Die Invasion und die Eroberung von Australien und Neuseeland drohten, ebenso wie die Besetzung von Indien, das sich nach der Eroberung Burmas durch Japan am Rand eines Aufstands gegen Großbritannien befand. Und von dem winzigen japanisch besetzten Teil Alaskas aus waren zumindest theoretisch weitere Vorstöße möglich.

Der japanische Vormarsch konnte im Sommer 1942 zwar zum Stehen gebracht werden, und die Alliierten waren in der Lage, im zweiten Halbjahr auf den Solomon-Inseln und in Neuguinea Gegenangriffe zu starten, aber selbst diese begrenzten Operationen führten erst Anfang 1943 zu beschränkten lokalen Erfolgen. Zu oft wird übersehen, dass die Vereinigten Staaten, um diese Ergebnisse zu erzielen, gezwungen waren, von ihrer bevorzugten Strategie, Deutschland zuerst zu besiegen, abweichen mussten, indem sie im gesamten Jahr 1942 und in den ersten Monaten von 1943

⁵ Dieses Thema wird am besten in folgenden beiden Studien von David Engel dargestellt: DAVID ENGEL, *In the Shadow of Auschwitz. The Polish Government-in-Exile and the Jews, 1939–1942*, Chapel Hill, NC 1987; DAVID ENGEL, *Facing a Holocaust. The Polish Government-in-Exile and the Jews, 1943–1945*, Chapel Hill, NC 1993.

mehr Truppen in den Pazifik entsandten als auf den europäischen Kriegsschauplatz.

Auch der Landkrieg in Europa verlief 1942 für die westlichen Alliierten zumeist ungünstig. Abgesehen von Kommandounternehmen und der gescheiterten Landung in Dieppe gab es in Europa außerhalb von Großbritannien und Gibraltar keine britischen oder amerikanischen Truppen. In Nordafrika erlitten britische Truppen in Form der Kapitulation von Tobruk eine vernichtende Niederlage, und Ende Juli konnte der deutsche Vorstoß nach Ägypten nur mit Mühe aufgehalten werden. Diese Ereignisse führten erneut zu einer Umverteilung der militärischen Kräfte der Vereinigten Staaten: Die auf dem chinesisch-indisch-burmesischen Kriegsschauplatz aufgebaute Luftwaffe wurde in den Nahen Osten verlegt, und die erste amerikanische Panzerdivision, die gerade aufgestellt wurde, musste ihre Panzer abgeben, damit sie den britischen Truppen in der nordafrikanischen Wüste zu Hilfe geschickt werden konnten. Auch auf diesem Kriegsschauplatz konnten die Alliierten wie im Pazifik begrenzte Offensiven ausführen. Ende Oktober wurde ein Angriff auf El Alamein gestartet, der die Truppen der Achse in der Folgezeit aus Ägypten vertreiben sollte, und Anfang November 1942 landeten amerikanische und britische Truppen in Französisch-Nordafrika. Durch diese Operationen konnten zwar die Juden im Nahen Osten und in Nordwestafrika vor dem deutschen Mordprogramm geschützt werden, aber es war kaum zu erwarten, dass sie Auswirkungen auf die Ermordung der Juden im deutsch besetzten Polen haben würden, die damals, an den Zahlen der Getöteten gemessen, ihr größtes Ausmaß erreicht hatte.

Im Luftkrieg hatten die Briten gelernt, dass ihre bisherigen Bombenangriffe unwirksam gewesen waren, weil die damals verfügbaren technischen Mittel, um bestimmte Ziele aus der Luft zu finden und zu treffen, einfach nicht funktionierten. Deshalb griffen sie ab Anfang 1942 zu jener Art von nächtlichen Brand- und Flächenbombardierungen, die sie früher im Krieg selbst von Seiten der Deutschen erlebt hatten. Als die *Royal Air Force* begann, dies in großem Umfang umzusetzen, waren die Vereinigten Staaten noch nicht in der Lage, sich überhaupt am Luftkrieg in Europa zu beteiligen. Erst ab 1943 sollten sie eine bedeutende Rolle in der so genannten kombinierten Bomberoffensive gegen Deutschland spielen.

Auf den Weltmeeren befanden sich die Alliierten während des gesamten Jahres 1942 und bis zum Herbst 1943 in der Defensive. Monat für Monat verloren sie mehr Schiffe, als sie nachbauen konnten; ändern sollte sich dies erst im September und Oktober 1943.⁶ Bis dahin wurden alle briti-

⁶ Die Funksaufklärung und ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg, hg. v. JÜRGEN ROHWER/EBERHARD JÄCKEL, Stuttgart 1979, S. 165.

schen und amerikanischen Pläne und Vorhaben durch die militärische Lage behindert. Es überrascht daher nicht, dass bei dem Treffen der politischen Führer Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Januar 1943 in Casablanca dem Kampf gegen die deutschen U-Boote oberste Priorität bei allen alliierten Operationen in jenem Jahr eingeräumt wurde. Es gab Pläne für eine Landung auf Sizilien und vielleicht in Italien, doch da es den Alliierten im November und Dezember 1942 nicht gelungen war, ganz Tunesien zu erobern, stand zum Zeitpunkt der Konferenz von Casablanca fest, dass man nicht, wie gehofft, 1943 in Nordwesteuropa würde landen können. Zuerst würde man den Feldzug in Nordafrika beenden müssen, und anschließend würde man nicht mehr genug Zeit haben, um die Kräfte für eine Invasion über den Ärmelkanal nach England zu verlegen. Dies würde bis 1944 warten müssen.

In Casablanca traten Churchill und Franklin D. Roosevelt auch mit einer Politik an die Öffentlichkeit, auf die sie sich bereits früher im Krieg geeinigt hatten, die sie aus diplomatischen Gründen aber erst jetzt bekannt machten: die Forderung der bedingungslosen Kapitulation. Diese Politik hatte Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten der Alliierten in Bezug auf die „Endlösung“.

Zwischen den Kriegführenden gab es, wie kaum anders zu erwarten, nur wenige diplomatische Kontakte, die solch spezifische, unmittelbar drängende Fragen betrafen wie den Austausch von Diplomaten und anderen Internierten, den Austausch von schwer verwundeten Soldaten oder Lebensmittellieferungen nach Griechenland. Verhandlungen über wichtige politische Themen – und die deutsche Prioritätssetzung zur Ermordung der Juden gehörte sicherlich zu diesen Themen – konnte es jedoch nicht geben. Und wie Shlomo Aronson in seinem jüngsten Buch gezeigt hat, waren sämtliche Kontakte, die 1944 während der Ermordung eines großen Teils der ungarischen Juden zu deren Rettung geknüpft wurden, von Anfang an durch die Tätigkeit von Doppelagenten und Hintergedanken auf deutscher Seite geprägt.⁷ Öffentliche Proteste und Drohungen, insbesondere von Seiten der US-Regierung, veranlassten Admiral Miklós Horthy, die Deportationen in die Vernichtungslager im Juli 1944 vorübergehend zu stoppen, aber die Schlüsselrolle bei der Verhinderung der Deportation der in Budapest verbliebenen Juden sollte von alliierter Seite die Rote Armee spielen, indem sie im Winter die Stadt umzingelte.

⁷ SHLOMO ARONSON, Hitler, the Allies, and the Jews, New York 2004. Eine frühere Untersuchung, die allerdings vor der Öffnung wichtiger britischer und amerikanischer Akten verfasst wurde, ist: YEHUDA BAUER, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt/M. 1996. Vgl. GOTZ ALY/CHRISTIAN GERLACH, Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945, Stuttgart 2002 [Anm. d. Hg.].

Der Entschluss, gegen Deutschland (sowie Italien und Japan) bis zur bedingungslosen Kapitulation zu kämpfen, war weitgehend von der Ansicht bestimmt, dass es sich als Fehler herausgestellt habe, Deutschland 1918 einen Waffenstillstand zu ermöglichen. Diesmal würde es keine Verhandlungen geben, auf die sich deutsche Führer später beziehen könnten, um zu behaupten, Deutschland sei nicht wirklich besiegt worden, oder den Siegern vorzuwerfen, sie hätten die Bedingungen des Waffenstillstands nicht eingehalten. Der Gedanke an die Möglichkeit eines dritten Weltkriegs war in den Überlegungen der westlichen Staatsmänner im Zweiten Weltkrieg stets präsent.

Ein wesentlicher Faktor war zudem, dass die rasche Erholung Deutschlands nach der Niederlage von 1918 alle alliierten Führer enorm beeindruckt – und beunruhigt – hatte. Diesmal sollten Deutschland und seine Verbündeten vernichtend geschlagen werden. Das bedeutete, dass den Verbrechen, wie die Ermordung von Juden, Geiselserschießungen und die Zerstörung von Städten und Dörfern, und den anderen Manifestationen der angeblichen kulturellen Überlegenheit Deutschlands über alle anderen Völker durch dessen totale Niederlage ein Ende gesetzt werden würde, der die vollständige Besetzung und die Bestrafung der Übeltäter folgen würde. Vor dem alliierten Sieg würde man die erwähnten öffentlichen Warnungen aussprechen. Als ein Ergebnis der Konferenz der alliierten Außenminister in Moskau im Oktober 1943 wurde eine konkretere Verlautbarung mit der Ankündigung von Gerichtsverfahren gegen diejenigen, die man als Kriegsverbrecher anklagen würde, herausgegeben. Das war praktisch alles, was man öffentlich tun konnte, um die Mörder von ihrem Tun abzubringen.

Noch ein weiterer Aspekt der Militärpolitik der westlichen Alliierten muss kurz erwähnt werden. Vom deutschen Angriff auf die Sowjetunion bis 1945 unternahmen sowohl Großbritannien als auch die Vereinigten Staaten große Anstrengungen, um die Sowjets mit Hilfslieferungen zu unterstützen. Ohne hier näher auf die Frage nach der Bedeutung dieser Unterstützung für die sowjetische Kriegsführung einzugehen, ist hinsichtlich der „Endlösung“ und der Reaktion auf sie festzustellen, dass die Hilfslieferungen der Sowjetunion dabei halfen, das deutsche Mordprogramm geographisch zu begrenzen.

Vor allem versetzten sie die Rote Armee in die Lage, gegen den Angreifer zu kämpfen und so zu verhindern, dass den Deutschen noch mehr sowjetische Juden in die Hände fielen, die sie ermorden konnten. Zum Zweiten trugen die Hilfslieferungen dazu bei, dass die sowjetischen Streitkräfte die Deutschen davon abhalten konnten, über die Pässe des Kaukasus in den Nahen Osten vorzudringen und die in diesem Teil der Welt lebenden Juden zu ermorden, wie Hitler persönlich es dem Großmufti von Jerusalem im November 1941 versprochen hatte, als der deutsche Diktator zuversicht-

lich mit solch einer Entwicklung der Kämpfe an der Ostfront gerechnet hatte.⁸

Zunächst wollen wir uns jedoch der konkreten Politik der britischen Regierung in Bezug auf die „Endlösung“, über die sie, wie erwähnt, sehr gut Bescheid wusste, zuwenden. Im Winter 1938/39 hatte sie ihre Politik sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber den Arabern revidiert. Die erfolglosen Versuche, Deutschland durch Beschwichtigungspolitik in eine europäische Friedensordnung einzubinden, hatten der Erwartung Platz gemacht, dass ein Krieg mit dem nach der Herrschaft über Europa und die Welt strebenden Deutschland wahrscheinlich war. Infolgedessen hatte man einen erheblichen Ausbau der Streitkräfte beschlossen, der zum ersten Mal in Friedenszeiten die Einführung der Wehrpflicht erforderlich machte. Im Zusammenhang mit unserem Thema ist wichtig, dass der Aufbau einer großen Armee auch die Rückkehr von aktiven britischen Truppen aus dem damals bedeutendsten Einsatzgebiet nötig machte, damit deren Offiziere und Unteroffiziere an der Vergrößerung der winzigen britischen Heimatarmee mitwirken konnten.

Die größte Truppenkonzentration befand sich damals zur Niederhaltung der Araber im palästinensischen Mandatsgebiet. Der Wechsel von Beschwichtigung zu Konfrontation in Europa zog einen Wechsel von Konfrontation zu Beschwichtigung im Nahen Osten nach sich. Letzterer wurde zudem von der Erkenntnis beschleunigt, dass man im Falle eines Krieges gegen Deutschland in großem Umfang Rekruten in Indien anwerben müsse, bei denen es sich wahrscheinlich überwiegend um Moslems handeln würde.

Während die britische Regierung bereit war, eine verstärkte Einwanderung von Juden nach Großbritannien selbst zuzulassen, und diese Politik – als einziges Land – nach dem Pogrom im November 1938 in Deutschland auch umsetzte, bedeutete die Beschwichtigung der Araber, dass die Einwanderung nach Palästina begrenzt werden musste. Da diese Politik jedoch mit den persönlichen Präferenzen der meisten Beamten des britischen Außenministeriums und des Kolonialministeriums übereinstimmte, sollte sie trotz der teilweise entgegengesetzten Auffassung von Churchill, der Neville Chamberlain im Mai 1940 als Premierminister abgelöst hatte, überaus rigide ausgeführt werden. Als Befürworter der Schaffung eines jüdischen Staats in Palästina war der neue britische Regierungschef über die illegale Einwanderung von Juden in das Mandatsgebiet weit weniger beunruhigt als andere Vertreter von Regierung und Militär. Aber die Haltung der arabischen Welt und der moslemischen Soldaten in der indischen Armee kümmerte ihn genauso wie sie.

⁸ ADAP, Serie D (1937–1945), Bd. 13.2, Göttingen 1970, S. 718–721, Dok. 515.

In der Praxis bedeutete die grundlegende Neuausrichtung der britischen Politik im Winter 1938/39, dass Großbritannien auf zweierlei Weise auf die systematische Ermordung der Juden reagierte. Zum einen wollte man kämpfen, bis Deutschland besiegt und folglich sein Mordprogramm gestoppt wäre. Zum anderen sorgte man durch die Bereitstellung beträchtlicher militärischer Kräfte in Nordafrika dafür, dass die britische Armee – einschließlich einer großen Zahl moslemischer Soldaten aus Indien – die deutschen und italienischen Truppen daran hinderte, Palästina und andere Teile des Nahen Ostens zu erobern. Auf diese Weise wurde der deutsche Plan vereitelt, alle dort lebenden Juden zu ermorden.⁹ Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass es zur damaligen Zeit neben der halben Million Juden im palästinensischen Mandatsgebiet auch in Ägypten, Syrien, im Libanon, im Irak sowie im Protektorat Aden große jüdische Gemeinden gab.

Wenden wir uns jetzt den Vereinigten Staaten zu. Dort war das 1924 verabschiedete Einwanderungsgesetz der entscheidende Faktor. Es sollte speziell dem Zweck dienen, einer großen Zahl von potentiellen Einwanderern aus Ost- und Südeuropa – einschließlich vieler Juden – wie denjenigen, die zwischen 1880 und 1914 ins Land gekommen waren, den Zuzug zu verwehren. Das neue Gesetz war von dem einzigen Politiker empfohlen und unterzeichnet worden, der Roosevelt jemals in einer Wahl geschlagen hatte: Calvin Coolidge, der 1920 republikanischer Kandidat für die Vizepräsidentschaft gewesen war, als sich Roosevelt für die Demokraten um dasselbe Amt bewarb. Eine der wenigen Maßnahmen, die Coolidges Nachfolger als Präsident, Herbert Hoover, zur Bekämpfung der Großen Depression ergriff, bestand darin, auf der strengsten Anwendung des Einwanderungsgesetzes zu bestehen. Roosevelt rückte davon ab, aber es war klar, dass jeder Versuch, das Gesetz während der Wirtschaftskrise zu ändern, nicht zu einer Lockerung, sondern zu restriktiveren Bestimmungen führen würde. Als Roosevelt während des Krieges das Gesetz umging, indem er die Befugnis des Präsidenten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Kriegsgefangene vorübergehend ins Land zu bringen, auf Flüchtlinge ausdehnte, erscholl sofort der Ruf nach einem Amtsenthebungsverfahren. Nachdem die ersten Tausend temporären Einwanderer in einem Lager bei Oswego im Bundesstaat New York eingetroffen waren, gab Roosevelt diese List, seine präsidialen Befugnisse zur Umgehung des Einwanderungsgesetzes zu nutzen, auf, und der Ruf nach seiner Amtsenthebung verstummte.

Als Roosevelt immer mehr Informationen über die „Endlösung“ erhielt, einschließlich eines persönlichen Berichts des Boten des polnischen Unter-

⁹ Vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ MARTIN CÜPPERS, Halbmond und Hakenkreuz, Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2006.

grundes Jan Karski¹⁰ am 28. Juli 1943, beauftragte er seinen Freund, Nachbarn und Finanzminister Henry Morgenthau, sich zusammen mit Beamten seines Ministeriums mit der Flüchtlingsfrage zu beschäftigen. Das Ergebnis war die Verordnung vom 12. Januar 1944, durch die das *War Refugee Board* gegründet wurde. Eine wichtige Folge dieses Schrittes war, dass sowohl die verbliebenen Neutralen als auch Vertreter des NS-Regimes, die an der deutschen Siegeschance zu zweifeln begannen, darauf aufmerksam gemacht wurden, dass zumindest ein großer Alliierter ein politisches Interesse am Schicksal der europäischen Juden hatte.¹¹

Zu oft wird vergessen, dass Rettungsanstrengungen wie die von Raoul Wallenberg 1944 in Ungarn vom *War Refugee Board* finanziert wurden. Ironischerweise war die amerikanische Finanzierung seiner Arbeit wahrscheinlich einer der Hauptgründe, weshalb die Sowjets ihn verhafteten und als amerikanischen Spion hinrichteten. Das *War Refugee Board* konnte einige kleinere Erfolge an anderen Orten verbuchen, befand sich aber nie in der Position, das amerikanische Einwanderungsgesetz zu ändern, denn das konnte nur der Kongress.

Hier ist nicht der Ort, um im Einzelnen auf die Argumente für und wider die Bombardierung von Auschwitz und der in das Vernichtungslager führenden Eisenbahnstrecken einzugehen.¹² Es muss genügen, wenn ich feststelle, dass nach meiner Ansicht eine Bombardierung in der Praxis keine nennenswerten Auswirkungen gehabt hätte, obwohl der Abwurf einer Bombenattrappe gezeigt hätte, dass die Alliierten wussten und verurteilten, was dort vor sich ging. Die wichtigste Reaktion der westlichen Alliierten auf die „Endlösung“ blieb ihr Bestreben, Deutschland vernichtend zu besiegen und auf diese Weise zuerst geographisch und dann auch militärisch der systematischen Ermordung von Juden, welche die Deutschen bis in die letzten Kriegstage fortsetzten, ein Ende zu setzen.¹³

¹⁰ Vgl. E. THOMAS WOOD/ STANISLAW M. JANKOWSKI, Jan Karski. Einer gegen den Holocaust: Als Kurier in geheimer Mission, Gerlingen 1997 [Anm. d. Hg.].

¹¹ Eine gute Zusammenfassung findet sich in: RICHARD BREITMAN, American Policy, in: The Holocaust Encyclopedia, hg. v. WALTER LAQUEUR, New Haven, CT 2001, S. 13–16.

¹² Vgl. The Bombing of Auschwitz. Should the Allies Have Attempted It?, hg. v. MICHAEL NEUFELD/ MICHAEL BERENBAUM, New York 2001, darin GERALD L. WEINBERG, The Allies and the Holocaust, S. 15–26.

¹³ Ausführlich dargestellt wird die amerikanische Reaktion auf die „Endlösung“ in: ROBERT N. ROSEN, Saving the Jews. Franklin D. Roosevelt and the Holocaust, New York 2006.

ANHANG



- - - Deutsch-polnische Staatsgrenze 1939
- Verwaltungsgrenze zwischen General-Gouvernement, Bezirk Białystok und den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine
- - - Grenzen des General-Gouvernements
- Distriktgrenzen im General-Gouvernement

Deutsche Besatzungsgrenzen in Polen 1939–1945. Karte: Edward Fracki

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AAN	Archiwum Akt Nowych w Warszawie
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes
abgedr.	abgedruckt
Abtl.	Abteilung
AGB	Archiv der Gedenkstätte Buchenwald
AIPN	Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie
AIPNP	Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Poznaniu
AIPNL	Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Łodzi
AIZ	Archiwum Instytutu Zachodniego w Poznaniu
AJDC	American Jewish Joint Distribution Committee
AK	Armia Krajowa [Heimatarmee]
A.K.	Armeekorps
AMMŻ	Archiwum Muzeum Martyrologicznego w Żabikowie
AOK	Armeeoberkommando
APK	Archiwum Państwowe w Katowicach
APŁ	Archiwum Państwowe w Łodzi
APMO	Archiwum Państwowe Muzeum Auschwitz-Birkenau w Oświęcimiu
APMS	Archiwum Państwowe Muzeum Stutthof w Sztutowie
APP	Archiwum Państwowe w Poznaniu
APPi	Archiwum Państwowe w Pile
AWBBH	Archiwum Wojskowego Biura Badań Historycznych
AŽIH	Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego w Warszawie
BAB	Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde
BAL	Bundesarchiv-Außenstelle Ludwigsburg
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg/B.
BA-ZA	Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten
BBC	British Broadcasting Corporation
Bd.	Band
BDC	Berlin Document Center
BdO	Befehlshaber der Ordnungspolizei
betr.	betreffend
BGKBZHwP	Bulletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce
BIP	Biuro Informacji i Propagandy Komendy Głównej AK [Büro für Information und Propaganda des Oberkommandos der Heimatarmee]
Bl.	Blatt
BOKBZHwŁ	Bulletyn Okręgowej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Łodzi
Bund	Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund
BŽIH	Bulletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego

CAW	Centralne Archiwum Wojskowe w Warszawie
CdS	Chef der Sicherheitspolizei
CdZ	Chef der Zivilverwaltung
CEH	Central European History
DAF	Deutsche Arbeitsfront
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
dt. Ausgabe	deutsche Ausgabe
dto.	dito/gesagt
ebd.	ebenda
EWZ	Einwandererzentralstelle
GAK	Grenzabschnittskommando
GARF	Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacij v Moskve
GD	Gebirgsdivision
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Generalgouvernement
GJR	Gebirgsjägerregiment
GSR	German Studies Review
GULag	Gławnoe Uprawlenije Isprawitelno-trudowych Lagerej i kolonij [Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager]
GV	Ghettoverwaltung
HGR	Heeresgruppe
HGS	Holocaust and Genocide Studies
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
HStAD	Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
ID	Infanteriedivision
IdO	Inspekteur der Ordnungspolizei
IdS	Inspekteur der Sicherheitspolizei
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München
IKL	Inspektion der Konzentrationslager
IMG	Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14.11.1945–1.10.1946, Bd. 1–42, Nürnberg 1947
IR	Infanterieregiment
KdG	Kommandeur der Gendarmerie
KL	Konzentrationslager
Kripo	Kriminalpolizei
KTB	Kriegstagebuch
KVK	Kriegsverdienstkreuz
LG	Landgericht
NAK	UK National Archives Kew
NARA US	National Archives and Records Administration College Park, Maryland
NS	Nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OB	Oberbefehlshaber

OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
ORegRat	Oberregierungsrat
OStaw	Oberstaatsanwaltschaft
PiS	Pamięć i Sprawiedliwość
PPS	Polska Partia Socjalistyczna [Polnische Sozialistische Partei]
PSŻ	Przełożony Starszeństwa Żydów [Vorsteher des jüdischen Ältestenrates, Vorsteher des Judenältesten]
RegPräs	Regierungspräsident
RFSS	Reichsführer SS
RKF	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RM	Reichsmark
RP	Rzeczpospolita Polska [Republik Polen]
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
SgL	Sondergericht Litzmannstadt
Sipo	Sicherheitspolizei
SS	Schutzstaffel
SS-FHA	SS-Führungshauptamt
SSO	SS-Offiziersakte
SSPF	SS- und Polizeiführer
Stapo	Staatspolizei
stellv.	stellvertretend
T4	„Euthanasieaktion“ T4
Tgb. Nr.	Tagebuchnummer
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
undat.	undatiert
unpag.	unpaginiert
UWZ	Umwandererzentrale
Vern.	Vernehmung
VfZ	Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte
WVHA	SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt
YVA	Yad Vashem Archives Jerusalem
YVS	Yad Vashem Studies
zit.	zitiert
z. Hd.	zu Händen
z. Zt.	zur Zeit
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ŻOB	Żydowska Organizacja Bojowa [Jüdische Kampforganisation]
ZWZ	Związek Walki Zbrojnej [Verband für den bewaffneten Kampf]

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

MICHAEL ALBERTI, Dr. phil., ehem. Stipendiat des Deutschen Historischen Instituts Warschau, heute Mitarbeiter beim Bayerischen Rundfunk München. Veröffentlichungen u. a.: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006.

JULIAN BARANOWSKI († 2009), M.A., Oberkustos des Staatsarchivs Łódź. Veröffentlichungen u. a.: Żydzi wiedźmcy w getcie łódzkim 1941–1944, Łódź 2004; Zigeunerlager in Litzmannstadt 1941–1942 / The Gypsy camp in Łódź 1941–1942, Łódź 2003; Łódzkie Getto 1940–1944 / The Łódź Ghetto 1940–1944. Vademeum, Łódź 1999.

SARA BENDER, Dr. phil., Associate Professor am Department of Jewish History der Universität Haifa. Veröffentlichungen u. a.: The Jews of Bialystok during World War II and the Holocaust, Brandeis 2008; The encyclopedia of the righteous among the nations. Rescuers of Jews during the Holocaust, Teil: Poland, Jerusalem 2004.

JOCHEN BÖHLER, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau. Veröffentlichungen u. a.: Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen, Frankfurt/M. 2009; (zus. mit KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ JÜRGEN MATTHÄUS) Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008; Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt/M. 2006.

WACŁAW DŁUGOBORSKI, Prof. Dr. phil., Kurator für Forschungsfragen am Museum Auschwitz-Birkenau in Oświęcim. Veröffentlichungen u. a.: (Hg.) Sinti und Roma im KL Auschwitz-Birkenau 1943–1944. Vor dem Hintergrund ihrer Verfolgung unter der Naziherrschaft, Oświęcim 1998; (Hg., zus. mit ANDRZEJ SZEFER) Położenie ludności w rejencji katowickiej w latach 1939–1945, Poznań 1983; Die deutsche Besatzungspolitik und die Veränderungen der sozialen Struktur Polens 1939–1945, Göttingen 1981.

DANUTA DRYWA, Dr. phil., Historikerin, Leiterin der Archivabteilung im Museum Stutthof in Sztutowo; Veröffentlichung u. a.: The Extermination of Jews in Stutthof Concentration Camp, Gdańsk 2004.

JAN GRABOWSKI, Prof. Dr. phil., Full Professor am Department of History der University of Ottawa; Veröffentlichungen u. a.: German Anti-Jewish Propaganda in the Generalgouvernement, 1939–1945. Inciting Hate through Posters, Films, and Exhibitions, in: HGS 23 (2009), Nr. 3, S. 381–412; Rescue for Money. ‘Paid Helpers’ in Poland, 1939–1945, Jerusalem 2008; Jewish defendants in German and Polish courts in the Warsaw District 1939–1942, in: YVS 35 (2007), S. 49–80. Holocaust in Northern Mazovia (Poland) in the Light of the Archives of Ciechanów Gestapo, in: HGS 18 (2004), Nr. 3, S. 460–477.

RYSZARD KACZMAREK, Prof. Dr. phil., Leiter der Forschungsstelle für Schlesische Geschichte am Historischen Seminar der Schlesischen Universität in Katowice; Veröffentlichungen u. a.: Górnny Śląsk podczas II wojny światowej. Między utopią „niemieckiej wspólnoty narodowej“ a rzeczywistością okupacji na terenach wcielonych do Trzeciej Rzeszy, Katowice 2006; Alzacja/Lotaryngia a Górnny Śląsk. Dwa regiony pogranicza 1648–2001, Katowice 2001; Pod rządami gauleiterów. Elity niemieckie w rejencji katowickiej 1939–1945, Katowice 1998.

PETER KLEIN, Dr. phil., Mitarbeiter der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. Veröffentlichungen u. a.: Die „Gettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940–1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009; (zus. mit ANDREJ ANGRICK) Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944, Darmstadt 2006; (Hg., zus. mit ANDREJ ANGRICK) Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997.

DARIUSZ LIBIONKA, Dr. phil., Historiker, Leiter der wissenschaftlichen Abteilung im Staatsmuseum Majdanek in Lublin. Veröffentlichungen u. a.: (Hg., zus. mit BARBARA ENGELKING) Żydzi w powstańczej Warszawie, Warszawa 2009; (Hg., zus. mit WOJCIECH LENARCZYK) Erntefest 3–4 listopada 1943. Zapomniany epizod Zagłady, Lublin 2009; (Hg., zus. mit BARBARA ENGELKING, JACEK LEOCIAK) Prowincja noc. Życie i zagłada w dystrykcie warszawskim, Warszawa 2007.

PETER LONGERICH, Prof. Dr. phil., Universität London, Royal Holloway and Bedford New College. Veröffentlichungen u. a.: Heinrich Himmler: Eine Biographie, München 2008; „Davon haben wir nichts gewusst!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006; Politik der

Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München u. a. 1998.

KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Prof. Dr. phil., wissenschaftlicher Leiter der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart. Veröffentlichungen u. a.: (Hg., zus. mit ANDREJ ANGRICK) Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen, Darmstadt 2009; (zus. mit JOCHEN BÖHLER/ JÜRGEN MATTHÄUS) Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008; (zus. mit MARTIN CÜPPERS) Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2006.

DAN MICHMAN, Prof. Dr. phil., Chefhistoriker des International Institute for Holocaust Research an der Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem. Veröffentlichungen u. a.: Die Angst vor den „Ostjuden“. Zur Entstehung und Bedeutung der Ghettos in der Shoah, Frankfurt/M. 2010; The encyclopedia of the righteous among the nations. Rescuers of Jews during the Holocaust, Teil: Belgium, Jerusalem 2005; Die Historiographie der Shoah aus jüdischer Sicht. Konzeptualisierungen, Terminologie, Anschauungen, Grundfragen, Hamburg 2002.

JACEK ANDRZEJ MLYNARCZYK, Dr. phil., Historiker, freier wissenschaftlicher Mitarbeiter des Museums der Geschichte Polens in Warschau, entwickelt derzeit die Dauerausstellung „Polen im Zweiten Weltkrieg“; Veröffentlichungen u. a.: (Hg.) Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009; Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Darmstadt 2007; (Hg., zus. mit SEBASTIAN PIĄTKOWSKI) Cena poświęcenia. Zbrodnie na Polakach za pomoc udzielaną Żydom w rejonie Ciepielowa, Kraków 2007.

ALEKSANDRA NAMYSŁO, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut des Nationalen Gedenkens, Außenstelle Kattowitz; Veröffentlichungen u. a.: (Hg.) „Kto w takich czasach Żydów przechowuje...?“ Polacy niosący pomoc ludności żydowskiej w okresie okupacji niemieckiej, Warszawa 2009; (Hg.) Zagłada Żydów na polskich terenach wcielonych do Rzeszy, Warszawa 2008; (Hg.) Zagłada Żydów Zagłębiowskich, Będzin 2004.

KARIN ORTH, Dr. phil., Historikerin am Historischen Seminar der Universität Freiburg. Veröffentlichungen u. a.: (Hg., zus. mit WILLI OBERKROME) Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010; Die

Konzentrationslager-SS. Sozialstrukturelle Analysen und biographische Studien, Göttingen 2000; (Hg., zus. mit ULRICH HERBERT/ CHRISTOPH DIECKMANN) Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999; Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, 2 Bde., Göttingen 1998.

DOROTA SIEPRACKA, M.A., Historikerin, Łódź, Dissertationsprojekt zu den polnisch-jüdischen Beziehungen im Warthegau.

GERHARD L. WEINBERG, Dr. phil., Jr. Professor Emeritus of history an der Universität von North Carolina, Chapel Hill. Veröffentlichungen u. a.: Visions of victory. The hopes of eight World War II leaders, Cambridge 2005; Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995; (Hg.) Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, Stuttgart 1961.

ANNA ZIÓŁKOWSKA, Dr. phil., Historikerin; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gedenkstätte/ Museum Żabikowo; Veröffentlichungen u. a.: (Hg.) EWARYST NAWROWSKI (1875–1948), W szponach gestapo. Urywki z moich przeżyć w obozie Fort VII (Übergangslager S.S. Posen), Poznań 2008; Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej 1941–1943, Poznań 2005.

PERSONENREGISTER*

- Aaronson, Jehoszua 200
Abetz, Otto 67
Achtenberg, Oskar 194
Albert, Karl-Wilhelm 123, 129, 353
Alberti, Michael 43, 211, 229, 235
Allen, Michael Thad 138
Aly, Götz 24, 63
Angrick, Andrej 162
Anielewicz, Mordechaj 320, 326, 335,
 336, 340
Arad, Yitzhak 51, 247
Arendt, Hannah 169, 302
Aronowicz, Idel 352
Aronson, Shlomo 394

Baatz, Bernhard 152
Bach, Robert 134
Badowski, M. 196
Baeck, Leo 321
Baranowski, Hermann 263
Baranowski, Julian 235
Barański, F. 195
Barasz, Efraim 312, 341, 343
Baruch, Dawid 354
Bauer, Yehuda 330
Baur, Heidrun 143
Bednarz, Władysław 204
Behm, Alfred 211
Ber, Artur 105, 109, 110
Ber, Irena 105
Berendt, Grzegorz 230
Berger, Johannes 140
Bethmann Hollweg, Theobald von 226
Białowąs, Teofil 282
Biberstein, Marek 316
Biebow, Hans 40, 131, 132, 140, 156,
 182, 191, 192, 210, 212-215, 235,
 304-306
Biebow, Hedwig 305

Bischoff, Helmut 158, 195, 202
Blaskowitz, Johannes 95
Blobel, Paul 162
Bniński, Adolf 382
Boehm, Władysław 326
Bogaty (Mitgl. Judenrat Ploehnen) 109
Bogen, Ben-Zion 108
Böhler, Jochen 143
Bojm, Karola 319
Borensztajn, Hanka 319
Borkowski, Leon 180
Bormann, Martin 255-258
Boroslawski, Abraham 213
Bothmann, Hans 162, 163, 166, 206
Böttcher, Viktor 128
Bracht, Fritz 61, 63
Brack, Viktor 44, 53, 54
Bradfisch, Otto 139, 150, 151
Bragenheim, Erich 192
Brajtbart (Familie) 360
Brandes, Cwi 319, 320
Brandhuber, Jerzy 238
Brandt, Georg 92, 93
Brandt, Rudolf 44, 217
Brauchitsch, Walter von 94-96
Brechner, Samuel 325
Bronowski, Samuel 199, 361
Browning, Christopher 138, 169, 172,
 174, 234, 240, 241, 390
Brunke, Friedrich 195
Brzeski, Mair 326
Buchardt, Friedrich 153
Buchheim, Hans 254
Bürckel, Josef 58, 67-69, 74
Burckhardt, Carl 34
Burckhardt, Hans 43
Burmeister, Walter 43, 44, 46, 158,
 160, 204
Bursztyn (Jude im Ghetto Mielau) 107

* Anonymisierte Personenangaben sind nicht berücksichtigt.

- Chamberlain, Neville 396
 Chmielnicka, Anna 85
 Chmielnicka, Cecylia 324
 Churchill, Winston 389, 394, 396
 Cieślak-Szotem, Lucyna 352
 Coolidge, Calvin 397
 Coradello, Aldo 289
 Cüppers, Martin 143
 Cybulski, Bogdan 230
 Cykiert, Abraham 304
 Cyberman, Jan 319
 Czarna, Fanny 311, 313, 315, 316,
 327
 Czarna, Gida 324
 Czech, Danuta 232, 241-243, 245,
 249
 Czerniaków, Adam 316
 Czupryński, Józef 160
- Dahlerus, Birger 225
 Damzog, Ernst 151, 152, 158, 161
 Datner, Szymon 220, 244, 246-248
 Davidsohn, Menach 106
 Deumling, Joachim 152
 Diamand, Israel 319
 Diamant, Henryk 324
 Djuk, Maria 213
 Długoleński, Kazimierz 114
 Dolezalek, Alexander 136
 Dominikowski, Leon 358
 Dreier, Hans 311, 315
 Drywa, Danuta 230
 Drzewiecki, Piotr 287, 297
 Duński, Cwi 322, 323
- Ebstein, Julius 192
 Edelman, Marek 303, 340
 Ehle, Paul 297
 Ehlich, Hans 152, 157
 Eichmann, Adolf 32, 42, 53, 61, 64,
 69, 129, 152, 157, 223, 224, 234,
 235, 241, 270, 315
 Eicke, Theodor 261-267
 Eimann, Kurt 277, 278
 Eisner, Kurt 192
 Engel, David 392
 Engelking-Boni, Barbara 314
 Englard, Szaja 318
- Epp, Gerhard 291
 Epstein, Leslie 301
 Erlich, Jakub 322
 Escherich, Georg 210
- Fial, Fritz 314
 Fischer, Hans 147
 Fischotter, Alois 90
 Fishkin, Felunia 117, 118
 Flesch, Gerhard 148, 149
 Flesch, Reinhard 149
 Focke-Wulf (Firma) 291
 Forster, Albert 28, 33, 64, 75, 277-
 279
 Foth, Ewald 285
 Frajlewicz, Szymon 199
 Frank, Hans 30, 34-36, 42, 44, 50,
 62-64, 103, 127, 129, 155, 232
 Frąckowiak, Franciszek 363
 Freiman, Jakub 352
 Friedman, Philip 302
 Friszke, Andrzej 386
 Fritzsch, Karl 239
 Fuchs, Günter 139, 140, 164, 165
 Fuks, Guta 112
 Futerman, Nora 360
- Geller, Elizier 326
 Gens, Jakub 312, 333, 334, 342
 Gerlach, Christian 24
 Gertner, Szaja 364
 Gielow, Hermann 204
 Gilbert, Martin 232, 243
 Glasman, Yoseph 332, 334
 Glikzman, Szyja 318
 Globocnik, Odilo 17, 27-33, 37-39,
 47-56, 138, 141, 216
 Glücks, Richard 238, 263, 269, 271,
 288
 Głuszek (Familie) 352
 Głuszek, Reginald 352
 Głuszek, Stanisław 352
 Gnat, Sura Brandel 352
 Goebbels, Joseph 58, 63, 154
 Göring, Hermann 28, 35, 41, 64, 123,
 127, 160
 Granek, Genek 354
 Graubart, Beer (Bobek) 323

- Graubart, Issachar Berisz 323
Greiser, Arthur 17, 27-31, 33-36, 40, 41, 44-47, 55, 56, 64, 65, 74, 75, 104, 121-124, 132, 133, 136-138, 141, 145, 152, 157-159, 161, 181, 198, 199, 203, 205, 206, 209, 210, 212, 214, 216, 227, 235, 305, 306, 345, 346, 361
Gritz (Mitglied des Judenrates Ploehnen) 109
Grojнем, Kon 185
Grosman, Haika 341
Gross, Jan Tomasz 113, 244
Grossmann (Familie) 109
Grossmann, Azriel 109
Grossmann, Fiszel 109
Grossmann, Josef 109
Grothmann, Werner 217
Grünbaum, Sacher 90
Grünberg, Wilhelm Hermann 194
Grunwald, Aron 320
Grynberg, Michal 103
Gschließer, L. von 127, 129
Günther, Rolf 131
Gutman, Izrael 369

Hager (Rabbiner) 318
Hahnzog, Ferdinand 50
Halberntam, David 318
Halder, Franz 81
Hanelt, Gustav 38
Hartjenstein, Friedrich 272
Hartstein, Max 192
Hasselberg, Alfred 88, 90, 92, 94
Häusler, Friedrich 210, 212, 213, 215, 216
Hecht, Gerhard 145
Hegenscheidt, Friedrich 151
Heidl, Otto 288
Hejnach, David 318
Held, Gustav 192
Hensel, Hedwig s. Höß, Hedwig
Herbst, Stanisław 374
Heusler, Jakob 193
Heydrich, Reinhard 30, 31, 35, 37, 44, 45, 53, 54, 60-62, 81, 92, 94-96, 98, 137, 149, 158, 159, 168, 171, 172, 176, 179, 224, 225, 228, 231, 233-235, 278, 315
Heyne (Firma) 205
Hilberg, Raul 51, 169, 330
Himmler, Heinrich 29-32, 34, 35, 37, 38, 44-52, 54, 55, 60-65, 74, 75, 95, 96, 119-121, 125, 127, 137, 138, 141, 145, 154-159, 161, 162, 200, 205, 206, 216, 219, 222, 224, 227, 231, 234, 236, 238-240, 255, 259, 260, 268-270, 272, 274, 283, 321
Hirschheydt, Gustav von 196
Hirschsler, René 68
Hitler, Adolf 27, 29-32, 36, 37, 40-42, 49, 51, 54, 55, 58, 59, 63, 67, 68, 71, 80, 81, 88, 96, 99, 120, 121, 137, 138, 141, 158, 173, 175, 224-226, 228, 232, 236, 237, 249, 255, 278, 283, 303, 304, 329, 345, 373, 395
Hofmann, Otto 49
Honig (Schneider) 86
Hoover, Herbert 397
Hoppe, Paul Werner 288, 292, 294, 295
Höppner, Rolf-Heinz 36, 42, 44, 45, 131, 135-137, 153, 155, 157, 158, 234
Horn, Max 163
Horthy, Miklós 394
Hosenfeld, Wilm 86
Höß, Hedwig 257-259
Höß, Rudolf 49, 162, 239-241, 251-275, 288
Illig, Ludwig 136
Irving, David 236

Jäger, Karl 174
Jakóbczyk, Leib 185
Jakubowicz, Aron 306
Jakubowicz, David 357
Jastrzębski, Włodzimierz 228
Jaźdżewski, Bolesław 229
Jersak, Tobias 138
Jesion, Salomon 185
Jung, Wilhem 189

Kacówna, Eugenia 286
Kadow, Walter 256-258

- Kafka, František 301
 Kaiser (Firma) 43
 Kaltenbrunner, Ernst 269, 274
 Kamiński, Aleksander 376
 Kamlarz, Fajwisz 200
 Kanarek, Stanisław 110
 Kaplan, Chaim Aharon 330
 Kapp, Wolfgang 255
 Karski, Jan 371, 380, 381, 398
 Kastner, Rudolf 302
 Kaszyńska, Karolina 365
 Kaszyński, Stanisław 365
 Katz, Fela 320
 Katzenholz, Hala 319
 Katzmann, Fritz 292, 295
 Kazimierski, Stanisław 359
 Keitel, Wilhelm 228
 Kendzia, Ernst 41, 188, 191, 192, 209, 210
 Kershaw, Ian 174
 Kersten, Krystyna 380, 384, 388
 Keuck, Walter 156
 Kielboń, Janina 33
 Kielmanowski, Dawid 108-110
 Kijas (Familie) 364
 Kisielewski, Feliks 108
 Klein, Peter 46, 47, 137, 140
 Klejnot, Gecel 200
 Klinger, Chajka 319, 320
 Kłodawski, Zalman 189, 191, 199
 Kłodziński, Stanisław 242
 Kluska, Gitman 199
 Knofe, Oskar 152
 Knopf, Hans 192, 200
 Knott, Otto Karl 288
 Koch, Erich 64, 65, 104, 226, 227, 234, 245, 246, 329
 Kocjan, Krzysztof 243
 Kon, Stanisław 348
 Koppe, Wilhelm 29, 35, 44, 121, 152, 153, 158, 205, 212, 216
 Kopydlowski, Wacław 363
 Korherr, Richard 203
 Kotlenga, Józefa 352
 Kovner, Abba 333, 339, 342, 343
 Kozak, Stanisław 50
 Kozienicki, Haim 297
 Kozłowski, Dawid 319
 Kożuch, Bolesław 319
 Kożuch, Józef 319, 320, 326
 Krajtman, Izaak 351
 Krakowski, Abraham 322
 Krakowski, Shmuel 204
 Kramer, Edith 192
 Krist (SS-Sturmbannführer) 208
 Krizons, Helmut 164, 165
 Kroeger, Erhard 153
 Krotowska, Ewa 359
 Krüger, Friedrich Wilhelm 31, 49, 52, 54, 55
 Krüger, Willi 180
 Krumey, Hermann 126, 153
 Krzeminski, Stanisław 353
 Krzepicki, Hersz 135
 Krzyżaniak, Józef 363
 Küchler, Georg von 97
 Kuth (Beamter, Reichsstatthalterei Posen) 214
 Kwiet, Konrad 174
 Laabs, Gustav 204
 Landau, Ludwik 348
 Landau, Natalia 356
 Lang, Fritz s. Höß, Rudolf
 Lange, Herbert 43, 44, 46, 47, 134, 135, 138, 157, 158, 162, 235
 Langer, Józef 358
 Laqueur, Walter 371
 Legath, Hans 204
 Lehrer, Jankiel 352
 Lenk (Oberinspektor, Gestapo Litzmannstadt) 211
 Lerner, Szloma 319
 Levi, Primo 301
 Lewandowski, Józef 378
 Lewiatin, Sasza 135, 140, 353
 Lewkowicz, Rafał 135
 Librach, Moses 354
 Liebehenschel, Arthur 263, 271, 272
 Liniarski, Władysław 388
 Liphardt, Fritz 147, 148
 Lipschütz, Heinrich 134
 Lipsz, Izrael 199
 Lipsztein, Herszek 102
 Lipszycowa (Jüdin im Ghetto Mielau) 107
 List, Wilhelm 91
 Litwinowicz, Medel 102

- Litzmann, Karl 143
Lölgén, Jakob 279
Longerich, Peter 169, 172, 174, 236
Loritz, Hans 263, 264
Lublina, Józef 319
Lubranięcki, Henryk 355
Luchterhand, Otto 208, 209, 212
Ludendorff, Erich 255
Lustiger, Henryk 319
- Luczak, Edmund 356
- Macholl, Waldemar 245
Maczak, Chiel 122
Madajczyk, Czesław 57
Majtlis, Samuel 319
Mak, Izaak 102
Mallmann, Klaus-Michael 85, 140
Mania, Henryk 366
Marder, Karl 131, 141
Matthäus, Jürgen 169, 236
Maurer, Gerhard 272
Mehlhorn, Herbert 140, 209, 210,
 212-216
Meier, Hedwig s. Biebow, Hedwig
Mendel, Menech 314
Merin, Chaim 322
Merin, Mojżesz 311-325, 327
Merker, Paul 391
Meryn, Moniek s. Merin, Mojżesz
Metzendorf, Maksymilian 225
Meyer, Theodor 288, 293, 294
Michalski, Szlama 200
Mikołajczyk, Stanisław 382, 388
Milkowski, Klemens-Marian 86
Minc, Lipman 323
Miszczałk, Andrzej 160, 366
Mitelman, Samuel 324
Mławska, Halinka 113
Mławska, Henia 113, 114
Mławska, Ruchla 113, 114
Mławski (Familie) 113, 114
Mławski, Abraham 113, 114
Mławski, Józef 113, 114
Młynarczyk, Jacek Andrzej 137
Möbius, Kurt 166
Motow, Wjatscheslaw 80
Morgen, Konrad 271
Morgenthau, Henry 398
- Moshcowitz, Daniel 330, 342
Mostowicz, Arnold 303, 304
Moszkowicz, Maks 199, 361, 364
Mścisław s. Liniarski, Władysław
Müller, Heinrich 31, 61, 70, 162,
 181, 230
Müller, Helmut 30, 47, 49
Musial, Bogdan 39, 47, 49-52
- Naftali, Baron 315
Najdorf, Abraham 200
Neumann, Fritz 180, 194, 199
Norman, Sven 378, 380
Nostitz, Paul 118
Nussbaum, Mendel 322
Nusynowicz, Salomon 200
- Oberhauser, Josef 53, 54
Oebsger-Röder, Rudolf 153
Olewnik, Stanisława 113, 114
Ostrowski, Wiktor 286
- Parczewski, Eugeniusz 363
Patzek (Chef der Gendarmerie Strze-
 gowa) 113
Paulich, Karl 195
Paulikat, Franz Ernst Walter 102
Pauly, Max 278
Peisachsohn, Ida 319
Peisachsohn, Irena 319
Peisachsohn, Lee 319
Perelmutter, Lejzor 107
Petzel, Walter 153
Pickel, Wilhelm 128
Piller, Walter 204
Pilz, Herbert 154
Pinkus, Arbach 319
Piper, Franciszek 232, 239-241, 243,
 246, 248, 250
Plate, Albert 160, 211
Plotek, Josef 319
Plużnik, Szaja 319
Podeszwowa, Małgorzata 359
Pohl, Dieter 174
Pohl, Oswald 263, 272, 274
Pomerancenblum, Lola 319
Popiół, Motek 112
Poznański, Jakub 352
Przygoda, A. 112

- Pulmer, Hartmut 101
 Purman, Motek 105, 107, 111, 115
- Raczkiewicz, Zbigniew 297
 Rainer, Friedrich 74, 75
 Ramek, Jakub 108, 110
 Ranz, Jochanan 242
 Rapaport, Abram 352
 Rapaport, Jakub 352
 Rapp, Albert 129, 153
 Ratajski, Cyryl 377
 Rathenau, Walter 226
 Rauchfeld, Fisz 351
 Rauschning, Hermann 28
 Rebek (Familie) 113
 Rebek, Baruch 108, 113
 Rebek, Majer 113
 Rediess, Friedrich Wilhelm 102
 Reich-Ranicki, Marcel 85
 Reinefarth, Heinz 142
 Reischauer, Herbert 140, 215
 Ribbe, Friedrich Wilhelm 140, 190,
 192, 210, 212, 213
 Ribbentrop, Joachim von 62, 69, 80
 Richter (SS-Sturmbannführer, Amt f.
 Umsiedlung Posen) 127
 Richter, Alfred 164
 Richtmann, Benno 225
 Riegner, Gerhart M. 390
 Ringelblum, Emanuel 106, 111, 314,
 316, 348, 375, 376
 Roese, Ottomar 139
 Rohr, Paul 102, 107
 Rolnikaitė, Maria 291
 Romaner, Lejbl 106
 Romaner, Mojszel 106
 Romaner, Noach 106, 107
 Romanowski, Wincenty 279
 Ron, Szmuł 320
 Roosevelt, Franklin D. 314, 394, 397
 Rosenberg, Alfred 50, 224
 Rosenberg, Icchak 184
 Rosenberg, Kuba 319
 Rosner, Alfred 242
 Roßbach, Gerhard 255
 Rotkopf, Samuel 185
 Rowecki, Stefan 379, 381, 382
 Rowińska, Maria 359
 Rozentalowa, L. 184
- Rubin, Icchak (Henryk) 303, 304
 Rubinstein, Chill 318
 Rückerl, Adalbert 205
 Rudnicki, Adolf 301
 Rumkowski, Chaim Mordechaj 131,
 156, 182, 184, 185, 235, 301-310,
 312, 315-317
 Rundstedt, Gerd von 95
 Rutherford, Phillip T. 125
 Rybicki, Wincenty 365
- Safrian, Hans 236, 245
 Sakowska, Ruta 204, 376
 Samol, Jan Bolesław 363
 Sandberger, Martin 153
 Sapirsztejn, Moshe Michel 108
 Sauckel, Fritz 186, 305
 Sauermann, Fritz 38
 Saupert, Hans 36
 Scharpwinkel, Wilhelm 148
 Schefe, Robert 149, 150, 160
 Schellenberg, Walter 392
 Schieder (Reichsamtsleiter) 36
 Schirach, Baldur von 37, 234
 Schlagerer, Albert Leo 257
 Schmeltz, Albrecht 17, 18, 66, 222,
 248, 321
 Schriever (Firma) 206
 Schufftan, Leopold 280
 Schulte, Eduard 390
 Schulte, Jan Eric 138
 Schwarz, Franz Xaver 30
 Schwarz, Heinrich 272
 Schwarz, Motek 199, 363
 Schwarzbart, Juliusz 282
 Seifert, Franz 191
 Seldte, Franz 41
 Seraphim, Peter-Heinz 172, 173
 Seyß-Inquart, Arthur 30
 Siemens (Firma) 199
 Sieradzki (Mitglied des Judenrates
 Ploehnen) 109
 Sikorski, Władysław 388
 Simon, Gustav 69
 Skotnicki, Jerzy 352
 Smoczyński, Roman 297
 Sobczak-Bloch, Halina 360
 Sombek, Elhanan 193
 Speer, Albert 141, 249, 304

- Srebnik, Szymon 118, 366
Srebrnik, Robert 69, 70
Stahlecker, Walter 61
Stanisławski, Zbigniew 199
Starkman, J. 351
Stawicki, Judel 108
Stola, Dariusz 371
Stoßberg, Karl-Heinz 211
Streccius, Alfred 90
Streit, Christian 239
Streithorst (Firma) 305
Strickner, Herbert 153
Stromberg, Alfred 164, 213
Stroszczyński, Leon 364
Strykowski, Chaim 201
Strzelecki, Andrzej 222, 248, 249
Stuckart, Wilhelm 72
Stuczyńska, Lucja 108
Suessmann, Zwergel 89
Suszzewicz, Maria 359
Szapik, Jicchak 115
Szapiro, Judel 108
Szatan, Majlich 201
Szczepański, Jan 352
Szczepański, Józef 85
Szejnberg, Mojżesz 319
Szparkowski, Zdzisław 350
Szpigelman, Jadzia 319
Szpiłman, Władysław 86
Szreńska (Jüdin, Ghetto Miłau) 107
Szternfinkiel, Natan 241-243
Szwarcbaum, Alfred 321
Szymanowski, Antoni 372, 376
- Śmietana, Wowa 311, 317
- Tabacznik Abraham 200
Tabačzyński, Stanisław 382
Taflowicz, Liza 350
Teichel, Klamen 322
Tenenbaum, Mordechaj 329, 330,
 337, 339, 341, 342
Todt, Fritz 182
Topf (Firma) 236
Tormann, Franz 149
Trenker, Alfred 157
Tron, Mendel 354
Trunk, Isaiah 169, 302
Tschierschky, Karl 153
- Türk, Richard 53
Twardowska, Marianna 365
- Uebelhoer, Friedrich 129, 153, 160,
 167
Überreither, Siegfried 70, 74, 75
Ukrzewski, Bernard 281
Ulex, Wilhelm 96
Unger, Michał 42
- Ventzke, Werner 183
- Wagner, Eduard 81, 92
Wagner, Josef 32, 64, 65, 75, 223
Wagner, Robert 58, 68, 69, 75
Waldman, Samuel 319
Wallenberg, Raoul 398
Wandtke, Józef 282
Wartzki, Jakub 282
Wasser, Bruno 39
Wasser, Hersz 376
Wdowiński, David 335
Weichs, Maximilian von 154
Weiβ, Heinrich 208
Wesołowski, Andrzej 84
Wette, Wolfram 82
Wetzel, Erhard 145
Weygandt, Herbert 150, 165
Wiederman, Paweł 322, 323
Wiernikówna, Fela 350, 351
Windmüller (Abt. Arbeit, Reichsstatt-
 halterei Posen) 210
Wirth, Christian 50, 51
Wittenberg, Itzhak 332, 334
Wolff, Karl Friedrich Otto 54
Woliński, Henryk 374
Wollner (Landrat) 195
Woroch, Michał 133
Wojsch, Udo von 88-90, 92
Wulf s. Focke-Wulf (Firma)
- Zajft, Abraham 200
Zawadzki, Jan Kazimierz 354
Zdoliński (Weinberg), Bolesław 104
Zielonka, Fisz 200
Zirpins, Walter 130, 156
Złotowski, Sylwester 320
Zörner, Ernst 30, 33
Zucker, Bezalet 322

Zuckerman, Itzhak 338, 340

Żbikowski, Andrzej 244

Żurawski, Mordek 118

ORTSNAMENREGISTER

- Aachen 67
Allenstein (Olsztyn) 149
Antoninek 182
Augustów 246
Auschwitz (Oświęcim) 17, 49, 53, 54,
66, 70, 106, 108, 110-114, 138,
142, 162, 163, 200, 201, 205,
219, 222, 223, 226, 227, 229-232,
235-252, 266-268, 270-272, 274,
275, 284, 289, 290, 312, 313,
318, 322-324, 327, 364, 385, 398
Auschwitz-Birkenau s. Auschwitz
- Baden-Baden 252
Baluty 316
Będzin s. Bendzin
Bełchatów 122, 124, 181, 355, 356,
358, 383
Belzec (Belżec) 18, 50-52, 55, 235,
269, 374
Belzek s. Belzec
Belżec s. Belzec
Bendzin (Będzin) 88, 223, 241, 242,
250, 311, 313, 314, 318, 320-323,
326, 327
Bedzin s. Bendzin
Będzin s. Bendzin
Bentschen (Zbąszyń) 194
Berent (Kościerzyna) 229
Bergen 149
Berlin 35, 44, 57-59, 61-64, 69, 70,
82, 87, 94, 124, 125, 134, 137,
142, 147, 150, 172, 181, 192,
225, 235, 236, 259, 282, 315,
373, 390, 391
Bernau 82, 83
Beuthen (Bytom) 241, 311
Biała 233
Białystok (Bialystok) 51, 60, 65, 220,
235, 243, 244-250, 284, 312, 329,
331, 333, 336-341, 343, 384, 388
Białystok s. Białystok
- Bielitz (Bielska) 223, 225, 232
Bielska s. Bielitz
Bieżun (Bieżun) 108
Bieżun s. Bieżun
Birkenau s. Auschwitz
Blachownia Śląska s. Blechhammer
Blechhammer (Blachownia Śląska) 311
Bochum 165
Bodzanów 105
Bogusze 246
Boguszyn 186
Bolewice 180
Bonn 152
Brandenburg/Havel 259
Bremen 305
Breslau (Wrocław) 147, 164, 209
Brest (Brześć Kujawski) 185
Bromberg (Bydgoszcz) 229, 278, 291
Bruss-Dziemianen (Brusy-Dziemiany)
291
Brusy-Dziemiany s. Bruss-Dziemianen
Brześć Kujawski s. Brest
Brzeziny s. Löwenstadt
Buchenwald 262, 290
Budapest 176, 302, 394
Bydgoszcz s. Bromberg
Bytom s. Beuthen
- Casablanca 394
Chełm 269
Chełmno nad Nerem s. Kulmhof
Chemnitz 210
Chodzież s. Kolmar
Chorzele 100, 102
Chorzów s. Königshütte
Chrzanów s. Krenau
Ciechanów s. Zichenau
Cieślin 364
Cieszyń s. Teschen
College Park 390
Czachulec 357
Czeladź 221

- Czerwińsk 102, 105
 Częstochowa s. Tschenstochau
- Dąbie s. Dombie
 Dąbrowa s. Dombrowa
 Dachau 147, 260-267, 290
 Damaskus 253
 Danzig (Gdańsk) 28, 29, 34, 121, 171, 210, 228-230, 277-283, 292, 294, 295, 303
 Darmstadt 149
 Dieppe 393
 Dirschau (Tczew) 229, 279, 280
 Dobra 180
 Dombie (Dąbie) 117, 371, 372
 Dombrowa (Dorf) 356
 Dombrowa (Dabrowa) 61, 190, 221, 222, 226, 235, 240, 241, 243, 248, 249, 310, 311, 324
 Drancy 285
 Dresden 152
 Drobin 100, 108
 Düsseldorf 150, 159, 213
 Dynów 89
 Działdowo s. Soldau
- Eckernförde 296
 El Alamein 393
 Elbing (Elblag) 291, 294
 Elblag s. Elbing
 Erfurt 149, 236
 Esterwegen 262
 Eupen 67, 73, 74
- Firlej 359
 Flensburg 166, 274, 297
 Flossenbürg 265, 290
 Frankfurt/Oder 41, 132, 147, 181, 182, 192
 Freistadt (Kowal) 185
- Gąbin s. Gombin
 Gdańsk s. Danzig
 Gdingen (Gdynia) 229, 230, 280, 294, 295
 Gdynia s. Gdingen
 Giżyk 113
 Gliwitz (Gliwice) 232, 233, 241, 311
 Glinojeck 105
- Gliwice s. Gleiwitz
 Golino 359
 Gombin (Gąbin) 181, 201
 Gostyn (Gostyń) 181
 Gostyń s. Gostyn
 Göttingen 305
 Grabow (Grabów) 309
 Grabów s. Grabow
 Grajewo 246
 Granicna Wieś s. Grenzdorf
 Graudenz (Grudziądz) 229
 Grenzdorf (Granicna Wieś) 280, 281
 Grochy 114
 Gröditz (Grodziec) 357
 Grodno 246
 Grodziec s. Gröditz
 Grodzisk 180, 181
 Groß Rosen (Rogoźnica) 364
 Grudziądz s. Graudenz
 Gzy 114
- Hamburg 163, 181, 354
 Hannover 139, 151, 165, 206
 Hel s. Hela
 Hela (Hel) 295-297
 Hindenburg (Zabrze) 311
 Hohensalza (Inowrocław) 43, 127, 128, 136, 151, 179, 193, 214, 228, 231, 232, 345, 362
- Ilża 85
 Inowrocław s. Hohensalza
 Izbica Kujawska 181, 185, 371
- Jadów 371
 Jarocin s. Jarotschin
 Jarosław (Jarosław) 94
 Jarosław s. Jarosław
 Jarotschin (Jarocin) 200
 Jasionowska 246
 Jaszczębice 356
 Jaworzno 62, 221, 223, 248, 249, 311
 Jedwabne 244, 370
 Jerusalem 395
- Kalisch (Kalisz) 120, 126-129, 148, 151, 154, 167, 227, 229, 356, 359
 Kalisz s. Kalisch
 Karthaus (Kartuzy) 279, 280

- Kartuzy s. Karthaus
 Katowice s. Kattowitz
 Kattowitz 54, 59, 61, 63, 65, 66, 89,
 221-223, 228, 230-233, 240, 248,
 311, 313, 315, 322, 386
 Kaunas (Kowno) 174, 284, 289
 Kazimierz Biskupi 359
 Kempen (Kępno) 128
 Kępno s. Kempen
 Kicin 182
 Kiel 149, 296
 Kielbasino 246
 Kielce 104, 221
 Klagenfurt 29, 30
 Klein Schrodel (Środula) 319, 386
 Kleinwaabs 296
 Klintholm Havn 297
 Kłodawa s. Tonningen
 Kluki 359
 Koblenz 67
 Kobylepole 363
 Kock 356
 Kolmar (Chodzież) 182, 185, 186,
 189
 Köln 149, 181
 Koło s. Wartbrücken
 Konarzewo 359
 Königsbach (Przybyłów) 206
 Königsberg 102, 110, 210, 282, 291
 Königshütte (Chorzów) 223
 Konin 117, 118, 138, 192, 200, 201,
 359, 366
 Kościan s. Kosten
 Kościerzyna s. Berent
 Kosten (Kościan) 195
 Kowal s. Freistadt
 Kowale Pańskie 357
 Kowno s. Kaunas
 Kozłowo 113, 114
 Krakau (Kraków) 30-32, 36, 49, 52,
 61, 63, 89, 91, 126, 127, 164,
 221, 223, 251, 267, 274, 315,
 316, 339
 Kraków s. Krakau
 Krenau (Chrzanów) 62, 221, 223,
 248, 249, 311, 322, 325
 Krośniewice s. Kroßwitz
 Kroßwitz (Krośniewice) 355
 Krzyżowniki 364
 Kubeczki 182
 Kulmhof (Chełmno nad Nerem) 45-
 47, 51, 117, 118, 138, 139, 141,
 142, 158, 160-166, 191, 196, 203-
 206, 210, 211, 217, 229, 235,
 237, 238, 240, 249, 308, 310,
 356, 364-366, 371-380
 Kutno 133, 181, 318, 377
 Landstett (Lututów) 206
 Lask (Łask) 140, 214, 317
 Lauenburg (Lebork) 292, 294
 Lębork s. Lauenburg
 Legionowo 111
 Legnica s. Liegnitz
 Leipzig 205
 Lemberg (Lwów, L'viv) 52
 Lentschütz (Łęczycza) 151
 Leslau (Włocławek) 45, 128, 181,
 185, 214, 280, 350
 Leszno s. Lissa
 Lidice 139, 216
 Liegnitz (Legnica) 148
 Limoges 69
 Lipine (Lipiny) 223
 Lipiny s. Lipine
 Lipsko/Weichsel 85
 Liskowo 356
 Lissa (Leszno) 186, 190, 191, 195,
 229
 Litzmannstadt s. Łódź
 Łódź (Łódź, Łodsch, Litzmannstadt)
 18, 29, 34, 36, 40, 42, 44-47, 60,
 62, 64, 70, 82, 86, 118, 120, 122-
 124, 126-133, 134, 136-143, 145,
 147-151, 153-156, 158-167, 171,
 176, 179-186, 190, 192, 195, 198,
 201, 203-206, 208-216, 219, 220,
 227-229, 231-235, 237, 240, 247-
 250, 272, 282, 284, 297, 301-305,
 307, 309, 310, 312, 315-317, 345-
 351, 353-356, 360, 364, 365, 367,
 370, 372, 375, 381, 383-386
 Łodsch s. Łódź
 London 303, 369, 371, 377-382, 385,
 388-390
 Löwenberg 259
 Löwenstadt (Brzeziny) 356
 Lübeck 296

- Lublin 17, 27-33, 38, 39, 47-55, 62, 88, 90, 127, 138, 141, 148, 217, 234, 241, 374, 380
 Lubliniec s. Lublinitz
 Lublinitz (Lubliniec) 311
 Lubotyń 357
 Lubraniec s. Lubranitz
 Lubranitz (Lubraniec) 181, 185
 Lutomiersk 317, 318, 384
 Lututów s. Landstett
 L'viv s. Lemberg
 Lwów s. Lemberg
- Lagiewniki 311
 Lask s. Lask
 Lęczyca s. Lentschütz
 Lódź s. Lodz
 Lomża 246
- Mackau (Maków Mazowiecki) 99, 100, 105, 109, 111, 113
 Mährisch-Ostrau (Ostrava) 32, 61, 223, 225, 315
 Majdany 375
 Maków Mazowiecki s. Mackau
 Maklinia 246, 248
 Malmedy 67, 73, 74
 Maly Trostinetz (Maly Trościeniec, Malyj Trostenez) 236
 Maly Trościeniec s. Maly Trostinetz
 Malyj Trostenez s. Maly Trostinetz
 Mannheim 252
 Marseille 68
 Masażewo 109
 Melbourne 304
 Metz 67
 Mielau (Mława) 99-102, 105-108, 111, 113, 115
 Mierzeniec 113, 114
 Mikoszewo s. Nickelswalde
 Minsk 236
 Mława s. Mielau
 Modlin 101
 Modrzejów 221
 Mogilew (Mohylew, Mogiljow) 138, 150, 236
 Mogiljow s. Mogilew
 Mohylew s. Mogilew
 Monowice s. Monowitz
- Monowitz (Monowice) 238, 239, 250, 272
 Montoire 68
 Moresnet 67, 73, 74
 Moskau (Moskwa) 391, 395
 Moskwa s. Moskau
 München 28, 123, 149, 151, 255
 Münster 149
 Mysłowice s. Myslowitz
 Myslowitz (Mysłowice) 323
- Nasielsk 100, 109
 Natzweiler 290
 Nekla 362, 363
 Neuengamme 290
 Neufahrwasser (Nowy Port) 280
 Neuhäsen 259
 Neuhof (Nowy Dwór) 100, 102, 105, 109
 Neustadt a. d. Weinstraße 150
 Neustadt i. Westpr. (Wejherowo) 230, 280, 296
 Neustadt (Nowy Miasto) 105
 New York 397
 Nickelswalde (Mikoszewo) 296, 297
 Nisko 27, 32, 61, 62, 223, 225, 228, 245
 Nowosolna 350
 Nowy Dwór s. Neuhof
 Nowy Miasto s. Neustadt
 Nowy Port s. Neufahrwasser
 Nürnberg 69, 146, 268, 274
- Obersalzberg 80
 Oberschlema 210
 Oborów 356
 Olechów 195
 Olkusz 222, 243
 Olsztyn s. Allenstein
 Oostende 28
 Opole s. Oppeln
 Oppeln (Opole) 59, 215, 311
 Orańczyce 246
 Oranienburg 262, 263
 Osieczny 206
 Ostenburg (Pułtusk) 93, 99, 113
 Ostrava s. Mährisch-Ostrau
 Ostrolenka s. Scharfenwiese
 Ostrołęka s. Ostrolenka

- Ostrow (Ostrów Mazowiecka) 97
 Ostrów Mazowiecka s. Ostrow
 Ostrowiec Świętokrzyski 86
 Ostrowo 128
 Oswego 397
 Oświęcim s. Auschwitz
 Ozorków 181
- Pabianice 47, 86, 127, 181, 190, 191,
 206, 310, 317, 318, 357, 384
 Pajęczno 359
 Palmininkai s. Palmnicken
 Palmnicken (Palmnikai, Palmininkai)
 293
 Palmniki s. Palmnicken
 Parchim 256
 Paris 67, 314
 Périgueux 69
 Petrikau (Piotrków Trybunalski) 154,
 173, 358, 384
 Piaskowo 190
 Pilsen (Plzeň) 149
 Pinneberg 102
 Piotrków Trybunalski s. Petrikau
 Płock s. Schröttersburg
 Ploehnen (Płońsk) 100, 105, 107-113
 Płońsk s. Ploehnen
 Plzeň s. Pilsen
 Poitiers 69
 Pomiechówek 109
 Ponary 332
 Posen (Poznań) 28, 29, 34, 35, 37,
 40-43, 45, 59, 87, 119, 120, 122,
 124-129, 132-134, 136, 142, 143,
 145, 152, 153, 158, 161, 162,
 179-189, 191-197, 199-202, 204,
 205, 207-214, 217, 220, 227-229,
 231-234, 303, 345, 346, 348, 359-
 367
 Potarzyce 182
 Potsdam 151
 Poznań s. Posen
 Prag (Praha) 61, 171, 315
 Praha s. Prag
 Praschkau (Praszka) 134
 Praschnitz (Przasnysz) 99, 100
 Praszka s. Praschkau
 Praust (Pruszcza Gdański) 291
 Prażany 246
- Pruscz Gdański s. Praust
 Przasnysz s. Praschnitz
 Przemyśl 90
 Przybyłów s. Königsbach
 Pułtusk s. Ostenburg
- Rachow (Rachów) 38
 Rachów s. Rachow
 Raciaz (Raciąż) 100, 108
 Raciąż s. Raciaz
 Radegast 165
 Radom 33, 52, 127, 148, 234, 358
 Radziwiłłów 244
 Radzym 371
 Ravensbrück 217
 Rawicz s. Rawitsch
 Rawitsch (Rawicz) 186, 199
 Reval (Tallinn) 285
 Riga (Riga) 284
 Rīga s. Riga
 Robczysko 195
 Rogoźnica s. Groß Rosen
 Rusocin s. Russotschin
 Russotschin (Rusocin) 291
 Rzgów 357
- Saarbrücken 149, 150
 Sachsenhausen 147, 262, 263, 265,
 266
 Saloniki 173
 Sandomierz 94
 Sanniki 181, 200
 Sarny 38
 Scharfenwiese (Ostrołęka) 99, 100
 Schaulen (Šiauliai) 289
 Schieratz (Sieradz) 151, 181, 214
 Schlötzau (Złoczew) 318
 Schöneck (Skarszewy) 279, 280
 Schoppinitz (Szopienice) 232
 Schrimm (Śrem) 194
 Schroda (Środa) 28
 Schröttersburg (Płock) 99-102, 104,
 107, 113, 114
 Schwersenz (Swarzędz) 189
 Serock 101
 Sichelburg (Sierpc) 99-101, 103, 108
 Siemień s. Simien
 Sieradz s. Schieratz
 Sierpc s. Sichelburg

- Simien (Siemień) 38
 Skarszewy s. Schöneck
 Słupsk s. Stolp
 Sobibor (Sobibór) 51, 52, 55, 269
 Sobibór s. Sobibor
 Sochaczew 99
 Sokółka Jasionowska 246
 Soldau (Działdowo) 43, 102, 104
 Sopot s. Zopott
 Sosnowiec s. Sosnowitz
 Sosnowitz (Sosnowiec) 221-223, 241-
 243, 250, 311, 313-315, 317-327,
 359, 386
 Spala 95
 Stargard (Starogard Gdańsk) 230,
 279, 280
 Starogard Gdańsk s. Stargard
 Stary Sambor 90
 Stawiszyn 182
 Steegen (Stegna) 282
 Stegna s. Steegen
 Stettin (Szczecin) 260
 Stolp (Slupsk) 291
 Straßburg 68
 Strzegowo 102, 105, 107, 108, 113
 Strzemieszyce 318
 Strzeszyn 182
 Stutthof (Sztutowo) 230, 277-285,
 287-297
 Suwałki (Suwalski) 59, 65
 Suwałki s. Suwalski
 Swarzędz s. Schwersenz
 Szadek 359
 Szczecin s. Stettin
 Szklarka 182
 Szopienice s. Schoppinitz
 Sztutowo s. Stutthof
 Szydlów 360
- Śrem s. Schrimm
 Środa s. Schroda
 Środula s. Klein Schrödel
- Šiauliai s. Schaulen
- Tallinn s. Reval
 Tczew s. Dirschau
 Terezín s. Theresienstadt
 Teschen (Cieszyń) 223, 385
- Theresienstadt (Terezín) 70, 173, 247,
 272
 Thorn (Toruń) 229, 279, 280, 291
 Tobruk 393
 Tonningen (Kłodawa) 181, 371
 Toruń s. Thorn
 Treblinka 51, 55, 108, 110, 269, 243,
 247, 335
 Trier 67
 Triest 29
 Trondheim 149
 Tschenstochau (Częstochowa) 88,
 112, 319
 Turek 119, 180, 214, 357, 371, 372,
 374
 Turow (Turów) 38
 Turów s. Turow
- Ulfingen 70
- Vichy 63, 68, 69
 Vilnius s. Wilna
- Waldheim 210
 Warschau (Warszawa) 33, 52, 82, 84,
 99-102, 105, 106, 110, 111, 124,
 127, 134, 138, 142, 161, 164,
 181, 205, 208, 219, 220, 234,
 249, 250, 283, 285, 287, 303,
 315-317, 319, 329-331, 333-337,
 340, 341, 343, 344, 350, 353,
 355, 369-371, 374, 375, 377, 378,
 381, 383, 387
- Warszawa s. Warschau
 Wartbrücken (Warthbrücken, Koło)
 117, 127, 160, 180, 181, 185,
 196, 204, 205, 208, 211, 241,
 311, 320, 357, 371-367
 Warthbrücken s. Wartbrücken
 Warthenau (Zawiercie) 221
 Washington 390
 Wejherowo s. Neustadt i. Westpr.
 Welungen (Wieluń) 134, 151, 181,
 214
 Widawa 318
 Wieliczka 89
 Wieluń s. Welungen
 Wien 30, 32, 37, 61, 71, 74, 170, 196
 Wiesbaden 68

Wilna (Wilno, Vilnius) 174, 312, 331-
333, 338-343

Wilno s. Wilna

Włocławek s. Leslau

Włodawa (Włodawa) 149

Włodawa s. Włodawa

Wola Zolkiewka (Wola Żółkiewka) 38

Wola Żółkiewka s. Wola Zolkiewka

Wolkowysk 246

Wollstein (Wolsztyn) 190, 200

Wolsztyn s. Wollstein

Woszczkowo 182

Wreschen (Września) 192

Wrocław s. Bręslau

Wronczen 182

Wronke (Wronki) 199, 359

Wronki s. Wronke

Września s. Wreschen

Wuppertal 149

Würzburg 354

Wyszków 100

Wytyczno 38

Zabrze s. Hindenburg

Zagórow 371

Zakroczymsk 102

Zambrów 246

Zamość (Zamość) 39, 48, 50

Zamość s. Zamosc

Zawiercie s. Warthenau

Zbąszyń s. Bentschen

Zduńska Wola 181, 214, 317, 356

Zeebrugge 28

Zelau (Zelów) 140, 355, 356, 358,
360

Zelów s. Zelau

Zgierz 347

Zichenau (Ciechanów) 59, 64, 65, 99-
107, 110, 112, 113, 226-228, 231,
233, 248, 249, 318

Ziemnice 195

Złoczew s. Schlotzau

Zopott (Sopot) 28

Żabikowo 193

Żadły 360

Żyrardów 87